Daniel Gaxie, Nicolas Hubé,
Marine de Lassalle, Jay Rowell (Hg.)

DAS EUROPA DER EUROPÄER

Über die Wahrnehmungen eines politischen Raums

[transcript] Kultur und soziale Praxis

Daniel Gaxie, Nicolas Hubé, Marine de Lassalle, Jay Rowell (Hg.)
Das Europa der Europäer

Daniel Gaxie, Nicolas Hubé, Marine de Lassalle,
Jay Rowell (Hg.)

Das Europa der Europäer

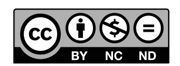
Über die Wahrnehmungen eines politischen Raums

(aus dem Französischen von Frank Weigand und Markus Merz)

[transcript]

Herausgegeben mit Unterstützung der Universität Paris 1
Panthéon-Sorbonne, der Universität Strasbourg, der Agence Nationale
pour la Recherche und des CIERA





Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.

Umschlaggestaltung: Kordula Röckenhaus, Bielefeld
Lektorat & Satz: Estelle Czerny und Jay Rowell, Strasburg
Druck: Majuskel Medienproduktion GmbH, Wetzlar
Print-ISBN 978-3-8376-1626-2
PDF-ISBN 978-3-8394-1626-6

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier mit chlorfrei gebleichtem Zellstoff.
Besuchen Sie uns im Internet: *http://www.transcript-verlag.de*
Bitte fordern Sie unser Gesamtverzeichnis und andere Broschüren an unter:
info@transcript-verlag.de

Inhalt

Dritter Teil: Ressourcen

Vierter Teil: Standpunkte

Einleitung

Dieses Buch stellt die wichtigsten Ergebnisse eines Forschungsprogramms über die Ansichten gewöhnlicher Bürger zu Europa (Concorde) vor, das der Agence Nationale de la Recherche (staatliche Einrichtung zur Förderung wissenschaftlicher Forschungsprojekte, Anm. d. Ü.) im Mai 2005 von Daniel Gaxie vorgeschlagen wurde und von ihr finanziert wurde.[1] Ziel dieses von Januar 2006 bis Juni 2009 durchgeführten Programms ist es, die Grundeinstellungen der unterschiedlichen Kategorien von Bürgern zu Europa zu begreifen und zu erklären. Das Programm Concorde vereinte zu Beginn vier französische Forschungsgruppen in Paris (Universität Paris I – Centre des Recherches Politiques de la Sorbonne (Politisches Forschungszentrum der Sorbonne) mit Marie-Hélène Bruère, Daniel Gaxie, Nicolas Hubé und Muriel Rambour), Straßburg (Universität Straßburg – Groupe de Sociologie Politique Européenne (Gruppe für europapolitische Soziologie) mit Philippe Aldrin, Dorota Dakowska, Marine de Lassalle, Sébastien Michon, Jean-Matthieu Méon, Jay Rowell und Pierre-Edouard Weill), Amiens (Universität der Picardie – Centre Universitaire des Recherches Administratives et Politiques de Picardie (Universitäres Zentrum für administrative und politische Forschungen der Picardie) mit Patrick Lehingue und Christelle Marchand) und Berlin (Centre Marc Bloch unter der Leitung von Pascale Laborier). Die Ausgangsidee war es, die Grundeinstellungen der deutschen und französischen Bürger zu vergleichen. Ende 2007 beschloss ein Forschungsteam der Universität Turin unter der Leitung von Alfio Mastropaolo und Giuliano Bobba, sich diesem Forschungspro-

1 Wir danken der Agence Nationale de la Recherche für ihre Unterstützung, die diese Untersuchung ermöglicht hat (Programm BLAN 2005, Projekt Nr. 0354), und dem interdisziplinären Zentrum für Deutschlandstudien und -forschung CIERA für die finanzielle Unterstützung der Übersetzung. Wir danken auch Frank Weigand für seine einleuchtende Bemerkungen zum Text und Estelle Czerny für die Überarbeitung des Manuskripts.

jekt anzuschließen und den Vergleich auf Italien auszuweiten. Im März 2008 wurde ein Kooperationsvertrag mit dem Centre de Civilisation française et francophone (Zentrum für französische und frankophone Landeskunde) in Warschau geschlossen, um Interviews in Polen durchzuführen. Dorota Dakowska hat mit Hilfe von Katarzyna Jaszczyk ein Team von Interviewern gebildet. Ondrej Novotny, der zum Zeitpunkt der Untersuchung eine Doktorarbeit an der Freien Universität Brüssel vorbereitete, hat die Arbeiten der Gruppe Concorde begleitet. Er hat einige Vergleichselemente eingebracht, die auf der Forschungsarbeit beruhten, die er in der Tschechischen Republik durchführte. Die Logik des Projekts und die Zufälle der wissenschaftlichen Begegnungen haben es uns somit ermöglicht, den geographischen Rahmen des Vergleiches auszuweiten, der allerdings aufgrund des Gewichts der französischen Institutionen und Wissenschaftler, die den Ursprung des Projektes bilden, asymmetrisch bleibt. Mehrere Dutzend Interviewer aus den untersuchten Ländern, insbesondere Studenten der beteiligten Universitäten, waren zu verschiedenen Phasen in diese Kollektivuntersuchung eingebunden. Sie sind zu zahlreich, um sie an dieser Stelle alle namentlich zu erwähnen, doch gilt ihnen unser herzlichster Dank, ebenso wie den Hunderten von Personen, die sich bereit erklärt haben, uns zu treffen und auf unsere Fragen zu antworten. Unser Dank gilt ebenfalls Marie-Hélène Bruère, die sich um die Koordination der Veröffentlichung dieses Buches gekümmert hat. Diese Arbeit ist in vier Teile unterteilt.

Der erste Teil stellt das Untersuchungsverfahren vor, dessen wichtigste Ergebnisse dieses Buch darlegt. Die Grundeinstellungen der „Normalbürger" zu Europa haben eine äußerst umfangreiche Bibliographie hervorgebracht. Diese Arbeiten erzeugten eine große Menge von statistischen Ergebnissen, die auf Sekundäranalysen von Meinungsumfragen mittels Fragebögen beruhen, die an Probanden aus verschiedenen EU-Mitgliedsstaaten durchgeführt wurden. Trotz ihrer Ergiebigkeit werfen sie zahlreiche methodische Schwierigkeiten auf und beinhalten Leerstellen, die in Kapitel 1 analysiert werden.

Die Forschungsarbeit Concorde entstand aus einer Unzufriedenheit mit der Art und Weise, wie die europäischen Grundeinstellungen der Bürger im Allgemeinen beobachtet und erklärt werden. Das Ziel war es, genauere Untersuchungstechniken einzusetzen, um so die Komplexität und Vielfalt der Wahrnehmungen und Reaktionen der „Normal"-Bürger besser wieder zugeben. Es war ebenfalls ein Ziel, allzu undurchlässige Forschungstraditionen einander anzunähern, insbesondere die Soziologie der politischen Einstellungen und die Europasoziologie. Diese Fragen, Forschungshypothesen und eine alternative Methodik werden in Kapitel 2 vorgestellt. Diese Arbeit beruht hauptsächlich auf semi-direktiven, vertieften Interviews mit offenen Fragen, die bei einer wohlbegründeten Auswahl von Probanden aus den untersuchten Ländern durchgeführt wurden. Diese Einzelinterviews werden durch Grup-

pendikussionen (*focus groups*) und durch das Sammeln von diversen Materialien ergänzt, die aus spontanen Interventionen der Bürger in Bezug auf „Europa“ stammen (Leserbriefe an Zeitungen, Antworten auf Online-Fragebögen, die von Think Tanks angeboten werden, die sich mit Europa befassen).

Der zweite Teil ist der Analyse der Grundeinstellungen zu „Europa“ gewidmet. Kapitel 3 stellt ein Ensemble von Idealtypen vor, die es erlauben, die Dispositionen der verschiedenen Bevölkerungsgruppen zu charakterisieren. Die zunächst mittels Beobachtungen, die im besonderen Fall Frankreichs durchgeführt wurden, gewonnenen Ergebnisse werden am Ende des Kapitels den in den anderen Ländern gemachten Beobachtungen gegenübergestellt. Dieses dritte Kapitel legt den Akzent auf die Vielfalt der Strukturierungsprinzipien der Grundeinstellungen der Bürger. Kapitel 4 unterstreicht und analysiert auf komplementäre Weise die Heterogenität und Ambivalenz dieser Grundeinstellungen. Kapitel 5 kommt auf die schwierige Frage des Vergleichs zurück und diskutiert den Inhalt und die Tragweite der nationalen Kollektiverfahrungen mit der europäischen Integration.

Der dritte Teil analysiert die Ressourcen und Instrumente, die die unterschiedlichen Befragten einsetzen, um Standpunkte über Europa auszudrücken. Kapitel 6 zählt die Argumentationsmittel und Diskurstypen der verschiedenen Bevölkerungsgruppen auf. Kapitel 7 untersucht die Frage, ob und in welchem Maße die Möglichkeit, Meinungen zum Thema Europa zu äußern von Fachkenntnissen abhängt. Kapitel 8 konzentriert sich auf die Informationsmittel und die Informationsniveaus der unterschiedlichen Befragten. Es berücksichtigt ihr Informiertheitsgefühl (und Nicht-Informiertheitsgefühl), um das aufzuzählen, was ihnen schwer verständlich und verschwommen erscheint, sowie die vertrauteren Elemente, die ihnen als Anhaltspunkte dienen, um ihre Standpunkte auszuarbeiten. Der vierte Teil stellt die Grundeinstellungen der verschiedenen Bevölkerungsgruppen zu Europa einander gegenüber. Kapitel 9 zeigt, dass die Kenntnisse und Wahrnehmungen der europäischen Bürger auch von der Art und Weise abhängen, wie sich die europäische Union organisiert und zu erkennen gibt. Es beschreibt die Beziehungen, die sich zwischen bestimmten Grundeinstellungen und verschiedenen Erfahrungstypen dieser äußerst speziellen politischen Konstruktion entwickeln. Kapitel 10 versucht eine Neuanalyse der populären Milieus, deren Reaktionen eine der deutlichsten Leerstellen der Fachliteratur darstellen. Ziel ist es, die Wahrnehmungen und Bewertungen der Befragten eingehender zu betrachten, die sich am stärksten zu europäischen Fragen auf Distanz halten. Im Gegensatz dazu analysiert Kapitel 11 die spontanen Interventionen der Bürger in Bezug auf Europa.

Es geht darum, die Bevölkerungsgruppen zu identifizieren, die ausreichend betroffen sind, um sich außerhalb von Untersuchungsdispositiven zu äußern, das heißt die sozialen Gruppen, die tatsächlich durch die europäischen Fragen mobilisiert werden.

Die Herausgeber

Erster Teil: Methoden

Forschungsbefunde und Forschungslücken
Die Grundeinstellungen der Bürger zu „Europa“

DANIEL GAXIE

Die Spezialisten der europäischen Studien interessieren sich seit langem – zuweilen mit einem Hauch normativer Besorgnis – für die Wahrnehmungen des europäischen Integrationsprozesses durch die Staatsbürger der Mitgliedsländer. Die zentrale Fragestellung ist selbstverständlich, in welchem Maße die Bürger positive oder negative Grundeinstellungen zur europäischen Integration besitzen. Das allgemeine Empfinden ist, dass sich zwischen den „Eliten“, die für die europäische Sache eingenommen sind, und der „Masse der Öffentlichkeit“, die immer skeptischer wird, eine Kluft auftut. Dieses Empfinden stützt sich unter anderem auf die Ergebnisse verschiedener Volksabstimmungen in Dänemark, Frankreich, den Niederlanden und Irland. Es scheint, als habe es in der Vergangenheit ein lockerer Konsens innerhalb einer nahezu gleichgültigen europäischen Bevölkerung den politischen Eliten erlaubt, die europäische Integration voran zu treiben (Carruba, 2001: 144; Coman & Lacroix, 2007). Dieser Konsens ist nach und nach durch verschiedene Einmischungen der EU in den Alltag der Europäer ausgehöhlt worden: durch die Einführung des Euro, durch strenge politische Maßnahmen zur Gewährleistung der Anforderungen der Währungsunion oder durch die EU-Erweiterung (Della Porta & Caiani, 2007). Eine solche Entwicklung in der öffentlichen Meinung wird häufig als besorgniserregend wahrgenommen, da die Grundeinstellungen der Bevölkerung eigentlich den politischen Sockel der Integration bilden sollten (Deflem & Pampel, 1996: 120; Gabel, 1998: 333; für eine etwas andere Analyse, Delmotte, 2007: 21).

Diese wissenschaftlichen und politischen Anliegen liegen Hunderten von Arbeiten zu Grunde, die sich den Grundeinstellungen der europäischen Bürger zur europäischen Konstruktion widmen. Dabei sind eine Menge statisti-

scher Ergebnisse und eine nicht weniger beträchtliche Anzahl von einigermaßen widersprüchlichen Hypothesen, Erklärungen und Interpretationen veröffentlicht worden. Es würde den Rahmen dieses Kapitels sprengen, an dieser Stelle eine erschöpfende Auswertung dieser Literatur vorzunehmen. Unser Ziel ist es lediglich, die Hauptergebnisse darzustellen und einige der Leerstellen und methodischen Schwierigkeiten, die sie aufwerfen, zu diskutieren.

Die meisten auf diesem Gebiet durchgeführten Untersuchungen beruhen auf einer Sekundärauswertung der Eurobarometer. Auf dieser Basis wurden drei Interpretationstypen vorgebracht: ein „utilitaristischer“ Ansatz, der auf einem hauptsächlich ökonomischen Kosten/Nutzen-Kalkül beruht, eine Erklärung der Grundeinstellungen durch politische „Werte“, sowie Hypothesen, die sich auf die kulturellen oder historischen Besonderheiten der jeweiligen nationalen Erfahrungen mit der europäischen Integration beziehen.

Die utilitaristischen Erklärungen

Die in der Regel angeführte Erklärung lautet: Je mehr Vorteile die Individuen aus der europäischen Integration ziehen, desto stärker neigen sie zu einer positiven Einstellung zum Integrationsprozess. Es wurde bereits über das Problem diskutiert, welcher Typus von Vorteilen – „objektive“ oder „subjektive“, „individuelle“ oder „kollektive“ – der beste Indikator für die Verbundenheit mit Europa sei. Einige statistische Elemente sprechen für die Idee, dass die makroökonomischen nationalen Faktoren eine Auswirkung auf die Unterstützung der Integration haben. Einige Autoren haben ebenfalls behauptet, dass die Bewohner der Länder, die eindeutig von der EU profitieren, eher geneigt seien, die Integration zu unterstützen, während die Beiträge zahlenden Länder dazu tendieren, sie abzulehnen (Hooghe & Marks, 2004).[1] Selbst wenn allen die gleichen nationalen ökonomischen Bedingungen auferlegt werden, erscheint es dennoch logisch, dass jeder sie durch seine persönliche ökonomische Situation wahrnimmt (Gabel & Whitten, 1997).

Eines der am besten nachgewiesenen Ergebnisse der europäischen Studien ist, dass das Bildungsniveau, die berufliche Qualifikation und das Einkommensniveau eine Auswirkung auf den Grad der Verbundenheit mit „Europa“ haben (Bélot, 2002, Binnema & Crum, 2007). Um diese Ergebnisse zu erklären, haben Gabel und Palmer (1995) die Hypothese vorgebracht, dass die Liberalisierung des europäischen Arbeitsmarktes je nach Bildungsniveau und beruflicher Qualifikation variable Auswirkungen habe.

1 Selbst wenn eine solche Hypothese darauf abzielt, die nationalen Unterschiede hinsichtlich des Niveaus der Unterstützung der Integration zu erklären, so entstammt sie doch dem gleichen Korpus von „utilitaristischen“ Hypothesen.

Sie analysieren Bildung und Qualifikation als Bestandteile des individuellen Humankapitals, das sie als entscheidenden Indikator für die Fähigkeit ansehen, sich an den beruflichen Wettbewerb anzupassen, der durch die Liberalisierung des Arbeitsmarktes ausgelöst wurde. So sollten die wohlhabenden Bürger eher in der Lage sein, von der Liberalisierung zu profitieren, da sie die erweiterten Investitionsmöglichkeiten auf den Finanzmärkten ausnutzen können. Darüber hinaus hat die Europäische Zentralbank das Ziel, die Inflation zu reduzieren, was für die Besitzer von Finanzanlagen einen zusätzlichen Vorteil bedeutet. Im Gegensatz dazu seien die Europäer, die nur über ein geringes Einkommen verfügen, im Allgemeinen die Verlierer der Liberalisierung der Kapitalmärkte. Jene Liberalisierung könnte ihre Situation erschweren, da sie es dem Kapital erlaubt, sich eher zu verlagern, als die Nachfrage nach Arbeit zu befriedigen. Die Bürger mit geringem Einkommen werden auch als stärker von den Sozialausgaben abhängig beschrieben, die ebenfalls durch die Mobilität des Kapitals und durch die europäische Währungspolitik unter Druck geraten. In dieser Hinsicht ist die „utilitaristische Theorie“ die solideste Erklärung für die unterschiedlichen Grade der Unterstützung der Integration. In allen Ländern und zu jeder Etappe der europäischen Geschichte hängt die Unterstützung der europäischen Integration mit dem Ausmaß der ökonomischen Vorteile zusammen, das sich die Individuen davon erhoffen (Gabel, 1998: 351). Diese wirtschaftlichen Vorteile (und Kosten) werden je nach Autor mehr oder weniger umfassend definiert. Für manche hängen die Grundeinstellungen zur Integration mit der traditionellen Spaltung der Klassen zusammen (Deflem & Pampel, 1996). Dabei wird angenommen, dass sich die Arbeiter und die armen Gesellschaftsschichten um den Verlust ihres Arbeitsplatzes sorgen, um eine Senkung ihres Lohnes, um die Reduzierung der Sozialausgaben und/oder um die Schwächung der Verhandlungsstärke der Arbeiter. Dagegen bezieht sich Simon Hix (1999) auf eine komplexere Theorie der sozialen Klassen. Er behauptet, dass die Grundeinstellungen zur Integration nicht nur mit dem Humankapital zusammenhängen, sondern auch mit der „Lokalisierung der Sozialinteressen“. Unabhängig von ihrer Bildung, ihrer Qualifikation und ihrem Einkommen variieren die Ansichten und Ansprüche der Individuen je nach ihrem Wirtsschaftssektor (beispielsweise der öffentliche Dienst, die Produktion für den nationalen oder internationalen Markt, die Finanzdienstleistungen, die multinationalen Konzerne Europas oder der Agrarsektor).

Mehrere Autoren haben Gabels utilitaristische Theorie ebenfalls in zahlreichen Punkten kritisiert. Einige haben eingewandt, dass den Individuen nicht notwendigerweise bewusst ist, welche Vorteile oder Kosten die europäische Integration mit sich bringt. Andere haben angeführt, dass die Personen, die über ein hohes Bildungs-, Qualifikations- und Einkommensniveau verfügen, auch diejenigen sind, die die Regierungsparteien unterstützen, die gleich-

zeitig auch Hauptverteidiger der europäischen Konstruktion sind. Somit könnten sie die europäische Integration sowohl aus politischen, als auch aus ökonomischen Gründen unterstützen. Liesbet Hooghe und Gary Marks (2004: 416) bringen eine weitere Spielart der utilitaristischen Theorie vor. Für sie „sind die Bürger, die zuversichtlich in die Zukunft ihres Landes und in ihre persönliche Zukunft blicken, geneigt, die europäische Integration in einem positiven Licht zu sehen, während diejenigen, die ängstlicher sind, eher zur Euroskepsis neigen". Ihrer Meinung nach berücksichtigen die Bürger, wenn sie Urteile in Bezug auf die europäische Integration fällen, nicht die Vorteile oder die Kosten, die sich für sie selbst daraus ergeben könnten, sondern drücken eher eine optimistische oder pessimistische Stimmung aus, die mit ihrer wirtschaftlichen Situation zusammenhängt.

Erklärungen durch politische „Werte"

Die Erklärungen durch politische Werte werden als eine Alternative oder eine Ergänzung zu den utilitaristischen Theorien dargestellt. Einige Wissenschaftler behaupten, dass die Bürger die EU nicht nach den persönlichen Vorteilen, die sie von ihr erwarten, bewerten, sondern dass dabei eher verschiedene Vorstellungen, Emotionen und Werte eine Rolle spielen (Bélot, 2002: 29). Andere räumen ein, dass die Bürger die wirtschaftlichen Konsequenzen der Integration berücksichtigen, fügen aber hinzu, dass ihr Zugehörigkeitsgefühl ebenfalls wichtig und sogar von entscheidender Bedeutung sei (Hooghe & Marks, 2004: 415). Die Befürworter der Erklärung durch „Werte" denken zunächst an die territorialen Identitäten. Sie betonen, dass die Befürwortung der Integration mit dem Gefühl der Europa-Zugehörigkeit wächst (Dell'olio, 2005: 102). Im gleichen Verhältnis würden die Bürger, die ein exklusives nationales Identitätsgefühl empfinden, häufiger negative Reaktionen in Bezug auf die EU teilen (Cautrès & Grunberg, 2007: 22). Man weiß jedoch auch, dass die Identifikation mit Europa positiv mit dem Bildungsniveau und mit der sozialen „Klasse" korreliert, während diese Korrelation im Falle der exklusiv nationalen Identifikationen negativ ist. Diese Identifikationen hätten dennoch eine eigenständige Auswirkung auf die europäischen Grundeinstellungen, wenn Bildung und soziale Klasse kontrolliert werden (Dell'olio, 2005: 103).

Die europäischen oder nationalen Identitäten sind ebenfalls mit Werten verknüpft, von denen man vermutet, dass auch sie die Grundeinstellungen zu Europa beeinflussen. Spezialisten haben die Rolle der Fremdenfeindlichkeit identifiziert, die statistisch gesehen mit den exklusiven nationalen Zugehörigkeitsgefühlen einhergeht. Beiden Grundeinstellungen wird nachgesagt, dass sie zum Misstrauen in Bezug auf Veränderungen beitragen, insbesondere in Bezug auf die europäische Einheit, die überdies als Bedrohung für die Integri-

tät der Nation angesehen wird (De Master & Le Roy, 2000). Im Gegensatz dazu seien die Bürger, die sich mit Europa identifizieren, weniger dazu geneigt, ablehnende Auffassungen gegenüber Minderheiten und Ausländern zu teilen (Citrin & Sides, 2004: 180). Andere Autoren (Cautrès & Denni, 2000; Grunberg & Schweisguth, 2003; Cautrès & Grunberg, 2007) verbinden die Identität mit einer größeren Gesamtheit von Grundeinstellungen. Sie vermuten, dass die Verbundenheit mit einem nationalen Rahmen mit fremdenfeindlichen, autoritären, konservativen, anti-universalistischen, ethnozentrischen, materialistischen und pessimistischen Grundeinstellungen einher geht. Auf „autoritäre" Grundeinstellungen wird beispielsweise aus der Antwort auf Fragen nach der Todesstrafe geschlossen, oder nach der Problematik, ob sich die Schule statt um Kreativität und Persönlichkeitsentwicklung vor allem um Disziplin und Pflichtgefühl kümmern sollte. Im gleichen Verhältnis werden diejenigen, die sich als Europäer fühlen oder die gleichzeitig eine europäische und eine nationale Identität ausdrücken, als eher dazu geneigt angesehen, universalistische, humanistische, tolerante, kosmopolitische und post-materialistische Positionen zu vertreten. Für diese Korrelationen zwischen den Werten und den Grundeinstellungen zur europäischen Integration gibt es die unterschiedlichsten Interpretationen. Manche Autoren behaupten, dass autoritäre, ethnozentrische und pessimistische Weltanschauungen die Verbundenheit mit einem durch den Nationalstaat verkörperten Organisationsmodell verstärken. Im gleichen Verhältnis seien Bürger, die die universalistischen Ansichten teilen, eher geneigt, neue Formen politischer Steuerung zu unterstützen (Cautrès & Denni, 2000: 348). Eine andere Erklärung ist, dass diejenigen, die exklusive nationale Zugehörigkeitsgefühle verspüren, gegen Europa sind, da sie den Verlust ihrer Nationalidentität und der sozialen Absicherung durch den Staat befürchten (Cautrès & Grunberg, 2007: 24). Andere Autoren führen an, dass die EU die Kontakte zwischen den Personen verschiedener Nationalitäten und Herkunft vervielfacht hat, und dass diejenigen, die am meisten Angst vor Ausländern haben, logischerweise weniger geneigt sind, die Integration zu unterstützen (De Master & Le Roy, 2000: 421).

Autoren, die die Zustimmung zu „den Werten" als komplementäre Erklärung ansehen, haben versucht, diesen Faktor mit den utilitaristischen Hypothesen zu verknüpfen. Hooghe und Marks behaupten beispielsweise, dass die erklärende Tragweite der ökonomischen Interessen größer ist, wenn die ökonomischen Konsequenzen der europäischen Integration beträchtlich und genau bestimmt sind. Wenn derlei Bedingungen nicht erfüllt sind, wären die Identitäten entscheidender. Sie fügen folgendes Argument hinzu: Je stärker die Eliten eines Landes gespalten seien, desto stärker werde die nationale Identität ins Feld geführt und beeinflusse die negativen Ansichten über Europa. In den entgegengesetzten Fällen bleibe die nationale Identität wirkungslos oder begünstige die unterstützenden Grundeinstellungen. Im selben Zusam-

menhang stellen De Master und Le Roy (2000) fest, dass die statistischen Beziehungen zwischen den Indikatoren für Fremdenfeindlichkeit und den kritischen Sichtweisen der europäischen Integration schwach ausgeprägt sind, wenn die befragten Personen in Ländern leben, die wie Belgien, Irland, Portugal und Spanien erhebliche Subventionen von der EU erhalten. Sie fügen hinzu, dass diese Länder eine katholische Kultur besitzen, und dass die ökumenische Natur des Katholizismus zum Internationalismus und einer offeneren Grundeinstellung in Bezug auf Ausländer veranlassen kann.

Die Erklärungen durch die nationalen Kontexte

Zahlreiche Autoren behaupten, dass die nationalen Unterschiede wichtiger sind als die individuellen Unterschiede sozio-demographischer oder ideologischer Natur (Deflem & Pampel, 1996: 136; Dell'olio, 2005: 96). Sie verwerfen die gängige Unterstellung, dass alle Europäer die EU auf die gleiche Weise wahrnehmen, und empfehlen, die Art und Weise zu berücksichtigen, wie jede nationale Gemeinschaft den Integrationsprozess erlebt (Diez Medrano, 2003: 5). Man geht davon aus, dass die Staatsangehörigen der Mitgliedsländer eine klar ausgeprägte Erfahrung mit der Integration haben, eine eher deutliche Vorstellung von ihrer Stellung innerhalb der Union und eine gemeinsame Sichtweise der Stellung ihres Landes in der Welt (Harmsen, 2007: 81). Diese nationalen Bewertungen der Integration werden auch durch den Wettbewerb zwischen den Parteien beeinflusst, in Verbindung mit institutionellen Faktoren. Die Mehrheitslogik der Politik Großbritanniens könnte beispielsweise den Ausdruck der Euroskepsis durch die Bildung großer Parteibündnisse mit Regierungsauftrag verstärken. Doch wie Hamsen betont (2007: 81) „entsteht nichts ohne Grund, und die Euroskepsis ist ein Thema, das sich von Politikern und Journalisten wunderbar ausschlachten lässt, da es mit Wahrnehmungen von Europa und den Europäern im Einklang steht, die seit langer Zeit in Großbritannien etabliert sind". Diese „Resonanz"-Hypothese steht im Mittelpunkt der Erklärung der Grundeinstellungen der breiten Öffentlichkeit zu Europa durch die nationale politische Kultur (Risse, 2004: 265). Die Konstituierung der nationalen Ansichten über Europa wird als ein Prozess unter der Leitung von Eliten interpretiert, insbesondere von Politikern und Leitartiklern, die ihre Ansichten über die europäische Konstruktion gemäß der unterschiedlichen nationalen und internationalen Entwicklungen und gemäß ihrer Machtinteressen umgestalten. Doch müssen die neuen Ideen mit den bestehenden Identitätskonstruktionen harmonieren, die das Ausmaß der akzeptablen Optionen eines bestimmten nationalen Standpunktes definieren. Erfunden von bestimmten Akteuren, verinnerlicht von Meinungsmachern in den Parteien, Medien und Lobbies werden die nationalen Ansichten über Europa schließlich

zum allgemeinen Konsens und verbreiten sich in der Gesamtbevölkerung. Somit werden diese Europa-Wahrnehmungen als Bausteine der nationalen Identitäten analysiert. Sie sind mit den Institutionen und der politischen Kultur eines Landes verflochten und funktionieren als kollektive Interpretationsroutinen. Man nimmt an, dass sich die Mitglieder der nationalen Gemeinschaften auf die Sichtweisen der Beziehungen zwischen ihren Ländern und Europa beziehen, die das Bild, das sie von sich selbst und von den Charakteristika haben, die sie von anderen Völkern unterscheiden, zu neuem Leben erwecken (Marcussen und andere, 1999). So wird die europäische Integration von einem deutschen Standpunkt aus als eine Erlösung von der Vergangenheit, eine Alternative zum Nationalismus, als ein Schutz gegen hegemoniale und fremdenfeindliche Tendenzen, ein Mittel, um die Welt der pazifistischen Absichten des Landes zu versichern, und als eine Garantie für Demokratie und soziale Marktwirtschaft gesehen (Diez Medrano, 2003). Die Spanier seien Europa dankbar für seine Finanzhilfen, für seinen Beitrag zur Modernisierung des Landes und für die Demokratisierung seines politischen Systems (Diez Medrano, 2003). Die Italiener würden die Vorteile des Strukturfonds und die Gelegenheiten zur Korrektur der nationalen Pathologien in Erinnerung behalten, die die Integration mit sich brachte (Della Porta & Caiani, 2007). Vom französischen Standpunkt aus wäre Europa ein „französisches Europa", das den „zivilisatorischen Auftrag" der Nation ausdehnt und die Rolle Frankreichs in Europa und seine Fähigkeit zur Einflussnahme in der Welt stärkt (Marcussen, und andere, 1999: 621). Im Gegensatz dazu wird Europa von den Briten als eine Bedrohung für den nationalen Lebensstil, für die Rolle des Landes in der Welt, für seine besonderen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten und dem Commonwealth, für seine Selbstbestimmung, seine konstitutionelle Monarchie, für seine parlamentarische Tradition und für sein politisches Verantwortungsgefühl angesehen (Marcussen, und andere, 1999: 626).

Einige der Autoren, die die Bedeutung des nationalen Kontextes hervorheben, bestehen auf der Besonderheit der Geschichte und somit auch der Wahrnehmungen jedes einzelnen Staates. Andere schlagen ein allgemeines, systematischeres Modell vor. So berücksichtigt die Hypothese der „Vorteile der Anpassung" den Grad an Schwierigkeiten, den ein Land überwinden muss, bis sich seine Institutionen und seine Politik den europäischen Normen annähern. Je weiter ein Staat vom europäischen Durchschnitt entfernt ist (der sich durch ein niedriges Niveau an Arbeitskoordination und ein hohes Niveau an Kapitalkoordination auszeichnet), desto höher sind die von der europäischen Gesetzgebung auferlegten Kosten, und desto mehr neigt die Bevölkerung zu kritischen Ansichten (Hooghe & Marks, 2004: 416). In dieser Hinsicht wird die Skepsis Großbritanniens als ein Sonderfall der Nichtanpassung oder des Gefühls der Nichtanpassung analysiert. Ebenso wird das institutio-

nelle System der EU aus skandinavischer Sicht als verschlossen und elitär wahrgenommen. Es wird als eine Bedrohung für die transparenteren und stärker auf Teilhabe aufbauenden Entscheidungsmodelle und für das hohe Niveau sozialer Absicherung erlebt, die diesen Bevölkerungsgruppen am Herzen liegen (Harmsen, 2007: 86).

Die Erklärungen durch die nationale politische Kultur setzen das Vorhandensein einer kollektiven Wahrnehmung voraus, die von allen Staatsangehörigen eines Landes geteilt wird. Die Analysen stützen sich auf die Erklärungen der Parteien und der Politiker und auf die wichtigsten Presseerzeugnisse, um zu beschreiben, was sie als die nationale Sichtweise der europäischen Integration ansehen, und um die Entstehungsgeschichte des nationalen Interpretationsrahmens nachzuvollziehen. Man geht in der Regel davon aus, dass Wähler, die den europäischen Angelegenheiten wenig Aufmerksameit schenken, nur den Ansichten der Führenden und der Parteien, die sie gewählt haben, folgen können und diese somit widerspiegeln (Aspinwall, 2002: 103). Die Alternativhypothese, nach der die politischen Eliten Standpunkte in Reaktion auf die Wahlpräferenzen der breiten Öffentlichkeit einnehmen (Carruba, 2001: 153), enthält erhebliche Schwächen. Zwar lassen sich einige Beispiele der Reaktion auf die Mobilisierungen von sozialen Gruppen beobachten, die den politischen Maßnahmen der EU besonders stark ausgesetzt sind, wie die Landwirte der Agrarpolitik. Ebenso muss man diverse Versuche der Führungsschichten mancher Länder hervorheben, das mehrheitliche „Nein“ bei den europäischen Referenden zu umgehen. Doch ist es wahrscheinlich realistischer, wie Carruba selbst zu denken, dass die nationalen Eliten einen wahlbedingten Zwang bei den wenigen Gelegenheiten, wo er sich manifestiert, berücksichtigen und dass sie gleichzeitig alle verfügbaren Spielräume ausschöpfen, um die europäische Integration voranzutreiben. Angesichts des geringen Interesses und Informationsniveaus hinsichtlich europäischer Themen und mit dem Wissen, dass Europa „der Stein des Anstoßes“ ist, der die proeuropäischen Regierungsparteien der rechten oder linken Mitte mit den Parteien, Fraktionen oder politischen Rand- oder Hintergrundakteuren aneinandergeraten lässt, die im Allgemeinen stärker euroskeptisch sind, kann auch noch eine weitere unterschiedliche Interpretation vorgebracht werden. Da beobachtet wurde, dass die nationalen Eliten und die breite Öffentlichkeit häufiger pro-europäisch eingestellt sind, wenn ihre Regierungen regelmäßig aus Koalitionen der Mitte hervorgehen, könnte man sich fragen, ob sich die breite Öffentlichkeit vielleicht nur den europafreundlichen Positionen anschließt, weil sie die Parteien und Regierungen der Mitte unterstützt (Aspinwall, 2002: 106). Man stellt jedoch ebenfalls fest, dass die meisten Regierungsparteien proeuropäisch sind, oder gemäßigter werden, sobald sie mit verschiedenen institutionellen und Sachzwängen konfrontiert sind.

Verschiedene und manchmal widersprüchliche Erklärungen

Diese Auswertung der akademischen Literatur zeigt, dass sich die Autoren auf verschiedene wohletablierte Ergebnisse stützen, um eine große Anzahl unterschiedlicher, manchmal auch widersprüchlicher Interpretationen vorzubringen. So ist die Feststellung, dass positive Ansichten zur europäischen Integration wahrscheinlicher sind, wenn das Bildungsniveau oder das Einkommen steigen, auf vielerlei Arten interpretiert worden. Wie wir gesehen haben, wird die Unterstützung des Integrationsprozesses häufig durch „instrumentelle“ ökonomische Motive erklärt, die auf einer Kosten/Nutzen-Bilanz „utilitaristischer“ Prägung beruhen, die ihrerseits mit der sozialen Situation korreliert. Andere Spezialisten erklären jedoch, dass mit dem Ansteigen des Bildungs- und Einkommensniveaus der Bürger auch ihre Bereitschaft ansteigt, sich einerseits als „Europäer“ zu verstehen und andererseits, universalistische, humanistische, tolerante, kosmopolitische und postmaterialistische Weltsichten zu teilen, die sie dafür empfänglich machen, die europäische Integration zu unterstützen. Außerdem werden unter der Bezeichnung „utilitaristisch“ deutlich unterschiedliche Erklärungen zusammengefasst. So sind einige Autoren der Auffassung, dass vor allem die wohlhabendsten Bürger in der Lage sind, von den Möglichkeiten, die die Integration eröffnet, zu profitieren. Man erinnert sich auch daran, dass andere behaupten, dass die Personen, die von günstigen wirtschaftlichen Bedingungen profitieren, auch optimistischer und zuversichtlicher in ihre eigene Zukunft und die Zukunft ihres Landes blicken, und dass sie gleichzeitig geneigt sind, die europäische Integration als positiv zu betrachten, unabhängig von den Vorteilen, die sie selbst daraus ziehen. Manche Studien erklären die nationalen Unterschiede durch unterschiedliche Kollektiverfahrungen mit der europäischen Integration. Andere behaupten, dass die Europa-Wahrnehmungen von den Kosten der Anpassung an die europäischen Normen abhängen. Diesen kulturalistischen oder utilitaristischen Erklärungen der nationalen Unterschiede widerspricht wiederum die Hypothese, dass die Bürger die Standpunkte der Parteien und Machthaber annehmen, die sie unterstützen.

Die Frage nach der Verknüpfung der erklärenden Faktoren

Die Verknüpfung dieser unterschiedlichen Erklärungen bringt ebenfalls unterschiedliche Schwierigkeiten mit sich. Einige Autoren sind der Auffassung, dass ihre eigenen Interpretationen diejenigen, die vor ihnen vorgebracht wurden, widerlegen. Doch erheben die meisten Spezialisten nicht den Anspruch,

konkurrierende Hypothesen zu verwerfen. So akzeptieren Sara de Master und Michael K. Le Roy das Argument der Bewertung der europäischen Realitäten auf der Grundlage eines Kosten/Nutzen–Verhältnisses. Sie wenden lediglich ein, dass die Verfechter eines solchen Arguments nicht die Motivationen berücksichtigt haben – z.B. das Anliegen, die nationale Integrität vor fremden Einflüssen zu bewahren –, obwohl derartige Motivationen zusätzlich zu den Betrachtungen der wirtschaftlichen Interessen eine Rolle bei der Beurteilung der europäischen Integration spielen (2000: 419). Dennoch gibt es nur wenige Versuche, die verschiedenen erklärenden Faktoren miteinander zu verbinden. Der vielzitierte Artikel von Matthew Gabel (1998) kommt beispielsweise zu dem Schluss, dass die utilitaristische Hypothese die am wenigsten angreifbare und gewichtigste Erklärung für die Grundeinstellungen zur Integration darstellt. Er fügt jedoch hinzu, dass die Parteivorlieben von Klassen (das heißt die Idee, dass die Mitglieder einer „Gesellschaftsklasse" Grundeinstellungen übernehmen, die die Standpunkte der politischen Partei, die sie unterstützen, „widerspiegeln") einen „unabhängigen Einfluss" ausüben. Andere Erklärungen, wie die Unterstützung der Regierung (die Bürger projizieren die Bewertung ihrer Regierung auf die Integrations-Frage), die „politischen Werte" (beispielsweise die postmaterialistischen Grundeinstellungen) und die „kognitive Mobilisierung" (ein erhöhtes Niveau von politischem Bewusstsein und eine hoch entwickelte Fähigkeit zur politischen Kommunikation, die es den Bürgern erlauben, sich mit einer nationenübergreifenden politischen Gemeinschaft zu identifizieren) erscheinen ihm ebenfalls annehmbar, jedoch nur für die Bürger bestimmter Staaten und zu bestimmten Zeiträumen. Dennoch versuchen weder Gabel noch De Master und Le Roy, die Beziehungen zwischen dem, was sie als verschiedene Ursachen für die Grundeinstellungen zur Integration betrachten, zu erläutern. Wie könnte sich beispielsweise die Neigung dazu, die nationale Integrität seines Landes zu bewahren, mit der utilitaristischen Bewertung persönlicher Interessen verbinden? Muss man annehmen, dass die nationalen oder europäischen Identitäten den Sieg davontragen, wenn für die Individuen bei der europäischen Integration keine persönlichen Interessen auf dem Spiel stehen? Oder wenn sie ihren wirtschaftlichen Interessen keine Priorität einräumen? Warum sollte dann aber für einige Individuen bei der Integration kein persönliches Interesse auf dem Spiel stehen, oder warum sollten sie dazu neigen, die Bedeutung ihrer Interessen zu verringern? Wenn man annimmt, dass sowohl die utilitaristischen Motive, als auch auch der Einfluss der Regierungsparteien dazu beitragen, die Grundeinstellungen zu Europa zu gestalten, müsste man präzisieren, welche Bürger ihren eigenen Interessen Vorrang einräumen, welche von ihnen den Ansichten ihrer Partei folgen, und welche sich gleichzeitig auf diese beiden Bewertungselemente stützen.

Jedes Individuum lässt sich durch ein Niveau an Bildung, Einkommen oder beruflicher Qualifikation, durch seine Vorlieben für eine Partei (oder

durch das Fehlen solcher Präferenzen), seine territorialen Identifikationen, seine materialistischen oder postmaterialistischen, toleranten oder autoritären, kosmopolitischen oder fremdenfeindlichen, optimistischen oder pessimistischen Grundeinstellungen charakterisieren. Man nimmt an, dass all diese Elemente einen Einfluss auf die Grundeinstellungen zur europäischen Integration ausüben. Man müsste allerdings präzisieren, welches individuelle Charakteristikum von wem, in welchem Augenblick und aus welchen Gründen „aktiviert" wird, wenn es darum geht, Urteile über Europa zu formulieren. Einer der seltenen Versuche der Verknüpfung der erklärenden Faktoren behauptet, dass die Identitäten der dominierende Faktor sind und dass der wirtschaftliche Utilitarismus die Grundeinstellungen zu Europa nur beeinflusst, wenn die wirtschaftlichen Auswirkungen der Integration bedeutend und identifizierbar sind (Hooghe & Marks, 2004: 416). Diese Autoren präzisieren jedoch nicht, wer, unter welchen Umständen und warum, in der Lage ist, die bedeutenden wirtschaftlichen Konsequenzen der Integration eindeutig wahrzunehmen.

Die Grenzen der probabilistischen Erklärungen

Die quantitativen Untersuchungen liefern probabilistische Ergebnisse. Wir wissen beispielsweise, dass Personen mit einem hohen Bildungsniveau und einem hohen Einkommen statistisch gesehen mit größerer Wahrscheinlichkeit dazu neigen, der europäischen Integration positiv gegenüberzustehen als andere. Wir wissen aber auch, selbst wenn sie proportional weniger zahlreich sind, dass Personen mit hohem Bildungsniveau und hohem Einkommen auch negative Ansichten äußern können. Man findet jedoch in der Literatur kaum Erklärungen für diese Minderheitsfälle. Es ist ebenfalls möglich, dass Bildungsniveau, Einkommen und Beruf zu ungenaue Indikatoren sind. So wurde auch vorgeschlagen, nicht nur den Beruf zu berücksichtigen, sondern zum Beispiel den Tätigkeitssektor, die öffentliche oder private Ausrichtung der Tätigkeit und ihre Stellung innerhalb der regionalen, nationalen und internationalen Konkurrenz, um die Wahrnehmungen der europäischen Integration zu erklären (Hix, 1999). Allerdings würde man, selbst wenn man feinere Instrumente benutzen würde, um die wirtschaftliche Situation der Individuen zu präzisieren, wahrscheinlich feststellen, dass es Fälle gibt, die den statistischen Tendenzen widersprechen und die zusätzliche Erklärungen nötig machen. Ähnlich liegt der Fall bei der Annahme, dass die offenbar „fremdenfeindlichen" und „autoritären" Grundeinstellungen häufiger bei den „populären" Bevölkerungsgruppen vorkommen und dass sie statistisch gesehen mit negativen Wahrnehmungen der EU einhergehen: Hier müsste man sich ebenfalls über die Gründe Gedanken machen, die bewirken, dass einige Mitglieder

ebendieser Milieus derlei Grundeinstellungen nicht teilen oder dass einige derjenigen, die sie teilen, dennoch keine negativen Wahrnehmungen der Europäischen Union besitzen. Natürlich müssen die statistischen Tendenzen berücksichtigt werden, doch ist es vermutlich höchste Zeit, sich mit den Individuen zu befassen, deren Reaktionen den vorherrschenden Wahrscheinlichkeiten widersprechen.

Statistische Korrelationen und Kausalität

Korrelationen sind eines der einzigen Ergebnisse, die sich aus der Sekundäranalyse einer Datenbank mit quantitativen Informationen gewinnen lassen. Da sie über keine anderen empirischen Materialien verfügen, sind manche Autoren geneigt, die Bedeutung ihrer statistischen Auswertungen zu überschätzen.

In einigen Fällen werden die Korrelationen stillschweigend als Kausalzusammenhänge interpretiert. Ebenso sollten die Autoren, die schreiben, ein bestimmter Faktor „erkläre“ den größeren Prozentsatz der Varianz einer abhängigen „Variablen“, nicht vergessen, dass das Wort „Erklärung“ in der Sprache der Statistik nicht das Gleiche bedeutet wie in der Sprache der Sozialwissenschaften. Wenn Autoren behaupten, eine „unabhängige Variable“ „organisiere“, „strukturiere“ oder „gebe“ eine Grundeinstellung zu Europa „wieder“, benutzen sie eine stillschweigend kausale Sprache, um einfache Korrelationen zu interpretieren.

Nach wie vor wird in der Regel zwischen der statistischen Feststellung und ihrer kausalen Interpretation unterschieden. Matthew Gabel erklärt beispielsweise, dass Bildung, berufliche Qualifikation und Einkommen positiv mit positiven Grundeinstellungen zur Integration korrelieren, weil gebildete und qualifizierte Personen besser dazu in der Lage sind, sich an den wirtschaftlichen Wettbewerb, den der liberalisierte europäische Arbeitsmarkt mit sich bringt, anzupassen. Ebenso stellt dieser Autor eine positive Korrelation zwischen dem Einkommen und den günstigen Grundeinstellungen gegenüber der EU fest, da wohlhabende Bürger stärker von den Investitionsmöglichkeiten profitieren können, die sich durch die Öffnung der Finanzmärkte bieten. Umgekehrt interpretiert Gabel die negativen Korrelationen, indem er erklärt, dass die europäischen Bürger mit niedrigem Einkommen im Allgemeinen die Opfer der Liberalisierung des Marktes sind (1998: 337). Wie man weiß, versucht der Autor in diesem Artikel den Einfluss verschiedener Faktoren zu messen. Der Text beruht auf Regressionsanalysen mehrerer Indikatoren für die Grundeinstellungen von Bürgern zur europäischen Integration (die durch Quantifizierung der Antworten auf verschiedene Meinungsfragen konstruiert wurden) und auf diversen unabhängigen Variablen. Der Autor beschließt, die Unterschiede der Niveaus der Unterstützung für die Integration hinzuzufügen,

die man erhält, wenn man die hohen und niedrigen Bildungsniveaus vergleicht, die höchsten und niedrigsten Einkommen, die qualifizierten und nicht-qualifizierten Berufe und die Tatsache, ob sich der Wohnort in der Nähe einer Grenze oder weit von ihr entfernt befindet. Nachdem er diese Variablen als Indikatoren für „utilitaristische" Grundeinstellungen interpretiert hat, beobachtet er, dass ihre Kombination bedeutendere statistische Effekte hervorruft als alle anderen Indikatoren, die er in seinem Artikel berücksichtigt (die Vorlieben für eine Partei, die Unterstützung einer Regierungspartei und die „materialistischen" und „postmaterialistischen" Grundeinstellungen). Er leitet daraus ab, dass die statistischen Daten belegen, dass die „utilitaristische" Theorie die beste Erklärung für die Grundeinstellungen in Bezug auf Europa darstellt.

Unabhängig von Einwänden hinsichtlich der Messmethoden[2] liegt die Hauptschwierigkeit von Gabels Interpretation in dem logischen Sprung, der sich aus dem Übergang von statistischen Feststellungen hin zur Bestätigung einer Kausaltheorie ergibt. Wir wissen seit langem, dass Variablen wie Bildung, Beruf und Einkommen statistisch mit den Meinungen über die europäische Integration verknüpft sind. Trotz oder wegen der zahlreichen Kollinearitäten, die sie verbinden, können wir zugeben, dass sich bei der Addition ihrer „Auswirkungen" zu den Meinungen über die Integration die stärksten Korrelationen registrieren lassen. Trotzdem lässt sich nicht daraus ableiten, dass „innerhalb mehrerer Ensembles von Nationen und zu allen Zeiten die Unterstützung der Bürger für die europäische Integration von den wirtschaftlichen Vorteilen abhängt, die sie sich davon erhoffen" (Gabel, 1998: 351). Eine solche Interpretation ist zwar interessant, entspricht jedoch nur einigen der Untersuchungsergebnisse, die in diesem Buch vorgestellt werden. Außerdem stellen die von Matthew Gabel angeführten statistischen Daten keinen Beweis für die Gültigkeit der Interpretation dar, die er für sie vorschlägt. Mit den gleichen statistischen Daten könnte man auch behaupten, dass in allen Ländern und zu allen Zeiten die Unterstützung der europäischen Integration durch die Bürger von deren Vertrauen in ihre persönliche Zukunft und in die Zukunft ihres Landes abhängt (Hooghe & Marks, 2004). Oder auch, dass in allen Ländern und zu allen Zeiten die Unterstützung der europäischen Integration von einer ideologischen Identifikation mit der Marktwirtschaft abhängt. Die

2 Man kann sich fragen, ob es tatsächlich möglich ist, „die unabhängigen statistischen Effekte" von Variablen zu messen, die so stark untereinander korrelieren wie Bildung, Einkommen und berufliche Qualifikation. Man kann einwenden, dass man, wenn man die „statistischen Effekte" von Bildung, Einkommen und beruflicher Qualifikation hinzufügt, zwei- oder dreimal ein- und dieselbe Realität addiert, die in jeder der Variablen teilweise präsent ist! Es ist nicht überraschend, wenn eine solche Zusammenfassung extrem signifikante statistische Effekte erzeugt!

erhofften wirtschaftlichen Vorteile, das Vertrauen in die Zukunft und die Identifikation mit der Marktwirtschaft sind drei Interpretationshypothesen (neben möglichen anderen) für die Kausalzusammenhänge, die die Grundlage für die Korrelationen zwischen den günstigen Meinungen zur europäischen Integration einerseits und der Bildung, dem Beruf und dem Einkommen auf der anderen Seite darstellen. Keines der statistischen Elemente, die durch Sekundäranalysen von Datenbanken wie derjenigen der Eurobarometer erzeugt wurden, erlaubt es, sie voneinander zu trennen.[3]

Aus Datenbanken geschöpfte statistische Informationen sind zwar suggestiv, enthalten jedoch keinerlei unmittelbare Information über die Kausalzusammenhänge, deren Produkt sie sind. In diesem Sinne sind sie kausal betrachtet stumm. Um ein zusätzliches Beispiel anzuführen, lässt sich zwischen der Unterstützung der Regierungsparteien und den zustimmenden Meinungen zur europäischen Integration eine Korrelation beobachten. Es mag sein, dass diese Korrelation trügerisch ist und dass sowohl die Unterstützung der Regierungsparteien als auch die positiven Meinungen zur Integration von einem dritten Faktor abhängen, ohne untereinander verbunden zu sein. Man kann beispielsweise denken, dass Bürger mit gemäßigten politischen Einstellungen der europäischen Integration positiv gegenüberstehen und dass sie ansonsten die Regierungsparteien aus Gründen unterstützen, die nicht (oder nicht hauptsächlich) mit den europäischen Fragen verknüpft sind. Wenn man denkt, dass die Korrelation nicht trügerisch ist, lassen sich mehrere mögliche Interpretationen vorbringen. Man kann beispielsweise die Hypothese aufstellen, dass die meisten Regierungsparteien der europäischen Integration zustimmend gegenüberstehen, und dass es ihnen gelingt, ihre Anhänger von der Richtigkeit ihrer Positionen zu überzeugen. Die meinungssoziologischen Untersuchungen regen gleichermaßen dazu an, zu behaupten, dass ein Teil der Bürger, die den Regierungsparteien Vertrauen entgegenbringen, dazu gebracht werden kann, ihre Argumente zu übernehmen, ohne eine gefestigte persönliche Meinung zu der Frage zu besitzen. Es kann auch sein, dass manche Bürger, die von den europäischen Fragen besonders betroffen sind und die Integration als äußerst positiv bewerten, eine politische Partei unterstützen, weil sie Positionen vertritt, die ihrem eigenen Standpunkt nahestehen. Es ist auch möglich, dass diese unterschiedlichen Hypothesen für verschiedene soziale Gruppen gelten und

---

3 Genau diese Schwierigkeit erklärt, warum viele Autoren sich lieber an ein bescheideneres und vorsichtigeres Register halten, wenn sie für ihre statistischen Ergebnisse Kausalinterpretationen vorbringen. So behauptete Matthew Gabel in einem früheren Artikel zusammen mit Whitten Guy D. (1997: 81), dass „da das wirtschaftliche Wachstum und die wirtschaftliche Entwicklung zentrale Motivationen der europäischen Integration sind, es vernünftig scheint, zu denken, dass die europäische Öffentlichkeit diese Integration auf der Basis wirtschaftlicher Kriterien bewertet".

dementsprechend kompatibel sind. Aber auch hier gibt die bloße Feststellung einer gleichzeitigen Variation der günstigen Meinungen zur Integration und der Unterstützung der Regierungsparteien keinen Hinweis auf die tatsächliche Existenz und über die Gründe eines Kausalzusammenhangs zwischen den beiden Phänomenen.

Verkannte subjektive Vorstellungen

Die akademische Literatur zu den Grundeinstellungen der Normalbürger zu Europa ist einigermaßen paradox. Einerseits ist sie bemüht, ihre Analysen durch empirische Beobachtungen zu untermauern. Gleichzeitig beruhen einige ihrer Interpretationen ausschließlich auf den Intuitionen ihrer Autoren. Die Sekundäranalysen von Daten versuchen, ausgehend von der Verteilung der Antworten auf geschlossene Fragen, auf die subjektiven Wahrnehmungen und Vorstellungen der europäischen Bürger zu schließen. Sie verfügen jedoch über keinerlei unmittelbare Information zu den Überlegungen, die die befragten Personen in ihre Antworten einfließen lassen. Zahlreiche Autoren haben einander an Einfallsreichtum überboten, um die Gründe zu erklären, die die Bürger dazu veranlassen, den Integrationsprozess zu unterstützen oder sich ihm entgegenzustellen, jedoch haben nur wenige versucht, sie unmittelbar zu beobachten. Die subjektiven EU-Wahrnehmungen der Bürger und ihre Motive für eine positive oder negative Sichtweise sind noch sehr unzureichend bekannt. Nur wenige Forscher haben sich bemüht, zu verstehen – im Sinne der verstehenden Soziologie – was die Bürger über Europa denken und wie sie sich Europa vorstellen.[4]

Wir wissen, dass Personen aus populären Milieus eher als andere, die eine gehobene Position einnehmen, dazu neigen, die Wiedereinführung der Todesstrafe zu unterstützen, den Vorschlag zu billigen, dass „die Schule sich hauptsächlich um Disziplin kümmern sollte" und dazu, zu erklären, dass sie sich eher mit der Nation identifizieren als mit Europa, zumindest wenn man sie zu diesen Themen befragt. Unter den gleichen Untersuchungsbedingungen sind sie auch häufiger geneigt, zu antworten, dass die EU-Mitgliedschaft keine gute Sache ist und dass sie gegen die Bestrebungen sind, Europa zu vereinigen (Cautrès & Denni, 2000; Cautrès & Grunberg, 2007; Grunberg & Schweisguth, 2003). Es gibt jedoch keinerlei empirischen „Beweis" für einen Kausalzusammenhang zwischen diesen verschiedenen Antworten. Befragte Personen können Antworten liefern, die als „intolerant" oder „euroskeptisch" interpre-

4 Es lassen sich nur einige wenige Arbeiten zitieren, die sich damit befassen, Bürger unmittelbar nach den Gründen und Motiven ihrer europäischen Grundeinstellungen zu befragen. Dabei sind hauptsächlich Bélot (2000), Diez Medrano (2003) und Meinhoff (2004) zu erwähnen.

tiert worden sind, doch folgt daraus nicht, dass sie „intolerant“ sind, weil sie „euroskeptisch“ sind. Es lassen sich Korrelationen zwischen „Meinungen“ (oder Antworten) zur Todesstrafe und zur europäischen Integration beobachten, doch heißt dies nicht, dass sich die befragten Personen auf die Frage nach der Todesstrafe beziehen, wenn man sie bittet, sich zur europäischen Integration zu äußern. Man kann natürlich einwenden, dass die Meinungen zur Todesstrafe ein einfacher Indikator für eine latente „autoritäre“ Grundeinstellung sind. Dann muss man jedoch aufzeigen, dass eine solche Grundeinstellung wirklich eine Rolle bei den Urteilen über die europäische Konstruktion spielt. Dafür muss man in der Lage sein, die Beurteilungsinstrumente zu beobachten, die die verschiedenen Kategorien der Bürger tatsächlich einsetzen. Anschließend muss man präzisieren, welche von ihnen sich als Hinweise auf eine autoritäre Grundeinstellung interpretieren lassen, und die Bevölkerungsgruppen identifizieren, die sich auf sie beziehen. Wie man weiß, behaupten mehrere Autoren, dass die territorialen Identitäten (beispielsweise die Tatsache, sich „nur als Deutscher“ zu fühlen anstatt als „Deutscher und Europäer“) der entscheidendste Erklärungsfaktor für Grundeinstellungen zu Europa seien. Dennoch besitzt man bis heute nur äußerst wenige unmittelbare empirische Beobachtungen, die erklären, dass die Skeptiker sich auf Bedrohungen ihrer nationalen Identität beziehen, wenn sie negative Ansichten über die europäische Konstruktion äußern. Es genügt nicht, derartige politische Erklärungen zu beobachten, die von bestimmten politischen Bewegungen ausgehen, um zu behaupten, dass die Argumentation von denjenigen übernommen wird, die sich der europäischen Integration widersetzen. Schließlich lässt es sich noch nicht einmal zweifelsfrei sagen, ob sie überhaupt von allen Anhängern dieser Bewegungen übernommen wird. Grundeinstellungen, die als „intolerant“, „nationalistisch“, „autoritär“, „anti-universalistisch“ oder „fremdenfeindlich“ definiert werden, können nur dann als erklärend für die Reaktionen auf die europäische Integration betrachtet werden, wenn Befragte ihre Wahrnehmungen der europäischen Integration durch Motive rechtfertigen, die als Indikatoren derartiger Grundeinstellungen interpretiert werden können. Auch hier lässt sich aufgrund der bloßen Beobachtung einer scheinbaren Korrelation noch lange kein Kausalzusammenhang herstellen.

Die Forscher leiten das Vorhandensein von Grundeinstellungen von Meinungen und Reaktionen ab, die von Individuen geäußert wurden. Diese Meinungen und Reaktionen ergeben sich aus Wahrnehmungen, Betrachtungen und Motiven, die sich auf kognitive und evaluative Instrumente stützen. Derartige Instrumente hängen mit den unterschiedlichen Sozialisierungen zusammen, die ein Individuum (besonders) aufgrund seiner Laufbahn, seiner Positionen, Erfahrungen und sozialen Zugehörigkeiten erfahren hat. Wenige Studien haben versucht, diese komplexen Zusammenhänge der Grundeinstellungen zu Europa zu beleuchten. Natürlich sind die Beziehungen zwischen si-

tuationsbedingten Antworten, Rechtfertigungen, Begründungen, erklärten und nicht erklärten Motiven und objektiven Gründen komplex. Die subjektive Europa-Erfahrung drückt sich nicht immer adäquat durch die Betrachtungen und Beurteilungselemente aus, die im Verlauf eines Interviews geäußert werden. Die Befragten wünschen nicht immer – und denken sehr häufig nicht daran –, die sozialen (in diesem Sinne „objektiven") Bedingungen zu erwähnen, die mit diesen Betrachtungen und Urteilen verbunden sind. Trotz allem können die Motive und Gründe, die in einem Interview vorgebracht werden, um die europäische Integration zu billigen oder abzulehnen, bestimmte Komponenten der subjektiven Wahrnehmungen jenes Integrationsprozesses enthüllen. Sie können ebenfalls verschiedene Hinweise auf die „objektiven" Bedingungen liefern, die mit ihnen einhergehen, und zwar umso mehr, wenn man Wert darauf legen würde, die Probanden über ihre Lebensgeschichte zu befragen. Man kann die Grundeinstellungen zu Europa nicht erklären, ohne zu verstehen, was die Individuen von Europa wahrnehmen, und ohne die Art und Weise zu verstehen, wie sie es wahrnehmen und bewerten. Zahlreiche Hypothesen, Intuitionen, Annahmen, Fiktionen und Vorurteile sind ins Feld geführt worden, um die subjektiven Gründe zu beleuchten, die Individuen dazu veranlassen, unterstützende oder ablehnende Grundeinstellungen zur europäischen Integration zu äußern. Es ist wichtig, sich auf solidere empirische Beobachtungen zu stützen.

Nischen der Unwissenheit und Informationsniveau

Es ist wohlbekannt, dass es in der breiten Öffentlichkeit (Slater, 1982; 1983: 77) „bedeutende Nischen der Unwissenheit" (Franklin und andere, 1994: 458), ein begrenztes Verständnis und wenig Interesse für europäische Fragen gibt. Nach Ansicht verschiedener Spezialisten ist die europäische Konstruktion ein Prozess, der von den Eliten geführt wird, ohne dass sie die weitgehend uninformierte und desinteressierte Bevölkerung dabei stört. Diese Spezialisten haben wiederholt geäußert, dass viele europäische Regelungen technischer Natur seien und ihre unmittelbaren Auswirkungen auf die Bürger begrenzt seien, selbst wenn der Grad ihrer Augenfälligkeit durch den Euro, das Schengener Abkommen und die Erweiterungen gestiegen sei (Carruba, 2001: 141-142). Dennoch werden sowohl das geringe Informationsniveau und das geringe Interesse der Öffentlichkeit in ihrer Gesamtheit, als auch die diesbezüglichen Unterschiede zwischen den unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen seltsamerweise von vielen ignoriert, die über die europäischen Grundeinstellungen schreiben. Wir wissen seit Jahrzehnten, besonders dank der Arbeiten der Forscher der Universität von Michigan (Campbell und andere, 1980) und vor allem dank der Arbeiten von Philip Converse (1964), dass Meinungsum-

fragen relativ bedeutsame Anteile von wenig überzeugten Antworten aufzeichnen, von denen einige mehr oder weniger aufs Geratewohl gegeben werden. Wir wissen, dass sich dieses Verhalten in erster Linie bei den Personen beobachten lässt, deren Informationsniveau und Interesse am schwächsten ausgeprägt sind. Seit Beginn der 1980er Jahre haben sich Hunderte von Artikeln und Arbeiten daran gemacht, die Analysen über die Meinungsäußerungen desinteressierter und uninformierter Bürger zu vervollständigen, die wie Converses Arbeiten als „minimalistisch“ bezeichnet werden. Diese Studien haben ausführlich die „Abkürzungen“, „Faustregeln“ (*rules of thumb*) und „Urteilsheuristiken“ diskutiert, die von denjenigen eingesetzt werden, die sich trotz eines niedrigen Niveaus an Informiertheit, Intellekt und Interesse zu politischen Themen äußern sollen (Popkin, 1991; Sniderman und andere, 1991; Lodge & McGraw, 1995; Lupia & McCubbins, 2000). Diese Spezialisten bedauern schon lange, dass viele Forscher vorgeben, Meinungen oder Abstimmungsergebnisse zu erklären, indem sie Modelle konstruieren, die stillschweigend voraussetzen, dass alle Bürger adäquat und in gleichem Umfang über die politischen Fragen informiert seien (Zaller, 1992). Sie haben betont, dass manche Personen in einer Umfragesituation spontan „Meinungsbekundungen“ konstruieren, indem sie eben das einsetzen, was ihnen gerade durch den Kopf geht. So werden manche Antworten bei Meinungsumfragen als das Ergebnis unmittelbar zugänglicher „Betrachtungen“ analysiert. Damit sind die „Betrachtungen“ aller beliebigen Gründe gemeint, die einem Individuum dabei helfen können, sich zu einer Frage zu äußern (Zaller, 1992: 36, 40). Politisch bewusste Bürger werden eine hohe Anzahl von Betrachtungen berücksichtigen, die zudem untereinander und in Bezug auf die Neigungen der Bürger relativ kohärent sein werden. Weniger politisierte Personen werden eine geringere Anzahl von Betrachtungen einbeziehen, die zudem weniger kohärent sein werden. Daraus ergibt sich, dass die stärker sensibilisierten Personen besser in der Lage sind, Meinungen zu äußern und Meinungen zu äußern, die ideologisch mit ihren Neigungen zusammenhängen (Zaller, 1992: 52). Diese Feststellungen führen zu einer Aufgabe der Annahme, dass alle Individuen bereits strukturierte Grundeinstellungen besitzen, die durch die Fragen der Meinungsumfrage sichtbar gemacht werden. Sie legen im Gegenteil den Gedanken nahe, dass manche Personen wenig konsistente Ansichten zu bestimmten Themen haben (Zaller, 1992: 54). Eine derartige Vorsicht ist besonders wichtig, wenn man Umfragen zu entlegenen und abstrakten Themen durchführt, wie es manche europäischen Fragen sind. Trotz dieser Vorsicht argumentieren viele Forscher, die die Grundeinstellungen zu Europa untersuchen, als seien alle Bürger in der Lage, sich zur Gesamtheit der politischen Zielsetzungen der europäischen Integration zu äußern. So als ließen sie sich alle auf einer einzigen Dimension der politischen Skala anordnen, wo sich an einem Pol die Skeptiker und am anderen Endpunkt des Kontinuums die glü-

hendsten Anhänger der Integration gegenüberstünden. Zwei Wissenschaftler haben ausgehend von einer Analyse der Übereinstimmungen drei Dimensionen von „Meinungen" über die europäische Integration identifiziert, die ihrerseits ungefähr 33% der Gesamtträgheit der analysierten Antworten ausmachen. Die erste Achse, die 15,6% der Trägheit zusammenfasst, zeigt eine Opposition zwischen den zustimmenden und ablehnenden Meinungen zu Europa. Die zweite (9,1% der Trägheit), stellt diejenigen, die gefestigte Meinungen besitzen, und diejenigen mit unsicheren und wenig strukturierten Standpunkten einander gegenüber. Eine dritte Dimension (8,2% der Trägheit) unterscheidet die stark ausgeprägten und die eher zwiespältigen Meinungen (Cautrès, Denni, 2000). Aus Gründen, die mit der unvermeidbaren Unausgewogenheit der Stichprobenerhebung und der Verwendung geschlossener Fragen zusammenhängen, kann man denken, dass der Einfluss der ersten Dimension übermäßig groß ist, während der Einfluss der zweiten und dritten Dimension unterschätzt wird. Man muss jedoch unabhängig davon feststellen, dass sich bisher fast alle Publikationen auf die erste Dimension konzentriert haben oder stillschweigend den Raum der Grundeinstellungen zu Europa auf diese einzige Dimension reduziert haben. Die beiden anderen Dimensionen wurden beinahe gänzlich ignoriert. Die zweite Dimension wird sogar manchmal künstlich durch die seltsame und anfechtbare Gewohnheit eliminiert, die Antworten „weiß nicht", „keine Meinung" oder „keine Antwort" einfach auszuschließen (zum Beispiel Gabel, 1998: 340 oder Dell'olio, 2005: 96), oder sie gar neutralen Meinungen mit Zwischenstatus zuzuordnen (zum Beispiel Inglehart, 1970: 49).

Das allgemein begrenzte und auch individuell unterschiedliche Informationsniveau bezüglich der europäischen Angelegenheiten lässt sich kaum mit den kulturalistischen Erklärungen vereinbaren, die das Vorhandensein einer nationalen Erfahrung mit der europäischen Integration, sowie die Existenz kollektiver Verständnisroutinen und einer gemeinsamen Sichtweise aller Angehörigen einer Nation in Bezug auf die Stellung ihres Landes in der EU und in der Welt postulieren. Derartige Erklärungen lassen sich auch nicht mit der Feststellung in Einklang bringen, dass Europa bis heute zu keiner neuen parteipolitischen Spaltung geführt hat und niemals eine wichtige Rolle in den Wahlkämpfen gespielt hat (Hix, 1999; Binnema & Crum, 2007). Es gibt im Übrigen kaum empirische Beobachtungen in Bezug auf ein gemeinsames Europa-Bild, das von allen Bevölkerungsgruppen geteilt wird. Juan Diez Medrano hat betont, dass in den drei für seine Untersuchung ausgewählten Ländern eine Korrelation zwischen der Häufigkeit gewisser Themen in den Zeitungen und den Erklärungen der Befragten existiert. Allerdings sind in seiner Personenauswahl die lokalen Eliten überrepräsentiert: So wird der Großteil der Beispiele für Urteile über Europa, die er in seinem Buch zitiert, von Leitern lokaler Parteiverbände, Gewerkschaften, Handels – und Handwerkskammern,

Leitartiklern von Lokalzeitungen, Abgeordneten, Akademikern oder Sprechern von Frauen –, Bauern- oder Jugendverbänden vorgebracht. Ebenso sucht er in den angeblich bedeutendsten Presseerzeugnissen eines jeden Landes nach Interpretationsrahmen, denen er unterstellt, dass sie von der gesamten Nationalgemeinschaft geteilt würden, ohne sich die Frage nach der Wahrscheinlichkeit zu stellen, mit der diese Presseerzeugnisse wirklich die Gesamtheit der Bevölkerung erreichen.

Die Grenzen der Untersuchungen, die auf geschlossenen Fragen beruhen

Die Verwendung von Datenbanken, die den Eurobarometern entstammen, hindert die Spezialisten für europäische Studien daran, den tatsächlichen Informiertheits- und Interessegrad der befragten Personen zu berücksichtigen. Viele Forscher, die ausgehend von diesem Typ von Material arbeiten, betrachten es als selbstverständlich, dass alle Probanden, die auf die gestellten Fragen antworten, eine Meinung dazu besitzen, dass alle Meinungen Ausdruck von Überzeugungen von vergleichbarer Intensität sind und gemäß eines identischen *modus operandi* gebildet wurden. Typisch für diesen Ansatz ist die Annahme, dass die Antworten auf die Frage, ob die EU eine „gute Sache", eine „schlechte Sache" oder etwas, das „weder gut noch schlecht" ist, „eine zufriedenstellende Vorgehensweise" darstellen, „um die Präferenzen in Bezug auf alle relevanten politischen Themen zu messen" (Carruba, 2001: 145). Der geringe Prozentsatz der Nicht-Beantwortung, der für den Großteil der in den Meinungsumfragen gestellten Fragen festgestellt wurde, wird als Bestätigung einer allgemeinen Fähigkeit, Meinungen zu allen europäischen Themen auszudrücken, interpretiert, selbst in Bezug auf die Themen, die weit von den Interessensgebieten der meisten Bürger entfernt sind (Cautrès, Denni, 2000: 325). Einige Spezialisten haben dennoch angedeutet, dass es mehrere Formen von Unterstützung oder Ablehnung der europäischen Integration geben könnte, doch ist diese Frage bislang nur äußerst unzureichend untersucht worden.

Die Meinungsumfragen befragen Stichprobenauswahlen, die als repräsentativ für die Gesamtheit der Bevölkerung gelten, zu so verschiedenen Themen wie dem Vertrauen in die europäischen Institutionen, der politischen Einheit Europas, der Präsidentschaft des Europarats, der Währungsunion, der gemeinsamen Außenpolitik, der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik, der europäischen Verfassung, der Zunahme der Kooperationsprojekte, den dringendsten Maßnahmen der Union, der Erhöhung des Unionshaushalts, der Rolle der Union in Bezug auf das weltweite Wirtschaftswachstum, den Umweltschutz, den Weltfrieden, die Demokratie in der Union, die Einsetzung eines Außenministers für die Union, die Leistungen der europäischen Wirtschaft, das Vo-

rantreiben der europäischen Integration, die Frage, auf welcher territorialen Ebene am Besten über die Fragen von Einwanderung, Arbeitslosigkeit, Umwelt und Gesundheit entschieden werden sollte, usw. … Wenn man die Antworten auf diese Art Fragen zusammenfasst, um sie verschiedenen statistischen Verfahren zu unterwerfen, misst man den Reaktionen aller befragten Personen die gleiche Bedeutung bei. Man homogenisiert die Antworten, ohne die Tatsache zu berücksichtigen, dass die Antwortenden in sehr unterschiedlichem Maße mit den Themen vertraut sind, die man ihnen vorlegt.

Den Befragten, die sich über verschiedene europäische Themen aussprechen sollen, die sie manchmal genau in dem Moment entdecken, wenn man sie um ihre Meinung bittet, wird durch die Benutzung geschlossener Fragen sehr geholfen. Sie werden zu Themen befragt, die ihnen möglicherweise abstrakt, komplex, schwer verständlich oder abseitig erscheinen, doch wird dabei nur von ihnen verlangt, sich zwischen einfachen und kurzen Antworten zu entscheiden. Es genügt, „ja“, „nein“, „einverstanden“, „nicht einverstanden“, „dafür“, „dagegen“, „das ist eine gute Sache“, „eine schlechte Sache“, „das ist wichtig“, „das ist nicht wichtig“, „günstig“, „ungünstig“, „ich bin dafür“, „ich bin nicht dafür“ zu sagen. Die Befragten wissen, dass der Interviewer nicht von ihnen verlangen wird, ihre Ansichten genauer darzulegen und zu rechtfertigen. Die Beobachtung zeigt jedoch, dass viele der befragten Personen größere Schwierigkeiten haben, wenn sie selbst ihre Antworten auf offene Fragen formulieren sollen (Gaxie, 1990) und umso mehr, wenn man von ihnen verlangt, diese zu begründen.

Geschlossene Fragen neigen dazu, die Häufigkeit der Elemente „keine Antwort“ und „keine Meinung“ zu reduzieren, nicht nur, weil sie den Antwortenden die Arbeit erleichtern, sondern auch aufgrund ihrer Formulierung. Die Möglichkeit, keine Antwort zu geben, besteht, wird aber selten explizit vorgeschlagen, und die Interviewer sind häufig angewiesen, nicht dazu zu ermutigen. Die Beobachtung zeigt, dass bei wenig vertrauten Themen der Prozentsatz der Personen, die nicht auf die Frage antworten, merklich ansteigt, wenn dem Befragten das Fehlen einer Meinung zu der gestellten Frage als mögliche Option vorgeschlagen wird (Gaxie, 1990). Wenn man eine Frage stellt und verschiedene Antworten vorschlägt, ohne aber die Möglichkeit zu suggerieren, keine Meinung zu haben, kommt dies einem stillschweigenden Befehl zur Antwort gleich. Manche Antworten, die man so erhält, können Meinungen von schwacher Intensität entsprechen, ja sogar einfachen Aussagen, die schon fast Untersuchungsartefakte sind. Man müsste sich beispielsweise über die Gründe Gedanken machen, die bewirken, dass ein größerer Anteil der befragten Personen eher negative Ansichten über Europa ausdrückt, wenn man sie zu (relativ) vertrauten Themen wie dem Euro oder den sozialen Sicherungssystemen befragt, als wenn es um allgemeinere und abstraktere Fragen geht,

wie beispielsweise um die jeweiligen Machtbefugnisse der Union und der Mitgliedsstaaten (Cautrès, Denni, 2000: 325).

Unabhängig davon, wie solide sie sein mögen, kann man auch nicht kurzerhand formal identische Antworten auf eine geschlossene Frage zusammenzählen. Wenn Wissenschaftler zu derartigen Totalisierungen greifen, setzen sie voraus, dass alle Personen, die formal identische Antworten geliefert haben, die Frage nicht nur verstanden, sondern sie vor allem auf die gleiche Weise verstanden haben. Man sollte keine Antworten auf Fragen zusammenfassen, die komplexe und mehrdeutige Ausdrücke wie „politische Union", „Integration", „Demokratie in der EU" oder „Vertrauen in die Institutionen" enthalten, ohne sich zu vergewissern, welchen Sinn die befragten Personen ihnen geben. Wenn Probanden die gleiche Frage in unterschiedlicher Weise verstehen, antworten sie in Wirklichkeit auf unterschiedliche Fragen. Formal identische Antworten auf unterschiedlich verstandene Fragen drücken unterschiedliche Ansichten aus, die man aus Gründen der Methodik eigentlich nicht zusammenfassen darf. Genauso wenig darf man voraussetzen, dass formal identische Antworten auf eine abstrakte Frage – beispielsweise zur europäischen Integration – alle von einem abstrakten Standpunkt aus und von dem gleichen abstrakten Standpunkt aus gegeben wurden.

Die Meinungsumfragen zu den europäischen Fragen können künstliche Ergebnisse produzieren, wenn sie von den Befragten verlangen, sich zu Themen zu äußern, über die viele von ihnen noch nie zuvor nachgedacht haben. Eine Feststellung dieser Art hat Ulrike Hanna Meinhoff dazu veranlasst, eine Untersuchungstechnik einzusetzen, die nicht davon ausgeht, dass die Probanden mit einem Thema vertraut sind, nur weil sie antworten, wenn man sie zu diesem Thema befragt (Meinhoff, 2004). Sie bat die befragten Personen, auf Fotografien zu reagieren. Diese Fotografien zeigten Häuserfassaden, die mit der Europaflagge geschmückt waren oder mit Schildern, auf denen stand, dass die EU durch eine Finanzhilfe zur Realisierung bestimmter Infrastrukturen beigetragen habe. Sie stellte fest, dass keiner der Probanden in seinem Kommentar die EU erwähnte. Erst wenn man die Befragten explizit zu ihrer Verbindung mit Europa befragte, begannen sie, dieses Thema anzusprechen. Vermutlich würden nur wenige Personen alle Themen, die man ihnen während einer Untersuchung vorlegt, aus Eigeninitiative ansprechen. Und vermutlich hatten auch nur wenige Personen Gelegenheit, diese Themen zuvor in ihrem näheren Umfeld zu diskutieren.

Diese Literaturauswertung zielt nicht darauf ab, jegliche Sekundäranalyse quantitativer Datenbanken für ungültig zu erklären. Quantitative Untersuchungen sind natürlich nützlich und notwendig. Sie haben zahlreiche wichtige Informationen und Ergebnisse geliefert. Wir möchten lediglich für mehr Strenge bei ihrer Methodik und bei der Interpretation ihrer Ergebnisse plädieren. Die Strenge liegt nicht nur im Maßstab, sondern auch in der Kontrolle

dessen, was man misst. Wir können uns nicht mit Maßstäben zufriedengeben, einzig weil wir durch sie „*hard* data“ bekommen. Wenn die Solidität und die Bedeutung der Antworten ungewiss sind, wird die Stichhaltigkeit des statistischen Verfahrens zweifelhaft sein, egal wie hoch dabei die Bedeutungsschwelle angesetzt wird. Der Zuwachs an Vorsicht, den man in die Meinungsforschung einführen sollte, setzt vermutlich eine stärkere Diversifizierung der Methoden voraus. Damit ist selbstverständlich nicht gemeint, dass man auf statistische Messungen und Auswertungen verzichten sollte, doch sollte man vermehrt offene Fragen in die Meinungsumfragen einführen. Bevor man sich an die statistische Auswertung der Antworten macht, sollte man präzisieren, was die Probanden im Kopf haben, während sie antworten, und die Voraussetzung dafür schaffen, die Gründe und Motive ihrer Antworten beobachten zu können. Das Ziel dieses Buches ist es nicht, jegliche Sekundäranalyse von Antworten auf geschlossene Fragen zurückzuweisen, sondern ein wenig methodologischen und theoretischen Pluralismus in einen Forschungsbereich einzuführen, der bislang massiv von einer spezifischen und relativ oberflächlichen Untersuchungsform dominiert wird. Man muss sich vermehrt auf vertiefte Interviews, Gruppendiskussionen, auf spontane Dokumentationsquellen und auf unmittelbare Beobachtungen stützen, um zu genaueren und realistischeren Beschreibungen und Erklärungen der Vielfalt und der Komplexität der Grundeinstellungen der Bürger zur europäischen Integration zu gelangen.

Methodologische Fragen

DANIEL GAXIE, JAY ROWELL

Dieses Buch ist aus der Überzeugung entstanden, dass die Grundeinstellungen der Normalbürger zur europäischen Integration trotz der umfangreichen Forschungsliteratur noch unzureichend bekannt sind. Eine der bedeutendsten Lücken resultiert daraus, dass die Komplexität dieser Grundeinstellungen unterschätzt wird. Ebenso ist auch das genaue Verständnis der Motive und Ursachen, die die Bürger veranlassen, ein positives oder ein negatives Urteil über Europa zu fällen, noch sehr unzulänglich. Man weiß, dass zahlreiche Korrelationen zwischen den europäischen Grundeinstellungen und verschiedenen „Variablen" nachgewiesen wurden, doch stellt eine statistische Korrelation noch lange keine Erklärung dar. Um das Verhältnis der Bürger zu Europa zu begreifen, muss man zu einer besseren Kenntnis ihrer subjektiven Wahrnehmungen und Einschätzungen gelangen. Verschiedene Studien haben nachgewiesen, dass die Wahrnehmungen sowohl entsprechend dem nationalen Kontext als auch entsprechend der sozio-demographischen Charakteristika variieren. Um die Auswirkung der Nationszugehörigkeiten zu erklären, stellen andere Autoren häufig kulturalistisch geprägte Hypothesen auf,[1] die sich nur schwer mit der Unterschiedlichkeit der Grundeinstellungen zwischen den verschiedenen sozialen Gruppen eines Landes in Einklang bringen lassen. Man müsste also die Voraussetzungen für eingehendere Vergleiche schaffen, um die nationalen Besonderheiten – aber auch Übereinstimmungen – berücksichtigen zu können. Ebenso sind präzisere Informationen notwendig, wenn man besser verstehen möchte, wie sozio-demographische Charakteristika für besondere Ansichten zu Europa empfänglich machen.

1 Siehe das Kapitel über die Literaturauswertung.

Forschungsfragen und -hypothesen

Die meisten Analysen europäischer Grundeinstellungen beruhen auf der statistischen Auswertung formal identischer Antworten auf geschlossene Fragen. Antworten, die man in verschiedenen nationalen und sozialen Kontexten gesammelt hat, lassen sich jedoch keineswegs ohne weiteres vergleichen. Die Illusion der unmittelbaren Vergleichbarkeit von quantitativen Daten stützt sich auf die Voraussetzung, dass alle Befragten – trotz ihrer Unterschiede – den gestellten Fragen und den erhaltenen Antworten eine identische Bedeutung und Wichtigkeit beimessen. Eine solche Methodik läuft auf die stillschweigende Unterstellung hinaus, dass alle Befragten fähig gewesen wären, die gestellte Frage selbständig zu beantworten, wenn man ihnen keine vorgegebenen Antworten zur Auswahl vorgelegt hätte. Man unterstellt insbesondere, dass sie den Typ und das Niveau des mit den Fragen verbundenen Diskurses einhalten könnten. Man setzt gleichzeitig als selbstverständlich voraus, dass der Großteil der Bürger in der Lage ist, politische Ansichten über die wichtigsten Zielsetzungen der europäischen Integration zu äußern.

Wir sind von ganz anderen Forschungshypothesen ausgegangen. Im Gegensatz zu den gängigen Annahmen der Fachliteratur denken wir, dass die Grundeinstellungen und Meinungen der Bürger zu Europa verschiedenartig sind. Damit meinen wir nicht nur die Divergenz der Sichtweisen – positiv, kritisch oder zwiespältig – in Bezug auf die EU. Denn die Politikwissenschaft hat seit Langem nachgewiesen, dass die Bürger nicht alle in gleichem Maße über die öffentlichen Angelegenheiten informiert sind und dass sie sich nicht alle in gleichem Maße für politische Themen interessieren.[2] Mehrere Jahrzehnte Forschung haben gezeigt, dass es den Bürgern in unterschiedlichem Maße leicht fällt, sich zu politischen Fragen zu äußern, besonders zu den abstraktesten.[3] Es gibt keinerlei Grund zu denken, dass diese anerkannten Ergebnisse nicht ebenfalls für Fragen nach der Europapolitik gelten sollten. Aufgrund des Fehlens eines strukturierten und eigenständigen europäischen Raumes für politische Transaktionen, der schwachen Mobilisierung und des marginalen Stellenwerts europäischer Fragen in den Medien kann man sich sogar fragen, ob die politischen Einstellungen in diesem Bereich nicht sogar noch vielfältiger sind als in den nationalen politischen Kontexten.

Die gängigen Untersuchungen mittels Fragebogen verlangen von Probanden, die man für repräsentativ hält, sich über zahlreiche mit der EU in Verbindung stehende Themen zu äußern. Ihre Autoren scheinen der Auffassung

2 Siehe zum Beispiel die konstanten Ergebnisse der seit den 1940er Jahren durchgeführten Untersuchungen, insbesondere die klassischsten: Lazarsfeld und andere (1968) oder Campbell und andere (1980).

3 Hier seien nur zwei der am häufigsten zitierten Referenzen genannt: Converse (1964) und, aktueller, Zaller (1992).

zu sein, dass alle Bürger selbstverständlich in der Lage sind, sich zu Fragen zu äußern, die häufig äußerst komplex sind. Der geringe Prozentsatz von „keine Antwort“, den man in der Regel beobachtet, scheint ihnen Recht zu geben, zumindest wenn man außer Acht lässt, dass er zum Großteil aus der Hilfestellung resultiert, die die befragten Personen durch die Benutzung geschlossener Fragen bekommen. Im Gegensatz dazu stützen sich unsere Ausgangshypothesen auf die konstanten Ergebnisse unzähliger Untersuchungen, die nachgewiesen haben, dass die Vertrautheit mit politischen Fragen und die Konsistenz der politischen Meinungen insgesamt schwach sind und dass sie je nach Bildungsniveau, gesellschaftlicher Position und Geschlecht der Individuen äußerst stark variieren. Zahlreiche Forschungsströmungen bestehen seit gut zwanzig Jahren auf der Idee, dass die Bürger nicht vollkommen hilflos sind, wenn sie sich zu politischen Themen äußern sollen, mit denen sie nicht vertraut sind. Eine Hypothese lautet, dass diese Bürger dann „Informationsabkürzungen“ und Beurteilungsheuristiken benutzen.[4] Diese Problematiken wurden jedoch bis zum heutigen Zeitpunkt beinahe gänzlich von den „Europäischen Studien“ vernachlässigt. Man weiß nichts oder beinahe nichts über die kognitiven Instrumente, die die verschiedenen sozialen Gruppen einsetzen, um sich ihre Meinungen über europäische Themen zu bilden – sofern sie welche haben. Zahlreiche Arbeiten haben ebenfalls betont, dass das Verständnis einer Frage oder einer Situation das Ergebnis zahlreicher Transpositionen, Neuübersetzungen und Verzerrungen ist. Doch auch diese Forschungsperspektiven werden vom Großteil der Arbeiten über die öffentliche Meinung Europas ignoriert.

Verschiedene Forschungsfragen drängen sich auf, wenn man sich auf diese Traditionen stützt. Bis zu welchem Grad sind die verschiedenen sozialen Gruppen in der Lage, eine Meinung zum Inhalt der europa-politischen Debatte auszudrücken (beispielsweise zum Aufbau einer politischen Union, zum Vorantreiben der europäischen Integration, zum „Demokratiedefizit“ oder zu bestimmten Richtlinien)? Und falls die Bürger eine Meinung zu diesen Fragen besitzen: Wie groß ist deren Überzeugungs- und Konsistenzgrad? Auf welche Bewertungsinstrumente stützt sich ihre Meinung? Sind ihre Ansichten Ausdruck strukturierter Grundeinstellungen? Aus welchen Motivationen und Gründen heraus wird die europäische Integration positiv oder negativ bewertet? Stützen sich die geäußerten Meinungen auf die spezifischen Bewertungsinstrumente, die in politischen Debatten zum Einsatz kommen, oder werden sie mit Hilfe anderer Instrumente erzeugt, deren Inhalt man genauer bestimmen müsste? In welchem Maße werden die Fragen, wie sie in den Meinungsumfragen zur EU gestellt werden, verstanden? In welchem Maße werden sie

4 Unter zahlreichen Arbeiten kann man: Popkin (1991), Snidermann und andere (1991), Lodge, McGraw (1995) und Lupia und andere (2000) zitieren.

verstanden, wie sie formuliert sind oder, falls nicht: In welchem Maße lassen sich Prozesse von Neuübersetzung oder Sinnverschiebung und Missverständnisse feststellen?

Es ist ebenfalls seit langer Zeit nachgewiesen, dass die Grundeinstellungen der Bürger – besonders der weniger politisch interessierten unter ihnen – in Bezug auf das politische Universum zusätzlich vom Grad der Spürbarkeit der Themen im Alltag abhängen.[5] Nach dem Aufbau eines Raums der Bewegungsfreiheit und eines Binnenmarktes, der Einführung des Euro, dem Erlass einer Fülle von Richtlinien und Regelungen, der Ausweitung auf neue Länder, den Debatten über den Beitritt der Türkei oder den durch die unterschiedlichen Referenden hervorgerufenen Kontroversen könnte man eigentlich denken, dass die EU oder wenigstens die politischen Maßnahmen und Entscheidungen der EU für einige Bevölkerungsgruppen vertrauter geworden sind. Die Analyse der Beziehung zur europäischen Konstruktion sollte also die Europa-Erfahrung berücksichtigen, das heißt das Maß, in dem ein Individuum persönlich (oder indirekt durch Mitglieder seiner Umgebung) mit europäischen oder als solchen wahrgenommenen Realitäten konfrontiert ist.

Die Methodik der Untersuchungen

Genau diese Fragen und Hypothesen haben unsere methodologischen Entscheidungen bestimmt. Eines unserer Anliegen war es, zu sehen, woran die Bürger denken, wenn man sie um ihre Meinung zu „Europa“ und der Europäischen Union ersucht, und zu beobachten, welche Bewertungsinstrumente sie einsetzen, um ihre Urteile zu formulieren. Wir wollten nicht von Vornherein unterstellen, dass sie alle einen Gesamtüberblick über die EU besitzen und in der Lage sind, politische Standpunkte in Bezug auf deren Entwicklung auszudrücken. Wir gingen davon aus, dass sich unterschiedliche Bürger auf unterschiedliche Orientierungen und Bewertungselemente stützen. Deshalb haben wir uns entschieden, zu Beginn äußerst offene Fragen zur Wahrnehmung und dem Gesamturteil über „Europa“ zu stellen. Das Ziel war, die befragten Personen unbeeinflusst ihre Sichtweise erläutern zu lassen, mit ihren eigenen Worten und ohne ihnen Antworten zu suggerieren. So wollten wir nicht nur die Kategorien beobachten, sondern darüber hinaus auch die kognitiven Instrumente, die die Probanden spontan mobilisieren, die Argumente, die sie vorbringen, und die Elemente zur Wahrnehmung der europäischen Realitäten,

5 Siehe zum Beispiel Nie Norman H, Verba Sidney, Petrocik John (1976): The Changing American Voter, Cambridge, Harvard University Press, 2nd edition, 1979.

die sie ins Feld führen. Dafür war es nötig, anstatt geschlossener Fragebögen semi-direktive Interviews einzusetzen.

Interviews, wie sie im Rahmen dieser Forschungsarbeit geführt wurden, nennt man „vertieft“. Diese Vertiefung beruht zunächst auf der Dauer des Interviews, die im Allgemeinen die eines „geschlossenen“ Fragebogens weit übersteigt. Zweitens ergibt sie sich aus den offenen Fragen, die die Befragten dazu zwingen, ihren Standpunkt mit ihren eigenen Mitteln auszuarbeiten, ohne sich an Vorschlägen „festhalten“ zu können. Die flexiblere Gesprächsführung beim vertieften Interview erlaubt es außerdem, bei der befragten Person „nachzuhaken“ und sie zu bitten, ihren Standpunkt stärker auszuarbeiten oder genauer zu erläutern. Die Gedankenverbindungen können bestimmte Hintergrundaspekte der Wahrnehmungen und Urteile enthüllen, die in den Erklärungen nicht explizit genannt werden. Doch liegt das Interesse eines vertieften Interviews im unmittelbaren Gespräch nicht nur im Inhalt dessen, was von dem Befragten gesagt oder vermutet wird, sondern auch in den Diskursmodalitäten.[6] Der Forscher ist nämlich in der Lage, die Momente des Zögerns, des Schweigens, die Verlegenheitsreaktionen, die Intonation, den Sprachrhythmus und die Körpersprache zu beobachten. Ein Schulterzucken oder eine mit matter oder zögernder Stimme hingeworfene Antwort führen dazu, die Tragweite einer Antwort zu relativieren. Wie im Falle der Untersuchungen mittels geschlossener Fragebogen können die Interviews in manchen Fällen die befragte Person mit Problemen konfrontieren, über die sie noch nie nachgedacht hat. Dieses Risiko, auf das wir später noch zurückkommen werden, ist beträchtlich, wenn man Untersuchungen zu Themen durchführt, die für viele Bürger nicht zu den Gegenständen gehören, über die sie häufiger nachdenken oder sich unterhalten. Wenn die Geschlossenheit der Fragen nämlich methodologische Schwierigkeiten aufwirft, liegt dies vor allem daran, dass die Probanden, die keine persönliche Meinung zu einer bestimmten Fragestellung besitzen, dazu neigen, blindlings das aufzugreifen, was man ihnen suggeriert, um ihr Gesicht zu wahren und ihre Verlegenheit zu verbergen. Wenn ein Befragter seine Antworten hingegen selbst formulieren muss, verraten gewisse Momente des Zögerns und bestimmte Reaktionen sofort das Fehlen einer gefestigten Meinung zu bestimmten Themen. Zwar verhindern offene Fragen nicht das Aufzwingen von Problematiken, doch machen sie es leichter feststellbar und erlauben es, seine Auswirkungen zu kontrollieren und zu problematisieren.

Da verschiedene soziale Gruppen nur wenig mit europäischen Themen vertraut sind, ist die Art und Weise, wie sie auf die Untersuchung und auf die Fragen reagieren, in einigen Fällen mindestens ebenso erhellend wie der Inhalt ihrer Erklärungen. Die Interviewer waren daher angewiesen, nicht nur

6 Demoskopische Studien werden meist per Telefon durchgeführt. Körperliche und interaktive Diskurselemente bleiben daher ausgeblendet.

den Diskurs in seiner Rohform – inklusive aller Ungeschicklichkeiten, Wiederholungen, unvollständigen Sätze, sprachlichen Fehler und umgangssprachlichen Ausdrücke – so genau wie möglich zu transkribieren, sondern auch die Momente des Schweigens, des Zögerns und die wichtigsten gestischen Reaktionen. Doch egal wie sorgfältig diese Arbeit durchgeführt wird, kann auch die Transkription nur einen Teil der relevanten Informationen bewahren. Da alle durchgeführten Interviews allen Mitgliedern des Teams zugänglich waren, haben alle Autoren der Kapitel dieses Buches auch mit Interviews gearbeitet, die sie nicht selbst durchgeführt hatten. Sie konnten also die Bedeutung des Diskurses eines Befragten missverstehen oder bestimmte non-verbale Reaktionen nicht kennen, auf die nicht hingewiesen worden war. Gleichzeitig haben alle Autoren aber auch selbst Interviews durchgeführt, was sie für diese Schwierigkeiten sensibilisiert hat.

Ziele, Organisation und Durchführung der Interviews

Die Durchführung der Interviews geschah auf der Grundlage eines Leitfadens, der auf den vorgenannten theoretischen Fragen und Hypothesen beruht. Dieser Leitfaden ist für alle „nationalen" Teams weitgehend der gleiche, doch wurden einige Fragen an die nationalen Kontexte angepasst. Alle Interviews begannen mit der Frage, ob das Wort „Europa" von den Probanden eher positiv oder eher negativ bewertet würde. Das Ziel bestand darin, die Existenz und die Orientierung eventueller Grundeinstellungen zu ermitteln. Nach weiteren Nachfragen, bei denen es genauer um die eingesetzten Wahrnehmungselemente ging, wurde die Konversation auf präzisere Themen gelenkt: z.B. den Euro, die Frage nach der Bewegungsfreiheit und dem Schengener Abkommen, die Erweiterung der EU, die Möglichkeit eines Beitritts der Türkei, die Konkurrenzpolitik, die Frage nach dem öffentlichen Dienst und, im Falle Frankreichs, nach der Dienstleistungsrichtlinie. Abgesehen von der Charakterisierung eventuell darunter liegender Grundeinstellungen, ging es auch darum, das Informationsniveau der Befragten genau zu ermitteln, ohne unmittelbare Wissensfragen zu stellen. Man fragte beispielsweise, was der Proband über das „Schengener Abkommen" denke, um zu überprüfen, ob er den Ausdruck und seine Bedeutung kannte. Wenn der Befragte antwortete, er wisse nicht, was das sei oder behauptete, diesen Namen zwar gehört zu haben, sich jedoch nicht mehr zu erinnern, um was es sich handele, gab der Interviewer einige genauere Hinweise, bevor er die Frage erneut stellte. An dritter Stelle ging es in den Interviews um die Erfahrungen mit Europa. Das Ziel war es, zu beobachten, ob und wie der jeweilige Befragte im Verlauf seines schulischen, beruflichen, familiären, religiösen oder gewerkschaftlichen Werdegangs, im

Rahmen einer Vereinsaktivität oder in seiner Freizeit mit „europäischen“ Realitäten – oder mit als „europäisch“ wahrgenommenen Realitäten – konfrontiert worden war. Diese Fragen ermöglichten es ebenfalls, relativ präzise Informationen über den Werdegang und die Charakteristika der Probanden zu erhalten, sowie über ihre sozialen Zugehörigkeiten, Bedingungen, Positionen und Situationen. Anschließend wandte sich das Interview wieder dem Informationsniveau des Befragten zu. Es ging darum, genau festzustellen, ob er das Gefühl hatte, gut oder schlecht über europäische Themen informiert zu sein, und welche Themen ihm schwer verständlich schienen. Anschließend wurde er danach befragt, auf welchen Wegen er sich für gewöhnlich informierte. Wir haben ebenfalls einige Eurobarometer-Fragen nach dem Vertrauen in das Europa parlament, die Kommission und den Rat übernommen, um den Grad der Vertrautheit mit diesen Institutionen zu testen. Bei den in Frankreich durchgeführten Interviews war eine fünfte Phase der Abstimmung bei den Europawahlen und beim Referendum von 2005 gewidmet. Hierbei ging es um den Versuch, herauszufinden, ob die befragte Person politische Präferenzen hatte, und ob diese Präferenzen mit den Grundeinstellungen zu Europa zusammenhingen. Das Interview endete mit ein paar Fragen zu den Hauptzielsetzungen der europäischen Konstruktion. Wir übernahmen die Formulierungen der Eurobarometer-Umfragen und baten jede Person, sich zur politischen Union, dem Vorantreiben der Integration und dem Demokratiedefizit zu äußern. Die Originalität des Verfahrens bestand darin, dass die Befragten gebeten wurden, die Motive für ihre Antwort genauer zu bestimmen, was häufig die Gelegenheit bot, darum zu bitten, genau zu erläutern, was er oder sie unter „politischer Union“, „Integration“ oder „Demokratiedefizit“ verstand. So ließ sich beobachten, ob und wie diese gängigen Fragen der politischen Debatte verstanden wurden. Auch hier bestand das Ziel wieder darin, festzustellen, in welchem Maße die politischen Problematiken der europäischen Integration von den unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen beherrscht und eingesetzt werden und in welchem Maße ihre (eventuellen) Grundeinstellungen zu Europa durch oder um diese politischen Problematiken herum strukturiert sind.

Auswahl und Zusammensetzung der Befragten

Da wir von der Hypothese ausgingen, dass die Grundeinstellungen zu Europa vielfältig sind, mussten wir die Bedingungen schaffen, um diese Vielfalt zu beobachten. Wir bemühten uns, Männer und Frauen zu interviewen, deren Alter, Wohnort, Bildungsniveau, Einkommen, Beruf, Europa-Erfahrungen, Engagement in Vereinen, religiösen Gruppen, Gewerkschaften oder Parteien, Politisierungsgrad und politische Orientierungen sich so weit wie möglich unterschieden. Wie man im Allgemeinen bei dieser Art von Untersuchung fest-

stellt, verlief die Kontaktaufnahme mit den Personen, die den Interviewern sozial nahestanden, also in der Regel den mittleren oder höheren Regionen des sozialen Raumes angehörten, am unkompliziertesten. Dagegen mussten besondere Anstrengungen unternommen werden, um die weiter entfernten Gruppen zu erreichen, diejenigen, die sich in den gehobenen Sphären des sozialen Universums bewegen und vor allem diejenigen an dessen unterem Rand. Jene letzteren haben sich als am schwersten zugänglich erwiesen, und es war noch schwieriger, sie davon zu überzeugen, über Themen zu sprechen, die so gar nichts mit ihren gewöhnlichen Hauptinteressen zu tun hatten. Viele der um ihre Teilnahme ersuchten Personen verstanden nicht, warum man sich mit derartigen Themen an sie wandte. Einige lehnten das Prinzip eines in ihren Augen derart unsinnigen Gespräches mit einem Schulterzucken ab. Diejenigen, die sich einverstanden erklärten, sich auf ein (in ihren Augen) unsicheres Terrain zu begeben, waren geneigt, die Fragen als Wissenstests zu interpretieren. Manche Interviews waren sowohl für die oder den Befragten als auch für die Interviewerin oder den Interviewer schmerzhaft und belastend. Um diese Schwierigkeiten des Zuganges zu den verschiedenen sozialen Gruppen zu überwinden, haben wir das soziale Umfeld der Mitglieder des Forschungsteams zur Teilnahme aufgefordert, und besonders das der zahlreichen Studenten, die an dem Projekt beteiligt waren. Dank ihnen und dank des sozialen Kapitals von Eltern, Freunden, Nachbarn und Bekannten, das sie mobilisieren konnten, ist es uns gelungen, eine relativ diversifizierte Auswahl von Probanden zusammenzustellen. Wenn eine Person von jemand aus ihrem näheren Umfeld dazu aufgefordert wird, an einem Interview teilzunehmen, fällt es ihr manchmal schwer, abzulehnen. So ist es uns gelungen, Männern und Frauen zu begegnen, die sich vermutlich nicht bereit erklärt hätten, an einem Interview über derartige Themen teilzunehmen, wenn es nach der gängigen Methodik einer Telefonumfrage durchgeführt worden wäre. Wir hatten somit Gelegenheit, einigen der Leute zuzuhören, deren Grundeinstellungen, Reaktionen und Diskurs von den Sozialwissenschaften nur äußerst selten wiedergegeben und analysiert werden.

Die Gruppe unserer Probanden wurde auf gleichzeitig wissenschaftliche und pragmatische Art und Weise zusammengestellt. Wissenschaftlich in dem Sinne, dass die Auswahl der befragten Personen von verschiedenen theoretischen Fragen und Hypothesen geleitet wurde und sich auf eine fundierte wissenschaftliche Literatur stützte. Im Laufe der Untersuchung haben wir mehrmals Zwischenbilanz gezogen, um festzustellen, wo sich noch Lücken befanden und um die Personentypen genauer zu bestimmen, deren Reaktionen nach unseren ersten Ergebnissen potenziell interessant erschienen. Gleichzeitig wurden unsere Personenauswahlen pragmatisch, ausgehend von den Begegnungen und Beziehungen all derer, die an diesem Projekt mitgearbeitet haben, zusammengestellt. Ein Teil der Interviews wurde von erfahrenen Forschern

durchgeführt, einige wurden jedoch von Studenten im Rahmen ihrer Ausbildung in Forschungsmethodik realisiert. Die Ergebnisse sind also ungleich, und einige Interviews haben sich als wenig auswertbar erwiesen.

Die Beziehungen zwischen den Interviewern und den Befragten

Wie wir soeben unterstrichen haben, wurde das empirische Material gesammelt, indem wir uns auf die Bekanntschaften, Begegnungen, Initiativen und Empfehlungen der Interviewer und ihres näheren Umfelds gestützt haben. In manchen Fällen kannte der Interviewer den Befragten vor Beginn des Gespräches nicht. In anderen Fällen befragte er eine Person, die er kannte, und die manchmal sogar aus seinem vertrauten Umfeld stammte. Diese Auswahl steht im Gegensatz zu einer gewissen Orthodoxie, die eine formale Einheitlichkeit der Interviewbedingungen empfiehlt und behauptet, dass das Fehlen vorheriger Beziehungen zwischen Interviewer und Befragtem eine unerlässliche Bedingung für die Neutralität der Untersuchungssituation sei. Unsere Erfahrung veranlasst uns, uns von diesen methodischen Postulaten abzuwenden. Jedes Interview verläuft in einer besonderen Konfiguration, die notwendigerweise sein Resultat beeinflusst. Es gibt keine Untersuchungssituation, die frei von „Befangenheiten“ wäre, oder die nicht durch den Rahmen der Begegnung, durch die gestellten Fragen und durch die Beziehungen, die sich zwischen den fragenden und den antwortenden Personen entwickeln, „verunreinigt“ würde. Es ist also müßig, eine Untersuchungssituation neutralisieren zu wollen, die nicht neutral sein kann. Es ist vermutlich sinnvoller, zu versuchen, die Auswirkungen, die sich aus jeder besonderen Interaktion ergeben, festzustellen und sie bei der Interpretation der Ergebnisse zu berücksichtigen. Interviews, die von einer Person durchgeführt werden, die dem Befragten nahesteht, und Interviews, die für einen kurzen Moment zwei einander fremde Personen vereinen, weisen beide verschiedene Vor- und Nachteile von teilweise gemeinsamer und teilweise unterschiedlicher Art auf. Bei einem Thema wie „Europa“ gibt es kaum etwas Beschämendes, das man seinem Gesprächspartner verschweigen oder vor einem Gesprächspartner verbergen müsste, dem man unter anderen Umständen wieder begegnen wird. Einer der Hauptnachteile eines Interviews zwischen „engen Vertrauten“ ist vielmehr das möglicherweise vorhandene stillschweigende Einverständnis, das dazu verleitet, nur unzureichend explizit auszusprechen, was anscheinend selbstverständlich ist. Ein Vorteil dieses Interviewtypus ist dagegen das Vertrauensverhältnis, das die Offenheit unterstützen kann, wenn man eingestehen muss, dass man sich mit Themen, zu denen man eine Meinung äußern soll, nicht auskennt. Doch ist einer der interessantesten Pluspunkte der zwischen vertrauten Personen ge-

führten Interviews die Tatsache, dass der Interviewer einschätzen kann, ob der Diskurs des Befragten in dem ein wenig formellen Rahmen eines aufgezeichneten Interviews mit seinen gewöhnlichen Äußerungen übereinstimmt. In Standardmeinungsumfragen ist der Interviewer nicht in der Lage, zu erkennen, ob die im Dienste einer Untersuchung aufgezeichneten Reaktionen von der Art und Weise abweichen, wie der Befragte unter anderen Umständen reagiert. In diesem Fall sind die besonderen Auswirkungen der Untersuchungssituation schwieriger zu berücksichtigen.

Die Frage nach der Repräsentativität der Probanden-Auswahl

Quantitative Untersuchungen mittels geschlossener Fragebögen mit einer als repräsentativ angesehenen Stichprobenauswahl werden bislang als die „normale“ Methodik einer normalen Wissenschaft im Sinne von Kuhn (1976) angesehen. Stillschweigend bewertet man die methodologische Gültigkeit aller Untersuchungsformen nach diesem Maßstab. Das Programm Concorde beschreitet auch auf diesem Gebiet Wege, die mit überkommenen Gewohnheiten brechen. Sein Ziel war es nicht, „repräsentative“ Stichproben aus der Bevölkerung der ausgewählten Länder zu konstruieren. Unsere Probanden-Gruppen sind im streng statistischen Sinne nicht repräsentativ, was es uns verbietet, allgemeine quantitative Schlüsse zu ziehen. Denn wir befinden uns in der klassischen Situation, dass trotz unserer Anstrengungen die unteren sozialen Schichten unterrepräsentiert sind, während Personen mit Hochschulstudium überrepräsentiert sind. Aus diesem Grunde können wir die Häufigkeit der Phänomene, die wir analysieren, nicht messen. Wir können zum Beispiel die unterschiedlichen Informationsniveaus in Bezug auf europäische Fragen beschreiben, doch können wir nicht sagen, welcher Prozentsatz der Bevölkerung sich durch welches Informationsniveau auszeichnet. Zwar ist unsere Probanden-Auswahl nicht repräsentativ, doch ist sie immerhin ausreichend diversifiziert, um uns zu ermöglichen, ein Ensemble kontrastierender Grundeinstellungen zu beobachten, zu beschreiben und zu versuchen, es zu erklären. Insofern ist unsere Methodik unseren Forschungszielen angemessen. Und obwohl unsere Personenauswahl nicht im herkömmlichen Sinne repräsentativ ist, reicht die Anzahl der Befragten – inklusive der unterrepräsentierten Kategorien –, aus, um eine hohe Gültigkeit der Ergebnisse vermuten zu lassen.

Die Auswertung der Interviews und der Umgang mit den gewonnenen Resultaten

Der Anspruch, allgemeine Feststellungen bezüglich der Beschreibung, des Verständnisses und der Erklärung der Grundeinstellungen zu Europa herauszuarbeiten, setzt eine wiederholte Hin-und-Her-Bewegung zwischen dazwischenliegenden Aussagen und Beobachtungen von Einzelfällen voraus. Nur eine Vielzahl derartiger Beobachtungen ermöglicht es, nach und nach Ähnlichkeiten und Unterschiede zwischen Individuen auszumachen und ausgehend von Einzelfällen allgemeine Typen herauszuarbeiten. Jede befragte Person stellt einen Sonderfall dar, doch ermöglicht es der Vergleich dieser Sonderfälle, nach und nach verschiedene Invarianzen festzustellen, ebenso wie mehr oder weniger ausgeprägte Abweichungen in Bezug auf diese Invarianzen. Jeder Sonderfall wird durch ein Ensemble von charakteristischen Meinungen, Grundeinstellungen, Praktiken, Erfahrungen, Zugehörigkeiten und Besonderheiten konstituiert, das von mehr oder weniger umfangreichen Ensembles von Einzelfällen mehr oder weniger geteilt wird. Diese Dialektik zwischen dem Einzelnen und dem Kollektiv liegt den Versuchen der Generalisierung zu Grunde, die auf qualitativem Material beruhen. Nur durch eine Arbeit des Vergleichs zwischen Einzelfällen, die sich auf die Forschungsfragen und -hypothesen stützt, wird es möglich, nach und nach die Charakteristika zu erfassen, die die allgemeinen Typen definieren. Die in diesem Buch vorgeschlagenen Typisierungen setzen „Europa"-Wahrnehmungen, Vorstellungen, Meinungen, Praktiken, Erfahrungen, Zugehörigkeiten und die sozialen Eigenschaften von Klassen von Individuen miteinander in Beziehung. Sie beruhen auf Beobachtungsinstrumenten, die (wie alle Beobachtungsinstrumente) selbstverständlich verschiedene Beschränkungen aufweisen, es aber erlauben, die subjektiven Vorstellungen von Individuen tiefgreifender nachzuvollziehen als es auf dem Wege der Antworten auf geschlossene Fragen der Fall ist. In Übereinstimmung mit der Methodik der Idealtypen werden diese subjektiven Vorstellungen in typisierter und stilisierter Form wiedergegeben. Sie werden mit Typen von Praktiken, Erfahrungen, Zugehörigkeiten und sozialen Eigenschaften in Beziehung gesetzt, und genau diese Verbindung von „subjektiven" und „objektiven" Aspekten bringt Erklärungselemente für die Beziehungen zu Europa (in einem bestimmten nationalen Kontext, zu einem bestimmten Zeitpunkt) hervor, mit dem Anspruch, über die Alternative von bloßem erklärenden Verständnis hinauszugehen.

Die Frage nach der „Gültigkeit" oder Solidität der gewonnenen Ergebnisse

Die Durchführung von Untersuchungen, die tiefer gehen als diejenigen, die auf geschlossenen Fragebögen beruhen, erlaubt es uns, sowohl die Komplexität der Grundeinstellungen zu Europa zu erkennen, als auch die Komplexität des Systems der Faktoren, das sie konstituiert. Diese Komplexifizierung der Beschreibungen und Erklärungen ist einer der Erkenntnisgewinne aus den qualitativen Untersuchungen. Ihre Solidität beruht auf mehreren Elementen. Zunächst auf der Stichhaltigkeit des Systems der Forschungsfragen und hypothesen, wie es zu Beginn formuliert und nach und nach im Verlauf seiner Konfrontation mit den Beobachtungen umgearbeitet und weiterentwickelt wurde. Zweitens auf der Strenge der Konfrontation zwischen diesem sich ständig weiterentwickelnden theoretischen Rahmen und den empirischen Tests, die die jeweiligen Interviews (sowie die anderen empirischen Materialien) darstellen. Einerseits definieren die Forschungsfragen und -hypothesen den Analyse-, Beschreibungs- und Charakterisierungsrahmen eines jeden Einzelfalles. Andererseits muss jedes durchgeführte und interpretierte Interview zu einer Neubetrachtung und eventuell zu einer Korrektur dieser Fragen und Hypothesen führen.

Wie bei den quantitativen Untersuchungen, aber auf unterschiedliche Weise, hängt die Gültigkeit der Ergebnisse einer qualitativen Untersuchung somit von der Stichhaltigkeit des theoretischen Rahmens, von der Qualität der empirischen Ermittlung und von der Strenge der Konfrontation zwischen dem theoretischen Rahmen und den Ergebnissen der empirischen Ermittlung ab. Wie bei den quantitativen Untersuchungen, aber immer noch auf unterschiedliche Weise, hängt die Qualität der empirischen Ermittlung von der Qualität, der Anzahl und der Diversität der Ermittlungen ab. Im Falle der Interviews ist diese Qualität davon abhängig, inwieweit der Interviewleitfaden dem theoretischen Rahmen angepasst ist und inwieweit der Interviewer in der Lage ist, den Leitfaden zu beachten und seinen Gesprächspartner zum Reden anzuregen. Ziel ist es hierbei, eine Interaktion zu beginnen, die den Befragten dazu veranlassen soll, eine möglichst große Anzahl von informativen Elementen zu liefern, die es erlauben, auf die Fragen zu antworten und die Stichhaltigkeit der Forschungshypothesen zu überprüfen. Die Anzahl und die Diversität der befragten Personen sind aus vielerlei Gründen entscheidend. Da die konkreten empirischen Fälle niemals exakt übereinstimmen und sich im Gegenteil immer mehr oder weniger von den stilisierten Typisierungen entfernen, gilt: je größer die Anzahl der untersuchten Fälle, desto größer die Chance, adäquate Idealtypen zu erarbeiten. Doch ist dabei, neben der Anzahl der Befragten, vor allem ihre Diversität von entscheidender Bedeutung für eine qualitative Untersuchung, die sich mit diversifizierten Meinungen und Grundeinstellungen

beschäftigt. Die befragten Personen müssen ausreichend verschieden sein (unter dem Gesichtspunkt der für die Erklärung des untersuchten Phänomens relevanten Besonderheiten), damit kein einziger Grundeinstellungs-Einzeltypus außer Acht gelassen wird. Und da die Untersuchungs- und Analysebedingungen streng sind, wird die Diversität der Probanden den Forscher davon abhalten, Feststellungen, die nur für ein Unter-Ensemble gelten, unberechtigterweise auf die Gesamtheit der Befragten auszuweiten. Sie wird ihn im Gegenteil dazu anhalten, alle notwendigen Unterscheidungen zwischen Typen, Unter-Typen, Varianten und Mischformen zu treffen.

Genau wie bei den quantitativen Untersuchungen, aber auf unterschiedliche Weise, ist die Anzahl der Beobachtungen somit eines der Kriterien für die empirische Strenge. Man weiß jedoch, dass die Erhöhung der Stichprobengröße eine Abnahme des empirischen Nutzens zur Folge hat. Somit gilt es, jedes Mal einen Kompromiss zwischen der verfügbaren Zeit und den verfügbaren Mitteln einerseits und andererseits der Einhaltung eines akzeptablen Niveaus empirischer Strenge zu finden. Im Falle der qualitativen Untersuchungen erlaubt die Sättigung der Beschreibungs- und Typisierungsverfahren die Vermutung, dass ein zufriedenstellendes Niveau an Beobachtungsqualität erreicht worden ist. Die Feststellung, dass zusätzliche Interviews die verschiedenen Typisierungen nicht mehr weiter verfeinern können, ist ein Zeichen dafür, dass es angebracht ist, die empirische Untersuchung (vorerst) zu beenden. In diesem Sinne weist der Großteil der in diesem Buch vorgelegten Ergebnisse eine Annahme zufriedenstellender Gültigkeit auf, mit einigen Ausnahmen, auf die wir noch hinweisen werden. Doch selbst wenn sie angemessen solide sind, bleiben die Ergebnisse einer qualitativen Untersuchung (ebenso wie diejenigen einer quantitativen Untersuchung) notwendigerweise provisorisch. Sie können beispielsweise durch neue empirische Elemente in Frage gestellt werden, z.B. durch eine Verbesserung des Untersuchungsverfahrens oder durch die Berücksichtigung von bisher unbemerkten Sonderfällen. Es kann sich auch um eine Entwicklung der sozialen Realität selbst handeln. Man sieht zum Beispiel deutlich, wie stark der Euro die Grundeinstellungen einiger sozialer Gruppen beeinflusst hat. Letztendlich können die zu einem bestimmten Zeitpunkt gewonnenen Resultate jederzeit durch neue Fragen und Hypothesen in Frage gestellt werden, da sie stets von einem theoretischen Rahmen abhängen.

Anders als gemeinhin angenommen sind qualitative Untersuchungen nicht weniger wissenschaftlich als quantitative Untersuchungen. Ihre Wissenschaftlichkeit zeigt sich vielmehr in unterschiedlicher Form. Unter der Voraussetzung, dass die verschiedenen methodologischen Anforderungen eingehalten werden, stellt die Größe der Probanden-Auswahl – die stärker eingeschränkt ist als bei quantitativen Untersuchungen – nicht notwendigerweise ein Hindernis für die Produktion allgemeiner Aussagen dar. Der Zugewinn an Genau-

igkeit und Tiefe gleicht die Unmöglichkeit einer Quantifizierung aus. Statistische Ergebnisse sind letztendlich nur einer der Ergebnistypen, die die Sozialwissenschaften bieten können.

Empirische Gültigkeit und die Sachzwänge der Veröffentlichung

Es bleibt jedoch eine Schwierigkeit bestehen, die mehr mit den Sachzwängen der Veröffentlichung als mit der Forschungslogik selbst zusammenhängt. Die Untersuchungsergebnisse beruhen, wie bereits erwähnt, auf einer sich ständig weiterentwickelnden Hin-und-Her-Bewegung zwischen Forschungsfragen und -hypothesen und verschiedenen empirischen Untersuchungen, das heißt hauptsächlich vertieften Interviews. Die Strenge des Verfahrens und die (stets relative) Solidität der Ergebnisse beruhen auf der Qualität dieser Hin-und-Her-Bewegung. Doch zeigt dieses Buch, wie jede Wiedergabe einer Untersuchung, den „endgültigen" Stand einer Analyse, ohne die Etappen, die Unsicherheiten, die Momente des Zögerns und die empirischen Gründe wiedergeben zu können, die dazu geführt haben, sich eher für diese als für eine andere erklärende Position zu entscheiden.[7] Die Interviewausschnitte und die empirischen Dokumente, die im Laufe der Kapitel zu lesen sein werden, haben nicht den Status von „Beweisen". Um die hier gelieferten Analysen zu beweisen,[8] hätte man nicht nur die Gesamtheit der empirischen Materialien, die bei diesem Forschungsprogramm zum Einsatz kamen (mehr als 10.000 Seiten transkribierter Interviews!), veröffentlichen müssen, sondern auch die Ent-

7 Die Unmöglichkeit, dem Leser alle Informationen zu geben, die es erlauben würden, sich zu der Gültigkeit des Verfahrens und der „Resultate" zu äußern, besteht nicht nur bei qualitativen Untersuchungen. Obwohl quantitative Untersuchungen alle für die Gültigkeit ihrer Schlussfolgerungen notwendigen Elemente liefern sollten, weiß man im Allgemeinen nur wenig über die Bedingungen für die Auswahl der Antwortenden, die Stichprobenauswahl, die Bedingungen der Vergabe der Fragebögen, die Reaktionen der Befragten und ihr Verständnis der Fragen, über die Antwortmodalitäten, die Unsicherheiten bei der Kodierung usw. Häufig scheint die scheinbare Objektivität der Statistiken die Zulässigkeit der Resultate zu beglaubigen. Diese Zulässigkeit beruht in Wirklichkeit auf dem festen Glauben an die Gültigkeit der unterschiedlichen Forschungsoperationen, die auf einer mehr oder weniger einstimmigen Zustimmung der interessierten akademischen Gemeinschaft basieren.

8 Das Register des „Beweises" wird hier metaphorisch verwendet, um die Ausdrucksweise zu vereinfachen und die Kommunikation zu erleichtern. Von einem epistemologischen Standpunkt aus gesehen, können die Sozialwissenschaften aus verschiedenen Gründen, deren Erläuterung hier zu weit führen würde, keine wirklichen „Beweise" im Sinne einer „sich selbst rechtfertigenden" Erkenntnisphilosophie liefern.

wicklung ihrer analytischen Auswertung nachzeichnen, was natürlich unmöglich ist. Die Möglichkeit der Kontrolle der vorgestellten Ergebnisse liegt nicht in der Veröffentlichung empirischer „Beweise“, sondern in der Beschreibung der Untersuchungs- und Analyseverfahren, die es möglicherweise einem anderen Forschungsteam erlauben könnten, an ihrer Widerlegung zu arbeiten. Die in diesem Buch vorgestellten empirischen Materialien, vor allem die Interviewauszüge, sind Illustrationen. Sie wurden nicht ausgewählt, um einen Wahrheitseffekt zu erzeugen, sondern um es dem Leser zu erlauben, zu „fühlen“, wie sich die Grundeinstellungen zu Europa äußern und zur Analyse anbieten. Die empirischen Illustrationen in diesem Buch wurden aufgrund ihrer Stichhaltigkeit ausgewählt. So wurden beispielsweise einige Interviews in die Arbeit aufgenommen, die Grundeinstellungen in einer Form erkennen lassen, die dem Idealtyp sehr nahe kommt, um so die empirischen Grundlagen der vorgebrachten Beschreibungen und Erklärungen „zu enthüllen“. Die zitierten Interviews stellen also nur einen kleinen Teil derjenigen dar, die bei der Analyse berücksichtigt wurden. Der Großteil der durchgeführten Interviews wird in dem Buch aus unterschiedlichen Gründen nicht erwähnt. Einige haben sich als wenig brauchbar erwiesen, da der Interviewer nicht in der Lage war oder nicht in der Lage sein konnte, dafür zu sorgen, dass sich die befragte Person stichhaltig ausdrückte. Viele haben stichhaltige Informationen geliefert, aber auf weniger „illustrative“ Art – das heißt auf weniger typische Art – als diejenigen, die in die Arbeit aufgenommen worden sind. Wieder andere waren zwar genauso stichhaltig, doch gleichzeitig redundant.

Ein vergleichendes Forschungsprogramm

Da es potenziell die Fähigkeit besitzt, den Blick zu dezentrieren, hat sich das vergleichende Verfahren bereits bei der Konzeption des Projekts durchgesetzt. Wie wir gesehen haben, lautet eine gängige Hypothese der Fachliteratur, dass die Angehörigen der verschiedenen Mitgliedsländer der EU eine besondere Sichtweise der europäischen Integration besäßen, die mit den Besonderheiten ihrer nationalen Geschichte und den besonderen Bedingungen der Eingliederung ihres Landes in den Integrationsprozess zusammenhänge. Die Informationen über Europa werden außerdem durch die politischen Wettbewerbe und medialen Räume gefiltert und interpretiert, die nach wie vor stark durch den nationalen Rahmen strukturiert werden. Manche „europäischen“ Themen können in einem Kontext umfassend behandelt werden und so eine politische Bedeutung entwickeln, in einem anderen Kontext jedoch ungehört verhallen. Man sieht ebenfalls, dass die Augenfälligkeit und das Verständnis der „Items“ eines in mehreren Ländern angewandten Fragebogens notwendigerweise je nach dem nationalen Kontext variieren, was die Frage nach der

Vergleichbarkeit der gewonnenen Antworten aufwirft. So erschien die vergleichende Methode vor allem notwendig, um die Rolle des nationalen Kontextes und seiner Verbindung mit den anderen Determinanten zu verstehen und zu erklären.

Schon allein die Fülle der durch die qualitativen Untersuchungen gewonnenen Informationen erschwert das vergleichende Verfahren. Die begrenzte Standardisierung der Vorgehensweisen, die Streuung der Reaktionen auf offene Fragen, die zur Durchführung und Transkription der Interviews notwendige Zeit und die Schwierigkeit, die Analyse auf die Gesamtheit der gesammelten Materialien auszudehnen, verbieten es, die Untersuchung auf die Gesamtheit der Mitgliedsstaaten der EU auszuweiten. Doch erlauben es die Schwierigkeiten bei der Sammlung und Interpretation der qualitativen Materialien, die in den nationalen Kontexten produziert wurden, die Leerstellen in den internationalen quantitativen Untersuchungen zu erkennen, die vorgefertigte Vergleichsinstrumente benutzen.

Die vergleichenden Verfahren, die sich auf Datenbanken vom Typ Eurobarometer stützen, beruhen auf dem in den Fragen enthaltenen Postulat des universellen und eindeutigen Charakters der mobilisierten politischen Kategorien. Dabei bleibt unberücksichtigt, dass der Standpunkt des Betrachters somit als neutral und in gleicher Distanz zu den verschiedenen Kontexten angenommen wird. Derlei Postulate sind schwer aufrecht zu erhalten. Ein einzelner Wissenschaftler – oder sogar ein Forschungsteam – ist schwerlich in der Lage, die politische Situation, die sprachlichen Feinheiten und die Bandbreite der politischen Bedeutungen in der Gesamtheit der nationalen Kontexte zu beherrschen. Bei dieser Art von Arbeiten werden die Abweichungen zwischen den nationalen Kontexten durch deduktive Mutmaßungen von allgemeiner Tragweite erklärt (beispielsweise die Überzeugung, dass die Staatsbürger der Länder, die vom europäischen Haushalt profitieren, der europäischen Integration positiv gegenüberstehen), oder indem kulturalistische Interpretationen, die auf der „Kompatibilität" zwischen europäischen und nationalen Werten beruhen, ins Feld geführt werden (beispielsweise die Annahme der Bedeutung der nationalen Souveränität oder die Annahme, dass die Erfahrung eines Föderalstaats die europäische Konstruktion leichter durchschaubar mache). Derartige Ad-Hoc-Interpretationen reproduzieren und vergegenständlichen verschiedene Allgemeinplätze über die nationalen Kulturen, ohne dass ihre Autoren über die empirischen Mittel verfügten, deren Stichhaltigkeit zu überprüfen. Die formale Apparatur, die das Aufstellen von statistisch bedeutsamen Korrelationen erlaubt, produziert einen Effekt der Strenge, der missbräuchlich zu einer Kausalinterpretation ausgeweitet wird, die 27 in ungleichem Maße beherrschte nationale Kontexte zusammenfasst.

Unsere Untersuchung ist von dem Prinzip ausgegangen, dass Vergleiche immer asymmetrisch sind. Schließlich sind die Forscher in einem bestimmten

sprachlichen, gesellschaftlichen, nationalen und wissenschaftlichen Kontext sozialisiert. Sie neigen dazu, die Denkkategorien und Analyseschemata, mit denen sie vertraut sind, auf andere Kontexte zu übertragen. Der Vergleich greift zu derartigen Transfers, wenn er eine Maßeinheit zur Einordnung der empirischen Beobachtungen auf einer Skala der Gemeinsamkeiten und Unterschiede festlegt.[9]

Unsere Untersuchung stützt sich auf eine in den Vereinigten Staaten und in Frankreich entwickelte Forschungstradition, die sich mit der sozial differenzierten Fähigkeit zur Aneignung und Produktion eines mit dem Politischen verbundenen Diskurses beschäftigt. Diese Problematik wurde zunächst im Kontext Frankreichs auf die europäischen Fragen übertragen und anschließend auf andere nationale Kontexte. Um die Vergleichbarkeit der Ergebnisse zu gewährleisten, musste man manchmal identische und manchmal unterschiedliche Fragen stellen und dabei ein Untersuchungsprotokoll beachten, um die Bandbreite der eventuellen sozialen und nationalen Besonderheiten der Antworten auszumachen.

Zwei Schutzmechanismen wurden eingeführt, um die Auswirkungen der „annektionistischen" Logik des Projektes zu kontrollieren. Der erste bestand darin, Spezialisten eines jeden Landes während aller Etappen des Projektes eng miteinander zusammenarbeiten zu lassen. Um der Versuchung eines selbstreferenziellen Vergleichs zu entgehen,[10] wurde der Fragebogen jedem einzelnen Kontext angepasst, indem man spezifische Fragen über „europäische" Zielsetzungen, die in den nationalen Debatten besonders augenfällig waren, einarbeitete (in Frankreich beispielsweise über die Bolkestein-Richtlinie oder den „polnischen Klempner", in Deutschland über den Beitritt der Türkei, in Polen über die Erwähnung der christlichen Wurzeln Europas in der Präambel des Verfassungsvertrags). Der zweite Schutzmechanismus bestand in einer Gegenüberstellung der verschiedenen Sichtweisen und empirischen Materialien. Diese Dynamik der gegenseitigen Kontrolle erlaubte es, Defizite des theoretischen Rahmens aufzuzeigen, der zu Beginn um den Fall Frankreichs herum konstruiert wurde, und seine allgemeinere Tragweite zu

9 Wie Dakhlia, Jocelyne (1995: 44) schreibt, „beruht die Annahme einer Analogie, die Vorstellung, dass ein gleichartiges Phänomen auf beiden Seiten einer (kulturellen, politischen oder religiösen) Grenze beobachtet werden kann, notwendigerweise auf einem annektionistischen Verfahren. Egal, ob man letztendlich auf Identität oder Differenz schließt, geht es zu Beginn immer darum, die Konformität eines Objektes, das man weniger oder kaum oder nicht kennt, mittels eines Objekts zu empfinden, das seinerseits bereits bekannt ist."

10 Hassenteufel, Patrick (2000: 108) bezeichnet mit diesem Ausdruck „die Fälle, in denen der Vergleich nur dazu da ist, um eine Hypothese für gültig zu erklären, ohne dass andere Hypothesen berücksichtigt werden. Der Wissenschaftler lässt den Vergleich nicht sprechen, er bringt ihn zum Sprechen, oder vielmehr spricht er an seiner Stelle".

testen. Dieses Verfahren, das die Asymmetrie bewusst in Kauf nimmt, unterscheidet sich von den Sekundäranalysen internationaler Datenbanken, wo die Arbeitshypothesen, die Fragen und das Untersuchungsprotokoll im Vorhinein entworfen werden, was Hin- und Herbewegungen zwischen den Forschungsterrains und dem theoretischen Rahmen unmöglich macht. Ein derartiger gedanklicher Vergleich erzeugt dagegen Hebeleffekte, die den theoretischen Ausgangsrahmen verfeinern und neue Fragestellungen generieren können.

Diese Methode versucht, Antworten auf zwei Quellen der Anfälligkeit von komparativem Wissen zu liefern, die auf dem nicht ausreichend reflektierten Gebrauch internationaler Datenbanken beruhen. Indem man den Vergleich von vornherein als ein asymmetrisches und sich stetig weiterentwickelndes Untersuchungsinstrument betrachtet, bemüht man sich, den unauslöschlichen nationalen Anteil, der in der Sprache und in den Denkschemata enthalten ist, wieder zu berücksichtigen. Diese Hin-und-Her-Bewegungen zwischen dem französischen Kontext des analytischen Ausgangsrahmens und den anderen nationalen Terrains wurden gleichzeitig durch die Wiedergabe vorläufiger Ergebnisse zu jeder Phase der Untersuchung gewährleistet, und durch die Tatsache, dass sich innerhalb des Teams Forscher befanden, die aus den untersuchten Ländern stammten. Sie waren in der Lage, die unterschiedlichen Kontexte zu beleuchten und die eventuellen frankreichspezifischen Besonderheiten der Ausgangsmatrix der Forschungsfragen und -hypothesen zu hinterfragen. Auf der anderen Seite haben wir versucht, die häufige Kluft zwischen dem verfügbaren Untersuchungsmaterial und den meist kulturalistischen oder intellektualistischen Interpretationen zu verringern, die bei internationalen Vergleichen äußerst präsent sind. Außerdem erweisen sich die qualitativen Methoden als geeignet, die Gemeinplätze über die nationalen Besonderheiten der Vorstellungen von Europa zu hinterfragen. So weiß man beispielsweise, dass der deutsche Föderalismus oder die komplexe Beziehung zur nationalen Identität häufig als Verständnisrahmen präsentiert werden, der den relativen Konsens hinsichtlich der EU erklären soll, der in Deutschland herrscht. Die Interviews erlauben es, den tatsächlichen Einsatz solcher Argumente zu überprüfen und die begrenzten Bevölkerungssegmente zu erfassen, die dazu neigen, sich derartige Referenzen anzueignen.

Die Dynamik des Forschungsprozesses hat es ermöglicht, von einer anfänglich auf Frankreich und Deutschland begrenzten Forschung zu einem umfangreicheren Vergleich überzugehen, der Polen, Italien und die Tschechische Republik einschließt. Diese Ausweitung fand mit begrenzten Mitteln statt, und die Untersuchungsbedingungen sind nicht in allen Ländern identisch. Die Untersuchung begann im Jahre 2006 in Frankreich mittels vertiefter Interviews und hat sich von Paris und Straßburg aus bis 2009 fortgesetzt. Das politikwissenschaftliche Forschungslabor der Universität von Amiens (CURAPP) hat über mehrere Jahre hinweg wiederholt eine eingeschränkte Auswahl von

Personen befragt (N=24), um ihre Beziehung zum Bereich der Politik und deren eventuelle Veränderung aufgrund von Ereignissen, insbesondere Wahlkämpfen zu beobachten. Seit 2007 haben die Forscher des CURAPP auch bestimmte Fragen zu europäischen Themen in ihre Untersuchungen aufgenommen. In Deutschland wurde die Untersuchung von Berlin und Straßburg aus durchgeführt. Da die Anzahl der verfügbaren Interviewer, die die Befragungen auf Deutsch durchführen konnten, geringer war, war auch die Auswahl an Probanden kleiner als in Frankreich (132 gegenüber 332). Die Auswahl der drei anderen Länder war gleichermaßen von praktischen Überlegungen und von den Forschungshypothesen bestimmt. Ondrej Novotny hat sich dem Programm Concorde ausgehend von seinen Forschungen über die Angestellten tschechischer Industrieunternehmen angeschlossen. Aufgrund seiner eigenen wissenschaftlichen Zielsetzungen und der Mittel, über die er verfügt, ist die Auswahl seiner Befragten weniger diversifiziert und weniger umfangreich (N=44) als in den anderen Ländern. Ende des Jahres 2007 hat das Team der Universität Turin eine Finanzierung erhalten und konnte so mit der Untersuchung in Italien beginnen. Auch hier ist die Anzahl der durchgeführten Interviews aufgrund der zeitlichen Verzögerung, des verfügbaren Budgets und des Bestands an Interviewern geringer als im Fall von Frankreich und Deutschland (N=60). Schließlich begann die in Polen durchgeführte Untersuchung Anfang 2008, und 100 Interviews wurden realisiert. Durch die Erhöhung der Anzahl der von der Untersuchung betroffenen Länder wurde der theoretische Rahmen des Projektes bereichert. Denn der französisch-deutsche Vergleich hatte es zwar erlaubt, zwei Länder mit gegensätzlicher nationaler Geschichte und Politik zu vergleichen, in denen europäische Themen in unterschiedlichem Maße politisiert sind, doch handelte es sich in beiden Fällen um „große" Länder, die seit dem Beginn der europäischen Konstruktion präsent sind. Die Ausweitung des Vergleiches in Richtung Italien und vor allem in Richtung der neuen Mitgliedsstaaten hat es ermöglicht, neue Fragestellungen aufzunehmen, die zu Beginn der Untersuchung nicht vorhanden waren, beispielsweise bezüglich der Mitgliedschaftsdauer, der Erblasten des Kommunismus, der Auswirkungen der ökonomischen und politischen Umwälzungen oder dem Gegensatz zwischen „großen" und „kleinen" europäischen Ländern.

Grundeinstellungen beobachten oder Artefakte erzeugen?

Nachdem heutzutage eine Meinungsumfrage die nächste jagt, wird geradezu selbstverständlich angenommen, dass ein solches Instrument zur Erforschung europäischer Themen und Grundeinstellungen geeignet ist. Derartige Untersuchungen werfen jedoch schwierige methodologische Fragen auf. Denn nur

wenige Bevölkerungsgruppen interessieren sich wirklich für europäische Fragen und sind mehr oder weniger über sie informiert. Wenn man Vertreter aller sozialen Gruppen befragen will, wird man zwar häufig auf Ablehnung stoßen, doch wird es einem trotzdem gelingen, Personen zu befragen, die in vielen Fällen nur selten, ja sogar nie, Gelegenheit haben, über die Themen zu sprechen, über die man sie befragt. Man erhält also Erklärungen, deren Status zwiespältig ist, da viele von ihnen in der sozialen Welt außerhalb der Untersuchungssituation, die sie zu Tage gefördert hat, nicht existieren. Manche Grundeinstellungen zu Europa werden somit auf der Grundlage von Materialien beobachtet, deren Status einem Untersuchungsartefakt nahe kommt. Dieses Problem ist vor allem bei Personen spürbar, die kaum über politische Fragen informiert sind und die sich von den Aktivitäten der Institutionen der Europäischen Union nicht besonders betroffen fühlen. Doch gilt dies nicht für alle Themen in gleicher Weise. Einige europäischen Realitäten sind in den Augen der gesamten Bevölkerung „vertraut" („augenfällig") geworden. So „kennen" selbst Angehörige der am weitesten von der politischen Debatte über europäische Fragen entfernten Fraktionen den Euro und haben Gelegenheit gehabt, darüber zu diskutieren, und sei es auch nur oberflächlich. Es können also nicht alle im besonderen Rahmen eines soziologischen Interviews aufgezeichneten Reaktionen als Untersuchungsartefakte betrachtet werden. Angesichts der Intensivierung der europäischen Integration darf man annehmen, dass dieser artefaktische Aspekt der Untersuchungen zu europäischen Fragen ein wenig abgenommen hat, selbst wenn er bei vielen Themen immer noch beträchtlich ist.

Man muss jedoch auch zwischen Untersuchungsartefakten und sozialen „Artefakten" unterscheiden. Stichproben von Bürgern der EU-Mitgliedsländer werden regelmäßig zu den unterschiedlichsten europäischen Themen befragt. So wurde zum Beispiel im Oktober 2007 eine deliberative Meinungsumfrage in Brüssel organisiert, und die Organisatoren freuten sich darüber, dass bei dieser Gelegenheit eine „öffentliche europäische Sphäre" sichtbar wurde. Solche deliberativen Meinungsumfragen werden, ebenso wie die klassischen Meinungsumfragen, auf unterschiedlichste Art und Weise benutzt und erzeugen politische Effekte. Auf einem höheren Niveau gesellschaftlicher Mobilisierung wurden in mehreren Ländern unterschiedliche Volksabstimmungen zu Fragen abgehalten, die die europäische Integration berührten. Im Falle Frankreichs zeigen die Interviews, dass das Referendum von 2005 und sogar das von 1992 Spuren hinterlassen hat, auch wenn sie zugegebenermaßen unklar und vereinzelt sind. Sie neigen dazu, mit der Zeit zu verblassen, obwohl einige weiter existieren, vor allem innerhalb der politisierten Fraktionen der Bevölkerung, aber auch, was noch überraschender ist, hie und da innerhalb der weniger politisierten sozialen Gruppen. Das Referendum von 2005 hat also –

wenn auch in begrenztem Umfang – Auswirkungen auf das Informationsniveau und die Vertrautheit der Bevölkerung mit der EU gehabt.

Wenn die gesamte Öffentlichkeit aufgefordert ist, ihre Meinung über europäische Fragen abzugeben, ist es aus soziologischer Sicht legitim, zu versuchen, auf „experimentellem" Wege Situationen zu reproduzieren, bei denen Bürger aller Bereiche des sozialen Raumes aufgefordert werden, ihre Meinung zu äußern. Man kann sich beispielsweise für die Art und Weise interessieren, wie die verschiedenen Teile der Bevölkerung die Fragen, die man ihnen stellt, verstehen und wie sie darauf antworten, oder auch, welchen Grad an Überzeugtheit sie in ihre Antworten legen.

Ausgelöste Reaktionen und spontane Reaktionen

Wie die Meinungsumfragen möchten die hier analysierten Untersuchungen Personen an europäischen Fragen beteiligen, die in der Realität in äußerst ungleicher Weise an ihnen beteiligt sind. Dabei erschien es auch sinnvoll, die tatsächlich mobilisierten Bevölkerungsgruppen durch eine getrennte Betrachtung mit einzubeziehen. Aus diesem Grund haben wir ebenfalls versucht, spontane Formen der Mobilisierung von Bürgern zu beobachten. Das Ziel war es, Reaktionen in Bezug auf Europa zu studieren, die sich im Verlauf der sozialen Aktivität der Individuen ausdrücken, ohne dass diese durch eine erzwungene Mobilisierung provoziert würden, wie es bei Meinungsumfragen oder den Interviews der Fall ist. So haben sich Mitglieder des Teams mit Briefen mit „Europa"-Bezug auseinandergesetzt, die Leser an ihre Zeitung geschickt haben oder für Antworten auf Online-Umfragen, die sich auf den Internetseiten von *Think Tanks* befinden, die sich mit europäischen Fragen beschäftigen. Ziel war es, die Besonderheiten und den Diskurs der tatsächlich mobilisierten Bevölkerungsgruppen zu beobachten und zu beschreiben. Dieser Teil des Projektes wurde im Falle Frankreichs durchgeführt, konnte jedoch in den anderen ausgewählten Ländern nicht realisiert werden. Wir haben uns dennoch entschieden, die wichtigsten Einsichten daraus hier vorzustellen, da sie, wie wir sehen werden, mit einigen der allgemeinen Ergebnisse des Projektes übereinstimmen.

Die Auswirkungen des Kontextes und die Gruppendiskussionen[11]

Eine Untersuchung zeichnet die Wahrnehmungen, Vorstellungen, Meinungen und Reaktionen einer befragten Person im besonderen Kontext der Durchführung eines Interviews oder der Verteilung eines Fragebogens auf. Das Risiko besteht darin, zu schnell anzunehmen, dass die in diesem besonderen Rahmen aufgezeichneten Meinungen „authentische" Meinungen seien, die die befragte Person unter allen Umständen ausdrücken würde. Wenn man versucht, aus der Beobachtung der Meinungen auf die dahinter liegenden Grundeinstellungen zu schließen, geht man das Risiko ein, etwas als Grundeinstellung zu Europa zu bezeichnen, das in Wirklichkeit eine Grundeinstellung zu dem Europa ist, wie es sich in einer besonderen Situation entwickelt und zeigt. Dieses methodologische Problem wird abgeschwächt, wenn die Untersuchung im Anschluss an einen sozialen Mobilisierungsprozess durchgeführt wird. Die Meinungen mancher Befragten sind dann weniger das Produkt der Untersuchungssituation als das Resultat des Mobilisierungsprozesses selbst. In den anderen Fällen kann man nicht voraussetzen, dass die im Rahmen eines Interviews aufgezeichneten Reaktionen dieselben wären, wenn sie in einem anderen Kontext geäußert würden. Deshalb stützt sich das Programm Concorde zusätzlich auf vierundvierzig Gruppendiskussionen (*focus groups*), die zwischen 2006 und 2009 zunächst in Straßburg, später dann in Paris organisiert wurden.

Diese Technik zielt darauf ab, zu beobachten, wie verschiedene Teilnehmer auf Themen, die von einem Moderator vorgeschlagen werden, reagieren und untereinander darüber debattieren. Zwar enthält das Untersuchungsdispositiv einen künstlichen Aspekt, doch bietet es die Möglichkeit, den Meinungsaustausch unmittelbar zu beobachten und spontan auftretende Meinungen, Argumente und Konzeptualisierungen der Befragten zu erfassen.[12] Durch das Wegfallen der Rolle des Interviewers und das Herstellen einer Interaktion unter „Gleichen", kann die Technik eine Gesprächssituation zwischen einander nahestehenden Personen herstellen. Die ausgetauschten Wortmeldungen können „natürlicher" (Stewart und andere, 2006: 41 ff.) sein als der aufgezeichnete Diskurs in einer Beziehung zwischen Interviewer und Befragtem.

Die Gruppendiskussionen wurden als ein Instrument eingesetzt, mit dessen Hilfe wir unsere Fragestellungen überprüfen oder die Gültigkeit bestimm-

---

11 Philippe Aldrin ist Mitverfasser dieser Bemerkungen über die Gruppendiskussionen.

12 Nach Gamson, William (1992:17) ist „der größte Vorteil der Methode der *focus groups*, dass sie es erlaubt, den Prozess zu beobachten, durch den die Menschen einen miteinander geteilten Sinn konstruieren und verhandeln, indem sie ihren natürlichen Wortschatz benutzen. "

ter Hypothesen testen konnten. Ziel war es, zu sehen, ob sich die Grundeinstellungen zu Europa durch den Kontext der Interaktion verändern würden. Sie sind allerdings auf den Fall Frankreichs beschränkt und decken keine ausreichend diversifizierte Auswahl relevanter Bevölkerungsgruppen ab. Sie ermöglichen es jedoch, die Art und Weise zu beobachten, wie es die Probanden im Laufe einer Interaktion, die weniger Zwängen unterliegt als ein förmliches Interview, bewerkstelligen, eine Meinung zu Europa „vorzubringen".

Man sieht beispielsweise, wie jedes Mitglied einer siebenköpfigen Arbeitergruppe zur Definition eines von allen geteilten Analyserahmens beiträgt. Einer erwähnt den Beitritt der „Länder des Ostens" und seine Auswirkung auf die Wirtschaft. Ein anderer spricht das Problem des „Outsourcing" an. Ein Dritter behauptet, das „Nein" von 2005 sei „der Beweis, dass es alle kapiert haben". Die Kooperation vollzieht sich nicht nur auf der Ebene von Wortschatz und Informationen. Die aufeinander folgenden Aussagen zeigen, dass das Unter-Sich-Sein – verstärkt durch die Tatsache der gegenseitigen Bekanntschaft – eine Anpassung an den kritischen Europa-Diskurs ausführender Arbeitnehmer (Outsourcing, mit dem Euro zusammenhängende Inflation) bewirkt. In manchen Fällen scheint die Methode also die Konstruktion und Behauptung eines kollektiven Standpunktes zu begünstigen. Dagegen liefern die Gruppendiskussionen, die mit stärker heterogenen Teilnehmergruppen realisiert wurden, weniger eindeutige Ergebnisse. Da eine implizite Übereinstimmung der Teilnehmer fehlt, ist der Austausch der Ansichten oft chaotischer, und zahlreiche Unterbrechungen und Abschweifungen behindern die Äußerung und die Argumentation der Meinungen (in diesem Sinne, siehe Delli Carpini und Williams, 1994).[13]

Diese Materialien werden im Rahmen dieses Buches kaum ausgewertet. Erstens, weil sie ausschließlich im französischen Kontext gesammelt wurden und weil ihnen die vergleichende Dimension fehlt. Zweitens, weil diese neue Methodik präzisiert und weiterentwickelt werden muss, damit die Ergebnisse, auf die sie einen kurzen Blick erlaubt, besser untermauert werden können als wir es momentan vermögen.

13 Auf dieses Problem ist mehrfach hingewiesen worden. Siehe Michael X, Delli Carpini., Williams, Bruce A (1994), „The Method is the Message: Focus Groups as a Method of Social, Psychological, and Political Inquiry", in: Research in Micropolitics, 4.

Zweiter Teil: Grundeinstellungen

Typen der Grundeinstellung zu Europa

DANIEL GAXIE

Die in diesem Kapitel vorgestellten Idealtypen stellen eine Stilisierung der unterschiedlichen Beziehungen dar, die europäische Bürger mit der europäischen Integration unterhalten. Die Grundeinstellung eines jeden europäischen Bürgers lässt sich in einen komplexen Raum einordnen, der mehrere Dimensionen hat (hierbei sind vor allem zu nennen: die mehr oder weniger zustimmende, ablehnende, zwiespältige oder unentschlossene Grundeinstellung; die Erfahrung „europäischer" Realitäten, der Grad praktischer Vertrautheit mit politischen Maßnahmen, Entscheidungen, Regelungen oder Subventionen der Union, der Grad der Informiertheit über europäische Fragen und der Grad der Vertrautheit mit den Zielsetzungen der politischen Debatten über die europäische Integration). Das vorliegende Kapitel charakterisiert die unterschiedlichen Typen von Grundeinstellungen, die sich in diesem Raum beobachten lassen.

Das angewandte Verfahren stimmt teilweise mit der Methodik überein, die Max Weber in seinen *Aufsätzen zur Wissenschaftslehre* (Weber, 1922) vorgestellt hat. Wie bei Weber handelt es sich bei den hier beschriebenen Grundeinstellungstypen um Gedankenbilder, die Meinungen, Reaktionen, Praktiken, Ereignisse und Charakteristika berücksichtigen, auf die die befragten Personen verweisen oder die sich aus ihren Erklärungen ableiten lassen. Man fügt somit ein umfangreiches Ensemble von Phänomenen zusammen, die sich auf mehr oder weniger diffuse und isolierte Art und Weise beobachten lassen. Die Charakterisierung und Beschreibung der Typen beruht auf einer Auswahl von Phänomenen, die in besonders deutlichen und ausgeprägten Formen in Erscheinung treten. Die konstituierenden Eigenschaften eines Grundeinstellungstypus erscheinen manchmal bei einer großen Anzahl konkreter empirischer Fälle und manchmal bei einer geringeren Anzahl. Sie werden jedoch nur als typisches Element beibehalten, wenn sie in der gleichen Form beobachtet werden können. Die stufenweise konstruierten Idealtypen

erscheinen nur selten in ihrer gesamten theoretischen Reinheit. Jede befragte Person stellt einen besonderen Fall dar, der sich mehr oder weniger an einen (oder manchmal auch an mehrere) durch Beobachtung konstruierte Idealtypen annähert. Die Idealtypen dienen dazu, die Einzelfälle zu analysieren und einzuordnen. Im Gegenzug diente die Diskrepanz zwischen den Einzelfällen und den idealtypischen Integrationen ebenfalls dazu, die Stichhaltigkeit der stufenweise konstruierten Typen zu überprüfen. Schien ein empirischer Fall zu weit von allen verfügbaren Typen entfernt, musste versucht werden, einen zusätzlichen Typus oder Varianten eines bereits existierenden Typus zu entwickeln. Die Idealtypen bilden Knoten, denen sich die meisten Einzelfälle in ihrer Reinform oder in Form einer Variante mehr oder weniger zuordnen lassen.

Es lässt sich ebenfalls eine gewisse Anzahl von Einzelfällen beobachten, die sich nur schwer einem der Idealtypen annähern lassen, entweder weil es die Umstände der Untersuchung nicht erlaubten, ausreichend Informationen zu sammeln, oder weil es ihre heterogenen Charakteristika erforderlich machen, sie mehreren Idealtypen zuzuordnen.

Im Unterschied zu der Vorgehensweise, die Weber – zumindest in seinen methodologischen Schriften – zu befürworten scheint, sind die hier vorgestellten Idealtypen keine Produkte der logischen Vorstellungskraft des Analysten, sondern Produkte der Beobachtung, die stufenweise durch die Konfrontation zahlreicher Einzelfälle mit provisorischen Idealtyp-Entwicklungen konstruiert wurden. Auch wenn Weber manchmal zwischen logischen und empirischen Idealtyp-Integrationen zu unterscheiden scheint (zum Beispiel Weber, 1922), setzt er seine Idealtypen mit hypothetisch-deduktiven Modellen gleich, die auf unterschiedlichen, mehr oder weniger wahrscheinlichen Voraussetzungen beruhen. Aus diesem Grund bezeichnet er seine Idealtypen mehrfach als Utopien, die nicht als erklärende Hypothesen gedacht seien, sondern als Mittel zur Hinterfragung der Realität, die zu derartigen Hypothesen hinführen sollten (Weber, 1922). Die hier vorgestellten Idealtypen sind keine Utopien, sondern empirisch gestützte Beschreibungen der unterschiedlichen Grundeinstellungen „einfacher" Bürger zu den „europäischen" Realitäten. Obwohl jede individuelle Einstellung einzigartig ist, macht die Beobachtung schnell deutlich, dass manche Einzelfälle mehr oder weniger gemeinsame Eigenschaften aufweisen, die sie von anderen Fallgruppen unterscheiden. Bei den im Folgenden dargestellten Idealtypen handelt es sich um eine stilisierte Beschreibung der unterschiedlichen Zusammenfassungen konkreter empirischer Fälle. Wie bei Weber (1922) zielen sie darauf ab, zu beschreiben, zu verstehen und zu erklären. Zu allererst zu beschreiben, da sie eine Aufzählung von Charakteristika bilden. Dann zu verstehen, da sie auf einer eingehenden Beobachtung der subjektiven Wahrnehmungen und Beweggründe sowie der Kenntnisse und Bewertungsinstrumente beruhen, die die verschiedenen Bevölkerungsgruppen einsetzen, um ihre Urteile über „Europa" zu entwickeln, auszudrücken und zu

rechtfertigen. Und zuletzt zu erklären, da sich die Beschreibung der Idealtypen bemüht, die individuellen (Lebensgeschichte und Sozialisierung, familiärer, schulischer und beruflicher Werdegang, politisches Engagement, soziale und berufliche Bedingungen, Positionen und Situationen, soziale, religiöse, ideologische, gewerkschaftliche, politische und vereinsbedingte Zugehörigkeiten) und kontextuellen (Auswirkungen der Untersuchungssituation, Stand der europäischen Integration, nationale Zugehörigkeiten) Bedingungen zu berücksichtigen, die die Wahrnehmungen und Bewertungen der europäischen Integration bestimmen.

Diese Methodik wurde im Rahmen einer eingehenden Analyse von in Frankreich durchgeführten Interviews angewendet. Die Schlussfolgerungen dieses Kapitels und anderer Kapitel dieses Buches unterwerfen die aus dem französischen Kontext gewonnenen Erkenntnisse einem Vergleichstest, der genau herausarbeiten soll, wie sich die untersuchten nationalen Kontexte auf die Grundeinstellungen der Europäer zu Europa auswirken.

Die synoptische Implikation

Ein erster Typus von Grundeinstellung zur europäischen Integration kann als *synoptische Implikation* bezeichnet werden. Den Personen, die diesem Idealtypus zugeordnet werden, ist gemeinsam, dass sie aktiv mit den europäischen Fragen befasst sind und dass sie eine allgemeine Ansicht zu ihnen haben. Diese Ansicht ist insofern „politisch“, als ihre Argumente die Debatten zum Thema „Europa“ widerspiegeln, die sich im Universum von Politik und Medien abspielen. Dieser besondere Grundeinstellungstyp zeichnet sich durch das Vorhandensein von relativ gefestigten und ausgeprägten politischen Orientierungen aus. Nur und ausschließlich bei diesem Typus von Befragten lassen sich politisch strukturierte allgemeine Grundeinstellungen zur europäischen Integration finden. Um nur ein Beispiel anzuführen: Wenn diese Befragten ein Urteil über den Euro fällen, denken sie nicht, oder nicht nur, an dessen (vermutete) Auswirkungen auf ihre persönliche Situation, wie dies andere Kategorien tun. Ihre Einschätzung hat den Anspruch, allgemeiner zu sein und spiegelt makroökonomische („der Euro hält die Auswirkungen des Ölschocks in Grenzen, er verhindert, dass die Länder ihre Währungen abwerten müssen“) oder politische („der Euro stärkt die Position der EU in der Welt, er wird auf undemokratische Art und Weise von der Zentralbank verwaltet, er fördert die Abwanderung von Firmen ins Ausland“) Problematiken wider. Charakteristisch für ihre Grundeinstellung ist die Tatsache, dass sie einen synoptischen Gesamtüberblick über bestimmte Zielsetzungen der europäischen Integration ausdrückt, die an unterschiedlichen nationalen oder nationenübergreifenden Schauplätzen debattiert und beschlossen werden. Diese allgemei-

nen, strukturierten und politischen Orientierungen können positiv, negativ oder auch zwiespältig sein.

Die Befragten, die *positive synoptische Orientierungen* ausdrücken, stellen den harten Kern der Anhänger der europäischen Integration dar. Manche sprechen mit Begeisterung von ihr, so sehr scheint sie ihnen notwendig und sogar erhebend. Europa wird als großes Abenteuer und große Hoffnung angesehen. Im Falle Frankreichs wurde das „Ja" beim Referendum zur europäischen Verfassung von diesem Publikum als selbstverständlich betrachtet, und die Ablehnung des Vertrages wurde mit großer Betrübtheit aufgenommen. Einige dieser Befragten verweisen spontan auf ihre europäische Identität.

Die Gründe für ihre Unterstützung sind zahlreich. Diejenigen, die über eine persönliche oder indirekte Kriegserfahrung verfügen, führen das Argument des Friedens und der Versöhnung zwischen den Völkern an. Andere betonen die Notwendigkeit eines Zusammenschlusses der Länder, die angesichts der Großmächte zu klein geworden sind. Viele freuen sich über die Öffnung der Grenzen, über die Bewegungsfreiheit und über die Möglichkeiten der Annäherung zwischen den Völkern. Viele Befragte, die sich in Wirtschaftskreisen bewegen, begrüßen die Segnungen eines großen Marktes, die Gelegenheiten zur Entwicklung von Austausch, sowie die Steigerung des persönlichen Wohlbefindens, die sich daraus ergibt. Anders als manche Autoren annehmen, ist es schwer zu sagen, ob sich diese wirtschaftlichen Überlegungen auf ihre persönliche Situation beziehen, auf die ihres Landes oder auf die Situation Europas in seiner Gesamtheit. Man sieht dies an dem Fall eines leitenden französischen Angestellten aus der Finanzbranche, der eine Handelsschule absolviert hat, und dessen Vater Ingenieur bei einem großen Industriekonzern ist: Der junge Mann erklärt, dass Europa „einerseits, aus wirtschaftlicher Sicht, weil es auf der Ebene des Wirtschaftsliberalismus die Gelegenheit bietet, Beziehungen mit zahlreichen Staaten zu knüpfen,… Zugang zu neuen Märkten zu bekommen,… für die reicheren Länder bietet es die Möglichkeit, in neuen Ländern zu investieren, (und für die anderen) eine Gelegenheit, sich zu entwickeln". Daher bedauert der Finanzangestellte, dass „Europa als solches noch nicht ganz den Platz einnimmt, den es auf der internationalen Bühne einnehmen sollte. Es ist eine Wirtschaftszone, die für mich funktioniert, gut, sie könnte besser funktionieren vom Standpunkt… ich weiß nicht, vom politischen, militärischen, usw. Standpunkt aus sieht man, dass es heutzutage keine Kraft ist".

Die Vertreter dieses Idealtypus äußern also nicht nur wirtschaftliche Interessen. Einige häufig angeführte Argumente (der Frieden, die Annäherung der Völker, die Demokratie, die Möglichkeiten einer „Modernisierung", die Idee, dass die europäischen Länder in der Welt nur ein Gewicht haben können, wenn sie sich einander annähern) werden von den gängigen Erklärungen nicht immer berücksichtigt.

Ein Teil der Befragten, deren Grundeinstellungen zu diesem Typus der synoptischen Implikation gehören, äußert *negative Sichtweisen*. Auch hier werden unterschiedliche Argumente angeführt. Einige beklagen die Vereinheitlichung und das Verschwinden der kulturellen Unterschiede. Andere bedauern, dass es die Technokraten der Kommission seien, die alle Entscheidungen treffen, dass das Europaparlament zu wenig Macht habe oder dass die Europäische Zentralbank nicht genug kontrolliert werde. Viele sind der Auffassung, dass Europa für die Abwanderung von Firmen ins Ausland verantwortlich ist, und dass es durch seine Erweiterungen die Löhne drückt.

Bei diesen Probanden stützt sich die Kritik auf allgemeinere politische Betrachtungen. Die befragten Personen, die politisch links eingestellt sind, machen den neoliberalen Dogmatismus eines im Dienste des Geldes stehenden Europa für die Prekarisierung, das Sinken der Kaufkraft und die Zerschlagung des öffentlichen Dienstes, des Arbeitsrechts und der sozialen Errungenschaften verantwortlich. Politisch rechts stehende Personen analysieren die EU als trojanisches Pferd der Globalisierung, der multinationalen Konzerne und der Vereinigten Staaten. Die Bewegungsfreiheit öffnet der unkontrollierbaren Einwanderung Tür und Tor. Das europäische Integrationsmodell strebt danach, die Nationen zu zerstören, um auf anti-demokratische Art und Weise gegen den Willen der Völker das neoliberale Modell durchzusetzen. Aber die Nationen bleiben mit ihrer Weltsicht und ihren Interessen die grundlegende Realität. Es kann also kein europäisches Volk geben.

Auch hier stimmen die Begründungen dieser kritischen Grundeinstellungen nicht immer mit den gängigen Erklärungen überein. In der Tat wird das Argument der wirtschaftlichen Negativ-Konsequenzen der Integration vorgebracht und scheint somit die sogenannten „utilitaristischen“ Hypothesen widerzuspiegeln. Doch führen diese Befragten selten ihre persönliche Situation an, um ihre Ausführungen zu rechtfertigen. Typisch dafür sind die Äußerungen einer jungen Beamtin, die Mitglied des staatlichen französischen Ingenieurkorps ist und die mögliche Abschaffung eines beschützenden Arbeitsrechts beklagt, obwohl sie selbst einen Status besitzt, der ihren Arbeitsplatz garantiert. Es scheint, als hätten diese Probanden eine vehemente Abneigung dagegen, ihre Urteile auf persönliche Überlegungen zu stützen, und als sei es Ehrensache, einen allgemeinen Standpunkt auszudrücken. Da ihre Argumentation relativ komplex und nuancenreich ist, ist ihr Standpunkt selten „einfarbig“. In manchen Fällen sind günstige und kritische Urteile derart miteinander verflochten, dass es unmöglich wird, zu entscheiden, ob ein Standpunkt überwiegend positiv oder negativ ist.[1] Diejenigen, die die Literatur als „Euroskeptiker“ bezeichnet, erklären sich gerne als „pro-europäisch“. Diejenigen, die die

1 Siehe in Bezug auf diesen Punkt das Kapitel von Dorota Dakowska und Nicolas Hubé (Kapitel 4).

„liberale“ Orientierung der Union anprangern, legen in der Regel Wert darauf, zu betonen, dass sie nicht „Europa“ im Allgemeinen ablehnen, sondern das Europa, wie es zum gegenwärtigen Zweitpunkt aufgestellt ist. Sie erneuern ihre Hoffnung auf ein „soziales Europa“. Genauso betrachten sich auf der rechten Seite des politischen Spektrums die bittersten EU-Verächter als Teil der „europäischen Zivilisation“ und sprechen sich für ein Europa der Nationen „à la carte“ und mit variabler Geometrie aus. Im gegenwärtigen Zustand des Integrationsprozesses ist es schwierig, bei diesen Kategorien Standpunkte zu finden, die jegliche Form einer Integration Europas radikal ablehnen. Die kritischen Standpunkte lassen sich nicht auf substantialistische Art und Weise analysieren, als drückten sie eine ein für allemal festgelegte Ideologie aus. Es handelt sich in Wirklichkeit um sich ständig weiter entwickelnde Einschätzungen, die sich im Gegensatz zur etablierten Lehrmeinung konstituieren und die eine wichtige kontextuelle Dimension beinhalten, die mehrere Jahrzehnte europäischer Integration mit sich gebracht haben.

Unabhängig vom insgesamt positiven, negativen oder unentschlossenen Charakter ihrer Grundeinstellungen haben diese Befragten eine gewisse Anzahl von Charakteristika gemeinsam. Sie legen eine relative Vertrautheit mit den europäischen Fragen an den Tag. So wissen sie beispielsweise, was das Schengener Abkommen ist. Für die Franzosen ist es aufgrund der Debatte des Jahres 2005 selbstverständlich, dass sie von der sogenannten Bolkestein-Richtlinie gehört haben, und einige wundern sich, dass man sie danach fragt. Die deutschen Probanden sind über den Ratifizierungsprozess für den Vertrag von Lissabon informiert, der zur Zeit der Durchführung der Interviews im Gange war. Sie benutzen und beherrschen mehr oder weniger gewisse technische und politische Begriffe der europäischen Debatten (Föderation, Richtlinien, Römische Verträge, soziales oder politisches Europa, Subsidiarität). Sie sind in der Lage, die EU als solche zu identifizieren, was beispielsweise einige der befragten Deutschen zu der Frage veranlasst, ob sich die ihnen gestellten Fragen auf Europa oder auf die Union beziehen. Sie nehmen mit einer gewissen Leichtigkeit an den europäischen Debatten teil und durchdenken deren Problematiken spontan. Nur diesem Typus von Probanden kann man die „politischsten“ Fragen von Meinungsumfragen wie den Eurobarometern ohne größere Schwierigkeiten stellen. Typisch dafür ist das Verhalten eines Ausbilders der AFPA (französische Berufsausbildungsstelle für Erwachsene, Anm. d. Übers.), der nicht einmal das Ende einer Frage zum „Demokratiedefizit Europas“ abwartet, sondern sofort sagt, dass er vollkommen einverstanden sei und sich anschließend in einer Kritik des Abstimmungsverfahrens zur Wahl der Europaabgeordneten ergeht. Im Verlauf des Interviews breitet er seine Ansichten über die christlichen Ursprünge Europas aus, über „das politische Europa“, das er einem „erweiterten Binnenmarkt“ gegenüberstellt, über Schengen und den Schutz der Grenzen, über „das Europa der 27, das nicht

dieselben Regeln haben kann wie das Europa der 15", über Europa und den Liberalismus, „das geopolitische Problem, vor das uns die Türkei stellt" und darüber „wie tragisch es ist, dass sich Europa aus den Balkankriegen herausgehalten hat".

Unter diesen Befragten trifft man auf Personen, die versuchen, sich über europäische Themen zu informieren und die beispielsweise die Anstrengung unternommen haben, wenigstens einige Passagen des „Verfassungs"-Entwurfs zu lesen. Diese aktiven Neigungen hängen mit dem stillschweigenden Gefühl zusammen, in der Lage zu sein, einen Standpunkt auszudrücken. Die Mitglieder dieses Publikums mögen vereinzelte Wissenslücken eingestehen, drücken jedoch nicht das allgemeine Gefühl von Verständnislosigkeit aus, das in anderen Kategorien wahrzunehmen ist. Diese informierten Bevölkerungsgruppen sind mit europäischen Fragen allerdings weniger gut vertraut als mit anderen Themen. Es kommt vor, dass sie Schwierigkeiten eingestehen, bestimmte Aspekte der Funktionsweise der Europäischen Union zu begreifen, insbesondere die Rolle und die Befugnisse der wichtigsten Institutionen. Einige Themen der öffentlichen Debatte, zum Beispiel die Frage nach dem Demokratiedefizit oder der politischen Union, können Reaktionen der Unschlüssigkeit und des Unverständnisses auslösen. Dennoch beeinflussen diese Lücken nicht das stillschweigende Gefühl der Kompetenz (in Bezug auf ihre Urteilsfähigkeit), das diese Probanden auszeichnet.

Außerdem gelingt es ihnen, relativ durchdachte politische Erwartungen auszudrücken. Diese betreffen beispielsweise die Vermeidung von Sozialdumping durch eine Harmonisierung der Sozialbeiträge, der Steuersysteme und der Arbeitsbestimmungen innerhalb der verschiedenen Länder der Union, das „politische" und das „soziale" Europa, das Europa, das sich „für die Beschäftigung" stark macht, die Steigerung der militärischen Interventionsfähigkeit, den Kampf gegen die Umweltverschmutzung, die Abschaffung von Billigflaggenstaaten und Steuerparadiesen, oder die Vereinigten Staaten von Europa.

Das Interesse an europäischen Fragen ist ein Sonderfall eines allgemeineren politischen Interesses. In den meisten Fällen sind die europäischen Fragen übrigens nicht die bevorzugten Themen. Diese Publikumstypen versuchen, sich zu informieren und sind über zahlreiche Themen relativ gut auf dem Laufenden, insbesondere, allerdings unter größeren Schwierigkeiten, über bestimmte europäische Themen. Als Leser und Hörer nutzen sie eine große Bandbreite anspruchsvoller Medien. Sie äußern gefestigte und wohl durchdachte allgemeine politische Präferenzen, die häufig von verschiedenen Formen des Misstrauens gegenüber den Parteien und dem politischen Tagesgeschehen begleitet werden. Man kann ihre Grundeinstellungen zur europäischen Integration als politisch begründet bezeichnen, da sie sich aus den allgemeinen politischen Überzeugungen unterschiedlicher Orientierung ergeben.

Dies bedeutet nicht, dass diese Befragten lediglich die Diskurse gewisser politischer Wortführer wiederholen. Sie sind tatsächlich fähig und begierig danach, „persönliche“ Standpunkte auszudrücken. Selbst wenn sie sich gelegentlich auf etwas beziehen, was sie gelesen oder gehört haben, sind sie dennoch auch in der Lage, sich ihre eigenen Meinungen zu bilden. Da diese Meinungen aus entsprechenden Beurteilungsschemata hervorgehen, stehen sie, was Form und Inhalt angeht, manchmal den Positionen bestimmter politischer Organisationen nahe.

Ein zusätzliches unterscheidendes Charakteristikum dieser „synoptischen Implikation“ ist, dass sie sich auf die persönliche Erfahrung der europäischen Realitäten stützt. Diese Erfahrung ist zunächst intellektueller Natur. Die Probanden dieses Typus diskutieren gerne mit ihrem Umfeld „über Politik“. Somit kommen sie ziemlich „natürlich“ auf europäische Fragen zu sprechen. Typisch hierfür ist ein Befragter, der berichtet, dass er mit einem ihm bekannten Polizisten über „das Schengener Abkommen“ gesprochen hat. Außerdem erinnert er sich an ein Gespräch mit einem Taxifahrer während einer Portugalreise, bei dem es um europäische Finanzhilfen ging. Diese intellektuelle Erfahrung ist auch schulisch und universitär geprägt. Die Erinnerungen an den Unterricht in der Sekundarstufe oder an speziellere Kenntnisse, die im Rahmen eines Jura-, Wirtschafts-, Geschichts- oder Politik-Studiums erworben wurden, werden eingesetzt, wenn es darum geht, einen Standpunkt auszudrücken. Andere, die kein längeres Studium absolviert haben, haben versucht, sich autodidaktisch zu informieren.

Für einen Teil dieser Bevölkerungsgruppen ist die Europa-Erfahrung schulisch, politisch oder intellektuell geprägt. In anderen Fällen ist die synoptische Implikation in Bezug auf europäische Fragen auch mit einer vielgestaltigeren praktischen Erfahrung, besonders im Berufs- oder Vereinsleben, verbunden. Symptomatisch ist das Beispiel des Leiters einer Beratungsfirma, der die europäische Integration so stark befürwortet, dass er äußert, dass „Europa mein Land, Frankreich meine Region“ ist. Er verfügt über Büros in Paris, London und Porto und hat seinen Wohnsitz im Südwesten Frankreichs. Er erklärt, dass er das Gefühl hat, zu Hause zu sein, wenn er von einem Büro zum anderen unterwegs ist. Die Probanden dieses Typus reisen viel und beherrschen eine oder mehrere Fremdsprachen. Sie haben regelmäßige Kontakte mit Freunden, Kunden, Geschäftspartnern, Kollegen und ehrenamtlichen Mitarbeitern von Vereinen oder Religionsgemeinschaften aus verschiedenen Ländern. Sie haben häufig Erfahrung mit europäischen Institutionen, politischen Maßnahmen, Entscheidungen, Normen und Kontrollen. Eine Statistikerin der OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Anm. d. Übers.) hat beispielsweise beruflich mit ihren Kollegen von Eurostat zu tun. Ein besonders „pro-europäischer“ Richter erklärt, dass er an der praktischen Anwendung der europäischen Politik teilnimmt, da er Klagen gegen

Ausweisungsbeschlüsse bearbeitet, die Präfekten gegenüber illegalen Einwanderern erlassen haben, und dass diese Klagen aufgrund der Bewegungsfreiheit durch das Schengener Abkommen immer zahlreicher werden.

In diesem Bereich, wie auch in anderen, wird die Wahrnehmung durch die Erfahrung geschärft. Somit neigen Leute, die in mehreren Bereichen des Alltags mit europäischen Realitäten konfrontiert sind, dazu, diese auch anderswo zu identifizieren.

Dieser besondere Grundeinstellungstypus lässt sich letztendlich durch die sozialen Eigenschaften der betroffenen Personen charakterisieren. Vor allem in der Oberschicht und oberen Mittelschicht des sozialen Raums trifft man auf diese Beziehung der synoptischen Implikation. Die sogenannten „euroskeptischen" Positionen finden sich also hauptsächlich bei den sozialen Gruppen, die ziemlich weit von den fremdenfeindlichen, autoritären und intoleranten Bevölkerungsschichten entfernt sind, die gemeinhin als ihre Basis betrachtet werden. Der relativ hohe Grad an Informiertheit, die regelmäßige Teilnahme an Gesprächen über politische Themen, die Nutzung anspruchsvoller Medien und das Praktizieren von Fremdsprachen hängen mit einem hohen Bildungsniveau zusammen, das an der Universität oder im Dienstleistungssektor erworben wurde. Es sind vor allem Angehörige der Führungsschicht im gehobenen oder mittleren Dienst, die Europa durch Geschäfts- und Vergnügungsreisen aktiv erleben. Doch lässt sich dieses Verhältnis der synoptischen Implikation zu Europa auch manchmal bei Männern und Frauen beobachten, deren Schulbildung und gesellschaftliche Position spürbar geringer sind. Sie stützen sich dabei auf ein kulturelles Ersatzkapital, das sie sich häufig im Laufe einer Karriere als Aktivist oder freiwilliger Helfer in Vereinen, Jugendorganisationen oder Gewerkschaften angeeignet haben. Die Aneignung dieses Ersatzkapitals kann ebenfalls innerhalb von Primärgruppen stattfinden, wie beispielsweise in der Familie, durch den regelmäßigen Umgang mit Angehörigen, die über ein höheres Schulniveau verfügen.

Die Bevölkerungssegmente, deren Grundeinstellungen zur synoptischen Implikation gehören, zeichnen sich durch eine gleichzeitige Nähe und Verschiedenheit aus. Nähe in dem Sinne, dass sie die Gesamtheit der soeben aufgezählten typischen Charakterzüge teilen, besonders die Zugehörigkeit zu einem höheren oder gehobenen Bereich des sozialen Raumes, oder ansonsten die Beherrschung eines kulturellen Ersatzkapitals. Doch gleichzeitig unterscheiden sie sich in verschiedenen Punkten, besonders in Hinblick auf ihre zustimmenden oder ablehnenden Auffassungen gegenüber der europäischen Integration. Es scheint also, dass diese gegensätzlichen (synoptischen) Auffassungen mit den unterschiedlichen Positionen innerhalb der höheren oder gehobenen Bereiche des sozialen Raumes zusammenhängen. Die treuesten Anhänger der europäischen Integration entstammen den oberen oder mittleren Führungsschichten privater Unternehmen, selbständigen oder intellektuellen

Berufen oder dem öffentlichen Dienst und nehmen dort meist einflussreiche Positionen ein. Es sind die „Nutznießer der Gesellschaft", die dazu neigen, die unterschiedlichen Aspekte Europas positiv einzuschätzen, insbesondere die europäische Integration. In derlei Fällen wird die Wahrnehmung weniger von unmittelbaren Vorteilen bestimmt, als durch ein optimistisches Verhältnis zur Welt, das nicht als explizite Argumentation sondern eher als Hintergrundrahmen auftritt. Manche Mitglieder dieser Milieus besitzen überdies eine wohl durchdachte und positive Europa-Erfahrung. Sie sind die „Nutznießer Europas", und manche von ihnen definieren sich sogar selbst so. Diese Situation verstärkt ihre Neigung, Europa positiv wahrzunehmen, selbst wenn sie die Vorteile, die ihnen selbst oder ihrem engeren Umfeld daraus erwachsen sind, nicht explizit anführen, um diese positive Wahrnehmung zu rechtfertigen. Man kann zwar „für Europa" sein, ohne ein „Europa-Gewinner" zu sein, doch sind diejenigen, die für Europa sind, in den sozialen Zusammenhängen, in die sie eingebunden sind, eher „Gewinner".

Gegensätzliche Eigenschaften lassen sich bei denjenigen beobachten, die der europäischen Integration kritischer gegenüberstehen. Auch sie gehören den höheren oder gehobenen Bereichen des sozialen Raumes an, befinden sich allerdings in weniger hohen und weniger prestigeträchtigen Positionen. Man begegnet ihnen beispielsweise im Bereich des öffentlichen Dienstes oder in intellektuellen Kreisen. Manche führen ihre eigene Negativerfahrung mit politischen Maßnahmen, Bestimmungen oder Entscheidungen Europas an, um ihre Vorbehalte zu rechtfertigen. In anderen Fällen überwiegen einmal mehr indirekte und allgemeinere Begründungen. Typisch dafür ist der Fall eines Ingenieurs in einem Informatikunternehmen, der Europa gegenüber eher kritisch ist: Er erklärt (mit einem kaum wahrnehmbaren Unterton der Verbitterung), dass es in seinem Unternehmen Führungskräfte mit und ohne Mitarbeiter gibt, und dass er selbst zur zweiten Kategorie gehört, besonders weil er eine weniger prestigeträchtige Schule absolviert hat. Es gibt selbstverständlich keinen direkten Kausalzusammenhang zwischen seiner zwar gehobenen, aber dennoch relativ untergeordneten Position innerhalb seines Unternehmens und seiner Grundeinstellung zu Europa. Seine eigene Position hat jedoch Auswirkungen auf seine Weltsicht und somit auch auf sein Verhältnis zu Europa. Zwar führt er seine Situation nicht als Argument an, doch beeinflusst sie die Argumente, die er auswählt, selbst wenn sie nichts mit ihr zu tun haben. Ähnlich liegt der Fall eines Universitätsprofessors für bildende Kunst, der zu verschiedenen Themen, und vor allem zum Thema Europa, ziemlich radikal linke Positionen zum Ausdruck bringt. Er wirft der europäischen Kommission vor, stets den privaten Sektor zu bevorzugen, „der da ist, um Geld zu machen". Er denkt, dass „seit den 1970er Jahren von Europa und der europäischen Kommission Richtlinien vorgegeben worden sind, die verlangen, dass die Gesundheit, die Bildung und eine ganze Reihe von öffentlichen Bereichen ins Private

zurückgeschmissen werden sollen… liberalisiert, (wieder) auf den Markt geschmissen werden sollen". Selbst wenn er sich nicht auf seine persönliche Situation bezieht und keine Ängste um seine eigene Person äußert, nimmt er die europäische Integration aus seiner Position als Beamter des öffentlichen Dienstes, als Dozent und Intellektueller doch als etwas wahr, das dem öffentlichen Dienst, der Sozialpolitik, dem Erziehungswesen, der Kultur und den intellektuellen Werten negativ gegenübersteht.

Die Einschätzung aus der Distanz

In Abgrenzung zu dem vorhergehenden lässt sich ein zweiter Idealtypus der Grundeinstellung zu „Europa" als *Einschätzung aus der Distanz* bezeichnen. In diesem Fall sind die Befragten davon überzeugt, dass Europa sie nicht betrifft, dass es sich um komplizierte Angelegenheiten handelt, die von und für die Mächtigen entworfen wurden und von denen sie außer zusätzlichen Schwierigkeiten nicht viel zu erwarten haben. Aus der Sicht eines Bäckereigehilfen ist „Europa vielleicht gut, aber für die anderen. Stimmt, der Euro, der hilft beim Reisen, aber wir, wir verreisen doch sowieso nicht." Die Distanz zu Europa drückt sich ebenfalls durch ein gleichgültiges Unverständnis aus, wie das Beispiel der Sekretärin in einem Ministerium zeigt: „Europa, das kapieren wir nicht!" Sie hat nicht die geringste Vorstellung davon, was das europäische Parlament oder die Kommission sind und fügt hinzu, dass es sie auch nicht interessiert. Diese Probanden wissen nicht, was das Schengener Abkommen ist und haben nie von der „Bolkestein-Richtlinie" gehört. Europäische Fragen und andere allgemeinpolitische Themen gehören nicht zu ihren Gesprächsthemen. Dies wird deutlich, wenn man einen 27-jährigen Bauarbeiter mit CAP (Berufsbefähigungszeugnis, vergleichbar mit dem deutschen Hauptschulabschluss, Anm. d. Übers.) danach fragt, ob er gelegentlich über Politik oder europäische Fragen spricht:

„… Politik... also... sagen wir mal, das ist halt nicht so mein Ding… ja, das kann schon manchmal vorkommen… ich weiß noch, als Sarko(zy), als der diese Radarfallen aufgestellt hat, da haben wir mit den Kollegen ein bisschen über Politik gequatscht, wir waren uns alle einig darüber, dass das mal wieder ganz schöner Blödsinn war… mal wieder was, um auf Kosten der kleinen Leute Kohle zu machen… nein, ansonsten red' ich mit meinen Freunden nicht über Politik."
F: Und über europäische Fragen?
A: „Europa?! Uns ist Europa total wurscht… also, naja... nein, da red' ich nie drüber..., das sind eher die Älteren, die uns sagen… da habt ihr's... der Euro... und das alles..., das geht uns auf den Geist".

In diesen Bevölkerungsgruppen beschränkt sich die Nutzung von Medien auf leicht verständliche Radiosendungen und Zeitungen, die kaum politische Themen behandeln, von europäischen Fragen ganz zu schweigen. Ein Arbeiter in einem Schlachthof erklärt beispielsweise, dass er „die Lokalzeitung liest, über die Umgebung, um zu wissen, was passiert ist, ob es Unfälle gegeben hat." Er sieht sich regelmäßig die Abendnachrichten im Fernsehen an, doch sind europäische Fragen für ihn ein Beispiel für abschreckende Themen, die er tunlichst vermeidet. Wie um dies zu verdeutlichen, erwähnt der Bauarbeiter, wie er reagierte, als er 2005 den Text der „Verfassung" erhielt: „Diese Verfassung, so „nen Blödsinn wie da hab" ich echt noch nie gelesen, da schicken uns die Typen ein Riesenbuch, das kein Mensch lesen kann! Hast du's gelesen? Also ehrlich, ich hab's fünf Minuten lang versucht, dann hab' ich's aufgegeben, das versteht absolut kein Mensch". Diese Befragten erklären gerne, dass sie sich schlecht informiert fühlen,[2] fügen aber sofort hinzu, dass dies daran liegt, dass sie das Ganze nicht interessiert. Sie sagen gerne, dass sie nicht viel über Europa wissen und verstehen, und dass politische Themen ihren Horizont übersteigen. Sie sind in der Regel verunsichert, wenn man sie nach ihrer Meinung zu den europapolitischen Debatten fragt. Manche machen große Augen, und ihnen bleibt der Mund offen stehen. Andere bitten in beunruhigtem Tonfall um eine Wiederholung der Frage und antworten, „dass sie das alles nicht wissen!" Wieder andere versuchen, ihr Gesicht zu wahren und improvisieren eine Antwort, an die sie nicht wirklich glauben. Eine Frage nach dem Demokratiedefizit kann somit Kommentare zum Geldmangel des Staates oder zur Geburtenrate hervorrufen. Da sie den Sinn der Frage in der Terminologie der politischen Debatten nicht verstehen, sind diese Probanden auch bei größten Missverständnissen noch in der Lage, sich auszudrücken. Die gängige Eurobarometer-Frage nach dem Vertrauen in die Institutionen lässt die gleiche Art von Diskrepanz zwischen dem Sinn, den die Interviewer ihrer Frage beimessen und demjenigen, den die Befragten mit ihrer Antwort verbinden, erkennen. Der gleiche Arbeiter antwortet beispielsweise, dass er „eher kein Vertrauen" (zum Europäischen Parlament) hat und wenn man ihn fragt, warum, erklärt er: „Naja, ich weiß ja nicht mal, wer diese Typen da oben sind und was die machen… Also kein Vertrauen." Wenn man sie nach ihrer Meinung zu politischen Themen fragt, wie beispielsweise zum EU-Beitritt der Türkei, und wenn sie sich in der Lage fühlen zu antworten, dann tun sie dies zumeist ohne große Überzeugung, denn „es sind ja nicht wir, die entscheiden".

Weil diese Bevölkerungsgruppen nur eine begrenzte Erfahrung mit „Europa" besitzen, unterhalten sie sich nur selten darüber. Sie reisen wenig, sprechen keine Fremdsprache und haben kaum Gelegenheit, Beziehungen zu An-

2 Vgl. Kapitel 8.

gehörigen anderer EU-Staaten zu unterhalten. Abgesehen vom Euro und einigen Themen, die ihnen Sorgen bereiten, und für die sie „Europa“ verantwortlich machen, haben sie nicht den Eindruck, dass die Europäische Union Auswirkungen auf ihr Privatleben hat.

Die Negativeinschätzung aus der Distanz

Ein Teil der Angehörigen dieser Bevölkerungsgruppe äußert extrem negative Urteile über „Europa“. Unterschiedliche aber stets heftige Kritiken werden durch die persönliche Situation und Erfahrung der Personen gerechtfertigt. So erklärt ein Arbeiter in einem Schlachthof, der kein Diplom besitzt:

„Da ist Maastricht dran schuld, wir haben nicht die gleichen Vorteile… jeder hat geglaubt, wir würden welche haben wie die anderen Länder (dabei) verlieren wir Geld… Vorher hatten wir für 1000 Francs einen großen Einkaufswagen, und da war ordentlich was drin (Zustimmung seiner Ehefrau) und jetzt ist der Einkaufswagen für 150 Euro nur noch halb voll“.

Ebenso nimmt eine H7-jährige Frau mit CEP (1989 abgeschafftes Diplom zur Bescheinigung der Ableistung der Schulpflicht, Anm. d. Ü.), die als Bürokraft in einem Ministerium arbeitet und deren Familie von den Antillen stammt, „Europa“ äußerst negativ wahr, da sie ihm die Schuld an den Schwierigkeiten gibt, mit denen sie konfrontiert ist. Sie beklagt sich über den Preisanstieg und über ihre Schwierigkeiten, finanziell über die Runden zu kommen. Sie ist sehr unzufrieden mit ihrer Unterkunft, und ihre zahlreichen Anträge beim sozialen Wohnungsbau sind ohne Erfolg geblieben. Wenn man sie fragt, ob sie etwas Positives an Europa sieht, antwortet sie: „Nein, nein, salopp ausgedrückt, ist das Volksverarschung“. Sie kritisiert vor allem die Möglichkeit, ungehinderter von einem Land ins andere zu reisen:

„Früher, als es Zollbeamte gab, gab es weniger Öffnung, weniger Risiko, da war man sicherer als jetzt, wo alles offen ist. Die Leute kommen und saugen Frankreich aus… wir haben nie auf irgendwas ein Anrecht, egal ob auf eine Wohnung oder sonst was… während die anderen, die kommen aus Bab El-Oued und kriegen alles geschenkt“.

Diese Art der Negativeinschätzung wird aus der Distanz vorgenommen. Diese Befragten haben keine ausgeprägte Vorstellung von den Verantwortlichkeiten Europas. Die Anschuldigungen sind unklar und ergeben sich wahrscheinlich teilweise aus dem Kontext eines Interviews zu diesem Thema. Zwar beruhen die kritischen Grundeinstellungen auf der Herstellung einer Verbindung zwi-

schen Europa und den vielgestaltigen Problemen des Alltags, doch ist die Zuschreibung an „Europa“ im Gegensatz zu manchen sogenannten „Utilitaristen“ unklar und verschwommen.

Das Urteil über Europa ist auch vom Misstrauen gegenüber den politischen Führungskräften getrübt, die für persönliche Schwierigkeiten verantwortlich gemacht werden. Europa „das ist Politik“ und somit etwas, wovon nichts Gutes zu erwarten ist. Diese Verurteilung Europas spiegelt keine strukturierte und durchdachte Ansicht wider. Diese Probanden haben eine äußerst verschwommene Wahrnehmung von „Europa“. Man darf ihre Negativreaktionen nicht als Ausdruck einer Analyse interpretieren, die über die Orientierungen der europäischen Institutionen Bescheid weiß. So haben die Franzosen für den Arbeiter im Schlachthof durch den Währungswechsel viel verloren, da „der Euro nicht in jedem Land das Gleiche kostet… das heißt... wenn der Euro (in Frankreich) auf 3,30 Francs oder 3,40 Francs fallen würde wie in anderen Ländern… würden wir viel besser leben“. Wenn diese Befragten von „Europa“ sprechen, meinen sie in der Regel nicht die Europäische Union. Die Bürohilfe im Ministerium erklärt, woran sie bei dem Wort „Europa“ denkt: „An Frankreich… und an die Länder, die daneben liegen“. Auch wenn sie sich häufig über den Euro oder über die Einwanderung beklagen, haben sie dennoch keine besonders konkrete Vorstellung von den Umständen und Abläufen, die zur Einführung der europäischen Währung oder zur Erweiterung der Union geführt haben. Die Tatsache, dass sie Situationen anprangern, die sich (teilweise) aus den Entwicklungen der europäischen Integration ergeben, bedeutet nicht, dass sie selbst in der Lage wären, derartige Verbindungen herzustellen. Ihre Kritik bezieht sich im Übrigen sowohl auf Situationen, wo eine solche Verbindung möglicherweise (vom Standpunkt eines besser informierten Beobachters aus) existiert, als auch auf andere, wo es keine gibt. Die Bürohilfe im Ministerium beklagt sich über den Euro, aber auch über die Höhe ihrer Miete, die Steuern, die „Gebühr“ (vermutlich die Fernsehgebühr) oder über „Medikamente, die nicht rückerstattet werden“. Dennoch bereiten ihr nicht die Wanderbewegungen innerhalb der EU Sorgen, sondern die Ansiedlung von „Leuten, die aus Bab El-Oued kommen“. Zwar beklagen einige Angehörige dieser Gruppen, dass sich Ausländer in Frankreich niederlassen, doch geschieht dies nicht aufgrund einer ideologisch durchdachten Sichtweise oder einem krampfhaften Festhalten an der eigenen Identität. Nicht die Einwanderung oder die Zuteilung zahlreicher „Vorteile“ an „Ausländer“, werden angeprangert, sondern eher die Tatsache, dass die Franzosen (das heißt sie selbst) nicht den Vorzug erhalten. Der Verweis auf das Kriterium der Nationalität ist eher ein Hilfsmittel zur Rechtfertigung als Ausdruck einer politisch begründeten Ansicht. Es ist aufschlussreich, wie die Bürohilfe im Ministerium, die selbst von den Antillen stammt, „die Frau von den Antillen“ und die „Afrikanerin“ in ihrem Wohnblock kritisiert, weil sie nicht arbeiten und „zum

Amt gehen, um sich ihre Miete oder ihren Strom bezahlen zu lassen“. Sie hat nichts dagegen, dass „man die Dinge in die richtige Richtung erweitert, aber es dürfen nicht immer die gleichen sein, die bezahlen und dann selbst nicht über die Runden kommen“. Sie fügt hinzu, dass „man besser daran täte, zuerst den Franzosen zu helfen, und dann erst den Ausländern… auch wenn ich mich als Französin fühle, ohne wirklich Französin zu sein… weil ich eine schwarze Haut habe“. Es handelt sich hier um einen Sonderfall, denn diese Probanden antworten, dass sie sich als „Franzosen“ fühlen und nicht als „Europäer“, wenn man sie danach fragt – und manche tun dies spontan. Diese Identitätsäußerung geht vor allem mit der nostalgischen Sehnsucht nach einer glücklicheren Epoche und mit der Anprangerung der gegenwärtigen Situation einher, die als besonders negativ erlebt wird. Sie ist eher defensiv als aggressiv zu verstehen und drückt eher ein allgemeines Unwohlsein als eine ideologische Grundeinstellung aus, wie dies bei bestimmten Befragten der Fall sein kann, die ein politisch begründetes Urteil über die europäische Integration fällen. Es beruht somit häufig auf einer Überinterpretation, wenn dieser Art von Identitätsäußerung nationalistische, fremdenfeindliche oder autoritäre Konnotationen zugeschrieben werden.

Diese Bevölkerungssegmente führen Argumente gegen Europa ins Feld, die zwar politische Konnotationen aufweisen können, aber nicht in einer abstrakten Tonlage ausgedrückt werden. Europa bezieht sich in ihren Augen auf politische Betrachtungen, die sich außerhalb ihres Interessensgebiets befinden und denen man misstrauen und aus dem Weg gehen sollte. Bevölkerungsgruppen, die schnell verunsichert sind, sobald man von ihnen verlangt, einen allgemeinen Standpunkt einzunehmen, sollte man keine politische Denkweise zuschreiben. Dem Angestellten vom Schlachthof verschlägt es die Sprache, als man ihn fragt, ob es sinnvoll wäre, eine Konkurrenz für die Bahn oder die Post einzuführen. Als der Interviewer versucht, ihn zum Reden anzuregen und ihn fragt, ob niedrigere Preise nicht besser wären, antwortet er, indem er auf seine persönliche Erfahrung zurückgreift: „Ja, das könnte man hoffen… ich find’ das aber auch nicht so übertrieben teuer... ich seh’ ja meine Tochter, die zahlt für eine Hin-und Rückfahrt nach Paris 50 Euro“.

Zwar geben diese Befragten strenge Urteile über „Europa“ ab, doch sind ihre Einschätzungen nicht politisch orientiert und kaum politisch einsetzbar. Männer und Frauen, die man diesem Publikumstypus zuordnen kann, haben beim Referendum im Jahr 2005 keine Stimme abgegeben, und zwar oft, weil sie sich nicht in die Wählerlisten eingetragen hatten oder weil sie ohnehin nicht mehr wählen gehen. Andere erklären, dass ihr Groll gegen Europa nicht der eigentliche Grund für ihre Nein-Stimme gewesen sei: Manche wurden vom Text einer zufällig aufgeschlagenen Seite des „Verfassungs“-Projekts abgeschreckt, andere wiederum wollten ihren Protest gegen die damalige Regierung zum Ausdruck bringen. Diese Probanden äußern kaum politische Prä-

ferenzen. Manche erklären, dass „rechts und links das Gleiche sind, und dass das eh nichts ändert". Andere zeigen schwach ausgeprägte punktuelle Sympathien, die angreifbar sind, oft auf Personen gerichtet, und manchmal auch einigermaßen widersprüchlich. Dieser Grundeinstellungstypus ist also nicht mit allgemeinen politischen Auffassungen oder mit der Identifikation mit einer Partei oder mit einem Politiker verbunden.

Diese Negativeinschätzung von Europa aus der Distanz lässt sich bei Befragten aus den niedrigeren Bereichen des sozialen Raumes beobachten. Sie hängt mit einem geringen Bildungsniveau zusammen, dem Besitz niedrigerer Schulabschlüsse, einer wenig qualifizierten Arbeit, oftmals schwierigen Arbeitsbedingungen, dem Fehlen beruflicher Zukunftsperspektiven und manchmal auch mit der Erfahrung von Arbeitslosigkeit und Prekarität. Oft kommen auch noch Ängste bezüglich der Fortdauer des Arbeitsverhältnisses, ein geringes Einkommen, ein unzureichendes und schwer auszugleichendes Budget, die Erfahrung von Mangel und die Ausübung von untergeordneten Tätigkeiten am Arbeitsplatz hinzu. Dennoch sind die Gruppen, die sich am stärksten in Schwierigkeiten befinden, keineswegs diejenigen, die am lautesten Kritik äußern. Man kann sich fragen, ob die Kritik nicht eher bei denjenigen am heftigsten ist, deren Situation angespannt ist, die also gut genug über die Runden kommen, um auf Besseres zu hoffen, aber nicht gut genug, um ihre eigenen Ansprüche zu erfüllen.

Die nicht-negative Einschätzung aus der Distanz

Doch lassen sich in genau diesen unteren Bereichen des sozialen Raumes auch weniger negative Auffassungen beobachten. Manche Befragten erklären, dass sie nicht sagen können, ob „Europa" etwas Positives oder Negatives ist, da sie „sich nicht genug damit beschäftigt haben". Eine 40-jährige Frau, die ein CAP (Äquivalent zum qualifizierenden Hauptschulabschluss in Deutschland, Anm. d. Übers.) und ein BEP (Äquivalent der deutschen Mittleren Reife, Anm. d. Übers.) besitzt und als Sekretärin in einem Zentrum für Arbeitsmedizin arbeitet, bleibt stumm, als sie gefragt wird, ob Europa in ihren Augen eher positiv oder negativ zu bewerten ist. Dann entschließt sie sich zu der Antwort, dass „es beides sein kann". Als der Interviewer sie fragt, ob nun das „Positive" oder das „Negative" überwiegt, kann sie sich nicht wirklich klar entscheiden und lässt ihre Antwort in der Schwebe. Andere haben eine unbestimmt positive Grundeinstellung, ohne jedoch genaue Ursachen dafür nennen zu können. Ein 20-jähriger Mann, der als Verkäufer in einem Sportgeschäft arbeitet, erklärt, dass Europa „positiv ist, weil wir sonst gar nicht soweit damit gekommen wären, sonst hätten die gar nicht damit weitergemacht". Auch in diesen Fällen wird Europa nach dem Kriterium der Auswirkungen auf die

persönliche Situation bewertet. Dennoch fällt die Einschätzung bei diesen Befragten nicht oder nicht allzu negativ aus. Sie sind also geneigt einzuräumen, dass es sich um etwas Positives handelt oder wenigstens, dass es einen Aspekt der Realität darstellt, gegen den sich nicht allzu viel einwenden lässt, selbst wenn oder gerade weil man sich wenig davon betroffen fühlt. Der junge Verkäufer erklärt beispielsweise: „Wenn die das machen, dann heißt das, dass es gut ist, aber ist es auch gut für mich? Wahrscheinlich schon".

Auf einem ihrer Ansicht nach vertrauteren Gebiet neigen diese Bevölkerungsgruppen dazu, die Tragweite der in ihrem Umfeld in der Regel als negativ beschriebenen Elemente herunterzuspielen. Sie teilen die Auffassung, dass die Einführung des Euro den Preisanstieg begünstigt hat oder dass die Angehörigen einiger europäischer Länder von der Bewegungsfreiheit profitieren, um in Frankreich zu arbeiten, scheinen diesen Sachverhalten allerdings keine besondere Bedeutung beizumessen. Eine 43-jährige Frau mit einem BEP (Äquivalent der deutschen Mittleren Reife) als Bürohilfe, die lange Zeit arbeitslos war und zum Zeitpunkt des Interviews an einer Weiterbildungsmaßnahme teilnimmt, drückt sich dementsprechend aus: „Ich denke, dass die Leute jetzt vielleicht hierherkommen, um zu arbeiten, weil man sie vielleicht kostengünstiger bezahlt, das ist es, was man so hört… Aber ich sage mir, dass das nicht lang so gehen kann… ich sage mir, dass nicht jeder sein Land verlassen wird, um sich hier niederzulassen".

Anders als bei denjenigen, die negativ reagieren, haben diese Probanden den Eindruck, nicht persönlich benachteiligt zu sein. Daraus ergeben sich wenig gefestigte Meinungen, die dennoch von der nicht-negativen Einschätzung der eigenen Situation geprägt sind, was sich gut durch das Leitmotiv „Das stört mich nicht!" auf den Punkt bringen lässt. Der junge Verkäufer im Sportgeschäft erklärt, dass „mich das (Europa) persönlich nicht besonders betrifft, abgesehen vom Euro gibt's da für mich nichts Konkretes, außer der Champions League". Für ihn „nützt Europa nur finanziell" und „was die Wirtschaft angeht, das betrifft mich nicht… viele Leute denken wie ich,… die sehen nicht, was ihnen das bringen soll". Wenn man ihn danach fragt, ob die EU-Osterweiterung etwas bringt, erklärt er sich aus Verständnis- und Statusgründen für inkompetent: „Ich weiß nicht, ich habe nur das Abitur, aber da ist bestimmt auch was Gutes dran".

Der gesellschaftliche Status der Befragten, die Europa aus der Distanz heraus als nicht-negativ einschätzen, ähnelt dem Status der Probanden, deren Reaktionen kritischer sind. In beiden Fällen handelt es sich um Männer und Frauen, die niedrigere oder mittlere Positionen im sozialen Raum einnehmen, und auf die die meisten damit verbundenen Charakteristika und Konsequenzen zutreffen. Die einzige Besonderheit, die sich beobachten lässt, ist die relative Zufriedenheit, mit der diese Personen auf ihre Situation blicken. Der Verkäufer aus dem Sportgeschäft erklärt, dass er sich seinen sehnlichsten

Wunsch erfüllt hat, nämlich sein Studium abzubrechen. Er erklärt, dass er glücklich ist, seinen Lebensunterhalt zu verdienen und glücklich über seine Arbeit ist, „die gut läuft“. Er ist mit seinem Gehalt zufrieden, da er bei seinen Eltern wohnt und „keine Kosten hat“. Die Sekretärin aus dem Zentrum für Arbeitsmedizin ist mit einem Tischler verheiratet. Sie haben zwei Einkommen und sind Eigentümer ihres Hauses. Obwohl sie nicht wirklich wohlhabend sind, kennen sie keine ernsthaften finanziellen Schwierigkeiten, was unter anderem die Gelassenheit erklärt, mit der sie sich über die Auswirkungen der Euroeinführung auf das Preisniveau äußern.

Die klar eingegrenzte Implikation

Die *klar eingegrenzte* Implikation ist ein dritter Typus von Grundeinstellung, der sich auf eine intensive und klar abgegrenzte Erfahrung stützt. Hier bringen die Befragten Europa sofort mit bestimmten Eingriffen der EU in Verbindung, die ihnen vertraut sind. Dieser Grundeinstellungstypus lässt sich beispielsweise bei Landwirten, Fischern, Hoteliers oder Restaurantbesitzern beobachten. Ein 41-jähriger Landwirt mit Fachabitur, der außerdem als Viehzüchter eine Herde von ansehnlicher Größe im Westen Frankreichs besitzt, ist in seinem Alltag ständig von europäischen Bestimmungen betroffen: „Es müssen beispielsweise Vorgaben für die Lagerung der Pflanzenschutzmittel zur Behandlung des Weizens eingehalten werden… da hat es europäische Richtlinien gegeben... zur Kennzeichnung der Tiere… und danach gibt es Richtlinien zu den tiermedizinischen Produkten, mit einer Rückverfolgbarkeit… “. Er erklärt, dass die gemeinsame Agrarpolitik für einen Betrieb seiner Größe 80% des Einkommens ausmacht. Er erhält eine Prämie pro Kuh innerhalb einer Quotenregelung. Er muss sich ebenfalls Quotenregelungen für die Milchproduktion unterwerfen, deren Einhaltung streng überwacht wird: „Wenn man mehr produziert, wird man bestraft“. Die mit Sanktionen verbundenen Kontrollen machen ihm zu schaffen, auch wenn er seiner Einschätzung nach zu denjenigen gehört, denen es gelungen ist, zu modernisieren, um den Anforderungen gewachsen zu sein: „Man kann mich am Montagmorgen um 9 Uhr anrufen und mir sagen, also, wir kommen am Dienstagmorgen Ihren Betrieb kontrollieren, halten Sie die Dokumente bereit… jetzt haben wir Computerprogramme für das alles, aber für jemand, der 50 oder 55 Jahre alt ist, ist das natürlich… “.

Diese intensive Erfahrung ist gleichzeitig begrenzt. Die Mitglieder dieser Bevölkerungsgruppen reisen selten, sprechen kaum Fremdsprachen und haben nur selten Kontakt zu den Staatsbürgern anderer Länder. Was in ihren Augen zählt, sind die Auswirkungen des europäischen Systems auf ihre persönliche Situation. Europa wird positiv wahrgenommen, wenn die persönliche Erfah-

rung mit den europäischen Realitäten selbst positiv ist und umgekehrt. So ist Europa für den 53-jährigen Eigentümer und Betreiber eines Hotels in der Bretagne mit BEP (Äquivalent der deutschen Mittleren Reife) eine „Katastrophe“:

„Wir konnten die Mehrwertsteuer (zum Zeitpunkt der Befragung) nicht bekommen weil die Nachbarländer… usw., usw. Ich denke, dass das bei 10 Ländern schon schwierig zu regeln ist, aber mit 25 ist es unmöglich. Das ist vollkommen absurd. Für die Hotelbranche war das wirtschaftlich gesehen eine Katastrophe… Wegen der Mehrwertsteuer, durch die wir 15% unseres Jahresgewinns verloren haben“.

Seine Urteile über Europa stützen sich jedoch ebenfalls auf seine allgemeinere Erfahrung mit der Gesellschaft. Diese drückt sich bei ihm durch eine Abneigung gegenüber der Verwaltung aus: „Technokratie, das ist alles, was ich hasse, dieser ganze Verwaltungsapparat, der uns jederzeit am Ohr packen kann und uns zwingen kann, unseren Laden zuzumachen, die haben quasi das Recht, über Leben und Tod von Kleinunternehmern wie uns zu entscheiden, die alles verlieren können“. Sowohl seine Erfahrung mit den EU-Normen und Kontrollen, als auch seine Abneigung gegen das Eingreifen des Staates und seiner Beamten führen dazu, dass er mit Europa ein Übermaß strafender Kontrolle verbindet:

„Europa, das ist echt verrückt, denn da hast du die Hygiene, den Zoll, da gibt’s die Klassifikation durch Sterne… das ist eine gute Sache, dass die Einrichtungen den Normen entsprechen müssen, dass es Sicherheit gibt,… in Frankreich haben wir da mitgemacht, aber in den Ländern, die neu dazukommen, ist das anders“.

Diese positiven oder negativen Schlussfolgerungen schließen gegensätzliche Einschätzungen nicht aus, egal ob zu vertrauten Themen wie dem Euro, oder zu bestimmten relativ zugänglichen allgemeinen Fragen, wie zum Beispiel nach dem EU-Beitritt der Türkei. Doch wird dieser Typus von Überlegungen stillschweigend als sekundär betrachtet. Man sieht dies am Fall des normannischen Viehzüchters, der eine „eher positive“ Europa-Sicht besitzt und gleichzeitig verschiedene kritische Ansichten äußert. Alles deutet jedoch darauf hin, dass er seinen Reaktionen auf andere Themen nicht das gleiche Gewicht beimisst wie seiner Überzeugung, dass die Landwirtschaft durch Europa „gewonnen hat“. So steht er zum Beispiel dem Beitritt der Türkei ablehnend gegenüber, glaubt aber stillschweigend, dass seine Meinung nicht besonders wichtig ist: „Ich wär’ da kategorisch, bei mir wär’s ein „Nein“, aber gut, ich seh’ dieses Land einfach nicht in Europa, (aber) wenn wir’s aufnehmen müssen, dann werden wir’s halt aufnehmen! (er lacht)“.

Diese Befragten drücken also bei den Themen, die ihnen besonders wichtig sind, gefestigte Standpunkte aus und sind in Bezug auf die anderen eher

nachlässig. Wenn man sie fragt, welches Vertrauen sie den europäischen Institutionen entgegenbringen, gestehen sie ohne Scham und Bedauern ein Gefühl von Unverständnis in Bezug auf deren allgemeine Funktionsweise ein. Der Viehzüchter aus der Normandie antwortet „ich weiß, was ich wissen will", als man ihn danach fragt, ob Europa in seinen Augen etwas Kompliziertes ist. Diese Befragten verfügen über ihre eigenen Informationskanäle und sind über alle Themen, die sie direkt betreffen, auf dem Laufenden. Die Landwirte erhalten beispielsweise von ihren Gewerkschaften vorbereitete Dokumente über die europäischen Bestimmungen, und die Landwirtschaftskammern bieten ihnen Fortbildungen an. Was allerdings allgemeine Informationen betrifft, so geben sie an, in begrenztem Umfang weniger anspruchsvolle Medien, das heißt häufig die Zeitung ihres Ortes oder ihrer Region, zu nutzen.

Diese Probanden fühlen sich von europäischen Fragen betroffen, aber nicht in „synoptischer" Weise. Ihr Verhältnis zu Europa beruht auf einer Einschätzung seiner Auswirkungen auf ihre Situation, wie im Falle der Einschätzung aus der Distanz, doch stützt sich die Zuschreibung hier auf spezifische, klar eingeschränkte und informierte Beziehungen zu politischen Maßnahmen und Institutionen der EU. Ihre Grundeinstellung ist (positiv oder negativ) strukturiert. Sie äußern gefestigte persönliche Standpunkte, die sich auf besonders augenfällige Bewertungselemente stützen, da aus ihrer Sicht ihre wirtschaftliche Situation und berufliche Zukunft von den Orientierungen der europäischen Institutionen betroffen sind. Ihre Standpunkte sind für den politischen Einsatz geeignet. Dies ist ein weiteres Element, das diese Befragten von denjenigen unterscheidet, die sich zu europäischen Fragen auf Abstand halten (die zuvor analysierten Typen). Die Landwirte, die eine positive Wahrnehmung der allgemeinen Landwirtschaftspolitik besitzen, haben beim Referendum von 2005 mit „Ja" gestimmt, wie der Viehzüchter aus der Normandie erklärt: „In unserem Beruf, da haben wir keine Wahl… ich glaube nicht, dass der französische Staat in der Lage wäre, die Landwirtschaft so zu subventionieren wie es Europa tut… ob man uns allerdings auf längere Sicht so helfen wird, wie jetzt... wenn wir den Kuchen mit mehreren anderen teilen müssen, wird das vielleicht anders sein". Doch obwohl ihre Grundeinstellung durch Urteile strukturiert ist, die sie über Teilbereiche der Politik fällen, ist sie in der Regel nicht mit allgemeinen politischen Orientierungen verbunden. Auch hier beschreiben die gängigen Erklärungen diesen besonderen Typus von Europa-Beziehung nur unzureichend. Denn weder (nationale oder europäische) „Identität", noch ideologische oder politische Werte, noch Parteizugehörigkeiten motivieren und erklären die Europa-Einschätzung dieser Befragten. In manchen Fällen könnte man ihr Urteil als „utilitaristisch" bezeichnen, allerdings nur, wenn man hinzufügt, dass es von der persönlichen Erfahrung ausgeht und sich auf das beschränkt, was mit dieser Erfahrung zusammenhängt. Es wäre

also eine Fehleinschätzung, die Kritikpunkte, die der bretonische Hotelbetreiber formuliert, als Ausdruck eines „euroskeptischen“ Standpunktes zu interpretieren.

Dieser besondere Grundeinstellungstypus lässt sich bei Personen aus dem Mittelbereich des sozialen Raumes beobachten, die von europäischen Verordnungen besonders betroffen sind. Wie andere Angehörige des Mittelbereichs verfügen sie über ein durchschnittliches Bildungsniveau, das sie, außer in besonders engagierten Fällen, kaum in die Lage versetzt, sich mit allgemeinen europa-politischen Fragen zu befassen. Im Vergleich zu anderen Bevölkerungsgruppen aus dem Mittelbereich (deren Grundeinstellungen zu einem späteren Zeitpunkt analysiert werden sollen), liegt ihre Besonderheit in der engen Beziehung, die sie mit gewissen politischen Themen und Entscheidungen der EU unterhalten. Wie wir gesehen haben, ergibt sich diese Beteiligung aus der Einschätzung der Auswirkungen der europäischen Politik auf die persönliche Situation, aber auch aus einer allgemeineren Grundeinstellung gegenüber der Gesellschaft. Die Erfahrung mit den Normen und Kontrollen, die von der gemeinsamen Agrarpolitik eingeführt wurden, kann also, je nach der wirtschaftlichen Situation und darüber hinaus, je nach Einschätzung der aktuellen und zukünftigen persönlichen Situation und den damit verbundenen Chancen, zu diametral entgegengesetzten Beurteilungen führen. Der Fall eines in der Gegend von Angers ansässigen Landwirts ist beispielsweise typisch für eine Position innerhalb der Gesellschaft, die (zum Zeitpunkt des Interviews) zu allgemein optimistischen Zukunftsprognosen veranlasst, und in Verbindung damit, zu positiven Einschätzungen der europäischen Integration. Er betont, dass er seinen Betrieb „wie ein Unternehmen“, führt „das übers Jahr 300.000 Euro Umsatz bringt“. Stolz spricht er über die beiden Computerprogramme, die er zum guten Funktionieren seines Betriebs benutzt. Seine Weltsicht ist von der Überzeugung geprägt, dass er sich seinen Erfolg selbst erarbeitet hat: „(er ist) der Meinung, dass man soviel verdient, wie man eingesetzt hat“ und ist froh über seine Lebensqualität.

Im Gegensatz dazu entspringen die Negativeinschätzungen der europäischen Normen durch einen 52-jährigen Winzer, der einer Genossenschaft in Südfrankreich vorsteht, einer Neigung zur kritischen Betrachtung, die ganz explizit mit einer weniger stabilen wirtschaftlichen Situation zusammenhängt. Er arbeitet in „einem kleinen Landwirtschaftsbetrieb… mittelgroß... eher klein, etwa 30 Hektar, das ist nicht besonders viel“. Er fühlt sich in Konkurrenz zu den Überseestaaten und sogar zu den „östlichen Ländern“ und hat den Eindruck, „dass die uns alle auffressen werden“. Er beklagt, dass „man uns immer mehr Zwänge und Kontrollen auferlegt… und ich sag’ Ihnen, was das Problem ist, wir sind keine Industriellen, wir sind Winzer, wir sind beinahe Handwerker“. Er war „von Anfang an gegen Europa, weil ich denke, dass wir

unsere Landwirtschaft opfern, wenn wir Tür und Tor öffnen“. Außerdem „bekommen wir Winzer… die geringsten Subventionen von Europa“.

Die eingeschränkte allgemeine Implikation

Ein letzter Idealtyp der Grundeinstellung zu Europa lässt sich als *eingeschränkte allgemeine* Implikation charakterisieren. Die Personen, die diesem Typus zugeordnet werden können, beziehen sich auf ihre persönliche Erfahrung – zum Beispiel in Bezug auf den Euro oder die Abschaffung der Polizeikontrollen an den Grenzen. Gleichzeitig drücken sie aber auch einen allgemeinen Standpunkt aus, der sie von den Befragten unterscheidet, die sich mehr auf Distanz halten. Diese allgemeinen Standpunkte weisen ebenfalls verschiedene Charakteristika auf, die sie von den politischen Einschätzungen des synoptischen Typus unterscheiden. Zum Beispiel fällt es diesen Befragten schwer, ihren Standpunkt auszudrücken. So erklärt ein Installateur aus Westfrankreich, dass „Europa etwas Positives ist“, dass er aber „nicht sagen kann, aus welchem Grund“. Die Betrachtungen, die er ins Feld führt, um seine Einschätzungen zu rechtfertigen, sind ziemlich vage. Seine Vorstellung von Europa selbst ist verschwommen. Mehr als auf die Europäische Union beziehen sich diese Befragten häufig auf „die Gesamtheit der Länder, auf ein ganzes Umfeld von Nachbarländern“.[3] Einige Standpunkte sind eindeutig positiv oder negativ. In anderen Fällen sind die positiven und die kritischen Argumente so sehr ineinander verwoben, dass sich daraus keine grundlegende Orientierung erkennen lässt. Manche Personen erklären sich außerdem für unfähig, eine klare Entscheidung zu treffen.

Diese Befragten bringen Einschätzungen nach „dem gesunden Menschenverstand“ oder ethische Urteile vor, die oft zögerlich und manchmal improvisiert sind und Überzeugungen von mäßiger Intensität ausdrücken.

Viele Probanden, die die europäische Integration als etwas Positives wahrnehmen, führen unterschiedliche Variationen rund um die Lebensweisheit „Einigkeit macht stark“ an. Sie erklären, dass die europäischen Länder einzeln genommen zu „klein“ geworden sind und dass sie sich zusammenschließen müssen, um es mit China oder den Vereinigten Staaten aufnehmen zu können. Andere führen die Thematik der Annäherung und der Völkerverständigung ins Feld. Für eine 25-jährige Sportlehrerin ist Europa

> „der Gedanke der Einheit, der gegenseitige Austausch, die verschiedenen Kulturen, irgendwie eine Ansammlung von Menschen, die sich mögen… der Gedanke, dass man reisen kann, dass man die Grenzen überqueren kann, praktisch ohne irgendwas

3 Frankreich, Mann, 64, Rentner, ehemaliger Vorarbeiter.

vorzeigen zu müssen… das ist interessant und auch bereichernd… (und dann) der Gedanke, sich untereinander gut zu verstehen, das ist irgendwie sympathisch als Konzept“.

Das Argument, dass Europa es weniger weit entwickelten Ländern erlaubt, ihren Rückstand aufzuholen, wird ebenfalls angeführt.

Die kritischen Argumente sind symmetrisch zu den vorangegangenen. Manche beklagen den Verlust von Unabhängigkeit, wie diese Rentnerin, die früher bei der staatlichen französischen Sozialversicherung angestellt war, und die „sich nicht besonders gut auskennt“, aber „findet, dass es zu viele Richtlinien gibt, dass man zu sehr gegängelt wird, dass man alles hinnehmen muss, dass man nicht unabhängig genug ist, denn Europa entscheidet dies, Europa entscheidet das“. Andere fürchten einen „Identitätsverlust“: „Man verliert ein bisschen von der Geschichte der Länder, es gibt einen Identitätsverlust beim Geld und bei anderen Sachen, ich fühle mich erstmal als Französin und erst danach als Europäerin, Europa, das ist zu weit von mir weg, um mich damit spontan zu identifizieren“.[4] Ein drittes Motiv für die Unzufriedenheit ist das Gefühl, gegenüber den Staatsbürgern anderer Länder benachteiligt zu sein, die die Bestimmungen nicht einhalten, die von einem günstigeren Euro-Kurs oder von der Abwanderung von Firmen in Niedriglohnländer profitieren und die kommen können und Arbeitsplätze wegnehmen, weil sie es akzeptieren, schlechter bezahlt zu werden. So erklärt ein 64-jähriger Rentner mit Meistertitel, der früher Vorarbeiter war: „Meine Kaufkraft, die sinkt jeden Tag, bei denen wird sie steigen und bei mir geht sie runter, damit wir uns in der Mitte treffen“.

Im Unterschied zur synoptischen Implikation spiegelt dieser Typus kaum die aktuellen politischen Debatten wider. Man findet nur vereinzelte schwache und vereinfachte Echos der politischen Problematiken, wie beispielsweise bei diesem 25-jährigen Mann, der ein zweijähriges Fachhochschulstudium in Buchhaltung und Betriebswirtschaft absolviert hat und nun als Schulungsleiter im Bereich Kommunikation arbeitet: „Es darf keine Politik sein, die nur wirtschaftlich orientiert ist, sie muss auch gleichzeitig sozial sein“. Diesen Bevölkerungsgruppen fällt es schwer, sich zu den wichtigsten Zielsetzungen der europäischen Integration zu äußern. Sie sind eher bereit, sich zu politischen Themen zu äußern, als die Fraktionen, die noch mehr auf Distanz sind, doch zögern sie, im Gegensatz zu den stärker politisierten Befragten, bevor sie antworten. Wenn sie sich entschließen, zu sprechen, bleiben sie zunächst lange Zeit still und neigen dann dazu, den Sinn der Frage rückzuübersetzen. Als sie nach der Entwicklung der Konkurrenz innerhalb von Europa gefragt wird, erwidert die bereits zitierte Sportlehrerin beispielsweise zunächst, dass

4 Frankreich, Frau, 21, arbeitslos, Theaterwissenschaftsstudentin

sie nicht genau weiß, was sie antworten soll. Dann drückt sie ihre Verwirrung aus, indem sie einander widersprechende Betrachtungen anführt. Sie lässt sich nicht auf eine Diskussion über die Konkurrenzsituation der öffentlichen Dienste ein. Und als sie gefragt wird, ob sie glaubt, dass Europa etwas „in Bezug auf die Post und die französische Elektrizitätsgesellschaft geändert hat", sagt sie selbst, dass sie nicht „weiter gehen" kann, als es ihre eingeschränkte Sichtweise als Konsumentin erlaubt: „Die Post… also, ich werfe doch nur Briefe in den Briefkasten… EDF (die französische Elektrizitätsgesellschaft)?... Ich hab' da noch nie richtig darüber nachgedacht… solange ich Strom habe, ist mir das Recht, jetzt kann EDF bestimmt von anderen Ländern billiger Strom kaufen". Diese Schwierigkeiten, sich auszudrücken, liegen auch an einer mangelnden Kenntnis der Fachsprache, wie klar zu erkennen ist, als sich der Schulungsleiter aus dem Kommunikationsbereich zur Frage der Verstärkung der europäischen Integration äußert: „Wenn wir in Frankreich Entscheidungen treffen, sagen wir mal soziale oder wirtschaftliche Entscheidungen, wenn das von Europa nicht abgesegnet wird, dann sind wir äh... dann gewinnt da Europa, und wir, wir haben dazu nichts mehr zu sa*gen*". Oft kommt es zu Missverständnissen, wenn sich diese Probanden bemühen, auf die Frage nach den wichtigsten Zielsetzungen der Europapolitik zu antworten.

Die Europa-Beziehung dieser Befragten hängt mit ihrer Beziehung zur Politik im Allgemeinen zusammen. Dies sind keine Themen, über die sie sich regelmäßig mit ihrem Umfeld unterhalten, besonders wenn sie eine europäische Dimension enthalten. Sie informieren sich durch wenig anspruchsvolle Medien (Radio oder allgemeine Nachrichtensendungen im Fernsehen, regionale Tageszeitungen).

Diese Probanden verfügen über eine begrenzte Erfahrung mit den europäischen Realitäten. Sie reisen ziemlich selten in angrenzende europäische Länder, und wenn, dann hauptsächlich in ihrer Freizeit. Sie haben Schwierigkeiten, sich in einer Fremdsprache auszudrücken. Diese Angehörigen des gesellschaftlichen Mittelbereichs spüren, dass die europäische Integration der Ursprung wichtiger Umwälzungen ist, die sie als positiv und/oder negativ wahrnehmen, die sie aber kaum persönlich betreffen. Einer jungen Frau fallen nur die Hinweise auf die europäischen Normen ein, die man auf Spielzeugen und Motorradhelmen findet, als sie dazu befragt wird. Eine andere erwähnt die Gebrauchsanweisungen, die in verschiedenen Sprachen auf den Verpackungen stehen, und die Staatsangehörigen unterschiedlicher Länder, die in ihrer Nachbarschaft Häuser kaufen. Mehrere Befragte erwähnen verschiedene Erlebnisse aus ihrer Schulzeit, vor allem Besichtigungen des Europaparlaments. Andere erleben Europa indirekt, durch Vermittlung anderer, und beziehen sich auf die Erfahrungen von Menschen, die ihnen nahestehen. Eine Frau erwähnt die gemeinsame Agrarpolitik, von der ihr Bruder, der einen landwirtschaftlichen Betrieb bewirtschaftet, ihr häufig erzählt. Sie zitiert auch den Fall

ihrer Neffen, die eine Möbelfabrik in Tschechien aufgebaut haben. Diese Befragten bemühen sich zwar um Information, doch haben sie den Eindruck, dass sie nicht in der Lage sind, das Thema zu beherrschen: „Ich habe den Eindruck, nichts über Europa zu wissen... ich weiß nicht wirklich, worum es da geht, ich kenne seine Ziele nicht“.

Die Personen, die diesem Typus zugeordnet werden können, verfügen über ein mittleres Informationsniveau. Sie sind weniger mit den europäischen Fragen vertraut, als dies bei dem Typus der synoptischen Implikation der Fall ist, aber besser informiert als diejenigen, die sich durch ihre Einschätzung aus der Distanz auszeichneten. So behaupten sie oft, das Europaparlament „zu kennen“, selbst wenn sich diese Kenntnis auf eine Einordnung „nach Straßburg“ beschränkt. Dagegen bleibt ihr Eindruck von der Aufgabe des Parlaments ziemlich konfus. Für die Sportlehrerin „tauschen die Standpunkte über Dinge aus, die in verschiedenen Ländern passieren,… sie schlagen Dinge vor, denen man zustimmen soll oder nicht… mehr kann ich dir dazu nicht sagen“. Auch der pensionierte Buchhalter verfügt über einige Elemente, um das Europaparlament einzuordnen, beispielsweise den Absentismus der Franzosen, doch weiß er nicht genau, wie er antworten soll, als man ihn nach seinem Vertrauen in die Kommission fragt: „Na, was ist denn da der Unterschied? Warte mal, das Europaparlament und die Kommission… (langes Schweigen), ist das nicht Giscard (d’Estaing: ehemaliger französischer Staatspräsident und damals Präsident des europäischen Konvents, Anm. d. Ü.), der… für das Parlament… verantwortlich ist? Oder für die Kommission?“. Er kapituliert, als man ihn nach dem Europarat fragt.

Diese Befragten fühlen sich nicht ausreichend informiert, fügen aber ebenfalls hinzu, dass sie kaum versuchen, sich zu informieren, weil das sowieso sehr „undurchschaubar“ sei. Sie beklagen sich darüber, dass sie die Rollen der Institutionen, von denen sie gehört haben, nicht genau voneinander unterscheiden können. Sie fragen sich nach den Entscheidungsmechanismen, und zwar umso mehr, weil sie beispielsweise zu wissen glauben, dass Entscheidungen mit Stimmenmehrheit getroffen werden, oder weil sie bemerkt haben, dass die Verträge einstimmig ratifiziert werden. Es fehlen ihnen Orientierungsmöglichkeiten, wie sie sie im Rahmen der nationalen Institutionen besitzen. Bei manchen Befragten kann dieses Unverständnis zu Negativwahrnehmungen beitragen. Wie es eine Krankenschwester erklärt: „Die Tatsache, dass Europa wirtschaftlich mehr Gewicht hat, vielleicht ist das wahr, aber ich bin mir da nicht sicher, das ist alles sehr politisiert, das stimmt, ich denke, dass ich nicht alles weiß, und da ich nicht alles weiß, bin ich lieber dagegen“.

Die Grundeinstellungen dieser Bevölkerungsanteile aus dem Mittelbereich weisen also paradoxe und widersprüchliche Eigenschaften auf. Die Befragten äußern relativ strukturierte Standpunkte zum Thema Europa, die jedoch nicht immer politisch eingesetzt werden. Deutlich sichtbar ist dies im

Falle Frankreichs, da sich einige der Probanden, die sich als pro-europäisch bezeichnen, nicht mehr erinnern können, wie sie gestimmt haben, und andere nicht zur Wahl gegangen sind oder den europäischen Verfassungsvertrag von 2005 abgelehnt haben. Obwohl sich ihre Positiv- oder Negativ-Urteile nicht auf zufällige oder oberflächliche Betrachtungen beschränken, gehen sie dennoch mit einem starken Gefühl von Inkompetenz einher. Sie können diese Widersprüche überwinden, indem sie eine Haltung des Rückzugs oder des Delegierens einnehmen, wie diese 26-jährige Schauspielerin, die über einen Master-Abschluss in Psychologie verfügt:

„Das ist sehr undurchsichtig…, deshalb verliert man das Interesse daran… irgendwie hat man den Eindruck, wenn es eine europäische Entscheidung gibt, dass das nichts ist, worüber man diskutieren kann… weil man nicht weiß, was passiert, also, eigentlich… mache ich mir nicht wirklich Sorgen darüber und unbewusst lasse ich sie machen, das ist ja ihr Job, das sieht jetzt vielleicht aus wie blindes Vertrauen, aber ich habe nicht den Eindruck, dass ich die Wahl habe“.

Da sie nicht in der Lage sind, abschließende Beurteilungen in der ersten Person über die europäischen Fragen abzugeben, neigen die Mitglieder dieser Bevölkerungsgruppen manchmal dazu, sich hinter die Autorität derjenigen einzureihen, denen sie vertrauen. Dies können Angehörige ihres Umfeldes oder politische Führungspersonen sein. So erklärt der pensionierte Buchhalter, wie er 2005 mit „Ja“ gestimmt hat:

„Man ist denen, die für Europa waren, ein bisschen gefolgt, schonmal Chirac, er ist dafür, gut, das ist unser Präsident, die PS (sozialistische Partei) war mehrheitlich dafür, die UMP („Volksbewegungsunion“: Mitte-Rechts-Parteienbündnis) auch, also haben wir all diesen Leuten vertraut… man sagt sich, also wenn die in der Regierung selbst finden, dass das eine gute Sache ist… “

Durch ein solches Beispiel erkennt man, dass vor allem innerhalb dieser Bevölkerungsgruppen (aber nicht in der Gesamtheit der Bevölkerung) die Vorliebe für eine Partei auch die Ausrichtung der Grundeinstellungen zu Europa beeinflussen kann.

Diese Grundeinstellung der allgemeinen begrenzten Implikation lässt sich bei Personen aus den Mittelbereichen des sozialen Raumes beobachten. Sie verfügen über ein durchschnittliches oder ein leicht überdurchschnittliches Bildungsniveau. Sie besitzen beispielsweise ein Abitur, ein technisches Diplom oder einen Abschluss in einem kurzen Hochschulstudium. Manche Inhaber höherer Abschlüsse, die jedoch aus Bereichen stammen, die nicht dazu prädestinieren, sich mit den Zielen der europäischen Integration zu beschäftigen, können ähnlich reagieren. Ein derartiges kulturelles Kapital erlaubt es

zwar, zu verallgemeinernden Standpunkten zu gelangen, bereitet jedoch nicht auf die gezielte Nachforschung nach Informationen vor, wie man sie bei aktiveren Bevölkerungsgruppen findet.

Obwohl diese Bevölkerungsteile aus dem Mittelbereich den gleichen Typus von Grundeinstellung teilen, drücken sie dennoch unterschiedliche Bewertungen von Europa aus. Es ist oft schwierig, Faktoren zu beobachten, die diese Divergenzen ausreichend erklären können, da positive und negative Einschätzungen häufig miteinander verwoben sind, vor allem in bestimmten Fällen, wo eine Gesamthaltung in Bezug auf Europa vollkommen fehlt. In manchen Fällen lassen sich jedoch einige erklärende Elemente beobachten. Man stellt beispielsweise fest, dass die von einigen Befragten über Europa abgegebenen Urteile ebenfalls von den allgemeinen Zukunftsprognosen dieser Individuen in Hinblick auf ihre soziale Situation bestimmt werden. Typisch dafür ist die Aussage einer 26-jährigen Frau, die für eine dynamische internationale Bankengruppe arbeitet, und die mit Stolz erklärt, dass ihr Unternehmen eine „corporate-Funktion“ entwickelt hat, um die Aktionen der Filialen zu koordinieren und die „best practices“ zu teilen. Sie besitzt eine allgemeine Weltsicht, die sie zu positiven Auffassungen neigen lässt. Diese Veranlagung beeinflusst auch ihre Sicht von Europa, da sie veranlasst, die Schwierigkeiten herunterzuspielen und nur die als positiv wahrgenommenen Aspekte in Erinnerung zu behalten. Im Gegensatz dazu hat eine 23-jährige Designerin, deren Unternehmen Textilprodukte an Verkaufszentralen veräußert, das Gefühl, „gegen die Wand zu fahren“. Die Produktion ihrer Gesellschaft ist nach Marokko ausgelagert worden. Sie ist den Ansprüchen ihrer Kunden unterworfen, die möglichst billige Produkte haben wollen. Es kommt vor, dass die Kunden die Modelle nicht kaufen, die sie ihnen präsentiert und dass sie die gleichen Modelle einige Monate später in den Boutiquen wiederfindet. Ihr allgemeiner Pessimismus färbt auf ihre Wahrnehmungen von Europa ab. Zusammen mit einer Freundin, die sich in der gleichen beruflichen Situation befindet, zählt sie im Laufe einer Gruppendiskussion mit Gesprächspartnern – darunter die Angestellte der Bankengruppe –, die positive Standpunkte hinsichtlich der europäischen Integration ausdrücken, immer mehr Bedenken auf. Sie erklärt nachdrücklich ihr Einverständnis, als ihre Freundin schließlich den Hintergrund dieser Bedenken klar und deutlich darstellt: „Da müsste sich Europa drum kümmern, bei solchen Berufen müsste man die Grenzen zumachen, man sollte mit den europäischen Ländern arbeiten, anstatt nach China zu gehen, in Frankreich kommt man nicht mehr über die Runden, da gibt es zu viel Konkurrenz“.

Typen und Varianten

Man darf nicht vergessen, dass es sich bei den hier beschriebenen Grundeinstellungen um idealtypische Integrationen handelt, und dass sich die konkreten empirischen Fälle daran mehr oder weniger annähern. Über diese Feststellung hinausgehend, lassen sich Varianten bestimmter Typen unterscheiden.

So drücken die Personen, die man dem Typus der synoptischen Implikation zuordnen kann, einen allgemeinen Standpunkt aus, der sich auf eine gewisse Anzahl von politischen Betrachtungen stützt. Einige Mitglieder dieser Bevölkerungsgruppen, die eine stärker ausgeprägte Erfahrung mit den europäischen Realitäten besitzen, beispielsweise aufgrund ihres Berufes, lassen in ihre Beurteilungen auch verschiedene praktische Überlegungen einfließen. Im Gegensatz dazu weisen die Grundeinstellungen der Befragten, deren Erfahrungen mit Europa beschränkter sind, eine überwiegend intellektuelle und/oder politische Tonart auf. Man muss also zwei Varianten der synoptischen Implikation unterscheiden: einerseits eine synoptische Implikation, bei der auf Erfahrung gestützte Betrachtungen das Gesamturteil stärken, andererseits eine synoptische Implikation von überwiegend „politischer“ oder „intellektueller“ Natur. Diese zweite Variante ist beispielsweise besonders häufig bei Studenten anzutreffen, deren Erfahrung sich meist auf das beschränkt, was sie in ihrem Studium gelernt haben. Bei Studenten, die nicht mit den europäischen Fragen konfrontiert sind oder die sich wenig mit deren Studium beschäftigen, haben derartige politisch-intellektuelle Grundeinstellungen die Tendenz, aufzuweichen und sich den Zwischenformen der Beziehung zu Europa anzunähern. In derartigen Fällen neigen das Informationsniveau, das Interesse an europäischen Fragen (und allgemeiner an politischen Fragen überhaupt), sowie die Fähigkeit, durchdachte Standpunkte auszudrücken, dazu, abzunehmen und sich von den idealtypischen Eigenschaften der synoptischen Implikation zu entfernen.

Es muss ebenfalls noch einmal erwähnt werden, dass die Idealtypen „Knoten“ beschreiben, das heißt Punkte von relativer Konzentration im Raum der Grundeinstellungen zu Europa. Es existieren jedoch auch empirische Fälle, die mehr oder weniger außerhalb dieser Knoten liegen. Dies ist bei den Befragten der Fall, die Charakteristika von verschiedenen Grundeinstellungstypen übernehmen. So kann sich die Europa-Beziehung bei den politisierten Mitgliedern der Bevölkerungsgruppen, die direkt von den Maßnahmen der europäischen Politik betroffen sind, mit stärker durchdachten, allgemeinen politischen Erwartungen verbinden und sich einer synoptischen Grundeinstellung annähern. Diese Streuung der empirischen Fälle um einen Idealtypus herum, aber aus der Distanz, ist im Falle der allgemeinen begrenzten Implikation vermutlich häufiger. Da es sich um einen Zwischentypus handelt, neigen die empirischen Fälle, die ihm zugeordnet werden können, stärker dazu, Eigen-

schaften zu übernehmen, die mit anderen Grundeinstellungstypen verbunden sind. Man sieht dies beispielsweise im Fall einer 51-jährigen Deutschlehrerin an einer Hauptschule. Ihre Grundeinstellung zu Europa weist die meisten typischen Charakteristika der allgemeinen begrenzten Implikation auf. Ihre positiven Beurteilungen beruhen beispielsweise auf verschiedenen Betrachtungen von sehr charakteristischer ethischer Natur: Europa „erlaubt es, ein bisschen seinen Horizont zu erweitern, sich den anderen gegenüber zu öffnen", es vermindert „den engstirnigen Geist der französischen Grenze", es ist „ziemlich interessant und menschlicher". Allerdings werden diese Argumente in ihrem Fall durch verschiedene Einschätzungen ergänzt, die mehr mit den Problematiken der politischen Debatten im Einklang stehen („Europa, das bedeutet Demokratie, Anerkennung der Menschenrechte, freie Wirtschaft"). Außerdem verleihen ihr ihre deutsche Herkunft, die Heirat mehrerer Angehöriger mit Staatsbürgern unterschiedlicher europäischer Länder und ihr Beruf als Deutschlehrerin eine Europa-Erfahrung, die stärker ausgeprägt ist als diejenige, die sich bei den Vertretern des gesellschaftlichen Mittelbereichs beobachten lässt, so dass sie humorvoll betont: „Europa, da bin ich auf jeden Fall reingefallen, als ich klein war". Doch obwohl diese Eigenschaften sie den politisierten und aktiv mit den europäischen Fragen beschäftigten Bevölkerungsgruppen annähern, entfernt sie sich in anderer Hinsicht von ihnen, beispielsweise dadurch, dass sie beharrlich wiederholt, dass sie „nicht so sehr auf dem Laufenden ist" und „sich damit nicht genug auskennt".

Grundeinstellungen im Kontext

Abschließend muss noch daran erinnert werden, dass die oben beschriebenen Grundeinstellungen in Frankreich beobachtet wurden, und zwar in der Situation von Interviews zum Thema Europa, was bei den Befragten, die nur schwach von diesen Themen betroffen sind, zur Äußerung wenig gefestigter Meinungen führen kann. Wenn die geäußerten Meinungen stärker strukturiert sind, stützen sie sich auf verschiedene hervorspringende Punkte, von denen einige in allen Ländern dieser Untersuchung vorkommen, während andere für ein Land oder einen Teil der Länder spezifisch sind. So bleiben, im Falle Frankreichs, Bruchstücke der Erfahrung eines Referendums zum Verfassungsvertrag (mehr oder weniger) in der Erinnerung des Publikums präsent. Es lassen sich beispielsweise mehr oder weniger undeutliche Spuren der Diskussionen über die „Bolkestein-Richtlinie" oder den „polnischen Klempner" beobachten, die in den anderen Ländern selten sind. So ist diese Richtlinie z.B. den meisten Polen unbekannt, die dafür aufgrund der starken Wirtschaftsemigration aus ihrem Land besser mit dem Schengener Abkommen vertraut sind. Die Fragen nach der EU-Erweiterung um die Länder Zentral-

oder Osteuropas sowie die Türkei treten häufiger in Interviews auf, die in Deutschland geführt wurden, auch wenn diese Themen je nach Publikum unterschiedlich angegangen werden. Die Frage nach dem Beitritt der Türkei wird in den einfachen und mittleren Bevölkerungsgruppen als ein Problem formuliert, das die Probanden unmittelbar betrifft. Man bildet sich Urteile über die Türken, die man kennt, und die als „harte Arbeiter" oder „Schmarotzer" eingestuft werden. Die politisierten Befragten führen die Diskussion über einen Beitritt der Türkei unter Einbeziehung der Fragen nach Demokratie, Frauenrechten, Religion oder dem Zustand der Wirtschaft. Außerdem wirkt sich der Eindruck des Zweiten Weltkrieges häufig auf die Beurteilungen der Deutschen aus, auch wenn dies stets auf unterschiedliche Art und Weise geschieht.[5] Man sieht auf einen Blick, dass sich die Grundeinstellungen zu Europa aus einem Zusammentreffen von individuellen Neigungen und „nationalen Kontexten" ergeben. Diese Neigungen sind das Ergebnis unterschiedlicher Sozialisierungen, die unter anderem mit der gesellschaftlichen Position, der wirtschaftlichen Situation, dem Bildungsniveau und der Zugehörigkeit zu Berufsgruppen, Gewerkschaften, Unternehmen oder Religionsgemeinschaften, der familiären Situation, der persönlichen Geschichte eines jeden Individuums und zahlreichen anderen Elementen zusammenhängen. Sie sind relativ stabil und tragen zur Strukturierung der Grundeinstellungen zu Europa bei. Diese „individuelle" Strukturierung der Grundeinstellungen wird durch verschiedene Faktoren ergänzt, die mit den Nationszugehörigkeiten zusammenhängen. Einer der interessantesten Beiträge der vergleichenden Analyse ist, dass sie verschiedene Elemente sichtbar macht, die die Bildung von Grundeinstellungen aus dem Hintergrund mitbestimmen und die im Allgemeinen unsichtbar bleiben, solange sie von einem natürlichen Selbstverständnis herrühren, das von den Angehörigen eines Staates geteilt wird. Die Deutschen, die man dem synoptischen Typus zuordnen kann, unterscheiden sich von den entsprechenden Personen anderer Länder durch die Häufigkeit, mit der sie die Förderalismusfrage oder das Subsidiaritätsprinzip erwähnen, oder durch die Vergleiche, die sie zwischen dem Gerichtshof der Europäischen Union und dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe anstellen. Ebenso lässt sich beobachten, dass manche Tschechen oder Polen befürchten, die EU begünstige die Dominanz der „großen" über die „kleinen" Länder,[6] während dieses Argument in dem in Deutschland, Frankreich oder Italien beobachteten Meinungsrepertoire fehlt. Man erkennt somit, dass die meisten in diesen Ländern geäußerten Meinungen (auch) Ausdruck des stillschweigenden Standpunktes von Personen sind, die keinerlei Veranlassung sehen, die Kooperation mit anderen

5 Ich danke Nicolas Hubé für den Hinweis auf diese Punkte.

6 Ich verdanke diese Beobachtungen Dorota Dakowska und Ondrej Novotny.

Staaten zu fürchten.[7] Die wirtschaftlichen Beziehungen, die sich im Rahmen des Binnenmarktes entwickeln, werden je nach beruflichen, sektoriellen und nationalen Zugehörigkeiten unterschiedlich eingeschätzt. Die Beziehungen zwischen den wirtschaftlichen Akteuren der östlichen und westlichen Länder der Union werden beispielsweise von allen stillschweigend als Beziehungen zwischen Hoch- und Niedriglohnwirtschaften angesehen. Genau diese stillschweigende Annahme lässt manche deutschen oder französischen Angestellten die Abwanderung ihres Unternehmens ins Ausland oder die Ankunft von Arbeitern fürchten, die bereit sind, Niedriglöhne zu akzeptieren, während ihre tschechischen oder polnischen Kollegen glücklich über die Gelegenheiten sind, die sich durch die Mobilität ergeben. Manche deutschen oder französischen Unternehmer sehen günstige Möglichkeiten, in diesen Ländern zu investieren, während tschechische Arbeitgeber die Unmöglichkeit beklagen, mit den mächtigeren Firmen aus dem Westen auf Augenhöhe zu konkurrieren. Die spezifischen Unterschiede der nationalen Bewertungsrahmen von „Europa“ hängen also von der Position ab, die jedes einzelne „nationale“ Ensemble in unterschiedlichen politischen, wirtschaftlichen oder sonstigen Konfigurationen einnimmt. Diese positionsbedingten Eigenheiten rufen Auswirkungen hervor, die den Auswirkungen entsprechen, die die positionsbedingten Eigenschaften innerhalb der „internen“ Ordnung (z.B. Firmeninhaber versus Angestellter, unternehmerisch organisierte Landwirtschaft versus krisenanfällige Betriebe) mit sich bringen. Sie sind auch das Produkt verschiedener Eigenheiten einzelner Länder oder Ländergruppen. So spiegeln die Argumente der politisierten Bevölkerungsgruppen mehr oder weniger abgeschwächt die von bstimmten politischen Parteien eingenommenen Standpunkte wider. Daraus lässt sich ableiten, dass ein jedes Parteiensystem, das sich vor allem durch den gemeinsamen Austausch von Argumenten und durch die Existenz oder das Fehlen von kritischen Standpunkten auf der rechten oder linken Seite auszeichnet, ein Aspekt des nationalen Kontexts ist, der sich auf die Wahrnehmung von „Europa“ auswirken kann. So lassen sich beispielsweise die – im Übrigen ziemlich begrenzten – Unterschiede zwischen der Situation in Frankreich, Deutschland oder vor allem in Italien erklären,[8] wo die politische Kritik an der europäischen Integration weniger ausgeprägt ist. Die Standpunkte der Parteien wirken sich jedoch nicht auf die gesamte Bevölkerung aus, da viele Mitglieder der einfachen und mittleren Kategorien den politischen Debatten rund um die europäische Integration nur wenig Aufmerksamkeit schenken.

---

7 Nur in den Kreisen von politischen Aktivisten oder unmittelbaren Sympathisanten der Unabhängigkeitsbewegungen lassen sich in Frankreich Ängste hinsichtlich eines von Deutschland dominierten „Europa“ beobachten.

8 Eines der wichtigsten Ergebnisse der von Giuliano Bobba und Alfio Mastropaolo in Italien durchgeführten Untersuchung ist das relative Fehlen kritischer politischer Standpunkte in Bezug auf die EU.

Diese nationalen Wahrnehmungs- und Bewertungskontexte hinsichtlich der europäischen Realitäten sind historisch definiert. Daraus ergibt sich, dass sich die Grundeinstellungen zu Europa in einem Moment der Geschichte und der Erfahrung mit der Geschichte Europas strukturieren.[9] Auch hier kann jene Hintergrundkomponente durch den Vergleich miteinander kontrastierender nationaler Fälle deutlich sichtbar gemacht werden. Manche tschechischen und polnischen Bürger teilen beispielsweise die Einschätzung, dass die EU, genauso wie die UdSSR eines der Reiche sei, von denen ihre Nation im Laufe ihrer Geschichte unterjocht wurde, und dass sie wie andere Reiche früher oder später wieder verschwinden werde. In Frankreich dagegen kommt eine solche Möglichkeit niemals zur Sprache, von dem engen Kreis von Vertrauten abgesehen, die mit irgendwelchen nationalistischen Randbewegungen sympathisieren. Die lange Geschichte der Zugehörigkeit Frankreichs zu den aufeinanderfolgenden europäischen Gemeinschaften und die tiefgreifende Institutionalisierung der Europäischen Union scheinen einen vagen Glauben an die Unaufhaltsamkeit der begonnenen Prozesse hervorzubringen. Dagegen sind diese Prozesse in den Augen eines Teils der tschechischen oder polnischen Bevölkerung umkehrbar. Deren europäische Erfahrung ist, schon allein aufgrund ihrer Dauer, eindeutig eine andere.

Wenn Grundeinstellungen zu Europa im Rahmen eines Interviews ausgedrückt werden, werden sie außerdem durch den Kontext des Interviews beeinflusst. Man sieht dies beispielsweise, wenn man Gruppendiskussionen organisiert. Man findet dabei die verschiedenen Grundeinstellungstypen wieder, so wie sie in diesem Kapitel charakterisiert wurden. Gleichzeitig stellt man aber fest, dass der Kontext einer ein- oder zweistündigen relativ freien Diskussion manchmal die unterschiedlichsten Veränderungen bewirkt. Die bemerkenswerteste ist eine Tendenz hin zur (begrenzten) Steigerung des Informationsniveaus der Gruppenmitglieder durch einen Effekt gegenseitigen Wissensaustauschs. In manchen (seltenen) Fällen lässt sich sogar eine Tendenz zum Übergang von einem Grundeinstellungstypus zum anderen beobachten, beispielsweise von einer Grundeinstellung, die eine Zwischenstellung einnimmt, wie die der allgemeinen begrenzten Implikation hin zu einer stärker politisierten Implikation.

Im Rahmen eines „Experiments“ wie dem der Gruppendiskussionen sind solche Veränderungen gleichermaßen erwiesen wie auch begrenzt. Begrenzt, da sie nur manche Individuen betreffen und da sie nur in besonderen Konfigurationen auftreten. Wenn die Gruppendiskussion Teilnehmer vereint, deren Informationsniveau und Interesse an europäischen Fragen schwach sind, lässt sich zum Beispiel keine Veränderung an der Grundeinstellung der Teilnehmer beobachten. Dies ist ebenfalls der Fall, wenn die Teilnehmer in extrem unter-

9 Siehe das Kapitel von Dorota Dakowska und Jay Rowell (Kapitel 5).

schiedlichem Maße mit den europäischen Fragen vertraut sind. Somit lassen sich signifikante Veränderungen nur in besonderen Konfigurationen beobachten, insbesondere wenn eine stärker betroffene und erfahrenere Person den Teilnehmern Elemente zum Nachdenken liefert, und die Partner bereit und dazu in der Lage sind, sich diese anzueignen. Es werden weitere Untersuchungen nötig sein, um diese Dynamiken zu bewerten. Sie stellen das in diesem Kapitel vorgeschlagene Repertoire von Grundeinstellungstypen nicht in Frage. Sie legen jedoch nahe, dass sich, durch das Auftreten signifikanter Kontextveränderungen – beispielsweise durch eine lange Sensibilisierungskampagne und die Debatte im Rahmen eines Referendums zu europäischen Themen – die Verteilung der Grundeinstellungstypen innerhalb der verschiedenen Publikumskategorien spürbar verändern könnte.

Deutsche Besonderheiten

NICOLAS HUBE, JAY ROWELL

Ziel dieser Darstellung ist es, die spezifischen Merkmale herauszuarbeiten, die in den deutschen Interviews in Bezug auf die in diesem Kapitel definierten Idealtypen beobachtet wurden. Der Ausgangspunkt der Überlegung bestand darin, sich Gedanken über die unterschiedliche Strukturierung eines Angebots an interpretativen Diskursen über die EU im nationalen öffentlichen Raum zu machen und zu sehen, ob – und wie – sich dieses Angebot bei den Befragten auswirkt.

Im Unterschied zu Polen und in einem geringeren Grad zu Frankreich herrscht unter den politischen und journalistischen Eliten und in der intellektuellen Welt ein relativer Konsens über die positiven Aspekte der europäischen Konstruktion.[1] Dieser Konsens hat trotzdem nicht den Ausdruck eines „selbstbewussteren" Verhältnisses zur europäischen Konstruktion seit dem Ende der Amtszeit von Helmut Kohl verhindert, egal ob es sich um die Diskussion über die Höhe des deutschen EU-Beitrags handelt, um die Angst vor einem Mangel an Haushaltsdisziplin in einigen Ländern der Eurozone, um Kritik an der Agrarpolitik oder um Vorbehalte gegenüber den Beitrittsbestrebungen der Türkei. Bei der Abstimmung über den Verfassungsvertrag im Bundestag am 10. Mai 2005 haben die großen vertretenen Parteien ihre allgemeine Zustimmung bekräftigt. Allerdings waren in diesem Moment auch Misstöne zu hören: 23 Negativstimmen wurden gezählt (20 Abgeordnete der CSU, drei der PDS und zwei Enthaltungen bei den Sozialdemokraten). Die Argumente der PDS beruhen auf zwei Punkten. Erstens auf den Sicherheits-

1 Es ist wichtig, an dieser Stelle anzumerken, dass der Redaktionsschluss des vorliegenden Buches vor dem Beginn der internationalen Finanzkrise und vor allem vor den Diskussionen über die Wirtschaftskrise in Griechenland lag. (Anmerkung des Übersetzers)

fragen: Der Vertrag besiegelt eine militärische Orientierung der EU, doch ist bei einigen Befragten der Diskurs über den Pazifismus präsent. Und zweitens auf der „Missachtung des Volkes“: Sie kritisieren die Entscheidung, die Debatte ganz klar auf den Bundestag zu begrenzen. Die Argumente der CSU konzentrieren sich ebenfalls auf die Missachtung des Volkes, aber auch auf den EU-Beitritt der Türkei, den sie vehement ablehnen, und zuletzt auf das Fehlen eines Verweises auf die Religion, denn „ohne Gott ist Europa dem Teufel geweiht“ (Weiland, 2005).

Trotz dieser Unterschiede bei der Strukturierung des politischen und medialen Diskurses über die EU finden sich die zustimmenden, ablehnenden, zwiespältigen oder gleichgültigen Haltungen in Proportionen wieder, die mit dem französischen Fall vergleichbar sind. Trotz der Existenz eines öffentlichen Raumes, der von einem pro-europäischen Diskurs beherrscht wird, jedoch einen äußerst marginalen Platz in den Debatten einnimmt (Garcia, Le Torrec, 2003; Sievert, 1998, Seidendorf, 2007), erscheinen die Deutschen nicht „europhiler“ als andere Nationen. Die einzigen herausragenden Persönlichkeiten, die mit einem europäischen Engagement assoziiert werden, sind Helmut Kohl und, in geringerem Maße, Daniel Cohn-Bendit. Im Großen und Ganzen sind die am weitesten verbreiteten positiven Standpunkte die gleichen wie in Frankreich: die Begeisterung über die Durchsetzung eines europäischen Raumes für Tourismus, Arbeit und Völkerverständigung.

Man findet ebenfalls alle Typen der Beziehung zur EU wieder, die Daniel Gaxie für Frankreich beschrieben hat, doch bisweilen mit Argumentationen konstruiert, die spezifisch für den deutschen Kontext sind. Die Verhältnisse zwischen den Fällen, die man den Idealtypen annähern kann, sind ein wenig unterschiedlich, zum Teil vermutlich wegen der Unterschiede bei der Zusammensetzung der Probanden-Auswahl in Deutschland, die weniger Personen mit einer klar eingegrenzten Implikation enthält (Landwirte, Fischer) und weniger Mitglieder der populären Milieus. Nicht weiter überraschend ist die Tatsache, dass die soziologischen Eigenschaften für jeden Idealtyp deutlich die gleichen sind.

Spezifische Argumente

Mehrere Differenzierungselemente des deutschen Falls lassen sich vom Standpunkt der *Argumente* aus identifizieren, die *eingesetzt werden*, um ihren Standpunkt zu untermauern. Es handelt sich zunächst um die *Frage nach der Erweiterung*, die ziemlich schnell und „spontan“ als Kristallisierungspunkt eines Diskurses über Europa auftritt. Die Erweiterung wird relativ häufig als Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt verstanden, als Ankunft von Arbeitern aus dem Osten, die die Löhne drücken oder eine Quelle für Kriminalität darstel-

len. Diese Betrachtungen stützen sich zuweilen auf Reportagen in der Presse (insbesondere über Jugendkriminalität). Unter den politisch interessierten Befragten, die in den Industriezweigen arbeiten, die den Risiken des Outsourcing ausgesetzt sind, oder die Mitglieder einer Gewerkschaft sind, ruft die Erwähnung der Erweiterung einen relativ spontanen und oftmals durchdachten Diskurs über die Verlagerung von Arbeitsplätzen nach Osteuropa und ihre Mechanismen hervor (Besteuerung, Arbeitskraftkosten, Subventionspolitik, Kapitalumlauf). Zwar wird dieses Risiko nicht ausschließlich den Maßnahmen der europäischen Politik zugeschrieben (es kann als ein unweigerlich mit der Globalisierung einhergehendes Phänomen wahrgenommen werden) und niemals unmittelbar der Bolkestein-Richtlinie, doch stellt man fest, dass diese Befragten Themen und Beispiele anführen, die seit Anfang der 1990er Jahre um das Thema des Standorts Deutschland[2] herum entwickelt wurden und es auf die europäischen Themen übertragen: freier Kapitalumlauf, Erweiterung, Diskrepanzen von Lebensstandard und Lohnniveau. Diese Fragen sind auch in den weniger privilegierten Schichten präsent, stützen sich dort aber eher auf unmittelbare Erfahrungen, auf Erfahrungen aus dem unmittelbaren Umfeld (in der Wirtschaftsbranche übliche Löhne, Erfahrung mit Einkäufen in Polen) oder auf Informationen aus den Medien (Reportagen über die „Russenmafia“, die illegale Einwanderung, die Nokia-Affäre). Auf allgemeinere Weise wird das Thema der Erweiterung um die Kluft zwischen Ost und West herum konstruiert, die die Kluft zwischen Arm und Reich überlagert. Während einige Mitglieder der gehobenen Schichten einen ökonomischen Liberalismus verteidigen, der für alle profitabel sein soll, macht sich die Mehrheit der deutschen Befragten Sorgen um einen Effekt der Nivellierung nach unten, wie das Drücken der Löhne, den Abbau des Sozialstaats oder die Finanzierungskosten für das Aufholen der weniger entwickelten Volkswirtschaften Osteuropas oder der Türkei. Zuletzt stützen sich ausschließlich diejenigen Probanden, die aus der ehemaligen DDR stammen, auf die Erfahrung – und die Enttäuschungen – der wirtschaftlichen Modernisierung in den neuen Ländern, um einen Diskurs über die zu erwartenden Auswirkungen der „Vereinigung“ des europäischen Kontinents für sich und für Deutschland zu konstruieren.

Außerdem wird in den deutschen Interviews häufiger spontan die *Türkei* erwähnt. Dieses Thema wird sowohl als ein nahe liegendes „Problem“, als auch als ein Problem an den Grenzen von Europa formuliert. Das Urteil über die Türkei hängt bei den Befragten, die in der dazwischenliegenden und der distanzierten Zone in Bezug auf Europa angesiedelt sind, manchmal von ihren

2 Diese zu Beginn der 1990er Jahre angestoßene Debatte ist Ausdruck der Ängste vor der Deindustrialisierung und vor dem Verlust der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie.

nachbarschaftlichen Beziehungen ab. Die „Türken“ sind eine wahrnehmbare „Realität“ (sie „bauen Häuser“, oder „kaufen Läden“). Sie sind „Malocher“ und/oder „Schmarotzer“… und die Diskussion über einen EU-Beitritt der Türkei stützt sich in diesen Fällen auf diese Betrachtungen. Für allgemeinere Standpunkte verweist die Türkei in einem eher „klassischen“ Sinne auf die Menschenrechte, die Demokratie, die Frauenrechte, die Religion, die Mentalitäten oder auf die Wirtschaft. Die synoptischen Standpunkte stützen sich in der Hauptsache auf die Betrachtungen der Menschenrechte, auf wirtschaftliche Betrachtungen, Betrachtungen des geopolitischen Gleichgewichtes oder historische Verweise, während die Befragten mit einer allgemeinen begrenzten Implikation eher kulturelle oder religiöse Fragen ins Feld führen, indem sie sich auf die Kopftuchdebatte, die Zwangsehen oder auf vage Verweise auf Demokratie oder Armut stützen.

Die *Bedeutung der Geschichte*. Während für den gebildeten Anteil der Befragten der „Komplex“ des Krieges tatsächlich eingestanden werden kann, wird der Zweite Weltkrieg in manchen Interviews wie ein Komplex, der von Deutschland allgemein getragen wird, beiseite geschoben. „Europa ermöglicht es Deutschland, sich Gehör zu verschaffen“. Doch kann dieser Komplex auch auf kritische Weise erlebt werden: „Wir Deutschen können seit dem Zweiten Weltkrieg nichts mehr sagen“. Interessanterweise wird die Kriegserfahrung manchmal auf ganz Europa ausgedehnt („der Krieg hat die Europäer vorsichtiger, pazifistischer gemacht“) und rechtfertigt gleichzeitig das Verschmelzen zu einer gemeinsamen europäischen Identität und die politische Notwendigkeit, sich gegen andere „kriegerische“ Großmächte zu schützen, die nicht die gleiche historische Erfahrung gemacht haben: „Wir kennen den Krieg und haben einen anderen Zugang dazu als die Amerikaner. Wir sind vielleicht vorsichtiger, besonnener“.[3]

„Fehlende Argumente“

Eine der Ausgangshypothesen, die ausgehend vom vorherrschenden intellektuellen Diskurs über das Verhältnis der Deutschen zu ihrer Währung konstruiert wurden, bestand darin, sich zu fragen, ob es eine Besonderheit des Diskurses über *den Euro* gäbe und dadurch über die EU. Allerdings haben die vermutete enge Bindung an die Deutsche Mark, die Angst vor der Inflation, die die politische Kultur Deutschlands im Moment der Hyperinflation prägte, oder die Bedeutung der Währungssouveränität so gut wie keine Spuren in den Interviews hinterlassen. Zum Thema Währung formulieren die Deutschen die

3 Deutschland, Frau, 52 Jahre, Hausfrau mit Universitätsabschluss.

gleichen Typen von Kritik und/oder Einschätzung wie die Franzosen und noch dazu im selben Wortlaut.

Die Debatte über die *(un-)soziale Dimension* der EU war im französischen Korpus relativ präsent. Interessanterweise ist diese Frage, die in den öffentlichen Debatten in Deutschland sehr wenig thematisiert wurde, in den deutschen Interviews weniger präsent und tritt praktisch nie in den Antworten auf die Frage auf, in welchen Bereichen die EU aktiver werden sollte. Die Befragten stellen lediglich eine Verbindung zum sozialen Europa her, wenn sie die (nationalen) Konsequenzen der Grenzöffnung und der Osterweiterung erwähnen.

Synoptische Variationen

Zuletzt können einige Argumente beobachtet werden, die Deutschland eigen sind und für den Idealtyp der synoptischen Implikation spezifisch sind. Die Befragten unterscheiden die Europäische Union (abgekürzt EU) von Europa (*Europa*), manche sogar von der Europäischen Gemeinschaft (abgekürzt EG). In diesen Interviews wird auch ziemlich spontan das (oder der europäische Föderalismus) erwähnt, entweder um zu bedauern, dass es nicht ausreichend vorangetrieben wird, oder, um sich für dieses System und seine Übernahme auf europäischer Ebene zu beglückwünschen. Mehrere Befragte stellen einen Vergleich zwischen dem Gerichtshof der Europäischen Union und dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe an. Typisch ist die Erklärung eines Firmenanwalts:

> „Also für mich ist Europa sicherlich so eine Art Glocke, die über den Mitgliedsstaaten hängt, oder vielmehr sollte es das für mich sein,… das heißt, es soll einen Rahmen konstruieren, selbstverständlich auf wirtschaftlicher Ebene, aber auch und vor allem auf politischer Ebene […]. Ich wünsche uns eine Annäherung, ein Ineinandergreifen der beiden Ebenen... Ich bin ein wirklicher Anhänger des Subsidiaritätsprinzips, das heißt, dass das, was auf unserer Ebene nicht geregelt werden kann, dort geregelt werden muss“.

Es ist zu bemerken, dass dieser Diskurs, der die europa-politische Ordnung als zusätzliche Etappe des Föderalismus in Deutschland thematisiert, auch bei den Eliten vorherrscht. Bei den anderen Typen (besonders bei der allgemeinen begrenzten Implikation) wird der Föderalismus weniger durchdacht und dafür stärker metaphorisch als Interpretationsmatrix für die EU ins Feld geführt. Ausgehend von der politischen oder kulturellen Vielfalt der Länder, die innerhalb desselben politischen Systems Probleme bereiten kann, bekräftigen

die Befragten, dass sich Diskrepanzen gleicher Ordnung auf noch stärkere Weise innerhalb des Europa der 27 ergeben oder ergeben werden.

Ebenso sind die Probanden dieses Typus als einzige über die Verträge auf dem Laufenden, über das französische und das holländische „Nein", über den Einsatz von Angela Merkel für die Ratifizierung durch den Bundestag und die Debatten über den Ratifizierungsprozess, die in anderen nationalen Kontexten im Gange sind. Tatsächlich sind, im Gegensatz zu Frankreich, wo das Referendum einige Politisierungseffekte hervorgerufen hat, der Vertrag von Lissabon und die Debatten, die er ausgelöst hat, in Deutschland sozial weitaus klarer eingegrenzt. Europa ist für diesen Typ auch Gegenstand eines allgemeinen Diskurses über die positiven (um sich zu schützen oder um den Kampf aufzunehmen) oder negativen (Auferlegung von niedrigeren sozialen Normen) Aspekte des „*Globalisierungs*"-Prozesses.

Die *gemeinsame Außenpolitik* wird als eine Notwendigkeit (und nicht als eine lediglich wünschenswerte Entwicklung) präsentiert, um den anderen Großmächten der Welt die Stirn bieten zu können: vor allem den Vereinigten Staaten und China, danach Indien oder Russland. Russland ist in den deutschen Interviews ebenfalls präsenter als in den französischen, entweder als Großmacht, die Rivale oder Partner der EU sein kann, oder als Bedrohung und als Land, das seine Kriminalität exportiert.

Zuletzt wird die Charakterisierung eines „*allzu bürokratischen*" Europas (oder seiner Varianten: Überreglementierung, Realitätsfremdheit, Besorgnis um unwichtige Details, Ineffizienz, Kostspieligkeit oder Mangel an Transparenz) von einer großen Mehrheit der Befragten geteilt (diejenigen mit einer deutlich positiven Grundeinstellung eingeschlossen) und stellt vermutlich den wichtigsten Negativpunkt dar, der spontan zu Beginn des Interviews angesprochen wird. Doch stützt sich die Kritik bei den synoptischen Haltungen auf ein Ensemble von Argumenten, die gleichzeitig verschiedenartig und durch präzise Beispiele untermauert sind, wie die Krümmung der Salatgurken oder die Pasteurisierung des Käses. In diesen Interviews wird die Kritik auch im institutionellen Raum verortet: Man spricht über die Kommission oder das Parlament und nicht über Brüssel oder die EU im Allgemeinen; und man bringt Argumente vor, um diese „Bürokratismen" zu erklären oder zu relativieren.

Italienische Besonderheiten

GUILIANO BOBBA

Zunächst lässt sich feststellen, dass alle im französischen Fall identifizierten Idealtypen sich auch als stichhaltig erweisen, um die befragten Italiener zu charakterisieren: So finden die synoptische Implikation in Bezug auf Europa, die klar eingegrenzte Implikation, die allgemeine begrenzte Implikation und die Bewertung aus der Distanz bei unseren Probanden zufriedenstellende Entsprechungen.

In Bezug auf die Bewertung von Europa fällt jedoch ein Unterschied auf. Während sich in Frankreich bei den meisten Idealtypen ein überwiegend positiver, negativer oder zwiespältiger Standpunkt abzeichnet, ist in Italien die Bandbreite der Variationen begrenzter und stärker in Richtung einer nicht negativen (positiven oder zwiespältigen) Sichtweise orientiert. Zwar stellt man bei den meisten Befragten kritische Standpunkte fest, doch beobachtet man auch, wie im französischen Fall, dass diese Kritiken selten einseitig sind. Man registriert jedoch verschiedene typische Ausnahmen einer Bewertung aus der Distanz. Diese Interviewten sind im Allgemeinen mit einem begrenzten kulturellen oder politischen Kapital ausgestattet oder im sozialen Abstieg begriffen. In diesen Fällen gründet sich die Ablehnung weder auf eine unmittelbare Kenntnis der EU, noch auf berufliche oder persönliche Erfahrungen, sondern ist vielmehr Ausdruck der Ablehnung und des Misstrauens gegenüber jeglicher Form von Regierung und Kontrolle. Wenn man eine deutliche Opposition zu Europa bemerkt, stützt sich diese häufig auf antipolitische Argumente: Man lehnt Europa ebenso ab, wie man die nationale Politik und das nationale politische Personal ablehnt.

Die anderen Idealtypen weisen eine weniger stark ausgeprägte Spaltung zwischen durchgehend negativen und positiven Orientierungen auf. Wie in den anderen europäischen Ländern können die Urteile über Europa streng sein, doch drücken sie selten eine radikale Ablehnung aus. Doch erscheint die

positive Voreingenommenheit gegenüber Europa wie ein gemeinsames Merkmal der italienischen Befragten, das sie vom französischen Fall unterscheidet.

Dieses positive Vorurteil gegenüber der europäischen Konstruktion kann durch drei Besonderheiten Italiens erklärt werden: 1) das Fehlen eines kritischen Parteiendiskurses über Europa; 2) das Fehlen einer öffentlichen Debatte über europäische Fragen; 3) die stark verbreitete Wahrnehmung der Schwächen des italienischen Staates.

Das Fehlen eines kritischen Parteiendiskurses über Europa

Die italienischen Parteien stehen der EU allesamt, in unterschiedlichem Grade, positiv gegenüber. In den öffentlichen Diskursen wird Europa niemals beschuldigt, die Ursache von Problemen zu sein. Man findet im Gegenteil eine relativ positive Neigung gegenüber Europa, selbst wenn bestimmte europäische Verpflichtungen den politischen Milieus, insbesondere der Rechten, nicht immer willkommen sind. Die Analyse der jüngsten Wahlprogramme (Europawahlen von 2009) zeigt, dass die PD (*Partido Democratico,* gemäßigte Linke) die Partei ist, die Europa am stärksten positiv gegenübersteht, da sie es als eine „natürliche" Gelegenheit zur Entwicklung betrachtet. Die Partei von Silvio Berlusconi, die PDL (Il Popolo della Libertà), nimmt es eher als einen „notwendigen Zwang" wahr. Die Lega Nord betrachtet es als ein Mittel zum Zweck für ihre politischen Projekte und die radikale Linke als ein Terrain des sozialen Kampfes und der gemeinsamen Mobilisierung. Das Fehlen politischer Unternehmer, die Europa offen kritisch gegenüberstehen, könnte einer der Gründe sein, warum sich bei den Interviewten, die politisiert oder mit den europäischen Realitäten vertraut sind, keinerlei überwiegend negative Beurteilungen feststellen lassen. Sie äußern eher neutrale oder stärker positive Standpunkte zur EU. Diese letzteren sind jedoch häufig oberflächlich und auf eine ziemlich vage Zustimmung oder auf utilitaristisches Kalkül gegründet.

Auf einigermaßen paradoxe Weise, selbst in Abwesenheit eines negativen Parteiendiskurses, haben die ablehnenden Grundeinstellungen ihren Ursprung hauptsächlich in den politischen und ideologischen Orientierungen der Interviewten. Die kritischen Meinungen stellen nicht Europa selbst in Frage, sondern die Orientierungen des Integrationsprozesses. Dieser Standpunkt ist unter den linken Wählern oder den Wählern der gemäßigten Linken stark verbreitet, die Einwände gegen die Priorität erheben, die der ökonomischen Dimension und dem Neoliberalismus eingeräumt wird. Sie erkennen aber gleichzeitig die Notwendigkeit der sozialen Integration und des Zusammenschlusses der Völker des Kontinents an. Die rechten Wähler scheinen weniger

zur EU-Kritik zu neigen. Und wenn doch, dann benutzen sie nationalistische oder souveränistische Argumente, die zu einer radikalen Ablehnung führen können.

Die italienische Untersuchung hat es somit ermöglicht, anti-europäische Argumente zu beobachten, die jedoch keine kohärente und allgemein kritische Sichtweise gegenüber Europa widerspiegeln. Sie stellen einige Aspekte der Funktionsweise Europas in Frage, aber nicht die EU an sich. Die allgemeine Aura von Europa und über 50 Jahre Mitgliedschaft scheinen Immunisierungseffekte zu erzeugen.

Das Fehlen einer polarisierten öffentlichen Debatte über Europa

In den letzten Jahren gab es in Italien keine großen Debatten über europäische Themen, wie in Frankreich über die „Bolkestein-Richtlinie" oder das Referendum über den Verfassungsvertrag. Das italienische Parlament hat den Verfassungsvertrag ratifiziert. Die politischen Parteien und die Medien haben sich nicht mit der Verfassung auseinandergesetzt, sondern sich vielmehr darin überboten, ihren Glauben an Europa zu demonstrieren. Die Öffnung der Grenzen für die Staatsangehörigen der neuen Mitgliedsländer des ehemaligen Osteuropa wurde nach einigen Fällen kriminellen Verhaltens, das den „Rumänen" zur Last gelegt wurde, von Politik und Medien zum Thema gemacht. Vor allem von der Rechten thematisiert, wurde diese Frage zunächst wie ein Einwanderungsproblem und wie ein Problem staatlicher Ordnung betrachtet, für das man Rumänien und nicht der EU die Schuld geben konnte. Als die europäische Kommission und einige Mitglieder des Europaparlaments die italienischen Entscheidungen als „Maßnahmen gegen die Einwanderung" brandmarkten, warf die Regierung der europäischen Kommission vor, sie daran zu hindern, „auf diese Verbrechen mit Ausweisung zu reagieren, weil sie (die Kriminellen) europäische Bürger sind".[1] Somit ist Europa zu einem „notwendigen Zwang" und einem Sündenbock geworden, um die Wirkungslosigkeit der Politik zur Regelung der Einwanderung und der Ahndung der Kriminalität zu erklären. Während der „polnische Klempner" in Frankreich eine Debatte von großer Tragweite auslöste, wurde die Frage der „Rumänen" wie ein Problem staatlicher Ordnung behandelt. Die angestrebten Lösungen haben nicht die europäischen Institutionen in Frage gestellt, sondern eher die bilateralen Beziehungen zwischen Rom und Bukarest. Ebenso hat die Regierung angesichts der Ankunft von Immigranten vom anderen Ufer des Mittelmeers in Sizilien zwar an die „europäische Solidarität" appelliert, doch haben

1 Roberto Maroni, Innenminister, 23. März 2009.

weder Politiker noch Journalisten die Frage als „eine europäische“ definiert, und es gab zu diesem Thema keine „europäische“ Debatte.

Dieses Fehlen einer öffentlichen Debatte mit eindeutig entgegengesetzten Positionen zum europäischen Integrationsprozess ist eine mögliche Erklärung für die Seltenheit der einseitig negativen Beurteilungen unter den Befragten, die den Grundeinstellungstypen zugeordnet werden können, die wir als synoptische, klar eingegrenzte oder auch als allgemeine begrenzte Implikation bezeichnet haben. Der relative Konsens zwischen den politischen Führungspersonen und den Journalisten über die europäischen Themen verhindert die Zirkulation „negativer kognitiver Abkürzungen“, die es manchen Bürgern anderer Länder erlauben, sich eine Meinung zu diesen komplexen Themen zu bilden. Die bekannten Auswirkungen der Verstärkung der individuellen Meinungen (Klapper, 1960) können nicht wirksam werden, so dass heterodoxe Meinungen (Neumann, 1980) isoliert bleiben und nicht über die nötige Autorität verfügen, um sich zu äußern.

Die Wahrnehmung der Schwächen des italienischen Staates

Die Anprangerung der Ineffizienz des Staates ist in Italien weit verbreitet. Man findet sie bei allen Idealtypen von Grundeinstellungen. Wenn dieses Gefühl nicht zu einer totalen Ablehnung der regierenden Klasse führt – wie es bei Bürgern der Fall ist, die sich durch eine negative Bewertung aus der Distanz auszeichnen – regt es dazu an, Europa als eine Gelegenheit zur Verbesserung der Lebensregeln und – bedingungen zu betrachten. Auf die Frage nach den Auswirkungen der EU-Politik auf die Qualität des öffentlichen Dienstes in Italien antwortet ein Ingenieur:

„Wenn es Fragen sind, die auf europäischer Ebene behandelt werden, erlaubt uns das, uns zu verbessern. In Italien kann man sich hinsichtlich zahlreicher Fragen nur verbessern. Zum Beispiel… wenn die Frage des Transports europäisch wird, verbessern sich die Dinge in Italien. Ansonsten wird sich nichts ändern“.

In anderen Fällen wird Europa als eine Verteidigung gegen die Ineffizienz des Staates wahrgenommen. Eine Lehrbeauftragte an einer psychologischen Fakultät erklärt beispielsweise:

„Angesichts der häufig kritischen und problematischen Situation in Italien, scheint mir „Europa“ eine Art Garantie zu sein... Eine Garantie, die mich mehrfach sagen lässt: In Italien laufen die Dinge nicht gut, da gibt es Probleme, aber wir sind ein Teil von Europa, und folglich werden die Dinge niemals so schlecht laufen können,

wie wenn wir alleine wären. Das ist mein Gefühl [...] Also betrachte ich Europa als einen Organismus, der fähig ist, die Schwächen unseres Staates auszugleichen und zu korrigieren“.

Das Gefühl der Desorganisation ist auch eine Quelle für Witze. Man stellt in einer Art Schwarz-Weiß-Denken die lächerlichen Aspekte des italienischen Systems den (realen oder angenommenen) Tugenden Europas gegenüber, wie dieser Arbeiter, der Gewerkschaftsmitglied und Wähler der Linken ist:

„Wenn die italienische Regierung ein Gesetz macht und sie durch die europäische Gesetzgebung dazu gezwungen ist, es zu machen, und wenn dieses Gesetz einige Aspekte meines täglichen Lebens verändert, bei wem soll ich mich dann bedanken, bei Italien oder bei Europa?... Die Antwort ist einfach: Wenn das Gesetz gut ist, sage ich: Zum Glück gibt es Europa und zum Glück musste Italien es akzeptieren. Wenn das Gesetz schlecht ist, sage ich Verflucht! Verflucht sei Italien!“.

Polnische Besonderheiten

DOROTA DAKOWSKA

Wie in anderen europäischen Fällen finden wir unter den polnischen Bürgern Grundeinstellungen, die im Großen und Ganzen den wichtigsten von Daniel Gaxie in der vorliegenden Arbeit dargestellten Idealtypen entsprechen. Wir werden hier jedoch einige Besonderheiten erwähnen, die wir bei den in Polen durchgeführten Untersuchungen festgestellt haben, und die die idealtypische Charakterisierung dieser Grundeinstellungen ergänzen, ja sogar nuancieren. Eine kurze Erklärung dieser Variationen soll im Folgenden dargestellt werden.

Eine Nuance könnte in Bezug auf den Idealtyp der *synoptischen Implikation* zu der Feststellung beigetragen werden, dass für diese Befragten Europa häufig auf die EU verweist. Die Unterscheidung „Europa" (im geographischen, kulturellen Sinn) versus „Europäische Union" (das gemeinschaftliche Europa, gegründet auf die wirtschaftliche Integration und eine Gesamtheit von politischen Maßnahmen auf sektorieller Ebene) scheint im polnischen Fall schwerer zu wiegen als im französischen Fall, wo diese beiden Begriffe häufiger in einen Topf geworfen werden. Ähnlich wie im deutschen Fall ruft die Ambivalenz des Verweises auf „Europa" bei den eher gebildeten Probanden häufig eine Bitte um die Klärung des Sinns der Frage hervor. Die Ausgeprägtheit dieser semantischen Unterscheidung veranlasst die Befragten aller Kategorien dazu, von „der Union" zu sprechen, was das Spiel mit der Polysemie des Begriffes „Europa" weniger einfach macht.[1] Die Erfahrung der Zugehörigkeit zum Ostblock und die Tatsache, dass der EU-Beitritt noch nicht

1 Hierbei muss man hinzufügen, dass auch die Interviewer aufgrund dieser Unterscheidung im Gebrauch dazu neigen – nach den ersten Fragen, die sich auf „Europa" beziehen – die EU expliziter in der Fragestellung zu erwähnen, als dies in Frankreich der Fall ist.

allzu lange her ist, tragen vermutlich zur Aufrechterhaltung dieser Unterscheidung bei.[2]

Außerdem ist die Augenfälligkeit der politischen Themen je nach Land variabel. Manche von ihnen lassen sich nicht unmittelbar auf den polnischen Fall übertragen, andere dagegen schon, allerdings weniger allgemein als in Frankreich. Die Kenntnis des Schengener Abkommens beispielsweise, die im französischen Fall der synoptischen Implikation zugeordnet wird, kann in Polen nicht als Determinante für diesen Typus betrachtet werden. Aufgrund der Mediatisierung der Ausweitung des Schengen-Raums auf Polen zum Zeitpunkt der Untersuchung sind dort schließlich die meisten Befragten in der Lage, die Prinzipien der Reisefreiheit innerhalb dieses Raumes zu erkennen. Dies erklärt sich vermutlich auch durch die Sensibilität eines Großteils der Bevölkerung für die Modalitäten des Grenzübertritts, die mit den Restriktionen von vor 1989 zu tun hat. Im Gegensatz dazu ist die Bolkestein-Richtlinie, die in Frankreich im Verlauf der Debatte über den Verfassungsvertrag öffentlich diskutiert wurde, in Polen selbst den am besten informierten Segmenten der Bevölkerung nach wie vor unbekannt.

Auf der Basis von 120 Interviews lassen sich dagegen nur sehr wenige Befragte dem Modus der *klar eingegrenzten Implikation* annähern. Zwar erwähnen Landwirte, eine Lehrerin, die sich für Austauschprogramme für Jugendliche interessiert, und sogar ein Fernfahrer „präzise und vertraute Interventionen" der EU. Allerdings beschränken sich diese Probanden nur selten auf diese Feststellungen; sie antworten auf andere Fragen, denen sie eine positive oder negative Bedeutung verleihen können. So zeigt sich eine 59-jährige Landwirtin äußerst zufrieden mit den bescheidenen europäischen Subventionen, die es ihr erlaubt haben, „ihren Bauernhof zu retten"; zur Schengen-Zone befragt, findet sie die Möglichkeit, sich frei zu bewegen „wirklich gut für diejenigen, die reisen". Die Tatsache, dass sich nur wenige Befragte zu Ungunsten eines anderen Aspekts, an dem sie weniger stark Anteil nehmen, auf einen präzisen Aspekt konzentrieren, könnte daran liegen, dass in diesem neuen Mitgliedsstaat die Bevölkerungsgruppen, die stark von den gemeinschaftlichen Fonds abhängig sind – und deren berufliche Sozialisierung auf der Beherrschung von in ihrem Sektor gültigen Normen beruht – nicht das gleiche Gewicht wie in Frankreich haben.

In den Interviews, die sich dem Typus der *Bewertung aus der Distanz* annähern, findet man eine Äußerung der Antworten in einem Negativmodus wieder, ohne dass sich das Urteil eindeutig auf die EU bezieht. Es drückt meist eine Politikverdrossenheit und eine kritische Bewertung der eigenen materiellen Situation aus. Eine obdachlose Mutter (31 Jahre, Inhaberin eines Hauptschulabschlusses) hat nicht viel zum Thema EU zu sagen; die einzige

2 Siehe Kapitel 5.

mit dem Beitritt verbundene Veränderung, die sie wahrnimmt, sind die Renovierungen: „Es ist Geld da, sie renovieren die Häuser in ihrer Nähe, in der Nähe vom Rathaus“, sie bedauert jedoch vor allem das Fehlen von Sozialwohnungen und die Einzelkämpfermentalität. Die relative Sichtbarkeit der Auswirkungen des Beitritts könnte hingegen erklären, warum einige politisch desinteressierte Individuen, die der Kategorie der *nicht negativen Bewertung aus der Distanz* nahestehen, nicht systematisch vor den Fragen, die sich auf Europa beziehen, kapitulieren. Unter diesen Befragten sind einige in der Lage, Gründe aufzuzählen, warum ihnen die EU als eine positive Sache erscheint. So erwähnt eine pensionierte Kellnerin spontan die Subventionen für die Landwirte, den Straßenbau und die verbesserten Lebensbedingungen. Dies hindert sie weder daran, während des gesamten Interviews zu bekunden, dass sie sich inkompetent und von der EU nicht betroffen fühlt, noch daran, auch negative Elemente an der Union wahrzunehmen (sie ist nicht begeistert von der Vorstellung der Öffnung der ausländischen Märkte für die Arbeiter der neuen Mitgliedsstaaten, denn in ihren Augen „müsste es Arbeit in Polen geben“).

Was die *allgemeine begrenzte Implikation* betrifft, so lassen sich eine erhebliche Bandbreite und eine erhebliche Variation der Aussagen feststellen, die mit diesem Grundeinstellungstypus verbunden werden könnten. Der allgemeine, ja sogar zögerliche Charakter der Aussagen und ihre ethische Orientierung finden sich in mehreren Interviews wieder. Doch ist dieses Tasten bei den Antworten, die vage und weit von den Kategorien entfernt sind, die ein Verständnis der politischen oder sektoriellen Dimension der europäischen Integration ausdrücken, nicht das einzige charakteristische Merkmal der Interviews, die dieser Zwischenkategorie nahestehen. Unter diesen letzteren findet man Antworten, die, obgleich sie allgemein bleiben, nicht weniger anteilnehmend, ja sogar informiert scheinen, ohne unbedingt die intellektuelle Komplexität der Informationsniveaus und -inhalte oder die Sicherheit im Umgang zu erreichen, die der synoptischen Implikation entsprechen. Ein 53-jähriger Arbeiter erklärt, warum er den EU-Beitritt der Türkei ablehnt: Er spricht von Interessen, die den Interessen Frankreichs und Deutschlands im Bereich von Industrie und Landwirtschaft zuwiderlaufen, und fürchtet die *Rückkehr „zweier Clans“ nach* Europa. Der Besitz eines kulturellen Ersatzkapitals (Ehefrau oder Kinder, die ein Universitätsstudium absolviert haben, gewerkschaftliches Engagement) scheint bei einem Teil der Befragten, die sich diesem Zwischenbereich oder dieser „starken“ Variante der allgemeinen Implikation annähern, eine Rolle zu spielen.[3] Insgesamt lassen sich die erwähnten Variationen durch mehrere Gründe erklären.

3 Man könnte sich diesbezüglich fragen, inwieweit die Sozialisierung in einem kommunistischen Regime und die Erfahrung der massiven Proteste gegen letzte-

Die Ausgeprägtheit des Beitrittsthemas im öffentlichen Raum

Der Kontext und die Dynamiken der politischen und medialen Konstruktion der (seit dem Beginn der Beitrittsverhandlungen im Jahre 1998 umstrittenen, um das Referendum von 2003 herum intensiv geführten, aber zum Zeitpunkt der Untersuchung immer noch präsenten) Debatte um den EU-Beitritt erklärt teilweise die Wortmeldungen, die bei den polnischen Befragten beobachtet werden können.[4] Allgemein wird die EU aus dem Blickwinkel des erst kurz zurückliegenden Beitritts oder der systemischen Transformationen wahrgenommen, je nach Einschätzung der Bedeutung dieser Ereignisse für den biographischen Werdegang der Befragten. Diese die Umstände betreffenden Faktoren ermöglichen es, zu erklären, warum die Reaktionsfähigkeit der polnischen Probanden verhältnismäßig stark ausgeprägt ist, obwohl sich ihr Informationsniveau nicht fundamental von demjenigen der anderen europäischen Bürger unterscheidet. Egal, ob es sich um eine positive oder negative Bewertung handelt – häufig gehen die beiden Hand in Hand – ist eine große Zahl der Befragten in der Lage, deutlich sichtbare Auswirkungen des Beitritts in ihrer täglichen Umgebung aufzuzählen.[5] Ein Bazar-Verkäufer mit einer technischen Berufsoberschulausbildung bekräftigt: „Alles geht so schnell voran, das ist der Wahnsinn. Übrigens ändert es sich nicht dort bei denen, nein, hier bei uns in Polen ändert sich alles“. Die EU erscheint als eine Gelegenheit, ins Ausland zu reisen, im Ausland zu arbeiten und als „eine Chance für die Jugend“. Doch weckt die Öffnung der Grenzen auch Angst vor der organisierten Kriminalität oder vor der Abwanderung der Arbeitskräfte. Die Aussicht der Euro-Einführung stößt bei sehr vielen Befragten auf Zurückhaltung. Als Entwicklungsfaktor begriffen, nimmt die EU durch ihre konkreten Errungenschaften Gestalt an: Straßen, Brücken, Ausbildungsprogramme. Im Gegensatz dazu erwähnen einige Befragte die Schließung von Fabriken und die Präsenz von ausländischen Firmen, die ihre Gewinne zurück zu den Hauptsitzen in ihren Heimatländern transferieren. Im Allgemeinen werden die sozialen Probleme (Arbeitslosigkeit, niedrige Renten) selten der EU angelastet, sondern eher der polnischen Regierung.

---

res in den 1970er und 1980er Jahren möglicherweise zur Politisierung mancher Arbeitergruppen beigetragen haben.

4 Bereits die alte Debatte über Europa, die sich um das Gegensatzpaar Modernität/Rückständigkeit herum äußerte, neigte dazu, Europa mit dem Westen zu assoziieren; die Debatte über den EU-Beitritt übernimmt diese Diskurse teilweise (Horolets 2006).

5 Was die Informationsquellen betrifft, so können diejenigen, die sich nicht für Politik interessieren, Vermittler erwähnen, wie einen Dorfgeistlichen, der an die Landwirte appellierte, ihr Misstrauen zu überwinden und Anträge auf europäische Finanzhilfen einzureichen

Der eingeholte Westen: „Normalität“ oder Weiterbestehen der Unterlegenheit?

Im Gegensatz zur kommunistischen Vergangenheit, „als wir Bürger zweiter Klasse waren“, wie es ein polnischer Arbeiter formuliert, wird der Beitritt von manchen Befragten wie eine historische Revanche, eine Rückkehr zur „Normalität“ erlebt: „Wir fühlen uns jetzt wie normale Europäer und wir wollen normal behandelt werden“. Diese „Normalität“ entspricht dem Streben danach, in den Genuss der gleichen Rechte zu kommen (ja sogar den gleichen Lebensstandard zu erreichen) wie die Bewohner Westeuropas. Gleichzeitig lässt sich aus den Interviews eine immer wieder auftretende Furcht ablesen, innerhalb der erweiterten EU als „Bürger zweiter Klasse“ angesehen zu werden. Dies ging insbesondere aus den Interviews hervor, die mit den Vertretern der sozial niedrigen Kategorien durchgeführt wurden. Davon zeugen die Ausdrücke: „aus der Dritten Welt“, „wir gehen nicht vom gleichen Niveau aus“, „der Pole wird immer der Neger der anderen sein“.

Die EU: ein einengendes Kräfteverhältnis

Die Wahrnehmung der EU ist zwiespältig. Eine große Anzahl der Befragten nimmt die EU als von einem Kräfteverhältnis durchlaufen wahr, von dem die mächtigen Staaten, die ehemaligen Gründungsmitglieder, profitieren. Polen erscheint ihnen somit als ein politisch schwaches Land, das wirtschaftlich hinterher hinkt und das Gefahr läuft, sich nachteilige Entscheidungen auferlegen zu lassen. Die europäischen Normen stoßen bei vielen Befragten auf Zurückhaltung. Gleichzeitig kann die einengende Macht der EU als eine Gelegenheit interpretiert werden, die es erlaubt, die Lücken der nationalen politischen Maßnahmen, die als ineffizient angesehen werden, auszugleichen. Genau wie im italienischen Fall hoffen mehrere Befragte, dass die EU den polnischen Staat „zwingen“ wird, sich eingehender mit den sozialen Fragen auseinanderzusetzen, sich um die Umwelt zu kümmern und die Qualität des öffentlichen Dienstes zu verbessern.

Diese wenigen Beobachtungen erlauben es, die Bedeutung des Kontextes bei der Strukturierung der Grundeinstellungen zu Europa in einer Interviewsituation zu unterstreichen. Im polnischen Fall scheinen die Auswirkungen des Beitritts und seiner Mediatisierung, sowie die Erfahrung des Regimewechsels stark ins Gewicht zu fallen. Man müsste außerdem die Auswirkungen hinzufügen, die die Umstände betreffen: Zum Zeitpunkt der Untersuchung war die polnische Wirtschaft von der Finanzkrise relativ verschont geblieben, die Inflation war niedrig und die Katastrophenszenarien, die einige politische Gruppierungen vor dem Beitritt ausgemalt hatten, waren nicht eingetreten. Diese

Faktoren helfen dabei, die häufig positive Orientierung der Argumente und Feststellungen zu verstehen, die derjenigen eines jungen Juristen aus Warschau ähnlich sind, der 2003 gegen den Beitritt seines Landes zur EU gestimmt hatte: „Der Himmel ist uns nicht auf den Kopf gefallen“.

Weder für noch gegen Europa

Ambivalente Einstellungen und Argumentationsvielfalt

DOROTA DAKOWSKA, NICOLAS HUBE

Dieses Kapitel hat sich zum Ziel gesetzt, die weit verbreitete Behauptung einer ideologischen Kohärenz der Grundeinstellungen zu hinterfragen. Gemäß dieser Perspektive würden die Europa-Vorstellungen der sozialen Akteure ein organisiertes System von Ideen und Überzeugungen widerspiegeln, die auf einer klaren Meinung zum politischen Prozess der europäischen Integration aufbauen würden. Nur wenige Autoren versuchen zu begreifen, was „Europa" für die Individuen bedeutet und mit welchen Hilfsmitteln sie es erfassen (Belot, 2002; Diez Medrano, 2003). Für die meisten Wissenschaftler zeigen sich die Grundeinstellungen der Bürger hauptsächlich auf dem Gebiet der Unterstützung oder Ablehnung der europäischen Integration im Allgemeinen (Eichenberg, Dalton, 1993; Szczerbiak, 2001; Bielasiak, 2002), oder auf dem Gebiet der Unterstützung oder Ablehnung bestimmter Institutionen und politischer Maßnahmen der EU (Hooghe, 2003; Schoen, 2008). Eine der politischen und wissenschaftlichen Hauptfragen besteht also in dem Versuch, das Rätsel der Negativmeinungen zur Europäischen Union zu lösen. Zahlreiche Studien versuchen zu erfassen, „welcher Teil der öffentlichen Meinung… diese historische Entwicklung ablehnt" (Cautrès, Denni, 2000: 324). Andere fragen sich: Inwieweit hängen diese Meinungen vielleicht mit dem Wahlerfolg „populistischer" oder „extremistischer" Parteien zusammen (Kitschelt, 1995, Taggart, 1998)? Das Vorhandensein einer Kluft zwischen den europäischen Debatten und dem politischen Spiel auf nationaler Ebene ziehe eine Spaltung in Parteien nach sich, die entweder die Integration oder die Souveränität befürworten, sowie eine Radikalisierung der Wähler in Bezug auf europäische

Fragen (Schmidt, 2006; Conti, 2007). Gleichzeitig würden die europäischen Themen dadurch politisiert (Hooghe, Mark, 2009).

In der Regel überprüfen die Autoren eine Reihe von Argumenten und leiten davon Gründe ab, die europäische Integration zu befürworten oder abzulehnen. Dabei bemühen sie sich jedoch nicht, herauszufinden, ob diese „ausreichend angemessen" sind (Passeron, 2006: 159). Allerdings ist die Suche nach singulären und unilateralen Erklärungsargumenten aus mindestens drei Gründen heuristisch schwach: Erstens, weil die sozialen Akteure über mehrere Typen von Argumenten verfügen. Zweitens, weil die Rechtfertigungen nicht den gleichen Augenfälligkeitsgrad haben. Und drittens haben nicht alle Argumente den gleichen Status; sie können auf unterschiedliche Weise entwickelt, ermittelt und artikuliert werden.

Dieses Kapitel widerspricht der Hypothese einer homogenen und einheitlich ausgeprägten Orientierung der Grundeinstellungen zur europäischen Integration und ihren Teilaspekten. Es hat den Ehrgeiz, die Vielfalt der Argumente und die Ambivalenz dieser Grundeinstellungen zu berücksichtigen. Wir sind der Meinung, dass nicht alle Grundeinstellungen politisch strukturiert sind. Daher schlagen wir vor, die in den Untersuchungen allzu häufige Lesart, die die Bürger in zwei klar identifizierbare Gruppen unterteilt, neu zu überdenken: Denn die gängige Einteilung in Euroenthusiasten und Euroskeptiker ist eine mehr normative als erklärende Kategorisierung.

Entworfen als politischer Gradmesser für die Parteienspiele im Kontext Großbritanniens der 1980er Jahre (Harmsen, Spiering, 2004) hat der Begriff der Euroskepsis die Universitäten zur Suche nach einer Typologie der europäischen Parteien veranlasst (Taggart, 1998; Szczerbiak, Taggart, 2008). Gleichzeitig hat er sich auch unter den Akteuren des politischen Spiels durchgesetzt (Lacroix, Coman, 2007).[1] Die Studien über die Euroskepsis analysieren jede Kritik an der EU als Ablehnung aus politischem Prinzip. Unsere Untersuchung hinterfragt dies. Sie zeigt, dass nicht alle Grundeinstellungen politisch (das heißt mit dem politischen Spiel und politischen Zielsetzungen verbunden) oder ideologisch (das heißt auf ein kohärentes Ensemble von Werten gegründet) konstruiert sind. Die gesammelten Äußerungen können in manchen Fällen ein Urteil über die Politik im Allgemeinen widerspiegeln und in anderen Fällen eine nach den Kategorien des politischen Spiels konstruierte Bewertung der EU, oder auch ein Gefühl der Inkompetenz von Seiten des Befragten. Anders als von einem Großteil der Fachliteratur angenommen, beruhen die oft ambivalenten Grundeinstellungen zu Europa auf unterschiedlichen Bewertungselementen von unterschiedlicher Intensität.

---

1 Die Liste der Studien über die euroskeptischen Parteien ist von erdrückender Fülle. Für eine kritische Synthese dieser Arbeiten siehe: Crespy, Verschueren, (2009).

Im ersten Teil werden wir feststellen, dass sich die sozialen Akteure über unterschiedliche Gegenstände äußern, wenn man sie zu Europa befragt. Zwar können einige davon auf die europäische Integration verweisen, doch muss dies nicht immer und nicht ausschließlich der Fall sein. Die Grundeinstellungen zu Europa erscheinen hinsichtlich der Identifizierung dessen, was Europa in den Augen der Befragten darstellt als polymorph und verschiedenartig. Die Argumente von ungleicher Intensität können sich auf Bruchstücke, klar abgegrenzte Teilbereiche oder einen Gesamtüberblick beziehen. In einem zweiten Schritt beschäftigen wir uns mit der Ambivalenz der Grundeinstellungen und damit auch mit der Schwierigkeit, sie definitiv auf einer Achse für oder gegen die europäische Integration einzuordnen. Die Argumente, die sich identifizieren lassen, um die Konstruktion der Urteile über Europa zu systematisieren, gehorchen keinem privilegierten Rechtfertigungsmodus, der alle anderen ausschließen würde. Eine erneute Betrachtung des Inhalts und der sozialen Bedingungen der Produktion dieses Diskurses macht die Schwierigkeit deutlich, diese Grundeinstellungen auf einer politisch geordneten Achse oder gemäß einer exklusiven Erklärungslogik einzuordnen.

Jenseits falscher Evidenzen: ein vielgestaltiges Europa

Den Ausgangspunkt der Analyse der Grundeinstellungen zu Europa bildet häufig die Auswertung von Antworten auf Binärfragen vom Typ („Sind Sie für oder gegen die europäische Integration?“, „Ist die Zugehörigkeit zur EU eine gute Sache für Ihr Land?“). Dabei wird die Frage vollkommen ignoriert, inwieweit die Befragten in der Lage sind, komplexe, ja sogar schwer verständliche Begriffe zu begreifen und ihnen Sinn zu verleihen. In diesem ersten Teil werden wir uns fragen, wie und von welchen Bewertungselementen ausgehend sich die Grundeinstellungen strukturieren. Genauer gesagt werden wir feststellen, dass die Befragten Europa äußerst unterschiedliche Realitäten zuschreiben, die sie nicht notwendigerweise mit der Europäischen Union assoziieren. Die Intensität ihrer Antworten variiert je nach ihrer persönlichen Situation. Um die Mechanismen besser zu erfassen, durch die den europäischen Themen Sinn verliehen wird, ist es angebracht, sich mit den verwendeten kognitiven Abkürzungen zu beschäftigen, sowie mit den individuellen Erfahrungen oder den verfügbaren Diskursen, auf die sich die Befragten stützen können.

Der Unterschied zwischen der Beurteilung von Europa und der Grundeinstellung zur europäischen Integration

Europa und die europäische Integration sind für den Bürger nicht immer identisch.[2] Dies liegt zunächst an der Ambivalenz des Begriffes „Europa" selbst, den unsere Untersuchung ganz bewusst beibehält, um zu beobachten, in welchem Vorstellungsuniversum sich die Probanden bewegen[3] Die Verquickung zwischen Europäischer Union und Europa funktioniert nicht in jedem Kontext. Während für manche Befragten beide Begriffe identisch sind, kann Europa für andere mit dem geographischen Kontinent oder mit der „Wiege der Zivilisation" assoziiert werden. Für sie bezieht sich die Bezeichnung EU auf die Politik oder die Institutionen der Gemeinschaft. Ein polnischer Geschäftsmann antwortet auf die Frage, ob die EU bei ihm negative Bewertungen auslöst: „In Bezug auf die Union, nein. In Bezug auf Europa, ja".

Wenn man die Grundeinstellungen zu Europa lediglich auf die EU reduziert, lässt man dabei außer Acht, dass die Begriffe des Prozesses der „europäischen Integration" selbst Gegenstand eines äußerst differenzierten Verständnisses innerhalb der befragten Bevölkerungsgruppen sind. Sowohl Akademiker als auch die Geldgeber der Eurobarometer-Untersuchungen verwenden diese Begriffe nämlich so, als seien sie Allgemeingut (Diez Medrano, 2008). Nehmen wir, im Falle Frankreichs, einen gängigen Begriff der politischen Debatte und der akademischen Arbeiten, der angeblich von jedermann verstanden werden sollte: „Europäische Konstruktion". Angesichts der Äußerungen von Unverständnis und Schweigen, die der Begriff oftmals hervorruft, stellt man unzweifelhaft fest, dass zahlreiche französische Befragte versuchen, eine künstliche Antwort auf eine für sie ebenso künstliche Frage zu produzieren. Ein Teil der Befragten versucht sich an einer Stilübung und macht sich mühsam daran, diesen Ausdruck zu definieren. Manche stützen sich auf die Metapher des Gebäudes („Ah… Konstruktion (Seufzen), das hört sich nach 'ner Menge Arbeit an, so wie Konstruktion eben. Stein für Stein – Ja… warum 'ne Menge Arbeit? – Na ja, weil da immer diskutiert wird… da gibt's ein Hin- und Her… da gibt's ein Hin- und Her… "),[4] oder erkennen die Grenzen dieser Metapher:

„Das hat nichts mit dem Baugewerbe zu tun! (Schweigen) wenn ich für Europa bin, bin ich für die europäische Konstruktion… wenn man ein bisschen genauer nach-

2 Merken wir an, dass aus politischer Sicht und aus Sicht der historiographischen Arbeiten der Prozess selbst sogar für die unmittelbar betroffenen Akteure eine Quelle für Verwirrungen und Kontroversen darstellt (Gillingham 2003).

3 Für eine genauere Analyse siehe den Text von Dorota Dakowska und Jay Rowell in diesem Buch (Kapitel 5).

4 Frankreich, Hausfrau, 70 Jahre, verheiratet mit einem Ingenieur.

denkt (Seufzen), was ist das, die europäische Konstruktion? Na, das bedeutet eben, Europa zu konstruieren, es noch besser zu machen, als wir es tun“[5]

„Ich bin dagegen. Im gleichen Satz „Konstruktion“ und „europäisch“, das bekomme ich nicht hin, das passt nicht zusammen. Für mich konstruiert Europa nichts. Jetzt kenn’ ich aber die positiven Seiten von Europa nicht“[6]

Für andere verweist die europäische Konstruktion auf die Spaltung zwischen einem „Sie“ der Eliten/der europäischen Institutionen und einem „Wir“ der Bevölkerung („Na dann sollen die sich doch ruhig ein bisschen organisieren. Na, was weiß ich, dass die nicht nur mehrere Länder zusammenschließen, sondern dass die sich organisieren… “).[7] Der Begriff kann auch in geopolitischer Hinsicht interpretiert werden, wie es ein Richter im Ruhestand ausdrückt:

„Für mich ist das ein großes Ganzes, um ein Gegengewicht zu den Vereinigten Staaten zu bilden oder zu den sowjetischen Ländern, diesen ganzen großen Ländern da… oder selbst zu China, das gerade im Aufschwung ist […]. Weil Frankreich ganz alleine, das bleibt trotzdem ein kleines Land. Und genau da sieht man, dass die europäische Konstruktion interessant ist“.

Somit ist die europäische Konstruktion Gegenstand aller möglichen Lesarten und Neuinterpretationen (Joignant, 2007), in die persönliche Erwartungen und Wissenselemente in Bezug auf die europäischen Institutionen oder auch eine Beziehung zur Politik im Allgemeinen projiziert werden. Die kognitiven Abkürzungen, die von den Befragten benutzt werden, um auf diesen Typ von Frage zu antworten, haben nur einen sehr geringen Bezug zu den konkreten Modalitäten der europäischen Integration.

Insgesamt verweist Europa – wie andere politische Objekte – auf das Gefühl der „politischen Kompetenz“ (Gaxie, 2007). Die offensichtlich schwer verständlichen Fragen zur EU rufen bei den Personen, die sozial und politisch gesehen am hilflosesten sind, einen Effekt der symbolischen Gewalt hervor.[8] Die EU erscheint in ihren Augen wie eine gleichgültige Realität, die weit von ihren eigenen Sorgen entfernt ist. „Die EU ist weit weg, nicht wirklich“, behauptet so eine 45-jährige polnische Putzfrau.

„Zum Thema Europa denke ich, allgemein, dass es ein Thema ist, von dem ich nichts weiß, ich verstehe es nicht, ich kenne es nicht. Ich weiß nur eins: dass die

5 Frankreich, Mann, 55 Jahre, Handwerker, Klempner.
6 Frankreich, Frau, 22 Jahre, Betreiberin eines Cafés.
7 Frankreich, Frau, 24 Jahre, Krankenschwester.
8 Vgl. C. Marchand und P.E. Weill, „Die populären Milieus: Wie „silent citizens“ Europa beurteilen“ (Kapitel 10).

Union ein Gebilde ist. Ein Gebilde aus einigen Staaten, armen und reichen. Und ich weiß nur, dass niemand jemand anders mal was umsonst gegeben hat, und mir hat die Union im physischen Sinne, die Union, die hat mir nichts gegeben… Für mich ist die Union ganz einfach nichts“[9]

Komplexer als der Bereich des Politischen auf nationaler Ebene erscheint das Europa der EU als entlegen und ruft bei den Angehörigen der populären Gesellschaftsschichten Unverständnis hervor. Dieser Distanzierungseffekt lässt sich auch bei gebildeten Individuen beobachten oder bei Individuen, die eine hohe soziale Position innehaben. Beiden können rasch die Argumente ausgehen. Dies ist der Fall bei einer Pressesprecherin, die behauptet: „Also, jedes Mal, wenn Du eine Frage stellst, verstehe ich nichts“.[10]

Europa (oder die Europäische Union) ist ein komplexes Thema, für das es nur wenige kognitive Abkürzungen gibt. Selbst diejenigen, die eine tägliche Erfahrung mit der EU haben – zum Beispiel durch den Umgang mit gemeinschaftlichen Fonds – äußern manchmal ein Gefühl der Entfremdung von den europäischen Realitäten. So im Falle der Angestellten einer Organisation, die sich mit der Restrukturierung und Modernisierung der Landwirtschaft in Ostpolen befasst: Die junge Frau mit Universitätsabschluss, die für die Bearbeitung der Anträge auf Agrarsubventionen zuständig ist, drückt während des gesamten Interviews ein Gefühl der Inkompetenz aus. Als Antwort auf die Frage nach den zukünftigen Erweiterungen der EU, ruft sie aus: „Oh Mist… was für Fragen! Aber soll sie (die EU) sich doch ruhig entwickeln. Ich denke, das ist auch eine Chance für die anderen Länder, auch für die kleinsten“. Beim Thema Türkei kapituliert sie: „Oh, mein Gott, zu diesem Thema sollten Sie nicht mich befragen, ich kenne mich da nicht so gut aus. Soll sie doch beitreten!“. Diese distanzierte Beziehung, die mit ihrem allgemeinen politischen Desinteresse zusammenhängt, wird durch die technische Vertrautheit mit einem europäisierten Sektor nicht kompensiert. Ein derartiges Beispiel, das eines von vielen ist, macht die kognitivistische Hypothese von Inglehart (1970) angreifbar, nach der Individuen mit Studienabschluss eine Abstraktionsfähigkeit besitzen sollten, die sie für das Projekt der europäischen Integration empfänglich macht.

Begrenzte und klar verortete Grundeinstellungen

Europa ist ein plastischer Begriff, der von Verweisen auf bestimmte europäische Richtlinien bis zu weit von der EU-Politik entfernten Realitäten reichen kann. Die Grundeinstellungen dazu sind nicht notwendigerweise dauerhaft

9 Polen, Frau, 60 Jahre, Krankenschwester.
10 Frankreich, Frau, 47 Jahre, Studioleiterin in einer PR-Agentur.

strukturiert. Im Gegenteil: Die Motive, die von den Befragten vorgebracht werden – die sich über ein Thema äußern, das häufig weit von ihren unmittelbaren Hauptinteressen entfernt liegt – hängen davon ab, wie präsent ein Argument zum Untersuchungszeitpunkt in der öffentlichen Debatte ist. Zahlreiche polnische Befragte, die über Bildung verfügen und mittlere oder gehobene Positionen im sozialen Raum einnehmen, geben an, dass sich ihre Meinungen zur EU in Folge der stark polarisierten öffentlichen Debatten während der Beitrittsperiode verändert haben. Die Tatsache, dass breitere Bevölkerungssegmente als in Frankreich oder Deutschland in einer Art und Weise über die europäischen Normen und Regelungen sprechen, die vielleicht nicht von Fachkenntnis, aber doch von einer starken Anteilnahme zeugt, hängt vermutlich mit der großen Aufmerksamkeit zusammen, die Medien und Politik zum Untersuchungszeitpunkt auf das Beitrittsthema richteten. So weisen beispielsweise zahlreiche Rentner auf die Produktionsquoten hin, die Fabriken zur Schließung zwingen, obwohl sie selbst keinerlei beruflichen Bezug zu dem betroffenen Sektor haben. Ähnliches gilt für die Modalitäten, gemäß derer ein Landwirt oder eine Rentnerin die Schließung einer Zuckerfabrik kritisieren, obwohl keine der beiden erwähnten Personen persönlich von dieser Entscheidung betroffen ist. Dennoch kann dieses Ereignis bei dem einen ein punktuelles Bedauern hervorrufen, das nicht im Widerspruch zu seiner insgesamt positiven Grundeinstellung zum Beitritt steht, während es für die andere ihre von vornherein negative Ansicht über die EU bestätigt. Eine 80-jährige Nonne kritisiert die Fangquoten, die den polnischen Fischern auferlegt werden. Dieser Meinungstyp ist somit eher Ausdruck einer allgemeinen Beunruhigung in Bezug auf das, was als Diktat der EU wahrgenommen wird, als eine technische oder fachkundige Meinung, die auf die eigene Situation übertragen wird. Die Tatsache, dass sich Rentner als sensibel für den Einfluss des Regulierungsdrucks der EU erweisen, deutet vermutlich darauf hin, dass sie diesen als eine weitere Auswirkung der Systemtransformationen ihres Landes wahrnehmen, die sie sehr wahrscheinlich als negativ beurteilen. Außerdem ist die „Kenntnis" dieser Sachverhalte vermutlich der Tatsache zu verdanken, dass die „Absurdität" gewisser europäischer Normen, wie die von der EU „verlangte" Krümmung der Karotten, von den großen nationalen Medien (und vor allem von den Fernsehnachrichten) manchmal mehrere Minuten lang behandelt wird. Es sei bemerkt, dass man in Deutschland konjunkturell das gleiche Phänomen findet, wenn das Boulevardblatt Bild im Jahre 2007 eine europäische Richtlinie über Seilbahnen als „absurd" bezeichnet, die auch in den Interviews erwähnt wird.

Der Begriff „Europa" und/oder „Europäische Union" löst sowohl heterogene aber dennoch identifizierbare Assoziationen als auch spezifische Zuschreibungen aus. Manchen Befragten kommt spontan das Bild des Gründungsmythos der EEG (der Frieden) in den Sinn. Dies ist bei einer jungen

Spanischlehrerin griechisch-französischer Herkunft aus dem Großraum Paris der Fall, für die Europa „sagen wir mal, die Idee des Ursprungs ist. Die Idee, ein Mittel zu finden, um Länder zu vereinigen, um zu verhindern, dass sie sich bekriegen. Also ist es wirklich das: wie Europa geboren wurde“. Dieses Argument wird von bestimmten Generationen vorgebracht und wird normalerweise mit dem deutsch-französischen Paar und der früheren Rivalität zwischen den beiden Ländern assoziiert. Für den Pfarrer eines kleinen bretonischen Dorfes, der den Zweiten Weltkrieg miterlebt hat, ist Europa „Deutschland“. Mehrere Befragte erwähnen den Gedanken der Einheit, der „Annäherung“, ja sogar der „Solidarität“. Europa wird also mindestens mit einem „Zusammenleben“, einem Ort oder einem Territorium verknüpft.

Da es sich auf die Alltagserfahrungen der Individuen auswirkt, stellt man fest, dass es keine oder nur wenige „non-attitudes“ (Converse, 1964) zu Europa gibt. Es scheint möglich, einen eingeschränkten Grundstock von praktischen Elementen zu identifizieren, die dazu beitragen, die Grundeinstellungen zu strukturieren und zu denen nahezu jeder etwas zu sagen hat: der Euro, der Frieden oder die Bewegungsfreiheit in Europa. In Polen, wo das Schengener Abkommen zum Zeitpunkt der Untersuchung in aller Munde ist, wird die Möglichkeit des ungehinderten Grenzübertritts häufig angeführt, um positive Grundeinstellungen zu Europa zu rechtfertigen. In Deutschland ruft die Bewegungsfreiheit Negativurteile über Arbeitskräfte oder über „billige Produkte von schlechter Qualität aus dem Osten“ (Fahrradhändler, 40 Jahre) hervor, selbst wenn letzteres Urteil prinzipiell eher die Kleinunternehmer betrifft. Manche polnischen Probanden kehren das Argument um und verbinden die Zugehörigkeit zum Binnenmarkt mit einer Flut von billigen (da „subventionierten“) Produkten von mittelmäßiger Qualität „aus dem Westen… “. Die Entwicklung des Billigflugtourismus bietet denjenigen ein neues Bewertungselement für Europa, deren Kaufkraft es erlaubt, die Freizügigkeit mühelos zu erleben. Dies drückt ein 32-jähriger Deutscher aus, der in der PR-Branche tätig ist:

> „Ryan Air oder Air Berlin haben sicherlich mehr für den Aufbau einer europäischen Gemeinschaft getan als die meisten europäischen Institutionen; weil wir schließlich die erste Generation sind, die Europa durch schnelle und günstige Reisen wirklich erfahren kann“.

Diejenigen, die kaum andere Meinungen besitzen, führen Alltagserfahrungen oder Anekdoten ins Feld, um ihre Urteile über Europa zu stützen. So wie im Fall einer 24-jährigen französischen Krankenschwester, die in Versailles arbeitet:

> „F: In welchen Bereichen Deines Alltags siehst Du einen Einfluss von Europa?

A: Pfff… Ich weiß nicht, ob das zu Deiner Frage passt. Aber, weißt Du, Versailles ist sehr touristisch, viele Touristen kommen, um sich das Schloss anzuschauen und manche haben Pech, da gibt's viele, die einen Infarkt kriegen, das ist blöd, oder? Also haben wir viele europäische Patienten, die bei uns im Krankenhaus liegen. Und dabei wird Dir bewusst, dass wir nicht dieselben Kostenübernahme-Methoden haben, sowas eben.… Du hast viele Länder, wo der Patient nämlich, selbst wenn er sozialversichert ist und eine Krankenkasse in seinem Land hat, wo der gezwungen ist, die gesamten Kosten des Krankenhausaufenthaltes vorzuschießen, und erst nachher wird ihm das Geld erstattet… Also, bei der Kostenübernahme, da passen wir gut auf, die behalten wir nicht lange im Krankenhaus. Man arrangiert sich. Im Vergleich zu den anderen Kranken kommen die super früh raus".

Europa kann sich auch im Zusammenhang mit der Familiengeschichte ausdrücken. Für diese ostdeutsche Büroangestellte stellt Europa eine hervorragende Möglichkeit dar, die Erfahrung mit der Alterität zu machen. Sie erlebt sie stellvertretend durch die sportlichen Austausche ihres Sohnes, so wie sie es bereits zu DDR-Zeiten tat, als ihr Vater – ein evangelischer Pfarrer – Kollegen aus dem Ausland bei sich empfing.

Manchmal lenken Probanden, denen die Argumente ausgehen, die Diskussion auf bestimmte Punkte, auf denen sie dann ihre gesamte Argumentation aufbauen. Die positive Grundeinstellung eines 58-jährigen französischen Landwirts bezieht sich nicht auf die europäische Integration, sondern einzig und allein auf die gemeinsame Agrarpolitik. Die anderen Aspekte des Integrationsprozesses rufen bei ihm keine vergleichbare Anteilnahme hervor.

„F: Wenn Sie an Europa denken, würden Sie auf den ersten Blick sagen, dass es sich eher um etwas Positives oder um etwas Negatives handelt?
A: Also, ich sehe es eher positiv… Was die Märkte betrifft, die Weltniveau erreicht haben… Um mit den Vereinigten Staaten mitzuhalten, ich meine Amerika, ich denke, dass wir ein starkes Europa brauchen… um denen die Stirn bieten zu können… Aber Vorsicht, es ist nicht alles positiv. Es gibt gute Sachen, aber es gibt auch Sachen, na ja…
F: Gibt es Dinge, die Sie…?
A: (er unterbricht mich) Also, was die Landwirtschaft betrifft, ja. Ich werde Ihnen viel von der Landwirtschaft erzählen, weil ich die besser kenne, das ist eher mein Fach".

Das Europa-Bild an sich ist somit sehr uneinheitlich. Für die politisierten Grundeinstellungen sind damit die politischen Maßnahmen und Institutionen der EU gemeint. Für andere ist Europa vor allem der Euro, die Öffnung der Grenzen, die Annäherung zwischen den Völkern oder die Vermischung der Kulturen. Für Befragte, die von der europäischen Debatte weiter entfernt sind, gelten auch der Internationale Gerichtshof in Den Haag oder die Vogelgrippe

als „Beweise" für eine europäische Realität. Eine offene Frage zu den Grundeinstellungen zu Europa kann somit komplexe Antworten hervorrufen, die auf unterschiedlichen Gebieten geäußert werden. Diese Vielfalt an Argumenten, die man bei der Untersuchung vor Ort antrifft und der geringe Anteil von Gemeinsamkeiten, die sich durch alle sozialen Milieus eines Landes ziehen, widerlegen die kulturalistische Erklärung, gemäß derer sich die Grundeinstellung der Bürger einer Nation ausgehend von dem Platz organisieren sollte, den ihr Land in diesem Prozess der europäischen Konstruktion einnimmt, und ausgehend von der Vorstellung der nationalen Identität, die sich daraus ableitet (Marcussen & al., 1999; Diez Medrano, 2003; Harmsen, 2007; Risse, 2004; Schmidt, 2007).[11]

Über eine binäre Klassifizierung hinausgehen: ambivalente Grundeinstellungen

Um die Analyse der Vielfalt der Argumente zu Europa weiter zu verfolgen, ist es wichtig, über die Klassifizierung in pro- und anti-europäische Grundeinstellungen hinauszugehen. Eine Person, die behauptet, eine insgesamt positive Wahrnehmung der EU zu haben – oder beim Referendum zum Beitritt Polens oder zum Europäischen Verfassungsvertrag in Frankreich mit „Ja" gestimmt zu haben – kann diese prinzipielle Unterstützung aufrecht erhalten, ohne dass diese unbedingt besonders strukturiert sein müsste. Andere, die wenig überzeugt sind, können ihre Meinung beispielsweise unter dem Druck des familiären Umfeldes ändern. Das ist bei diesem 48-jährigen polnischen Frührentner der Fall, der nach seiner Meinung zur EU befragt wird und dabei eingesteht: „Während des Referendums habe ich, sozusagen unter dem Druck der Familie, „Ja" gesagt, obwohl ich anderer Meinung war… Meine negative Einstellung hat sich ein wenig abgeschwächt, dennoch bin ich immer noch kein großer EU-Sympathisant". Für die Personen, die in der Praxis am wenigsten betroffen sind oder die sich als solche wahrnehmen, kann Europa Gegenstand einer schwach ausgeprägten Anhängerschaft ohne explizite „Motive" (Percheron, 1991) sein. Dieses Ergebnis stellt die Methodik der geschlossenen Fragen in Frage, da es manchen Probanden schwer fällt, in der Debatte pro- oder contra Integration eine eindeutige Position einzunehmen. Dennoch gelingt es der Mehrzahl der Bürger, trotz dieser Ambivalenz, Erwartungen oder Zuschreibungen an Europa auszudrücken. Es geht also darum, festzustellen, ob sich diese Grundeinstellungen gemäß der Logiken strukturieren, die die wissenschaftliche Literatur als Hauptursachen anführt (utilitaristisches Kalkül oder auf Werte gestütztes Urteil).

---

11 Siehe den Text von Dorota Dakowska und Jay Rowell (Kapitel 5).

Dafür oder dagegen? Von der Schwierigkeit, auf eine Frage zu antworten, die man sich nicht stellt

Den Probanden, die wir befragt haben – und besonders den Vertretern der weniger privilegierten sozialen Gruppen – fällt es schwer, ihre erklärte Zustimmung zur EU zu rechtfertigen, da sie nicht wissen, wie sie auf eine offensichtlich allzu abstrakte Frage antworten sollen. Idealtypisch ist die Antwort der Geschäftsführerin eines Hotels in einer kleinen westdeutschen Stadt :

„Das (Europa) ist ganz einfach wichtig. Was gut ist? Ja, Sie stellen mir Fragen! Zum Beispiel ist dies oder das gut oder nicht gut… einfach… mit der Zeit… sind wir nicht mehr alleine auf der Welt. Stellen Sie mir also Ihre Fragen, und ich könnte Ihnen dann Antworten geben.“

Bei diesen Befragten bringt die Negativeinschätzung, die sich bei den allgemeinen Antworten zu Europa zeigt, eher das Gefühl der Distanz (und der Inkompetenz) in Bezug auf den Bereich des Politischen zum Ausdruck als eine strukturierte Meinung zu den politischen Strategien der EU. Eine junge polnische Familienmutter, die als Opfer häuslicher Gewalt in einem Zentrum für obdachlose Frauen in einer Kleinstadt lebt, antwortet spontan negativ und fügt dann hinzu: „Die Union, Union, soll sie doch existieren, aber es sollte eine Solidarität zwischen den Leuten geben, aber da gibt’s keine Solidarität“. Über alle Gedanken an Zustimmung oder scheinbare Ablehnung hinaus bekräftigt diese Person, ebenso wie andere Vertreter der populären Milieus, dass sie sich von der EU nicht betroffen fühlt.[12] Ihr Solidaritätsappell verweist hier weniger auf ein Verlangen nach Europa, als vielmehr auf einen Wunsch, den sie bezüglich ihrer eigenen Situation äußert.

Im Allgemeinen wird Europa selbst von den stärker politisierten sozialen Akteuren so gut wie nie einseitig positiv oder negativ wahrgenommen, besonders wenn man vom Allgemeinen zum Besonderen übergeht. Der Euro ist ein gutes Beispiel, bei dem der Übergang vom Positiven zum Negativen ziemlich präsent ist, wie es die Leiterin der „Europa“-Abteilung eines multinationalen französischen Konzerns zusammenfasst: „Also, der Euro ist vom Konzept her positiv, im Alltagsleben ist er negativ, weil ich denke, dass er im Alltag tatsächlich zu einer Erhöhung der Lebenshaltungskosten geführt hat“. Die Geschäftsführerin eines Cafés in Deutschland findet es sehr gut, dass „Europa“ die Öffnung der Grenzen und gemeinsame Gesetze erlaubt oder eine „Währung“ einführt. „So muss man nicht mehr nachdenken“. Doch im gleichen Atemzug bedauert sie, dass „das nichts geändert hat… im Gegenteil…

12 Siehe Daniel Gaxies Analyse des Idealtyps der Bewertung auf Distanz in diesem Buch (Kapitel 3).

Jetzt gehört uns das Geld nicht mehr. Das kommt, das geht… das ist überhaupt nichts mehr wert". Auch wenn er für die Verbraucher eine fühlbare Realität besitzt, kann der Euro dennoch Gegenstand subjektiver Projektionen sein, die weit von seiner wirtschaftlichen Realität und vom europäischen Währungssystem entfernt sind: „Der Euro hat noch nicht in jedem Land für alle den gleichen Wert... für uns liegt der Euro ungefähr bei 6,55 (Francs), für die ungefähr bei 5,80, 5,40… ".[13] Dennoch formulieren die Befragten Erwartungen an Europa. Anstatt ihnen ausgehend von statistischen Korrelationen „subjektive Intentionen" zu unterstellen, ist es angebracht, sich mit der gesamten Vielfalt dieser Argumentationsketten auseinanderzusetzen.

Ein Europa der Outputs ? Eine praktische Perspektive

In seinem Werk brachte Fritz Scharpf die Idee einer „Legitimation" der EU „durch die outputs" (die erwarteten Ergebnisse) vor, die die unzureichende demokratische Legitimierung „durch die inputs" ergänzen – ja sogar teilweise ersetzen – würde (Scharpf, 1999). Zahlreiche Forscher sind nämlich der Meinung, dass die Unterstützung oder Nicht-Unterstützung der EU durch die Individuen von drei Faktoren bestimmt wird: von ihrer praktischen Erfahrung, ihrer Kosten-/Nutzen-Einschätzung der sie betreffenden politischen Strategien der EU (Binnema & Crum, 2007; Gabel & Whitten, 1997; Hooghe & Marks, 2004), oder auch von den wirtschaftlichen Transformationen, denen sie ausgesetzt sind (Christin, 2005). Zwar sind Zuschreibungen in Bezug auf Europa weit verbreitet, doch lässt sich deren Intensität auf unterschiedliche Weise hinterfragen: nach den Kategorien und der persönlichen Situation – und in Bezug auf die Verbindung zwischen ihrem Auftreten und der Legitimation der Gemeinschaftskonstruktion.

Auf den ersten Blick scheint es in unserer Untersuchung möglich, Formen der Zuschreibung an Europa einzugrenzen, die von einer – verschwommenen, aber dennoch identifizierbaren – Wahrnehmung der politischen Maßnahmen und Regelungen Europas zeugen. Eine Frage zur Konkurrenzpolitik ruft in Polen, wo damit Qualität und größere Produktauswahl assoziiert werden (durch impliziten Verweis auf den Mangel während der kommunistischen Periode), häufig positive Assoziationen hervor. Wie bei einem 29-jährigen Kaufmann in einer großen Stadt, der sich lobend äußert:

„… die Öffnung der Märkte für die ausländischen Unternehmen, die seit vielen Jahren funktionieren und die höhere Dienstleistungsstandards als unsere Unternehmen haben. Andere Unternehmen drängen auf unsere Märkte und übernehmen sie, also gibt es Konkurrenzdruck. Das Leben wird günstiger, besser, der Verbraucher hat

13 Frankreich, Mann, 35 Jahre, Arbeiter.

immer mehr Rechte. Dieser Kampf um den Kunden hilft uns, er lässt die Preise sinken, er hilft den Kunden, die Dienstleistungen sind besser, besser und weniger teuer… “.

Ebenso stößt die Liberalisierung des öffentlichen Dienstes trotz der Befürchtungen, die die populären Gesellschaftsschichten in Bezug auf die von der liberalen Regierung Donald Tusks geplanten Privatisierung des Gesundheitswesens äußern, auf eine ziemlich breite Zustimmung. Diese Feststellungen könnten die These bekräftigen, nach der die „Gewinner“ der europäischen Wirtschaftsintegration diejenigen wären, die am besten auf sie vorbereitet sind (Tucker, Pacek, Berinsky, 2002; Jarosz, 2005). In der Tat finden sich in unserer Untersuchung einige der positivsten Grundeinstellungen zur EU in den Milieus, die sich in transnationalen Wirtschaftsaktivitäten engagieren. Diese Europa-„Gewinner“ können den Integrationsprozess allein auf seine wirtschaftliche Dimension reduzieren, wie ein 49-jähriger französischer Arbeitgeber, der ein mittelständisches Unternehmen leitet, das auf den indischen Markt spezialisiert ist, und für den „Europa“ sein „täglich Brot“ ist. Da er Büros in London, in Portugal und in Paris hat, reichen die Grenzen seiner Aktivität über Frankreich hinaus: „Ich war schon Europäer, bevor es Europa überhaupt gab. Für mich ist London nur ein Vorort von Paris. Es ist kein anderes Land. Spanien ist bei uns. Und für mich ist Europa eine Selbstverständlichkeit“.

Dennoch sollten diese wenigen Interviews, in denen sich positive Grundeinstellungen offenbaren, die durch den aus der europäischen Konstruktion gezogenen Nutzen gerechtfertigt werden, nicht nahelegen, dass es eine automatische Verbindung zwischen einer gehobenen sozialen Position und der Billigung des europäischen Integrationsprozesses gäbe. Im Gegensatz zu manchen Analysen, die sie unter die „Gewinner“ der Integration einordnen, können Selbstständige und Firmenchefs auch zwiespältige Meinungen ausdrücken. In diesen Fällen führen sie die komplexen und einschränkenden Normen und den großen Mangel an Arbeitskräften an. Wie diese beiden Deutschen, von denen der erste der Produktionsleiter des zweiten ist. Der erste steht Europa äußerst positiv gegenüber und gibt zu, dass er in den Ferien davon profitiert, präzisiert aber: „Um noch konkreter zu sein, fehlen mir genaue Beispiele, auf die ich mich stützen könnte… Aber allein vom Gefühl her, wenn man ins Ausland fährt, habe ich das Gefühl, dass die Dinge zusammenwachsen“. Auch der zweite steht Europa positiv gegenüber, umso mehr, da er von der Bewegungsfreiheit „profitiert“, indem er in Frankreich lebt und in Deutschland arbeitet. Er fügt jedoch unmittelbar zu Beginn des Interviews hinzu, dass „im Moment zu viele Staaten an Europa teilnehmen und jeder seine eigenen finanziellen Interessen verfolgt… Ich sehe, wo die Probleme anfangen… eines der Probleme ist ganz einfach die Besteuerung. Da

sieht man sofort, dass es bei den Standpunkten eine große Divergenz gibt". Seine Argumentation und seine zwiespältige Haltung zur europäischen Integration werden im Verlauf des Interviews viel nuancierter und kritischer, auch wenn er unaufhörlich an seine Verbundenheit mit Europa erinnert.

Um derlei zögerliche Grundeinstellungen von Akteuren zu verstehen, die objektiv als „Gewinner" der Transformationen und des EU-Beitritts angesehen werden können, muss man sich mit ihrem Werdegang, ihrer Position in der Gesellschaftsstruktur und ihrer Wahrnehmung derselben beschäftigen. Die polnischen Unternehmer erwähnen zum Beispiel den Konkurrenzdruck innerhalb des Binnenmarktes. Ein 49-jähriger Chef einer mittelgroßen Fabrik in Niederschlesien muss sich einerseits mit der Konkurrenz durch die deutschen Unternehmen und mit dem Druck der Kunden in Deutschland, die niedrige Produktpreise von ihm fordern, auseinandersetzen. Andererseits lastet auf ihm der Lohndruck von Seiten seiner Angestellten, die nicht zögern, „mit ihren Füßen abzustimmen" und versucht sind, auszuwandern. Nachdem er ehemals 100 Personen beschäftigte, hat er jetzt nur noch 70 Angestellte und muss auf Arbeitskräfte von außerhalb der Union zurückgreifen, die aus der Ukraine oder aus Moldawien stammen und mit denen er im Allgemeinen zufrieden ist. Seine Meinung zur EU erweist sich zunächst als zwiespältig: „Früher dachte ich, das sei etwas Positives, nun frage ich mich, ob es das wirklich ist". Er breitet wirtschaftliche Erklärungen aus, die sich auf den Sektor beziehen, in dem sich sein Unternehmen bewegt:

„Westliche Unternehmen sind reingekommen…, und diktieren uns ihre Bedingungen… Man sagt uns so oft, dass man im Westen – wir sprechen natürlich über den Westen von Europa – keine Bestechungsgelder annimmt, dass es keine Korruption gibt, das stimmt alles nicht […]. Sagen wir, dass… um in eine Geschäftskette reinzukommen, da musst du jemandem eine Provision geben, einen Prozentsatz, nur damit du deine Waren dort aufstellen darfst, also gibt es keinen Unterschied. Vorher, zur Zeit des Kommunismus… unter den Genossen, da war das viel einfacher…".

Zwar stützt sich der Rechtfertigungsmodus hier auf Argumente, die man als utilitaristisch bezeichnen könnte, doch betrachtet sich der Befragte nicht als „Verlierer" der Integration. Er präzisiert spontan, dass momentan eher ein Konjunktureffekt – die Aufwertung des Zloty – den Export erschwert, als die EU als solche. Er gehört zur wohlhabenden Gesellschaftsschicht, besitzt mehrere Immobilien, gibt an, kontinuierlich in sein Unternehmen zu investieren und freut sich darüber, seinem Sohn den Schulbesuch in einem englischsprachigen internationalen Gymnasium in Spanien finanzieren zu können. Die bloße Feststellung eines objektiven Interesses an der Entwicklung des Austauschs von Wirtschaftsgütern reicht nicht aus, um die Unterstützung der Integration zu erklären, auch wenn sie mit einem allgemeinen Blick auf die Ge-

sellschaft einhergeht, wie er Inhabern von wirtschaftlichen Machtpositionen eigen ist.

Um die Strukturierung der Grundeinstellungen zu erklären, muss man auch andere Bewertungsinstrumente berücksichtigen, wie die Weltsicht und Sicht der eigenen Zukunft, die sich ebenfalls auf die Strukturierung der Grundeinstellungen auswirken. Die kritischen Anmerkungen des erwähnten Fabrikchefs beschränken sich nicht auf seine persönliche Situation, sondern gründen sich zum Großteil auf die Erfahrung mit einem Binnenmarkt, der durch ein Machtverhältnis bestimmt wird, das die mächtigsten Ökonomien begünstigt. Der Befragte würde gerne den Beruf wechseln, alles aufgeben und aufs Land ziehen. Sein Überdruss ist weniger auf die unmittelbare Auswirkung der europäischen Integration auf seine Tätigkeit zurückzuführen, als vielmehr auf die stetig steigende Arbeitsbelastung, auch wenn er zugibt, von der Existenz des Binnenmarkts zu profitieren. Hier wird die Kritik an der wirtschaftlichen Liberalisierung nicht von einem europäischen Bürger mit geringem Einkommen geäußert, der Schwierigkeiten hat, auf den Arbeitsmarkt zu gelangen und von den Sozialausgaben der Staaten abhängig ist (Gabel, 1998; Gabel & Palmer, 1995), sondern im Gegenteil von jemandem, der aus Sicht der Einteilung in Gewinner und Verlierer Euroenthusiast sein „müsste".

Umgekehrt äußern Personen, die zur Kategorie der „Verlierer" der Transformationen in Polen gehören, den Wunsch, dass die Normen und politischen Maßnahmen der Union „für Ordnung sorgen" und „Sauberkeit" im öffentlichen Nahverkehr oder in der Umwelt gewährleisten sollen. „Und die Ökologie… was unser Land betrifft, denke ich, dass das positiv ist, dass wir in Bezug auf die Ökologie gezwungen werden. Wir produzieren nämlich zu viel Abfall, zu viel Chemie, zu viele von diesen Plastiktüten".[14] Die EU erscheint manchmal wie eine Lösung für das Versagen der nationalen Politik, was scheinbar die These bekräftigt, nach der das Niveau der Zustimmung zur EU direkt mit dem Grad der Unzufriedenheit mit der nationalen Regierung korreliert (Tanasoiu, Colonescu, 2008). Allerdings herrscht dieser Argumentationsmodus bei Personen vor, die keinen Anteil am politischen Geschehen nehmen, und lässt sich nicht auf die Gesamtheit der Befragten übertragen. Außerdem entwickeln die besagten Probanden keine privative Argumentation im Sinne eines sofortigen Nutzens, sondern berufen sich auf Werte (Ökologie oder Ordnung).

Andere Bürger drücken uneinheitliche Standpunkte zu den europäischen Normen und Regelungen aus, wenn sie von der EU sprechen. Landwirte erwähnen die gemeinsame Agrarpolitik, um Europa positiv zu beurteilen oder, um ihm im Gegenteil seine Normen und seine Schwerfälligkeit vorzuwerfen. Fischer kritisieren Europa aufgrund der Fangquoten. Hotelinhaber und Re-

14 Polen, Frau, Haushaltshilfe, 64 Jahre.

staurants werfen Europa seine Weigerung vor, die Umsatzsteuer zu senken, und machen es für den daraus resultierenden Einkommensverlust verantwortlich. Aus ihrer Sicht ist Europa eine Maschine, die Normen produziert, die manchmal als übertrieben und schädlich wahrgenommen werden und manchmal als nützlich, wenn sie die Hygiene betreffen, die Rechnungsstellung, die Klassifizierung der Hotels und den Service. Der französische Geschäftsführer eines Hotel-Restaurants von mittlerer Größe erklärt Folgendes: „Ich hasse die Technokraten und die Bürokraten, denn sie haben die Macht, über Leben und Tod der Selbstständigen zu entscheiden". Dennoch verweist nur eine kleine Fraktion des sozialen Raumes unmittelbar auf die Kosten oder den Nutzen der europäischen Normen und Regelungen, um ihr Urteil über die europäische Integration zu untermauern. Es handelt sich um eine klar eingegrenzte Bevölkerungsgruppe, die sich unmittelbar und regelmäßig in Kontakt mit diesen Normen und Regelungen befindet. Außerdem bezieht sich ihr Urteil nicht auf die EU im Allgemeinen, sondern lediglich auf ihren Tätigkeitssektor. Diese Kategorie hat nicht unbedingt viel auszudrücken, wenn sie auf andere europa-politische Fragen angesprochen wird (die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, die Erweiterung, das Demokratiedefizit). Und wenn sie eine Meinung dazu besitzt, misst sie ihr keine große Bedeutung bei. Somit wird die utilitaristische Hypothese als wichtiger Erklärungsfaktor entkräftet.

Man muss also an den Unterschied zwischen der subjektiven Wahrnehmung der Konsequenzen der europäischen Integration und deren unmittelbaren und objektiven Auswirkungen erinnern. Für einige sind durch den Euro die Preise gestiegen, für andere sind die Preise jedoch nicht gestiegen, oder sie achten nicht wirklich darauf. Außerdem können die Urteile von Individuen mit ähnlichem Bildungs- und Einkommensniveau oder ähnlicher sozialer Position extrem stark variieren. Nicht alle sehen eine Verbindung zwischen der wirtschaftlichen Situation und dem Binnenmarkt. Somit ist es wenig sinnvoll, über eine Erklärung im Sinne von Kosten und Nutzen der Konsequenzen der europäischen Integration nachzudenken. Wir sollten uns stattdessen mit den Positiv- oder Negativwahrnehmungen und den direkten Zuschreibungen an die EU beschäftigen.

Ein Europa der Werte? Jenseits der Euroskepsis

Bei manchen Befragten bezieht sich das Urteil über Europa von vornherein auf „Werte". So erwähnen sie die Identifikation mit einer Zugehörigkeitsgemeinschaft oder auch (politische, religiöse…) Werte, denen sie zustimmen können. Hier findet man durch die Literatur ausführlich illustrierte Elemente wieder (McLaren, 2002; Hooghe & Marks, 2004; Cautrès & Grunberg, 2007). In Polen bekunden junge Führungskräfte privater, ausländischer oder multinationaler Unternehmen, die sich in den großen Städten niedergelassen haben

und eine ansteigende soziale Mobilität erfahren, im Allgemeinen ihre liberalen Ansichten, indem sie sich mit den wichtigsten Liberalisierungen des Binnenmarkts identifizieren. Diese Personen sind meist Wähler der liberalen Bürgerplattform (PO), besitzen einen Universitätsabschluss, haben Auslandsaufenthalte absolviert und sind mit ihrer Situation zufrieden. Dennoch stützt sich ihr ideologischer Standpunkt häufig auf Argumente des utilitaristischen Typus, wie bei diesem 29-jährigen Kaufmann:

„Mir als Verbraucher ist es egal, ob ich mit der staatlichen polnischen oder der deutschen Eisenbahn transportiert werde. Wenn ich für die Fahrkarte weniger bezahle als jetzt und wenn ich unter besseren Bedingungen reise, ist es für mich als Verbraucher nicht wichtig, ob es ein polnisches oder ein ausländisches Unternehmen ist. Wenn ich einen besseren Service bekomme, kann das von mir aus auch ein chinesisches Unternehmen sein, das macht überhaupt keinen Unterschied“.

Bei dieser 41-jährigen Italienerin, die Verantwortliche für europäische Projekte ist, findet man das Bild vom Einfluss Europas auf die Bürgerrechte in einem anderen Bereich:

„(Europa ist) eine Gelegenheit für manche Länder, die vielleicht eine weniger emanzipierte Sichtweise bezüglich gewisser klassischer Themen haben, wie der Gleichstellung der Geschlechter, der Nicht-Diskriminierung, und gewisser sozialer Absicherungen… Europa ist… eine Gelegenheit, um einige Staaten, die bestimmten Themen verschlossen gegenüberstehen, zu zwingen, sich zu öffnen, wenn sie in den Genuss wirtschaftlicher Vorteile kommen möchten“.

Das Machtverhältnis, das in den Augen zahlreicher Bürger eindeutig von der EU eingeführt worden ist, kann somit in Teilbereichen oder bei bestimmten Themen als Gelegenheit wahrgenommen werden. Diese isolierten Meinungen von Individuen, die die unterschiedlichsten sozialen Positionen innehaben, lassen jedoch nicht auf ihre allgemeine Grundeinstellung zur EU schließen.

Die Bekräftigung der Werte, die zur Zustimmung zum europäischen Projekt beiträgt, soll jedoch nicht verbergen, dass diese für viele auch auf outputs verweisen. Außerdem macht die Bekräftigung von Werten, die als von vornherein mit dem europäischen Projekt unvereinbar bewertet werden, diese Individuen keineswegs zu politisch überzeugten Euroskeptikern. Die Bekräftigung einer exklusiv nationalen Identifikation steht zum Beispiel nicht notwendigerweise in Opposition zur EU, auch wenn die vorhandene Literatur (De Master & Le Roy, 2000; Citrin & Sides, 2004) dies behauptet. Dies ist bei einem pensionierten Berliner Kohlenhändler der Fall, der in der DDR sozialisiert wurde und erklärt, dass er „in Europa lebt. Das ist ein Teil meines Landes, aber ich bin Berliner oder Deutscher. Ich bin nicht Europäer“. Dieses exklusive nationale oder lokale Zugehörigkeitsgefühl veranlasst ihn weder

dazu, Negativstandpunkte in Bezug auf die EU einzunehmen, noch dazu, sich fremdenfeindlich zu äußern. „Die exemplarischste Sache, die ich sehe, das beste Beispiel, das ich im Kopf habe, ist die Öffnung der polnischen Grenze und dass man da mit dem Auto hinfahren kann, und dass die zu uns kommen können“. Manche Individuen können sich als Franzosen, als Deutsche, als Polen oder Italiener fühlen, weil „Europa“ in ihrer Vorstellung nicht viel bedeutet (Diez-Medrano, 2008). Wie es ein ehemaliger DDR-Polizist, der 1990 zwangspensioniert wurde, bekräftigt, „fühle ich mich 100-prozentig als Deutscher. Bin ich Europäer? Ich habe nichts mit denen zu tun. Ich fahre niemals in die anderen europäischen Länder in den Urlaub“. Sein äußerst europakritischer Standpunkt verweist nicht auf einen nationalistischen Standpunkt, sondern auf den Schmerz über seinen gesellschaftlichen Abstieg. Zwar können Nationalismus und ein Negativurteil über Europa bei der Positionierung der sozialen Akteure neben anderen Argumenten eine Rolle spielen, doch wird in diesem letzten Fall die Gesamtheit des Diskurses durch ein Urteil über die Politik in Deutschland nach 1990 zusammengehalten.

Selbst bei Individuen, die Parteien der radikalen oder extremen Rechten nahestehen, führt das Gefühl der Nationszugehörigkeit nicht zwangsläufig zur Ablehnung jeglicher Idee einer Kooperation zwischen europäischen Staaten. Dies drückt ein französischer Metzger aus, der 2005 mit „Nein“ gestimmt hat, Wähler der Front National ist und sich nicht „als Europäer“ fühlt, „absolut nicht“. Er fügt jedoch hinzu, dass „das schade ist, weil es gut wäre, Europäer zu sein, es ist schön, sich zu vereinigen und so, aber da müssen erstmal alle die gleichen Voraussetzungen mitbringen, das ist alles“. In seinem Fall lehnt er die EU trotz eines eher positiven Standpunktes zur europäischen Konstruktion als Identifikationselement und als Institution, die Normen für den Hygienebereich produziert, ab. In Polen wiederholt ein 63-jähriger pensionierter Techniker, der sich in der Liga Polnischer Familien (LPR) engagiert, einen äußerst rechtsradikalen Diskurs mit einer ethnozentrischen Sichtweise und der Verherrlichung der nationalen Geschichte und benutzt außerdem die Verschwörungstheorie. Für ihn ist die Ablehnung der EU mit der Furcht vor der deutschen Vorherrschaft und der Rückkehr zu „totalitären“ Strukturen verbunden. Seine Grundeinstellung konstruiert sich um einen politischen Nationalismus herum.

„Wir haben uns dem auf Kosten von schrecklichen Opfern widersetzt. Das führt eben dazu, dass wir uns dieser Kreatur nicht einstimmig anpassen können. Und diese Neigungen der Europäischen Union, alles zu vereinheitlichen, einen Super-Staat zu schaffen, diese Erfahrung haben wir seit 44 gemacht, von 1945 bis in die 1990er Jahre. Wir haben das alles durchgemacht, wir haben diese ganze Vereinigung hinter uns, und eine geschichtliche Erfahrung verwandelt sich in die nächste mit einem ähnlichen Ziel und einer ähnlichen Auswirkung.“

Laut der in der Literatur vorgebrachten Erklärungen wäre die nationale Identität in der Regel mit fremdenfeindlichen, autoritären, rigoristischen, antiuniversalistischen, materialistischen und pessimistischen Grundeinstellungen verbunden, die sich an den Antworten messen lassen, die von den Bürgern zur Todesstrafe oder zum Bildungssystem abgegeben wurden (Cautrès & Denni, 2000; Cautrès & Grunberg, 2007). Allerdings verknüpft keiner unserer Befragten seine Ablehnung der europäischen Integration unmittelbar mit diesen Werten. Gehen wir detaillierter auf einen ziemlich bezeichnenden Fall ein: den eines deutschen Wirtschaftsprüfers. Auf den ersten Blick können seine Meinungen als fremdenfeindlich und ethnozentrisch definiert werden, besonders wenn er die Einwanderung aus Osteuropa beklagt und die Erweiterung um die muslimische Türkei fürchtet. Dennoch kritisiert er dafür nicht die europäische Konstruktion, sondern neigt sogar eher dazu, sie zu unterstützen: „Ich würde spontan sagen, dass Europa, vom Standpunkt seiner Gründungsideen, etwas Positives ist… Die Gründungsideen von Europa, der Binnenmarkt, die gemeinsame Währung, das einheitliche Rechtssystem, das war alles gut“. Er bekräftigt aber, dass „seine Entwicklung, die Erweiterung und das alles, zu weit gegangen ist“. Vor allem, wenn man die vorgebrachten Argumente in allen Einzelheiten liest, begreift man, dass es die Auswirkungen des europäischen Rechts auf seine Tätigkeit als Rechtsberater sind, die ihn stören. Er kritisiert nicht die Einwanderer im Allgemeinen, sondern die Tatsache, dass sie der fleischgewordene Ausdruck der Liberalisierung des Binnenmarktes sind. Er kritisiert nicht den Euro im Allgemeinen, sondern die gestiegenen Lebenshaltungskosten. Er steht der Harmonisierung der Steuersysteme in den Gründungsländern eher positiv gegenüber, da dies seine Arbeit als Berater erleichtern würde. Er beklagt sich über die Globalisierung, die die Konkurrenz zwischen den europäischen Ländern verstärkt, doch liegt dies auch an der Tatsache, dass es um seine persönliche Situation und seine Kaufkraft schlecht bestellt ist. Wenn er sich auf unterschiedliche Argumente bezieht, leiten sich die am häufigsten wiederkehrenden nicht von seiner Fremdenfeindlichkeit ab, sondern von den konkreten Konsequenzen der europäischen Integration für seine eigene berufliche Situation:

„Es ist unmöglich geworden, jemanden nach dem nationalen Recht zu beraten. Ich bin dauernd dabei zu schauen, was auf europäischer Ebene passiert. Wenn ich jetzt das deutsche Recht lese, bin ich gezwungen, danach das internationale Recht anzuschauen, die europäischen Urteile. All diese Elemente müssen kontrolliert werden. Es ist unmöglich geworden, zu beraten. Wenn ich jemandem sage, dass seine Situation nach dem deutschen Recht die folgende ist, ist es möglich, dass seine Situation nach dem europäischen Recht genau entgegengesetzt ist. Und die europäischen Gesetze stehen über unseren nationalen Gesetzen. Es ist also extrem schwierig für mich geworden, meinen Job zu machen“.

Er erklärt ebenfalls, dass er mit Freunden über Europa spricht, mit denen er dieses negative Bild teilt. Er präzisiert jedoch: „Mit meiner Arbeit wird mir trotzdem viel bewusster, was in Europa passiert". Die beruflichen Beispiele, die er anführt, sind also extrem zahlreich (die Berechnung der Umsatzsteuer, die Bezahlung der Transportfirmen, die Besteuerung,…), lauter Fälle, wo „zwei Jahre später der Europäische Gerichtshof ankommt und uns sagt, dass das, was wir gemacht haben, nicht richtig war". Dieser Befragte äußert einen Kulturpessimismus, der sich auf die Politik im Allgemeinen bezieht und nicht nur auf Europa. Nachdem er CDU-Wähler war, geht er jetzt überhaupt nicht mehr wählen, aus „Verdrossenheit" gegenüber der Politik. Sein Fall ist interessant, denn obwohl er sein Urteil auf Werte zu stützen scheint, spiegelt seine Opposition zu Europa in einem sehr geringen Maß trotzdem auch die utilitaristische Theorie wider. Allerdings ist seine Ablehnung nicht allgemein, da er auch manche Punkte der europäischen Konstruktion lobt, wie das föderale System.

Durch dieses Beispiel lässt sich die Komplexität der von den Individuen vorgetragenen Argumentationen erfassen. Es ist sehr schwierig zu bestimmen, ob allein die Fremdenfeindlichkeit für eine Grundeinstellung bestimmend ist. Zwar spielt dieses Argument bei ihm eine Rolle, doch ist es weder das wichtigste, noch das am stärksten ausgeprägte. Darüber hinaus veranlassen diese Reaktionen die Individuen nicht zwangsläufig, sich einer Bewegung populistischen oder extremistischen Charakters nahe zu fühlen. Anders ausgedrückt, führen weder das Nationalgefühl noch autoritäre Grundeinstellungen notwendigerweise dazu, die EU aus diesen Gründen abzulehnen. Die Argumente sind eher von kumulativer Art. Ein Urteil nach Werten kann bei politisierten Individuen, die sich für eine bestimmte politische Gruppierung engagieren oder mit ihr sympathisieren oder bei Personen, die eine intensive religiöse Praktik ausüben, wie sie bei den polnischen Befragten anzutreffen ist, eine größere Bedeutung erlangen.[15]

Schlussbemerkung

Die Grundeinstellungen zu Europa sind in vielen Fällen komplex und zwiespältig und lassen sich nicht allein auf ein Urteil über den Prozess der europäischen Integration reduzieren. Sie lassen sich nur schwer als politische, euroskeptische oder euroenthusiastische Grundeinstellungen begreifen. Auch wenn diese politischen Standpunkte bei manchen Befragten existieren, gilt dies nicht für die Allgemeinheit. Selbst wenn die Literatur diese Kategorisierung relativiert, indem sie zwischen einem prinzipiellen Skeptizismus (*hard*)

15 Vgl. Kapitel 8.

und einem *soften* Euroskeptizismus unterscheidet (Taggart, 1998; Szczerbiak, Taggart, 2008), erweist sich diese Begrifflichkeit als heuristisch schwach in Bezug auf die Interviews. Die Idee, den Grad der Unterstützung für die europäische Integration im Allgemeinen und die Meinung zu konkreten Errungenschaften der EU (Kopecky, 2004) wechselseitig zu betrachten, setzt, selbst wenn sie ursprünglich zur Anwendung auf politische Parteien entworfen wurde, die Existenz einer strukturierten Beziehung zu diesen beiden politischen Dimensionen voraus. Nun ist es aber relativ schwierig, Individuen einseitig dem einen oder dem anderen Lager zuzuordnen. Positive Bewertungen können klar eingeschränkt, begrenzt oder zögerlich sein. Wenn man negative Grundeinstellungen beobachtet, handelt es sich meist um einen „latenten oder manifesten" Widerstand „gegenüber einem (oder mehreren) Aspekt(en) der europäischen Integration" (Crespy, Verschueren, 2009). Um diese Grundeinstellungen zu verstehen, muss man sowohl die von den Befragten vorgebrachten Argumente, als auch die Intensität der Überzeugung, mit der diese vorgebracht wurden, neu überdenken.

Ausgangspunkt und abschließende Feststellung unseres Beitrages ist die Ambivalenz der gewöhnlichen Grundeinstellungen und die Vielfalt der Argumente in Bezug auf Europa. So bescheiden sie auch scheinen, sind diese Feststellungen nicht weniger erhellend. Sie bieten Argumente und Demonstrationselemente, die es ermöglichen, bestimmte Vorurteile auszuräumen: den Gedanken, dass Meinungen über Europa zwangsläufig Meinungen über die europäische Integration sind, dass diese Meinungen politisch konstruiert sind und schließlich, dass sie sich in einem Binärmodus von „Unterstützung" oder „Ablehnung" des EU-Apparats äußern. Hat man diese Gemeinplätze einmal überwunden, dann erlaubt es die festgestellte Ambivalenz der Grundeinstellungen, die Vielfalt der unterschiedlichen Formen der Zuschreibung zu Europa und die damit verbundenen Aussagen zu berücksichtigen. Die Vorstellung, die sich dabei herausbildet, ist die eines vielgestaltigen Europas, an dem in äußerst unterschiedlichem Maße Anteil genommen wird: je nach dem Grad der Politisierung und der persönlichen Erfahrung der Individuen, die komplexen Erkenntnislogiken gehorchen und sich nicht auf ein einziges Erklärungsprinzip reduzieren lassen.

Gibt es einen nationalen Effekt?

Zeitlichkeiten und historische Erfahrungen bei den Grundeinstellungen zu Europa

DOROTA DAKOWSKA, JAY ROWELL

Das Datum des Beitritts zur Europäischen Union und insbesondere die Unterscheidung zwischen „neuen" und „alten" Mitgliedsstaaten ist eine Kategorie, die gewöhnlich sowohl von Experten als auch von Normalbürgern benutzt wird, um Europa wahrzunehmen. Sie überlagert in den Vorstellungen ein Ensemble von geographischen, historischen und kulturellen Einteilungen, die der Vielfalt und den Spaltungslinien, die Europa durchlaufen, gerecht werden sollen: „nördliche" und „südliche" Länder; „östliche" und „westliche" Länder; „kleine" und „große" Länder; Länder, die erst vor relativ kurzer Zeit einen Übergang zur Demokratie erlebt haben, und die älteren Demokratien. Sie führt Einteilungen ins Feld, die mit politischen Regimes und Kulturen, aber auch mit der Dauer der Zugehörigkeit zu den europäischen Institutionen zusammenhängen. Vor allem aber erscheint sie als bequeme Erklärungsmatrix für die Unterschiede zwischen den Staatsbürgern dieser Länder oder Ländergruppen in Bezug auf ihre Grundeinstellungen zu Europa.

Die Analyse der Grundeinstellungen und Meinungen lässt sich schematisch in zwei Ansätze einteilen. Der erste neigt dazu, einer Erklärung durch soziologische Variablen den Vorzug zu geben, die die sozialen Positionen, Eigenschaften und Werdegänge mit den Grundeinstellungen verknüpfen, ohne den nationalen Aussagekontext als zentrale Variable mit einzubeziehen. Der zweite betrachtet den nationalen Kontext als entscheidend für die Erklärung, die Einteilung und den Vergleich dieser Grundeinstellungen. Während der erste Ansatz im Mittelpunkt des gesamten Forschungsprojektes steht, wurde die Frage nach den eventuellen Auswirkungen des nationalen Kontextes auf das Zustandekommen der Aussagen zunächst weniger berücksichtigt. Man

kann intuitiv denken, dass die Denkschemata und Kategorien, die zur Bewertung Europas mobilisiert werden, durch die Sozialisierung in einem Nationalstaat verankert sind – sei es durch die historische Kollektiverfahrung, die Sprache, den Schulunterricht oder die Verwendung von Diskursen über die Nation in Politik oder Medien. Um diese Fragen zu erfassen, hat sich die wissenschaftliche Literatur häufig auf die Frage nach der Kompatibilität oder Unvereinbarkeit der europäischen, nationalen oder regionalen Identitäten konzentriert (Schild, 2001; Duchesne, Frognier, 2002; Bruter, 2005; Checkel, Katzenstein, 2009). Sie hat jedoch keine zufriedenstellende Antwort darauf zu bieten, wie Personen nationale Kategorien und Referenzen einsetzen (oder nicht einsetzen), um einem so abstrakten Objekt wie der EU Sinn zu verleihen. Andere Arbeiten zitieren in *ad hoc*-Manier Elemente der nationalen Geschichte oder Kultur, um die festgestellten statistischen Unterschiede zwischen den nationalen Bevölkerungen zu erklären. Diese Unterschiede werden als Auswirkungen der Dauer der EU-Zugehörigkeit, von historischen Erfahrungen oder politischen Werten erklärt, die mehr oder weniger mit der Form und den Werten des europäischen Projektes kompatibel sind. In diesem Falle stellen Geschichte und Kultur Erklärungsvariablen dar, bei deren Einsatz selektiv aus einem bereits bestehenden Vorrat von Charakteristika geschöpft wird, die als wesentlich für eine spezifische nationale politische Kultur angesehen werden (zum Beispiel das Festhalten am britischen Parlamentarismus, die Stärke des Gedankens von der „Größe" der französischen Nation usw.). Zwar beruhen diese Hypothesen, die die nationalen Kulturen vergegenständlichen, auf der informierten Intuition des Beobachters, doch ist die empirische Grundlage dabei häufig dünn, ja sogar inexistent.

Unser Vorgehen zielt nicht darauf ab, zu bestimmen, ob bei der Strukturierung der Grundeinstellungen zu Europa nun der soziologische oder der nationale Kontext schwerer „wiegen". Es beschränkt sich lediglich darauf, einerseits zu analysieren, wie die historischen Referenzen und die nationalen Verständnisrahmen in den Diskursen über Europa, die in verschiedenen nationalen Kontexten produziert werden, eingesetzt werden, und andererseits, wie der Einsatz dieser Repertoires zwischen den unterschiedlichen sozialen Gruppen variiert. Genauer genommen geht es darum, zu analysieren, ob und wie Kollektiverfahrungen wie der Krieg, der Kommunismus, der demokratische und wirtschaftliche Übergang in Osteuropa – oder Verständniskategorien, die für einen nationalen Kontext mehr oder weniger spezifisch sind – bei den Aussagen über Europa übernommen, verstanden und einbezogen werden oder nicht. Dieses induktive – und einigermaßen experimentelle – Vorgehen ermöglicht keine eindeutige Antwort auf die binären und oft zu stark vereinfachenden Hypothesen, die einen Großteil der Forschung über die Meinungsbildungen strukturieren, (sind die Identitäten exklusiv oder kompatibel; spricht die Zugehörigkeitsdauer für oder gegen eine positive Bewertung des europäi-

schen Projektes…). Dafür werden wir, ausgehend von dem empirischen Material und durch einen Vergleich der hervorgebrachten Argumentationsketten, zu begreifen versuchen, wie und von wem die nationalen Kollektiverfahrungen eingesetzt werden. Anstatt den nationalen Kontext als einen Faktor außerhalb der Individuen zu betrachten, der einheitliche Effekte produziert, interessieren wir uns dafür, auf welche unterschiedliche Art und Weise sich unterschiedliche soziale Gruppen die – europäische, nationale oder einfach individuelle – Vergangenheit aneignen.

Ein Vergleich zwischen dem neuen Mitgliedsstaat Polen mit Deutschland, das gleichzeitig ein Gründungsmitglied der Gemeinschaft und ein neues Mitglied darstellt – wenn man den faktischen Beitritt der ehemaligen DDR im Jahre 1990 betrachtet – ist der geeignete Rahmen für diese Fragestellung. Der deutsche Fall verweist auf einen politischen Kontext, in dem das Thema Europa Gegenstand eines starken politischen Konsenses gewesen ist. Vermutlich hat die Schwierigkeit, sich der eigenen Nation zugehörig zu fühlen, die Identifikation mit einer post-nationalen und somit hauptsächlich europäischen Ersatzidentität erleichtert (Risse, 2004). Weit über den deutschen Fall hinaus ist der Zweite Weltkrieg als gemeinsame Erfahrung des europäischen Kontinents sowohl als eine der Keimzellen der europäischen Konstruktion als auch als ihre hauptsächliche Legitimierung dargestellt worden. Wir werden also versuchen, durch den deutsch-polnischen Vergleich herauszufinden, ob es Besonderheiten in den Diskursen über Europa gibt, die mit dieser geschichtlichen Erfahrung zusammenhängen.

Seit dem Fall der Berliner Mauer und der Eingliederung der ehemaligen Länder des Sowjetblocks stellt der Kommunismus keine systemische Andersartigkeit mehr dar. Gleichzeitig haben vierzig Jahre kommunistischer Vorherrschaft Polen und die ehemalige DDR als historische Erfahrung, Erinnerung und Erbe zutiefst geprägt. Besonders der Vergleich zwischen den polnischen und ostdeutschen Befragten und zwischen den beiden deutschen Gruppen wird es ermöglichen, zu analysieren, wie Verweise auf den Kommunismus ins Feld geführt werden und wie diese Referenzen mit anderen Kenntnissen oder Erfahrungen kombiniert werden.

Über die Dekonstruktion der „sozialen Gedächtnisrahmen“ der früheren Regimes hinaus interessiert es uns, wie aktuellere politische, wirtschaftliche und soziale Zeitlichkeiten in den Diskurs über Europa integriert werden. Eine der Besonderheiten bei den Grundeinstellungen der Bürger der postkommunistischen Staaten zur EU könnte mit der Tatsache zusammenhängen, dass die EU hier aus dem Blickwinkel des unlängst erfolgten Beitrittsprozesses wahrgenommen wird. Dieser Prozess tritt seinerseits in Resonanz mit der Wahrnehmung der 1989 begonnenen Systemumwälzungen (Góra, 2002; Diez Medrano, 2003; Bielasiak, 2002). Somit wird der zweite Teil den Vergleich auf die Reformen ausdehnen, die in beiden Ländern in den 1990er Jahren

durchgeführt wurden. Diese Reformen gehen mit dem Datum des EU-Beitritts einher (im Fall der neuen Länder) oder gehen diesem Datum voraus, das in den wissenschaftlichen Arbeiten als eine strukturierende Zäsur angesehen wird. Mehrere quantitative Studien nehmen nämlich eine Korrelation zwischen der Dauer der Zugehörigkeit eines Landes zur Gemeinschaft und der Unterstützung der europäischen Integration durch das Volk an (Anderson, Kaltenthaler, 1996). Die Ergebnisse der Meinungsumfragen untermauern diese Feststellung, während die Abweichungen von der „Norm" mit *ad hoc*-Argumenten wie der Demokratieerfahrung oder der Frage, ob es sich um Staaten handelt, die einen Nettobeitrag zum Gemeinschaftshaushalt leisten, interpretiert werden (Scheuer, van der Brug, 2007).

Abgesehen von der normativen Dimension dieser Hypothesen (von der Art „je mehr man Europa ausgesetzt war, desto besser kennt und liebt man es"), zeigt der Vergleich zwischen nationalen Kontexten die Anfälligkeit dieser Interpretationen. Anstatt die Dauer der Zugehörigkeit zur EU per se als einen strukturierenden Faktor zu betrachten, werden wir das Auftreten und die Modalitäten der – unmittelbaren oder indirekten – Verweise auf diese Zeitlichkeit untersuchen. In den Kontexten, in denen die EU-Mitgliedschaft als eine relativ neue soziale Realität erscheint, ermöglichen es die Verweise auf die zurückliegende Periode, die Zäsur, die der Augenblick des Beitritts darstellt, zu nuancieren – ja sogar zu relativieren.

Sich auf die Geschichte berufen, um Europa einen Sinn zu verleihen

Die Dreiecksbeziehung Geschichte – Nationalkonzept – Identifikation mit Europa stellt einen der Eckpfeiler der kulturalistischen Erklärungen für die unterschiedlichen Beziehungen zur EU dar (Diez Medrano, 2003; Risse, 2004; Schmidt, 2007; Harmsen, 2007). Es ist allgemein anerkannt, dass die europäische Konstruktion aus deutscher Sicht eine Möglichkeit zur „Erlösung" des Landes von seiner Vergangenheit und eine Alternative zum Nationalismus darstellt. In Polen ist der EU-Beitritt wie in anderen post-kommunistischen Ländern als eine „Rückkehr nach Europa" dargestellt worden, als Normalisierung einer im Jahre 1945 unterbrochenen historischen Entwicklung. Um die Verbreitung der „Euroskepsis" in den neuen Mitgliedsstaaten zu erklären, führt man entweder das Argument der erst kürzlich erfolgten Europa-Sozialisierung oder die nach wie vor starke Ausprägung der „sozialistischen Werte" (Rohrschneider, Whitefield, 2006) an.

Einen äußerst inspirierenden und ehrgeizigen Versuch, die Auswirkung des nationalen Kontextes auf die europäische Meinungsbildung festzustellen, hat Juan Diez Medrano unternommen (2003). Der Autor geht von einer recht

einfachen Tatsache aus – dass sich der Diskurs über Europa von Kontext zu Kontext stark unterscheidet, und dass dabei sowohl das Vokabular als auch die bevorzugt behandelten Themen variieren – und rekonstruiert ausgehend von einem Korpus von Interviews die sozialen Rahmen (*frames*), die den verschiedenen Ländern eigen sind und stark mit dem historischen Gedächtnis zusammenhängen. Dieses Verfahren soll eine Erklärung für die Unterschiede bei den Grundeinstellungen zur europäischen Konstruktion liefern, die von den quantitativen Untersuchungen unzureichend wiedergegeben worden sind. Zwar beeindruckt diese Studie zunächst aufgrund der Originalität ihrer Methode, doch stützt sie sich auf eine Auswahl von Befragten, die hauptsächlich aus politisierten Individuen mit hohen Universitätsabschlüssen besteht oder solchen, die eine Position mit politischer Verantwortung innehaben. Es handelt sich also um eine Bevölkerungsgruppe, die alle Voraussetzungen dafür mitbringt, in einem wohlkonstruierten Diskurs über Europa historische Verweise ins Feld zu führen. Diese Einseitigkeit bei den Befragten führt dazu, dass man einer gesamten Gesellschaft eine spezifische Modalität bei der Darstellung Europas zuschreibt – so als ob die Gesamtheit der deutschen Bürger, um nur dieses Beispiel anzuführen, sich von intellektuellen Debatten über die Vergangenheit wie dem Historikerstreit betroffen fühlte. Indem sie die Zeitlichkeit in die Analyse einführt, wirft diese von einem historischen Kulturalismus inspirierte Lesart eine gewisse Anzahl von Schlüsselfragen zu den Faktoren auf, die die öffentliche Meinung bestimmen. Obwohl sie eine komplexere Interpretation der nationalen Kontexte zulässt, neigt sie gleichzeitig dazu, die nationalen Bevölkerungen übermäßig zu vereinheitlichen, indem sie die Existenz eines historischen Rahmens annimmt, der auf die gesamte Bevölkerung die gleichen Auswirkungen hat.

In diesem ersten Teil werden wir die Formen, die Intensität und die Verknüpfung zweier historischer Momente untersuchen, die im Raum von Politik und Medien häufig von Fachleuten und Wissenschaftlern als Interpretationen benutzt werden: des Zweiten Weltkriegs und des Kommunismus. In unserem Korpus variieren das Auftreten und das Reflexionsniveau dieser Verweise. Zwar lassen sich Interpretationen finden, die für eines der beiden Länder oder für eine bestimmte soziale Gruppe spezifisch sind, doch funktioniert der Rückgriff auf diese historischen Erfahrungen weniger als ein Rahmen, der das Nationale mit Europa verbindet, als vielmehr wie eine in ungleichem Maße beherrschte Ressource – oder ein Repertoire –, die angeführt werden, um eine häufig abstrakte Realität zu entschlüsseln.

An den Krieg erinnern, um von Europa zu sprechen

Während die Befragten mit dem höchsten Bildungsniveau historische Verweise mobilisieren, die bis zur Antike zurückgehen, um die Existenz eines kultu-

rellen Fundaments auf dem europäischen Kontinent zu rechtfertigen, berufen sich die Diskurse, die spezifischer mit dem politischen Projekt der EU zusammenhängen, vor allem auf historische Bezüge zum 20. Jahrhundert. Es ist nicht weiter überraschend, dass häufig auf den Zweiten Weltkrieg verwiesen wird, da die friedensstiftende Rolle des europäischen Projekts entscheidend zu seiner Legitimation beigetragen hat. Es ist jedoch anzumerken, dass das Kriegsende in Polen nicht mit der Versöhnung assoziiert wird, sondern eher mit der Teilung des Kontinents. Hier und da kann diese Ressource mehrere Formen annehmen: unmittelbare Erfahrung, Mobilisierung von Familiengeschichte, eher schulisches oder sogar intellektuelles Wissen, das Debatten über die nationale Geschichte reproduziert.

Zwar sind in den meisten deutschen Interviews unmittelbare oder indirekte Verweise auf den Zweiten Weltkrieg präsent, doch variieren ihre Präsenz und ihre zentrale Bedeutung als Bewertungsmatrix der EU je nach dem Grad der politischen Kompetenz. In der Tat erwähnen vor allem die Befragten, die eine synoptische oder relativ gut informierte Europa-Sicht besitzen, den Krieg und die Rolle der EWG bei der Befriedung des Kontinents. Dies ist beispielsweise bei einer jungen Deutschen mit einem Studienabschluss in Politikwissenschaft der Fall, die als Angestellte für eine Organisation arbeitet, die vom europäischen Sozialfonds finanziert wird. Sie äußert eine quasi „offizielle“ Sichtweise der nationalen Geschichte:

„Ich denke, dass es eine gute Sache ist, dass Deutschland Mitglied der Europäischen Union ist… Aus verschiedenen Gründen, weil wir unsere Arbeit gut machen,… auch aus historischen Gründen.… Es ist die Geschichte von Deutschland, vom Zweiten Weltkrieg und von der Nachkriegszeit. So konnte Deutschland schnell in die Gemeinschaft der Nationen aufgenommen werden. Und Deutschland war eines der Gründungsmitglieder. Das ist gut!“

Wenn andere an diese Vergangenheit erinnern, ist dies eher eine Erinnerung an Schulstoff, die im Falle von ganz besonderen Kontexten prägend sein kann. Auf die Frage, wie er sich „als Deutscher in Europa“ fühlt, schöpft dieser Gymnasiast, der eine distanzierte und unkritische Grundeinstellung zur EU besitzt, aus seiner Erfahrung beim Besuch des ehemaligen Konzentrationslagers von Auschwitz, die er in einem pädagogischen Rahmen, der sich explizit mit der „beschämenden“ Vergangenheit beschäftigte, gemacht hat:

„Um ehrlich zu sein, habe ich immer gute Erfahrungen gemacht. […] In anderen Ländern kann es wegen unserer Geschichte passieren… dass manche Leute Sachen sagen. Aber damit kann ich gut leben. Natürlich kann ich mich erinnern, als wir zum Beispiel in Auschwitz waren… in diesem Augenblick haben wir uns alle ein bisschen komisch gefühlt. Weil es eine komische Situation war. Und alle schauten uns dabei an… Na gut, es hat etwas in der Geschichte stattgefunden, und wir leben 50

Jahre später. Das kann man jetzt nicht mehr kritisieren… kurz gesagt, ich fühle mich gut. Ich habe keinerlei Komplexe, zu sagen, dass ich Deutscher bin“.[1]

Als man ihn nach den positiven oder negativen Aspekten der deutschen EU-Mitgliedschaft fragt, antwortet ein 66-jähriger pensionierter Landwirt, der in den Vereinigten Staaten studiert hat und sich sehr für Politik interessiert:

„Das ist eine sehr gute Sache… (Er lacht). Weil ich denke, dass die Deutschen dazu neigen, wie soll ich sagen, ihre Probleme mit Gewalt lösen zu wollen. Das ist vielleicht heute nicht der Fall, weil alles gut läuft und so weiter, und es der Wirtschaft gut geht… aber ich denke, wenn sich das eines Tages verschlechtert, dann gäbe es die Versuchung, nach Sündenböcken zu suchen. Keine Ahnung wen, die Türken vielleicht, oder andere Personen, wie die Russlanddeutschen, Leute, die man nicht so sehr mag, und dass man die dann auf radikale Weise misshandelt. Und ich denke, dass dies verhindert wird, wenn man mit der EU verbunden ist, oder?“[2]

In Deutschland kommen in den Diskursen von Personen mit geringerer politischer Kompetenz häufig keine Verweise auf den Krieg vor – außer bei denjenigen, die ihn unmittelbar erlebt haben. „Ich denke, dass Europa sehr nützlich ist, um Kriege und Konflikte zu vermeiden und so weiter. Es ist doch wirklich ein Segen, dass wir jetzt so sehr voneinander abhängig sind“.[3] Doch bleibt diese unmittelbare Verbindung von Krieg und europäischem Projekt auch bei den Befragten, die vor 1935 geboren wurden, ziemlich marginal. Es finden sich kaum explizite Verweise auf Fälle, in denen eine Identifikation mit Europa eine schwer anzunehmende deutsche Identität ersetzen würde. Im Gegenteil: Einige gebildete Probanden kritisieren, ohne zu zögern, die Ausbeutung des deutschen National-Schuldgefühls durch andere Länder, da sie ihrer Meinung nach die Fähigkeit der deutschen Regierungspolitiker einschränkt, die legitimen nationalen Interessen zu behaupten:

„- Wenn ich also richtig verstanden habe, hätte man mit der Osterweiterung noch ein wenig warten können…
- Ja
- Wie lange?
- Das kann ich nicht sagen, ich habe mich mit dieser Frage nicht genügend beschäftigt, aber wir haben schlechte Erfahrungen mit der deutschen Wiedervereinigung

1 Wir danken Nicolas Hubé für den Hinweis auf die oben zitierten Interviews.
2 Explizite Verweise auf die Shoah sind extrem selten und zeigen sich in den meisten Fällen in einer äußerst beschönigenden Form, wie in diesem Auszug. Die einzige Ausnahme bildet eine Deutsche jüdischen Glaubens, die an einer Doktorarbeit zu dieser Frage arbeitet.
3 Westdeutschland, Mann, 85 Jahre, pensionierter Redakteur im öffentlichen Dienst.

gemacht, als wir einfach bloß gesagt haben „wir machen die Grenzen auf, und alles wird gut“. So hat das nicht funktioniert. Und ich fürchte, dass, aus welchen Gründen auch immer, sogar aus historischen Gründen, weil Merkel es Kaczynski versprochen hat, „Es ist in Ordnung, Sie können reinkommen“ wegen der Tabus der Geschichte des Zweiten Weltkrieges, dass wir da insgesamt nicht objektiv genug waren.“[4]

Bei manchen polnischen Befragten löst Europa dagegen negative Reaktionen aus, wenn es mit den Weltkriegen in Verbindung gebracht wird. Im Gegensatz zum deutschen Fall kommt die Erwähnung der Kriege nicht unbedingt von den gebildetsten Bevölkerungssegmenten, sondern von Personen in mittleren Positionen, die zuweilen eine Periode der Marginalisierung durchlebt haben. Bei unseren Befragten handelt es sich eher um ältere Individuen, die der konservativen oder der extremen Rechten nahestehen, Gruppierungen, die das Misstrauen gegenüber Deutschland zu einem zentralen Element ihres Diskurses gemacht haben.[5]

„- Das Wort Europa ohne jeglichen Zusatz?
- Ja, Europa.
- Na ja, Europa, das ist ein Kontinent.
- Haben Sie eher positive oder eher negative Assoziationen?
- Eher negative, wenn man die Geschichte betrachtet.
- Und davon abgesehen?
- Die Weltkriege oder andere Katastrophen. Die Revolutionen – Oktoberrevolution, Französische Revolution… Man hätte geglaubt, dass Europa einer der zivilisiertesten Kontinente sei, und dass es solche Phänomene nicht geben dürfte, aber sie haben tatsächlich stattgefunden.“[6]

Dennoch findet man diese negativen Verweise auch bei jüngeren Probanden, wie bei diesem 23-jährigen Kaufmann, der in einem Dorf im Osten des Landes wohnt und mit seinem Großvater zusammenlebt, der der EU und der polnischen Regierung äußerst kritisch gegenübersteht.

„- Haben Sie negative Assoziationen hinsichtlich der Union?
- Die Union betreffend nein. Europa betreffend – Ja.
- Und konkreter?

---

4 Westdeutschland, Mann, 40 Jahre, Anwalt für Steuerrecht. Sowohl Kanzlerin Merkel, als auch Präsident Kaczynski sind nach dem EU-Beitritt Polens an die Macht gelangt.

5 In den 1990er Jahren wurde die Versöhnung mit Deutschland in Polen im herrschenden öffentlichen Diskurs aufgewertet.

6 Polen, Mann, 58 Jahre, Angestellter der Stadtverwaltung einer mittelgroßen Stadt, Gymnasialbildung, Mitglied der konservativen Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS).

- Beim Thema Deutschland.
- Aha, Deutschland?
- Hitler hat den Krieg angefangen, und die sind reicher als wir. Sie hätten ärmer sein können, denn sie haben verloren.“

Ohne dass explizit auf ihn verwiesen wird, scheint der Zweite Weltkrieg manchmal eine implizite Rechtfertigung dafür zu liefern, auf eine bedeutendere Rolle der EU bei der Regelung bewaffneter Konflikte zu hoffen. Der Balkankrieg und die ethnische Säuberung haben in den Diskursen zahlreicher deutscher Probanden aus mittleren und gehobenen Schichten dauerhafte Spuren hinterlassen, während sie in Polen wesentlich weniger stark präsent sind. Diese Befragten erwähnen ebenfalls den Irakkrieg, um die Notwendigkeit einer stärkeren Außen- und Militärpolitik als Gegengewicht zu den Vereinigten Staaten zu rechtfertigen.

„Ich habe zum Beispiel große Angst vor den Vereinigten Staaten mit ihrer ganzen… Macht und ihrer… vor allem was passieren kann eben. Davor, was passieren kann, habe ich wirklich Angst, ja… Und dann denke ich, dass die Europäer aufgrund der letzten Kriege, die sie erlebt haben, ein bisschen mehr nachdenken, sich mehr zurückhalten, oder?“.[7]

Insgesamt bleibt die – direkte oder indirekte – Mobilisierung eines historisch gefärbten Repertoires zur Produktion eines bewertenden Diskurses über Europa im Wesentlichen auf die am stärksten politisierten und am besten mit kulturellem Kapital ausgestatteten Bevölkerungssegmente begrenzt. Während die friedensstiftende Rolle der europäischen Konstruktion auf dem Kontinent bisweilen beinahe beiläufig erwähnt wird, so als sei sie selbstverständlich, regt die Wahrnehmung der gegenwärtigen Bedrohungen zu aussagekräftigeren Stellungnahmen an. In Deutschland werden die gegenwärtigen Kriege, der Stellenwert der Nation und die Rolle der EU zumeist implizit mit dem Zweiten Weltkrieg verknüpft. In Polen tritt der Verweis auf den Krieg hinter die Erinnerung an die kommunistische Vergangenheit zurück, die die Wahrnehmung von Bedrohungen und auf allgemeinere Weise die Beurteilung der Entwicklung des Landes – oder der persönlichen Situation der Befragten – innerhalb der letzten zwanzig Jahre strukturiert.

7 Westdeutschland, Frau, 52 Jahre, Universitätsabschluss, Hausfrau.

Die Verweise auf den Kommunismus: eine Vergangenheit, die vorübergeht… aber nicht auf die gleiche Weise

Nach welchen Modalitäten und innerhalb welcher sozio-professionellen Kategorien kommt es in Polen und Ostdeutschland in einem Interview, in dem es vor allem um tagesaktuelle Fragen zu Europa geht, zu Verweisen auf die kommunistische Periode? Bei einigen polnischen Befragten erscheint die Erinnerung an die kommunistische Vergangenheit im Hintergrund, als Gegenpol zu den positiven Assoziationen, die mit dem EU-Beitritt verbunden werden. Die EU wird als ein wirtschaftlich hoch entwickelter Raum gesehen, der neue Möglichkeiten bietet (Arbeit oder Reisen) und mit moderner Technologie assoziiert wird. Diese positiven Assoziationen stehen im Gegensatz zur Erinnerung an das frühere Regime, das als autoritär wahrgenommen wird und das die Bewegungsfreiheit (alle Befragten beziehen sich darauf) und die Unternehmungsfreiheit (dies sprechen die Angestellten des privaten Sektors und die Selbständigen an) einschränkte. Die kommunistische Vergangenheit wird also mit Mangel, Warteschlangen und Produkten von schlechter Qualität verknüpft. Die Verfügbarkeit und die Qualität der Konsumgüter unter dem Kommunismus werden in den ostdeutschen Interviews nicht angesprochen, im Gegensatz zur Reisefreiheit, die systematisch wiederkehrt. Einerseits war die Situation der Verbraucher in der DDR weniger angespannt, und andererseits wird der Zugang zu westlichen Gütern vermutlich eher mit der deutschen Wiedervereinigung als mit dem zeitgleichen EU-Beitritt verbunden.

Der Kommunismus wird mit lästigen Grenzkontrollen assoziiert, und zwar von Personen, die sich ihnen unterziehen mussten oder von denjenigen, die keinen Reisepass bekamen: Somit ist die praktische Erfahrung mit Europa vor allem eine Erfahrung von Bewegungsfreiheit. Dieses Argument wird von den polnischen Befragten – Kategorien übergreifend – am spontansten zitiert, um ihre positiven Assoziationen in Bezug auf Europa auszudrücken. Zwar haben die meisten Befragten die Erfahrung eines Auslandsaufenthalts gemacht (Reisen, Handelsaustausch, Saisonarbeit, Kauf eines Gebrauchtwagens…), doch bestehen auch Personen, die das Land niemals verlassen haben, auf diesem Punkt, so als seien sie durch Vermittlung anderer gereist („Die jungen Leute können reisen“).[8] Der Bezug zur kommunistischen Periode dient somit als Gegenpol bei der Erwähnung dieser neuen Rechte, die als Wiedererlangung von „Normalität“ wahrgenommen werden. So führt ein Arbeiter in

8 Die ausgeprägte Abwanderungsbewegung, die durch die fortschreitende Öffnung der westlichen Arbeitsmärkte für die Arbeiter der neuen Mitgliedsstaaten verstärkt wurde, trägt vermutlich zur Augenfälligkeit dieses Themas bei. Im Gegensatz dazu äußern einige Befragte Bedenken in Bezug auf die Öffnung der Grenzen, auf Grund der damit einhergehenden Abwanderung von qualifizierten Fachkräften oder auch des Risikos einer Zunahme des Schwarzhandels.

einem großen Stahlwerk zahlreiche kritische Verweise auf die kommunistische Vergangenheit ins Feld und hebt dabei vor allem die Schwierigkeiten, ins Ausland zu reisen, hervor. Er stellt diese Vergangenheit „als wir Bürger zweiter Klasse waren“ der Gegenwart gegenüber: „Wir fühlen uns wie normale Europäer und wollen auch normal behandelt werden“.[9] Der Wunsch, in den Genuss der gleichen Rechte und Freiheiten zu gelangen wie die Bürger des westlichen Europa geht somit mit der – weit verbreiteten – Furcht einher, dass die polnischen Bürger innerhalb der EU weiterhin einen untergeordneten Status einnehmen könnten.

Die Frage der Bewegungsfreiheit ist in den Interviews mit den Ostdeutschen wesentlich stärker präsent als in den Gesprächen mit den westdeutschen Bürgern.[10] Die Teilung der beiden deutschen Staaten, die zahlreiche Familien auseinander gerissen hatte, hatte die starken Einschränkungen bei den Ausreisevisa aus der DDR zu einem besonders brennenden Thema gemacht.[11] In den Interviews kehrt das Bild des Eingesperrtseins und das Gefühl, innerhalb der Grenzen des eigenen Landes gefangen gewesen zu sein, regelmäßig wieder, und die durch die Einführung des Euro erleichterte Reisefreiheit wird der EU zugeschrieben. Die Bewegungsfreiheit, die die Probanden seit 1989 genießen, wird aus der Perspektive ihrer persönlichen Erfahrungen betrachtet – durch individuelle Begegnungen und die Entdeckung einer anderen Kultur, die als Form der Konstruktion Europas von unten interpretiert wird. Doch führt die Frage nach der Reisefreiheit häufig zu ambivalenten Urteilen, wenn sie durch die Erfahrung der Vergangenheit noch einmal gelesen wird. Häufig wird ein zunächst positives Urteil, das auf einer Logik des „vor“ und „nach“ der Wiedervereinigung aufbaut, von einer stärker nuancierten Meinung über die Auswirkungen der Liberalisierung der persönlichen Bewegungsmöglichkeiten, wie sie gegenwärtig erlebt oder in die Zukunft projiziert werden, relativiert. Indem sie von einem positiven Urteil zur Äußerung von Risiken übergehen, ändern die Probanden ihr argumentatives Register radikal: Von einem durch persönliche Berichte genährten geschichtlichen Repertoire gehen sie zu einer Bewertung über, bei der wirtschaftliche Risiken oder durch die Emigration bedingte Sicherheitsrisiken, Outsourcing oder der Druck auf die Arbeitnehmer eine bestimmende Rolle spielen.

Unter den polnischen Aussagen, die mit der Kollektiverfahrung des Kommunismus, aber auch, insgesamt betrachtet, mit einer weiter zurückliegenden Vergangenheit verbunden werden können, finden wir Parallelen zwischen der EU und der politischen Form des Imperiums. Manchmal wird diese

---

9 Polen, Mann, 53 Jahre, Arbeiter.

10 Im westdeutschen Korpus gibt es keinen Gegensatz zwischen einem „davor“ und einem „danach“, außer der Einführung des Euro, der nach Meinung der Befragten das Reisen erleichtert hat.

11 Ungefähr zwei Drittel der Ostdeutschen hatten Familienangehörige in der BRD.

Wahrnehmung der EU nicht ausschließlich in einem kritischen Modus strukturiert. Eine pensionierte Psychologin, die 1910 geboren wurde, zieht eine Parallele zum österreichisch-ungarischen Kaiserreich: „Ich habe überhaupt keinen Grund gesehen, außerhalb der Union zu bleiben. Die Idee der Europäischen Union selbst hat mir gefallen, ich kannte die Union, denn das österreichische Kaiserreich war so eine Union, nicht wahr?“. Dagegen wird die um das Bild einer außenstehenden Macht herum entwickelte Verknüpfung, die man in Polen (aber auch im tschechischen Korpus) findet, häufiger zwischen den Verpflichtungen durch die EU und der sowjetischen Vorherrschaft hergestellt: „Damals haben wir uns über den Kommunismus lustig gemacht, über ihre absurden Gesetze, Ukas und Befehle, aber jetzt stürzt sich die Union in die gleiche Sache hinein“.[12] Diese Analogie übernimmt manchmal Elemente von Parolen der Beitrittsgegner, die in der Zeit vor dem Beitritt Formulierungen wie „gestern – Moskau, heute – Brüssel“ verbreiteten. Die politischen Stellungnahmen mancher Regierungsmitglieder tragen dazu bei, diesen Typ von Diskurs zu nähren.[13] Der implizite Verweis auf die Perioden der Beherrschung durch außenstehende Mächte wird häufig vorgenommen, um der Furcht Ausdruck zu verleihen, dass Polen ausgebeutet würde („Wir sind Aschenputtel“) und sich Entscheidungen der großen Länder („Deutschland, zusammen mit den Briten, unterwirft uns seinem Gesetz“) unterwerfen müsste, die für es negative Auswirkungen haben würden. Die Parallele mit der UdSSR kann auch dazu dienen, die pro-europäischen Kampagnen zu kritisieren, deren Intensität als Propagandaoperation wahrgenommen wird und somit einen „déjà vu“ – Effekt auslöst: „Manchmal denke ich, dass es übertrieben ist, denn als ich angefangen hatte zu arbeiten, drehte sich alles um die Sowjetunion und jetzt dreht sich alles um die Europäische Union, der Übergang von einem zum anderen scheint mir ein bisschen übertrieben“.[14] Diese Verknüpfung hilft, die immer wieder auftretenden eschatologischen Erklärungen einiger polnischer und tschechischer[15] Probanden zu verstehen, nach denen die EU „explodieren wird“ und auf mittelfristige Sicht nicht mehr existieren wird, so wie andere Imperien, die untergegangen sind.

Diese Parallele zwischen der EU und einem Imperium – dem sowjetischen oder einem anderen – ist im ostdeutschen Korpus überhaupt nicht vorhanden.[16] Dort wird weniger die sowjetische Vormachtstellung erwähnt, um

---

12 Polen, Mann, 48 Jahre, Arbeiter.

13 Präsident Lech Kaczynski hat mehrfach erklärt, dass Polen innerhalb der EU wie ein Mitglied zweiter Klasse behandelt würde.

14 Polen, Frau, 58 Jahre, pensionierte Grundschullehrerin, aus einem Dorf in Unterschlesien.

15 Wir danken Ondrej Cisar für diese Beobachtung in Bezug auf den Fall Tschechiens.

16 Während Russland von den ostdeutschen Befragten häufiger als eine Großmacht identifiziert wird als von den westdeutschen, ist in diesen ostdeutschen Diskur-

sich die politische Form der EU und ihre Verknüpfung mit der nationalen Souveränität vorzustellen, als die wirtschaftliche und symbolische Vorherrschaft der BRD während und nach dem Mauerfall. Um einschätzen zu können, welche Bedeutung die Erfahrung der deutschen Wiedervereinigung für die Strukturierung der Grundeinstellungen hat, empfiehlt es sich, zu betrachten, wie der Regimewechsel und seine Konsequenzen in den Interviews verbalisiert und mit der europäischen Integration in Verbindung gebracht werden.

Die Europa-Sozialisierung: die Auswirkungen der „langen Zugehörigkeit zu Europa" erfassen

Wie unzuverlässig statistische Korrelationen sind, die sich bemühen, um überzeugende Kausalbeziehungen herzustellen, wird im Fall der postkommunistischen Länder besonders deutlich. Während einige Studien das Vertrauen in die nationale Regierung als einen wichtigen Faktor für die Unterstützung der europäischen Integration betrachten (Anderson, 1998), stellen andere Arbeiten, die sich den neuen Mitgliedsstaaten widmen, die gegensätzliche These auf (Tanasoiu, Colonescu, 2008). Eine ähnliche Korrelation der Ergebnisse der Meinungsumfragen führt zu der einigermaßen paradoxen These, dass die Unterstützung des EU-Beitritts umso größer sei, je schlechter die wirtschaftliche Situation eines potenziellen Mitgliedslandes aussehe (Christin, 2005; Sànchez-Cuenca, 2000). Diese These unterminiert die Annahmen der in den alten Mitgliedsländern identifizierten Unterstützungsvariablen.

Über diese Resultate hinaus, die die Umkehrbarkeit der statistischen Korrelationen zeigen, die einen allgemeinen erklärenden Anspruch erheben, möchten wir hier die Auswirkungen der Dauer der EU-Zugehörigkeit hinterfragen, indem wir zwei Fragen entwickeln. Zunächst werden wir eingehend betrachten, wie die jüngere Kollektiverfahrung der systemischen Umwälzungen zu Beginn der 1990er Jahre in Polen und den neuen Ländern eingesetzt werden, um ein Urteil über Europa zu formulieren. An und für sich verweist das Wort „Europa" auf ein Ensemble von heterogenen räumlichen, geographischen oder politischen Vorstellungen. Welche Auswirkungen haben der nationale Kontext oder die Dauer der Europa-Sozialisierung? Diese Fragen müssen auf indirekte Weise, mittels der spontanen Assoziationen, die durch die Aufgabenstellung zu Anfang der durchgeführten Interviews hervorgerufen wurden, erfasst werden.

---

sen vor allem die asymmetrische Beziehung zwischen den alten und neuen Ländern strukturierend.

Systemischer Übergang und deutsche Wiedervereinigung: strukturierende Erfahrungen?

Außerdem möchten wir untersuchen, ob – und wie – die Erzählungen von distinktiven Kollektiverfahrungen durch die Erwähnung der systemischen Transformationen strukturiert werden. Aufgrund der Besonderheiten des Untergangs der jeweiligen Regimes und der Modalitäten des EU-Beitritts waren die europäischen Zielsetzungen in den öffentlichen Diskursen in äußerst ungleichem Maße sichtbar.

Mehrere Analysen bringen die Hypothese einer starken Verbindung zwischen der individuellen oder Kollektiverfahrung systemischer Transformationen und der Wahrnehmung von Veränderungen vor, die durch den EU-Beitritt herbeigeführt wurden (Bielasiak, 2002; Jasiecki, 2005; Mach und Niedzwiedzki, 2002; Tucker, Pacek, Berinsky, 2002). Die Häufigkeit der Erinnerung an die Periode der Transformationen variiert jedoch, je nach den sozialen Kontexten und Kategorien an Intensität und Bedeutung. Ein bemerkenswerter Unterschied zwischen dem westdeutschen und dem ostdeutschen Korpus ist die Verwendung des deutschen Wiedervereinigungsprozesses als Interpretationsmatrix für die Osterweiterung der EU. In den westdeutschen Interviews wird diese Parallele vor allem von den besser informierten und politisch interessierten Probanden ausgedrückt. Ohne systematisch in den ostdeutschen Interviews präsent zu sein, wird die Wiedervereinigung oft auch von den weniger politisierten Befragten angeführt, um einer gewissen Anzahl von Fragen, die im Interview angesprochen werden, einen Sinn zu geben: die Auswirkungen des Euro (eine Parallele zur Währungsunion von 1990), die Erweiterung, die Unterschiede im Lebensstandard und die vermuteten Auswirkungen der Subventionspolitik.

„- Ja, das Geld ist reichlich geflossen, aber für wen? Es ist in die Taschen einiger Wessis gegangen, die es schnell wieder zurück nach Hause geschafft haben. Die Unternehmen, die hier gebaut haben, das waren Unternehmen aus dem Westen. Und wo ist das ganze Geld geblieben? Wiederum im Westen…
- Und was denkst Du zum Beispiel über den EU-Beitritt Polens und jetzt auch von Rumänien, Bulgarien… und den Baltischen Staaten? Hast Du dazu eine Meinung?
- Ja, die waren immer ein Teil von Europa… Jetzt sind sie in der EU. Das ist alles schön und gut. Aber die werden es genauso machen, wie sie es hier im Osten gemacht haben. Sie werden das Gleiche tun. Ein paar Tausend von uns werden auf ihre Kosten Milliarden verdienen.“[17]

17 Ostdeutschland, Mann, 46 Jahre, kleiner Landwirtschaftsbetrieb, 8 Jahre Schulbesuch.

Zahlreiche Probanden, denen es an Informationen mangelt, um einen zusammenhängenden Diskurs über die EU zu konstruieren, setzen auf diese Weise einen in den neuen Ländern „verfügbaren" Diskurs ein, um in der Interviewsituation ihr Gesicht zu wahren. In dem zitierten Auszug wird die Ost-West-Problematik mit den Begriffen Reich und Arm, sowie Ausbeuter und Ausgebeutete neu bewertet. Andere Befragte, denen es schwer fällt, den Binärgegensatz Ost-West zu artikulieren, behalten nur den Gegensatz zwischen den relativ ungenau bestimmten „Großen" und dem „kleinen Mann", mit dem sie sich identifizieren, bei.

Bei den Personen, die einen Teil ihres Erwachsenenlebens in der DDR verbracht haben und denen es schwer fällt, Aufhänger zu finden, um über Europa zu sprechen, wird das gesamte Interview von ihren persönlichen Erfahrungen strukturiert. Die Urteile über die Wiedervereinigung und die wirtschaftlichen Umwälzungen werden also mehr oder weniger direkt auf die europäischen Themen übertragen. Zwar lässt sich der kognitive Zusammenstoß zwischen der Wiedervereinigung und der EU häufiger bei den „Verlierern" des Übergangs finden, doch können ihn auch die „Gewinner" als kognitive Grundlage für einen abstrakteren Diskurs verwenden:

> „Die Leute hatten nach der Wende einen Haufen Träume und Hoffnungen und so weiter, und die Enttäuschung war riesengroß, weil, weil… Ich denke auch, weil die EU wahrscheinlich zu sehr auf die wirtschaftliche Integration gesetzt hat. Das ist wie mit der DDR, ja: „Ihr kriegt jetzt alle die Deutsche Mark, und dann wird es euch allen gut gehen", nicht wahr. Ja, und jetzt schauen Sie sich Ostdeutschland mal ein bisschen an, und für die Slowakei und so weiter gilt das ja auch, in einem größeren Maßstab… Also, nein, ich will sagen, dass das Kräfteverhältnis zwischen BRD und DDR, das ist genau wie Westeuropa und Osteuropa, das ist vergleichbar. Ja, das finde ich absolut problematisch. […] Was mir nämlich an der EU überhaupt nicht passt, ist eben dieser, dieser neoliberale Weg, der da im Gange ist."[18]

Im Gegensatz zu dem, was man bisweilen in Polen antrifft, wo der EU-Beitritt einige Befragte auf eine Verbesserung der staatlichen Fürsorge für prekäre Situationen hoffen lässt, war der Zusammenbruch der ostdeutschen Wirtschaft in den neuen Ländern zu Beginn der 1990er Jahre durch den Sozialstaat abgedämpft worden, der heute seinerseits durch den Druck der wirtschaftlichen Konkurrenz der osteuropäischen Länder als bedroht angesehen wird. Zwar bleibt der Kontext der systemischen Transformationen in Polen eine – unmittelbare und vor allem indirekte – Bezugsgröße, die zwar relativ präsent ist, jedoch in unterschiedlich starker Ausprägung. An die Periode der Transformationen wird dort mittels Fragmenten von Lebensberichten erinnert, ohne dass damit notwendigerweise eine gefestigte Meinung über die EU einher geht. So

18 Ostdeutschland, Mann, 29 Jahre, Ingenieur.

prägt die Erfahrung der Arbeitslosigkeit die weitere Entwicklung der befragten Personen zutiefst. Eine Technikerin eines großen staatlichen Unternehmens, die kurz vor ihrer Rente entlassen worden ist, zeigt sich äußerst erschüttert über dieses Ereignis, ohne es jedoch in Beziehung zu ihrer Wahrnehmung der EU zu setzen. Gemäß einem Modus der „nicht negativen Bewertung aus der Distanz",[19] zeigt sie sich der EU gegenüber positiv eingestellt und behauptet, „keinerlei Gründe zu haben, um „anti" zu sein". In einigen Fällen kann die Kritik an der eigenen materiellen Situation Anlass zur positiven Bewertung der EU geben, wie bei einer ehemaligen Direktionsassistentin eines großen staatlichen Unternehmens, die ein Wirtschaftsabitur besitzt und seit 1990 arbeitslos ist.[20] Indem sie eine Distanz zur Politik wahrt - und durch ihre eigenen Umstände bedingt die Sozialpolitik in Polen kritisiert, scheint sie von der EU eine günstige Entwicklung für alle Personen, die sich in einer prekären Lage befinden, zu erwarten.

„- Zur Zeit der „Roten" lebte ich sehr gut. Und jetzt finde ich keine Arbeit mehr, ich war wirklich von der Arbeitslosigkeit betroffen. Ich bin obdachlos…
- Hat der EU-Beitritt Polens etwas an Ihrer Situation oder an Ihren allgemeinen Wahrnehmungen verändert?
Wissen Sie, ich bin kein Politiker, ich habe keine Politik gemacht, aber bei uns kann jeder etwas zu diesem Thema sagen, und jetzt kann man sogar viel dazu sagen. Ja, ich denke, dass der EU-Beitritt unserem Land viel gebracht hat. Das heißt verschiedene Zuwendungen für die Entwicklung… der Städte. In unserer Stadt gibt es zum Beispiel eine Brücke, es gab keine Zufahrtsstraßen, jetzt hat man sie gebaut, auch das dank der Zuwendungen der Europäischen Union. Und selbst hier, in dem Unterbringungszentrum (für Obdachlose) wird Nahrung verteilt. Und diese Produkte kommen aus der Europäischen Union, das steht darauf. Die Nudeln, der Buchweizen. Ich denke also, dass es eine gute Sache ist, was den Beitritt zur Union betrifft… Denn diese sozialen Angelegenheiten haben sich für die Arbeitslosen oder die Obdachlosen ein bisschen verändert. Jeder bekommt etwas".

Für einige Befragte dient die Erwähnung der durch die liberalen Reformen der 1990er Jahre verschlimmerte Prekarität dazu, ihre Entscheidung für die Auswanderung zu rechtfertigen, wie bei der Tochter eines Landwirts, die inzwischen in Brüssel lebt. Der Ausdruck der wirtschaftlichen Schwierigkeiten („bei uns in Polen ist es hart") bezieht sich auch auf ihr Image als Einwanderin in einer prekären Situation („die hielten uns für Afrikaner", „die Leute wussten nicht, dass wir auch Autos haben").[21] Beim Thema EU denkt die politisch desinteressierte Probandin an die Arbeitsstelle ihrer Arbeitgeber, deren

19 Siehe Kapitel 3.
20 Polen, Frau, 52 Jahre, arbeitslos.
21 Polen, Frau, 36 Jahre, Hausfrau.

Wohnung sie putzt: Gebäude, die sie nie betreten hat, obwohl sie in der Nähe wohnt. Für die Personen ohne politische Kompetenz bleiben die Institutionen der EU somit unsichtbar, obwohl sie möglicherweise täglich selbst eine Europa-Erfahrung als Auswanderer machen.

Für die polnischen Befragten, die an eine negative Erfahrung mit den Transformationen erinnern oder einen beruflichen Abstieg erlebt haben, scheint sich die Erfahrung der „Übergänge" mit den Veränderungen, die mit dem EU-Beitritt verbunden waren, zu vermischen und auf diese abzufärben. Dies ist bei mehreren Probanden der Fall, die über 60 Jahre alt sind. Für diese Generation stellt das Jahr 1989 einen weitaus bedeutenderen biographischen Einschnitt dar als das Jahr 2004. Dies hält diese Personen jedoch nicht davon ab, die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Reformen als Antworten auf den ausdrücklichen Befehl der EU zu interpretieren.[22] Die Unternehmer erleben dies genau umgekehrt. Personen, die den Binnenmarkt über den Handel, den Austausch und die Regelungen, mit denen sie konfrontiert sind, erleben, erwähnen die Periode der Umwälzungen relativ selten, höchstens, um zu sagen, dass „der Kommunismus gestürzt worden ist". Sie beziehen sich auf die konkreten Folgen der Übernahme der EU-Richtlinien, und betonen dabei auch, dass es eine Art Effekt der Vorwegnahme des Beitrittsmoments gab.

> „Vor dem EU-Beitritt waren wir kein kommunistischer Staat mehr, da es den freien Markt gab und alles bereits wie im Westen funktionierte. Es gab bloß noch kein unterschriebenes Zertifikat dafür, dass wir in der EU sind. Aber wir haben alle Prinzipien und Normen derart an die Union angepasst, dass, selbst bevor wir zur Union gehörten, bei uns im Prinzip alles schon so funktionierte wie innerhalb der Union."[23]

Die subjektiven Zeitlichkeiten der systemischen Transformationen und des Beitritts variieren je nach der sozialen Position der Individuen. Für die sozioprofessionell höher stehenden Kategorien, das heißt für diejenigen, die am wirtschaftlichen Austausch innerhalb des Binnenmarktes teilnehmen oder über ein hohes Bildungsniveau verfügen, erscheint die EU als eine spürbare Realität, die Polen faktisch schon vor 2004 durchdrungen hat. Für die niedrigeren Kategorien oder für Personen, die sozial abgestiegen sind, bleibt die EU ein weiter entfernter und abstrakter Horizont. Sie kann als eine bedrohliche außenstehende Kraft wahrgenommen werden, die die Verlierer bestraft oder, im Gegensatz dazu, als ein willkommener Zwang, der es ermöglicht, die Unzulänglichkeiten des polnischen Staates zu beheben. Somit sind ihre Auswirkungen erst nach dem Beitritt durch greifbare Errungenschaften wahrnehmbar.

---

22 Wir danken Katarzyna Jaszczyk für ihren Hinweis auf diesen Punkt.
23 Polen, Mann, 36 Jahre, Eigentümer eines kleinen Lieferunternehmens.

Unsere Untersuchung zeigt, dass der tatsächliche EU-Beitritt der fünf neuen deutschen Länder die eigentlich europäischen Themen in den Hintergrund gerückt hat. Da der EU-Beitritt ein Nebeneffekt der Wiedervereinigung war, zu dem es kaum eine öffentliche Debatte gegeben hat, ist es vor allem die Problematik der neuen/alten Länder, die mit der Umwälzung und ihrer Logik assoziiert und ihr kausal zugeschrieben wird. In Polen ist die Verbindung zwischen den systemischen Transformationen und dem EU-Beitritt expliziter und spiegelt den tatsächlichen Zusammenstoß unterschiedlicher Reformwellen wider, ohne dass der Beitritt von den Probanden jedoch als fundamental angesehen würde. Die Befragten, die niedrigeren sozioprofessionellen Kategorien angehören und Schwierigkeiten dabei haben, sich über die EU zu äußern, können auf die Frage des Beitritts zu sprechen kommen, ohne sich wirklich einzubringen („Ich würde sagen, dass das gut ist"), wenn sie von der wirtschaftlichen Situation im Land sprechen, die sie als schlecht einschätzen („Wenn sich die Dinge in unserem Land doch nur ein klein wenig verändern könnten"). Allgemein lässt sich sagen, dass die Menschen, die diese Prozesse durchlaufen und diejenigen, die die Gelegenheiten ergreifen, die sich daraus ergeben, nicht in gleicher Weise am Zusammenstoß von Transformation und Beitritt Anteil nehmen.

Die Auswirkungen des Beitritts auf die Vorstellungen von Europa

Unsere Ergebnisse zeigen, dass es zu einfach ist, die Unterstützung der EU auf eine Konzeption der Zeitlichkeit zu reduzieren, die sich auf die Zugehörigkeit zur Gemeinschaft beschränkt. Über die Ambivalenzen hinaus kann der Begriff „Europa" in unterschiedlichen Kontexten unterschiedlich interpretiert werden. In Frankreich hat der politische und universitäre Diskurs eine allgemein gebräuchliche Synekdoche durchgesetzt, die den Teil (die EU) als ein Ganzes (Europa) betrachtet. In den neuen Mitgliedsstaaten ist diese Überlagerung von Europa (als geographischem oder kulturellem Raum) und Europäischer Union nicht selbstverständlich. In den politischen Diskursen ist die im weitesten Sinne historische Zugehörigkeit zu Europa angeführt worden, um den Anspruch, zu Europa zu gehören, zu legitimieren. Diese Präzisierung ist notwendig, um zu verstehen, warum zahlreiche deutsche und polnische Befragte, die den gehobenen oder mittleren Bevölkerungsgruppen entstammen, auf die Interview-Vorgabe mit einer Frage antworten: „Meinen Sie Europa oder die Europäische Union?". Um die EU zu erwähnen, benutzen die polnischen Befragten – darunter Krankenschwestern, Arbeiter oder Obdachlose – im Allgemeinen den Begriff „Union". Diese mehrdeutigen Erwähnungen Europas spiegeln auch die Art und Weise wider, wie Europa in den Diskursen repräsentiert wird.

In Deutschland verstehen die Probanden Europa zunächst als einen geographischen, historischen und kulturellen Raum mit positiven Konnotationen („kulturelle und historische Wurzeln", „Mitteleuropa", „die Kunst"). Sie trennen diesen Raum klar von der Europäischen Union, einem politischen Objekt, das man nur schwach identifiziert hat und das bei allen Bevölkerungsgruppen oft negative Assoziationen hervorruft, wobei allerdings verschiedenartige Register und Themen mobilisiert werden. In Polen ruft der Begriff „Europa" geographische („Kontinent") und historische Assoziationen hervor, wobei wahrscheinlich schulische („Wiege der Demokratie", „griechische Göttinnen") oder emotionale („eine große Familie") Verweise eingesetzt werden.

Unter den Befragten mit geringerem kulturellem Kapital sind es vor allem die Reisen ins Ausland, die dank der Reisefreiheit und dank des Euro einfacher geworden sind. Diese bilden die Grundlage einer Europa-Erzählung, die den Kontinent als einen Raum des Austausches beschreibt, der es den Versuchspersonen erlaubt, eine Verbindung zwischen Europa und der EU herzustellen und deren Besonderheit zu identifizieren.

„Was ich sehr positiv finde, ist das Multikulturelle, dass wir viele, viele Länder mit vielen verschiedenen Kulturen haben, was in den Vereinigten Staaten oder in Australien nicht der Fall ist, oder was man auf dem asiatischen Kontinent nicht so findet wie in Europa. Ich finde, dass die Geschichte Europas viel interessanter ist als auf jedem anderen Kontinent. Und die Dichte von Europa ist sehr interessant, finde ich, zum Beispiel in Bezug auf andere Kontinente, dass man beispielsweise von Deutschland aus in einer Stunde in Dänemark ist oder innerhalb von zwei Stunden in Polen."[24]

Die Reisefreiheit und die Begegnung der europäischen Völker und Kulturen sind in den Diskursen der Befragten mit einer Sozialisierung in der DDR besonders präsent, aber auch in Polen. Sie werden häufig bereits zu Beginn des Interviews erwähnt. Zwar kommen diese Elemente auch in den westdeutschen Interviews vor, doch so handelt es sich für zahlreiche Ostdeutsche um eine wirkliche Zäsur in ihren biographischen Erfahrungen.[25]

Zu diesen insgesamt positiven Erwähnungen Europas kommt bei den polnischen Befragten manchmal ein Verweis auf die Teilung des Kontinents während des Kalten Krieges hinzu. Diese Überlegung hebt die geopolitische Situation ihres Landes innerhalb des sowjetischen Einflussbereiches hervor. Der westliche Teil des Kontinents, ja sogar das Europa der EU, werden somit

24 Ostdeutschland, Mann, 28 Jahre, ein Koch, der viel reist.

25 Diese positive Verbindung zwischen der Möglichkeit des Reisens und der EU kann sich für wirtschaftlich marginalisierte Personen umkehren, da sie nicht über ausreichende Ressourcen verfügen, um von der Reisefreiheit profitieren zu können.

mit der Demokratie und dem wirtschaftlichen Fortschritt assoziiert. Die zwangsläufige Nicht-Mitgliedschaft in der EWG wird auf negative Weise als Faktor der Marginalität und des zivilisatorischen Rückstandes interpretiert.

„- Europa ist in erster Linie ein Stück Land, daran denke ich, ein Territorium, aber ist es positiv oder negativ? Man kann es als beides ansehen. Nehme ich Europa als Ganzes oder als ein in Osteuropa, Zentral- und Mitteleuropa, geteiltes Europa, das heißt, man kann es auf folgende Weise entwickeln: Der Ostteil lässt mich eher an negative Dinge denken, der Grund dafür ist klar, ich bin eine Person mittleren Alters, also erinnere ich mich noch gut an die Zeiten, als die Dinge in unserem Land anders abliefen, und das ruft bei uns keine positiven Assoziationen hervor. Wenn ich aber Zentral- und Westeuropa betrachte, da sind die Assoziationen natürlich positiv…
- Sie haben Erinnerungen angesprochen, die Erinnerung an eine andere Zeit in Bezug auf Osteuropa, woran denken Sie?
- Ich dachte an das System, das vorher in diesem Land herrschte, an den Kommunismus. Der war mit einem Riesenhaufen von Beschränkungen verbunden, einem totalen Fehlen von Demokratie und immer, immer mehr Leuten, die älter waren als ich, die besser darüber Bescheid wussten, was damals in der Welt geschah, die gegen dieses System waren und die sagten, man hörte von ihnen, dass das westeuropäische System ein besseres System sei, ein demokratischeres.“[26]

Der Verweis auf die Teilung des Kontinents kommt nicht nur bei Personen vor, die über ein großes kulturelles Kapital verfügen, doch wird er ansonsten in weitaus zögerlicheren Begriffen ausgedrückt. „Geographisch gesehen gehören wir zu Europa, nicht wahr?… Aber was wirtschaftliche Ziele betrifft, da gehören wir nicht zu Europa, da gehören wir zum Ostteil, nicht wahr?“[27]

Der Ost-West-Unterschied, der einen Teil der positiven Konnotationen der EU in Polen erklärt, ist in den Interviews in beiden Teilen Deutschlands präsent, hat dort jedoch eine andere Bedeutung. Für viele westdeutsche Befragte aus fast allen sozialen Schichten handelt es sich um eine ausschließlich wirtschaftliche Angelegenheit. Während der Beitritt der neuen Mitgliedsstaaten von der Mehrzahl der Probanden als eine gute – oder unvermeidliche – Sache bewertet wird, wird der wirtschaftliche Rückstand des Ostens als Bedrohung wahrgenommen. Die Erweiterung wird also mit dem Outsourcing deutscher Unternehmen auf der Suche nach billigeren Arbeitskräften und einer erleichterten Besteuerung assoziiert (die Nokia-Affäre ist von Befragten aus allen sozialen Milieus zitiert worden, außer von den am stärksten benachteiligten) oder auch mit den Kosten, die sie für den deutschen Steuerzahler darstellt.

26 Polen, Mann, 40 Jahre, ehemaliger Sportlehrer, Unternehmer.
27 Polen, Mann, 56 Jahre, Landwirt.

Die Ostdeutschen werfen einen ambivalenteren Blick auf den Ost-West-Unterschied als die polnischen oder westdeutschen Befragten. Dort ist der geopolitische „Andere" weniger klar bestimmt und schwankt zwischen zwei Polen. Der erste hebt den Unterschied von Lebensstandard und Lohnniveau hervor, der sofort nach dem Überschreiten der (oft sehr nahen) deutsch-polnischen Grenze wahrnehmbar ist und übernimmt, auf manchmal sehr entschiedene Weise, von Anekdoten und persönlichen Erfahrungen genährt, die von den Westdeutschen entwickelten Themen. Im zweiten Fall ist der „Andere" vor allem der Westdeutsche oder das westdeutsche System und spiegelt damit eine Lesart wider, bei der weniger die geopolitische Spaltung zentral ist, als die soziale Spaltung zwischen den Mächtigen und den Schwachen. In Polen schreiben die Befragten aus verschiedenen Kategorien in unterschiedlichen Registern der „Union" die Rolle des „Anderen" zu, der dominiert, „fordert" und „auferlegt", eine EU, die „zerstört" (die Bauernhöfe, die Fabriken), die aber auch „retten" kann.

Schlussbemerkung

Die vergleichende Analyse zwischen dem polnischen und dem deutschen Terrain zeigt, dass die Berücksichtigung der Zeitlichkeit und der Kollektiverfahrungen ein stichhaltiger Unterscheidungsfaktor ist. Jenseits der einschränkenden Konzeptionen dieses Faktors, wie dem Datum des Beitritts zur EU, wirkt sich die Erwähnung der mehr oder weniger nahen Vergangenheit auf die Art und Weise aus, wie der Diskurs über Europa konstruiert wird. Die historischen Verweise sind nicht in jedem nationalen Fall einheitlich strukturiert. Oft werden diese Erwähnungen der Vergangenheit eher auf anspielende Art und Weise, *a contrario*, oder durch einen Bezug zur individuellen Erfahrung geäußert. Es wäre also schwierig, in der historischen Vergangenheit und in der Erinnerung an sie einen umfassenden Rahmen (*frame*) zu suchen, der auf einheitliche Art und Weise auf die Bürger eines jeden Landes einwirkt. Es handelt sich eher um ein Repertoire von verfügbaren Referenzen, auf das verwiesen werden kann, Referenzen, die je nach Politisierungsgrad, Bildungsniveau, familiärem Kontext oder individueller Erfahrung auf unterschiedliche Weise eingesetzt werden.

Der Vergleich erlaubt es, Ähnlichkeiten zwischen den untersuchten Fällen zu identifizieren: die allgemeinen Erwähnungen Europas durch Kategorien, die für schulmäßige Erzählungen empfänglich sind, die Wertschätzung der Reisefreiheit durch diejenigen, die ihrer beraubt waren, das von den „Beherrschten" geäußerte Gefühl, dass die EU zuvor existierende Machtverhältnisse reproduziert. Allerdings zeigen sich diese Machtverhältnisse auf unterschiedliche Weise: einerseits durch das Ost-West-Verhältnis, das dem wie-

dervereinigten Deutschland eigen ist, andererseits durch die Übertragung einer hegemonialen, politischen und ökonomischen Beherrschung auf die Länder des „alten Europa“, die von einigen polnischen Befragten befürchtet wurde. Die Unterschiede ziehen sich auch durch die historischen Erzählungen: In beiden Ländern kann Europa – allerdings nicht von den gleichen Bevölkerungsgruppen – mit der Befriedung des europäischen Kontinents assoziiert werden oder, im Gegensatz dazu, mit der kriegerischen Vergangenheit und der Spaltung durch den Kalten Krieg. Die Untersuchung erlaubt es, einige überkommene Vorstellungen neu zu überdenken. In Deutschland verhindert der gedämpfte und auf Konsens ausgerichtete Charakter des politischen Diskurses über Europa trotzdem nicht die Einnahme von häufig kritischen Positionen. Im polnischen Fall ermöglicht es die Wortmeldung „zu Europa“ einigen Bevölkerungsgruppen, ihr gewöhnliches Schweigen zu bestimmten Zeitpunkten zu überwinden und – klar eingegrenzte aber lesbare – Meinungen über die wahrgenommenen Auswirkungen des Beitritts zu äußern.

Die subjektive Konstruktion der Zeitlichkeiten lässt Zusammenstöße (Übergang/Beitritt, Erweiterung/deutsche Wiedervereinigung) und Verschiebungen (Zweiter Weltkrieg versus Irakkrieg; die EU als Großmacht) erkennen, bei denen die Bezugsgröße, an der der Befragte am meisten Anteil nimmt, schließlich die Oberhand gewinnt. Diese asynchronen Figuren, die mit der Mobilisierung divergenter Erzählungen über die Nation und/oder Europa verbunden sind (Ist die europäische Konstruktion ein Faktor der Befriedung oder der Spaltung des Kontinents?), bestätigen den Nutzen eines Vergleichs, der nach dem Begriff der Zeitlichkeit ausgerichtet ist.

Dritter Teil: Ressourcen

Europäische Redeweisen

Profane Ressourcen und Techniken zur Einnahme eines Standpunkts zu Europa

PHILIPPE ALDRIN, MARINE DE LASSALLE

Der wesentliche Teil der akademischen Literatur über den „europäischen Bürger" oder den „europäischen Wähler" beruht auf einer Vorgehensweise, die nach Korrelationen zwischen sozio-demographischen Daten und der Unterstützung der europäischen Union sucht. Gestützt auf die Daten der Eurobarometer neigen die Untersuchungen, die die Beziehung der Bürger zu Europa behandeln, somit traditionell dazu, die gleichzeitigen Variationen zwischen deren Neigung zur Europhilie und einigen ihrer sozialen Eigenschaften zu betonen. Damit zeichnen sich das Niveau des Studienabschlusses, aber auch das Einkommen, der Beruf und das Alter als Variablen ab, an denen sich die Grundeinstellungen zum politischen Europa unterscheiden lassen (Cautrès, 2001). Der Zusammenhang zwischen Studienabschluss und Europhilie, der sich fast überall beobachten lässt, hat manche Spezialisten dazu verleitet, in dieser Korrelation eine Kausalbeziehung zu sehen, so als würden diese Variablen einen mechanischen, zwangsläufigen Effekt auf die Europa-Beziehung ausüben. Spuren dieser Kausalisierung findet man in der Behauptung, die kognitive Anstrengung, die zum Verständnis der „europäischen Debatte" (die dann als abseitig, komplex und fachspezifisch definiert wird) erforderlich ist, sei derart groß, dass nur die Inhaber der höchsten Studienabschlüsse dazu in der Lage seien (Inglehart, Rabier, 1979). Diese Theorie der „kognitiven Mobilisierung" passt ziemlich gut zu komplementären Thesen, mit denen sie die Kombinationsspiele zwischen den gleichen unterscheidenden Variablen teilt. So auch zu derjenigen, die behauptet, dass Individuen, die sich physisch, ökonomisch und beruflich in Sicherheit fühlen, eher geneigt seien, die „Herausforderung" anzunehmen, das „Risiko" von Europa einzugehen und den „postmaterialistischen Werten", die es verkörpert, zuzustimmen (Inglehart, 1993).

Wie auch immer ihr hauptsächliches Erklärungsmodell aussehen mag,[1] werden all diese Analysen im Grunde ausgehend von zwei Postulaten produziert: vom europäisierenden, ja sogar Europhilie erzeugenden Effekt eines kleinen Bündels sozio-demographischer Variablen (in erster Linie dem Studienabschluss) und von der psycho-kognitiven Fähigkeit der Individuen, Europa zu beurteilen und einen persönlichen Standpunkt zu den Möglichkeiten und Gefahren, die es darstellt, einzunehmen. Diese Postulate bilden die theoretische Hauptunterstützung des systemischen Blickwinkels, durch den die „öffentliche europäische Meinung" traditionell erfasst wird, und der die europapolitische Szene gleichzeitig als Matrix und Produkt der europäischen Grundeinstellungen der Europäer sieht.[2]

Dieses Kapitel möchte in den Einzelinterviews und Gruppendiskussionen die Elemente aufspüren, die die Grenzen der Hauptthesen der Fachliteratur bekräftigen oder aufzeigen. Indem wir unsere Aufmerksamkeit darauf konzentrieren, auf welche Weise Standpunkte zum politischen Europa eingenommen werden, versuchen wir nicht, die eventuellen Zusammenhänge zwischen den sozialen Eigenschaften der Befragten und ihrer Europa-Beziehung auszumachen, sondern vielmehr die Ressourcen und Techniken, die sie je nach ihrer Lebenswelt einsetzen, um auf eine Frage nach Europa zu antworten. Ausgehend von einem stärker qualitativen Untersuchungsmaterial wird es also darum gehen, zu beobachten, welches „Wissen" und welche Techniken die Befragten einsetzen, um über Europa zu sprechen. Anschließend soll versucht werden, festzustellen, ob diese Redeweisen über Europa mit den Indikatoren der sozialen Eigenschaften der Befragten (Niveau des Studienabschlusses, Sicherheit des Arbeitsplatzes, Lebensstandard und Lebensweise) korrelierbar sind.

1 Es lassen sich folgende Haupt-Erklärungsmodelle für die europäischen Grundeinstellungen ausmachen: das utilitaristische (oder ökonomische) Modell, das auf der Untersuchung der Bürger beruht, indem es das Kosten-Nutzen-Verhältnis der europäischen Integration für sie abwägt; das ethisch-identitäre (oder psychologische) Modell, das auf der Prüfung der Werte und Identitäten beruht, durch welche sich die Bürger das gemeinschaftliche Abenteuer denken; das konfigurationelle (oder politische) Modell, das auf den Auswirkungen der (vor allem nationalen) politischen Faktoren auf die Meinungsbildung zu Europa beruht. Zu diesen drei Traditionen, mit einer unterschiedlichen Terminologie und Analyse, aber einer relativ ähnlichen Kategorisierung, siehe Hooghe und Marks, 2005.

2 Seit ihren Ursprüngen ist die Theorieproduktion über die öffentliche europäische Meinung weitgehend von der „Eastonschen Analyse" (Belot, Cautrès, 2008) inspiriert und neigte daher dazu, die Beziehung zum politischen Europa zunächst durch die *inputs* zu erklären (der „permissive Konsens" wirkt hier wie eine unklare systemische Unterstützung) und erst dann durch die *outputs* (das Urteil der Bürger über die Effizienz und den Nutzen der Politik der EU).

Nach Aufforderung über Europa sprechen

Die erfragten Meinungen als soziologisches Objekt

Wenn sie aufgefordert werden, auf die Fragen eines Interviewleitfadens zu antworten, in dem es um europäische Angelegenheiten geht, versuchen die Befragten gleichermaßen, einer Aufforderung nachzukommen, wie einen Standpunkt zu Europa zu äußern. Die Form des Austausches – ein halbstrukturiertes Einzelinterview oder eine Gruppendiskussion[3] – bringt die Befragten in die Situation, ganz offiziell Meinungen über Europa äußern zu müssen, ein Thema, das als technisch und schwierig gilt. Anders als bei den Untersuchungen mittels geschlossener Fragebögen enthüllen die durch diese Methode gesammelten Aussagen eine große Ausdrucks- und Argumentationsvielfalt und veranlassen die Interviewten dazu, ihre persönlichen Verständnis- und Beurteilungsrahmen zu offenbaren. Das Prinzip des Austauschs beruhte auf einer impliziten Aufforderung, die man folgendermaßen zusammenfassen könnte: „Welche Position können Sie in der Öffentlichkeit in Bezug auf das politische Europa einnehmen?“. Zwar weist dieser Aufforderungstypus – vor allem wenn er sich an Bekannte oder an „Bekannte von Bekannten“ richtet – eine gewisse Verwandtschaft zu Laiengesprächen über das politische Tagesgeschehen auf, doch wirkt sich das dazwischengeschaltete Untersuchungsdispositiv auf die Wortmeldung der Interviewten aus und verleiht ihr die soziologischen Eigenschaften eines Materials, das durch und für die Analyse konstituiert wurde. Das Befolgen eines Interviewleitfadens (der Thema, Vokabular, Modus und Reihenfolge der Fragestellung vorgibt), der quasi hierarchische Rahmen des Austauschs, das Vorhandensein eines Aufnahmemediums, der Verweis auf eine universitäre Institution und einen wissenschaftlichen Auftrag: All dies verleiht der Wortmeldung einen offiziellen Charakter, der die Interviewten tendenziell zu dem Versuch anregt, ihren Aussagen eine größere Kohärenz als anlässlich einer Konversation im alltäglichen sozialen Miteinander zu verleihen.

Die Untersuchungsmethode mag insofern individualisierend erscheinen. Somit können die halbstrukturierten Interviews, die im Laufe unserer Untersuchung aufgenommen wurden, ausgehend von der Art und Weise untersucht werden, wie die Interviewten zunächst die Aufforderung interpretieren, anschließend eine Haltung behaupten und schließlich unterschiedliche Ressourcen einsetzen, um ihre persönliche Meinung zu Europa darzulegen.[4] Von die-

3 Siehe Kapitel 1 des vorliegenden Buchs.

4 In den Begriffen Goffmanns kann man diesen Interviewtypus als „transformierten Rahmen“ definieren (hier modellisiert durch die Untersuchungsabsicht), der sich, indem er ihn umkehrt, auf den sozialen Rahmen der Konversation unter vier Augen oder in einer begrenzten Gruppe bezieht. Man nimmt an, dass die

sem Standpunkt aus geht aus der Lektüre der Interviews hervor, dass das Untersuchungsdispositiv nicht für alle Interviewten das gleiche Niveau an Zwang darstellt. Durch ihren Beruf und das Universum ihrer sozialen Beziehungen verfügen einige über „Märkte", wo sie regelmäßig Gedanken über Europa austauschen, und sind in gewisser Weise bestens mit Situationen der persönlichen Meinungsäußerung vertraut (Bourdieu, 1997). Andere dagegen fühlen sich in einer derart ungewohnten Situation sichtlich unwohl und drücken manchmal sogar ihre Verlegenheit oder ihr Gefühl der Inkompetenz gegenüber bestimmten Fragen explizit aus. Der Vergleich der Interviews, die in den vier von der Untersuchung abgedeckten Ländern durchgeführt wurden, zeigt ebenfalls, dass die Schwierigkeit, das Unwohlsein oder, im Gegensatz dazu, die Leichtigkeit der Teilnahme auch je nach den Formen variieren, die die öffentliche Debatte über Europa in jedem einzelnen Land annimmt. Andere Kriterien sind das Interesse oder die Beteiligung, die die unterschiedlichen Bevölkerungssegmente in Bezug auf die europäischen Themen an den Tag legen. Die sozialen Faktoren, die die Grundeinstellung – und damit auch die Eignung – der Interviewten angesichts des Untersuchungsdispositivs bestimmen, stellen somit einen besonders wichtigen Aspekt unserer Forschung dar. Indem wir unsere Aufmerksamkeit hauptsächlich auf die Grundeinstellung zu Europa richten, möchten wir diese Meinungen denaturalisieren, um sie nicht als Ausdruck eines „bereits vorhandenen" individuellen Urteils (das von sozio-demographischen Eigenschaften und kognitiven Kompetenzen bestimmt wird) zu analysieren, sondern als spezifische Messbarmachung einer Bereitschaft (oder Weigerung), innerhalb einer Interaktion ein offizielles Urteil abzugeben (und zwar einer Bereitschaft, die auf einer Erfahrung mit der Gesellschaft und einer Sozialisierung mit den Interaktionen des politischen Austauschs beruht).[5]

Seine Meinung öffentlich äußern: Auswirkungen des Publikums und Zielsetzungen des Wissens

Gemäß dieser Logik werden wir hier die Arten und Weisen der Meinungsproduktion zum politischen Europa analysieren, indem wir das von den Befragten eingesetzte Erklärungs- und Argumentationsmaterial und die allgemeine Haltung, die sie wählen, um ihren Standpunkt einzunehmen, einander annähern. Diese Grundeinstellungen ergeben sich nicht nur aus der „Persönlich-

---

Codes der Wortmeldung mit denjenigen des „normalen" sozialen Rahmens identisch sind (Goffman, 1977).

5 Pierre Bourdieu fordert dazu auf, die Meinungen „nicht als Dinge, die sich mechanisch und passiv addieren lassen, sondern als Zeichen, die sich durch Austausch, Diskussion und Konfrontation verändern können", (Bourdieu, 2001) zu behandeln.

keit" der Befragten, sondern aus richtiggehend sozialen Faktoren, wie der Vertrautheit mit dieser Art Übung, dem Beherrschen des Interviewthemas und der mehr oder weniger asymmetrischen Beziehung zum Interviewer. Da es keine Ausfluchtsmöglichkeit und keine außenstehenden Ressourcen gibt, sind die Befragten gezwungen, mit dem, was sie sind und was sie wissen, zurecht zu kommen. Die qualitativen Untersuchungen bestehen im Übrigen auf der Heterogenität der Techniken und Instrumente, die die Befragten benutzen, um Antworten zu formulieren oder um ihre Beziehung zum Politischen auszudrücken (R. Lane 1967, Bourdieu 1987, Eliasoph, 1990, Gamson). Sie betonen ebenfalls die je nach dem Profil der Befragten unterschiedlichen und variierenden Auswirkungen der Sammlungstechniken (öffentliches Sprechen, Diskussion mit anderen Individuen oder ausführliche Darlegung der eigenen Meinung vor einem Interviewer) auf die Äußerung der persönlichen Meinung. Diese Auswirkungen – die man als Auswirkungen des Publikums bezeichnen kann – liegen hauptsächlich an drei durch diesen Interaktionstypus bedingten Zwängen: dem Imperativ der Rechtfertigung der Meinung (der an ein Wissen angelehnt wird, dem Objektivität unterstellt wird, oder das im subjektiv Erlebten – aber als unbestreitbar Angenommenen – der Erfahrung verwurzelt ist); der Berücksichtigung anderer Standpunkte (die von anderen Gesprächspartnern geäußert werden oder implizit in den Fragen des Interviewers enthalten sind); dem Bemühen um die Wahrung der sozialen Fassade (jede Antwort oder Nicht-Antwort wird erklärt, um nicht das Gesicht zu verlieren oder scheinbar „die Interaktionsordnung" zu durchbrechen und ihre „Glückseligkeit" zu verhindern[6]). Die Auswirkungen des Publikums wirken also wie eine Anpassung der Individuen an eine ungeschriebene soziale Norm des Meinungsaustauschs. Eine Anpassung, die sich bei den Versuchen beobachten lässt, die vorgebrachten Gedanken und Argumente kohärent zu gestalten, aber auch bei der Art, die Aufforderung zu interpretieren und seine eigenen Fähigkeiten, ihr nachzukommen, zu bewerten (Eliasoph, 1990). Aus dieser Perspektive wollen wir unsere Analyse der gesammelten Meinungen darauf konzentrieren, in welchem Maße sich die Interviewten bemühen, ihren zu Europa eingenommenen persönlichen Standpunkt kohärent zu gestalten. Dabei wollen wir gleichzeitig versuchen, ihre Haltungen (ausgehend von den eingesetzten Ressourcen) zu kategorisieren, um sie der Position anzunähern, die sie im sozialen und politischen Raum des Europa von heute einnehmen. Indikatoren für diese Position sind die soziale und wirtschaftliche Situation, der Schulabschluss, der Beruf, die Lebenswelt und der Lebensstil oder auch die Nationalität. Sie werden zunächst als Indizien einer Sozialisierung oder eines Zusam-

6 Die Wahrung der „sozialen Fassade" der Gesprächspartner bedarf eines gegenseitigen Bemühens zur Vermeidung von „Kränkungen" (gegenüber dem Rahmen des Austauschs und gegenüber den Partnern) und von „Stigmata" (Goffman, 1959).

mentreffens mit Europa im weitesten Sinne (als geographischer Kontinent, Kulturraum oder institutionelles Gebilde) angenommen, und mit den Formen, in denen man ihm möglicherweise begegnet.

Haltungen und Ressourcen der Meinungen über Europa: drei tendenzielle Modalitäten

Die Ermittlung der Haltung der Interviewten ermöglicht es, die Art und Weise, wie sie eine Meinung zu Europa einnehmen (oder nicht), zu beschreiben und zu erklären. Um diese Frage nach der Haltung nicht auf ein psychologisches Problem zurückzuführen, haben wir versucht, in den Aussagen der Interviewten unterschiedliche Formen sozialer Identifikation zu isolieren. Beim Ausdruck und der Rechtfertigung ihres persönlichen Standpunkts zu Europa zeigen sie nämlich eine variable und von Person zu Person unterschiedliche Neigung, in der „Ich-Form" zu sprechen, oder im Gegensatz dazu in der „Wir-Form". Nun verweist aber der Gebrauch von Personal- oder Kollektivpronomen auf soziale Neigungen und ist soziologisch nicht zufällig verteilt (Bernstein, 1971). Er entspricht einem praktischen Sinn für Klassifizierung, der es erlaubt, sich selbst in einem strukturierten und hierarchisierten sozialen Raum wahrzunehmen und zu verorten, in dem man auch die anderen wahrnimmt und verortet. Diese Dimension, die mit der (objektiv zugeteilten und subjektiv eingenommenen) sozialen Position zusammenhängt, ist hier mit der Wahrnehmung verbunden, dass die Position, die man einnimmt, mehr oder weniger durch Europa strukturiert ist. Über die Verwendung des „Ich" oder des „Wir" hinaus – die alle beide auf eine oder mehrere Kollektivzugehörigkeiten verweisen können (Beruf, Nationalität, Generation usw.) – ist das vom Interviewten bevorzugte Identifikationsregister Indikator für mehrere Elemente seiner Haltung zu Europa. Mittels der Identifikationsregister, die er benutzt, verknüpft der Interviewte das Selbst mit einem Ort des Sozialen (einer geographischen Herkunft, einem Familienmodell, einem beruflichen Milieu, einer Altersklasse, einem Lebensstil usw.), das ihn mit Europa verbindet. Auch über die Verwendung des „Ich" (das empathisch oder universalisierend sein kann) oder des „Wir" (das auf äußerst vage strukturierte Kollektivzugehörigkeiten verweisen kann) hinaus, orientiert sich das Identifikationsregister an wiederholten Markierungen, durch die der Interviewte sagt, woher (Bezug zu einem sozialen, geographischen oder kulturellen Ort), als wer (Bezug zu den biographischen und spezifisch individuellen Eigenheiten) oder als was (Bezug zu einem sozialen, beruflichen, geographischen oder kulturellen Kollektiv) er sein Urteil über Europa äußert.

Die Haltung ist also nicht zufällig „ausgeliehen", sondern wird durch das bestimmt, was jeder Interviewte als persönliche Meinung über Europa in der Öffentlichkeit geltend machen will und vor allem kann. Auch hier sind die

soziale Position, der Beruf, das schulische und kulturelle Kapital, Operatoren für die Verbindung, ja sogar die Aneignung der europäischen Themen, die teilweise von den gewöhnlichen Formen der Beziehung zum Bereich des Politischen abweichen und wo die Zugehörigkeit zu einem nationalen Raum bedeutende Auswirkungen (des politischen Kontextes, des Verweises auf einen kulturellen Rahmen oder auf eine kollektive Identität) hat. So stellt Europa beispielsweise in den neuen Mitgliedsländern eine Möglichkeit zur Veränderung dar und schafft einen Erwartungshorizont, der das persönliche Interesse für die europäische Sache über das Interesse hinaus ausweitet, das von den Kategorien „gleichartiger" Interviewter innerhalb der Gründungsstaaten an den Tag gelegt wird. Im Allgemeinen wird die eingenommene Haltung jedoch durch die Ressourcen bestimmt, zu deren Einsatz die Interviewten in der Lage sind, um eine Meinung über Europa vorbringen zu können. Die Auswertung der Interviews zeigt, dass es sich um Ressourcen unterschiedlichster Art handelt. Die Antworten verbinden Wissenselemente, die aus der Erinnerung an Schulwissen, aus Diskursen in den Medien, aus Anekdoten usw. geschöpft werden. Um diese vielfältigen Ressourcen übersichtlich auszubreiten, haben wir als Unterscheidungskriterium die Quelle des eingesetzten Wissens festgelegt. Dies ermöglicht es, einerseits das unpersönliche Wissen, das hauptsächlich auf „Schul"-Wissen (darunter das Fachwissen allgemeiner Natur, wie die Prinzipien der Demokratie, die Geschichte oder die Struktur der institutionellen Ordnung Europas) und Diskursen aus den Medien basiert und andererseits das persönliche Wissen, das praktischen Erfahrungen und von den Interviewten oder ihren Angehörigen erlebten Anekdoten entspringt, unabhängig voneinander zu betrachten. In Bezug auf das politische Europa wird die klassische Korrelation zwischen schulischem Kapital und Rückgriff auf unpersönliches Wissen durch verschiedene Faktoren teilweise durchkreuzt. Die materielle und kognitive Entfernung der europäischen Institutionen und der technische Charakter der Themen und Debatten, die mit ihnen verbunden sind, scheinen die „konditionelle Wahrscheinlichkeit" zu mindern, dass Führungskräfte und Diplominhaber ihrer Meinung zu den politischen Fragen politisch Ausdruck verleihen. Umgekehrt kann bei den Interviewten, die den populären Milieus entstammen, das Schwimmen auf einer Welle der politischen und medialen Mobilisierung in Bezug auf Europa – besonders in den Ländern, die der EU erst kürzlich beigetreten sind (hier Polen und Tschechien) – einen systematischeren Verweis als gewöhnlich auf den medialen Rahmen zu diesem Thema erklären.

Ausgehend von dieser doppelten Interpretationsmatrix (soziales Identifikationsregister, Quelle der eingesetzten Ressourcen) möchte die Analyse der Einnahme verlangter Standpunkte über Europa ein qualitatives Material soziologisch betrachten und typologisieren. Das hierbei untersuchte Material vermischt Affekte, die sich auf persönliche Gründe oder kollektive oder uni-

verselle Werte stützen, scheinbar unzusammenhängende Verweise auf Ereignisse oder Debatten, diverse (auf unterschiedliche Weise je nach dem Lebenslauf oder den Auswirkungen des nationalen Rahmens) erworbene Neigungen, in der Öffentlichkeit an politische Themen zu denken und über sie sprechen zu können (oder nicht) in unzähligen Kombinationen miteinander. Bei der Untersuchung der Gesamtheit unserer Interviews haben sich drei tendenzielle Modalitäten der Meinungsproduktion zu Europa abgezeichnet:[7]

- Die erste Modalität ist diejenige der dezentrierten Rede, da sie sich hauptsächlich durch die Neigung des Interviewten auszeichnet, seine Aussage über Europa auf der allgemeinen Ebene gesellschaftspolitischer Probleme anzusiedeln – also jenseits von sich selbst – und sich auf andere Standpunkte in Europa und über Europa zu beziehen. Diese Kategorie von Interviewten legt im Allgemeinen eine Affinität zum politischen Kräftespiel und zu politischen Themen an den Tag, die sich durch die Nutzung des medialen und somit unpersönlichen Rahmens der öffentlichen Debatten über Europa und durch Verweise darauf auszeichnet, sowie durch eine mehr oder weniger ostentative Vertrautheit mit dem Wortschatz und den Konzepten dieser Debatten. Die Matrix eines Europa-Interesses (das zur Europhilie, zur Europhobie oder am häufigsten zu mehr heterogenen Wahrnehmungen tendieren kann) hat hier ihren Ursprung im Engagement innerhalb einer politischen Partei, doch häufiger noch in einer universitären Ausbildung und/oder einer beruflichen Tätigkeit, bei der Europa politisch Sinn macht. Zwar zielen die hier vorgetragenen Argumente darauf ab, dem Standpunkt über Europa eine universelle Gültigkeit zu verleihen, doch dienen sie nicht weniger dazu, ihn zu singularisieren, das heißt, ihn zu einem persönlichen Erzeugnis zu machen.
- Diese Neigung, die Alterität in sein eigenes Denken aufzunehmen – oder diese Neigung zum Dialogismus, wenn man so möchte – ist bei der zweiten Modalität wesentlich weniger präsent. Diese zeichnet sich dadurch aus, dass sich die Interviewten systematischer auf das Universum ihrer persönlichen Erfahrung stützen: Der Standpunkt gegenüber Europa wird im Wesentlichen vor dem Hintergrund erlebter Situationen (spezialisierter Fachkenntnisse, Reiseerfahrungen oder Kulturaustausche, Berufs- und Privatleben) artikuliert. Der Standpunkt zu den europäischen Institutionen und Fragen wird ausgehend von einem sozial verorteten und verortbaren Selbst – auf selektive oder wenigstens segmentäre Art und Weise – in Bezug auf Europa konstruiert. Doch erlaubt es hier die Erwähnung des Erlebten, des Terrains und der Realität den Interviewten, sich auf einen sozi-

7 Für eine Gesamtansicht der tendenziellen Modalitäten sei auf die Tabelle am Ende dieses Kapitels verwiesen.

alen Ort oder auf ein „Wir“ zu beziehen, die ihnen als tendenzielle Grundlage für einen Rückschluss auf Europa dienen können. Obwohl sie sich auf persönliches Wissen stützen, deutet das bevorzugte Identifikationsregister außerdem mehr auf die Intention hin, ihre Meinung über Europa in eine (soziale, berufliche, geographische, politische oder kulturelle) Kollektivsituation einzuschreiben, als auf die Absicht, die Einzigartigkeit dieser Meinung geltend zu machen.[8] Dies hat uns dazu veranlasst, sie als soziozentrierte Rede zu bezeichnen.

- Einem Großteil der Interviewten gelingt es nicht, sich selbst – und ihre Aussagen – zu Europa in Beziehung zu setzen. Diese Interviewten bieten dem Interviewer eine exzentrierte Rede, in dem Sinne, dass sie sich aus den europäischen Angelegenheiten herauszuhalten scheinen. Die Auswertung der Interviews zeigt die schwach ausgeprägte Neigung, (persönliches oder unpersönliches) Wissen und ein soziales Identifikationsregister, das sie mit Europa verbinden könnte, einzusetzen. Das Fehlen einer Meinung zu den gestellten Fragen und die lückenhaften Antworten können durch die Auswirkungen des Publikums, die ihnen das Sprechen erschweren, erklärt werden. Doch ist es weitaus mehr das Fehlen einer objektiven und/oder subjektiven Verankerung an einem mit Europa verknüpften sozialen Ort, das diese Interviewten dazu veranlasst – mehr oder weniger deutlich – ein Gefühl der Entfremdung von Europa, seinen Themen und seinen Problemen auszudrücken. Symptomatisch dafür ist, dass Europa bei ihnen in Begriffe gefasst wird, die auf den abstrakten, ja sogar fiktiven Charakter hindeuten, den es in ihren Augen hat. Anders als den beiden ersten Modalitäten gelingt es diesen Interviewten nicht, eine allgemeine Meinung über Europa vorzubringen - oder sie versuchen es gar nicht erst. Somit neigen sie dazu, sich mit jeder Frage und Thematik des Interviewleitfadens separat auseinanderzusetzen.

Zwar zeichnen sich diese drei Arten der Meinungsäußerung über Europa relativ deutlich bei der Lektüre der Interviews ab, doch stellen sie lediglich tendenzielle Modalitäten dar, das heißt Neigungen zur Dezentrierung, zur Soziozentrierung oder zur Exzentrierung. Mit Ausnahme einiger Interviews, die tatsächlich der archetypischen Form einer dieser Modalitäten entsprechen könnten, können die meisten Interviews irgendwo zwischen zwei Modalitäten ein-

---

8 Die Tatsache, dass man sich auf das Territorium einer mehr oder weniger objektivierten oder substanzialisierten Kollektividentität stützt, deutet an, dass es darum geht, sie zum Ergebnis einer Selbigkeits-Identität zu machen und nicht zum Ergebnis einer Selbstheits-Identität (die stärker bei der ersten Modalität beobachtet werden kann), um die von Ricoeur vorgeschlagene Unterscheidung zu übernehmen (Ricoeur, 1996).

geordnet werden. Dies wird uns dazu veranlassen, Zwischenmodalitäten vorzuschlagen.

Die dezentrierte Rede oder das Europa jenseits des Selbst

Angesichts des Untersuchungsdispositivs zeichnen sich die Interviewten mit dezentrierter Rede durch drei wesentliche Merkmale aus: ein verstärktes Interesse an Politik im Allgemeinen, das auch europäische Fragen umfasst (erhöhtes Politisierungsniveau); die Neigung, einen Standpunkt zu Europa außerhalb von sich selbst zu konstruieren und zu universalisieren (Neigung zur Dezentrierung); ein Bemühen um Bekräftigung und Behauptung der Fähigkeit, in Abgrenzung zu den politischen und medialen Diskursen eine unabhängige Meinung zu produzieren (Singularisierung des Standpunktes).

Eine Affinität zur Politik… und zum politischen Europa

Den dieser Modalität zugeordneten Interviewten ist es wichtig, eine rein politische Meinung hervorzubringen. Diese Art und Weise der Antwort auf den Interviewleitfaden ist im Übrigen der wichtigste Differenzierungsfaktor gegenüber den Interviewten der anderen Modalitäten. Ihre aktive Beschäftigung mit europäischen Fragen stellt sich als „natürliche" Erweiterung der an den Tag gelegten Affinität zu politischen Fragen dar, reduziert die hemmenden Effekte des Untersuchungsdispositivs und hebt sie manchmal sogar auf. Sie führen den Interviewer mit einer gewissen Geschicklichkeit auf falsche Fährten, versuchen, ihre Antworten kohärent aufzubauen und sehen häufig die nächsten Fragen oder Themen des Interviewleitfadens voraus. Trotz ihrer relativen Künstlichkeit interpretieren sie die Interviewsituation als eine Einladung, ihren persönlichen Standpunkt über die EU darzulegen. Das distinktive Merkmal ihrer Haltung liegt in der Neigung dazu, in der öffentlichen Debatte über das Thema vertretene Positionen und Argumentationen zu berücksichtigen. So demonstrieren sie nicht nur ihre Kenntnis der Debatten, der Gegensätze, die diese strukturieren und ihrer wichtigsten Wortführer, sondern auch ihre Fähigkeit, ihren Standpunkt präzise darzulegen.

„Ich weiß, was die Argumente der Leute sind, die über Europa schimpfen, ich weiß, dass es die Leute nervt, den Eindruck zu haben, dass sie nicht mehr Herr im eigenen Haus sind… Natürlich sind wir jetzt zahlreicher, also müssen wir zwangsläufig auch zu mehreren Entscheidungen treffen. Ich sehe ja ein, dass man sich manchmal anstrengen muss, um die Meinung der Mehrheit zu akzeptieren, aber das ist eben Demokratie. Also verteidige ich im Großen und Ganzen immer die europäischen Ent-

scheidungen, auch wenn sie vielleicht einem schlecht verstandenen Nationalinteresse zuwiderlaufen“ (Frankreich, Mann, 47 Jahre, Ingenieur).

Die Neigung zur Dezentrierung – hier in Bezug auf den nationalen Blickwinkel – findet ihren Ursprung in der Gewohnheit, innerhalb von privaten, parteiinternen oder beruflichen Kreisen am Austausch von Standpunkten zum politischen Tagesgeschehen teilzunehmen. Die Teilnahme an solchen „Märkten“ politischer Konversation erlaubt es, Informationen zu teilen und Argumente zum Thema Europa einander gegenüberzustellen. Sie verschafft den Beteiligten einen mehr oder weniger präzisen Überblick über die verfügbaren Positionen zu dem Thema. Das Gespräch mit dem Interviewer stellt letztlich nur eine Art Fortsetzung der Gespräche über europäische Themen (Entscheidungsmodalitäten innerhalb der EU, Bedeutung der Konstitutionalisierung der Verträge, Zeitplan der anstehenden Erweiterungen usw.) dar, die für diese Befragten weniger abstrakt sind als für die anderen. Indem sie sich auf ihre eigenen Standpunkte beziehen, machen sie dem Interviewer außerdem deutlich, dass ihre Meinungen bereits vor dem Interview existierten und konsistent sind.

„Ich hatte einen sehr guten Freund, der gegen Maastricht war, ich war dafür, und so gab es eine Diskussion darüber… (Zum Zeitpunkt der Kampagne des Referendums von 2005) Ich wollte mit „Ja“ stimmen, und dann dachte ich mir, dass das nicht ginge (weil die ein zweites Maastricht mit uns machten)… Und dann habe ich mich also mit all meinen Freunden gestritten, die mit „Ja“ gestimmt haben. Und danach habe ich mit einem Freund diskutiert, der eine Doktorarbeit in Gemeinschaftsrecht macht – ehrlich gesagt eine Magisterarbeit –, der diese Fragen wirklich sehr gut beherrscht und mir einige Grundbegriffe erklärt hat“. (Frankreich, Mann, 32 Jahre, Rechtsanwalt).

Dieser regelmäßige Gedankenaustausch über Europa findet sich hauptsächlich bei den Befragten, die durch ein Engagement in einer Partei und/oder Bekannte, die sich in einer Partei engagieren, oder durch ein hohes Bildungsniveau politisiert sind. Gemäß einem bekannten soziologischen Schema zeigen sich die Mitglieder der höher stehenden sozio-professionellen Kategorien aufgrund ihrer gesellschaftlichen und beruflichen Position im Allgemeinen informiert und an den politischen Debatten interessiert, die den öffentlichen Raum durchziehen. Diese besonderen Positionen und Neigungen verleihen ihnen Zugang zu den Debatten über Europa und zwingen sie gleichzeitig, sich dafür zu interessieren und etwas dazu zu sagen zu haben. Im Wesentlichen Absolventen von Universitäten und Eliteschulen, die selbständige Berufe (Rechtsanwälte, Ärzte, Berater) oder intellektuelle Berufe (Lehrer, Journalisten) ausüben, oder die, allgemeiner gesagt, Führungs- oder Leitungspositionen innehaben, sind die Befragten, die man der dezentrierten Modalität zuordnen

kann, überwiegend Menschen, die eine unabhängige politische Meinung vertreten, die gleichzeitig singulär und universell ist.

Haltung und Ressourcen eines singulären Standpunktes zu Europa

Das spezifische soziale und kulturelle Kapital dieser Befragten verleiht ihnen eine gewisse (objektiv definierte und subjektiv angenommene) Berechtigung, die Politik im Allgemeinen und Europa im Besonderen zu beschreiben und zu beurteilen.[9] Gekennzeichnet durch die systematische Verwendung des „Ich“, drückt sich diese Autorität zur politischen Meinungsäußerung durch ein Bemühen um die Singularisierung des Standpunktes aus. So wird die Position von nahestehenden Personen oder von Gruppen, die sozial, ideologisch oder geographisch weiter entfernt sind, entweder erwähnt, um die eigene Position zu differenzieren, oder um sie zu nuancieren. Dadurch zeigt der Befragte, mit welcher Leichtigkeit er sich und die anderen auf dem Territorium des politischen Europa bewegt, kartographiert und einordnet. Wenn er singulär ist, versteht sich der Standpunkt als objektiv, das heißt in Distanz zu sich selbst konstruiert. Der Verweis auf persönliche Erfahrungen tritt immer nur als Illustration einer allgemeineren Demonstration auf, die sich gerne auf Begriffe, Persönlichkeiten oder Ereignisse der öffentlichen Debatte über Europa stützt. Dennoch geht es nicht darum, die von den Medien oder Berufspolitikern über Europa verbreiteten Analyserahmen für sich zu übernehmen. So ist auch die Erwähnung von Thematiken, die das Augenmerk von Politik und Medien für einen Moment auf Europa[10] lenken, Gelegenheit, dazu Stellung zu beziehen. Die eingehende Kenntnis der nationalen Politiklandschaft als Bekräftigung einer Präferenz bei den Wahlen schließt die Unabhängigkeit des Urteils keineswegs aus. Im Gegenteil. Die Herstellung einer solchen kulturellen und kognitiven Gleichheitsbeziehung mit den professionellen Erzeugern politischer Standpunkte erlaubt es, in Bezug auf die Auswirkungen des Publikums ein großes Selbstbewusstsein an den Tag zu legen. In der Regel verleihen der Umgang mit diesem unpersönlichen Wissen und mehr noch sein Beherrschen den Aussagen die wirkungsvolle Argumentation der dominierenden Diskurse

9 Eine Legitimität, die implizit den herrschenden Rahmenbedingungen und den sozialen Prinzipien der Klassifizierung der politischen Wortmeldung in der Öffentlichkeit zugeordnet wird, die den Gebrauch eines spezifischen Wortschatzes und spezifischer Kenntnisse zu schätzen wissen (Bourdieu, 1987).

10 Das soziale Europa, die gemeinsame Außenpolitik, das Europa des Liberalismus, das Europa der Regionen, das Europa der Völker, das Europa der Nationen, das Nord-Süd-Verhältnis, das Europa der Finanzen, der Arbeitgeber oder der Bürokraten…

und wirken als legitime Ressourcen, die sowohl die Fundiertheit als auch die Objektivität des Standpunktes gewährleisten.

„(Bezüglich des Verfassungsvertrages) Im Grunde habe ich mit „Ja“ abgestimmt und ich war überzeugt davon, mit „Ja zu stimmen. Was mich interessiert hat, war die Kampagne für das „Nein“ mit Oppositionsblöcken, die mir extrem verschieden scheinen, ja sogar divergent. Der Block des, wie ich sagen würde, antiliberalen Denkens: „Wir wollen kein liberales Europa.“ Also, dazu sag’ ich, man hätte es früher sehen müssen, weil Europa nicht erst seit gestern eine Ansammlung von Ländern ist, die sich der liberalen Ökonomie verschrieben haben. Ich finde es recht sonderbar, dass die sozialistische Partei eine Meinung vertritt, die den anderen sozialistischen Parteien Europas so extrem entgegengesetzt ist. Es gab die Seite ’wir wollen in unserem Land weiterhin tun und lassen, was wir für richtig halten’, was man das Europa der Nationen nennt, was man Souveränismus nennt. Man sagt eher „Europa der Nationen“, wenn es Chevènement ist, und man sagt eher „Souveränismus“, wenn es de Villiers ist. Aber insgesamt ist es dann aber trotzdem dieser Aspekt“. (Frankreich, Mann, 60 Jahre, pensionierter Wissenschaftler).

Die starke Denotation der Aussage, die man durch die Präzisierung der eingesetzten Informationen erhalten hat, sorgt im Allgemeinen für deren äußerste Transparenz, in dem Sinne, dass das Aussagesubjekt aus seinem Diskurs verschwindet (Dubois, 1969). Häufig zeugen die Verschiebung der gestellten Problematik hin zu einer Nebenproblematik oder die Neudefinition der Fragestellung von dem Willen, die Antworten zu verbinden und neu zu verknüpfen, um dem zu Europa eingenommenen Standpunkt eine allgemeine Kohärenz zu verleihen. Sie sind Ausdruck des Wunsches, über das Formulierungskorsett des Interviewleitfadens hinauszugehen, synthetische Schlussfolgerungen zu liefern und sich manchmal selbst belehrend zu äußern. Diese Haltung stützt sich zuweilen auf eine Erwähnung der Schlüsselakteure (der „Gründerväter“ wie Konrad Adenauer, Jean Monet, Alcide de Gasperi, aber auch Helmut Kohl oder Jacques Delors) oder häufiger der entscheidenden Episoden der europäischen Geschichte (die großen „Krisen“ des europäischen Projektes, das Europa des Binnenmarktes, Maastricht, der Mauerfall und die Osterweiterung, der Verfassungsvertrag). In der Art und Weise, wie sie eine dezentrierte Meinung über Europa besitzen, berechtigt dieses relative Beherrschen der Geschichte der EU und der Nationen zu einer allgemeineren Schlussfolgerung und somit zu einem gewissen Überblick über die europäischen Themen.

„Und dieses Problem kehrt innerhalb der EU andauernd wieder, wir haben es in einer extremen Form bei den Brüdern Kascinski bemerkt. Tusk beschönigt die Dinge, um das polnische Beispiel zu nehmen, aber letztendlich geht sein Denken immer in die gleiche Richtung, nur nuancierter und ein bisschen mehr in die Zukunft gerichtet, aber er sagt es sehr deutlich. Polen hätte das niemals alleine geschafft, aber

gleichzeitig sagt er vor allem, dass die Polen lernen müssen, wieder Polen zu werden, nicht zu nationalistische Polen, sondern Polen wie wir Franzosen (Lachen). Also, ich sage das, als ob ich Franzose wäre, aber gut, man könnte sagen, wir sind Deutsche, aber wir prahlen nicht mehr so sehr, wir beschränken uns auf das Niveau der EU, und das ist gut so. Und das ist natürlich ein Prozess, den Polen wahnsinnig schnell durchlaufen muss. Und in diesem Kontext hätte ich gerne mit dem EU-Beitritt gewartet. Lassen Sie sie zunächst in Ruhe, natürlich mit Unterstützung und allem drum und dran, aber lassen Sie sie zunächst ein wenig in Ruhe.“

Die Dezentrierung, die darin besteht seinen Standpunkt auf etwas jenseits von sich selbst zu begründen, geht davon aus, dass der Sprecher über die sozial anerkannten Ressourcen verfügt, um diesen Anspruch auf Objektivität zu wagen. Paradoxerweise sind es also wirklich gehobene soziale Positionen – besonders diejenigen, die sich durch den Besitz von kulturellem Kapital auszeichnen –, besondere Lebenserfahrungen (insbesondere berufliche oder mit dem Engagement in einer Partei verbundene) und die Sozialisierung zu legitimen Kenntnissen, die die Neigung zur Dezentrierung bestimmen. In diesem Sinne handelt es sich, wenn die Rede dezentriert erscheint, genauer gesagt um einen gesellschaftlich situierten Standpunkt,[11] der aber in einer dezentrierten Tonlage ausgedrückt wird. Man beobachtet auch innerhalb der Befragten, die die allgemeinen Charakteristika der dezentrierten Rede teilen (Vorherrschen von unpersönlichem Wissen, einen scharfen Blick für die politischen Fragen, Dezentrierung und Autonomie des Standpunktes) spürbare Variationen der Haltung, die mit dem Ethos, der gesellschaftlichen Herkunft, dem Beruf oder der Nationalität zusammenhängen.

Vom empathischen Ich zum losgelösten Ich: Zwischenhaltungen der dezentrierten Modalität

Wenn es um politische Ideen geht, bringt die Behauptung eines gewissen Überblicks eine Form scheinbarer Uneigennützigkeit mit sich, die sich in der Regel durch die Distanzierung von Eigen- oder Partikularinteressen und einem bevorzugten Eintreten für das allgemeine Interesse ausdrückt. Die Uneigennützigkeit zeigt sich ebenfalls durch das Zurücknehmen der eigenen Person zugunsten anderer, die häufig weniger begünstigt sind. Die Konstruktion des dezentrierten Standpunktes zielt also weniger auf eine Objektivität ab, die auf der Kenntnis der historischen Tatsachen beruht, als auf eine Objektivität durch Empathie mittels der Demonstration von Tugenden wie Mitleid oder

11 Dieser als solcher verortete und unbekannte Standpunkt ist der Standpunkt, den die Produzenten und Kommentatoren einer Meinung über Europa, die dazu neigen, diesen universalisierenden, soziologisch jedoch äußerst minoritären Standpunkt zu universalisieren, implizit von allen Bürgern erwarten.

der Entrüstung gegenüber sozialer und wirtschaftlicher Ungerechtigkeit. Außerdem beobachtet man Haltungen, die eine sozial determinierte Neigung zum moralischen Altruismus ausdrücken,[12] obwohl ein singuläres Urteil produziert wird. Es geht darum, seine eigene Situation zu relativieren oder außer Acht zu lassen, um sich zum Fürsprecher oder Verteidiger derjenigen zu machen, die hilfloser sind als man selbst.

„(Zum Euro befragt) Da ich viel herumkomme, kann ich sagen, dass es dennoch eher eine gute Sache ist… Ich denke, ökonomisch gesehen war es eine sehr schlechte Sache…, die Kaufleute haben nicht mitgespielt, die Preise sind merklich gestiegen… Und dann gibt es ein Problem mit allen Leuten, die in einem bestimmten Alter sind. Die zehn Eurocent, es ist ihnen nicht bewusst, dass das 60 Centimes, fast siebzig sind. Aber es stimmt, dass es im Bezug auf die Bequemlichkeit des Reisens innerhalb von Europa dennoch sehr bequem ist". (Frankreich, Mann, 50 Jahre, Lehrer).

Diese Haltung des empathischen Ich setzt also spezifische soziale Eigenschaften voraus, in dem Sinne, dass sie sich auf eine Kenntnis der vielgestaltigen und manchmal widersprüchlichen Konsequenzen Europas stützt (im vorliegenden Fall diejenigen des Euro). Sie kann in einer Sozialisierung für andere Lebenserfahrungen verwurzelt sein, wie bei Befragten, deren Eltern aus populären Milieus stammten und die unterschiedliche Formen des sozialen Aufstiegs erlebt haben, oder bei Sozialarbeitern, die mit Personen in Kontakt sind, die sich aufgrund von Arbeitslosigkeit oder wirtschaftlichem Elend in einer prekären Situation befinden. Es handelt sich häufig um Individuen mit einer Neigung zum moralischen Engagement (Agrikoliansky, 2001), die eine zumindest ideologische Nähe zu den „Leuten, die wenig haben" behaupten. Diese Haltung ist manchmal mit einem „Wir" verbunden, das sich jedoch niemals vollständig in das Kollektiv einordnen lässt,[13] und nähert sich somit der soziozentrierten Modalität an (siehe unten).

„Europa, das Problem dabei ist, dass es für diejenigen gemacht ist, die eine bestimmte Schwelle des Reichtums verteidigen. Wir arbeiten im sozialen Bereich, unsere Arbeit ist es, die Leute zu begleiten, verstehst Du, so dass sie ein bisschen weniger die Einsamkeit des Leidens spüren. Wenn Du einen Vater und eine Mutter hast, die arbeitslos sind, oder wenn Du eine Mutter hast, die von ihrem Mann verlas-

12 Identisch mit den Gesten, die der von Norbert Elias (Elias, 1969) untersuchte Imperativ „Adel verpflichtet" verlangt, widerspricht diese Ausdrucksmodalität den utilitaristischen Hypothesen, die einige Analysen der europäischen Grundeinstellungen prägen (Gabel, 1995).

13 Gemäß einer Repräsentationshaltung, die gleichzeitig soziale Nähe und Distanz erlaubt, wie in Bernard Pudals Studie über die Führungskräfte der PCF (kommunistische Partei Frankreichs) (Pudal, 1988).

sen wurde, oder wenn Du Kinder hast, wenn Du Dich um drei oder vier kümmern musst usw. Tut mir leid, aber diese Leute können nicht mehr über Europa sprechen, denen ist Europa scheißegal. (Er wird lauter) Solange es viel Arbeitslosigkeit gibt, solange es prekäre Beschäftigungsverhältnisse gibt, solange es Leute gibt, die keinen Zugang zu Wohnungen haben, kann man nicht über Europa sprechen… Wenn ich morgen arbeitslos bin, kannst Du mir von Europa erzählen, dann werde ich Dir sagen „Tut mir leid, ich habe nicht besonders viel Zeit für dich, Europa ist weit weg für mich". (Frankreich, Mann, 40 Jahre, Leiter eines Stadtteilzentrums).

Im Gegensatz dazu zeigen sich andere Interviewte, von denen man denken könnte, dass sie über die notwendigen Mittel verfügen, um eine dezentrierte politische Meinung zu produzieren, weniger souverän, wenn es um Europa geht. Obwohl sie behaupten, dass das Thema sie betrifft, gelingt es ihnen dennoch nicht, ihren Standpunkt klar abzustecken. Ihre Autorität zur Meinungsäußerung wird durch das Gefühl einer geringeren Kompetenz in Bezug auf Europa, im Vergleich zu anderen politischen Themen, gemindert. Es handelt sich vor allem um Studenten, die wenig über die Aktivitäten der EU auf dem Laufenden sind, um Führungskräfte, deren Tätigkeitssektor wenig „europäisiert" ist und um Frauen aus wohlhabenden und gebildeten sozialen Milieus, die nicht oder nicht mehr berufstätig sind. Obwohl sie das „legitime" Wissen über Europa beherrschen, zeigen sie sich stärker beeindruckt von den Auswirkungen des Publikums als die typischen Interviewten dieser Modalität. Ein häufigeres Delegieren ihrer Meinung,[14] ein geringeres Selbstbewusstsein beim Vertreten eines Standpunkts und eine Neigung, ihre Inkompetenz in gewissen Fragen einzugestehen, veranlasst sie, gegenüber den Aufforderungen des Interviewers eine distanziertere Haltung einzunehmen, eine Art losgelöstes Ich, das sie der dritten Modalität annähert (s. unten).

„(Bezüglich der Information über Europa) Wir sind nicht sehr gut informiert. Ich sehe mir die Nachrichten im Fernsehen an, ich höre Radio, ich höre auch die ausländischen Sender… Ich müsste – mit meinem sozio-kulturellen Bildungsniveau – die Funktionsweise von Europa viel besser kennen, als ich es tue. Ich bemühe mich aber nicht besonders, sie zu kennen. Im Prinzip müsste das in der Luft liegen und ich müsste es aufgenommen haben. […] Man weiß ja ungefähr, wie das französische System funktioniert… Ich weiß nicht, ob das (Europa) komplizierter ist, aber ich kenne es weniger gut". (Frankreich, Frau, 69 Jahre, Hausfrau).

14 Das Delegieren der Meinung – oder *fides implicita* (implizites Vertrauen) – an Personen oder Gruppen, die als geeigneter angesehen werden, um die Politik zu bewerten, lässt sich vor allem bei den sozial dominierten Kategorien beobachten (junge Menschen, Frauen, weniger Gebildete, Arme), die auch am wenigsten Autorität besitzen, um öffentlich politische Betrachtungen zu äußern (Bourdieu, 1993, 236).

Die soziozentrierte Rede oder Europa ausgehend von sich selbst

Im Gegensatz zu der Objektivität, die die Interviewten der ersten Modalität anstreben, stützen sich zahlreiche Interviewte bei dem Versuch, öffentlich eine kohärente Meinung[15] zu Europa zu äußern und einzunehmen, hauptsächlich auf ihre persönlichen Erfahrungen. Die Interviewten, die diese soziozentrierte Rede produzieren, zeichnen sich durch drei Hauptmerkmale aus: ein klar eingegrenztes Interesse an politischen Fragen, das Europa gelegentlich berührt (Politisierung in Bezug auf eine Zielsetzung oder einen Sektor); eine Neigung, lieber ihre persönliche Erfahrungswelt einzusetzen, um ihren Standpunkt zu Europa zu entwickeln (Neigung zur Soziozentrierung); ihr Bemühen zur Meinungsrechtfertigung bezieht sich auf eine „Realität", die häufig kollektiv – Register des „Wir" – gegen die Irrealität und die Absurdität der politischen und medialen Diskurse empfunden wird (Partikularisierung des Standpunktes).

Klar eingegrenzte Beziehung zur Politik… und zu Europa

Die Grundlage und die Kohärenz der Interviews, die zu dieser Modalität gehören, bauen also auf Erfahrung auf. Das persönliche Wissen nimmt hier in der Tat einen sehr wichtigen Platz ein, gleichzeitig als hauptsächliche Argumentationsquelle, als Rechtfertigungsprinzip der Haltung und als Beweis, der der Beobachtung oder der persönlichen Praxis entstammt. Wie sie offen zeigen – und manchmal eingestehen – beschränkt sich das Politikinteresse dieser Interviewten ganz klar auf bestimmte Themen oder Momente der öffentlichen Debatte oder auch auf Interventionsbereiche der öffentlichen Hand (den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, die Maßnahmen gegen die hohen Lebenshaltungskosten, die Steuerpolitik, die Eindämmung der Kriminalität). Das Gleiche gilt auch für die Europapolitik. Dieses begrenzte Interesse für bestimmte Themen äußert sich in einer wechselnden und selektiven Beteiligung an den Fragen des Interviewers. Zwar verfügen sie über keine „statusbedingte" politische Kompetenz, die auf schulischem, medialen und tatsächlich politischem Wissen über Europa beruhen würde, doch besitzen sie ein soziales Selbstbewusstsein, das ausreicht, um einen Standpunkt zu dem Thema zu

15 Die Kohärenz, um die es hier geht, ist keine ideologische oder intellektuelle Kohärenz der politischen Meinungen, in dem Sinne, dass diese nach objektiven Kenntnissen und einem rationalen Ziel strukturiert wären. Für uns geht es darum, das Bemühen, den Versuch, für sich, aber auch für den Interviewer logische Korrespondenzen zu schaffen (indem man versucht, seinen eigenen Standpunkt mit anderen teilbar zu machen, was Widersprüche und Dissonanzen keineswegs ausschließt).

produzieren, zu artikulieren und zu verteidigen. Dieses Selbstbewusstsein wird ihnen durch ihre berufliche Situation, ihre Lebenserfahrungen oder durch spezifische Formen der sozialen Integration verliehen. Es gelingt ihnen also, durch den Rückgriff auf äußerst persönliches Wissen mit den durch das Untersuchungsdispositiv bedingten Auswirkungen des Publikums zurecht zu kommen.

Diese soziozentrierte Rede besteht darin, ausgehend von persönlichen oder von nahestehenden Personen gemachten Beobachtungen, die größtenteils praktischen Erfahrungen mit der sozialen Welt (Netzwerke des sozialen Alltags, berufliche Milieus), der Wirtschaft (Konsum, Löhne) und kulturellen Aktivitäten (Freizeit, Reisen, Konsum von Kulturgütern) entstammen, die mit Europa in Verbindung gebracht werden können, einen Standpunkt zu Europa einzunehmen, der sich mit anderen teilen lässt. Sie findet sich eher bei den Berufen, die von der europäischen Gesetzgebung und den Maßnahmen der europäischen Politik betroffen sind, doch lässt sie sich auch bei Individuen beobachten, die die Neigung, sich als europäische Bürger zu fühlen, durch eine besondere Familiengeschichte „geerbt" haben (Kinder binationaler Ehepaare, Nachkommen von Deportierten, Erfahrungen durch den Austausch mit oder das Leben in anderen Mitgliedsländern). Es handelt sich also um eine Meinungsäußerung, die gerne das Register des „Wir" benutzt, und die Europa meist auf eine Gemeinschaft bezieht, die sozial oder kulturell nach „Brüssel" verortet wird, und manchmal auf ein ungewisseres Kollektiv, das dann mittels vager Bezeichnungen wie „Die" und „Sie" erwähnt wird, womit meist, ohne sie zu erwähnen, die politischen Eliten oder die europäischen Eliten gemeint sind. Das „Wir" ist stärker strukturiert, ja sogar verteidigend, wenn es in einem geographischen (im Fall von regionalistischen oder nationalistischen Diskursen) oder sektoriellen Territorium (im Fall der Diskurse bei Lohnforderungen) verwurzelt ist, das als von Europa betroffen oder bedroht beschrieben wird und sich somit seiner Interessen bewusst ist.[16]

„Mit den Gesetzen, die die uns gegeben haben, und dieses ganze Jahr lang, im Januar, da haben wir neue Gesetze über die Maschengröße der Netze, also über solche Sachen gekriegt. Die fahren nie raus aufs Meer, die legen uns Gesetze hin, die sind also… […] Europa, nein! Ja, für uns ist das eher negativ. Die Preise steigen… Die gehen super schnell rauf. Der Diesel… alles ist teurer geworden. […] Wir haben zwei- oder dreimal gestreikt, aber das hat nicht viel gebracht. Die versprechen uns einen Haufen Zeug, und am Ende haben wir gar nichts gekriegt. […] Sollen die doch aufhören, Gesetze für uns auszubrüten, die völlig unnütz sind, wo sie doch sowieso keine Ahnung von der Fischerei haben." (Frankreich, Frau, Friseurin und Ehefrau eines Fischers)

16 Im Sinne der Gruppe „für sich" bei Karl Marx oder der tatsächlich mobilisierten Klasse bei Pierre Bourdieu (Bourdieu, 1985).

Der Versuch, aufeinanderfolgende Antworten kohärent anzuordnen, zielt, genauso wie bei der dezentrierten Modalität, darauf ab, von der Fundiertheit der Haltung zu überzeugen. Da sich dieser Versuch hier jedoch auf eine Bombardierung mit Motiven für persönlichen Kummer über oder persönliche Zufriedenheit mit Europa stützt, sind die Interviews stärker fragmentiert. Dabei wechseln Momente, in denen eine Frage die Probanden äußerst redegewandt macht, mit anderen, in denen die Fragen des Interviewleitfadens keinerlei Reaktion hervorrufen. Dies liegt ebenso an dem variablen Interessensniveau, das durch das angesprochene europäische Problem ausgelöst wird, wie auch an den Schwankungen des Gefühls, berechtigt zu sein, seine Meinung zu äußern, das auch von der Fähigkeit abhängt, die Fragen aus seiner persönlichen Situation heraus zu interpretieren. Die Befragten sind also bei den Fragen gesprächig, „die sie ansprechen“ oder „die Sinn machen“, weil sie mit ihren eigenen Erfahrungen als Steuerzahler, Wähler, Fischer, Landwirt, Homosexueller, Transportunternehmer oder Jäger in Einklang stehen; sie halten sich mehr zurück und sind weniger gesprächig, wenn die Fragen weit entfernte technische oder institutionelle Aspekte berühren.

Haltung und Ressourcen eines partikularistischen Standpunktes zu Europa

Während die Interviewten der dezentrierten Modalität versuchen, die Singularität ihres Standpunktes zu behaupten, sind die der soziozentrierten Modalität eher bemüht, ihn zu partikularisieren. In beiden Fällen streben die Befragten danach, ihre Position in Bezug auf die medialen oder politischen Diskurse, zu denen sie Zugang haben, autonom zu machen; erstere, um sich selbst dadurch einzuschätzen, die zweiten, um ihrer Distanz Ausdruck zu verleihen. Auch die Haltungen unterscheiden sich. Während erstere nach Universalismus streben, versuchen die zweiten, eine von einem präzisen Ort des Sozialen und von Europa aus vorgetragene Meinung mit anderen teilbar zu machen. Wenn die systematische Verwendung eigener Erfahrungen dazu führt, das Register des „Ich“ zu benutzen, ist damit das Ich „in seiner Eigenschaft als“ Mitglied einer beruflichen Gruppe, einer kulturellen Vereinigung oder einer Bedingungsgemeinschaft (die Züchter, die jungen Studienabsolventen, die italienischen Bürger) gemeint.

„Ich bin Bevollmächtigter. Ich vertrete die Züchter bei der nationalen Rinderzucht-Föderation, und so haben wir beschlossen, genau wegen dieser ganzen Entwicklung der gemeinsamen Agrarpolitik und dem Ganzen, uns mit den europäischen Kommissare zu treffen, um zu versuchen, unseren Standpunkt von jemand der vor Ort arbeitet, abzugeben. Weil diese Leute da, die haben überhaupt keine Verbindung mehr mit der Praxis.“ (Frankreich, Mann, 50 Jahre, Züchter).

Da die Antworten hauptsächlich von persönlichem Wissen bestimmt werden, ist es nicht immer einfach, sie mit Europa in Verbindung zu bringen. Trotzdem wird dieser persönliche Blickwinkel häufig geschickt ausgenutzt, um durch Metaphern oder Analogien Urteile, die auf weniger unmittelbaren politischen (sprachlichen, geographischen, kulturellen, beruflichen) Dimensionen Europas beruhen, auf das politische Europa zu übertragen. So bringt einer der Probanden während des gesamten Interviews die Metapher der industriellen Kooperation ein, die seiner beruflichen Erfahrung entstammt und die auch seine konkreten Erfahrungen mit Europa bedingt. Das Airbus-Projekt gibt ihm die Möglichkeit, die „nationalen Egoismen" zu erwähnen, mit denen er sich während des gesamten Interviews ausschließlich von seiner beruflichen Erfahrung ausgehend befasst.

„Also gut, ich werde ein Beispiel nehmen. Was ursprünglich mit dem Airbus passiert ist (der Zusammenschluss mehrerer Länder zu einem gemeinsamen Projekt), war eine gute Sache. Tja, und wieder einmal sieht man die Grenzen von Europa. Jeder hat versucht, maximalen Profit aus der Situation zu ziehen. Vielleicht gab es nicht genug Austausch, und letztendlich sieht man, dass der Airbus, obwohl es ein super Projekt ist, heute in Schwierigkeiten steckt. Jeder möchte seine Vorrechte behalten. Noch einmal, Europa ist eine gute Sache, da gibt's noch enorm viel zu tun, aber ich denke, dass das auch seine Grenzen hat, und die sieht man ganz deutlich." (Frankreich, Mann, 30 Jahre, hohe Führungskraft in der Industrie)

Man muss noch anmerken, dass dieselben sozio-ökonomischen oder beruflichen Eigenschaften nicht in gleicher Weise für eine Aussage über Europa prädisponieren. Der Fall zweier „kleiner Arbeitsgeber" aus dem Nordosten Frankreichs macht dies deutlich. Von ländlicher Herkunft, sprechen diese beiden Unternehmer elsässischen Dialekt, haben die gleiche Ingenieursschule besucht, und jeder von ihnen leitet ein von den Eltern übernommenes mittelständisches Unternehmen. Beide interpretieren die Fragen des Leitfadens zunächst gemäß ihres Status als Firmenchefs und gemäß ihres Tätigkeitsssektors in einem grenznahen Raum. Während der erste den sozio-professionellen Blickwinkel während des gesamten Interviews beibehält, um das Gespräch auf praktische oder allgemeinere Probleme Europas zu lenken („Die Erweiterung ist wie ein Unternehmen: wenn man zu einem bestimmten Zeitpunkt wächst, muss man das Wachstum aufnehmen"), gelingt es dagegen seinem alter ego nicht, diese Erfahrung einzusetzen, um das Territorium Europa in den Griff zu bekommen. So gesteht der zweite Befragte mehrfach seine Unkenntnis der Institutionen ein und lässt sich die Fragen des Leitfadens aufzwingen, die er sichtlich wie eine Schulprüfung erlebt („Ich sehe tatsächlich, dass ich keine Ahnung habe"). Das Territorium des Selbst, der Erfahrung, das „Ter-

rain“, die „Realität“ erlauben es also nicht immer, die Aufforderungen des Interviewers zu bewältigen.

Als Versuch, die erlebte soziale Welt mit Europa zu zu verbinden, bietet die soziozentrierte Rede verschiedenartigere Standpunkte als die dezentrierte Modalität, bei der die Argumente systematischer auf das politische Angebot und auf die Thematiken der öffentlichen Debatte bezogen werden. Eine Probandin, die dank ihres Wohnmobils häufig mit ihrer Familie durch Europa reist, bewertet die wirtschaftliche Situation der Mitgliedsstaaten anhand der durchquerten Landschaften. Andere, die algerischer oder tunesischer Herkunft sind, sprechen von Diskriminierung und gelangen zu der Einschätzung, dass „die schönen Versprechen Europas“ im Niedergang begriffen sind. Eine andere zählt zahlreiche Analogien zwischen dem Europa des Austauschs und den zahlreichen nationenübergreifenden Ehen in ihrer Familie auf. Weniger gut mit sozial legitimem Wissen über die politischen Probleme ausgestattet, liefern diese Interviewten durch ihre Vorstellungen und Phantasien zu Europa Aussagen von einer größeren Originalität. Dabei sind es genau die Charakteristika der soziozentrierten Rede (Vorrangstellung der Erfahrung, punktuelles Interesse für bestimmte politische Fragen, Partikularisierung des Standpunktes), die es erlauben, sie in sehr unterschiedlichen Profilen der Befragten wiederzuerkennen. Außerdem erlaubt es, neben der zentralen Tendenz dieser Modalität, auch das soziale Identifikationsregister, wenigstens zwei Zwischenmodalitäten auszumachen.

Vom globalisierten Ich zum egozentrischen Wir (Zwischenhaltungen der soziozentrierten Modalität)

Je nach den materiellen und symbolischen Eigenschaften der Interviewten kann sich die Identifikation mit einem Ort des Sozialen entweder in Richtung eines universalisierenden Standpunktes oder in Richtung eines personalisierenden Standpunktes orientieren. Im ersten Fall findet man Befragte, die, obwohl sie sich auf die Erfahrung stützen, eine Haltung einnehmen, die der dezentrierten Modalität nahe ist (siehe oben). Hier enthält das Territorium des Selbst ausreichend soziale Stützen und ökonomische, kulturelle und symbolische Ressourcen, um andere Standpunkte zu berücksichtigen. Der Besitz von schulischem und sprachlichem Kapital und die Neigung, zu reisen und Begegnungen in Europa zu machen, ermöglichen die Formulierung eines singulären Standpunktes (Register des „Ich“), der sich jedoch nach wie vor hauptsächlich auf die Erfahrung stützt.

„Ich war schon Europäer, bevor es Europa überhaupt gab. Für mich ist London nur ein Vorort von Paris. Es ist kein anderes Land. Spanien ist bei uns… Und für mich ist Europa eine Selbstverständlichkeit. Am Montag werde ich nicht hier sein, denn

ich fahre nach London. Ich sage nicht „Ich fahre nach England“, ich sage „Ich fahre nach London“, so als ob ich sagen würde „Ich fahre nach Lyon“… Wenn meine Kinder nach London fahren, ist das ein bisschen so, als wären sie zu Hause“ [Dazu befragt, wie er sich über Europa informiert] „Also, ich beziehe meine Informationen vor allem von den Leuten, mit denen ich arbeite, denn ich arbeite mit mehreren europäischen Ländern. So war ich gerade eben in Kontakt mit einem Spanier; sobald das Interview zu Ende ist, rufe ich meinen englischen Buchhalter an.“ (Frankreich, Mann, 49 Jahre, Leiter eines mittelständischen Betriebs)

Obwohl dieser Interviewte über Ressourcen verfügt, um seine Meinung zu universalisieren, ist die Transparenz dieser Meinung weniger manifest als bei den Interviewten der dezentrierten Modalität, da sie sich niemals außerhalb der eigenen Situation und der eigenen Erfahrung mit dem wirtschaftlichen Binnenmarkt konstruiert. Im Gegensatz dazu versuchen einige Interviewte, eine soziozentrierte Rede zu produzieren. Es scheint ihnen dafür jedoch an Erfahrungsformen und Identifikationsbereichen zu mangeln, die es erlauben würden, ihren Standpunkt teilbar und universalisierbar zu machen. Zwar gelingt es ihnen, ausgehend von ihrer eigenen Erfahrung einen Standpunkt zu Europa zu artikulieren, doch verdammt sie das Fehlen von scheinbaren oder sichtbaren Verbindungen zwischen Europa und dieser Erfahrung zu einer sehr personalisierten Sichtweise, die sich also kaum mit anderen teilen lässt. Auch wenn diese Egozentrierung sie den Interviews der exzentrierten Modalität annähert, unterscheiden sich diese Interviewten davon noch durch ihre Fähigkeit, die Auswirkungen des Publikums zu überwinden (insbesondere den Imperativ zur Rechtfertigung ihrer Meinung) und – eher schlecht als recht – eine besondere Meinung zu Europa einzunehmen. Wie es der Fall eines Arbeiters in einem Schlachthof zeigt, der seinen gesamten Standpunkt ausgehend von seiner Erfahrung mit dem Euro konstruiert, auf die er alle Fragen bezieht, selbst die entlegensten.

Die exzentrierte Rede oder Europa außerhalb des Selbst

Die letzte Kategorie fasst die Interviewten zusammen, die sich angesichts des Themas und des Untersuchungsdispositivs unfähig zeigen, einen Standpunkt einzunehmen. Die Gründe für ihre Schwierigkeiten, politisch auf Fragen über das politische Europa zu antworten, sind unterschiedlicher Art, manifestieren sich aber durch einen Mangel an schulischen und medialen Informationen über das Thema, sowie durch persönliche Erfahrungen und Kenntnisse, die nicht mit Europa verknüpft werden können. Das Selbst und die diesen Interviewten eigenen Territorien scheinen am Rand, ja sogar außerhalb von Euro-

pa, seinen Zielsetzungen und seinen Problemen, angesiedelt. Auch die Auswirkungen des Publikums und die Wahrung der sozialen Fassade stellen ungewohnte und schwer zu überwindende Zwänge dar. Somit bleibt die Rede exzentriert, in dem Sinne, dass die vorgetragenen Meinungsfragmente außerhalb von Europa blieben. Drei wesentliche Merkmale charakterisieren diese Interviewten: ein Gefühl der materiellen und symbolischen Entfernung von der europäischen Politik und mehr noch von den europäischen Fragen (politische Distanzierung); eine Neigung, Europa wie eine Fiktion außerhalb von sich selbst zu definieren (Neigung zur Exzentrierung); Fehlen der Behauptung einer persönlichen und allgemeinen Meinung zu dem Thema (Unfähigkeit zur Einnahme eines Standpunktes).

Das Europa aus der Distanz, das unsichtbare Europa

Den Interviewten der exzentrierten Modalität ist gemeinsam, dass sie sich angesichts der Interviewsituation hilflos fühlen. Selbst über das Thema hinaus, zu dem sie ihre Meinung äußern sollen, bringt sie die Tatsache, in der Öffentlichkeit Urteile über politische Themen vortragen zu müssen, in eine unangenehme Situation. Für sie ist es nicht selbstverständlich, über Politik zu sprechen, und noch dazu über ein derart entlegenes und fachspezifisches Thema wie Europa, zu dem sie vor dem Interview keinerlei vorgefertigte Meinung haben. Da sie mit der Aufforderung des Interviewers umgehen müssen, versuchen sie diesem klarzumachen, warum das, worüber er sie befragt, keine Fragestellung ist, die sie persönlich beschäftigt. Und da das Thema für die meisten von ihnen keine politische oder praktische Bedeutung besitzt, sind sie gleichzeitig dazu gezwungen, mit etwas zurecht zu kommen (mit der Interviewsituation, mit Europa) und ohne etwas zurecht zu kommen (ohne einen Standpunkt, ohne Wissen, ohne Europa-Erfahrung). Sie versuchen, auf andere Themen auszuweichen, indem sie aus Stücken des alltäglich Erlebten, die sie durch Verallgemeinerungen ergänzen, Antworten basteln, ohne dass es ihnen wirklich gelingt, diese mit Europa zu verbinden. Diese umstandsbedingte (in dem Sinne, dass sie durch die Interaktion Interviewer-Befragter aufgezwungen wird) argumentative Improvisation bringt also keinen gefestigten Standpunkt zu Europa hervor.

„Mich berührt Europa wirklich überhaupt nicht. Nun ja, außer dem Euro. Gezwungenermaßen! Aber ansonsten, nein, überhaupt nicht. Ich fühle mich nicht wirklich betroffen. Ich habe es Dir gesagt, ich fühle mich nicht als Europäer, weil mich Europa nicht berührt.“ (Frankreich, Mann, 27 Jahre, arbeitsloser Koch)

„(Wenn Sie das Wort „Europa“ hören, woran denken Sie als erstes?) Das ist eine schwierige Frage (nach langem Zögern)… Schlagen Sie mir etwas vor… (zwischen

zwei unangenehmen Momenten der Stille)… Ehrlich, nichts.“ (Italien, Mann, 64 Jahre, Nachtwächter)

Das Untersuchungsdispositiv erscheint ihnen wie eine Prüfung, und sie reagieren mit ostentativer Überraschung und Verwirrung auf die ihnen gestellten Fragen. Die abwartende Haltung und das Unwohlsein des Befragten, die das Gegenstück zur vermuteten Kompetenz des Interviewers bilden, verwandeln das Untersuchungsdispositiv implizit in eine Schulprüfung, das heißt, in eine bewertende und asymmetrische Interaktion, die weit von einem gewöhnlichen Gespräch über Politik entfernt ist. In den Gruppendiskussionen wird diese schulische Dimension durch das Gefühl des sozialen Unter-Sich-Seins und durch das Verschwinden der Rolle des Interviewers (Beurteilers) gemindert. Zwar haben die meisten Diskussionsteilnehmer die gleichen Schwierigkeiten, auf die Frage des Interviewleitfadens zu antworten, doch gelingt es ihnen, eine Meinung vorzutragen, indem sie kollektiv eine Verschiebung des Rahmens und des Wortschatzes der Fragen vornehmen. Diese Verschiebung des Interaktionsrahmens lässt sich an den langen Pausen, die der Fragestellung folgen, an dem Momenten des Zögerns, das die Bruchstücke der Antworten einrahmt und an den offensichtlichen Widersprüchen[17] feststellen, die sich in den Interviews im Übermaß finden.

„(Europa?) Etwas Positives. Na ja, weil es gut ist, zu mehreren zu sein… äh… inmitten der Großen. Weil es viele Große gibt, die die Kleinen auffressen werden, also muss man sich… (zu einem späteren Zeitpunkt des Interviews) Nach allem, was ich Dir gesagt habe, glaube ich, dass ich wohl keine richtige Meinung habe. Weil ich mich nicht interessiere… äh… das Wort Interesse ist nicht… vielleicht entwickle ich ein Desinteresse dafür… “ (Frankreich, Frau, 70 Jahre, Hausfrau und Mutter)

Somit liefern die Befragten Urteile, die weder auf die Objektivität des Dialogismus (dezentrierte Modalität) noch auf den unwiderlegbaren Charakter der klar verorteten Erfahrung (soziozentrierte Modalität) Anspruch erheben.

Die Äußerungen einer Meinung ohne Standpunkt

Diese Reaktionsarten weisen nicht die erwarteten Eigenschaften eines Standpunktes zu Europa auf. Angreifbar, zersplittert und künstlich, werden sie häufig von ihren Autoren selbst der Lächerlichkeit preisgegeben. Diese zeitweiligen Meinungen (Gaxie, 1990) werden im Übrigen mit äußerst geringer Überzeugung vorgetragen. Damit weisen die Befragten gleichzeitig auf den gerin-

17 Wir müssen präzisieren, dass die Aussagen nur in Bezug auf die vorherrschende Definition des Begriffes Meinung widersprüchlich sind, das heißt in Bezug auf den Ausdruck einer Grundhaltung, die begründet ist und auf die man Wert legt.

gen Wert hin, den sie dem, was sie sagen, beimessen und erinnern daran, dass die Aufforderung des Interviewers ihnen als Zwang erscheint, der ihren Kompetenzen unangemessen ist. Zwar passen sie sich den Erfordernissen des Interviews an, doch geschieht dies nur scheinbar und unter Zwang. Obwohl diese Probanden mit viel gutem Willen an das Interview herangehen, wirkt sich das Gefühl der Entfremdung und der Abstraktion, das sie nach eigener Aussage in Bezug auf Europa empfinden, alsbald negativ auf ihre Neigung, das Frage-Antwort-Spiel zu spielen, aus. Manche nehmen eine Rückzugshaltung ein, die darin besteht, nur noch mit Eingeständnissen ihrer Inkompetenz zu antworten, die durch mehr oder weniger bittere Selbstironie entdramatisiert werden. Das Fehlen eines Standpunkts zu dem Thema zwingt sie dazu, das Interview mit Meinungsbruchstücken zu spicken, die keinerlei Gesamtzusammenhang aufweisen. Gestützt auf ethische Betrachtungen („Es ist doch besser, sich nicht zu bekriegen“) und Abkürzungen nach dem gesunden Menschenverstand („Einigkeit macht stark“), halten sie sich an einige vage Allgemeinplätze, die wenig geeignet sind, um zu einem Standpunkt während des Interviews beizutragen: die „kleinen“ Europäer gegen die „Großmächte“, oder die „schöne Idee“ der Ursprünge der europäischen Union.

„Die Idee, eine Möglichkeit zu finden, die Länder zu einen, um zu vermeiden, dass sie sich gegenseitig bekriegen. Also, das ist wirklich das, wie Europa geboren wurde. Danach gibt es Details, die ich nicht kenne.“ (Frankreich, Frau, 25 Jahre, Lehrerin)

Wenn es welche gibt, stützen sich die eingenommenen Standpunkte meist auf inländische Erfahrungen. So wird die Kritik am Euro oder vielmehr an seinen Auswirkungen auf das Sinken der Kaufkraft in mehreren Interviews erwähnt. Dennoch wird selbst diese „Erfahrung“ nicht immer den europäischen Institutionen zugeordnet, sondern einem unbestimmten „Europa“.

„(Wenn Sie unter Freunden sind, würden Sie sagen, dass es häufig, von Zeit zu Zeit oder niemals vorkommt, dass Sie über europäische Fragen diskutieren?) Sehr selten. Zu der der Zeit, als die Medien von der Einführung des Euro sprachen, gab es ein paar Gelegenheiten, zu diskutieren,… Aber das war ein Diskurs über die Auswirkungen des Euro, ich kann nicht sagen, dass es sich um eine Diskussion über Europa handelte.“ (Italien, Mann, 38 Jahre, Mechaniker im Metallbereich)

Einige französische Befragte erwähnen noch den Verfassungstext, den sie zum Zeitpunkt des Referendums in ihrem Briefkasten hatten. Doch auch dieses Beispiel verdeutlicht ihre Distanz zu Europa: der voluminöse, unverständliche Text ist nicht gelesen worden und symbolisiert schließlich den „vom richtigen Leben abgeschnittenen“, absurden oder verschwenderischen Cha-

rakter der Aktionen „Brüssels“. Und sobald die illustrativen Tugenden dieser verfehlten Begegnung erschöpft sind, neigen die Probanden dazu, sich aus dem Interview auszuklinken, insbesondere durch eine Wortkargheit, die wie ein Schutz gegen die symbolische Gewalt des Untersuchungsdispositivs wirkt. Über den Mangel an Kenntnissen und Erfahrungen mit Europa hinaus, fehlt es hier auch an sozialen Identifikationsregistern. Das „Ich“ erlaubt es nicht, irgendeinen singulären Standpunkt zu strukturieren. Das „Wir“, das meist auf politisch und sozial inkonsistente Kategorien verweist (Peers, Kollegen, Freunde oder Familienmitglieder), scheint in keiner Bedingungsgemeinschaft verankert und definiert sich ausschließlich ex negativo (durch Opposition zu den unzureichend identifizierten „Sie“ und „Die“) in Bezug auf eine nach wie vor fremde oder unbekannte Realität Europas.

„Der Euro, all das, ach, das ist mir ziemlich wurscht… Ich kann nicht sagen, ob ich mehr dafür oder dagegen bin… […] Europa? Uns (mir und meinen Freunden), uns ist Europa wurscht, also… spreche ich nie darüber. Es sind mehr die Älteren, die uns sagen „Da habt ihr es, wir haben die Schnauze voll vom Euro und dem Ganzen“. (Frankreich, Mann, 27 Jahre, Handwerker)

Während es die Verschachtelung der Zugehörigkeiten den Interviewten der vorangehenden Modalitäten erlaubte, das Territorium ihrer Existenzen in Bezug auf Europa zu positionieren, haben wir es hier mit sozialen Universen zu tun, die von den europäischen Problemen abgekoppelt sind. Diese Interviewten gehören im Allgemeinen zu den angreifbaren und dominierten Bevölkerungsschichten dieser Untersuchung: Arbeitslose, wenig qualifizierte Lohnempfänger, Arbeiter, Hausfrauen. Dennoch sind einige von ihnen nicht gänzlich ohne jegliche Form von schulischen, ökonomischen oder sozialen Ressourcen (Universitätsdiplom, Lehrer oder Führungskräfte). Obwohl tendenziell eine distanzierte Beziehung zur Politik vorherrscht, können sie sich trotzdem für die nationale Politik interessieren und wenigstens in der Lage sein, etwas darüber zu sagen. Sie leiden jedoch unter dem Fehlen einer materiellen und/oder symbolischen Verbindung mit Europa.

Ist-mir-egal-Haltung, schuldbewusste Gleichgültigkeit und fragmentarische Kritik

Ein Teil der Interviewten zeigt eine Gleichgültigkeit ohne jegliches Schuldgefühl gegenüber Europa. Diese Befragten geben offen zu, dass ihnen Europa egal ist, genauso wie sie Europa egal sind. Das Gefühl der Ausgeschlossenheit wird durch eine „Ist-mir-egal-Haltung“ untermauert, die für eine bestimmte Kultur der populären Mileus in Bezug auf die ernste und schwer verständliche Welt der Politik charakteristisch ist (Hoggart, 1957, Eliasoph,

1990). Man beobachtet sie hauptsächlich bei Arbeitern, Angestellten und Arbeitslosen, die nur über eine geringe oder keinerlei Schulbildung verfügen und keinerlei – soziales, ökonomisches oder kulturelles – Kapital besitzen, das sie in die Lage versetzen würde, sich Europa als einen Raum des ökonomischen und kulturellen Austauschs vorzustellen. Da sie nicht über Ressourcen verfügen, die sie anregen würden, dorthin zu reisen (Geld, Freizeit, Beherrschen einer Fremdsprache), bleibt Europa etwas Abstraktes, ein Feld von Möglichkeiten, das anderen („den Chefs", „den Politikern") vorbehalten ist. Ihre Exzentrierung in Bezug auf Europa muss zunächst als Konsequenz ihrer ökonomischen, kulturellen und politischen Exzentrierung verstanden werden. Wie viele der Interviewten der soziozentrierten Modalität gehören sie zu den populären Milieus und identifizieren sich nicht mit den populären Klassen, in dem Sinne, dass ihre Position im sozialen Raum nicht politisch strukturiert ist. Die jungen Arbeiter, die einen großen Anteil dieser sozialen Gruppen ausmachen, erweisen sich als wenig politisiert.[18] Der lückenhafte Charakter ihres beruflichen Werdegangs, der durch Mobilität und einen Wechsel zwischen Perioden der Anstellung und der Arbeitslosigkeit geprägt ist, verhindert eine wirkliche Sozialisierung als Lohnempfänger. Genauso wie sie angesichts der Prekarität und angesichts ihrer Bedürfnisse vereinsamt erscheinen (Schwartz, 1989), erscheinen sie auf dem Gebiet der Politik und mehr noch auf dem Gebiet der europäischen Angelegenheiten bindungs- und orientierungslos.

Im Gegensatz zu der Ist-mir-egal-Haltung kann die Unkenntnis von Europa auch mit Schuldgefühl empfunden werden. Häufig ein wenig besser mit Diplomen oder beruflicher Sozialisierung ausgestattet, nehmen diese Befragten Europa als ein politisches Objekt wahr, das heißt als eine Sache, die vom Standpunkt der vorherrschenden Norm die Aufmerksamkeit der Bürger verdient. Gleichzeitig scheinen sie sozial weniger dazu geneigt, die Hierarchien und Werte dieser Norm in Frage zu stellen. Diese Haltung wird häufiger von Frauen eingenommen, die ihr mangelndes Interesse an Europa als ein bürgerschaftliches Problem erleben („Ich bin keine gute Bürgerin"), aber auch als persönliche Trägheit, die ein Schuldgefühl hervorruft („Ich fühle, dass ich nicht wirklich das Recht habe, zu sagen, dass ich ausgeschlossen bin und dass man mich nicht informiert, nachdem ich mich ja selbst nicht wirklich um Information bemühe"). Über die geschlechtsspezifische Erklärung hinaus – das Thema des Interviews aktiviert eine weibliche, respektvollere Beziehung zur Politik (Achin 2007) – resultiert die Unmöglichkeit, einen Standpunkt hervorzubringen, weitaus eher aus der Unmöglichkeit, sich mit sozialen Gruppen zu identifizieren, die durch Europa mobilisiert oder politisch strukturiert werden. Zahlreiche Interviews zeugen von dem zentralen Platz, den Familie oder

18 Man sieht hier natürlich die Auswirkung der Spaltung der kollektiven und politischen Aktionskultur in den Arbeitermilieus (Beaud, Pialoux, 2004).

Freunde bei der Selbstdefinition einnehmen, vermutlich aufgrund des Versagens oder der Ernüchterung über sozial stärker integrierende Identifikationen (Nation, Beruf, Generation).

Schließlich muss man anmerken, dass sich, im Gegensatz zu den gleichgültigen Ist-mir-egal-Typen oder den Schuldbewussten, Interviewte ohne wirklichen Standpunkt zu Europa dennoch von Europa betroffen zeigen. Zwar gelingt es ihnen nur episodisch, Europa Aktionen zuzuordnen, doch sind sie in der Lage, etwas darüber zu sagen, indem sie Meinungen, die sie sich zu anderen Themen gebildet haben, darauf anwenden. So führt eine junge Angestellte im Hotelgewerbe, die auf das Thema der Arbeitslosigkeit fixiert ist, alle Fragen des Interviewers darauf zurück.

„(Auf die Frage nach der Erweiterung) Ich weiß, dass wir in der Landwirtschaft bald die ersten polnischen Landwirte haben werden, die in Frankreich ankommen. (Über den öffentlichen Dienst) Weil genau das wird noch mehr Arbeitslosigkeit in Frankreich auslösen, wenn wir ausländische Firmen nehmen. (Über das Outsourcing von Firmen ins Ausland) Man hat das Recht, auszulagern, angeblich schafft das keine Arbeitslosigkeit in Frankreich, aber wenn man die ganzen Fabriken sieht, die schließen, die ganzen Leute, die arbeitslos sind. (Über die Mehrwertsteuer) Also wer sagt, 19,5% Mehrwertsteuer, der sagt keine Einstellungen. Wenn wir nicht in Europa wären, bräuchte Frankreich die Meinung der anderen nicht und würde machen, wozu es Lust hat.“ (Frankreich, Frau, 24 Jahre, Rezeptionsmitarbeiterin in einem Hotel)

Bei diesem Typ von Haltung werden Urteile tröpfchenweise, je nach Verlauf des Interviews geliefert, ohne sich zu bemühen, eine Kohärenz herzustellen. Die Tatsache, dass sie sich auf teilweise politisierte Identifikationselemente stützen, nähert diese Interviewten der soziozentrierten Modalität an, ohne dass dies etwas an dem bei ihnen vorherrschenden Gefühl der Exzentrierung in Bezug auf Europa ändern würde.

Fazit

Am Ende dieser Untersuchung der Redeweisen über Europa möchten wir zunächst auf unsere ursprünglichen Ziele zurückkommen, insbesondere auf dasjenige, uns auf die Existenz von praktischem Wissen und auf die nichtspezialisierten oder profanen Arten, sich mit dem politischen Europa zu beschäftigen, zu konzentrieren. Es ging weniger darum, politische Meinungen und Grundeinstellungen zu beleuchten, als darum, das Bemühen und die Möglichkeit der Artikulierung eines Standpunktes ausgehend von äußerst unterschiedlichen (und häufig fehlenden) Ressourcen zu analysieren. Aus dieser

Forschungsperspektive müssen zwei Schlussfolgerungen hervorgehoben werden.

Zunächst die Feststellung, dass, im Unterschied zur nationalen Politik, die eine fühlbare Welt – von Verwaltungen, Verbänden, Persönlichkeiten und Programmen – erzeugt, Europa von den Befragten meist als eine komplexe, unsichtbare und nicht greifbare Organisation wahrgenommen wird. Außerdem verstärkt der Interviewleitfaden in gewisser Weise – indem er Europa als Thema und Problematik vorgibt, um zu Meinungen aufzufordern – die ungleichen Dispositionen der Individuen, auf politische Weise auf politische Fragen zu antworten. Die beträchtlichen Unterschiede, die wir in Bezug auf die Fähigkeit, mit den Auswirkungen des Publikums und der symbolischen Gewalt des Untersuchungsdispositivs zurechtzukommen, beobachten konnten, zeigen, dass die Autorität dazu, öffentlich eine Meinung über das politische Europa zu äußern, sozial äußerst stark variiert, ja sogar noch stärker, aber auf eine andere Weise als die Autorität, eine Meinung über das nationale politische Leben zu äußern. Die Diskussion und Bewertung der europäischen Probleme setzt nämlich voraus, dass man ihnen durch den Zugang zu legitimem Wissen (schulische und universitäre Bildung, Nutzung der Informationsmedien, politisches Engagement) oder durch praktische Erfahrungen (Berufstätigkeit, Reisen usw.) begegnet ist. Nun sind diese Begegnungsmöglichkeiten aber einerseits gewissen sozialen Profilen vorbehalten und werden andererseits durch die relative Unsichtbarkeit des Eingreifens und die fehlende physische Anwesenheit der europäischen Institutionen eingeschränkt. Aus diesem Grund scheint der Aufwand für den Zugang zu Europa im Allgemeinen sehr hoch, auch für die Individuen, die mit ökonomischen oder kulturellen Ressourcen gut ausgestattet sind, die gewöhnlich dafür sorgen, dass es ihnen leichter als anderen fällt, sich über Politik zu unterhalten. Diese Relativierung des Effektes der statusbedingten Zuweisung widerlegt zum Teil die klassischen Analysen, die eine Verbindung zwischen dem Bildungs- und Einkommensniveau und einer „positiven“ Sichtweise der europäischen Union unterstellen.

Zweitens, weil wir uns besonders auf die Identifikationsformen der Interviewten mit Lebenswelten konzentrieren wollten. Indem wir sie als Ressourcen zur Unterstützung, Rechtfertigung oder zum Rückzug eines Selbst begriffen haben, das in Bezug auf Europa verortet ist, haben wir herausgestellt, wie diese Universen dem politischen Europa begegnen können oder nicht. Und zwar umso mehr, da „Europa“ ein unklar definiertes politisches Objekt bleibt, das nicht symbolisch stabilisiert ist. Daher gibt es vielfältige Möglichkeiten, einen Standpunkt darüber zu formulieren: die philosophischen Gründungsprinzipien, die ökonomischen Imperative, die politischen Verteilungsmaßnahmen (gemeinsame Agrarpolitik, Europäischer Fond für regionale Entwicklung), die normative Aktion, der geographische oder kulturelle Raum, die

Herstellung einer Konkurrenzsituation zwischen sozialen Systemen, Ökonomien, Unternehmen und Beschäftigten… Wenn man die Wissenstypen und die persönlichen Erfahrungen beobachtet, die angeführt werden, um Europa zu beschreiben und zu beurteilen, stellt man fest, dass Europa auf verschiedene Weise zu den Interviewten „kommt" und hinsichtlich ihres Existenzhorizontes nicht immer einen Sinn ergibt, übrigens egal, ob es sich um Führungskräfte, junge Menschen oder Personen mit Studienabschluss handelt. Wenn aber die Fähigkeit, ein politisches Urteil über Europa zu äußern, weniger verbreitet ist als in Bezug auf politische Objekte, die bislang „mehr zur Routine" gehören, so ist die Fähigkeit, das politische Europa „auf Verlangen" zu beurteilen, auch vielfältiger als es die Soziologie der öffentlichen Meinung postuliert. Diese differenzielle Nähe zu Europa und diese Identifikation mit Lebenswelten werden zweifellos von den Untersuchungen, die sich der Sekundärauswertung von Eurobarometer-Daten widmen, allzu sehr ignoriert. Abgesehen von der Gewalt, die diesem rohen Datenmaterial angetan wird, neigt die Mechanik der großen Zahlen dazu, die gesamte soziale Kontingenz der Existenzen auf eine Handvoll Variablen zu reduzieren. Im Konkreten bleiben die Meinungen dem statistischen Genie jedoch gewogen.

		Dezentrierte Modalität	**Soziozentrierte Modalität**	**Exzentrierte Modalität**	**Dezentrierte Modalität**
Register der sozialen Identifikation	**Haltung zu Europa**	-Nähe zum politischen Europa - gesteigertes Interesse am politischen Europa - Beteiligung	- Sektorielle Beziehung zum politischen Europa - periodisches Interesse am politischen Europa - Sektorisierte Beteiligung	- Distanzierte Beziehung zum politischen Europa - Distanz zum politischen Europa - Gleichgültigkeit	- Nähe zum politischen Europa - gesteigertes Interesse am politischen Europa - Beteiligung
	Gebrauch des Ich	**Universalisiertes Ich**	**Personalisiertes und sozial verortetes Wir**	**Politisch unbestimmtes Ich-Wir**	**Universalisiertes Ich**
	Art des Bezugs zum politischen „Territorium"	Aneignung und Fähigkeit, sich auf dem politischen Territorium zu bewegen	Beschränkung oder Abgrenzung des eigenen politischen Territoriums	Unbestimmtheit eines eigenen Territoriums / des politischen Territoriums	Aneignung und Fähigkeit, sich auf dem politischen Territorium zu bewegen
Ressourcen zur Produktion eines Standpunkts	**Typ des eingesetzten Wissens über Europa**	**Unpersönliches Wissen** (Hauptquellen: Medien, öffentliche Debatten, schulisches und universitäres Wissen) Beherrschung unterschiedlicher Elemente der öffentlichen Debatte (Legitimierung) Persönliche Erfahrungen als Verdeutlichung	**Persönliches Wissen** (Hauptquellen: soziale Erfahrungen, „Terrain", „tägliche Wirklichkeit") Anlehnung an bestimmte Themen der öffentlichen Debatte (Rechtfertigung) Persönliche Erfahrungen als Beweise	**Wissen und Erfahrungen, die nicht mit Europa verbunden werden können** Unkenntnis der europäischen Angelegenheiten (Distanzierung) Persönliche Erfahrungen als Anekdoten	**Unpersönliches Wissen** (Hauptquellen: Medien, öffentliche Debatten, schulisches und universitäres Wissen) Beherrschung unterschiedlicher Elemente der öffentlichen Debatte (Legitimierung) Persönliche Erfahrungen als Verdeutlichung
	Art des Vorbringens einer Meinung zu Europa	**Neigung, einen singularisieren Standpunkt einzunehmen** (Dezentrierung, Dialogismus) (Neigung zur) Objektivität	**Neigung, einen besonderen Standpunkt** einzunehmen (Soziozentrierung) (Einforderung einer) Subjektivität	**Neigung, Meinungen ohne eigenen Standpunkt abzugeben** (Exzentrierung) (Eingeständnis von) Verwirrung	**Neigung, einen besonderen Standpunkt einzunehmen** (Dezentrierung, Dialogismus) (Neigung zur) Objektivität
	Zwischen- Modalitäten	*Europäisches Ich* *Egozentrisches Wir* *Ist-mir-egal-Haltung* *Empathisches Ich* *Bruchstückhaftes Urteil* *Gleichgültiges Ich oder schuldbewusste Gleichgültigkeit*			
	Sprechhaltung zu Europa	Argumentatives Sprochen/Produktion logischer Effekte Verlangen von Klarheit	Methapern und Analogien/Produktion einer Rechtfertigung Erwartung von Materialität	Abschweifen/Aktionismus Keine oder konfuse Erwartung	Argumentatives Sprechen/Produktion logischer Effekte Verlangen von Klarheit

Gibt es eine spezifische Europa-Kompetenz?

PATRICK LEHINGUE

Es wird allgemein in klagendem Tonfall zugegeben, dass das Informationsniveau der Bürger über die unterschiedlichen Dimensionen der europäischen Integration (zu) gering ist. Ein hervorragendes Beispiel dafür sind Meinungsumfragen, die sich lediglich als zuverlässiger Spiegel der Anliegen der Experten erweisen, da sie diejenigen der Bürger nicht wirklich reflektieren können. So enthielt die Umfragewelle des Eurobarometers von 2007 rund 150 Fragen (oder Variationen von Fragen), von denen zwanzig versuchten, die Frage nach dem Informiertheitsgrad der „nach ihrer Meinung Befragten" zu vertiefen. Man muss außerdem präzisieren, dass sich siebzehn dieser zwanzig Fragen auf das subjektive Informiertheitsgefühl der Befragten bezogen und lediglich drei (noch dazu geschlossene Fragen) wenigstens teilweise als Gradmesser der kognitiven Ressourcen gelten konnten, über die die Probanden verfügten. Überdies wurde auf den Einsatz einer multidimensionalen Analysemethode verzichtet, die es erlaubt hätte, die keineswegs gleichmäßige Verteilung dieser Wissenselemente innerhalb des sozialen Raumes zu erfassen. Es wird also verfahren, als könnte man wissen, was 29.222 Europäer (Stichprobenauswahl von 2007) über Europa denken, und zwar unabhängig davon, was sie darüber wissen und was sie, sozial gesehen, sind. Indem wir die Frage nach den erworbenen oder erforderlichen Informationen weiterverfolgen, möchten wir hier auf dem Gebiet Europas die längst klassische Problematik der Kompetenz zur Meinungsäußerung genauer betrachten.

Seit nahezu fünfzig Jahren sind sich die solidesten Arbeiten der politischen Soziologie, trotz einiger terminologischer Unterschiede, über die Gültigkeit mehrerer Feststellungen einig, die empirisch – und regelmäßig – überprüft worden sind:

Die politische Kompetenz[1] der Bürger ist im Allgemeinen gering, und ihre Kenntnisse und ihr Verständnis der Phänomene, die gewöhnlich als politisch bezeichnet werden, sind im Großen und Ganzen beschränkt.

Diese Kompetenz ist äußerst ungleich im sozialen Raum verteilt und bleibt in der Regel von den Beherrschungslogiken abhängig, die diesen definieren, strukturieren und hierarchisieren.

Dieses Niveau und diese soziale Verteilung bestimmen die Beziehungen zum Bereich des Politischen, sowohl unter dem allgemeinen Gesichtspunkt des Interesses für politische Themen (und für die Möglichkeit, sie zu erkennen und ein persönliches Urteil über sie abgeben zu können), als auch unter dem spezifischeren Gesichtspunkt des Wahlverhaltens (ungleiche Wahrscheinlichkeit, in den Listen eingetragen zu sein, regelmäßig zu wählen und in diesem Falle, ein tendenziell stabiles Wahlverhalten an den Tag zu legen).

Auf der Basis von semi-direktiven Interviews, die über einen Zeitraum von zwei Jahren hinweg wiederholt an einer möglichst gegensätzlichen (wenn schon nicht repräsentativen) Auswahl von zweiundzwanzig Personen durchgeführt wurden, zu denen die Forscher[2] bereits zuvor Beziehungen unterhielten, möchten wir folgende Vorschläge untermauern:

Wie nicht weiter überraschend, hängt das Ausmaß an Information über die europäischen Institutionen, über das die Befragten verfügen, mit ihrer allgemeinen politischen Kompetenz (die hier mittels Fragen zu Frankreich getestet wurde) und ihrer Stellung im sozialen Raum zusammen.

Ebenso lassen die Korrelationen die Existenz einer Zugangssschwelle vermuten, die im Falle europäischer Probleme viel höher ist als bei sogenannten „nationalen" Fragen. Hieraus ergibt sich die Notwendigkeit, über eine „Fachkompetenz im Quadrat" zu verfügen, wenn es darum geht, eine Meinung zu Europa zu äußern.

Teilweise liegt diese Verschärfung der „Teilnahmeberechtigungs"-Kriterien, die erforderlich sind, um ein Urteil über „Europa" abzugeben, das ein Mindestmaß an Argumentation, Artikulation und Informiertheit beinhaltet, daran, dass den Befragten geringere Möglichkeiten geboten wurden, um

1 Da sie es uns erlauben wird, die Unterscheidung zwischen Fachkompetenz und statusbedingter Kompetenz neu zu überdenken und somit eine „kognitive" Dimension (angeeignetes und einsetzbares Wissen) und eine „rechtliche" Dimension (Selbstermächtigung) zu unterscheiden, übernehmen wir hier die französische Terminologie, die insbesondere von P. Bourdieu und D. Gaxie verwendet wird.

2 Die Zitate stammen aus einem Korpus von Interviews, die von 2005 bis 2007 im C.U.R.A.P.P. von einer Forschungsgruppe (F. Buton, D. Delacourt, F. Krawczyk, C. Lagier-Marchand, P. Lehingue, N. Mariot, S. Rozier und A. Vauchez) durchgeführt wurden, die die soziale Einfassung der politischen Präferenzen untersuchten und denen ich herzlich dafür danke, diese erste Teilerauswertung liefern zu können, für die, gemäß der gängigen Formel, nur der Autor selbst bürgt.

eine Argumentation ausgehend von short cuts zu improvisieren. Dies steht im Gegensatz zur Verfahrensweise von Analysten, die die Bürger mit zahlreichen Hilfsressourcen ausstatten, um ihnen (manchmal auf sehr großzügige Art und Weise) den Status von Schiedsrichtern zuzuschreiben, die ausreichend aufgeklärt sind, um vernünftige Entscheidungen zu treffen.

Allerdings ist es, durch ein nur scheinbares Paradoxon, unter gewissen, äußerst präzisen Umständen (einer einzigartigen Wählermobilisierung wie beim französischen Referendum zum Europäischen Verfassungsvertrag im Jahre 2005) und für bestimmte (eher junge und wenig informierte) soziale Akteure manchmal gerade der Mangel an Fachkompetenz, der den Beginn einer statusbedingten Kompetenz einleiten kann, die es den weniger Kompetenten erlaubt, sich über (und in der Regel gegen) Dispositive zu äußern, die demonstrativ als zu komplex für sie dargestellt werden.

Über drei Fachkompetenz-Tests

Methodologische Bemerkung

Die Idee des Teams war es, während einer der Interview-Wellen (der zweiten) auf einer absichtlich streng kognitiven Basis mehrere Skalen politischer Kompetenz zu konstruieren, die dank einer Übung (deren willkürlichen Charakter wir nicht verbergen wollen) des „scoring" (Zuteilung von Punkten für jede Antwort auf die drei Arten von gestellten Fragen) „objektiviert" wurden. Die Bestimmung von Durchschnittsnoten sollte es erlauben, die Probanden zu „hierarchisieren", aber vor allem – darin lag nämlich das potenzielle Interesse der Versuchsanordnung – diese „Einstufungen" einander gegenüberzustellen (sind sie kongruent?), sie auf die sozialen Eigenschaften der Befragten zu beziehen, sowie auf umfassendere Diskurse, die in anderen Interviews (Meinungen zum Beitritt der Türkei, Reaktionen auf das Referendum zur Ratifizierung des europäischen Verfassungsvertrags) als Antwort auf offenere Fragen zum Thema Europa gehalten wurden.

Der erste Kompetenztest (nennen wir ihn den „Porträt-Test") bestand darin, den Befragten sieben Fotos von politischen Verantwortlichen zu zeigen (M.G. Buffet, T. Blair, A. Juppé, Marine Le Pen, L. Parisot…) und sie darum zu bitten, deren Namen und die Organisation, der sie angehörten, zu identifizieren und anschließend die Mandate und Funktionen, die sie ausgeübt hatten, genauer zu benennen. Abschließend wurden die Probanden gebeten, über jeden Einzelnen ein Urteil abzugeben.

Der zweite Test („Zeichnungs-Test") präsentierte den Teilnehmern ein halbes Dutzend Fotos (ein junges Mädchen nordafrikanischer Herkunft, das bei einer Demonstration die französische Flagge als Schal trägt, ein Werbeplakat des Ministeriums für Soziales, das die Einsamkeit älterer Menschen thematisiert) oder Karikaturen (der Le Monde-Karikaturist Plantu setzt ein Ehepaar in Szene und lässt den Ehemann seine Frau anfahren: „Du willst Politik machen, dabei weißt du noch nicht mal, wie man eine Rechnung fälscht.").

Der Gedanke dabei war, herauszufinden, inwieweit die Probanden die Fähigkeit besaßen

die solcherlei kommentierten Situationen in der Terminologie der gängigen politischen Debatte zu problematisieren.
Der letzte Test („Europa“) bestand auf sehr *klassische* Weise (im wahrsten, das heißt quasi schulmäßigen Sinne des Wortes) in einer Serie von fünf offenen Fragen, auf die die Probanden nach Belieben mehr oder weniger ausführlich und präzise antworten konnten.[3]
All diese Fragen wurden anschließend entsprechend der Ergiebigkeit der gegebenen Antworten kodiert („benotet“). Die Skalen für jeden dieser kognitiven Tests wurden auf Werte von 0 bis 20 geeicht, um so eine Vergleichbarkeit herzustellen.

Obwohl die Tests auf einer geringen Anzahl von Versuchspersonen beruhen (22 Individuen mussten auf etwa 30 Fragen antworten), und obwohl die (sogar auf die Berechnung von Mittelwert, Typverschiebungen und Paarkorrelationen reduzierte) statistische Auswertung die Vergleichbarkeit der Interviewsituationen als erreicht und die Kommensurabilität der drei durchgeführten Tests als sichergestellt betrachtet, kann das Experiment, das noch einmal in einem größeren Maßstab wiederholt werden müsste, durch folgende Tabelle schematisch dargestellt werden:[4]

3 „Was löst der Vertrag von Maastricht bei Ihnen aus? Erinnern Sie sich an den Namen der ersten Gründungsländer des europäischen Binnenmarktes? Wenn ich Ihnen die Abkürzung „P.A.C.“ (frz. Übersetzung von G.A.P. = gemeinsame Agrarpolitik, Anm. des Übers.) nenne, was sagt sie Ihnen? Im Jahr 2005 war die Bolkestein-Richtlinie im Gespräch; erinnern Sie sich daran? Welches war in etwa der Prozentsatz der Neinstimmen beim Europa-Referendum im Jahr 2005?“ In den (häufigen) Fällen, in denen der Befragte nicht antworten konnte, warf der Interviewer einige Antwortelemente ein, um das Interview zu verlängern.

4 Die Frage nach der Vergleichbarkeit dieser Interviews ist ein umfangreiches Problem, das durch das Verfahren des *scoring* und durch das Eichen der Antworten nur scheinbar gelöst wird. Der Vergleich muss nämlich mit dem Typus von Interaktionen „rechnen“, die sich zwischen den Interviewern und den Befragten ergeben haben und mit dem Grad ihrer Vertrautheit mit dem, was in dem Interview auf dem Spiel steht (nicht das Gesicht verlieren, nicht das Gesicht verlieren lassen). Weitere wichtige Aspekte sind die Art und Weise, wie sich jeder Fragesteller den Leitfaden zur Durchführung der Interviews angeeignet hat, das Bedürfnis vieler Interviewer, den am meisten in Schwierigkeiten befindlichen Probanden „zu Hilfe zu kommen“, indem man ihnen Orientierungsmöglichkeiten suggeriert, um die Interaktion nicht zu verschlechtern. Und schließlich spielt auch die Naivität eine Rolle, mit der wir die Tests als spielerisch (als „Spiele“) ankündigten und dabei überzeugt waren, dass dieser Versuchscharakter die symbolische Gewalt, die die Befragungen (die „Verhöre“?) über das, „was die Leute wissen“ und was sie „darüber zu sagen in der Lage sind“ unvermeidlich mit sich bringen, abschwächen würde. Zu allerletzt stellt auch der Grad der Vergleichbarkeit der Tests, die, obgleich sie alle kognitiv sind, manchmal unterschiedliche Eignungen erfordern (zum Beispiel die Fähigkeit, eine Karikatur ernst zu nehmen und zu entschlüsseln) eine weitere Serie von Problemen dar.

			Korrelationskoeffizienten		
	Harmonisierter Durchschnitt /20	Typische Abweichung	Durch-schnitt 3 Tests	Portrait-Test	Zeichnungs-Test
Durchschnitt 3 Tests	08,7	3,8	1		
Portrait-Test	10,1	4,1	0,73	1	
Zeichnungs-Test	08,5	4,4	0,80	0,55	1
Europa-Test	**07,5**	**5,4**	**0,88**	**0,68**	**0,7**

Die rein quantitative Auswertung dieser politischen Kompetenztests (die sich für etliche Befragte in „Prüfungen“ verwandelt haben: „Oh mein Gott, ich hab’ echt keine Ahnung“) erlaubt es, drei Erkenntnisse zu skizzieren:

- Wie es die Korrelationskoeffizienten vermuten lassen, korrelieren die kognitiven Kompetenzen, die bei jedem Probanden auf drei gegensätzliche Arten und in drei unterschiedlichen Dimensionen getestet wurden, untereinander. Der „Europa-Test“ war statistisch gesehen am stärksten mit den beiden anderen verknüpft und – vorausgesetzt, dass dieser synthetische Indikator einen Sinn hat – korrelierte am stärksten mit der politischen „Durchschnitts“-Kompetenz. Dies bedeutet im Klartext, dass die Kompetenz dazu, eine Meinung zu europäischen Problemen zu äußern, hier wahrscheinlich von den gleichen Logiken bestimmt wird, die bei der „gewöhnlichen“ (d.h. mit „nationalen“ politischen Problemen, Zielsetzungen, Institutionen oder Persönlichkeiten zusammenhängenden) politischen Kompetenz anzutreffen waren. Diese Fähigkeit ist wahrscheinlich sogar noch stärker von der allgemeinen politischen Kompetenz abhängig, als dies bei anderen Themen der Fall wäre.
- Hinsichtlich des Informiertheitsgrads über europäische Fragen fallen die Tests im Durchschnitt am mittelmäßigsten aus: Der „Noten“-Durchschnitt ist der niedrigste, und bei der Hälfte unserer Probanden erweist sich die kognitive „Performance“ als am geringsten. In dieser Beziehung scheint die Europa-Kompetenz selektiver und das Eingestehen von Unwissenheit

häufiger oder wahrscheinlicher, was vergleichbare Tests bereits durch Querverbindungen vermuten ließen.[5]

- Bei der Serie von Fragen, die sich auf Europa beziehen, ist auch die Notenverteilung unter den Probanden am breitesten gestreut, und die typischen Abweichungen sind am größten.[6] Die Notwendigkeit, eine „Kompetenz im Quadrat" zu besitzen, um Urteile über Europa zu äußern, fände in dieser stärkeren Ausprägung der Unterschiede den Beginn einer Bestätigung.

Die geringe Anzahl der Befragten hält zur Vorsicht an, doch bestätigen die beobachteten Ungleichheiten kognitiver Kompetenz im Großen und Ganzen die seit Langem etablierten Gesetzmäßigkeiten in Bezug auf Geschlecht (geringere Antwortrate der Frauen und/oder häufigere spontane Eingeständnisse von „Unwissenheit"), Alter (tendenziell geringere Punktzahlen für die Jüngeren) und sozio-professionelle Situation (bei vergleichbarem Kapital scheint eine stärkere Ausstattung mit kulturellem Kapital – im Gegensatz zum ökonomischen Kapital – die Informationsressourcen zu bereichern). Da in unserer Personenauswahl politisch engagierte Individuen oder solche mit einem praktischen Bezug zu Europa (Landwirte, Fischer, Fernfahrer, Grenzbeamte) fehlen, ist es leider unmöglich, die Bedeutung und Tragweite dieser kompensatorischen Attribute zu bestimmen. Dagegen steigert die Erfahrung durch touristische Aufenthalte im Ausland ohne jeden Zweifel die Fähigkeit, zu antworten, da diese Erfahrung in Bezug auf die soziale Position, die eine Person einnimmt, nicht systematisch redundant ist.

In diesem Stadium bleibt die Frage bestehen: Kann man durch das bloße Vertrauen auf derart ungenaue und „schulmäßige" Indikatoren auf eine allgemein schwach und ungleich ausgeprägte Kompetenz schließen – die noch schwächer und ungleicher verteilt ist, wenn es sich um europäische Fragen handelt?[7] Mehrere Elemente unseres Panels legen diesen Gedanken nahe.

---

5 Siehe zum Beispiel die Untersuchung von P. Favre und M. Offerlé (2002) und insbesondere die Überlegungen über „die Fähigkeit der Fragen, kognitive Unterschiede zwischen den sozialen Gruppen zu testen".

6 Dieselbe Feststellung bei der oben zitierten Untersuchung der kognitiven Performance französischer Studenten: Nimmt man die Frage nach den Schriften von Tocqueville aus, so ist es die Frage nach den Mitgliedsländern der Europäischen Union, die, je nach dem Beruf ihrer Eltern, die größten Kluften zwischen den Studenten aufzeigt.

7 Man hat bei dieser legitimen Befragung sicherlich das Schema der seit der Veröffentlichung der Typologien von P. Converse 1964 vorgebrachten Einwände wiedererkannt: Einwände in Bezug auf Arbeiten, die sich hauptsächlich mit der Frage nach der politischen Kompetenz (oder dem politischen „Entwicklungsstand") beschäftigen, und hinter denen manchmal die Absicht stand, jeglichen wissenschaftlichen (und politischen) Wert dieses Problems zu leugnen.

Der undurchschaubare und haarspalterische, irreale und entlegene, fremde und sonderbare Charakter der europäischen Fragen ergibt sich zunächst aus der folgenden Feststellung: Kaum ein Jahr nach dem Referendum von 2005 – an dem alle teilgenommen haben, wie sie behaupten – und auf die Frage nach den Problemen, die sie im kommenden Präsidentsschaftswahlkampf ansprechen würden, auf die Frage nach den Problemen, die man ihrer Meinung nach am dringendsten in Frankreich lösen müsste, auf die Frage nach den Entscheidungen, die sie sofort selbst treffen würden, wenn sie zufällig zum Präsidenten der Republik gewählt werden würden… nennt keiner unserer Probanden spontan eine Maßnahme, ein Ziel, eine Aktion, die auch nur im Entferntesten mit Europa zu tun hätte. Als sie im April 2007, einen Monat vor den Präsidentschaftswahlen, erneut zu den Problemen befragt werden, die die Kandidaten ihrer Meinung nach behandeln sollten, zeigen sich unsere Probanden (die vier eingeschlossen, die sich während früherer Interviews offen und bedingungslos als pro-europäisch bezeichneten) genauso stumm wie zuvor und „vergessen“, die europäische Ebene zu erwähnen.

Bevor man den Wissenstests ihren artefaktischen Charakter vorwirft,[8] empfiehlt es sich, diese Unterstellung genau zu untersuchen. So erklärt eine Befragte (22 Jahre, Studentin der Kunstgeschichte, bescheidene soziale Herkunft, von Gelegenheitsjobs lebend) ihre Ablehnung des Europäischen Verfassungsvertrags durch ihre Furcht vor dem Outsourcing der Arbeitsplätze und dem Sozialdumping. Als sie jedoch zwanzig Minuten später zu einem Problem befragt wird, das damit zumindest entfernt zusammenhängt – der „Bolkestein-Richtlinie“ – erklärt sie, dass ihr dies nichts sagt. Für sich genommen würde dieses Beispiel die Beweiskraft von kognitiven Indikatoren widerlegen – man kann zu einer Frage argumentieren und die gesamte offizielle politische Einordnung dieser Frage nicht kennen. Im Rahmen einer Studie verrät diese Unkenntnis jedoch etwas über den unbeteiligten, unsicheren, unentschlossenen und wenig kohärenten Charakter der Meinungen, die von der Befragten während aller Interviews geäußert wurden[9] und von den Missverständnissen, denen sie ausgesetzt ist – und denen sie die Forscher bei der Interpretation aussetzt.

---

8 Da sie im Wesentlichen von Akademikern für Akademiker hergestellt wurden, zeigen diese Indikatoren angeblich nichts an außer dem Ethnozentrismus ihrer Erzeuger.

9 Einfache Wahlübersetzung: Sechs Monate vor den Präsidentschaftswahlen sehr für S. Royal und stark gegen F. Bayrou, erklärt sie anschließend, dass sie sich bis zum Schluss nicht zwischen Bayrou und Besancenot entscheiden konnte, ohne dass irgendetwas von ihren vergangenen oder gegenwärtigen Wahrnehmungen des Wahlkampfes diese „Unbeständigkeit“ erklären könnte, außer den Kanälen des freundschaftlichen Umgangs, die sie in ihrem Leben gepflegt hat (in Frankreich, dann in Portugal während eines Erasmus-Aufenthaltes) und ihrer großen Distanz gegenüber dem Universum der Politik.

F: Hattest du bei dem Referendum zur Europäischen Verfassung abgestimmt?
A: Ja.
F: Erinnerst du dich, wie du abgestimmt hattest?
A: Nein, ich hatte mit „Nein“ gestimmt.
F: Kannst du mir noch einmal sagen warum?
A: Was mich beunruhigt hat, war die Dezentralisierung von Unternehmen, besonders von französischen Fabriken in Länder wie Polen oder osteuropäische Länder.
F: Stimmt, das hattest du mir schon gesagt. Weißt du noch, wann du dich entschlossen hast, so abzustimmen, war es spät oder…?
A: Kurz bevor ich wählen gegangen bin, war ich diesbezüglich sehr unentschlossen. Es gibt positive Punkte, aber dieser Punkt da ließ mich „Nein“ sagen.
F: Welches Argument hat dich am meisten überzeugt?
A: Das da, das ich dir gerade genannt habe.
(Zwanzig Minuten später)
F: Wenn ich jetzt Bolkestein-Richtlinie zu dir sage?
A: Oh, keine Ahnung.
F: Sagt dir der Name irgendetwas oder gar nichts?
A: Nein, was ist das denn?
F: Das ist der Name eines Herrn, der Europakommissar ist, und von dem während der Kampagne zum Verfassungsreferendum häufig die Rede war, nein…?
A: Nein, und was sollte der damit zu tun haben?
F: Im Großen und Ganzen geht es um die Frage der Liberalisierung der Arbeit in der Europäischen Union…
A: Die Bewegungsfreiheit…?
F: Ja genau, Bewegungsfreiheit und Liberalisierung der Arbeit in der Europäischen Union...
A: Das ist nicht schlecht.
M: Ja, aber gleichzeitig konnte das Arbeitsrecht des Herkunftslandes angewandt werden. Also nahm man zum Beispiel immer dieses blöde Beispiel von dem polnischen Klempner, der nach Frankreich kommt, um zu arbeiten und man könnte ihn solange arbeiten lassen, wie man will, für die gleiche Bezahlung wie in Polen usw.
A: Ah, ok, hat er kein europäisches Arbeitsrecht vorgeschlagen, kam diese Frage gar nicht auf?
F: Nein.
A: Ja… immer dieselben, die das ausnützen.

So ungenau und leicht kritisierbar sie auch sein mögen, reichen die kognitiven Fragestellungen oft aus, um die Fähigkeiten der Individuen zu ermitteln, die politischen Diskurse zu entschlüsseln, sie einzuschätzen und darin – wenn auch grob – den Ausdruck der Interessen zu erkennen, die sie verteidigen oder bekämpfen möchten.[10] Auch wenn sie von einer schulmäßigen Sichtweise ge-

10 Zur Bestätigung, auf der Basis von Fragebögen, die in Frankreich eher an Multiple-Choice-Fragebögen zum Thema Verwaltungsrecht erinnern, Delli Carpini, Keeter (1996).

trübt sind, zeigen sie bei der ersten Annäherung andere, stärker qualitative und feiner abgestufte Dimensionen politischer Kompetenz, wie „die Fähigkeit der Betroffenen, eine Verbindung zwischen den verschiedenen angesprochenen Punkten herzustellen, einen kohärenten Standpunkt einzunehmen, Systematik zu beweisen“ oder auch „die Fähigkeit, einen angesprochenen Punkt zu vertiefen, spontane (politisch stimmige) Randkommentare einzuschieben; die Fähigkeit zur Dezentrierung, zur Distanzierung (Annehmen mehrerer Standpunkte) und allgemeiner, die (sozial stärker bei Frauen ausgeprägte) Fähigkeit, sich in die Lage eines anderen zu versetzen (Empathie, Berücksichtigung einer Logik, die der eigenen fremd oder außenstehend ist); der Grad des persönlichen Engagements und der persönlichen Beteiligung bei der Produktion dieser Standpunkte („ich denke, dass… “), ja sogar die Fähigkeit, die Fragestellung des Interviewers in Frage zu stellen oder die Finalität der Interaktion vorauszusehen oder vorwegzunehmen“ (S. Rozier).[11]

Unsere Probanden wurden während der ersten Interview-Welle zum eventuellen EU-Beitritt der Türkei befragt. Ungeachtet ihrer Positionen zum Kern der Frage (gewogen, nicht gewogen, selbstbewusst, ratlos oder unsicher) können sie somit nach diesen Kriterien klassifiziert werden, die sich oft als untereinander kongruent erweisen und die bis auf eine Ausnahme[12] im Allgemeinen mit ihrer „kognitiven Performance“ zusammenhängen. Man beobachtet jedoch vor allem, dass diese unterschiedlichen Fähigkeiten, einen Standpunkt zu verteidigen und zu argumentieren, häufiger und einfacher aktiviert oder eingesetzt werden, wenn es darum geht, sich zu „internen“ und nicht europäischen Themen zu äußern (sehr häufig „bleibt die Europa-Beziehung – wenn sie denn existiert – in einer franko-französischen Perspektive begriffen“).[13]

Sich eine Meinung über Europa bilden: der Fall des Europäischen Verfassungsvertrages

Wenn es darum geht, sich über die institutionelle Zukunft Europas zu äußern, können ein mehr oder weniger verschwommenes „Klassenbewusstsein“ und eine nach den Einteilungen groß/klein oder Chef/Arbeiter ausgerichtete Welt-

11 Ich verdanke diese Kriterien den kritischen Beobachtungen von Sabine Rozier, von der ich, unter Beibehaltung ihrer Formulierungen, diese zahlreichen Varianten der Fähigkeit, Aussagen in einer Untersuchungssituation zu produzieren, übernehme.

12 Diejenige eines etwa 40-jährigen selbständigen Chirurgen, der sich nur mäßig für Politik interessiert, aber redegewandt mit der Frage der Türkei umgeht. Er nimmt dabei unterschiedliche Perspektiven ein, lehnt es jedoch ab, das Spiel der kognitiven Fragen, auf die er ausweichend oder gar ironisch antwortet, ernst zu nehmen.

13 Synthetische Beobachtung in Anlehnung an C. Lagier-Marchand.

sicht bei diejenigen, „für die man es (Europa) nicht macht“ äußerst überzeugte Antwortformen hervorbringen, wie im Falle des 63-jährigen Daniel, der über einen CAP (Äquivalent des deutschen qualifizierenden Hauptschulabschlusses, Anm. d. Übers.) mit Spezialisierung in allgemeiner Mechanik verfügt. Er ist in Rente, nachdem er sein gesamtes Berufsleben in dem gleichen Unternehmen verbracht hat (als Facharbeiter, dann als Vorarbeiter und schließlich aus wirtschaftlichen Gründen entlassen), lebt alleine in einem kleinen Dorf in der Picardie und hat 2002 im ersten Wahlgang für Jospin und im zweiten Wahlgang für Chirac gestimmt.

„F: Hast du die Kampagne gut verfolgt?
- Ja. Naja, ich habe sie ein bisschen verfolgt. Bayrou, was der sagte… Bayrou, der hat auch „Nein“ gesagt, oder? De Villiers auch. Für mich ist das ein Europa der Reichen, ein kapitalistisches Europa, was die machen. So eines wollen wir nicht. Zuviel Kapitalismus. Und zu viel Kapitalismus, das heißt mehr Arme… Wenn du die jetzige Regierung machen lassen würdest, würden die deinen Lohn um die Hälfte kürzen. Bei X (Name des Unternehmens, bei dem er angestellt war) haben sie dem Chef der Werkzeugabteilung 2000 von seinem Lohn abgezogen. Er hatte 11 oder 12 000 Francs, und sie haben ihm 2 abgezogen. Sie haben ihm gesagt, Sie verdienen zu viel für das, was Sie machen, dabei hat er das schon immer gemacht. Findest du das logisch? Es gibt ja Arbeiter, die ohnehin nicht viel haben, wenn man da weiter dafür stimmt, wird man noch weniger haben. Wenn du ‘n Arbeiter bist, musst du eher ans Soziale denken als an den Kapitalismus, die Industrie usw.…
- Ja, aber es gibt nicht nur Arbeiter in Frankreich…
- Nein, aber es gibt mehr davon
- Na ja, ich weiß nicht… Die Kategorie Arbeiter im Sinne von…
- Ich kenne nicht wirklich alle, alle Kategorien, aber vielleicht, dass… die, die rechts sind, da gibt’s welche, die wollen, dass das durchkommt…
- Die haben mit „Ja“ gestimmt…
- Und dann gibt’s eine andere Kategorie… die ein bisschen menschlicher sind, in der Mittelschicht, die sich gesagt haben, das ist ja alles schön und gut, aber man sollte besser an diejenigen denken, die weniger haben… Nicht die ganz Reichen. Den ganz Reichen, denen sind die Armen scheißegal.“

Vorausgesetzt dass man sie identifiziert, könnten die Standpunkte der nationalen politischen Verantwortlichen sicherlich die Rolle von „cues“, Informationssignalen oder ungefähren Richtungsmessern spielen, die es den Wählern erlauben, sich zu orientieren und die zuvor genannten kognitiven Mängel teilweise auszugleichen. Doch obwohl die Kampagne über das Referendum zum Europäischen Verfassungsvertrag (VVE) nach Meinung der Beobachter außergewöhnlich lebhaft war und offensichtlich in zahlreichen Primärgruppen (Familie, Nachbarschaft, Freunde, Kollegen…) lebhafte Diskussionen ausge-

löst hat,[14] geht ihr Einfluss vermutlich weniger tief als man es gesagt, gefürchtet oder gewünscht hat. Ein Jahr nach dieser Befragung fällt es dreien unserer Probanden – ohne dies verbergen zu wollen – schwer, sich daran zu erinnern, wie sie abgestimmt haben. Einer von ihnen verwechselt die Frage sogar mit der Frage nach dem Beitritt der Türkei. Selbst unter den Männern und Frauen, die lange gezögert haben, erklärt niemand, dass er oder sie heute anders stimmen würde, doch kann sich nahezu die Hälfte nicht mehr an das Hauptargument erinnern, das über die Orientierung ihrer Stimmabgabe entschieden hatte („wir haben seitdem geschlafen", „das ist weit weg, das alles… "). Manche bewahren auch nur eine sehr vage Erinnerung daran („die Einheit").

„- Hast du deine Stimme abgegeben?
Anne (58 Jahre, Licence (Universitätsabschluss nach einem dreijährigen Studium) in moderner Literatur, pensionierte Lehrerin, stimmt 2002 in beiden Wahlgängen für Chirac): Ja
- Kannst du mir sagen für was?
- Ich habe mit „Ja" gestimmt.
- Warum?
-Weil ich die Idee eines vereinten Europas interessant finde, angesichts anderer großer Nationen, unter anderem gegenüber China…
- Und erinnerst du dich noch an den Moment, wo du dich wirklich für das „Ja" entschieden hast, oder…?
- (Langes Schweigen) An den Moment?
-Ja, ja, welche Argumente?
- Ja, ja, ja, aber ich habe seitdem geschlafen… ich habe seitdem geschlafen… Nein, ich erinnere mich nicht mehr, damals waren wir… als ich mittendrin war, wenn du so willst, da, als es da die ganzen… Debatten gab, da hätte ich es dir sagen können, aber seitdem habe ich mich…
- Du hattest ganz schön viele Sachen verfolgt…
- Ja, ja, ja, ja, ja und…
- Und hat sich deine Meinung im Verlauf der Kampagne geändert oder…?
- Oh nein! Ich war immer dafür!
- Und du hast niemals gezweifelt?
- Nein.
- Und hast du da genaue Argumente, die dich bei deiner Meinung, mit „Ja" zu stimmen, bestätigt haben oder…?
- Aber ja! Es muss… da gab es sicher welche, aber ich sage dir, ich erinnere mich nicht mehr.
- Wenn du ein Argument anführen müsstest...

14 Ein Drittel unserer Probanden erklärt, mit niemandem darüber diskutiert zu haben und dementiert damit das idealisierende Bild vom allgemeinen Vorhandensein deliberativer Arenen.

- Na gut, dann sag' ich dir, die Stärke… einer Einheit von Ländern gegenüber anderen.
- Es ging auch um einen sozialen Vertrag, den es noch nicht gab. Ich weiß nicht, diese ganzen Fragen da, hat dich das nicht…
- Oh nein! Ich erinnere mich wirklich gar nicht mehr daran, überhaupt nicht mehr. Wie lange ist das jetzt her?
- Das ist ein Jahr her.
- Nein! Was waren das für soziale Ideen?
- Unter den Gegnern des Vertrages hieß es, das würde ein Europa der Konkurrenz werden und dass es eben keine…
- Ach ja! Mit den Polen oder den…
- Man würde zum Beispiel vielleicht den öffentlichen Dienst in Frage stellen.
- Hm… hm hm, nein, tut mir leid, da… ich… dafür bin ich nicht mehr nahe genug dran, um dir ...“

Es ist somit gerechtfertigt, die Frage nach dem Status dieser „short cuts“ zu stellen: Warum hinterlassen die Argumente der nationalen Kampagnen zu europäischen Fragen so wenig Spuren, nachdem die Wähler ihr Votum abgegeben haben?[15]

Außerhalb der Periode der Mobilisierung im Wahlkampf und vorausgesetzt, dass es möglich ist, über ein wohlbegründetes Inventar dieser „kognitiven Abkürzungen“ zu verfügen,[16] ließe sich die zuvor angeführte Hypothese einer „Kompetenz im Quadrat“ – oder auch einer Verschärfung der „Teilnahmeberechtigungs“-Kriterien, wenn es darum geht, eine Meinung zu europäischen Fragen zu äußern – durch die Seltenheit der informationellen Mikrosignale, die die europäische Integration aussendet, untermauern.[17] Alle Befragten – egal wie sie beim Referendum von 2005 gestimmt haben – führen die gleichen Charakteristika eines ungenau bestimmten Ensembles von Institutionen an, vom dem man nicht genau weiß, wie man es typisieren soll: So klagen die Befragten über das Fehlen genauer Verortungen (Brüssel, Straß-

15 Für eine Kritik dieses alternativen Paradigmas (im Wesentlichen wissen die Wähler zwar wenig, und ihr Informationsgrad ist sehr ungleich verteilt, doch beeinträchtigt dieser kognitive Mangel keineswegs die prinzipielle Gleichheit zwischen den Bürgern, da ja die Zuhilfenahme der „*short cuts*“ den am wenigsten interessierten Bürgern ausreicht, um sich ein Urteil zu bilden), verweisen wir auf D. Gaxie (2007).

16 Zwar wird die lexikalische Vorstellung („*rules of thumb*“, „*accessibility bias*“, „*judgemental heuristics*“, „*cues*“, „*low information signals*“ und/oder „*short cuts*“) niemals angefochten, doch erwartet man von den Verfechtern dieser „neuen Orthodoxie“ noch, dass sie die Unterscheidung zwischen diesen „Konzepten“ erhellen, indem sie eine wirkungsvolle Definition liefern, die es erlaubt, sie zu erkennen und die die Bedingungen der Aneignung und der Umsetzung dieser kognitiven Abkürzungen durch die „Normal“-Bürger präzisiert.

17 Vergleiche den Beitrag von M. Delassalle in dieser Arbeit (Kapitel 9).

burg, Den Haag, Frankfurt… ?) und die Unmöglichkeit, die Debatten zu personalisieren und somit ihre Begriffe in vereinfachender Weise mit der politischen Orientierung, dem äußeren Erscheinungsbild, der Nationalität oder den sozialen Eigenschaften eines Verantwortlichen zu verbinden. Eine unüberschaubare, sich ständig verändernde institutionelle Architektur, ein Entscheidungsprozess, der als verschlungen und anonym erlebt wird, Schwierigkeiten der (positiven oder negativen) Zuschreibung der politischen Maßnahmen der Union und die Komplexität oder Elastizität der Kompetenzgebiete tragen ein Weiteres zur Verwirrung der Bürger bei.[18]

Auf die Frage „Was war für deine Stimme über den Vertrag entscheidend?“, sagt Amelie (59 Jahre, pensioniert, ehemalige Krankenschwester, Sympathien für die Linken, „Ja“-Stimme bei der Abstimmung über den Europäischen Verfassungsvertrag):

„Na ja, ich hatte mir gesagt, dass es trotzdem besser wäre, zu versuchen, etwas zu verbessern… Eben weil du an das glaubst, was man dir sagt, weil du dich irgendwo gar nicht genug auskennst, um zu wissen, ob man dir die Wahrheit sagt, weil zum Beispiel bei Edf-Gdf (staatseigene französische Elektrizitäts- und Gasgesellschaften) weiß ich nicht, wer die Wahrheit sagt, also kann ich mir keine Meinung über Europa bilden. Es kam mir so vor, als würde man uns sagen, dass der Vertrag von Nizza weniger gut wäre als der, den man uns vorschlug, um zu fünfundzwanzigst zu funktionieren, ich fand, dass es vor allem darum ging, zu versuchen zu fünfundzwanzigst zu funktionieren, selbst wenn man noch nicht sehr gut funktionierte. Und „Nein“ zu sagen, weil man nicht ausreichend gut funktionieren würde, das finde ich lächerlich, weil das bedeutet, dass man nicht voran kommt… also… und wenn man nicht vorwärts kommt, macht man Rückschritte. Die Fachleute dagegen, die gehen uns weiterhin mit ihren Empfehlungen, Texten und dem ganzen Kram auf die Nerven, weil die die ganze Zeit arbeiten.
F: Welche Fachleute?
Amelie: Na ja, die gesamte europäische Verwaltung, die weiterhin eine bestimmte Anzahl von Richtlinien ausbrütet… also habe ich trotzdem mit „Ja“ gestimmt, weil… auch wenn ich ganz genau wusste, dass das nicht sehr sozial war und so.“

Die Argumentationsstruktur, die sich Amelie „zusammenbastelt“ (eine Technokratiekritik mit der Lebensweisheit „Stillstand ist Rückschritt“ als Gegengewicht) ist auf symptomatische Weise dieselbe, wie diejenige eines Befragten, der aus voller Überzeugung mit „Nein“ gestimmt hat (mit der gleichen Aversion gegen ein technokratisches und zu wenig „soziales“ Vorgehen). Der Unterschied ist nur, dass Max (34 Jahre, Fachabitur in Elektrotechnik; nach

18 In diesem Universum, das sich überwiegend durch ein Fehlen von „Praxisanbindung“ auszeichnet, bildet die Einführung einer gemeinsamen Währung die einzige Ausnahme, um die herum sich jedoch häufig Kritikpunkte herausbilden (hohe Lebenshaltungskosten und schleichende Verschlechterung der Kaufkraft).

Paris gezogen, nachdem er einen Technikerwettbewerb bei France Télécom gewonnen hatte; beklagt die kommerzielle Ausrichtung seines Unternehmens; fasst eine Umschulung im Bereich sozio-kulturelle Animation ins Auge) die Lebensweisheit umkehrt: Wenn man zu schnell voranschreitet – im Gewaltmarsch – riskiert man Rückschritt:

„Außerdem haben sie es nicht genügend erklärt, haben sie das in den Medien und im Fernsehen nicht genug verhandelt. Sie haben das wie eine Fliege auf die Suppe getan, ich weiß ja nicht, was du darüber denkst, aber ich finde, man hat uns nicht früh genug gesagt, wo es lang geht, das wurde nicht detailliert genug erklärt (…) Die Franzosen, die sind nicht blöder als die anderen Europäer. Und was mich bei dem ganzen Kram nervt, den die da durchbringen wollen, das ist, dass sie die Dinge nicht klar sagen, das ist ein bisschen, wie wenn du was kaufst, und man dir die allgemeinen Vertragsbedingungen gibt, und zusätzlich hast du ganz unten Sternchen für die besonderen Bedingungen, und weil die ganz klein gedruckt sind, liest du sie nicht, und wenn du sie nicht liest, lässt du dich übers Ohr hauen. Und genau das ist Politik. Der Vertrag, der ist nicht durchgekommen. Aber wenn er durchgekommen wäre, wer weiß, was uns passiert wäre! Die hätten uns vielleicht total zerlegt. Ich sage manchmal, lieber jetzt einen Schritt zurückgehen, um anschließend besser voranzukommen."

Fachliche Inkompetenz und statusbedingte Kompetenz: Die Triebkräfte einer „*voice*"

In allen diesen Interviewausschnitten tritt ein Thema zutage – der Mangel an Informationen – das bei den Befragten ein Geständnis der Inkompetenz auslöst. Zahlreiche Antworten legen spontan die Frage nach dem Wissen nahe, das nötig ist, um sich das Recht zuzusprechen, eine Meinung zu europäischen Fragen zu äußern. Diese Tatsache alleine würde es rechtfertigen, das Problem ungeachtet seiner schulmäßigen Konnotationen und der professoralen Haltungen, das es mit sich bringt, zunächst in kognitive Begriffe zu fassen, da es von den sozialen Akteuren häufig in genau diesen Begriffen problematisiert wird.

In den soziologischen Studien über politische Kompetenz hängt die fachliche (d.h. kognitive) Kompetenz eng mit der statusbedingten Kompetenz zusammen, die es den Individuen erlaubt – und sie in bestimmten Situationen dazu zwingt – Meinungen zu äußern. Es handelt sich dabei um eine Selbstermächtigung, die gleichzeitig von der Gesellschaft geformt und gefordert wird, und die im Gegenzug einen Prozess der Anhäufung von Informationsressourcen anregt („Adel verpflichtet").

Man könnte hier die Hypothese aufstellen, dass der Mangel an Fachkompetenz, wenn er von denjenigen, die das Wissen besitzen müssten, um sich zu äußern, zu offensichtlich wahrgenommen wird, paradoxerweise Minimalfor-

men von statusbedingter Kompetenz erzeugt, also zur freien und ungehemmten Äußerung anregt, was mehrere unserer Probanden durch äußerst unterschiedliche Formulierungen bezeugen können. Somit kann die Gleichung : „(fachliches) Unwissen" = „(bürgerliche) Unfähigkeit" entschieden widerlegt werden.

„F: Und, hast du andere Argumente gesehen?
Daniel (63, ehemaliger Facharbeiter im Vorruhestand, bereits zitiert): Ich erinnere mich nicht mehr daran. Ich hatte, ich habe das Buch hier (sucht mit seinem Blick die Fensterbank in seiner Küche ab)… Nein, aber du hast es doch gesehen: Verarschen die uns nicht ein bisschen? Hast du das Buch gesehen, das man da lesen soll?
F: Ah, den Vertrag?
D: Ja, ich glaube, ich hab' den wohl weggeworfen… (lacht) Hast du gesehen, was da drin stand? Hast du gesehen, wie winzig klein das geschrieben war? Nein, aber echt…
F: Du hast es aufgeschlagen und du hast es nicht gelesen?
D: Natürlich nicht; ich werd' das doch nicht alles lesen. Ich habe keine Zeit mit solchem Blödsinn zu verlieren. Hast du den Vertrag gesehen, den die uns vorgesetzt haben? Nein, die hätten ein kleines Handbuch machen sollen, in dem sie uns das Ganze grob erklären. Da drin war das viel zu kompliziert.
F: Das waren rechtliche Dinge…
D: Wir haben das doch nicht gebraucht. Die hätten uns das Ganze grob erklären müssen, die ganzen Prinzipien… Ich weiß nicht, 200 Überschriften oder so in der Art… Wir hatten nicht genug, um zu entscheiden, aber so ein Buch… Und hast du gesehen, was das gekostet hat?
F: Wie erklärst du dir, dass das „Nein" gewonnen hat?
D: Na ja, die Leute sind nicht blöder als… die Rechte. Jeder kann heute lesen und schreiben. Entweder das interessiert dich nicht und du kümmerst dich nicht drum, oder es interessiert dich und… Aber jeder kann lesen und schreiben. Also kann jeder …
F: Andere haben gesagt, dass das die Stimme von engstirnigen und verschlossenen Leuten war, was denkst du darüber (lacht)?
D: Die halten die Leute für Dummköpfe. Die, die das gesagt haben, die halten die Leute wirklich für Dummköpfe. Es gibt keine Dummköpfe. Selbst der am wenigsten Gebildete, der ist nicht dumm, sag' ich dir. Der weiß Sachen. Wenn du es ihm erklärst, dann weiß er es. Der ist nicht blöd, der handelt. Nur die Verrückten, die Dings, die Geisteskranken können nicht reagieren. Der Typ, der das gesagt hat, der glaubt, dass er über den anderen drübersteht. Der hält sich für Gott, der Typ. Der hat noch ganz schön was zu lernen."

Dieses Gefühl der gekränkten Ehre, das in mehr oder weniger deutliche Formen der „voice" mündet, ist besonders stark bei den Jüngeren ausgeprägt, die sich noch in der Periode der schulischen Bewertungen befinden. Sie scheinen ihre persönliche Inkompetenz äußerst schlecht zu verkraften und lasten sie der

desaströsen pädagogischen Arbeit der politischen Verantwortlichen an. Der ins Feld geführte „Betrachtungs"-Typus (Zaller) oder die bevorzugte Lebensweisheit (Gamson) wäre im vorliegenden Fall: „Im Zweifel – in den dich die absichtlich undurchschaubaren Formulierungen stürzen – enthalte dich nicht!"

„F: Hast du abgestimmt?
- Manon (22 Jahre, Kunstgeschichts-Studentin, prekäre Situation, familiäre Sozialisierung für die politische Linke, aber keine gefestigten politischen Überzeugungen, große Ehrfurcht vor ihrem Vater, an den sie in politischen Themen oft die Entscheidung delegiert): Ja, ich glaube, ich habe abgestimmt. Ich habe mit „Nein" gestimmt.
- Weißt Du noch warum?
- M: Ah, weil ich glaube, da gab es… Nein, ich weiß! Weil ich nichts verstanden hatte! (lacht) Das war der totale Wahnsinn! Ich hatte versucht, das zu lesen. Ich hatte Sachen gehört und ich hatte nichts verstanden. Da war gar nichts klar. Also, man sagte mir gleichzeitig, dass das sehr gut wäre, weil… ich weiß nicht mehr genau warum… und ich sagte mir, dass es nicht gut wäre, weil es da dieses und jenes Land gab, das dann in die Europäische Union kommen könnte, und damit war ich nicht einverstanden. Gleichzeitig sagte man mir, dass das nichts damit zu tun hätte, dass die nicht reinkommen würden, dass das zwei verschiedene Dinge wären, kurzum habe ich im Zweifel mit „Nein" gestimmt! Und so ist das! Im Zweifel habe ich eben mit „Nein" gestimmt. Und ich hab' ja sowieso nichts verstanden. Ich habe mir gesagt, dass ich an dem Tag, an dem das klar wäre, mit „Ja" stimmen würde, aber das würde sie lehren, ihren Job so schlecht zu machen. Allenfalls wenn mein Vater mir gesagt hätte, dass ich mit „Ja" stimmen soll, dann hätte ich vielleicht mit „Ja" gestimmt. Weil es mein Vater ist, und weil ich den Eindruck habe, dass er die Weisheit gepachtet hat, aber sonst… gibt's da nichts anderes…
- Und dein Vater, erinnerst du dich, warum er mit „Nein" gestimmt hat?
- M: Ich glaube, dass wir alle einfach nichts verstanden haben! Wir haben nichts verstanden und sahen keinen Nutzen. Wir verstanden nicht die… Und wir hatten Angst vor Veränderungen. Ich auf jeden Fall, mir ging das so, das ist klar. Ich will nicht, dass es weniger gut wird, und Europa, das passte mir im Moment ganz gut so. Ich möchte lieber, dass es so bleibt, als dass es schlimmer wird. Im Zweifel…
- Und wie erklärst du dir, dass das „Nein" gewonnen hat?
- M: Na ja, dadurch, dass sich die Informationen in Frankreich super schlecht rumgesprochen haben. Ich habe mit „Nein" gestimmt, aber die Hälfte der Leute hat bestimmt genauso nichts verstanden wie ich. Wir haben nichts verstanden, wir stimmen mit „Nein", weil wir Angst haben, eine Dummheit zu begehen.
- Und wenn es nochmal eine Abstimmung gäbe, würdest du wieder das Gleiche machen?
- M: Wenn ich immer noch nichts verstehen würde, ja, dann würde ich mit „Nein" stimmen!

Die verführerische, da unangemessene Hypothese, dass das Fehlen von Fachkompetenz einer statusbedingten Kompetenz den Weg bereitet, lässt sich somit nicht ohne Risiko verallgemeinern.

Ihr Geltungsbereich scheint nämlich stark durch die Bedingungen des Sammelns und des Zusammentragens unserer Diskurse über Europa (ein Jahr nach dem Referendum über den Europäischen Verfassungsvertrag) eingeschränkt zu sein und mehr noch durch die Umstände, unter denen offiziell um ein Urteil über Europa ersucht werden konnte (Referendum mit allgemeinem Wahlrecht). Wahrscheinlich ist es die schmerzhaft empfundene Distanz zwischen der prinzipiellen Gleichheit aller Bürger und einer Ausstattung mit Informationsressourcen, die jeder als sehr begrenzt und asymmetrisch empfindet, die diesem paradoxen Mechanismus teilweise Nahrung liefert. Die Begrenztheit der Ausdrucksmöglichkeiten, die den Wahlverfahren innewohnt (hier Entweder-Oder-Entscheidung), trägt noch weiter zu dem Gefühl bei, ungerecht behandelt zu werden: Wie soll man sich angesichts einer Wahlmöglichkeit, die ebenso simpel wie extrem ist, mit den schwachen „Bordmitteln" oder ohne die Zwischenkategorien (eher ja, eher nein), auf die man bei Meinungsumfragen ausweichen kann, äußern? Schließlich ist die Hypothese gültig, weil sich der Gedanke weit verbreitet hat (ausnahmsweise ein wirklicher short cut), dass „Sie" „Uns" allzu deutlich „ihre Überlegenheit" und schließlich „unsere" Unwissenheit zu verstehen gaben, indem „Sie" „Uns" einen Text schickten, von dem jeder wusste, dass er komplett unlesbar war.

Die Grenze, an die diese paradoxe Hypothese ziemlich schnell stößt, ist darin begründet, dass alle unsere Probanden abgestimmt hatten – oder zumindest erklärten, es getan zu haben. Es wäre also die Frage, ob sich unterhalb einer bestimmten Minimalschwelle von Kompetenz, Verständnis oder Interesse an einem Spiel, das als seltsam und den Alltagsproblemen vollkommen entrückt wahrgenommen wird, statt des exit letztendlich eher die voice durchsetzt.[19]

19 Im Gegensatz zu gewissen überschwänglichen Diskursen, die „den außergewöhnlichen Aufstand des Volkes gegen die Eliten" rühmen, den der Sieg des „Nein" angeblich darstellte, zeigt die detaillierte ökologische Analyse des Prozentsatzes der Enthaltungen das Weiterbestehen der substanziellen Unterschiede (der Ordnung 1 bis 3) zwischen reinen Wohngebieten und Siedlungen mit populärer Bevölkerung. Weit davon entfernt abzunehmen, scheint es so, als hätten sich diese Unterschiede von einem europäischen Referendum (1992) zum nächsten (2005) sogar noch vergrößert. Wir erlauben uns, für genauere Einzelheiten auf Lehingue (2007) zu verweisen.

Zersplittertes Europa

Informationsmittel, Informationselemente und Informiertheit

GUILIANO BOBBA, KATARZYNA JASZCZYK, MURIEL RAMBOUR

Die Europa-Kenntnisse der Bürger erweisen sich im Großen und Ganzen als äußerst lückenhaft. Diese allgemeine Feststellung gilt für alle Kategorien von Probanden, die im Rahmen dieses Projektes befragt worden sind, unabhängig von den Kriterien von Alter, Geschlecht oder Bildungsniveau. Die gleiche Situation ist bei der Selbsteinschätzung der Bürger zu ihrem Kenntnisstand über die Institutionen und die politischen Maßnahmen der EU wahrnehmbar. Dem Eurobarometer 68 zufolge empfindet eine Mehrheit der Europäer immer noch ein großes Informationsdefizit hinsichtlich der politischen Angelegenheiten Europas. Und obwohl die EU verkündet, wirkungsvolle Informationspolitik zu einer ihrer Prioritäten machen zu wollen (Europäische Kommission, 2006), betrachteten sich im Herbst 2007 nur 18% der Europäer als „sehr gut" oder „eher gut" über europäische Fragen informiert.[1] Ebenso versicherten 47% der Befragten im Frühjahr 2008, dass sie der Behauptung nicht zustimmten, sie würden die Funktionsweise der EU verstehen. Unter den verschiedenen Kommunikationsmitteln haben die nationalen Tageszeitungen die größte Neigung, über Europa zu sprechen, während die Fernsehnachrichten europäische Fragen nur am Rande behandeln (Baisnée, 2006; Garcia, Le Torrec, 2003; Cepernich, 2005). So sind beispielsweise in Italien kaum 5,5% der gesamten Nachrichten-Sendezeit Europa gewidmet (Osservatorio di Pavia, 2009). In Frankreich bezogen sich 2007 nur 2,2% der von den Redaktionen der Fern-

1 In den Ländern der Untersuchung betrug der Anteil der Individuen, die sich als „sehr gut" oder „eher gut informiert" betrachteten, wie folgt: 17% in Frankreich, 18% in Italien und 21% in Polen.

seh-Nachrichtensendungen behandelten Themen auf europäische Fragen (Ina'Stat, 2008). Dieser Anteil, war während des Referendums über das europäische Verfassungsprojekt im Jahre 2005 doppelt so hoch.

Die europäische Integration erscheint häufig als ein weit entferntes Anliegen von hohem Abstraktionsniveau und großer Komplexität, das einen enormen „kognitiven Einsatz“ erfordert (Inglehart, 1979). Das Wissensniveau zum Thema Europa wird jedoch nicht nur von der Tatsache bestimmt, ob man Informationen darüber ausgesetzt ist, sondern auch von der Fähigkeit, diese Daten zusammenzufügen (Gaxie, 2007) und ihnen je nach den Veranlagungen, dem Wissen, den Überzeugungen und den bereits existierenden Vorstellungen jedes Einzelnen einen Sinn zu verleihen (Neuman, 1992; Gerstlé, 2001). Die europäische Konstruktion ist durch aufeinander folgende Vorstöße in das Leben der Europäer eingedrungen. Dabei waren ihre Zielsetzungen für die Bürger, die in ungleichem Maße darauf vorbereitet waren, nicht immer klar identifizierbar. Diese Komplexität trägt seit langem zu dem allgemein verbreiteten Bild eines Europas der anonymen Macht bei. Außerdem ist die Einschätzung dessen, was die Bürger über Europa „wissen“ besonders heikel, wenn man sich bemüht, anders vorzugehen als durch die Verteilung von Fragebögen zur Bewertung der Kenntnis einer bestimmten europäischen Institution oder Entscheidung. Dieses Kapitel versucht herausarbeiten, wie Personen in Frankreich, Italien und Polen die Informationen „bewältigen“, die sie zu europäischen Fragen bekommen können. Wie können sich Normalbürger auf dem kaum personalisierten Terrain der europäischen Politik orientieren? Welche Quellen setzen die verschiedenen Bevölkerungsgruppen ein, um sich über Europa zu informieren? Wird die Information über Europa je nach den sozialen Eigenschaften der Individuen in unterschiedlicher Weise wahrgenommen? Variieren die Kompetenzen in Bezug auf Europa zwischen den Staatsangehörigen der alten und der neuen Mitgliedsländer der EU? Indem man die Befragten sprechen lässt, soll es vor allem darum gehen, die Informationselemente zu erfassen, die die Individuen einsetzen, um über Europa zu sprechen, ihre Verständnisschwierigkeiten zu identifizieren, und, in einem weiteren Sinne, die Anhaltspunkte, das praktische Wissen oder auch die „Tricks“ zu beleuchten, die es erlauben, in einer Interviewsituation eine Meinung „zusammen zu basteln“.

Informationsquellen und -mittel

In allen untersuchten Ländern werden die Medien von den Befragten als wichtigste Informationsvektoren zum Thema Europa identifiziert. Dennoch bleibt, was keineswegs überrascht, die aktive Grundeinstellung gegenüber der Information, die sich durch die häufige Verwendung einer relativ breiten Pa-

lette von Quellen (Printmedien, audiovisuelle Medien, Internet) auszeichnet, einer begrenzten Anzahl von Individuen vorbehalten, die hauptsächlich den höheren und/oder politisierten Kategorien angehören. Wie Daniel Gaxie in Bezug auf die politische Kompetenz bemerkt, „sind es die am besten Informierten, die am ehesten dazu neigen, sich informieren zu wollen und die sich somit noch besser informieren“ (Gaxie, 2007, 750).

Die Medien tragen zur Bildung des Laienwissens der Bürger über die europäischen Angelegenheiten bei, indem sie ihnen bestimmte Themen zum Nachdenken auferlegen. Somit „prägt also die starke Sichtbarkeit eines Themas in den Medien die Öffentlichkeit und führt zu einer Hierarchisierung der Prioritäten“ (Gerstlé 1996, 739), selbst wenn „diese scheinbare Macht der Medien immer noch stark von den Eigenschaften und Neigungen der Person abhängt“ (Gaxie, 2003, 335).

Die Art und Weise, wie die Befragten die Informationen über europäische Fragen bekommen und wahrnehmen, wird hauptsächlich von ihren Bildungsressourcen, ihrer interpretatorischen Kompetenz und dem Niveau des Interesses, das sie für den Bereich der Politik verspüren, bestimmt. In den meisten Fällen stellen die durch die Diskurse der Medien produzierten Informationen oder die im Umfeld des Befragten geführten Gespräche die wichtigsten „Abkürzungen“ (Popkin, 1991; Gaxie, 2007, 740-741) dar, um ein Urteil über Europa zu formulieren. So kann auch die Erfahrung mit bestimmten Dimensionen der europäischen Konstruktion, wie sie beispielsweise in der Ausübung einer Berufstätigkeit präsent sind, als Informationsmittel dienen und die Standpunkte orientieren. Für die Befragten aus dem Agrarsektor, die einen klar abgegrenzten Standpunkt zur europäischen Konstruktion einnehmen, wird Europa hauptsächlich durch die Bestimmungen, die es produziert, wahrgenommen. Für einen französischen Rinderzüchter

> „kann aus der Sicht des Agrarsektors ein Produkt besser vermarktet werden… auch wenn dahinter selbstverständlich Zwänge liegen… Danach, auf negativer Ebene, immer noch in Bezug auf meinen Beruf, sind es diese ganzen Bestimmungen, die uns von Europa auferlegt werden und die sicherlich viel weniger schnell gekommen wären, wenn wir nur Franzosen wären… “.

Die EU wird hier durch eine Informationsabkürzung mit den anzuwendenden Normen gleichgesetzt. In diesen Bereichen stammt die Information über Europa hauptsächlich von den Berufsverbänden, die in einem legislativen europäischen Universum, das als komplex bewertet wird, Elemente liefern, an denen man sich orientieren kann. Auf die Frage nach seinen Informationsquellen gibt ein Getreideproduzent an, dass er „sehr gut informiert“ ist, ohne „irgendein Problem“, „durch die Fachzeitschriften“, die er regelmäßig zu lesen angibt, „durch die Gewerkschaft“ – wo man, wie er sagt, „über nichts anderes

redet“. In scherzhaftem Tonfall meint er, dass man in seinem Beruf „sehr gut informiert ist, ja sogar zu gut“.

Dennoch stehen diese sozialen Gruppen, obwohl sie meist äußerst kompetent im Bereich ihrer Berufsangelegenheiten sind und manchmal regelmäßig Fachliteratur lesen, allgemeinen Fragen zum Tagesgeschehen oder zur Funktionsweise der EU hilflos gegenüber. Die Ausübung eines Berufes, den man von europäischen Regelungen betroffen glauben könnte, ist keine Garantie für eine fundierte Kenntnis des Themas. Als er zur Bolkestein-Richtlinie befragt wird, gibt ein französischer Klempner zu, von diesem Thema „gehört zu haben“, bekennt aber zugleich seine Unfähigkeit, sich zum Inhalt dieses Textes zu äußern. Nachdem man ihn zu der Problematik dieser Richtlinie hingeführt hat, erinnert er sich, dass das Thema während der Kampagne zum Europäischen Verfassungsvertrag im Gespräch war: „Ach ja, genau! Der berühmte polnische Klempner! Ich höre, dass man darüber spricht, aber ich verstehe nicht, warum man vom polnischen Klempner spricht und nicht vom polnischen Maurer oder was auch immer“.

In Italien unterhalten manche Befragten aufgrund ihrer Berufstätigkeit Kontakte mit verschiedenen Organismen der EU. Das ist bei einer jungen Beraterin für europäische Projekte der Fall, die die Rifondazione Comunista wählt und einen Magisterabschluss besitzt. Das Zweite, was ihr einfällt, als man sie mit dem Wort „Europa“ konfrontiert, ist

„das nationenübergreifende politische System, das Europa organisiert. Ich denke an die Europäische Kommission… Die Generaldirektionen, aus denen sich die Kommission zusammensetzt, die anderen Institutionen wie das Parlament, das Komitee der Regionen… Ich denke daran, denn ich arbeite da drin“.

Für stärker politisierte Befragte können die Informationen über die europäischen Mechanismen auch mit der Ausübung eines Wahlmandats zusammenhängen. Wie bei einem französischen Immobilienmakler, der sich in einer regionalistischen Partei engagiert und früher Mitglied des Regionalrats war. Sein Politikinteresse veranlasst ihn, auf eine Vielzahl von Informationsquellen (regionale, nationale Presse und Internet) zurückzugreifen, was es ihm erlaubt, sich mit Thematiken auszukennen, die seiner Meinung nach der breiten Öffentlichkeit unbekannt sind: „Es gibt Dinge, die müssten für die breite Öffentlichkeit vereinfacht werden, aber ich verstehe sie eben, weil ich mich dafür interessiere“. Im Fall Italiens findet man einen ähnlichen Diskurs. Ein leitender Verwaltungsbeamter aus Turin erklärt, dass er bezweifelt, dass der Normalbürger, der nicht Jura oder Politikwissenschaft studiert hat, die Funktionsweise der europäischen Institutionen verstehen kann: „Es ist schwierig, einen positiven Eindruck von Europa zu vermitteln, weil man deutlich sieht, dass die Bürger, die Mehrzahl der Bürger es nicht mögen, es nicht verstehen“.

Wenn der Befragte aus dem Studentenmilieu stammt oder Akademiker ist, ist die Information über Europa unmittelbar mit dem schulischen Werdegang zu verbinden. Der Genauigkeitsgrad der Antwort muss jedoch mit der Aneignung des studierten Fachgebiets in Beziehung gesetzt werden. Ein französischer Student, der sich in einem Ausbildungsprogramm für den gehobenen öffentlichen Dienst befindet, formuliert in zögerlichem Tonfall eine Antwort, die mit dem Interesse zusammenhängt, das er für die europäischen Fragen zeigt: „Ich erinnere mich, als ich auf dem IEP (Institut des études politiques – Eliteuniversität für Politikwissenschaft) war, da kam mir Europa so ein bisschen unklar vor. […] Damals las ich nicht viel die Presse… Und dann… ich weiß nicht, das sagte mir nicht wirklich was“. Ein ungefähr 30-jähriger hoher Beamter, der dieselbe Verwaltungs-Schule absolviert hat, legt eine stärker gefestigte Grundeinstellung zu europäischen Themen an den Tag, da er sie während seiner Laufbahn in der Praxis erlebt hat, anlässlich eines Praktikums, das es ihm erlaubt hat, einen genauen und kritischen Blick auf die Erweiterung der EU zu werfen. Diese beiden Fälle deuten an, dass nicht nur die Tatsache, dass man Informationen ausgesetzt ist, die Wahrnehmungen von Europa beeinflusst, sondern auch die Erfahrung, die man mit Europa gemacht hat. Eine Literaturstudentin an der Universität Turin, die auch einen Magisterabschluss für Tourismuswirtschaft besitzt, verfügt über eine überdurchschnittlich stark ausgeprägte Kenntnis der europäischen Institutionen. Dennoch bleibt der Grad ihrer Informiertheit über die Rolle, die Europa in ihrem täglichen Leben als Studentin spielt, begrenzt: „Ich glaube, dass Europa irgendwie Konsequenzen (für mein Studentenleben) hat, aber es gelingt mir nicht wirklich herauszufinden, worauf, ich habe nicht genügend Informationen“.

Für zahlreiche Befragte, die zum Großteil aus niedrigen und mittleren Gesellschaftsschichten stammen, spielt die unmittelbare Erfahrung eine Schlüsselrolle bei der „Vertrautmachung“ mit der EU. Ihr Europa-Bild wird insbesondere durch den täglichen Kontakt mit bestimmten Realitäten geprägt, die sie oft als Eindringen der EU in ihr vertrautes Universum erleben. Die Kenntnis von Europa ist somit klar eingegrenzt, dieses Mal jedoch in Bezug auf den Lebensrahmen des Individuums. Dies zeigt das Beispiel einer Hausbesitzerin in Südfrankreich, die einen Vergleich zwischen Europa und der Verteilung der Post in ihrem Dorf anstellt, obwohl sie angibt, keine besonderen Kenntnisse über die Richtlinien zu besitzen, die die öffentlichen Sektoren betreffen:

> „Ich bin dafür, dass es einen öffentlichen Dienst gibt, weil das ein bisschen eine Garantie für eine gewisse Gleichheit bei der Verteilung von Elektrizität und Post ist… Und wenn es nur bei der Verteilung der Post wäre, in dem kleinen Dorf, von dem ich gerade gesprochen habe, da hat man uns schon vor drei Jahren den Briefkasten gestrichen.“

In Polen führt die konkrete persönliche Erfahrung bei manchen Personen, die im Übrigen oft schlecht über die etwas entlegeneren institutionellen Realitäten der EU informiert sind, zu einer besonderen Herangehensweise, die gewissermaßen der Logik der Synekdoche gehorcht und in manchen Aspekten der Sichtweise der oben erwähnten Landwirte ähnelt. Als eine Arbeitslose ohne festen Wohnsitz, die noch nie das polnische Staatsgebiet verlassen hat, einen Gedankengang über den Einfluss Europas auf ihr Leben entwickelt, baut sie diesen ebenfalls um die konkrete und fühlbare Präsenz der EU in ihrem nahen Umfeld herum auf. Die Veränderungen, die sie im vertrauten Raum ihrer Stadt und dem Obdachlosenheim, in dem sie untergebracht ist, wahrnimmt, werden in ihren Augen zu Verkörperungen von Europa. Es ist interessant festzustellen, dass diese Person betont, dass sich jeder beliebige Durchschnittsbürger, der genau wie sie über keinerlei besondere politische Kompetenz verfügt, vollkommen legitim zu den europäischen Fragen äußern kann, und zwar genau im Rahmen der Art und Weise, wie er für gewöhnlich Europa „erlebt“, in seiner praktischen Alltags-Form. Diese Legitimität stellt sie in ihrem Diskurs der statusbedingten Legitimität der Berufspolitiker gegenüber:

„Ich bin kein Politiker, aber derzeit kann bei uns jeder etwas (zur EU) sagen. […] Und selbst hier, in diesem Obdachlosenheim… Man gibt uns Essen: Käse, Marmelade. Und diese Produkte kommen eben aus der Europäischen Union, das steht sogar drauf. Also denke ich, dass es eine gute Entscheidung ist, dieser Beitritt zur Union“.

Unter den Befragten mit niedrigem Bildungsniveau verbreiten sich Information häufig über zwischenmenschliche Beziehungen, und besonders über familiäre Beziehungen. Ein 56-jähriger polnischer Befragter, Angestellter in einer Fleischverarbeitungsfabrik, dessen Töchter viel durch Europa gereist sind und im Rahmen ihrer Berufstätigkeit Kontakte mit den europäischen Organismen unterhalten, erklärt, dass seine Kinder, die über Hochschulabschlüsse verfügen, ihm die Grundbegriffe von Europa beigebracht haben und ihn weltoffener gemacht haben: „Ich hatte keine Ahnung von all diesen (europäischen) Fragen, weil ich in einer anderen Zeit aufgewachsen bin, und das liegt nur an meinen Töchtern, die mir ganz einfach viel erzählt, mich vorbereitet haben.“

Andere Personen, denen in europäischen Angelegenheiten klare Bezugsgrößen fehlen, beziehen sich auf bestimmte Meinungsführer. Eine pensionierte Landwirtin, ausgebildete Elektromonteurin und aktive Katholikin, erinnert sich an die beruhigenden Äußerungen der Priester ihrer Gemeinde in den ersten Tagen nach dem EU-Beitritt Polens:

„Als die Leute noch nicht genau wussten, wie sie diese Anträge auf direkte Subventionen stellen sollten, ermutigten die Priester sie […] Sie erklärten diesen bescheide-

nen Leuten, Arbeitern, keine Angst zu haben, ihre Felder auszumessen und das alles, zur Gemeinde zu gehen und sich zu informieren… Was ich gehört habe, war eher positiv, auf jeden Fall in meiner Gemeinde: dass sie die Anträge stellen und keine Angst haben sollten."

Es war ebenfalls der Priester ihrer Gemeinde, der diese polnische Landwirtin veranlasst hat, am Referendum über den EU-Beitritt ihres Landes teilzunehmen, indem er in seiner Predigt auf der bürgerlichen Wahlpflicht bestand.

Jenseits der allgemeinen audiovisuellen Medien, die Europa nur einen beschränkten Platz einräumen, scheinen die gebildeten und politisierten Individuen im Allgemeinen geschriebene Quellen zu bevorzugen oder auf ihr Schulwissen zurückzugreifen. Die Befragten mit geringem Bildungskapital neigen dagegen eher dazu, auf ihre konkrete Erfahrung mit Europa oder auf Aussagen von Personen aus ihrem sozialen Umfeld, die diese im direkten Austausch geäußert haben,[2] zu vertrauen. Im Großen und Ganzen scheint die Haltung einer „indirekten Aufmerksamkeit für die öffentliche Sache", die häufig von Befragten, „die möglicherweise anlässlich großer Ereignisse wie einem Krieg oder einem Skandal eine Anziehung für das politische Intrigenspiel empfinden können…, üblicherweise aber ihrem Tagesgeschäft nachgehen, ohne zu versuchen, den Lauf der öffentlichen Angelegenheiten zu beeinflussen" (Cefäi, Pasquier, 2003, 49), gegenüber der Politik im Allgemeinen angenommen wird, im Fall der Aufmerksamkeit für europäische Fragen besonders ausgeprägt. Die Befragten nutzen somit ihnen nahe liegende Instrumente, um sich über europäische Themen zu informieren: So setzen diejenigen, die eine synoptische Grundeinstellung besitzen, Referenzen aus dem Bereich der Schulbildung, der Medien oder des politischen Engagements ein. Diejenigen dagegen, die Europa hauptsächlich aus dem Blickwinkel ihrer Erfahrung lesen, die klar auf bestimmte konkrete Manifestationen der europäischen Konstruktion beschränkt ist, beziehen sich auf Referenzen aus ihrer Berufstätigkeit oder ihrem näheren sozialen Umfeld.

Wie groß ist das Informiertheitsgefühl in Bezug auf Europa?

Der Wissensstand eines Individuums hängt nicht allein von der Tatsache ab, ob es Informationen über Europa ausgesetzt ist, sondern hauptsächlich von seiner Fähigkeit, die übermittelte Botschaft zu entschlüsseln. Für die meisten Bürger gilt die EU als eine politische Konstruktion, zu deren Beherrschung ein weitaus größeres Maß an Einführung nötig ist, als zum Verständnis der

2 Siehe Kapitel „Wenn Europa mobilisiert".

Themen und Mechanismen der nationalen Politik. So behauptet ein Schuhverkäufer auf einem polnischen Markt in spöttischen Tonfall, dass es an Europa „nichts Kompliziertes gibt. Alles ist kinderleicht… Bloß dass die Hälfte der Leute nicht weiß, was ein Vertrag ist, was die Union ist". Gleichzeitig stellt eine junge Frau, die ein fünfjähriges Universitätsstudium absolviert hat und nun für die Verwaltung europäischer Strukturfonds verantwortlich ist, fest, dass „die Bürokratie kompliziert ist : Um etwas (innerhalb der Union)kohinata zu tun, ist der Weg derart verschlungen, dass ein gewöhnlicher Mensch Mühe hat, sich zurecht zu finden. Das Parlament, die Kommission… Hier wählt man, dort leitet man weiter… das ist Hexerei."

Die Art und Weise, wie jeder sein eigenes Wissen bewertet, muss mit großer Vorsicht analysiert werden. Es wäre nämlich voreilig, von den Erklärungen der Befragten auf das tatsächliche Niveau ihrer Kompetenzen in europäischen Angelegenheiten zu schließen. Andererseits haben die befragten Personen äußerst divergente Vorstellungen davon, was es bedeutet, über Europa „informiert zu sein". Es existiert ebenfalls eine interaktive Befangenheit, die es manchen Akteuren, die sich der Zielsetzungen einer Interviewsituation bewusst sind und bestrebt sind, „ihr Gesicht zu wahren" zuweilen verbietet, ihren Kompetenzmangel einzugestehen. Dabei erlaubt es die Antwort „ich bin nicht (gut) informiert" den Befragten, die alternative Feststellung „ich verstehe nicht", die manchmal als Eingeständnis einer intellektuellen Schwäche angesehen wird, zu vermeiden.

Nachdem alle diese Vorbehalte ausgesprochen sind, ist der am weitesten verbreitete Gedanke, dass es zum Thema Europa ein Informationsdefizit gibt – und zwar sowohl in Bezug auf die nahe liegende Realität und die tägliche Berufstätigkeit, als auch auf das sozio-politische nationale Leben und seine Verflechtungen mit der EU im Allgemeinen. Der Leiter eines französischen Transportunternehmens gesteht die Schwierigkeit ein, für eine präzise Nachfrage zu seiner Tätigkeit den richtigen Ansprechpartner zu finden:

> „Heute weiß ich nicht, was mir Europa für eine Hilfestellung bieten könnte, für eine Erleichterung meiner täglichen Verrichtungen. Wir sind sehr wenig über Europa informiert. […] Wir sind nicht informiert, wir wissen nicht, was Europa uns gebracht hat, das ist ein Problem."

Bei den Befragten, die nur eine klar eingegrenzte Wahrnehmung der europäischen Integration besitzen, wird das Informationsdefizit häufig zu dem Beruf, den sie ausüben, in Beziehung gesetzt. Eine Fischersfrau – die ihrem Mann bei der Vermarktung des Fisches hilft und sich um die Buchhaltung kümmert – beklagt, dass sie erst von ihren Kollegen über eine neue Vorgabe bezüglich der Größe der Fischernetze informiert worden ist.

In Polen teilen einige Befragte, die im Allgemeinen nicht über Bezugspunkte im Bereich der Politik verfügen, ihre Bedenken hinsichtlich des konkreten Nutzens der europäischen Konstruktion mit. Sie beklagen ihre Unwissenheit über die potenziellen Chancen und Bedrohungen für ihr Land, die mit dem EU-Beitritt verbunden sind, sowie über die persönlichen Möglichkeiten, die Europa bietet. Viele von ihnen haben das Gefühl, dass die politischen Entscheidungen, die sie als mit der EU verbunden wahrnehmen, „hinter ihrem Rücken" getroffen werden, da das politische Leben Europas nicht ausreichend in den Medien erscheint. Ebenso glaubt eine 64-jährige Italienerin, die in einem Krankenhaus angestellt ist und über keinerlei unmittelbare Europa-Erfahrung verfügt, dass ihre Generation

> „in der Schule natürlich nicht über Europa als Union auf wirtschaftlicher und politischer Ebene informiert worden ist. […] Es gibt keine wirkliche Information seitens der Politiker, die sich darum kümmern sollten, ihre... ein bisschen weniger... aufmerksamen... Zeitgenossen zu informieren. […] Wenn man die Nachrichten im Fernsehen hört, lernt man etwas, aber nicht besonders viel."

Wenn sie nach ihrem Informationsniveau über die europäischen Themen befragt werden, äußern die Befragten aus der französischen Mittelschicht sogar ein Gefühl des Unwohlseins. An ihren Reaktionen lässt sich häufig stillschweigend eine Form von symbolischer Gewalt ablesen, wie es diese 70-jährige veranschaulicht, die früher Lehrerin und dann Hausfrau war und die eine Form von politischer Inkompetenz äußert und nicht weiß, wo sie sich auf der politischen Skala verorten soll: „(Langes Schweigen) Nun ja (Lachen), das reicht mir! (lautes Lachen) Weißt du, du befragst hier wirklich jemanden von der Basis, stimmt's?"

Zahlreiche polnische Probanden, die über ein geringes Bildungskapital verfügen, reagieren verwirrt auf die Medieninformationen, die ihnen vorgesetzt werden. Sie fühlen sich nicht in der Lage, sie zu dechiffrieren oder ihre politische Tragweite zu bewerten. Dies ist der Fall eines jungen Kleinstadtbewohners, der sich nach einem dreijährigen Touristikstudium vor kurzer Zeit als Kaufmann selbständig gemacht hat. Unfähig, die Konstellationen innerhalb der politischen Arena Polens differenziert zu betrachten, erklärt er, über Europa zu wissen, „was man wissen muss". Als er gefragt wird, wie er im Falle eines Referendums über den Vertrag von Lissabon abstimmen würde, offenbart er sein Gefühl des Unverständnisses angesichts der Informationen, die er über die Medien erhalten hat:

> „Im Fernsehen gibt es viele „Wahrheiten". In den Nachrichten sagen sie, dass es einen Skandal gibt… aber sie erklären nicht, wie das angefangen hat, warum das so ist. […] Das Problem bleibt bestehen und wird immer wieder durchgekaut, aber in

Wirklichkeit hat man keine Ahnung. Die normalen Leute wissen überhaupt nicht, worum es geht. Mit diesem Referendum ist das genauso… Aber wer weiß genau, was da drin steht? Was ist der Nutzen, was sind die Resultate davon?"

Die Selbsteinschätzung des Informationsgrads hängt von der gesellschaftlichen Definition dessen, „was man wissen muss", ab. Dies stellt die gesamte Methodik der Eurobarometer in Frage. Häufig betrachten nämlich die populären Bevölkerungsgruppen die Information über Europa, die als komplexer eingeschätzt wird, aufgrund ihrer niedrigen sozialen Position und ihres geringen schulischen Kapitals per Definition als nicht für sich bestimmt. Dieser Argumentationstyp wird von einem polnischen Arbeiter eingesetzt, der glaubt, dass er die seiner sozialen Position entsprechenden Grundkenntnisse besitzt. Wenn ihm einige europäische Probleme unbekannt sind oder ihm nicht klar erscheinen, zieht er daraus den Schluss, dass die Botschaft ohnehin nicht an ihn gerichtet ist:

„Die wichtigen Dinge, die ich wissen will, weiß ich. Aber sagen wir die Verfassung… Nicht alle von denen, die höher sind als ich, haben die gelesen […] Alles, was ich brauche, ist für mich verständlich… Und das, was es nicht ist… nun ja offensichtlich (ist es das) für diejenigen, die… dazu gezwungen sind… die da drin arbeiten… Und was mich betrifft… ist alles… scheint mir… klar."

Diese Grundeinstellung, die darauf abzielt, nützliches Wissen und nützliche Kenntnisse zu bevorzugen, hängt auch mit der Verinnerlichung einer Art statusbedingter Inkompetenz in Bezug auf ein Europa, das man nicht verstehen kann, zusammen. Nach Meinung dieses 45-jährigen französischen Bäckers „braucht man", um die europäische Verfassung zu lesen, „eine Schulbildung, die ich nicht habe. Ich habe nicht die Schlüssel, um das zu lesen". Nach Meinung der Personen mit einem geringen kulturellen Kapital liegt eines der größten Hindernisse für das Verständnis der Informationen über Europa in der Verwendung eines komplizierten Vokabulars. Ein französisches Rentnerpaar bewertet die Informationen über Europa als „kompliziert", weil „das Fremdwörter" sind. Die Betreiberin eines Bierlokals meint, dass die Informationen über Europa mit „Wörtern, die man nicht versteht, wenn man nicht auf der ENA (französische Eliteschule für Verwaltung) war", präsentiert werden.

Der Gedanke eines Informationsdefizits über Europa, der in den populären Klassen verbreitet ist, wird durch die Prüfung des Profils der Individuen nuanciert, die den mittleren und höheren Kategorien angehören und in der Lage sind, einen stärker synoptischen Diskurs zu produzieren. Hauptsächlich aus den höheren Gesellschaftsschichten stammend, glauben diese Befragten, dass die Information im Gegenteil zu reichlich ist, was ihre Lesbarkeit behindert. Der Filialdirektor einer französischen Bank – dessen positives Urteil

über Europa sowohl allgemein ist, als auch mit seinem Tätigkeitssektor zusammenhängt – äußert den Gedanken, dass die Bürger „von Informationen überschwemmt“ werden und glaubt, dass „die Überinformation zu einer Unterinformation führt, wenn es an Ausbildung fehlt.“ Ebenso bezeichnet ein 69-jähriger polnischer Ingenieur, der Miteigentümer eines Architekturbüros ist und der EU positiv gegenübersteht, die von den Medien verbreitete Information über Europa als „Informationslärm“. Ebenfalls in Polen benutzen mehrere Befragte, die die große Kommunikationskampagne, die dem EU-Beitritt des Landes vorausging, verfolgt haben, den Begriff „Propaganda“, wenn sie von der Information über Europa sprechen, die während dieser Periode verbreitet wurde. Eine pensionierte Grundschullehrerin stellt sogar eine Verbindung zwischen der – ihrer Auffassung nach - neuen Omnipräsenz der europäischen Fragen in den Lehrplänen und der Omnipräsenz der ideologischen Elemente, die mit der Vorherrschaft der Sowjetunion verbunden waren, her. Im polnischen Kontext, also dem eines Landes, das vor kurzer Zeit in die EU aufgenommen wurde, fühlen sich zahlreiche Befragte der höheren oder mittleren Gesellschaftsschichten – selbst diejenigen, deren Wissen zum Thema Europa begrenzt ist – dennoch relativ gut informiert. Viele, auch diejenigen, die an ihren Kenntnissen zweifeln, glauben, dass die Information über Europa zugänglich und für sie erreichbar ist. Mehrere Probanden erkennen im Übrigen ihre Mitverantwortung für ihren lückenhaften Informationsstand an. Eine andere pensionierte Grundschullehrerin, die der EU positiv gegenüber steht, antwortet ohne zu zögern, als sie nach ihrem Informiertheitsgefühl in Bezug auf Europa befragt wird: „Sehr gut (informiert). Es genügt, es zu wollen, denn ich bin in der Lage, das Internet zu benutzen, es gibt die Presse. Wenn jemand Interesse hat, ist er informiert. […] Wie ich gesagt habe, alle Informationen sind zugänglich, wenn ich wissen will, suche ich“.

Die mittleren oder niedrigen Schichten setzen sich also aus Bürgern zusammen, die eine Selbstbegrenzung aufweisen, die in der Hauptsache auf zwei Arten zu verstehen ist: Entweder schränken sie sich allgemein bei den Bemühungen ein, sich zu informieren, da sie sich nicht für kompetent halten, sich auf der Basis der Informationen, die sie erhalten, zu den europäischen Fragen zu äußern. Oder sie begrenzen das Feld ihrer Informationssuche auf nützliche Kenntnisse und Thematiken, die einen gewissen Widerhall in ihrem persönlichen Leben finden. Andererseits glauben die Befragten, die einen synoptischen Standpunkt zu Europa einnehmen – zumindest einige von ihnen –, gut informiert zu sein, sei es auf allgemeine Weise oder aufgrund eines stärker eingegrenzten Interesses für ganz bestimmte Aspekte der europäischen Konstruktion. Sie betonen aber auch den Überfluss an Information über Europa, deren mangelnde Klarheit und die Schwierigkeit, sie zu verstehen.

Komplexitäten und Verwirrungen

Die europäischen Institutionen sind Quelle zahlreicher Verwirrungen. Dieses Thema wird häufig als Verkörperung der Komplexität der europäischen Architektur verstanden. Einerseits haben die Bürger lückenhafte Kenntnisse in diesem Bereich, andererseits fühlen sich viele von ihnen durch bestimmte Charakteristika der Funktionsweise der EU aus der Fassung gebracht, einer EU, in der sich die Macht zwischen Autoritäten zerstreut findet, die nicht mehr hierarchisch angeordnet sind und im undurchschaubaren Universum der Institutionenvielfalt verstreut sind. Sie erscheint im etymologischen Sinn des Wortes „delokalisiert“, das heißt, dass ihr kein definierter und fester Ort zugeordnet ist (Magnette, 2000, 204). Außerdem trägt die Gewaltenteilung, die sich von der traditionellen dreigeteilten Struktur unterscheidet und nicht mehr klar zwischen den Kompetenzen der Exekutive, Legislative und Judikative trennt, nicht zur Erkennbarkeit der jeweiligen Rollen der Institutionen bei. Nach dem Eurobarometer 69 haben 56,50% der Befragten Vertrauen in die EU. Die europäischen Institutionen vereinigen ebenfalls ein breites Vertrauen von Seiten der Europäer auf sich. Im Frühjahr 2008 erhielt das Europaparlament das Vertrauen von 52% der Individuen, die europäische Kommission genoss das Vertrauen von 47% der Europäer, und der Europarat von 43%.

Die spontanen Meinungen, die in den semi-direktiven Interviews gesammelt wurden, offenbaren die Grenzen dieser Fragen nach dem Vertrauen in die europäischen Institutionen. In Polen sind die Erklärungen der Befragten in dieser Hinsicht bedeutsam. Die unsicheren Antworten einer Verwaltungsangestellten mit Gymnasialbildung lassen die diskursiven Anstrengungen erkennen, die von einer gewöhnlichen Bürgerin entfaltet werden, die Stellung zu Fragen beziehen soll, über die sie nicht nachgedacht hat und über die sie keine ausreichenden Informationen besitzt:

„- (Das Europaparlament) lässt mich an die Versammlung einer großen Anzahl Leute denken, die aus unterschiedlichen Ländern kommen, also…
- Aber flößt es Ihnen Vertrauen ein?
- Ja, mir scheint es so… Ich glaube, dass es dort bestimmte Leute auf ganz bestimmten Posten gibt.
- Und die europäische Kommission?
- Die hat sicherlich auch eine bestimmte Funktion… also denke ich… auch…
- Und der Europarat?
- Ich glaube ja“.

Die Einprägung von Namen und Orten spielt eine nicht zu vernachlässigende Rolle für Befragte, die eher geneigt sind, europäischen Institutionen einen Vertrauenskredit einzuräumen, die sie wenigstens vom Namen her kennen, da

sie häufig in den Medien erwähnt werden. Allerdings schafft die auf Events ausgerichtete Logik der Medien nicht unbedingt günstige Voraussetzungen dafür, bei der Vorstellung der Institutionen und der Funktionsweise des europäischen Apparats eine pädagogische Rolle zu übernehmen. Stattdessen sind es eher die infotainment-artigen Fernsehnachrichten, die beispielsweise die Namen der Europaabgeordneten bestimmen, die von der Mehrheit der Zuschauer – besonders von denjenigen mit geringem kulturellen Kapital – in Erinnerung behalten werden. Andererseits ist die routinemäßige europäische Debatte ohne größere ideologische Auseinandersetzungen ohnehin nicht dazu geeignet, die Aufmerksamkeit einer breiten Öffentlichkeit zu erregen, die sich häufig eher für die konfliktgeladene Dimension der Politik interessiert.

Die institutionelle Funktionsweise der EU erscheint komplex – und zwar sowohl für die Befragten aus populären Milieus, die eine distanzierte Beziehung zu Europa haben, als auch für Personen aus höheren Gesellschaftsschichten, von denen man eigentlich gedacht hätte, dass sie diese Fragen, zumindest im Groben, besser beherrschen würden. Dies zeigt die vergleichende Lektüre zweier in Frankreich durchgeführter Interviews in diametral entgegengesetzten sozialen Universen, die eine starke Ähnlichkeit der Reaktionen auf die Frage nach der Kenntnis der Institutionen enthüllt. Die Unsicherheit, die in der Interviewsituation erzeugt wurde, erinnert an diejenige, die durch die Fragen nach dem Informiertheitsgefühl über europäische Themen ausgelöst wurde. Ihre Unkenntnis der Institutionen bringt eine 26-jährige Reinigungskraft ohne Schulabschluss in eine heikle Situation. Im Verlauf des Interviews muss der Interviewer selbst die Antwortelemente liefern:

„- Kennst du das Europaparlament?
- (ablehnendes Zeichen, ein wenig verlegen) Überhaupt nicht…
- Die europäische Kommission?
- (gleiche verschämte Antwort)
- Kennst du nicht… den Rat… den Europarat, kennst du nicht, das macht nichts…
- Aber siehst du, du erklärst es mir und danach weiß ich es, aber… “

Auch als sie an eine junge Abteilungsleiterin in einer Bank gerichtet wird, die einen Hochschulabschluss besitzt, ruft die gleiche Serie von Fragen dieselbe Unfähigkeit hervor, sich zur Rolle der verschiedenen Institutionen zu äußern – die diesmal allerdings in einem eher selbstironischen Tonfall ausgedrückt wird:

„- Sagt Dir das Europaparlament etwas?
-… Nein, ich habe dir doch gesagt, ich hab' keinen Plan. […] Nein, ich weiß… sind das nicht die Abgeordneten, die im Parlament sitzen?… Aber ich weiß nicht, was sie machen, ich weiß doch schon in Frankreich noch nicht mal, was die machen. Die

machen die Gesetze, oder, das ist es doch? Die Abgeordneten, was machen die? Ich weiß nicht… ich war total schlecht in Sozialkunde."

Polnischen Befragten fällt es manchmal schwer, die Beschaffenheit der europäischen Konstruktion als solche zu erfassen. So gesteht ein junger Angestellter im Finanzdienstleistungsbereich mit Universitätsdiplom, dass er zum Zeitpunkt des EU-Beitritts Polens lange darüber nachgedacht hat, wie es möglich ist, „einen so großen Staat und ein derart umfangreiches Personal von einem einzigen Punkt aus, von einem einzigen Ort aus zu verwalten." Dagegen stützt ein 31-jähriger Handelsvertreter, der relativ gut über Europa informiert ist, seine Ansicht über die europäische Struktur auf eine Analogie, die mit den polnischen Realitäten vertraut ist: In Anlehnung an die Einteilungen des nationalen Verwaltungssystems stellt die EU in seinen Augen„ „einen großen Staat mit 25 Verwaltungsbezirken" dar.

Meist lassen sich die Probanden bei ihrer Vorstellung von der Funktionsweise der europäischen Institutionen von ungefähren Annäherungen leiten. Für eine Deutsch-Französin, die die Auswirkungen der europäischen Integration aus dem Blickwinkel ihrer persönlichen Situation wahrnimmt, ist das Europaparlament eine Institution, „die Europa verwaltet", auch wenn sie nicht genau weiß, auf welche Weise sich diese Verwaltung vollzieht. Auch ein polnischer Priester fühlt sich nicht kompetent, zu antworten, als er nach der Rolle des Europaparlaments befragt wird: „Ich weiß, dass es existiert… dass sie sich versammeln, dass sie debattieren, aber worüber, wie, warum, wo… " Während sich die Kenntnis der institutionellen Funktionsweise Europas unabhängig vom Bildungsniveau oder der sozio-professionellen Kategorie der Befragten als äußerst lückenhaft erweist, besteht der Hauptunterschied zwischen den höheren Kategorien und den populären Klassen häufig in der Art und Weise, wie man seine eigene Inkompetenz eingesteht (oder nicht). Es überrascht nicht, dass die Befragten mit geringem kulturellen Kapital dies unmittelbarer eingestehen, wie es eine polnische Putzfrau mit Wohnsitz in Brüssel veranschaulicht. Verunsichert durch die Frage nach ihrem Vertrauen in die Institutionen erklärt sie: „Sowas hatte ich nie nötig". Im Gegensatz dazu tendieren die gebildeten Individuen dazu, sich ausgehend von ihren allgemeinen und politischen Wissensvorräten eine notdürftige Antwort „zusammen zu basteln".

Die Tatsache, dass man sich als gut über europäische Fragen informiert bezeichnet, ist keine Garantie für eine tatsächliche Kenntnis der Institutionen, egal um welchen Bevölkerungstypus es sich handelt. Als man ihn fragt, wie er sich über Europa informiert fühlt, antwortet ein 47-jähriger Franzose, Chef einer Autowerkstatt – der den Politikern „zuhört", aber nicht vertraut – dass er durch Fernsehen und Zeitungen „gut informiert" ist. Zum Thema europäische Fragen „verstecken die in den Nachrichten sich nicht hinter einem Fachjar-

gon, da kommen die Skandale deutlich raus, da ist man gut informiert". Man nimmt jedoch sofort eine Diskrepanz zwischen diesem allgemeinen Informationsniveau und dem individuellen Verständnis der institutionellen Organisation Europas wahr: „Nein, das, was alles in Brüssel passiert, das ist zu langweilig. Es gibt zu viele Parlamentarier… Ich weiß noch nicht einmal, wie viele es gibt, 500?" Als präzisiert wird, dass es mehr als 700 Europaabgeordnete gibt, ist der Befragte erstaunt und lenkt die Diskussion auf das Gebiet der Betriebskosten: „700? Das ist enorm… Mit den ganzen Ausgaben, die das wahrscheinlich mit sich bringt. Braucht man so viele Leute? Vor allem, wenn man die Entscheidungen nicht sofort sieht."

Der Fall einer französischen Lehrerin zeigt noch deutlicher, dass die Tatsache, dass jemand erklärt, sich regelmäßig – auch über Europa – zu informieren, bei weitem kein Synonym für eine exakte Kenntnis der europäischen Mechanismen ist. Die Befragte diskutiert mit ihren Freunden und Kollegen über Politik und über Europa und definiert sich als neugierige Person, die sich täglich informiert. Trotzdem bleiben ihre Kenntnisse über Europa vage. Sie verwechselt den Autor der europäischen Hymne (sie denkt, dass es sich um Wagner handelt) und glaubt, dass die Bolkestein-Richtlinie irgendeinen Bezug zum Beitritt der Türkei besitzt. Als der Interviewer sie zum Fall des „polnischen Klempners" hinführt, erklärt sie sich für unfähig, wiederzugeben, worum es sich handelt und sagt, dass sie damals beruflich zu sehr beschäftigt war, um die Debatte zu verfolgen. Sie vertraut den europäischen Institutionen, kann aber die Rollen der einzelnen Institutionen nicht genau einordnen: „Also, das Europaparlament, das ist für mich… Alles, was sich mit den… den Verfassungen beschäftigt."

In Italien hat ein Gewerkschaftsvertreter und Wähler der Partei Rifondazione Comunista eine unmittelbare, aber gleichzeitig punktuelle und partielle Kenntnis von Europa. Er äußert einen kritischen Standpunkt hinsichtlich der institutionellen Funktionsweise Europas: „Es handelt sich um einen Mechanismus, der viel zu schwer durchschaubar ist! Es gibt nicht viel Transparenz, aber vielleicht weil dieses Parlament so funktioniert. Es gibt eine große Distanz zwischen diesem Parlament und den Alltagsbedingungen der Menschen hier." Nach Meinung eines Armeegenerals und Wählers der bürgerlichen Rechten „empfinde ich es insgesamt noch als sehr weit entfernt […] es ist also schwierig, es zu verstehen." Dieser Mechaniker, der Gewerkschaftsmitglied ist und die bürgerliche Linke wählt, sagt: „Ich mag die Distanz überhaupt nicht, die ich in Bezug auf die eigentlichen europäischen Institutionen empfinde."

Der komplexe Charakter der europäischen Institutionen ist Ursprung zahlreicher Verwirrungen. Im Fall der Befragten ohne Hochschulbildung, die nur wenig politisiert sind, besteht das erste Hindernis der Interviewsituation in der Verwendung komplizierter Wörter, die aus dem klassischen politischen

Vokabular stammen, das in den Medien präsent ist. Begriffe wie Liberalisierung, (europäische) Integration oder (Demokratie-)Defizit bringen zahlreiche Befragte in Bedrängnis und führen zu Verwirrung, wie es diese Polin, eine pensionierte Kartographin, zeigt:

„-Was denken Sie über die Idee der Integration von Europa?
- Nun ja… ich glaube… ich bin dafür… Die Integration, das ist die Integration. Begegnungen, diese Art von Sachen. […] Damit sie sich besser kennenlernen, die Politiker… untereinander, nicht wahr?… Diese Integrationstreffen… Ich weiß nicht, man wird sehen, was da rauskommt, wenn sie das wahrmachen.“

Die institutionelle Funktionsweise der EU erscheint folglich als das Thema, das milieu-übergreifend bei allen Befragten das größte Zögern auslöst. Der italienische Diskurs über die europäischen Institutionen stimmt im Allgemeinen in allen Punkten mit dem französischen überein. Anhand ihrer Unkenntnis des Schengener Abkommens lassen sich Befragte, die sich nicht für Politik interessieren und keine unmittelbare Erfahrung mit Europa haben, von den anderen unterscheiden. Beinahe die Gesamtheit der italienischen Befragten verfügt in der Tat über Kenntnisse über dieses Abkommen. Dennoch bleiben die Informationsniveaus zu diesem Thema äußerst unterschiedlich. Allein die Individuen, die eine unmittelbare Beziehung zu Europa und seinen Institutionen haben und/oder eine synoptische Sichtweise des Themas, verfügen über das nötige Informations-Rüstzeug, um die Frage zu beherrschen, ja sogar die Problematik von Schengen spontan zu erwähnen. Im Gegensatz dazu haben die Personen, die nur begrenzt mit den europäischen Fragen befasst sind, oder diejenigen, die sich nicht regelmäßig informieren und nur über ein sehr eingeschränktes kulturelles Rüstzeug verfügen, nur eine verschwommene Kenntnis. Ihre Antwort beschränkt sich auf das Erwähnen von Abkürzungen – in Bezug auf die Grenzen, die Zölle – ohne dass das Schengener Abkommen erwähnt wird, das unbekannt bleibt und erklärt werden muss. Wie bei einem Floristen, dessen Bildungsniveau sich auf ein Brevet de Collège (vergleichbar mit der deutschen Mittleren Reife) beschränkt, und der ein offenes Desinteresse für das politische Leben an den Tag legt: „Ah ja, das kenn’ ich… Das ist der Diskurs der Zölle“.

In Italien wird die Bolkestein-Richtlinie als ein äußerst fachspezifisches Thema wahrgenommen, zu dem es keinerlei öffentliche Diskussionen gegeben hat. Nur die Personen, die eine berufliche Erfahrung mit der EU besitzen, haben diese Kenntnis. Das Informationsniveau in Bezug auf diese Richtlinie zeigt deutlich, wie einige Informationen durch das Fehlen einer politischen und/oder medialen Diskussion, die die komplexesten Fragen popularisieren würde, nur Eliten bekannt sind, die mit den europäischen Institutionen zusammenarbeiten.

In Polen findet die Erwähnung der Richtlinie, die auch dort nicht öffentlich diskutiert wurde, selbst bei in europäischen Fragen äußerst kompetenten Probanden keinen Widerhall. Ebenso bleibt das mutmaßliche „Demokratiedefizit", eine Frage, die im französischen Fall etliche Intellektuelle beschäftigt, ohne größere Resonanz. Seine Interpretation ist unbestreitbar vom nationalen Kontext und der spezifischen (von der Furcht vor einer Vorherrschaft der großen Länder geprägten) Art und Weise, wie die Polen ihre Stellung innerhalb der EU wahrnehmen, abhängig. Zwar zeigen sich die polnischen Befragten in Bezug auf diese Fragen unwissend, doch hat, wie im italienischen Fall, die große Mehrheit vom Schengener Abkommen und den Möglichkeiten der Reisefreiheit gehört. Viele von ihnen sind ebenfalls über die auf nationalem Gebiet besonders lebhafte und stark mediatisierte Diskussion zur eventuellen Einfügung eines Gottesbezugs in die europäische Verfassung informiert.

Die unterschiedlichen Untersuchungsfelder zeigen, dass die „europäischen" Kompetenzen der Bürger mit der von den nationalen Medien durchgeführten Hierarchisierung der Themen und Sachfragen in Beziehung stehen. Diese „mediale" Bedingung erscheint zur Produktion von Meinungen über Europa notwendig. Die tagesaktuellen Themen erweitern die entwickelten Argumentationen, wobei es im Übrigen selbstverständlich ist, dass sich die Themensetzungen von einem Land zum anderen stark unterscheiden, und dass das Wissen der Europäer auch von einer gewissen zeitlichen Vergänglichkeit geprägt ist. Sie ist jedoch nicht ausreichend, denn die Befragten eignen sich die verfügbaren Informationen auf komplexere Weise an als durch eine bloße getreue, gut verstandene Wiedergabe.

Die Informationssubstitute

Um mit der Komplexität der Informationen über Europa zurecht zu kommen, entwickeln die Probanden Argumentationssubstitute. Sie antworten auf die Fragen, die ihnen gestellt werden, indem sie Abkürzungen zusammenfügen, die ihnen in den Sinn kommen (Zaller, 1992; Sniderman, 2000), ohne dass der Informationswert dieser Elemente notwendigerweise mit einer bewussten Zustimmung oder auch mit einem tatsächlichen Beherrschen durch den Befragten zusammenfiele. Wenn sie keine fundierte Kenntnis der europäischen Fragen besitzen, behalten die Bürger Informationsbruchstücke in Erinnerung, die sie hier und da aus dem herrschenden Diskurs aufgesammelt haben und die sie anschließend neu zusammensetzen. Um sich in einem nicht personalisierten europäischen Universum zurecht zu finden, greifen sie auf anekdotische Formen der Gedächtnisstütze zurück, die ihnen das Gefühl vermitteln, „etwas" zu einem Thema sagen zu können, das sie ungefähr kennen. So bezieht sich ein leitender Angestellter der SNCF (französische Eisenbahngesellschaft)

auf die Erinnerung an eine Vielzahl von Besprechungen und an die Bemühungen um eine Übersetzung in alle Sprachen der Union: „Ich denke, dass die Funktionsweise von Europa einfach schwerfällig ist […]Die machen Versammlungen in Luxemburg, in Brüssel, in Straßburg. Das wird in was weiß ich wie viele Sprachen übersetzt." Die Funktionsweise der Institutionen ist in den Augen einer Studentin, die sich in einer regionalistischen Partei engagiert, Anlass für eine umfangreiche Textproduktion: „Es gibt da einen Haufen Zeug, es gibt einen Haufen Verträge." Durch die schwache Erinnerung an aus der Entfernung wahrgenommene Informationen „fabrizieren" die Individuen, die eine distanzierte Beziehung zu Europa unterhalten, eine Form der Reflexion über die Funktionsweise der europäischen Institutionen. Für diese 80-jährige ehemalige Leiterin der Personalabteilung eines Krankenhauses „beschäftigt sich" das Europaparlament „mit allem möglichen Kram, es beschäftigt sich mit den Haushalten, damit, wie hoch die Stengel von Gänseblümchen sein dürfen, es beschäftigt sich mit einer ganzen Menge Zeug, mit dem sich niemand wirklich auskennt."

In Polen versammelt eine Rentnerin, die sich als gut informiert bezeichnet, da sie „die ganze Zeit Nachrichten schaut", Informationsbruchstücke, die sie aus den Medien und vom Hörensagen kennt, um eine durch Argumente untermauerte Grundeinstellung zu den europäischen Institutionen zu äußern:

„- Haben Sie Vertrauen in das Europaparlament?
- Wenn es vertrauenswürdig wirkt… Die treffen verschiedene Entscheidungen, aber… Zum Beispiel diese Klauseln betreffend… Das ist auch das Parlament, das das annimmt, denke ich…
- Welche Klauseln?
- Die Klausel über diese Wurzeln (die christlichen Wurzeln Europas)… ich denke auch… Weil, wenn sie das unterstützen, werde ich dafür sein, ansonsten – nein […]
- Und die europäische Kommission, vertrauen Sie ihr?
- Die Kommission… Was weiß ich… Die Kommission… Da sind weniger Polen drin, glaube ich… im Vergleich zu den anderen… Andere Länder haben mehr… können mehrheitlich annehmen, scheint es mir…"

In Italien haben die Befragten im Allgemeinen nur Kompetenzen im Hinblick auf die europäischen Regelungen, die eine direkte Auswirkung auf ihr Berufsleben haben. Dennoch gelingt es ihnen manchmal, Meinungen zu Bestimmungen zu äußern, die sie nicht kennen, von denen sie jedoch Informationsbruchstücke in Erinnerung haben, die sie sich selektiv eingeprägt haben und die sie anschließend mit ihrer alltäglichen Erfahrung vermischen, um daraus Rückschlüsse über Europa zu ziehen. So dehnt eine Kleiderverkäuferin, nachdem sie die Veränderungen dargestellt hat, diese Argumentation auf die Lebensmittelbranche aus, obwohl sie keinerlei unmittelbare Erfahrung damit hat: „Es hat eine Verschlechterung des Qualitätsniveaus unserer Produkte ge-

geben. Ich erinnere mich, dass das Olivenöl zuvor von ausgezeichneter Qualität sein musste. Der Beitritt zu Europa hat die Qualität verschlechtert. Auch wenn ich keine Expertin für diesen Sektor bin."

Unter den anderen Informationssubstituten, die eingesetzt werden, um die Rolle des Europaparlaments zu identifizieren, findet man in Frankreich das Argument der geographischen Verortung. Eine Gruppe französischer Studenten erinnert sich an die Existenz des Europaparlaments in Straßburg, da sie „mit dem Fahrrad daran vorbeigefahren" ist. Es handelt sich hier um ein Wiedererkennen Europas, das auf rein anekdotischen Elementen beruht. Die Gastgeberstädte der europäischen Institutionen werden auf diese Weise, mit mehr oder weniger großer Genauigkeit, zu Anhaltspunkten im europäischen Raum. Eine junge Französin, die sich in einer regionalistischen Partei engagiert, erinnert sich daran, dass es „noch ein Ding in Brüssel" gibt, gesteht aber mangels Interesse an der Frage ein, nicht mehr zu wissen, „wie das heißt." Eine pensionierte Lehrerin räumt ein, dass das Thema der europäischen Institutionen „ziemlich unklar" ist; sie vermutet, dass der Sitz des Parlaments „in Brüssel" ist, fügt jedoch eilig hinzu: „Aber ich sage eine Dummheit." Hier findet man einen Ausdruck der Verlegenheit, die die Fragen nach den europäischen Institutionen auslösen und die die Befragten ohne besondere Beziehung zu Europa auf ihre Unfähigkeit, sich über weit entfernte Objekte zu äußern, aufmerksam macht. In Italien wird „Straßburg" kaum erwähnt: Die Befragten sprechen von „Brüssel", wenn sie die EU meinen.

Das Auswendiglernen von Anekdoten ist bisweilen Quelle von Irrtümern. Die französische Lehrerin, die angab, sich regelmäßig über Europa zu informieren, gleichzeitig jedoch ihre Unkenntnis der europäischen Institutionen kundtat, verwechselt den Gerichtshof der EU mit dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag. Die Studentengruppe, die die Präsenz des Europaparlaments in Straßburg dank ihres Ausflugs vor dem halbkreisförmigen Saal identifiziert hat, irrt sich ebenfalls sowohl bei den Zuordnungen als auch bei der Verortung der Institutionen: „Es gibt den Europäischen Gerichtshof in Den Haag, aber ich weiß nicht mehr, wo das ist, in Holland oder in Belgien."

Im Fall eines 50-jährigen polnischen Gewerkschaftsangehörigen, der Vorarbeiter in der Schiffswerft von Danzig ist, erscheint die Verwechslung, die ihm zwischen den Institutionen (der Kommission und dem Europaparlament) unterläuft, umso erstaunlicher, da er sich in seinem Diskurs auf seine persönliche Erfahrung einer Reise nach Brüssel im Rahmen einer Protestaktion bezieht. Als er nach seinem Vertrauen in das Europaparlament befragt wird, antwortet er spontan:

„Zwei Mal standen wir vor dem Parlament (während er sich in Wirklichkeit vor dem Sitz der Kommission befand)… Wir wollen immer noch die Schiffswerft verteidigen

[…] also hatten wir genau mit diesem Europaparlament zu tun… und dort… ich kann sagen, dass man uns da ordentlich empfangen hat."

In Frankreich können auch politische Persönlichkeiten als Orientierung dienen, um eine Meinung über Europa zu produzieren. Der Mangel an präzisen Kenntnissen über die Funktionsweise der europäischen Institutionen schließt ein allgemeines Vertrauen zu ihnen nicht aus. Dies ist der Präsenz politischer Persönlichkeiten zu verdanken, die in einer politischen Landschaft, der es an markanten Figuren mangelt, als Bezugsgrößen dienen. So gibt der Werkstattchef einer Autovermietungsgesellschaft, der die europäische Konstruktion aus der Distanz bewertet, an, dass er den europäischen Parlamentariern „eher vertraut", denn „es sind Vertreter eines jeden Landes". Er identifiziert „bekannte Leute", die zu unterschiedlichen Zeiten gewählt wurden, die aber die mediale Berichterstattung zu seiner Zeit vertrauter gemacht hat, wie die erste Präsidentin des Europaparlaments Simone Veil, oder auch „Vatanen, ein ehemaliger Rallyepilot, aus Schweden, glaube ich" (in Wirklichkeit aus Finnland). An diesem Beispiel lässt sich ermessen, in welchem Ausmaß die Medien gewisse Eckpunkte herausstellen und es im Laufe der Zeit den Erinnerungsprozessen erlauben, die europäische Wahrnehmung zu strukturieren (wenn auch nicht perfekt). Eine pensionierte Postangestellte, die ihre begrenzte Kenntnis der Europaabgeordneten eingesteht, ist dennoch in der Lage, einige Namen zu nennen: „Es gibt Delors, es gibt Roselyne… (Zögern) Roselyne Bachelot, genau, das ist es! Sie hat einen Sitz, auch sie… Mmm, also besonders viele kenne ich nicht, oder?" Eine 40-jährige Krankenschwester erinnert sich an bekannte Persönlichkeiten des Europaparlaments: „Man hört recht viel von gewissen Europaabgeordneten, von Daniel Cohn-Bendit zum Beispiel, aber auch vom Vater von Martine Aubry (sie meint Jacques Delors, den ehemaligen Präsidenten der europäischen Kommission, Zeichen eines Zusammenstoßes zwischen der nationalen und der europäischen Politiksphäre), ich weiß nicht mehr, wie er heißt, von dem hört man auch recht viel." In Polen erwähnen viele Befragte Bronislaw Geremek.

Zwar dienen die politischen Persönlichkeiten als Anhaltspunkte bei der Konstruktion von Argumentationen über Europa, doch sind sie nicht immer klar identifiziert. Indem es sich auf die vagen Erinnerungen an die Arbeit am europäischen Konvent stützt, erklärt ein Rentnerehepaar aus Frankreich, von Giscard gehört zu haben, allerdings nicht mehr zu wissen, welcher europäischen Institution er zuzuordnen ist: „Ist das nicht Giscard, der… für… das Parlament verantwortlich ist? Oder für die Kommission?" Bei den italienischen Befragten ist die Personalisierung der europäischen Politik fast gleich null: Man findet nur einige Erwähnungen der Kommission Prodi, einen abwertenden Verweis auf einen Europaabgeordneten der Lega Nord oder auch

auf Jean-Claude Trichet an der Spitze der Europäischen Zentralbank, der in Frankreich nur von einigen sehr gut informierten Befragten erwähnt wird.

Abgesehen von geographischen Annäherungen und dem mehr oder weniger kenntnisreichen Verweis auf Persönlichkeiten der nationalen Politik, wird der Bezug zu den europäischen Institutionen in manchen Fällen auch mittels einer Argumentation durch Analogie mit der institutionellen Funktionsweise auf nationaler Ebene hergestellt. In beiden Kontexten fällt es den Befragten häufig schwer, die Rolle der verschiedenen Institutionen zu identifizieren. Eine 36-jährige Französin, die als Angestellte im Marketingbereich arbeitet, erinnert an die Komplexität des Unterfangens, das institutionelle Spiel auf nationalem Niveau verstehen zu wollen, um die zusätzliche Schwierigkeit zu betonen, die in ihren Augen das Verständnis des institutionellen europäischen Raumes darstellt: „Es stimmt, dass die europäischen Institutionen… naja, also schon bei den französischen Institutionen komme ich manchmal ein bisschen ins Schwimmen.“ Eine Verkäuferin für Konfektionskleidung, ohne Abschluss, stellt sich die Rolle des Europaparlaments durch Analogie mit der Funktionsweise der Nationalversammlung vor. Als sie nach der Rolle des Europaparlaments befragt wird, antwortet sie zunächst mit einem langen Schweigen, das ihre Schwierigkeit, sich zu diesem Thema zu äußern, verdeutlicht. Als sie eine Antwort versucht, scheint sie zunächst verlegen und sucht nach ihren Worten: „Für mich ist die Rolle des Europaparlaments eben […] diese ganzen Gesetze ein bisschen zu überwachen. Das heißt, wenn ich von Gesetzen spreche… von diesen Verträgen; und genau aufzupassen, wofür letztendlich gestimmt wird.“ Dieser Interviewausschnitt deutet auf die Distanz hin, die in Bezug auf das offizielle Vokabular bestehen kann; die Befragte verwechselt nämlich Gesetze und Verträge und bleibt in ihrer Wortwahl unsicher, selbst wenn sie diese Rolle als wichtig einschätzt.

In Italien ist die Analogie zwischen der Funktionsweise der nationalen und der europäischen Institutionen die am häufigsten benutzte Abkürzung beim Versuch, auf die gestellten Fragen zu antworten. Für einen Bankangestellten „ist das Europaparlament… das Gleiche wie unser Parlament, es ist dazu da, zu versuchen, die Probleme aller Länder zu berücksichtigen und sie auf europäischer Ebene zu behandeln.“ Dieses Orientierungssystem funktioniert jedoch nicht systematisch bei den Personen, die überhaupt kein Vertrauen in die Architektur der europäischen Institutionen haben. Die Frage nach der Rolle der europäischen Zentralbank zeigt, wie das einfache In-Beziehung-Setzen der nationalen Dimension mit der europäischen Dimension einen Verzerrungseffekt hervorrufen kann. Wie bei einem Floristen, der, indem er die EZB mit seiner eigenen Erfahrung mit Banken vergleicht, ein deutlich negatives Urteil äußert, ohne jedoch den Gegenstand der Frage selbst verstanden zu haben: „Die Bank schenkt einem nie was… Egal ob europäisch oder italie-

nisch, wenn man Garantien hat, dann funktioniert es… Wenn man Geld hat, geben sie einem Geld. Wenn man aber arm ist, bleibt man arm."

Diese fehlerhaften Interpretationen betreffen nicht nur die Individuen mit einem niedrigen Schulniveau. Sie lassen sich auch bei Individuen mit hohem Bildungsniveau finden, die sich aber überhaupt nicht für die europäischen Fragen und im Allgemeinen überhaupt nicht für Politik interessieren. So spricht ein italienischer Assistenzforscher im Technikbereich von der EZB, als handele es sich einfach nur um eine große Bank:

„Ich mag Banken eher, wenn sie klein sind… Als sie ein wenig lokalere Realitäten waren, da sah man, dass eine kleine Bank in kleine Territorien investierte… Und nicht wie (diese europäische Bank), dort wo es eine große Konzentration von Leuten gibt, die das Geld der ganzen Welt verwalten. Das macht mir Angst, weil, wenn eine Bank die einzige Bank wird, also wenn sie beschließt, Waffen zu finanzieren oder herzustellen, um ein Land zu subventionieren, dann wird sie wirtschaftlich zu stark."

Abschließend drängt sich eine allgemein vorherrschende Feststellung auf: die Schwierigkeit, vor die die Information über Europa die meisten Befragten stellt – entweder weil sie das Gefühl haben, nicht darüber informiert zu sein oder, im Gegenteil, weil sie sich von Daten überschwemmt fühlen. Angesichts komplexer europäischer Thematiken setzen die Befragten drei Hauptressourcen ein: Informationsbruchstücke, die persönliche Erfahrung und den „gesunden Menschenverstand" oder die „Volksweisheit" (Gamson, 1992). So konstruieren sie Argumentationen, die oft weit entfernt von der klassischen politischen Logik sind, und versuchen, sich einen Teil dieses abstrakten und wirklichkeitsfremden Europas zu erschließen, indem sie, durch Tricks oder Reflexe, die Kategorien des Alltagslebens darauf anwenden.

Vierter Teil: Standpunkte

Europäische Welten

Vielgestaltige Aneignungen eines Institutionalisierungsprozesses

MARINE DE LASSALLE

Europaparlament, Euro, „Brüsseler" Richtlinien, Europakommissare, „Schengen", Bolkestein, gemeinsame Agrarpolitik, Erweiterungen, Dienstleistungsrichtlinie, europäischer Verfassungsvertrag, usw. – all dies sind Objekte, Errungenschaften und Institutionen der EU, die dazu beitragen, eine „Welt der europäischen Union"[1] zu definieren. Gebraucht und verstanden werden diese „Objekte" vor allem von denjenigen, die sich beruflich mit dem gemeinschaftlichen Europa beschäftigen, den Kommentatoren der Medien oder den Spezialisten für europäische Studien. In den Interviews der Untersuchung Concorde ging es jedoch darum, zu verstehen und zu erklären, was „Normalbürger" – in Beziehung zu ihren Existenzbedingungen – von diesen objektivierten Formen der EU wahrnehmen können.[2] Wenn nun Bürger darüber befragt werden, was sie von Europa wahrnehmen, ist der Beobachter überrascht vom unklaren und unentschiedenen Charakter der Verweise auf diese „Welt". Eine Ausnahme bildet dabei nur ein stark eingeschränktes Segment von Befragten, die über ein politisches Kapital und die Erfahrung verfügen, die den Zugang dazu erlauben. Alle Autoren dieses Buches haben – unabhängig von ihren Perspektiven – darauf hingewiesen, wie schwer es den Bürgern fällt, sich ein Wissen über wenig vertraute Institutionen anzueignen.

Diese Distanz, die durch die Enthaltung bei der Wahl, die Gleichgültigkeit während der Europawahlkämpfe oder durch das Zunehmen von kritischen

1 Zum Begriff der „Welt", siehe Becker Howard, (1982): Art Worlds, Berkeley: University of California Press

2 Siehe Kapitel 3.

Äußerungen Gestalt annimmt, ist im Bereich der europäischen Studien ausgehend vom Begriff des „Demokratiedefizits" analysiert worden. Die Gründe, die angeführt wurden, um dieses Defizit zu erklären, sind wie folgt: Unauffindbarkeit eines *Demos* (Strudel, 2008), Nicht-Vorhandensein eines europäischen „politischen Marktes", Besonderheiten des Räderwerks der institutionellen Maschinerie (Bélot, Magnette, Saurugger (Hrsg.), 2008), die zu einer „Undurchsichtigkeit" Europas führen (Rozenberg, 2009). Diese auf die politischen Instanzen konzentrierten Analysen stützen sich auf eine relativ vereinheitlichte Vorstellung von Europa, seinen Institutionen und seinen Akteuren und setzen implizit voraus, dass dieses institutionelle Gebilde eine unmittelbare Wirkung auf die Wahrnehmungen der Bürger ausübt. Diese Analysen gehen nicht nur davon aus, dass alle Bürger eine wenn auch vage Kenntnis der europäischen Institutionen haben, sondern auch davon, dass ihre Vorstellungen das Produkt des Handelns eben dieser Institutionen sind, da dieses Handeln den wichtigsten „Zugangspunkt" der Bürger zu Europa darstellt. Zur Verminderung des Demokratiedefizits und der Distanz des Durchschnittsbürgers zu Europa ist somit lediglich eine bessere politische Kommunikation der Unions-Institutionen angebracht. Außerdem ist, wie es bereits vor fast 40 Jahren formuliert wurde, eine pädagogische Anstrengung bezüglich ihrer Funktionsweise nötig (Inglehart, 1970, 1979).

Dennoch deutet unsere Untersuchung an, dass viele Bürger Europa nicht allein aus dem Blickwinkel seiner Institutionen wahrnehmen.[3] Wenn Bürger aufgefordert werden, sich zum Europa der Institutionen zu äußern, stellt man zwar fest, dass „der Schengen-Raum" oder das Europaparlament nur für eine Minderheit Sinn machen – was das „minimalistische Paradigma" stärkt (Converse, 1964, Sniderman, 1998). Doch gibt es gleichzeitig eine Fülle anderer spontaner Vorstellungen zum Thema: „70409", die Einheitszahlungs-Regelung, der „Papierkram", die „Maschen der Fischernetze", der „Vormarsch", „das Europa des Austauschs", die „Kabotage", „Mozart", usw. verkörpern manchmal für bestimmte soziale Gruppen Europa. Dies bedeutet, dass, wenn eine Aufforderung, über Europa zu sprechen, mit spezifischen Lebens- oder Erfahrungswelten konfrontiert wird, dabei nicht eine (institutionelle) europäische Welt, sondern zahlreiche europäische Welten erscheinen, die sowohl Bezüge zu dem Objekt als zu dem Befehl, darüber zu sprechen, aufweisen.

Dieses Kapitel verfolgt also ein doppeltes Ziel: Es wird zunächst darum gehen, den Institutionalisierungsprozess der EU zu berücksichtigen, mit seinen Gegenständen, seinen Institutionen und den Akteuren, die diese verkörpern. Dieser institutionelle Prozess wird dann mit den Lebenswelten in Bezie-

3 Aus Bemühen um Klarheit werden wir jegliche Objektivierungsform des gemeinschaftlichen Europas als institutionelles Europa bezeichnen (also als Institutionen im weitesten Sinne) und dasjenige, das die streng genommen gemeinschaftlichen Institutionen betrifft, als Europa der Institutionen.

hung gesetzt, in denen er eine Bedeutung annehmen soll. Auf diese Weise wollen wir unterschiedliche Formen der Aneignung Europas beleuchten, die sich aus der Begegnung zwischen den Erfahrungsformen und den institutionellen Manifestationen Europas in spezifischen Sektoren ergeben. Anschließend werden wir die Gründe dafür analysieren, warum dieser Institutionalisierungsprozess Distanz erzeugt, sowie die spezifischen Formen, in denen sich diese Distanz manifestiert und ausdrückt, insbesondere bei Gruppen, von denen man annehmen kann, dass sie den europäischen Institutionen nahestehen oder ihnen in besonderem Maße ausgesetzt sind.

Zu diesem Zweck werden wir in einem ersten Schritt das Europa der Institutionen mit dem Teil der Bevölkerung konfrontieren, der es am wenigsten distanziert erfasst: mit der Minderheit der Bürger, die über das schulische oder politische Kapital verfügt, das es erlaubt, die Komplexität der Institutionen mehr oder weniger zu begreifen. Wir werden dabei jedoch zeigen, dass die Konstruktion einer autonomen institutionellen „Welt für sich“ auch gut gerüsteten oder politisierten Bürgern den Zugang erschwert. In einem zweiten Teil werden wir uns mit Lebenswelten beschäftigen, in denen dieses Europa der Institutionen wenig greifbar ist, obwohl die Institutionalisierung selbst dort unmittelbare Auswirkungen hat. Wir werden uns dabei auf zwei „Gruppen“ konzentrieren. Einerseits beschäftigen wir uns, am Beispiel der Landwirte und Fischer, mit Befragten, die sehr stark von europäischen Entscheidungen abhängig sind. Andererseits werden wir das Europa der Wirtschaft und der Geschäftswelt unter die Lupe nehmen und den Fall der Unternehmensmanager analysieren.

Ein Europa der Institutionen für kompetente Bürger?

Mehrere Jahrzehnte europäischer Konstruktion haben zur Bildung und Institutionalisierung eines politischen Zentrums (Bartolini 2005; Beck, Grande 2007) beigetragen, das sich zwar von den nationalen Räumen unterscheidet, sich aber gleichzeitig in einer konstanten Beziehung wechselseitiger Abhängigkeit zu ihnen befindet. Dieser Konstruktionsprozess hat spezifische Regeln und Streitpunkte hervorgebracht und zur Auswahl und Sozialisierung von Akteuren beigetragen, die mit besonderen Charakteristika ausgestattet sind und eine Welt „für sich“ bilden. Die Tatsache, dass sich das Europa der Institutionen außerhalb der nationalen Kontexte befindet, schränkt in den Augen der politisierten Bürger seine Personifizierung ein.

Eine Welt abseits der nationalen Kontexte

Zahlreiche Studien haben sich mit den Individuen beschäftigt, die beruflich mit Europa befasst sind, und damit, wie sie zur Institutionalisierung eines neuen politischen Zentrums beitragen. Die Gruppe der hochrangigen Funktionäre der Gemeinschaft (Georgakakis, 2007, 2008; Georgakakis, de Lassalle, 2007), die Europa-Parlamentarier (Marrel, Payre, 2006; Michon, Beauvallet, 2008) und auch die Kommissare (Joana, Smith, 2002)[4] nehmen bei der der Produktion des Europas der Institutionen eine zentrale Rolle ein. Die Arbeiten, die ihnen gewidmet sind, unterstreichen den Wandlungsprozess ihrer sozialen Eigenschaften, der durch den anwachsenden Besitz von Institutionskapital geprägt ist. Weitere Anspruchsgruppen sind all diejenigen, die zwischen den gemeinschaftlichen Institutionen und den Gruppen, die von europäischen Regelungen betroffen sind, vermitteln: die Lobbys, die Interessensgruppen, die entweder die Arbeitnehmer- oder Arbeitgeberseite vertreten, die Mitglieder von NGOs, die Rechtsanwalts- oder Beraterkanzleien, die Büros der National- oder Regionalvertretungen usw. All diese Gruppierungen sind zum Zeitpunkt der Verhandlungen über die Einheitliche Europäische Akte wie Pilze aus dem Boden geschossen (Greenwood, 1997). Unter diesen Europa-Machern muss man auch noch die Nationalbeamten erwähnen, die ihre Karrieren als unabhängige Experten oder Komitee-Mitglieder (Robert, de Maillard, 2008) zeitweilig oder dauerhaft auf die Alleen des Schuman-Kreisverkehrs in Brüssel geführt haben. Ihre Qualifikationen für diese Instanzen hängen mit spezifischen Ressourcen oder Eigenschaften zusammen: beharrlicher Umgang mit den europäischen Institutionen, Multi-Positionalität, internationale Dimension ihrer Karrieren (Cohen, Weisbein, 2005, Lequesne, Rivaud, 2001; Robert, 2005). All diese Akteure, die dazu beitragen, das Europa der Institutionen zu machen, sind also mit Eigenschaften, Neigungen, Ressourcen und einzigartigen Kapitalformen ausgestattet, die den Regeln des Raumes angepasst werden, in den sie sich einbringen. Diese Regeln nehmen in spezifischen Formen von Ethos Gestalt an, deren Strukturierung zur Autonomisierung des Raumes beiträgt und gleichzeitig Gruppen herausbildet, die abseits ihrer nationalen Amtskollegen stehen.

Eines der wichtigsten strukturierenden Charakteristika dieses Institutionalisierungsprozesses ist nämlich die Tatsache, dass diese Akteure zu allem auf Distanz gehen, was eine „nationale" Konnotation haben kann. So sind inner-

4 Obwohl das nationale politische Kapital, gemessen am höchsten Posten, den man vor der Nominierung als Kommissar innehat, im weiteren Verlauf der europäischen Integration zunimmt (Dörling, 2007), kann man nicht von der Produktion einer spezialisierten „Klasse" von Europa-Kommissaren sprechen, im Gegensatz zu den Generaldirektoren, die bei der Kommission „Karriere" machen (Georgakakis, 2009).

halb des Kollegiums der Kommissare, wie auch im informelleren Club der Generaldirektoren der Kommission, die auf nationaler Ebene markantesten Eigenschaften (angefangen bei der Nationalität oder der Sprache) auch diejenigen, die von vielfältigen Formen der Selbstzensur oder der Verleugnung begleitet werden (Georgakakis, de Lassalle, 2007a). In der Regel geht die Konstruktion einer Gruppe von gemeinschaftlichen Beamten mit Formen der „Lebensstilisierung“ einher, die ein Ensemble von multinationalen Werten hochhalten, das eine Abkehr von den Staatsbürokratien bedeutet (Georgakakis, 2007). Im Saal der parlamentarischen Versammlung gehören der multinationale Charakter der verteidigten Zielsetzungen, die Vielsprachigkeit oder die Distanz zu allzu stark national ausgeprägten Haltungen zu den legitimen Methoden, um die Eroberung der Trophäen der Institution zu gewährleisten. Somit hängt die Überzeugungskraft der Abgeordneten mit der Verwendung von Argumenten zusammen, die gleichzeitig entnationalisiert und entpolitisiert sind (Beauvallet, Michon, 2008).

Dieses Abrücken von nationalen Zugehörigkeiten ist nämlich mit einer Form der Entpolitisierung verbunden, die das zweite Charakteristikum des Spiels darstellt. Sie wird gleichermaßen durch die an den Tag gelegte Distanz zu den in nationalen Räumen geschmiedeten Kategorien, Etiketten und Zuschreibungen hervorgebracht, wie durch den „konsenshaften“ Charakter, der durch die Verflechtungen des institutionellen Spiels erzeugt wird. Diese Entpolitisierung, die das Ethos des Europa-Beamten und seiner Arbeitspraktiken formt (Robert, 2007), formt auch Ethos und Arbeitspraktiken der Europa-Parlamentarier (Costa, 2009). Die Praktiken innerhalb der Arbeitsgruppen des Rates (Lewis, 2003) oder der Kommission (Dehousse, 2003) sind von einer Logik von wechselseitigem Vertrauen, Kooperation und Gegenseitigkeit oder von Reflexen der Koordination und Konfliktvermeidung geprägt (Juncos, Pomorka, 2006).

Um sich in diesen zugleich konsenshaften und indirekten Arten, „Politik zu machen“ (Robert, 2007) durchzusetzen, wird Expertise zum legitimen Handlungsrepertoire. Dies stellt das dritte Charakteristikum des Spiels dar. Die in Opposition zu den Mitgliedsstaaten konstruierte Figur des „Technokraten“ spiegelt die Aufwertung des Expertise-Kapitals und des intellektuellen Kapitals seiner Mitglieder wider (Georgakakis, 1999; Poehls, 2009). Innerhalb des Europaparlaments sind die Technisierung der Versammlungspraktiken, die Spezialisierung der Akteure, die Betonung von Fachkompetenz und Expertise strukturierende Charakteristika (Beauvallet, Michon, 2008). Weiterhin zeichnen sich die Komitees durch eine ausgeprägte Konsenskultur aus, und durch die Legitimität, die dem Register der wissenschaftlichen Argumentation erteilt wird – die mit dem Teilen einer wissenschaftlichen oder beruflichen Kultur verbunden ist, die über die nationalen Interessen hinausgeht (Bergstom, 2005). So unterstreichen die Untersuchungen die Rolle der Exper-

tise und der Autorität der Argumentation, auch in den abgeschlossenen Räumen politischer „Verhandlungen" (Hauray, 2006).

Dies alles bildet ein Ensemble von Praktiken, die sich von denjenigen unterscheiden, die in den politischen Universen herrschen, mit den die politisierten Bürger üblicherweise vertraut sind. Selbst wenn es eine „europapolitische Agenda" (Muller, 1995) geben sollte, ist diese niemals Gegenstand irgendeiner Aktivität von politischer Vermittlung an die Bürger, die es notwendig machen würde, diese Praktiken zu offenbaren, zu verbreiten, zu erklären oder gar zu rechtfertigen. Die einzigen Anlässe, zu denen die Akteure dieses europäischen Politikfeldes und die Normalbürger einander begegnen, sind nämlich die Europawahlen, die sich durch einen Charakter „zweiter Klasse" auszeichnen, der sie als nationale Wahlen konnotiert. Im Übrigen zeigen diese Wahlen nur einen Bruchteil der gemeinschaftlichen Akteure, da ihnen ein Prozess der Listenbildung vorausgeht, bei der der Führungsstab der nationalen Parteien eine entscheidende Rolle spielt (Marrel, Lefèvre, 2009; Rozenberg, 2009).

Somit drängt sich in diesem institutionellen Universum die Vermittlung der Politik an die Bürger nicht als Notwendigkeit auf. Stattdessen strukturiert es die beruflichen Identitäten und Rollen der „Europa-Vermittler". Den Journalisten fällt es schwer, ein Spiel in Szene zu setzen, „dessen politisches Personal unbekannt ist, das sich durch ein Fehlen von politischer Symbolik auszeichnet, das sich im Vergleich zur Gewaltenteilung auf nationaler Ebene auf relativ originelle Mechanismen stützt, und dessen Debatten und Themen für schwer verständlich gehalten werden" (Guiraudon, 2000). Diese Schwierigkeit resultiert jedoch ebenfalls aus der Tatsache, dass sich diejenigen, die eine Vermittler-Rolle zwischen der nationalen und der europäischen Ebene einnehmen sollten, in großer Nähe zum politischen Zentrum Europas aufhalten.

Die mediale Begleitung der Aktivitäten der EU hat einen Institutionsjournalismus hervorgebracht und die Rolle eines entpolitisierten[5] journalistischen Experten und Technikers geschaffen, der sich mehr mit den gemeinschaftspolitischen Maßnahmen beschäftigt als mit dem Bereich der gemeinschaftlichen *Politik*. Diese Journalisten teilen die gleichen Verständniskategorien wie die hohen Europa-Funktionäre. Sie werden als Teilnehmer an dem Unter-sich-Sein in Brüssel beschrieben, die „diejenigen" repräsentieren, „die dabei sind". Sie sehen sich mit der Unkenntnis und Provinzialität ihrer Ansprechpartner konfrontiert, die „hoffnungslos national" geblieben sind, und es fällt ihnen schwer, die politischen Spiele in Begriffe zu übersetzen, die sie nicht mehr benutzen (Baisnée, 2007).

5 In dem Sinne, dass die politischen Optionen der durchgeführten politischen Maßnahmen keine stichhaltigen Informationen sein können, die es verdienen würden, an den Leser weitergeben zu werden.

Dieses „Unter-sich-Sein" schließt auch die Akteure ein, die den Anspruch erheben, die „Zivilgesellschaft" zu verkörpern und die ihre Legitimität teilweise auf eine Aktivität der Vertretung der Normalbürger gründen. Diese Vertreter in Brüssel spielen jedoch eher eine Rolle von gatekeepers und Informationsquellen der Kommission als eine Vermittlerrolle. Ihre Legitimität liegt letztendlich weniger in ihren Beziehungen zu den nationalen Gesellschaften begründet, als in ihrem Status als Gesprächspartner der europäischen Institutionen (Guiraudon, 2000). Wie Hélène Michel zeigt, wird diese spezifische Art der Interessenvertretung tatsächlich durch eine Form von Beständigkeit erlangt, und zwar durch das Erlernen von Beratungspraktiken, die von der Kommission bevorzugt werden und durch das Beherrschen von Fachkenntnissen.[6] Diese setzen sich zum Nachteil von Kompetenzen und Typen von Legitimität, die sich auf politische Repräsentation im klassischen Sinne[7] stützen, durch (Michel, 2007b). Schließlich findet sich das Bemühen um eine Euphemisierung und Neutralisierung der politischen Sprache und die Aufwertung von Expertise oder Kompromissfähigkeit auch bei denjenigen wieder, die sich innerhalb von nationalen Organisationen zur Verteidigung der Arbeiter in die europäischen Arenen stürzen (Wagner, 2005).

Dies bedeutet nicht, dass sich die europäischen Institutionen nicht mehr um die europäischen Bürger kümmern. Seit den Anfängen der europäischen Konstruktion hat sich innerhalb der EU die Frage nach der sozialen Unterstützung gestellt (Aldrin und Utard, erscheint demnächst). Dies hat zur Produktion von Messinstrumenten und Objektivierungsformen beigetragen, unter denen das Eurobarometer an erster Stelle steht. Eine erste Unternehmung der Kommunikation in den Jahren 1950-1980, gegründet auf die gezielte Informationsarbeit in bestimmte Richtungen (Landwirte, Hochschullehrer, Journalisten), wurde aufgrund der Direktwahl der Repräsentanten in das Europaparlament im Jahre 1979 und der Strukturierung der Thematik des „Demokratiedefizits" nach und nach durch einen Kommunikationsdiskurs ersetzt, der sich an die breite Öffentlichkeit richtet. Diese Transformation hat jedoch die Formen einer Kommunikation, die darauf abzielt, die allgemeine Bekanntheit des institutionellen Europas zu steigern, indem man seine Geschichte und seine Tätigkeit bekannt macht, nicht verändert. Die Misserfolge bei den Wahlen, die man seit den 1990er Jahren registriert, und die von den Europa-Gegnern in den öffentlichen Arenen ausgesprochenen Kritiken, die nach Maastricht verstärkt auftreten, verändern die institutionelle Kommunikationsstrategie der

---

6 Praktisches Können, verbunden mit spezifischen Übungen wie denjenigen des position paper; gefolgt von der Gesetzgebung (monitoring), Diskussion von Texten während der Versammlung von Arbeitsgruppen; Verhandlungsführung usw.

7 Im Sinne der Vertretung einer Anzahl von Wählern, sozialen Kategorien, Berufsgruppen oder Wirtschaftsbranchen.

Kommission. Diese ist mittlerweile auf die Inszenierung einer Bürgernähe der EU ausgerichtet und beruht auf der Zurschaustellung einer besseren Zugänglichkeit der Information über Europa – insbesondere der elektronischen – und auf der Demonstration eines Europa, das „ein offenes Ohr für die Bürger hat". Diese Erneuerung wird von der Förderung des neuen „europäischen Regierens" (Georgakakis, de Lassalle, 2007b) begleitet, das sich statt auf traditionellere Formen der politischen Bindung und Repräsentation auf eine Zivilgesellschaft stützen möchte (Michel, 2007a und b, Weisbein, 2007).

Politisierte Bürger auf Distanz zum Europa der Institutionen

Diese Kommunikationspolitik setzt insgesamt eine Figur des „europäischen Bürgers" voraus, der bis zum Expertentum gebildet ist und in der Lage, die oftmals technischen Kontroversen zu verstehen. Er hat keinerlei nationale oder politische Präferenzen, ist post-materialistisch eingestellt, mit soliden Dispositionen zum Konsens ausgestattet, vernünftig, sogar rational – und verfügt somit über alle Voraussetzungen, die erforderlich sind, um auf angemessene Weise im gemeinschaftlichen Raum zu agieren. Diese Figur des „Idealbürgers" tritt bei der Ermittlung von Zielgruppen auf (Generalisierung von Meinungsumfragen oder Untersuchungen mittels Fragebogen), bei den Arten und Weisen „Wahlkampf zu machen" (vgl. die Verschickung des umfangreichen Europäischen Verfassungsvertrags an die Gesamtheit der Wählerschaft während der Referendumskampagne 2005), bei der Produktion von „gelehrten Kommentaren" vor oder nach den Referendumskampagnen (Lehingue, 2007) oder zuletzt bei den Eurobarometer-Fragen nach dem „Grad ihres Vertrauens in die europäischen Institutionen".[8] Als Produkt des Zynismus oder der soziologischen Blindheit der Eliten, die schnell bereit sind, sich mit passiver und entfernter Unterstützung zufrieden zu geben, stellt diese Figur jedoch die Frage nach dem Gefühl der „gekränkten Ehre",[9] das wir während der Interviews sammeln konnten, insbesondere in den Urteilen, die sich auf diese Form der unverständlichen Kommunikation beziehen, die einer Vielzahl unserer Gesprächspartner – weit über das Universum der politisierten Bürger hinaus, aber auch dort – das Gefühl gab, für „Idioten" gehalten zu werden.

„Sie haben uns da eine Akte gegeben… zu lang und alles […] Ich glaube, dass niemand das Zeug gelesen hat… Mir wäre was Klareres lieber gewesen, offen gesagt… Ich hätte es gelesen, glaube ich. […] Man erklärt uns nichts… man sagt uns, dass das besser für uns wäre, aber man erklärt uns nicht, wie und warum das besser für uns sein wird, noch wann das wirklich besser für uns ist… Man sagt uns nur: „Das wird besser für Euch sein, also unterschreibt!". Also, damit bin ich nicht einverstan-

8 Über den „inkongruenten" Charakter dieser Fragen siehe Kapitel 9.
9 Ich übernehme diesen Ausdruck von Patrick Lehingue.

den... deshalb habe ich nicht abgestimmt, verstehst Du, wir waren denen egal! […] Ich stimme doch nicht für was, wovon ich nichts verstehe, weißt du… alles was ich wusste war, dass die uns angeblich, wenn wir mit „Nein“ stimmen würden, total ficken würden… und dass man also mit „Ja“ abstimmen musste… also, naja... das roch halt nach Lüge!“[10]

„Ich habe mit „Nein“ gestimmt. Nach einigem Zögern, aber… Genau… weil zu einem bestimmten Zeitpunkt, da hätten die mich beinahe mit Erpressung drangekriegt, … äh… (Tadelnder Tonfall) „Also passen Sie schön auf, wenn Sie mit „Nein“ abstimmen, ist das überhaupt nicht gut. Dann sind Sie keine gute, brave Europäerin“. Ich habe nein gesagt… [...] Nein! Für die Unehrlichkeit des Vorgehens, finde ich… [...]. Man hat versucht, uns Sachen in einem… in einem Bündel unterzuschieben, echt! Als ob es ein Straßenhändler wäre, der uns… ähm… seine Käsereibe verkaufen würde [...] Das ist es, also die Käsereibe, dann die Gemüseraspel und dann… und dann hatten wir in dem Bündel einen Korkenzieher!“[11]

Diese Beispiele, denen zahlreiche andere hinzugefügt werden könnten, stellen allgemeiner die Frage nach der Rezeption und der Wahrnehmung dieses Europas der Institutionen durch „politisierte“ Individuen.

Eine gewisse Anzahl der Befragten kann als politisierte Bürger in dem Sinne charakterisiert werden, dass sie sich autorisiert fühlen, „öffentlich eine politische Meinung zu äußern“. Zwar verbietet es die Heterogenität ihrer sozialen Charakteristika, zu sagen, dass sie eine „Lebenswelt“ teilen, doch haben sie eine Affinität zur Politik, das Beherrschen eines Wortschatzes und ein Ensemble von spezialisierten Referenzen, ähnliche Methoden, sich zu informieren (eklektische Praktiken, die mit der Benutzung mehrerer Medien verbunden sind, darunter der „Referenzzeitungen“) und die Gewohnheit, über Politik zu sprechen, usw., gemeinsam. Diese Bürger nehmen *per se* an europäischen Fragen Anteil, zumindest im Sinne einer Weiterführung der gewöhnlichen politischen Fragen. Europäische Themen können als wichtig und nutzbringend für das persönliche Prestige betrachtet werden, weil die Befragten wissen, dass sich nur wenige Leute für sie interessieren und dass der Zeitgeist sie als weniger abgewertet betrachtet als die Fragen der nationalen Politik.

Allerdings sind selbst innerhalb dieser Minderheit, die sich besonders für Politik interessiert, nur wenige im Stande, die Besonderheiten der „europäischen“ Politik wahrzunehmen. Deren Unsichtbarkeit setzt nämlich voraus, dass zu der politischen Kompetenz eine Erfahrung mit den Institutionen hinzukommt. Diese kann intellektuell sein, mit einer beruflichen und/oder politischen „Repräsentations“-Aktivität in einer Partei, einer Gewerkschaft, einer

10 Frankreich, Mann, 24 Jahre, arbeitsloser Kellner, CAP (Äquivalent des deutschen Hauptschulabschlusses) mit Spezialisierung Verkauf.

11 Frankreich, Frau, 50 Jahre, Erzieherin, spezialisiertes Diplom.

beruflichen Organisation zusammenhängen, doch bezieht sie ihre Effizienz aus dem Zugang zu einer Welt, die sich nicht in gewöhnlichen Kontexten zu erkennen gibt.

Dies ist beispielsweise bei einer jungen Studienabsolventin der Fall, die eine schulische Vertrautheit mit der EU unterhält: Ihr Studium hat es ihr ermöglicht, Institutionen zu besuchen (in Luxemburg, Brüssel und Straßburg), Erasmus-Erfahrung zu sammeln und ihre Diplomarbeit zum Thema Die EU und die Umwelt zu schreiben. Diese Vertrautheit mit dem Europa der Institutionen wird durch familiäre Kontakte reaktiviert (einige Mitglieder ihrer Familie arbeiten in den europäischen Institutionen) und durch eine politische Aktivität verstärkt (sie engagiert sich bei den Grünen und saß als deren Vertreterin im Jugendparlament von Nantes):

„Das kann auch eine neue Art sein, Demokratie zu machen; wenn man von Lobbys in der EU spricht, im Umfeld von Brüssel – Lobbys der großen Unternehmen, usw. Es gibt aber auch viele Lobbys von Umweltorganisationen... für mich ist das auch eine andere Form von Demokratie, die vielleicht gut funktioniert. […] Die Föderationen, das sind Bürgervereine – also ist es auch ein anderes Mittel, sich auszudrücken. Bei dieser Art von Verhandlungen oder bei dieser Art Lobbying gibt es genauso ein Kräfteverhältnis wie in Wirklichkeit… es passiert auf einer anderen Ebene, das ist alles.“

Dies ist auch der Fall eines Lehrers, der ungefähr zehn Jahre lang eine leitende Position in der Lehrergewerkschaft SNES innehatte, und der eine eigene Kenntnis der Institutionen entwickelt hat, als er im Rahmen seiner gewerkschaftlichen Aktivität in die Situation kam, sich der „Politik“ der Kommission zu widersetzen:

„Das war schon immer eine Bande von Technokraten in der europäischen Kommission, die entscheiden, und so ist das. Ein kleiner Schritt nach vorne war das Europaparlament. Aber das hat so wenig Macht. Dabei sollten die doch regieren. Das ist es. Das ist ein komplett feudales System, würde ich sagen, wo du einige Herren von der europäischen Kommission hast, die lenken und die durch überhaupt nichts kontrolliert werden. Nichts, weil die Kontrolle durch das Europaparlament, das ist gar nichts.“[12]

Man könnte noch den italienischen „Träger“ eines europäischen Projektes zitieren, der, ausgehend von seiner beruflichen Erfahrung die Schwerfälligkeit der gemeinschaftlichen Institution geißelt oder den Repräsentanten eines Landwirtschaftsverbands, der sich dem „dänischen Agrarmodell“ widersetzt,

12 Frankreich, Mann, 50 Jahre, Kunstlehrer, DEA (Äquivalent zum heute gängigen Master-Abschluss).

das durch die Kommissarin Fischer Boel verkörpert wird. Allen ist eine persönliche Erfahrung mit den europäischen Institutionen gemeinsam, die das Europa der Institutionen in ihren Augen sichtbarer macht. Allerdings ist diese Erfahrung immer ein Stück weiter von der Realität entfernt als diejenige der nationalen oder lokalen Institutionen – wie es die junge Grünen-Aktivistin beschreibt, als sie die europäische Ebene mit dem vergleicht, was „in Wirklichkeit" geschieht. Ohne derartige Erfahrungen verfügen selbst die aufmerksamsten Normalbürger über keinerlei Anhaltspunkte im Alltag, die ihnen einen Zugang zur Politik auf dieser Ebene erlauben würden. Die Neutralisierung der Botschaften (Guiraudon, 2000), die von den europäischen Institutionen ausgehen, trägt zu ihrer Unlesbarkeit für die Bürger bei, die in nationalen Räumen sozialisiert sind und die kulturell an die stärker polarisierten Formen gewöhnt sind, die dort die Debatten strukturieren. Voraussetzung für diese Debatten waren in der Vergangenheit politische Organisationen und sind es immer noch: Organisationen, die Weltanschauungen anbieten, Führer, die diese verkörpern und sie punktuell bekräftigen, Gelegenheiten zur Debatte und zur Auseinandersetzung usw. Nichts dergleichen hier. Das Europa der Institutionen wird von den interessierten Bürgern immer als relativ abstrakt wahrgenommen. Wenn sich die Befragten die EU vorstellen, geschieht dies mehr in Form von Symbolen (die Fahne) oder materiellen Objekten (Gebäude, Säle), als mittels identifizierter Berufspolitiker oder gar mittels Institutionen, die „ihnen etwas sagen würden":

„Das ist dumm. Das erste Wort, wenn du „Europa" sagst, ist die Fahne… Es sind die Symbole. Aber ich meine äh… Brüssel äh… Die Kommission, die Institutionen, das europäische Viertel, äh… Ja, diese großen Institutionen. Alle diese Nationalitäten, die sich da über den Weg laufen. Also, ich sehe die Säle... Das Parlament, das kenn' ich nicht. Ich denke an die Säle der Kommission."[13]

„(Man sagt Brüssel)… Aber das stellt für die Menschen nichts dar,... man verfolgt nicht täglich das Leben der… dieser Dimension von Europa… In Frankreich hört man den Ministerrat... Jener Minister hat dem Ministerrat jene Sache vorgestellt oder… man hat über jenes Problem debattiert… Bei Europa habe ich den Eindruck, dass man uns das nicht sagt… "[14]

„Aber man sieht das immer ausschließlich von französischer Seite. Und sogar in der Presse gibt es keine Position zu Europa… es geht immer um Frankreich in Europa und darum, inwieweit europäische Entscheidungen Frankreich zu etwas zwingen werden. Und ich finde, das ist die Schuld der Presse, aber es ist auch die Schuld von

13 Frankreich, Frau, 33 Jahre, Projektbeauftragte im Landwirtschaftsministerium, Ingenieurin.

14 Frankreich, Frau, 50 Jahre, Erzieherin, spezialisiertes Diplom.

Europa, weil Europa… für drei Viertel der Leute, und teilweise für mich, eine große verschwommene Wolke ist… “[15]

Zahlreiche Bürger geißeln die Unsichtbarkeit des politischen Personals und der politischen Institutionen der Gemeinschaft, und stellen ihnen die Materialität ihrer nationalen Entsprechungen gegenüber, die man benennen, klassifizieren, kennen und wieder erkennen kann, und die in der Welt der politisierten Bürger als praktische und gewöhnliche Orientierungspunkte dienen.

„Weißt du, als du mir gesagt hast, dass du dieses Interview machen wolltest, habe ich mir gesagt, ich muss doch wenigstens den Namen des Präsidenten des europäischen Parlaments kennen… Ich sage dir, auf der Arbeit, keiner! Keiner konnte ihn mir sagen, auch die Psychiater, Ärzte oder Gärtner nicht… die Leute wissen nichts darüber, und es ist ihnen egal.“[16]

„Sie versammeln sich nicht genug, sie müssten wie die Abgeordneten sein, die Senatoren, die sieht man.“[17]

„Wir haben eine europäische Regierung, die man nicht kennt. […] Man kennt die französische Regierung, den Gesundheitsminister, man weiß, wie er heißt, man weiß ungefähr, was er macht. Es gibt eine europäische Kommission, die kennt man nicht, man weiß nicht, wer die leitet.“[18]

Im Gegensatz zur Mehrheit schreiben diese Befragten dem Europa der Institutionen kein höheres Komplexitätsniveau zu. Ihr politischer Kompetenzgrad berechtigt sie, zu denken, dass sie im Stande wären, es zu begreifen. Sie wissen, dass diese Institutionen existieren, und dass sie diese aufgrund ihres allgemeinen Verhältnisses zu politischen Dingen kennen sollten. Aufgrund dieser Tatsache können sie es bedauern, dass die Institutionen nicht zu ihnen „kommen“:

„Auf unserem sozio-kulturellen Bildungsniveau müsste ich die Funktionsweise von Europa wesentlich besser kennen, als ich es tue. [...] Das müssten Sachen sein, die wir kennen. Nun ja, man weiß ja ungefähr, wie das französische System funktioniert. Was die Rolle des Senats ist, was die Rolle der Kammer ist, solche Sachen eben. Ich weiß nicht, ob das (für Europa) komplizierter ist, aber ich kenne es weni-

15 Frankreich, Mann, 24 Jahre, Student in Vorbereitung auf die ENA (Eliteschule des nationalen frz. Verwaltungsapparats).
16 Frankreich, Frau, 47 Jahre, spezialisierte Erzieherin, Berufsdiplom.
17 Frankreich, Mann, 87 Jahre, pensionierter Grundschullehrer.
18 Frankreich, Mann, 45 Jahre, Bäckermeister, politische Sozialisation durch die Familie.

ger gut. Die Informationen kommen nicht auf die gleiche Weise. Die Informationen kommen nicht von alleine.“[19]

Die Distanz zum Europa der Institutionen ist für die aufmerksamen Bürger umso größer, da zu dem Fehlen einer Personifizierung oder Verkörperung durch seine Förderer das Fehlen einer Einbindung in öffentliche nationale Räume hinzukommt.

Studien über die politischen Parteien haben gezeigt, dass keine politische Regierungspartei – jedenfalls innerhalb der „Gründungsmitglieder“ – ihren politischen Kredit riskieren konnte, indem sie allzu deutlich eine Haltung einnahm, die dazu geeignet war, als eurokritisch gelesen zu werden (Fertikh, Hû, Juhem, 2007). Die Europa-Kritik wird also den stärker am Rand befindlichen politischen Organisationen überlassen. Ebenso haben Autoren das je nach Zeitpunkt alternative Bemühen der nationalen Eliten um ein Geradebiegen oder die Förderung der europäischen Themen betont oder auf den Widerstand der Berufspolitiker in den Mitgliedsstaaten hingewiesen, die nicht beabsichtigen, Europa Errungenschaften zu überlassen, die sie für sich selbst einfordern könnten, sich aber gleichzeitig bemühen, EU-Fonds anzuzapfen (Schmidt, 2007). Diese Teilnahme an den europäischen Spielen bringt die Förderung Europas in den gewöhnlichen politischen Kontexten nicht voran, da keinerlei nationale oder lokale Anerkennung damit verbunden ist. Dies wird schließlich durch die Charakteristika der politisch engagierten europäischen Bewegungen verstärkt, die ebenso von Elitismus, Unter-Sich-Sein, usw. geprägt sind wie der zentrale gemeinschaftliche Raum, und die daher die Begegnung zwischen Brüssel und den lokalen Gesellschaften, die sie eigentlich vertreten, nicht unbedingt erleichtern (Weisbein, 2004, 2006, ganz im Gegenteil, siehe Sawicki, 1997).

Europa ist innerhalb der Regierungsparteien kein Gegenstand politischer Anteilnahme und polarisiert somit, je nach den nationalen Kontexten, entweder wenig oder sehr wenig. Die geringe Sichtbarkeit der europäischen Thematik im politischen Feld regt die Journalisten nicht dazu an, Europa zu behandeln (Juhem, 2001) und verdoppelt seine bereits erwähnte Unsichtbarkeit in den journalistischen Rubriken (Garcia und Le Torrec, 2003). Darüber hinaus belastet das Fehlen eines europapolitischen Tagesgeschehens (Hubé, 2008) und einer konstanten Berichterstattung über Europa in den Medien jegliche Form einer „kontinuierlichen Sozialisierung“ mit Europa. Wenn die befragten Bürger Zeitpunkte der Mobilisierung erwähnen – wie Maastricht, den Verfassungsvertrag, die Beitrittskampagnen in den neuen Ländern – betonen sie häufig deren äußerst episodischen Charakter. Wie es die bereits erwähnte jun-

19 Frankreich, Frau, 69 Jahre, höhere Führungskraft, Studienabschluss der Universität Harvard.

ge Grünen-Politikerin bedauert: „Es gab eine wirkliche Begeisterung,... jetzt gibt es nichts mehr“. Dies beklagt auch eine Verwaltungsbeamtin des Senats:

„Die europäische Union kommt nirgendwo oder quasi nirgendwo vor (in der Kampagne zur Präsidentschafts- und Parlamentswahl von 2007)… Während man sich vor zwei Jahren leidenschaftlich dafür begeisterte“.

Die Abwesenheit Europas verhindert den Erwerb einer regelmäßig durch Riten und Ereignisse genährten spezifischen Eignung:

„Ich weiß nicht, ich erinnere mich nicht mehr… Ich erinnere mich überhaupt nicht, das hat wirklich keine Spuren bei mir hinterlassen. In dem Moment damals hatte ich den Vertrag gelesen, ich hatte mich informiert, wir haben Informationsblätter gemacht. [...] Und ich fand das wirklich gut. Und ich erinnere mich an nichts. Ich erinnere mich an nichts. Jetzt, wo Sie da sind, wird mir das deutlich. Das macht ein bisschen Angst.“[20]

Konstruiert in Distanz zu den Normalbürgern und der gewöhnlichen Politik, sind die politischen und institutionellen Spiele Europas sogar für die kompetentesten Bürger kaum wahrnehmbar – außer für diejenigen, die über eine quasi „professionelle“ Erfahrung mit dem Europa der Institutionen verfügen. Diese Distanz ist bei den Bürgern, die die Codes nicht kennen, die den Zugang zur „legitimen“ Politik erlauben, umso stärker ausgeprägt. Allerdings engt der Blickwinkel der kognitiven Kompetenz die Vielfalt der Beziehungen allzu begrenzend ein. Um nicht voreilig auf eine Form von politischem Analphabetentum zu schließen, die nach dem Maßstab des legitimistischen und intellektualistischen Verhältnisses zur Politik beurteilt wird, empfiehlt es sich, andere Auswirkungen der europäischen Institutionalisierung zu untersuchen. Indem sie andere Objektivierungen erzeugt als politische Institutionen oder Kategorien, wie Bestimmungen, Normen, eine Währung, Subventionen usw., begünstigt die gemeinschaftliche Institutionalisierung nämlich andere Formen des Ausgesetztseins und andere Formen der Aneignung.

Die europäischen Welten jenseits der institutionellen Welt

Die Literatur über die europäischen Grundeinstellungen baut ihre Thesen im Allgemeinen auf den Daten von Meinungsumfragen auf. Indem wir uns weiterhin auf die Institutionalisierung des europa-politischen Zentrums konzent-

20 Frankreich, Frau, 25 Jahre, Verwaltungsbeamtin im Senat, Absolventin des Elite-Instituts für Politikwissenschaft, Paris.

rieren, möchten wir in diesem Teil die Existenz anderer Formen von Europa und anderer Beziehungen zum institutionellen Europa aufzeigen. Unser empirisches Material erlaubt es nämlich, eine Diffraktion Europas zu erfassen und sich mit der Vielfältigkeit der ihm zugeschriebenen Bedeutungen zu befassen. Daher wollen wir uns mit den Lebenswelten beschäftigen, in denen sich Objektivierungen von Europa entfalten und einen Sinn bekommen können. Anhand der Beispiele der Landwirte und der Fischer, die mit strukturpolitischen Maßnahmen konfrontiert sind, werden wir auf das Europa der politischen Strategien zurückkommen. Indem wir dieser sozialen Gruppe die Unternehmer des Europas der Geschäftswelt gegenüberstellen, werden wir unsere Analyse der Formen der Distanz, die den europäischen Institutionalisierungsprozessen innewohnen, weiter verfolgen und auch die spezifischen Manifestationen dieser Distanz behandeln.

Europa als Verwaltung und die Auswirkungen des „Mehrebenensystems"

Das Europa der politischen Maßnahmen ist eine der Formen, die das institutionelle Europa annehmen kann. Auf konkrete und sichtbare Weise nimmt es in den „outputs" Gestalt an, die durch Europa verbreitet werden (Scharpf, 1999). Zahlreiche Bürger „nehmen" etwas davon „wahr", obwohl diese vage und entfernte Wahrnehmung je nach den nationalen Kontexten variiert. In Frankreich ist die Kenntnis der im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik bewilligten Subventionen über die Landwirte hinaus verbreitet, während in Polen die neuen Straßen, die von den europäischen Strukturfonds finanziert wurden, Gegenstand einer breiteren Wahrnehmung sind. Das Europa der outputs ist jedoch weit davon entfernt, sich bei allen durchzusetzen, da seine Greifbarkeit von Erfahrungen abhängt, die bestimmten Berufsgruppen eigen sind (Landwirte, Fischer, Selbständige, usw) Wird Europa, wenn es mit gewöhnlichen Welten in Verbindung kommt, dadurch für diese Welten etwas Gewöhnliches? Diese Frage erscheint zahlreichen Autoren berechtigt, die im Europa der „outputs" eine Lösung für die Legitimitätskrise der Union sehen. Also hielten sowohl die gemeinschaftlichen als auch die akademischen Milieus (Hooghe, Marks, 1996) das Europa der Regionen (oder das Europa auf lokaler Ebene) für eine Möglichkeit, um ein Europa der unmittelbaren Nähe zu verwirklichen und das Demokratiedefizit zu vermindern. In Verbindung mit der Schwäche der gemeinschaftlichen Budgets und Verwaltungen hat dies zur Annahme „gemeinsamer politischer Maßnahmen" (Smith, 2008) geführt, deren Definition und Umsetzung untereinander abgesprochene Verfahren, die mehrere „Regierungsebenen" zusammenfassen, voraussetzen (Regionalpolitik, GAP). Gleichzeitig hat jedoch die Autonomisierung der politisch-administrativen Sektoren der Gemeinschaft, die bestrebt sind, spezifische Re-

gulierungsstile in Distanz zu den Mitgliedsstaaten und ihren traditionellen Beihilfearten zu erzeugen, dazu geführt, die gemeinschaftliche Verwaltung aus der Distanz zu verstärken (Verger, 2008).

Diese Sektoren haben Normen und Prinzipien institutionalisiert, Ziele festgelegt, Verfahren eingerichtet und die Vergabe von Krediten vom Erreichen dieser Ziele abhängig gemacht. Aus der Unfähigkeit heraus, die Kontrolle darüber vollkommen sicherzustellen, haben sie sie an nationale oder regionale Instanzen delegiert. Dies hat dazu geführt, die spezialisierten Abteilungen in den nationalen, lokalen und dekonzentrierten Verwaltungen zu erweitern, gleichzeitig aber dazu beigetragen, ihre Beziehungen zu bürokratisieren, indem man die administrative Komplexität des Aufbaus von „europäischen" Projekten oder Finanzierungen vergrößerte. Dies hat nicht unbedingt zur Verbreitung eines Europa-Bildes in den lokalen Räumen beigetragen. Die lokalen Europa-Spezialisten reisen selten in Richtung Brüssel. Dafür erlaubt es ihre Existenz ihren Amtskollegen in den „Brüsseler" Regionalbüros, sich von den lokalen Räumen fern zu halten. An der Schnittstelle zwischen Europa und der Lokalebene sind diese Spezialisten überdies geneigt, „Europa komplexer zu machen", um ihre Rolle als Vereinfacher besser zu rechtfertigen (de Lassalle, erscheint in Kürze). Insgesamt trägt die Schaffung von Spezialabteilungen auf allen Verwaltungsebenen stärker dazu bei, das Europa auf Lokalebene zu segmentieren und undurchlässig zu machen und die Idee eines technischen und komplexen Europa zu verbreiten, als dazu, das Europa der unmittelbaren Nähe bei den Betroffenen zu fördern.

„- Haben Sie das Gefühl, gut über das informiert zu sein, was auf europäischer Ebene beschlossen wird?
- Nicht so sehr, weil da haben sie uns eine Bestimmung zu den Fischereimaschinen vorgelegt, also für die Schleppnetze, dieser Bestimmung wurde im Europarat 1998 zugestimmt, wir wurden 2006 darüber informiert. [...] Ich weiß nicht, ob Ihnen das klar ist, das heißt sechs… sieben… acht Jahre später! [...] Wir sind noch nicht einmal von der Schifffahrtsbehörde informiert worden, von den Behörden! Wir sind informiert worden von… von Unternehmen, die Fischereimaterial verkaufen! [...] Und genau deswegen muss ich jetzt vor Gericht.[...] Das ist widersprüchlich, weil Europa uns eine Maschengröße von 70 bis 79 erlaubt, [...] seit 1998, und wir waren nicht auf dem Laufenden, während Frankreich uns eine Maschengröße bis 80 erlaubte [...] Aber man weiß nicht, an wen man sich wenden soll (um sich zu informieren)! Weil ich sehe, bei der Schifffahrtsbehörde, und das sollte unsere Verwaltung sein, weil wir von denen abhängen, wir bezahlen unsere Gebühren an die, und wenn man zu denen geht [...] können sie uns entweder nicht empfangen oder sie wissen nichts, äh [...]. Selbst die sind neben der Spur, weil… ich sehe, da haben sie uns einen Prozess angehängt, obwohl das europäische Gesetz uns das Recht gibt, zu tun, was ich getan

habe. [...] Das kommt einem verrückt vor, aber es ist so. [...] Wir sind also ein bisschen orientierungslos… “[21]

Um die Auswirkungen dieses „Mehrebenensystems“ detaillierter zu zeigen, möchten wir auf das Beispiel der Landwirte zurückkommen. Das Ensemble der Landwirte, deren Aussagen zu Europa wir gesammelt haben, ist keineswegs homogen. Die Befragten, vom Départements-Vertreter der Rinderzuchtvereinigung, über den Manager eines Landwirtschaftsbetriebs, der seine Verwaltungssoftware rühmt, bis hin zum spezialisierten Hersteller von Bio-Apfelsaft, unterscheiden sich unter zahlreichen Gesichtspunkten voneinander. Sie sind im Übrigen nicht immer unmittelbar von der gemeinsamen Agrarpolitik betroffen, wie es das Interview mit dem Erzeuger von Bio-Apfelsaft belegt, der keinerlei europäische Subventionen erhält und der derart wenig Kontakt mit der Agrarpolitik hat, dass er eine Frage nach den Auswirkungen Europas auf sein Berufsleben folgendermaßen interpretiert:

„Für mich hat Europa keine so große Bedeutung, weil für mich, wenn du so willst, ist es nicht… ich arbeite nicht direkt mit Europäern… aber es kommt von Zeit zu Zeit vor. Es kann Italiener geben, die Apfelsaft abholen, Deutsche, Belgier, Engländer.“[22]

Dennoch teilen diese Landwirte eine bestimmte Anzahl von gemeinsamen Referenzen, die sie vereinen und von den anderen Bürgern unterscheiden. Ihre „gewöhnliche Welt“ – die Welt, in der sie täglich arbeiten, die Personen, die sie dort treffen, die Gegenstände, die dort Sinn haben, die Aktivitäten, die sie dort entfalten – wird mehr oder weniger stark von der GAP berührt. Da es sich um den Modellfall einer Gruppe handelt, deren soziales Schicksal unmittelbar mit Europa verbunden ist, ist es nicht absurd, zu denken, dass ein Teil von Europa in ihrem Universum eine konkrete und alltägliche Existenz hat. Alle diese Landwirte wissen, was die GAP ist und haben eine Meinung über ihre Auswirkung auf ihre Existenz. Sie erwähnen sie, sobald es um Europa geht und schreiben ihr den „wesentlichen Teil“ ihrer Einkommen und/oder die Tatsache zu, dass sie Normsystemen unterworfen sind, die „mit europäischen Richtlinien“ zusammenhängen.

„Heute stellt die GAP in einem Landwirtschaftsbetrieb wie bei uns 80% des Einkommens dar,... darin ist ein französischer Anteil, aber vieles ist von Europa [...]. Es müssen zum Beispiel Vorgaben zur Lagerung von Pflanzenschutzmitteln zur Behandlung des Weizens beachtet werden. Jetzt ist man gezwungen, einen Raum zu

21 Frankreich, Mann, Fischer, CAP (Äquivalent des dt. Hauptschulabschlusses).
22 Frankreich, Mann, Äpfel- und Apfelsafterzeuger, landwirtschaftliches Berufsausbildungszeugnis.

haben, den man abschließen kann und wo an der Türe steht „Achtung, gefährliche Produkte“, das sind europäische Richtlinien, die gekommen sind… “[23]

Die größten Unterstützer der EU sind somit diejenigen, deren Einkommen von der GAP abhängt. Allerdings ist diese Zustimmung häufig erzwungen und manchmal widerwillig, weit entfernt von der allgemeinen euroenthusiastischen Zustimmung, die den „Utilitaristen“ des Binnenmarktes zugeschrieben wird.

„Ich will keine Hilfen, ich will, dass man mir für mein Produkt einen gerechten Preis bezahlt, denn wenn wir keine Hilfen mehr haben, sind wir nicht mehr von ihnen abhängig… Dann sind wir die Brüsseler Zwänge los… (Aber man) muss verstehen, dass, wenn es keine Hilfen mehr gibt, dann gibt es keine Landwirte mehr in Frankreich… Die Landwirte können ohne Hilfen nicht leben, das ist das Problem… “[24]

Häufig wird das Register des Zwanges und der Verpflichtung eingesetzt:

„Man ist gezwungen, mit Europa Schritt zu halten, man ist gezwungen, ein bisschen Schritt zu halten… Man ist gezwungen, sich in bestimmten Sachen an die Normen anzupassen, nicht wahr. [...] Man war gezwungen, zu einem neuen Gas zu wechseln (für das Kühlhaus), das europäisch ist, für die Umwelt, oder was weiß ich. [...] es gibt viele Dinge, denen man sich mit Europa anpassen muss… “[25]

Viele Landwirte beklagen, dass ihre Arbeit nicht mehr den gleichen Sinn hat und fügen hinzu, dass sie lieber von ihren Erzeugnissen leben würden als von Subventionen, selbst wenn die Jüngsten und die mit den höchsten Studienabschlüssen ausgestatteten oder diejenigen, die den größten Anwesen vorstehen, ihre Aktivität im aufwertenden Modus des „Managements“ erleben können.

Doch so vertraut die GAP auch sein mag, macht sie aus Europa keine viel konkretere Realität. Für die Gesamtheit der Verwaltungsvorgänge, denen sie unterworfen sind, sind ihre Ansprechpartner dieselben wie diejenigen, die gewöhnlich die nationalen Verwaltungen und allgemeiner den Staat verkörpern. Was ihre Information, die Höhe der Prämien, die Verwaltung der GAP-Anträge, das Umsetzen der Normen, die Kontrollen und ihre Sanktionen angeht, wird Europa durch die üblichen administrativen Ansprechpartner vermittelt:

23 Frankreich, Mann, 41 Jahre, Landwirtschaftseigentümer, Fachabitur.
24 Frankreich, Mann, 48 Jahre, Getreidelandwirt, Berufsbezogenes Abitur.
25 Frankreich, Mann, 58 Jahre, Landwirt, ohne Diplom.

„Wenn man Auskünfte oder neue europäische Texte erhält, kommt das vom französischen Landwirtschaftsministerium, also informiert uns Frankreich, nicht Europa...“[26]

Oder: „Bei der Züchtung bekommen wir eine Prämie pro Kuh… wir machen eine jährliche Erklärung und wir haben eine Quote… die von der Landwirtschaftsdirektion des Départements festgesetzt wird… die haben eine Quote pro Département... “[27]

Da es kein europäisches Amt gibt (Dubois, 1999), gibt es keine konkreten und alltäglichen Beziehungen zu Europa, und die gewöhnlichen Beziehungen zu den Ämtern und ihren Vertretern sind bei diesen sozialen Gruppen im Wesentlichen grundlegend für die Vorstellungen der Institutionen, wie auch für die Beziehungen zu ihnen (Bourdieu, 2001; Siblot, 2005).

„- Haben Sie in Bezug auf ihren Betrieb eine Menge Beziehungen zu Europa …?
- Äh, ich persönlich nicht,... individuell nein, Leute wie wir haben so was nicht… als ganz einfacher Landwirt hast du keine Beziehungen.“[28]

Europa ist letztendlich eine zusätzliche bürokratische Ebene, mit der sie sich auseinandersetzen müssen. Es lässt sich nur schlecht von der französischen Verwaltung unterscheiden und erscheint weiter entfernt und noch schwerer greifbar, selbst wenn es für den Zuwachs an bürokratischer Arbeit, den es erzeugt, kritisiert wird: „Und dann viel Papierkram. Also der Papierkram… Wir haben die Schnauze voll von dem Papierkram!“[29] Landwirte erwähnen auf diese Weise ein Europa, das aus Akronymen (GAP, DPU, PESMA, usw), aus Post, administrativen Verzögerungen und Nummern von Richtlinien besteht.

„Es ist die Richtlinie 79 409, wenn ich mich recht erinnere. [...] Da geht es um die Zugvögel. Man darf während der Nistperiode nicht schießen. [...] Dieses Jahr durfte man in der Haute-Vienne nicht mehr auf Tauben schießen… ab dem 10. Februar, das heißt als Jagdtiere. Danach darf man sie bis zum 31. März als Schädlinge schießen. In England werden sie bis zum Juni gejagt. [...] Einerseits verkürzt man die Perioden, weil man angeblich in die Nistperioden reinkommt und andererseits ist das keine Jagd mehr, sondern Zerstörung. Das ist echt nicht logisch. Das ist also 79 409.“[30]

26 Frankreich, Mann, 24 Jahre, Landwirtschaftseigentümer, BTS (Diplom für ein zweijähriges Fachhochschulstudium).
27 Frankreich, Mann, 41 Jahre, Landwirtschaftseigentümer, berufsbezogenes Abitur.
28 Frankreich, Frau, 62 Jahre, Landwirtin.
29 Siehe Fußnote 26.
30 Frankreich, Mann, 44 Jahre, Landwirt, ohne Abschluss.

Man versteht also, dass dieser Beziehungstypus nicht geeignet ist, „durch Kontaminierung“ eine allgemeine Beziehung zum gemeinschaftlichen Europa und zu seinem institutionellen Konstruktionsprozess zu begründen. Die Europa-Beziehung bleibt im Wesentlichen klar auf die GAP und die alltäglichsten Lebenserfahrungen, wie den Euro oder die Verwaltungsarbeit eingegrenzt.

„Europa ist kein Thema, das man auf den Tisch bringt… Aber es stimmt, wenn man von Europa spricht, manchmal… wenn man zwei Sekunden innehält, weiß man nicht so genau, was das ist… das stimmt [...] Man weiß, was es ist, beruflich, man weiß, was Europa uns bringt, aber abgesehen davon weiß man nicht, was es macht.“[31]

„Wissen Sie, wir sind von Europa nicht betroffen. Außer dem Euro und der GAP, wissen Sie, der Rest… “[32]

„Das geht so ein bisschen an uns vorbei… Außer dem, außer dem Euro und den Papieren... “[33]

Im weiteren Sinne drückt sich ihr Verhältnis zum Europa der Institutionen nicht auf die gleiche Weise aus wie bei den politisierten Bürgern. Die Landwirte äußern nicht das Bedürfnis, zu wissen, was die europäischen Institutionen machen. Ihr gewöhnliches Verhältnis zur Politik wird durch die unmittelbare Bekanntschaft mit den Berufspolitikern oder den Beamten konstituiert (Briquet, 2003), wobei diese gegenseitige Bekanntschaft die Anerkennung und Legitimität der politischen Aktivität begünstigt. Hier fehlt dies allerdings. Wenn sie Europa nicht kennen, kennt Europa sie auch nicht und genau dies wird zu einem Problem.

„Auf kommunaler Ebene ist das näher. Wenn man Versammlungen hat, wenn man was sagen möchte… [...] auf kantonaler Ebene, ich kenne den Regionalrat, ich kenne die gut [...] Im Notfall, selbst einen Abgeordneten… den kann man kontaktieren, wenn man mal ein Projekt hat… Aber Europa, das ist viel weiter weg… Das ist echt weit weg... “[34]

Im Gegensatz zu dem, was die utilitaristischen Theorien unterstellen, ist die „Zustimmung“ dieser Landwirte nicht besonders enthusiastisch. Sie kündigt auch weder eine breitere Zustimmung zum Prozess der europäischen Integration, noch eine Nähe zum Europa der Institutionen an, die ausgehend von ei-

31 Siehe Fußnote 27.
32 Siehe Fußnote 30.
33 Frankreich, Frau, 49 Jahre, Landwirtin, Berufszeugnis als Erzieherin.
34 Siehe Fußnote 26.

ner einzigartigen Erfahrung konstruiert würde. Dennoch haben die Landwirte eine signifikante Erfahrung mit dem gemeinschaftlichen Europa, die jedoch nicht den Darstellungen entspricht, die davon in den Meinungsumfragen, den kommunikationspolitischen Maßnahmen oder den europäischen Studien gemacht werden. Sie begründet einen Europa-Bezug, der hier aber distanziert bleibt und zum Teil hingenommen wird.

Im Gegensatz dazu zeichnet sich in der letzten europäischen Welt, die hier analysiert werden soll, eine vollkommen andere Realität von Europa ab: die des „großen Marktes".

Das Europa des großen Marktes

Der Zeitpunkt, zu dem wir unsere Untersuchung durchgeführt haben, ist derjenige der Konsolidierung eines Europas seit den 1990er Jahren, das häufig als „neoliberal" beschrieben wird (Jobert, 1994, Denord, Schwartz, 2009). Mehrere, nicht unbedingt exklusive Hypothesen entstammen unmittelbar dem Institutionalisierungsprozess und spiegeln dies wider: Entweder wird die zentrale Rolle der „Förderer" des Neoliberalismus bei dieser Institutionalisierung unterstrichen (Denord, Schwartz, 2009), oder es wird der Akzent auf die schwach ausgeprägte Institutionalisierung eines transnationalen „euro-atlantischen" Raums gelegt, in dem sich die „Entmonopolisierung" der Staatsgewalten vollzieht (Cohen, Dezalay, Marchetti, 2007). Damit ist eine ganze Reihe von Sekundärprozessen verbunden, wie der Machtzuwachs der Volkswirtschaftler in der europäischen Kommission, die lange Zeit ein institutionelles „Paradies" für Juristen darstellte (Vauchez, 2007; Georgakakis, de Lassalle, 2010) oder die Verinnerlichung einer Position, die durch die Förderer eines europäischen „Sozialmodells" beherrscht wurde, das ihnen jegliche „politische" Initiative untersagte (Robert, 2007). Hiermit kann eine gewisse Anzahl von Arbeiten über den Prozess der Hinwendung der Mitgliedsstaaten zum Neoliberalismus assoziiert werden (Jobert, 1994), die bezeugen, dass diese neoliberale Neigung auch das Produkt von bestimmten „Verwendungen von Europa" in nationalen Auseinandersetzungen ist, ohne dass dabei notwendigerweise eine bewusst eingesetzte „liberale" Strategie eine wesentliche Rolle gespielt hätte (Garcia, 2007). Zwar verbieten es diese Arbeiten, aus der Kommission im Besonderen, und aus den europäischen Institutionen im Allgemeinen monolithische Akteure zu machen, die den Mitgliedsstaaten den Neo-Liberalismus aufgezwungen hätten (Robert, 2007), doch ist es trotzdem notwendig, festzustellen, dass sich Europa zum Zeitpunkt der Untersuchung den gewöhnlichen Bürgern als eine hauptsächlich ökonomische Realität aufdrängt. Und sei es nur, weil die Mehrheit der befragten Bürger ausgehend vom Euro „über Europa sprechen kann". Jenseits des greifbaren Charakters dieser Erfahrung, nehmen sehr viele Bürger Europa als eine in erster Linie

wirtschaftliche Union wahr. Einige begrüßen dies, da die EU vor allem eine Konstruktion sein soll, die es erlaubt, die nationale Wirtschaftslage signifikant zu stärken, oder aus dem Motiv heraus, dass der Bereich des Politischen den Nationen vorbehalten bleiben soll. Andere missbilligen es, weil Europa für sie in erster Linie sozial oder kulturell sein soll. Die häufigsten Wahrnehmungen drehen sich jedoch um die Bewegungsfreiheit oder den Binnenmarkt, die je nach Individuum unterschiedliche Vorstellungen hervorrufen. Von einigen beklagt, wird sie im Gegensatz dazu von den Unternehmern oder den Industriellen gefeiert.[35]

Unsere Befragten sind extrem verschiedenartig: Sie sind Inhaber mittelständischer Betriebe, deren internationale Aktivität entweder gesichert ist oder von den Verhältnissen abhängt und unterscheiden sich ebenfalls in Hinblick auf ihre Studienabschlüsse (vom Autodidakt bis hin zum Absolventen der Eliteschulen für Ingenieurs- oder Handelswesen) oder ihre soziale Herkunft (self made man oder Erbe). Allerdings teilen sie auch gemeinsame Lese- und Bewertungsschlüssel des Europas „der Geschäftswelt und des großen Marktes“:

„Der europäische Markt wird zu einem eigenständigen Markt, er ist einer der wichtigsten Märkte! Also… äh… wer heutzutage gegen Europa ist, den kann ich nicht besonders ernst nehmen.“[36]

Während in den ersten beiden analysierten Fällen die Materialität Europas nur schwach ausgeprägt war, ist das Europa, das diese Unternehmer beschreiben, ein sehr konkretes: ein physisches Territorium, das sie mit Leichtigkeit und Regelmäßigkeit im Rahmen ihrer Berufstätigkeit oder ihrer Freizeit durchqueren:

„Die europäische Union erleichtert die Transaktionen, und man fährt ganz einfach nach Deutschland, ich kaufe in Deutschland ein. Das ist selbstverständlich. Die Tatsache, eine gemeinsame Einheitswährung zu haben. Ich fahre nach Italien, ich komme gerade aus Spanien zurück, das ist gut.“[37]

Die von „Europa“ bewirkten Vereinfachungen verstärken ihre Neigungen zur Mobilität. Die Befragten sind mit einem sprachlichen Kapital ausgestattet, das sie in der Schule oder „bei der Arbeit“ gelernt haben, das ihre Bewegung auf dem europäischen Territorium und ihre Fähigkeit, dort Kontakte zu knüpfen, erleichtert:

35 Zu all diesen Punkten siehe Kapitel 5.
36 Frankreich, Mann, Industrieller aus der Baubranche, Ingenieur.
37 Frankreich, Mann, Chef eines mittelständischen Unternehmens, Handelsschule.

„Ich spreche Englisch wie eine zweite Muttersprache. Deutsch habe ich gelernt und damit meine ganzen Prüfungen bestanden [...]. Ich spreche auch Spanisch und Portugiesisch und natürlich Französisch.“[38]

Europa ist somit eine „zweite Natur“ geworden, das Territorium, wo sie ihre Kinder aufziehen und auf das sie ihre sozialen Reproduktionsstrategien projizieren (Wagner, 1998).

„Also, na ja, meine vier Kinder [...] die haben alle… in Europa gelebt, nicht wahr! Siehst du, der Jüngste, Guillaume, wohnt zur Zeit in England, er wird drei oder vier Jahre in England verbringen… um was zu lernen… er wird seine Schulzeit in England fertig machen. Nicolas war drei Jahre in Deutschland, Valérie war drei Jahre in England, Charles hat drei Jahre in den Vereinigten Staaten verbracht… aber Europa ist für sie, für sie… sie haben Freunde oder Freundinnen, von denen einer mit einer Holländerin verheiratet ist, einer mit einer Deutschen, für sie ist das also kein Problem mehr, noch viel weniger als für mich.“[39]

Wie dieser Interviewausschnitt implizit bestätigt, unterscheiden diese Unternehmer Europa – klar eingegrenzt auf ein Ensemble von Mitgliedsstaaten – nicht vom Bereich des Internationalen oder Transnationalen. Von Europa wird hauptsächlich eine Ausweitung der Finanz- oder Handelsmärkte erfasst oder ergriffen, auf denen „Geschäfte“ realisiert werden können.

Sie benötigen also keine Erklärung, wenn der Interviewleiter den Schengen-Raum („Schengen! Das ist vielleicht das Beste an Europa, das hat den Güteraustausch und die Bewegungsfreiheit der Personen erleichtert.“[40]) oder den Bolkestein-Runderlass erwähnt, denn diese Errungenschaften haben sowohl auf ihr Berufsleben wie auch auf ihren Alltag äußerst konkrete Auswirkungen.

„Ich kann Ihnen sagen, dass meine Geschäfte einen ganz anderen Schwung bekommen haben, vorher konnten meine Waren tagelang blockiert werden, während ich jetzt meine Waren überall in Europa in Umlauf bringen kann. Ich verdiene auch besser, also warum sollte ich mich über diese Situation beschweren?“[41]

Verschiedene Errungenschaften Europas werden ebenfalls in der Sprache der Wirtschaft bewertet. In Bezug auf den Euro erwähnen die Befragten nur sehr

38 Frankreich, Mann, 47 Jahre, Firmenchef eines mittelständischen Unternehmens, Berater, HEC Paris (Elitehochschule für Betriebswirtschaft und Unternehmensführung)

39 Frankreich, Mann, Firmenchef eines Unternehmens mit 1000 Personen, ohne Diplom.

40 Siehe Fußnote 39

41 Siehe Fußnote 39

selten – im Gegensatz zu den anderen Bürgern – die Frage der Kaufkraft, und konzentrieren sich stattdessen auf die Währungspolitik oder häufiger auf die Vereinfachung des Handels.

„Der Euro ist insgesamt etwas Anderes. In der Tat, für die Länder, für eine Verhandlung und einen Vergleich der Preise ist der Euro eine gute Sache, [...] jetzt tritt eine Gefahr auf – das ist der Wert des Euros gegenüber dem Dollar. [...] Aber es ist wirklich ein Vorteil, eine Einheitswährung mit den Ländern zu haben, mit denen man direkt Handel betreibt.“[42]

„Der Euro hat seine Vor- und Nachteile, aber heute ist es eine Währung, die existiert und die für uns Exporteure… dafür sorgt, dass wir alle die gleiche Währung haben. Es gibt also keine Kursschwankungen mehr. Wir sprechen nicht alle dieselbe Sprache, aber wir sprechen alle dieselbe Währung. [...] Die Euro-Parität ist für uns… ein deutliches industrielles Plus.“[43]

Sie bewerten auch die Frage nach dem Beitritt der Türkei aus einer Geschäftsperspektive, während andere Bürger eher die kulturellen oder religiösen Dimensionen ansprechen.

„Die Türkei? Wir haben nicht die gleiche Vorstellung davon, wie man Geschäfte macht.“[44]

„Der Beitritt der Türkei kann stattfinden, da sie wirtschaftlich ein wenig stärker ist als andere Länder, die bereits beigetreten sind.“[45]

„Ich habe keine… ich arbeite mit ihnen, ich habe persönliche Beziehungen zu ihnen, wie ich sie, ich würde sagen, mit Polen, Spaniern oder anderen haben kann, ich mache da keinen Unterschied… Das stört mich also nicht.“[46]

Mehr als die europäischen Institutionen oder die Akteure, die sie verkörpern, ist Europa für sie ein Ensemble von Mitgliedsstaaten, die ebenso wirtschaftliche Partner wie Konkurrenten darstellen und gemäß ihrer Leistungen auf diesem Sektor bewertet und hierarchisiert werden.

42 Frankreich, Mann, Chef eines mittelständischen Unternehmens, 45 Angestellte, BTS in Rechnungswesen.
43 Siehe Fußnote 41
44 Frankreich, Frau, 59 Jahre, Eigentümerin eines Pariser Hotels.
45 Siehe Fußnote 39.
46 Siehe Fußnote 41

„Im Zentrum Europas wird immer die blaue Banane stehen – man hängt an der Banane dran, aber das ist ein Motor von dem Ding… Der Rest, das sind Leute, die haben… das werden immer Randzonen bleiben.“[47]

„Madrid, das fängt an, ein bisschen exzentriert zu werden und bis jetzt, selbst wenn sich das gerade ändert, ist es trotzdem kein sehr wichtiges Land, in Bezug auf das BIP.“[48]

Schließlich beurteilen sie das Europa der Institutionen ausgehend von ihrer Position als Unternehmer. Indem sie sich meist als „liberal“ bezeichnen, halten sie sich aus der Sicht der sozialen Arbeitsteilung, die ihnen die Produktionsaktivitäten, die sie als wichtig ansehen, überlässt, auf Distanz zum Universum des Politischen.

„Ich… weil ich glaube, dass die wirtschaftliche Macht der politischen Macht überlegen ist… es ist vielleicht ehrgeizig das zu sagen! Aber ich bin der Ansicht, dass die Politiker nicht überleben könnten, wenn die Unternehmen nicht funktionieren würden. Und wenn die Unternehmen nicht die Quelle von Arbeitsplätzen, sozialer Verantwortung und Reichtum für das Land wären, die Politiker würden ohne uns nicht existieren. Also.. glaube ich, dass ich schon viel zu tun habe.“[49]

Die Information über Europa wird ausgehend von ihrer beruflichen Aktivität vorgenommen:

„Ich informiere mich viel über die Arbeitsgesetze und die Gesetze zum Warenumlauf.“[50]

„Ich beziehe meine Informationen vor allem von den Leuten, mit denen ich arbeite, denn ich arbeite mit mehreren europäischen Ländern. Also, vor kurzem war ich mit einem Spanier in Verbindung, sobald das Interview vorüber ist, telefoniere ich mit meinem englischen Buchhalter.“[51]

Und selbst, wenn sie sich insgesamt als ziemlich schlecht informiert bezeichnen, ist die Information, die ihnen fehlt, nicht – wie im Fall der politisierten Bürger – diejenige, die die gemeinschaftlichen Institutionen betrifft – für die sie sich, wie man gesehen hat, nach eigener Aussage recht wenig interessieren – sondern diejenige über die praktischen Aspekte des Europa der Geschäfte und Finanzen.

47 Siehe Fußnote 38
48 Siehe Fußnote 40
49 Siehe Fußnote 41.
50 Siehe Fußnote 39.

„Über die Banken, das Ganze. Informiert sein… (über) die Investitionen, zum Beispiel über den europäischen Markt, über die einfacheren Möglichkeiten… ich weiß nicht was… zu haben... Ich will mir zum Beispiel eine Wohnung in Barcelona kaufen, mehr über die Rechtslage wissen, die Gesetzgebung und über den Kapitalfluss. Auf individueller Ebene hat man diese Informationen nicht. [...] So wie es für einen internationalen Investor kompliziert ist, nicht für die multinationalen Konzerne, aber für ein kleines Unternehmen ist es noch sehr kompliziert. Man müsste etwas in Bratislava kaufen können, ohne das geringste Problem mit den nationalen Gesetzgebungen zu haben.“[52]

Das Urteil über die europäischen Institutionen ist nicht unmittelbar in Hinblick auf ihre Funktionsweise, den policy process, ihren demokratischen Charakter oder ihre Unsichtbarkeit konstruiert, sondern ausgehend vom Blickwinkel der wirtschaftlichen Effizienz. Dies bestätigen die wiederholten Kritiken an der Geldverschwendung, die mit der Zersplitterung der institutionellen Standorte verbunden ist, oder die Kritiken, die sich auf den Stellenwert dieser Standorte innerhalb der „internationalen Wirtschaft“ beziehen.

„Schon die Wahl Brüssels ist für mich ein gewaltiger Irrtum. Man erklärt einem Koreaner, dass der Sitz von Europa in Brüssel ist. Wo ist Belgien? Was ist Belgien? Für mich (hätte es) London (sein müssen). [...] Meine japanischen oder koreanischen Kunden, wenn die sagen „ich fliege nach Europa“, landen die zuerst in London, und danach schauen sie mal, dann gehen sie in die Provinzen, nach Berlin, nach Madrid.“[53]

Was dagegen ein Problem darstellt, hat zwar mit der institutionellen Unvollkommenheit zu tun, betrifft aber eigentlich die Harmonisierung der wirtschaftlichen Konkurrenzbedingungen unter den Mitgliedsstaaten.

„Dagegen ist es sicher, dass Dinge in Europa verändert werden müssen… Europa kann nicht bloß ein Wort sein… und… sei es im Bereich der Besteuerung, im Bereich einer gewissen Anzahl von Dingen [...] Im Bereich der Normen, im Bereich… wo die Dinge von einem Staat zum anderen verschieden sind… also ist es noch ganz schön weit davon entfernt, vereint zu sein. Zwischen den Verbrauchernormen Frankreichs, Spaniens, Deutschlands, da ist der Atlantik zwischen den beiden, das hat nichts miteinander zu tun!“[54]

Im Unterschied zu der zuvor untersuchten Kategorie, die mehr oder weniger unter der politischen Distanz zu Europa leidet, halten sich diese Unternehmer

51 Siehe Fußnote 40.
52 Siehe Fußnote 46.
53 Siehe Fußnote 40.
54 Siehe Fußnote 41.

ganz bewusst in einer selbstbestimmten Distanz zum Europa der Institutionen. Dessen Unsichtbarkeit ist also weder spezifisch noch problematisch. Zwar stimmen diese Unternehmer der EU aus Motiven, die den utilitaristischen Theorien (Gabel, 1995) nahestehen, zu, doch wird gleichzeitig deutlich, dass sie sich nicht für das Europa der Institutionen interessieren, sondern vielmehr für einen großen wirtschaftlichen Markt, den die Grenzen Europas weder begrenzen noch klar definieren.

Bevor wir auf allgemeinere Weise schließen, müssen wir zuerst präzisieren, dass die hier analysierten Fälle nicht auf erschöpfende Art und Weise die Gesamtheit der „Beziehungen" zu Europa berücksichtigen, die die im Rahmen der Untersuchung Concorde gesammelten Interviews erkennen lassen. Wenn wir uns für andere gewöhnliche Welten interessiert hätten, hätten wir ebenso das Europa der Normen, das Europa des Friedens oder das Europa des kulturellen Austauschs bevorzugen können, also andere objektivierte Formen, die es anderen Bürgern erlauben, andere Formen des institutionellen Europas zu lesen und sich anzueignen. Nachdem diese Einschränkung formuliert ist, wird deutlich, dass es einer der allgemeinen Beiträge dieses Kapitels ist, Gelegenheit zu geben, die Institutionalisierungsprozesse Europas und die Lebenswelten, in denen sie sich entfalten und aktualisieren, einander gegenüberzustellen und so die „Auswirkungen Europas" erneut mit dem Untersuchungsmaterial zu konfrontieren.

Allgemeiner plädiert dieses Kapitel für eine stärkere Einbeziehung der Soziologie in die Untersuchungen über die öffentliche Meinung der Europäer zur EU, indem man aufzeigt, wie Aneignungen von Europa sowohl von der Art und Weise abhängen, wie sich Europa in besonderen Universen entfaltet, als auch davon, wie es imstande ist, dort je nach den unterschiedlichen Existenzbedingungen eine Bedeutung anzunehmen. Schließlich trägt es zu Debatten bei, die den europäischen Studien Nahrung liefern. Von Seiten der Theorie der kognitiven Mobilisierung und im Hinblick auf das, was wir über die Distanz der politisierten Bürger zu den europäischen Institutionen gezeigt haben, erscheint es schwierig, weiterhin zu denken, dass allein die Verbesserung der institutionellen Kommunikation oder eine Transformation des institutionellen Prozesses (die Verwandlung eines *working* Parlament in ein *talking* Parlament zum Beispiel) daran viel ändern könnten. Zwar bestärken unsere Ergebnisse letztendlich nur die Thesen von der Konstruktion einer Bürgerschaft durch Unternehmungen politischer Vermittlung (Garrigou, 2002; Briquet, 1997, 2003), doch durchkreuzt dies ebenfalls die grundlegenden Thesen der Theorie der kognitiven Mobilisierung eines Europas der Institutionen, das durch politisierte, gebildete und vermutlich stärker europhile Bürger vorangebracht werden kann. Da ihnen die Anhaltspunkte fehlen, um aus der europäischen Politik ihre gewöhnliche machen zu können, sind die politisierten Bürger nicht in der Lage, die Rolle von Meinungsführern zu spielen, die die wis-

senschaftliche Literatur und die Kommunikationspolitik ihnen allzu gerne verleihen. In Bezug auf den Utilitarismus schließlich lässt dieses Kapitel Formen der Zustimmung erkennen, die in äußerst starkem Kontrast zu den Realitäten stehen, die – obwohl eine gemeinsame Bezeichnung oder eine gemeinsame Etikette geteilt werden – tatsächlich absolut nicht miteinander vergleichbar sind. Die Konstanz des Nominalen – hier von Kategorien wie „Europa“ oder „Utilitarismus“ – verbirgt nämlich äußerst unterschiedliche Aneignungsformen von Realitäten, die nicht weniger verschieden sind. All dies sind Argumente, die dafür sprechen, angesichts einer allzu stark verallgemeinernden Soziologie der europäischen Meinung weiterhin verstärkt qualitative Untersuchungen durchzuführen.

Die populären Milieus

Wie „silent citizens“ Europa beurteilen

CHRISTELE MARCHAND, PIERRE-EDOUARD WEILL

„Umfragen und Erhebungen verleihen den „ silent citizens“ eine Stimme – den Leuten, die nicht wählen gehen, nicht aktiv am politischen Leben teilnehmen und ihre Meinungen nicht von Interessensgruppen oder Bürgervereinigungen vertreten lassen.“

Margot Wallström[1]

Bei der Begegnung mit den „silent citizens“ Frankreichs, denen die europäischen Institutionen durch Untersuchungen und Umfragen „eine Stimme verleihen“ wollen, galt unser Augenmerk denjenigen, die mit größter Wahrscheinlichkeit nicht an derartigen Befragungen teilnehmen, das heißt Personen, die man den populären Milieus zuordnen kann. Interessieren sie sich für die europäische Union, und wenn ja, in welcher Weise? Dieses Interesse, das weitgehend von einem Interesse für das Tagesgeschehen und für die Politik abhängt, stellt die Frage danach, was man wirklich misst, wenn man versucht, die allgemeinen Europa-Ansichten bestimmter Bevölkerungsteile zu ermitteln. Die Tatsache, dass wir uns für den absichtlich vagen Ausdruck „Milieu“ entschieden haben, bedeutet keineswegs, dass wir nicht zugleich allergrößte Vorsicht walten lassen, wenn wir uns mit dem Begriff des „Populären“ beschäftigen. In Anbetracht der Vielfalt der festgestellten Beziehungen (und Nicht-Beziehungen) zur Politik teilen wir in diesem Punkt die Bedenken von

---

1 Vize-Präsidentin der Europäischen Kommission (bis 2010), Kommissarin für institutionelle Beziehungen und Kommunikationsstrategie – Eröffnungsrede bei der Interessensvertreter-Konferenz zum Thema „Die öffentliche Meinung verstehen“, Madrid, 27. Oktober 2006.

S. Moucharik in Bezug auf die Verwendung des Ausdrucks „populäre Klassen“ (Moucharik, 2008). Wie A. Collovald et F. Sawicki betonen, „wirft es erhebliche methodologische Probleme auf, wenn es darum geht, die Beziehung der populären Bevölkerungsgruppen zu den anerkannten Institutionen zu untersuchen“ (Collovald, Sawicki, 1991), zu denen Europa heute unbestreitbar gehört. Eine soziologische Definition der populären Milieus macht es erforderlich, ausschließlich die niederen Regionen des sozialen Raums zu betrachten, die erstens über ein geringes kulturelles Kapital und zweitens über ein geringes wirtschaftliches Kapital verfügen. Die populären Milieus beschränken sich also nicht auf die Zugehörigkeit zu einer gesellschaftspolitischen Kategorie der „Arbeiter“ (Leonardi, 2008). Sie können auch auf andere Berufsgruppen übergreifen, deren Grenzen inzwischen viel durchlässiger geworden sind (Mayer, 2002) und innerhalb derer Individuen mit prekärem Status immer zahlreicher werden: Hierbei sei besonders an Personen gedacht, die in wenig qualifizierten Dienstleistungsjobs arbeiten. Über den bloßen Verdienst hinaus muss nämlich vor allem der prekäre Status, der damit einhergeht, berücksichtigt werden. Alle diese Attribute tragen gemeinsam zur Definition der Individuen bei, die sich den „populären Milieus“ zuordnen lassen. Dieser Begriff bezeichnet keine unbestimmte Ausdehnung (Bourdieu, 1992), sondern fasst Individuen zusammen, die „eine Lage von Ausführenden, die bei der Arbeit von anderen beherrscht werden und außerdem sozial und ökonomisch angreifbar sind“ (Schwartz, 2002) teilen.

Die Eigenschaften der Personen, die sich den populären Milieus zuordnen lassen:

Unsere Arbeit stützt sich auf qualitative Daten aus erster Hand. Diese beruhen auf der Auswertung von 72 Interviews, die aus der Bandbreite der für die Erfordernisse der Untersuchung Concorde in Frankreich mit 333 Individuen durchgeführten Interviews ausgewählt wurden. In dieser Teilgruppe befinden sich acht Individuen ohne schulischen oder beruflichen Abschluss, zwei Inhaber eines BEPC (entspricht einem deutschen Realschulabschluss ohne Mittlere Reife), drei mit Certificat d’études (Bestätigung der Ableistung der offiziellen Schulpflicht ohne qualifizierenden Abschluss), 11 Inhaber eines CAP (entspricht einem deutschen Hauptschulabschluss) und 14 mit einem BEP (Äquivalent der deutschen Mittleren Reife). Bei 19 Befragten ist der Abschluss unbekannt, doch lässt sich angesichts der ausgeübten Tätigkeit vermuten, dass er nicht besonders hoch sein dürfte. Man verzeichnet außerdem zwei Inhaber eines allgemeinen Abiturs und fünf mit Fachabitur. Schließlich haben wir fünf Individuen registriert, die einen BTS (Diplom für ein zweijähriges Fachhochschulstudium) innehaben, und einen Befragten, der ein kürzeres Studium absolviert hat. Diese acht letztgenannten Individuen, die familiär an den populären Bereich angebunden sind, haben keinen Nutzen aus ihrer Ausbildung gezogen, sind arbeitslos oder gehen ausführenden Tätigkeiten nach. Obwohl wir sie den populären

Milieus zugeordnet haben, stellen diese Be-fragten Grenzfälle dar, die sich durch ein höheres kulturelles Kapital auszeichnen. Dies erlaubt es, die Pluralität eines derartigen Konglomerats von Individuen zu verdeutlichen. Was die ausgeübte Berufstätigkeit angeht, enthält die Gruppe „Angestellte“ 41 Befragte, doch ist die Grenze zu manchen Berufen im Zwischenbereich (sechs in unserer Auswahl) manchmal schwer auszumachen. Hinzu kommen 19 Arbeiter, eine Selbständige (Friseuse, die Hausbesuche macht) und eine Studentin, die nebenbei Kellnerin ist. Außerdem zählt man: vier Arbeitslose, einen Sozialhilfeempfänger, 24 Personen in prekären Arbeitsverhältnissen (Zeitarbeiter, Teilzeitbeschäftigungen oder befristete Verträge), neun Rentner und ein Individuum mit Invalidenstatus, d.h. mehr als die Hälfte leiden unter finanziellen Schwierigkeiten. Darüber hinaus gibt es 22 Befragte mit Migrationshintergrund zu verzeichnen (hauptsächlich aus Nordafrika und der Türkei). Die 42 Männer (gegenüber 30 Frauen) sind in der Mehrheit, und überdies ist die Gesamtheit der möglichen Altersgruppen vertreten. Die Auswahl weist auch eine relativ gute geographische Verteilung auf. Ein bedeutender Anteil der Interviews wurde in kleinen oder mittelgroßen Städten in der Provinz durchgeführt, ein anderer in den großen Ballungsräumen.

Wann und mit wem sprechen diese Probanden über Europa? Wann begegnen sie Europa und nehmen sich die Zeit, darüber nachzudenken? Für viele ist dies niemals außerhalb des außergewöhnlichen Kontextes dieser Interviews der Fall. Der Schul- oder Studienabschluss scheint immer noch das bei weitem stärkste Unterscheidungskriterium beim Umgang mit dem Thema Europa zu sein: So erscheint vielen Befragten Europa nach wie vor als ein Bereich, der einer Elite vorbehalten ist und der eine gewisse Legitimität erfordert, um darüber sprechen zu können (Bélot, 2002). Die Äußerungen eines in Marokko geborenen Lagerarbeiters, der über einen BEP (Äquivalent der deutschen Mittleren Reife) verfügt, geben ein deutliches Beispiel für diese Distanz zu Europa: „Das fragst du mich einfach so... ich glaub’, du bist echt der erste Typ, der mich das fragt, naja, nach sowas über Europa“.[2]

Wenn man mit Individuen konfrontiert ist, deren Informationsrüstzeug über Europa häufig bescheiden ist, ist es unumgänglich, sich zu fragen, was die erhaltenen Antworten (und Nicht-Antworten) ausdrücken. Man darf vor allem nicht das Vorhandensein politisch strukturierter Grundhaltungen vermuten, egal welche Varianten der „Euroskepsis“ oder des „Euro-Optimismus“ in den *european studies* gängig sind. Personen aus populären Milieus scheinen sich oft wenig um das europapolitische Geschehen zu kümmern und machen auch keinen Hehl daraus. Es handelt sich um ein Thema, das ihrem Interessensbereich fernliegt, das zu kompliziert erscheint, und bei dem sie sich in der Regel nicht schämen, zu sagen, dass sie keine Ahnung davon haben. Es ist interessant festzustellen, dass die Befragten sich nur selten „als schlechte Staatsbürger fühlen“, wie es öfters vorkommt, wenn es darum geht, ihre Be-

2 Frankreich, Mann, 26 Jahre, Lagerarbeiter.

ziehung zur Politik im nationalen Rahmen zur Sprache zu bringen. Sie haben das Gefühl, nicht die einzigen zu sein, die davon keine Ahnung haben, und haben dadurch kaum Komplexe in Bezug auf dieses Thema. Bürgern, die kaum über die politische Organisation der EU Bescheid wissen, kann diese als etwas Gleichgültiges erscheinen (Duchesne, Ingelbom, 2008). Dennoch können die möglichen, mehr oder weniger realen oder imaginären Konsequenzen der europäischen Konstruktion Beunruhigung, Hoffnung, Zufriedenheit und Unzufriedenheit erzeugen. Wenn man sich mit den allgemeinen Ansichten über Europa beschäftigt, bedeutet dies, sich mit dem unterschiedlich intensiven Interesse zu beschäftigen, das Personen auf Europa richten. Mit anderen Worten: Wie „arrangieren sich" diejenigen, die dieser sozialen Kategorie zugeordnet werden können, mit Europa? Was investieren sie in eine positive oder negative Einschätzung Europas? Wie finden sie die Möglichkeiten, sich konkret dafür zu interessieren? Wie finden sie die Ressourcen, um darüber zu sprechen, und um sich berechtigt zu fühlen, darüber zu sprechen? Welche gesellschaftlichen Erfahrungen können sie einsetzen, um einen mehr oder weniger zusammenhängenden Diskurs über Europa zu konstruieren?

Der Diskurs der populären Milieus verweist in der Hauptsache auf den Ausdruck zwiespältiger Gefühle, im Sinne einer Sache, die zwei Aspekte aufweist (positiv/negativ zum Beispiel), ohne dass es dabei notwendigerweise Opposition oder Doppeldeutigkeit gibt (Percheron, 1991): Europa wird abwechselnd positiv und dann wieder negativ bewertet. Man kann die Hypothese aufstellen, dass diese Art und Weise, zu sagen, dass „es Gutes und Schlechtes an Europa gibt" für zahlreiche Befragte eine Möglichkeit ist, nicht wirklich Position zu beziehen. Somit entspräche sie der Tatsache, dass sich die Angehörigen dieser Gruppe auf der Rechts-Links-Skala oft „in der Mitte" einordnen, da meist keine gefestigten und kohärenten Meinungen vorhanden sind. Außerdem hat man es, wenn man ein stärker ausgeprägtes Interesse an der politischen Konstruktion der Union beobachtet, ganz unabhängig davon, ob dieses Interesse eine positive oder negative Sicht ausdrückt, mit Sozialisierungsfaktoren zu tun, die in Hinblick auf die populären Milieus untypisch sind: eine starke Politisierung aufgrund von persönlichem Engagement in einer Partei, einem Verein oder in der Gewerkschaft, eine Offenheit gegenüber den anderen europäischen Ländern aufgrund von Beziehungen, die man mit deren Staatsangehörigen unterhält, ein Beruf, der unmittelbar mit Europa zu tun hat oder davon beeinflusst wird. Um die Interessen derjenigen zu definieren, die bestimmte Gründe haben, sich für Europa zu interessieren, erscheint es unumgänglich, die Frage nach beruflichen (bei Berufen, die mehr oder weniger unmittelbar von Europa „bedroht" werden, wie im Falle der Fernfahrer) oder mit der Identität verbundenen (so kann die europäische Staatsbürgerschaft für gewisse Gesellschaftmitglieder mit Migrationshintergrund eine positive Bezugsgröße darstellen) Zielsetzungen zu stellen. Aufgrund der Inter-

view-Situation können diese Erfahrungen oder Identitäten punktuell eingesetzt werden, wenn sich weniger politisierte Individuen der populären Milieus über ihre Beziehungen zu Europa äußern. Bei denjenigen, die sich für gewisse Themen interessieren und nicht über das kulturelle Kapital verfügen, das für ein „selbstloses“ Interesse an Europa nötig wäre, drückt sich dieses Interesse deutlicher als in anderen sozialen Milieus[3] durch den Einsatz praktischer Erfahrungen aus:[4] Schließlich verfügen die Befragten in den meisten Fällen über kein anderes kognitives Rüstzeug, das es ihnen erlauben würde, sich auf einer anderen Ebene zu äußern.

Durch ihre Position in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung üben die Befragten aus populären Milieus seltener Berufe aus, die unmittelbar mit Europa zusammenhängen. Diese beiden Gründe erklären vermutlich, warum sie weiter von den europäischen Angelegenheiten entfernt scheinen. Trotzdem bedeutet dies keineswegs, dass sich ihre Europa-Beziehung grundlegend von derjenigen der anderen sozialen Milieus unterscheidet. Genau wie die Mehrheit der Bürger legen sie nämlich ebenfalls eine Beziehung an den Tag, die sich durch das „Verweben positiver und negativer Urteile“,[5] die mehr oder weniger argumentativ gestützt sind, auszeichnet. Um über die EU sprechen zu können, muss sich der Umgang mit einer verhältnismäßigen „Uninformiertheit“[6] über in ungleichem Maße erlebte Realitäten durch drei Formen der diskursiven Mobilisierung vollziehen: Bei denjenigen, die am stärksten mit Europa vertraut sind, geschieht dies durch das Bestehen auf einer Erfahrung als politischer Aktivist. Diejenigen, die sich auf Abstand zu den europäischen Institutionen halten, setzen persönliche Erfahrungen ein, die mit Europa zu tun haben. Und diejenigen schließlich, die am wenigsten über die europäischen Realitäten Bescheid wissen, besinnen sich auf konkrete und unmittelbare Sorgen.

Der Großteil der Befragten pflegt eine „Bewertung aus der Distanz“ der europäischen Realitäten, die sehr schwach positiv und vor allem negativ ausgeprägt ist. Dennoch kann dieser Beziehungstypus bei manchen Individuen mit einer „klar eingegrenzten Implikation“ in Bezug auf bestimmte, mit ihrem Beruf verbundene Zielsetzungen, koexistieren – zum Beispiel bei den Fernfahrern. Dieser Blickwinkel neigt außerdem dazu, die Beziehung der „allgemeinen Implikation“ zu vermindern, die eine Minderheit der Befragten unter-

3 Vgl. die anderen Beiträge in diesem Buch.

4 Vermutlich ähnlich wie die „nicht notwendigerweise intellektuell konstruierten Erfahrungen, die den sozialen Raum der Alltagsbeziehungen prägen“ (Blondel, Lacroix, 1996).

5 Vgl. den Aufsatz von Daniel Gaxie in Kapitel 3 dieses Buches.

6 Um eine Parallele zu der „unzureichenden politischen Information (Unter-Information) der Normalbürger“ zu ziehen, mit der sich P. Sniderman beschäftigt (Sniderman, 1998).

hält, die über ein „kulturelles Ersatzkapital verfügt, das sie sich autodidaktisch im Verlauf einer Karriere als politischer Aktivist oder Freiwilliger angeeignet haben“.[7] Durch diesen zweiten Faktor lässt sich ein erster Pol der Europa-Beziehung innerhalb der populären Milieus erkennen: der Pol der „Politisierten“. Diese Befragten sind um ein Vielfaches besser mit den europäischen Debatten vertraut und unterscheiden sich von einer Mehrheit stärker „distanzierter“ Individuen, zu der man noch die „Europa-Fremden“ hinzufügen muss, oder diejenigen, die am wenigsten über die institutionellen Realitäten Europas Bescheid wissen.

Die „Politisierten“: die Ablehnung des Liberalismus als Vektor des Vertrautmachens mit der EU

Dieser Pol fasst Personen mit äußerst unterschiedlichen oder sogar entgegengesetzten politische Vorlieben zusammen: von Rentnern, die sich für die Front National (FN) engagieren, über junge Erwachsene, die der Wirtschaftsemigration aus Dritt-Welt-Ländern entstammen, bis hin zu Aktivisten oder Sympathisanten von Vereinigungen oder Gewerkschaften, die ausdrücklich links eingestellt sind. Hier ist der antiliberale Diskurs stark ausgeprägt, und die Erweiterung Europas wird häufig als Bedrohung erlebt. Gemäß der Kategorien der politischen Debatte finden hier sowohl globalisierungskritische als auch nationalistische, ja sogar fremdenfeindliche Diskurse die Gelegenheit, sich auszudrücken. Allerdings beziehen sich die Argumente, die ins Feld geführt werden, um die Konstruktion der Union zu bewerten, auf Alltagsprobleme und decken eine stärker eingeschränkte Anzahl von politischen Fragen ab als bei den besser informierten Befragten aus den gehobenen Schichten[8]. Die Probanden dieses ersten Pols schwanken zwischen den Idealtypen der „allgemeinen“ und der „klar eingegrenzten“ Implikation hin- und her: Sie berufen sich auf Parteislogans und eignen sich Diskurselemente „antiliberaler“ Wortführer an, wenn darin Aspekte angesprochen werden, die zu ihrer persönlichen Situation oder ihren persönlichen Erfahrungen passen. Es geht hier somit nicht darum, die streng „politische“ Lesart der Europa-Beziehung einer begrenzten Anzahl von Befragten, die man als politisch kompetent bezeichnen würde, einer mehr „sozialen“ Lesart der restlichen Probanden gegenüberzustellen.[9] Es geht eher darum, zu zeigen, wie die Europa-Beziehung dazu

7 Vgl. den Aufsatz von Daniel Gaxie in Kapitel 3 dieses Buches und seine durch die Gesamtheit der Interviews der Untersuchung CONCORDE empirisch genährte Definition der Idealtypen der Europa-Beziehung.

8 Vgl. den Aufsatz von Daniel Gaxie in Kapitel 3 dieses Buches.

9 Um den Kommentar von P. Lehingue über den traditionellen Gegensatz zwischen diesen beiden Lesarten zu übernehmen (Lehingue, 2007).

neigen kann, sich in einem Diskurs zu äußern, der sich gegen den mit der EU verbundenen Liberalismus richtet. Zwar sind diese Befragten innerhalb unserer Auswahl weniger zahlreich, doch weist der Ausdruck von teilweise politisch strukturierten Europa-Beziehungen jegliche sozial übereifrige Schlussfolgerung auf die allgemeine Hilflosigkeit der populären Milieus in Hinblick auf europapolitische Fragen zurück. Um zwei Adjektive zu übernehmen, die immer wieder genannt werden, sprechen sich die Befragten deutlich für ein „soziales“ Europa aus und somit gegen ein „liberales“ Europa und die Konsequenzen, die dieses für den Arbeitsmarkt und ihre Kaufkraft hätte. Ihre Wahlbeteiligung bei Abstimmungen auf nationaler und europäischer Ebene ist relativ hoch. So lässt sich bei ihnen nichts von dem „Nachlassen der Wählernorm“ beobachten, das als spezifisch für Viertel mit populärer Bevölkerung angesehen wird (Braconnier, Dormagen, 2007). Allerdings wird das Vorhandensein derartiger Diskurse und Wählermobilisierungen stark von der Ausgeprägtheit der politischen Primär- oder Sekundärsozialisierungen bestimmt. Letztere unterscheiden diese Individuen zunächst von den anderen Befragten aus einfachen Milieus, doch soll es anschließend darum gehen, die Verschiedenartigkeit ihrer Europa-Beziehungen zu erfassen: Sie alle werden politisch durch die Ablehnung eines sogenannten „liberalen“ Europas strukturiert und verweisen auf die Extreme des politischen Feldes, sowohl nach Rechts als auch nach Links.

Daher empfiehlt es sich, die Unterschiedlichkeit der politischen Sozialisierungsvorgänge zu betrachten. Dabei wird deutlich, dass zwischen der Wahrnehmung der Konstruktion der Europäischen Union und dem Vorhandensein und der Beschaffenheit einer politisch strukturierten Sicht auf die Gesellschaft eine Verbindung besteht. Die Tatsache, ob man in einem stadtnahen Wohngebiet mit Einfamilienhäusern oder in einem als „sozialer Brennpunkt“ bezeichneten Viertel mit populärer Bevölkerung wohnt, ob man zu der Bevölkerungsgruppe gehört, die der Immigration aus Dritt-Welt-Ländern entstammt, oder nicht, stellen Variablen dar, deren individuelle Konfigurationen es ermöglichen, die Beschaffenheit einer Ansicht zu erklären, die der Konstruktion der Union politisch ablehnend gegenübersteht. Manche Probanden aus diesem ersten Pol waren einer intensiven politischen Primärsozialisation durch politische Aktivisten innerhalb des Familienkreises unterworfen. Obwohl sie manchmal das Abitur haben oder sogar im Besitz von Fachhochschuldiplomen sind, haben die betreffenden Individuen nicht in dem Maße von ihrer Ausbildung profitiert, wie sie es erwartet hatten, und sind zum Zeitpunkt der Interviews arbeitslos oder befinden sich in prekären Beschäftigungsverhältnissen. Im Gegensatz dazu haben sich andere Probanden im Verlauf ihrer Sekundärsozialisierung im Rahmen ihrer Berufstätigkeit und/oder ihres politischen Engagements ein kulturelles Ersatzkapital angeeignet. Als Facharbeiter oder einfache Angestellte, Inhaber eines BEP (Äquivalent der

deutschen Mittleren Reife) oder eines Hochschulreifezeugnisses verfügen sie über weniger qualifizierte Abschlüsse, haben aber trotzdem häufig relativ stabile und gut bezahlte Jobs.

In der Europabeziehung eines Facharbeiters bei einem Automobilhersteller, der in in einer Sozialwohnsiedlung, einem „sozialen Brennpunkt" des Straßburger Ballungsraums lebt, vermischen sich eine durch seine persönliche Situation und seine persönlichen Erfahrungen motivierte Negativeinschätzung mit bestimmten Charakteristika einer „begrenzten allgemeinen Implikation".[10] Ausgehend von den Auswirkungen des Euro auf seine eigene Kaufkraft, erwähnt er Unausgewogenheiten bei der Berechnung des „Preisindexes durch die Europäische Zentralbank", den er mit dem Preisindex des französischen Nationalinstituts für Statistik und Wirtschaftsforschung (INSEE) verwechselt: „Die berechnen den Warenkorb der Hausfrau mit den falschen Produkten… man muss Produkte des täglichen Bedarfs wie Brot, Obst, Gemüse nehmen... und die nehmen Autos, dabei kaufst du dir doch nur alle fünf Jahre eins... ".[11] Als Gewerkschaftsmitglied und aktives Mitglied des Ortsverbands der CGT (französische Gewerkschaft, die der kommunistischen Partei nahesteht), bezieht er sich unmittelbar auf spezifische Sozialisierungserfahrungen, um sich für die genauen Kenntnisse bestimmter Fragen des wirtschaftlichen Integrationsprozesses zu rechtfertigen:

„Bolkestein… klar, kenn' ich den… da gab's die Demos wegen der neo-liberalen Richtlinie! […] Also, die holten da einen Polen nach Frankreich, und der wurde nach polnischem Tarif bezahlt, war's das? Also, ist ja klar, dass du da, wenn du in Frankreich wohnst, nicht so mit einverstanden bist... und außerdem, was soll der Quatsch, um einen Franzosen zu finden, der zum polnischen Tarif arbeiten würde... da gibt's nämlich einen Streik der Gewerkschaften, die gegen das Projekt waren... aber es ist ja sowieso gescheitert, oder?"[12]

Da er nur einen BEP (Äquivalent der deutschen Mittleren Reife) hat, führt ihn vermutlich das kulturelle Ersatzkapital, das er sich während seines Engagements in der Gewerkschaft angeeignet hat, zu gewissen allgemeineren Schlussfolgerungen: „Die Freiheit, überall in Europa arbeiten zu können… das ist nicht schlecht für alle... zumindest, wie ich für Bolkestein sagte, für die Leute, die in den kleineren Ländern sind, die können Glück haben... "[13] Übernehmen diese Bevölkerungsgruppen Partei- oder Gewerkschaftslosungen, werden diese Diskurse nicht eins zu eins übersetzt. Die Aneignung von Elementen „anti-liberaler" Diskurse bleibt selektiv und durch die persönliche Si-

10 Vgl. den Aufsatz von Daniel Gaxie in Kapitel 3 dieses Buches.
11 Frankreich, Mann, 32 Jahre, Arbeiter.
12 Derselbe.
13 Derselbe.

tuation der Befragten bedingt. Es lässt sich nämlich feststellen, dass manche politischen Fragen zur EU mehr oder weniger brisant sind, je nachdem, welche Position der Befragte in der Arbeitswelt einnimmt : „Wenn der von Agrarrichtlinien redet, von der PAC (gemeinsame Agrarpolitik)… dann ist mir das wurscht… “[14] Die europapolitischen Kompetenzen dieser Individuen bleiben oberflächlich. Daraus ergibt sich das Gefühl, nicht berechtigt zu sein, im Verlauf des Interviews ihre Meinungen zu allen Themen darzulegen. Trotz der langjährigen Freundschaftsbeziehung zwischen dem Interviewer und dem Befragten neigt die Wahrnehmung der symbolischen Gewalt der Situation dazu, eine gewisse soziale Distanz zwischen dem Interviewer und dem Befragten zu reaktivieren. Weniger begierig, eine persönliche Meinung geltend zu machen als die Angehörigen der der höheren Kategorien des sozialen Raumes, unterwerfen sie sich bereitwilliger den Anordnungen von Politik oder Gewerkschaft. So erklärt ein Angestellter der SNCF, der sich in der Front National engagiert, seine Stimme beim Referendum von 2005 als Anweisung seiner Partei: „Ich habe nach Seele und Gewissen abgestimmt, ich habe mit „Nein“ gestimmt und bin wie sonst auch den Gedanken der Front National gefolgt… “[15] Bei einem jungen Kaufmann, der trotz eines BTS (Äquivalent eines Fachhochschul-Diploms) arbeitslos ist, ist die Abneigung gegen den Liberalismus ein starkes ideologisches Prinzip, das er von seinen algerischen Eltern geerbt hat, die früher aktive Mitglieder der kommunistischen Partei waren. Diese politische Sozialisierung durch die Familie strukturiert seine Wahrnehmung der sozialen Welt und erklärt seine Ablehnung der Funktionsweise der europäischen Institutionen, die sich bei ihm durch eine Negativstimme beim Verfassungsreferendum ausgedrückt hat:

„Die Konkurrenz erzeugt Ungleichheiten… außerdem gefällt mir das Wirtschaftssystem, so wie's heute ist, nicht… die Verfassung, die man uns anbot, das war irgendso ein neo-liberales Ding, das mir nicht gefiel“
- Was sagen deine Eltern dazu?
Sie haben gesagt: „Das ist schlecht, mein Sohn!“[16]

Alle Befragten dieses Pols teilen eine starke Abneigung gegen die Privatisierungen staatlicher Betriebe, die spontan mit dem europäischen Integrationsprozess in Verbindung gebracht werden, allerdings häufig aus einer ethischen Perspektive: „Das ist eine Sauerei! Sogar im Gesundheitswesen geht's darum, Kohle zu machen… “.[17] Diese kritische Darstellung der Privatisierungen kann zum Beispiel durch eine Moral zwischen Islam und marxistischem Humanis-

14 Frankreich, Mann, 32 Jahre, Arbeiter.
15 Frankreich, Mann, 47 Jahre, Fernfahrer.
16 Frankreich, Mann, 25 Jahre, arbeitslos.
17 Derselbe.

mus strukturiert sein, die dem Befragten seit frühester Kindheit eingeprägt wurde. Bei dem bereits erwähnten Arbeiter aus der Automobilindustrie geht sie eher von einer persönlichen Erfahrung aus, die sich durch die Aneignung einer gewerkschaftlichen Bildung, die sich durch eine vehemente Ablehnung des Konkurrenzbegriffs und ein Festhalten am öffentlichen Dienst auszeichnet, in einen politischen Diskurs verwandelt hat:

„Konkurrenz… normalerweise bin ich da eher dagegen. Die Asche, die gehört sowieso dem Staat... das Problem ist, ob sie später, wenn du Probleme hast, ob die dann da sind, um einzugreifen, oder nicht?... Wenn das privatisiert ist, hab' ich kein Vertrauen… ".[18]

Manche Befragten neigen auch bereitwilliger als andere dazu, die praktischen Zielsetzungen, die mit der Einführung einer Einheitswährung zusammenhängen, in spezifischere politische Zielsetzungen umzuwandeln. So meint ein junger arbeitsloser Kaufmann: „Also wir kriegen dabei nichts geschenkt, das sind halt die „kleinen Leute", die für das alles zahlen... die vier (Euro) für ihr Sandwich zahlen, wo es früher zwölf Franc waren… ".[19] Bei einem bescheidenen südfranzösischen Rentner, der die Front National wählt, findet man eine Anprangerung der Geldeliten, der Mächtigen oder derjenigen, die im Gegensatz zum „Volk" „Bescheid wissen":

„Als wir auf den Euro umgestellt haben, da haben wir uns abmurksen lassen... also ich vergleich' das immer wieder mit meiner Wurst, für die hab' ich damals achtundzwanzig Franc bezahlt, und jetzt kostet meine Wurst mehr als dreißig Franc. Ich sag' das absichtlich in Franc".[20]

Egal, ob die Befragten eher in Richtung FN tendieren oder auf der linken Seite des politischen Spektrums angesiedelt sind, setzten sie doch stets in gleicher Weise Alltagserfahrungen ein, um eine Argumentation gegen die Verantwortlichen der währungspolitischen Maßnahmen der Union zu verdeutlichen. Dabei gehen einander entgegengesetzte politische Orientierungen eine Allianz ein, wie bei dem Angestellten der SNCF: „Ich bin einer Meinung mit… ich wird' dich vielleicht schockieren, als ehemaliges Front National-Mitglied, mit Olivier Besancenot (Präsidentschaftskandidat der französischen Trotzkisten), was den Kündigungsschutz angeht… "[21]

Dennoch muss man diese punktuellen Übereinstimmungen relativieren. Die Feststellung von tiefgreifenden Meinungsunterschieden in Bezug auf die

18 Frankreich, Mann, 32 Jahre, Arbeiter.
19 Frankreich, Mann, 25 Jahre, BTS, arbeitslos.
20 Frankreich, Mann, 72 Jahre, Rentner.
21 Frankreich, Mann, 47 Jahre, Fernfahrer.

anzuwendenden Maßnahmen, wenn es um die Abtretung von Souveränität oder die Erweiterung der Union um die osteuropäischen Länder oder die Türkei geht, macht es nämlich unumgänglich, mehrere Tendenzen innerhalb dieses ersten Pols zu unterscheiden. Was die Erweiterung angeht, lassen sich die von den Aktivisten der FN formulierten Einschätzungen in folgenden Begriffen zusammenfassen: Niedergang Frankreichs innerhalb der internationalen Ordnung, Angst vor einem unaufhaltbaren Anstieg der Arbeitslosigkeit in Zusammenhang mit der Öffnung der Grenzen und die Vorstellung eines christlichen Europa, das in Bezug auf die Integration der Muslime am Besten daran täte, „sie aus den Laderäumen der Charterflugzeuge ins Mittelmeer zu werfen“.[22] Dennoch sind die Wähler oder Parteimitglieder der FN mit ihrer ablehnenden Haltung gegenüber den neuen oder den potenziellen Mitgliedsstaaten nicht allein. Dieser franko-portugiesische Arbeiter, der sich selbst als „nationalistisch wie alle Portugiesen“ bezeichnet, besteht zunächst auf den negativen Aspekten des Beitritts der osteuropäischen Länder für Frankreich: „Die Erweiterung, die war am Anfang positiv, nämlich 86, als Portugal beigetreten ist... “[23] Die Erweiterung wird gemeinhin als eine Bedrohung für die Löhne und sogar für die Arbeitsplätze erlebt. Dennoch führen manche Befragten, wie zum Beispiel eine Kellnerin in einem Schnellimbiss, die sich in einer Vereinigung engagiert, die der kurdischen Arbeiterpartei PKK nahesteht, oder eine Erzieherin, die im Rahmen einer Arbeitsbeschaffungsmaßnahme angestellt ist, zunächst die Vorteile an, die den neuen Beitrittsländern zuteil werden. Sie erklären ihre Solidarität mit den Einwohnern der ärmeren Länder und sind mit der Verteilung europäischer Subventionen zur Förderung ihrer Entwicklung einverstanden. Außerdem darf die EU ihrer Meinung nach nicht unter dem Einfluss der Gründungsländer bleiben. Im Gegensatz dazu stellen die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter die Vorherrschaft der „großen“ Unions-Länder bei der Regelung der europäischen Angelegenheiten nicht in Frage. Somit lassen sich im „antiliberalen“ Pol tiefgreifende Unstimmigkeiten feststellen, die uns auf das Wesen des „nationalen“ oder „internationalen“ Blickwinkels verweisen, nach dem die Konsequenzen der europäischen Konstruktion bewertet werden. Die Facharbeiter, die Anhänger oder aktive Mitglieder der CGT sind, spiegeln ebenso wie die Wähler oder aktiven Mitglieder der FN vor allem spezifisch nationale Deutungsmuster wider (Deloye, 2007). In Umkehrung dieser Positionierungen mit „souveränistischen“ Konnotationen werfen manche Probanden die liberale europäische Konstruktion, die Globalisierung und den großen Finanzkapitalismus in einen Topf, dem sie ihre Vorstellung eines „sozialen Europa“ gegenüberstellen. Die Kellnerin erwähnt so-

22 Frankreich, Mann, 72 Jahre, Rentner.
23 Frankreich, Mann, 32 Jahre, Arbeiter.

gar das Aufkommen eines „Welteuropas“[24] als hypothetisches Modell politischer Regulierung. Indem sie zahlreiche „globalisierungskritische“ Diskurselemente übernehmen, leihen sich diese Individuen bestimmte Charakteristika vom Idealtyp der allgemeinen begrenzten Implikation. Dennoch beruhen ihre Diskurse häufig auf moralischen Werten.

Doch teilt im Gegensatz zu den anderen Befragten die Gesamtheit der politisierten Individuen eine gewisse Anzahl von bestimmten Kenntnissen über die politischen Institutionen. Sie sehen sich regelmäßig politische Fernsehsendungen an und lesen die Lokalpresse und sogar Parteizeitungen.[25] In dieser Hinsicht muss man unterstreichen, dass gerade die Probanden aus den populären Milieus, die über das umfangreichste Informationsrüstzeug verfügen, am ehesten bereit sind, sich als schlecht informiert zu bezeichnen, oder angeben, den Darstellungen Europas in den Medien gegenüber misstrauisch zu sein. Diejenigen, die Europa in ihrem Diskurs am stärksten ablehnend gegenüberstehen, sind somit diejenigen, bei denen es am sichtbarsten erscheint. Obwohl es ihnen materiell besser geht als den anderen Individuen der befragten populären Milieus, sind sie dennoch nicht zufriedener mit ihren Lebensumständen. Sie erweisen sich sogar als stärker um ihre Berufssituation und über die Möglichkeiten eines sozialen Abstiegs besorgt, da sie eine größere Fähigkeit an den Tag legen, in die Zukunft zu blicken.

Das „andere“ Europa : die Ambivalenz einer Europa-Beziehung „aus der Distanz“

Die Befragten des zweiten Pols der populären Milieus unterhalten eine ambivalente Beziehung zu Europa, die zwischen relativer Zufriedenheit und Enttäuschung schwankt, je nachdem welche Themen in den Interviews angesprochen werden. Diese Individuen äußern am häufigsten Negativmeinungen zu bestimmten Themen, die mit ihren sozialen Erfahrungen zusammenhängen. Besonders distanziert und argwöhnisch in Bezug auf den Bereich des Politischen, schreiben sie ihm häufig, doch in relativ ungenauer und verallgemeinernder Weise, bestimmte Konsequenzen zu, die die europäische Konstruktion auf ihren Alltag hat. Trotzdem teilen sie eine im Großen und Ganzen positive Sichtweise des europäischen Projekts, die auf „post-materialistischen“ Ansichten aufbaut, die in der Literatur für gewöhnlich gebildeteren Bevölkerungsschichten zugeordnet werden (Inglehardt, 1971). Allerdings entstammt deren Ausdruck in den meisten Fällen dem Einsatz nur wenig reflektierter so-

24 Frankreich, Frau, 42 Jahre, Kellnerin.

25 Von *Minute* bei den Aktivisten der FN, über *Humanité,* bis zu *La Forge,* einer Wochenzeitschrift, die zur Arbeiterpartei gehört.

zialer Erfahrungen, die vor allem Affekte betreffen. Es geht also darum, die kognitiven Bewertungsinstrumente für die Konstruktion der Union zu erfassen, die im Großen und Ganzen positiv erscheint, obwohl manche ihrer Konsequenzen als negativ betrachtet werden.

Da Europa eine ungewohnte Problematik ist, die man ihnen aufzwingt, denken diese Befragten häufig zum ersten Mal über das Thema nach, während sie antworten. Weniger politisch kompetent als die Befragten des ersten Pols, fühlen sie sich dennoch berechtigt, sich zu äußern, jedoch häufig anders als in Form von politisch strukturieren Meinungen oder Grundeinstellungen. Und zwar erst wenn der Interviewer ihnen Vertrauen einflößt, in der Art einer „sozialen Offenheit, die das offene Reden begünstigt und das Vorhandensein unterschiedlicher Sekundarsolidaritäts-Bande sicherstellt, die als unbestreitbare Garantien für sympathisches Verständnis gelten können" (Bourdieu, 1997). Diese Personen unterscheiden sich vom Rest der Befragten, deren Großteil sie ausmachen, entweder durch ihren Wohnort oder durch die Tatsache, dass es sich bei ihnen um eine jüngere und weiblichere Untergruppe handelt, und um Befragte aus besonders ärmlichen Milieus. Ohne Abitur, zu kurzen Berufsausbildungen nach dem Collège (entspricht in etwa der deutschen Hauptschule) hin orientiert, ist eine gewisse Anzahl von ihnen arbeitslos oder hangelt sich von Zeitarbeitsjob zu Zeitarbeitsjob. Der Erhalt eines unbefristeten Vertrages bleibt die Ausnahme. Weder politisch engagiert noch gewerkschaftlich organisiert, haben diese Befragten keine spezifische politische Sozialisierung erfahren, weder im Rahmen der Familie, der sich häufig durch eine ausgeprägte religiöse Praxis auszeichnet, noch im Rahmen ihrer Berufstätigkeiten oder ihrer Freizeit. Wenig politisch kompetent nähern sie sich den Idealtypen der „positiven und negativen" Implikation „aus der Distanz" an.[26]

Die Konstruktion der EU erscheint von vornherein als ein Gegenstand, der weit entfernt von den gewöhnlichen Interessen dieser Befragten liegt. Für sie bleibt der Bereich der Politik in der Regel ein ungewohntes Gesprächsthema, sowohl innerhalb der Familie als auch mit ihren Kollegen: „Also ehrlich, wenn ich mit den Kollegen am Schaffen bin, heißt's da eher: ‚Hey, hast du das Spiel gestern gesehen?'"[27] In diesen unteren Regionen des sozialen Raumes herrscht ein mehr oder weniger unbeschwertes Gefühl von Uninformiertheit über Politik vor, vor allem in Bezug auf die europäischen Angelegenheiten: „Ich glaube nicht, dass ich so besonders schlecht informiert bin, aber sagen wir, ich nehme mir nicht genug Zeit, um mich zu informieren. Wenn es mehr Freizeit gäbe, dann vielleicht… Aber die Freizeit, die verbringe ich mit was anderem als damit, mich über Europa zu informieren!"[28] Als er seine In-

26 Vgl. den Aufsatz von Daniel Gaxie in Kapitel 3 dieses Buches.
27 Frankreich, Mann, 26 Jahre, Sanitäter.
28 Frankreich, Frau, 22 Jahre, Kellnerin.

formationspraktiken anspricht, stellt ein junger Sanitäter, der bei Europe Assistance arbeitet, und dessen Familie aus Mali eingewandert ist, die Lektüre einer einfachen Tageszeitung derjenigen von Publikationen gegenüber, von denen er wohl weiß, dass sie fundiertere Informationen bieten : „Ich wird' ja wohl nicht sowas wie… Libération, Le Monde usw. lesen… ! Nein, nein, bei mir ist es der Parisien! Die Zeitung für die Leute aus der Vorstadt!“[29] Seine Aussagen über die Berufspolitiker verweisen uns auf eine Form von cynical chic, wie Nina Eliasoph den „respektlosen“ Stil derjenigen bezeichnet, die ihr Unwissen oder ihr Desinteresse lautstark behaupten (Eliasoph, 1990): „Ob die national oder europäisch sind, das ist doch eh dasselbe … man weiß nicht genau, was die machen, die Politiker… für mich ist das die Mafia ! Da gibt's Leute im Gefängnis, die Banditen sind, aber die da, das sind richtig große Banditen!“[30] Allerdings ist die Äußerung dieser Distanz zum Bereich des Politischen keineswegs stets apolitisch (Gaxie, 2001) und veranlasst sie zu kritischen Wahrnehmungen. So behauptet ein Arbeiter in einem Schlachthof, der sich für vollkommen politikverdrossen erklärt und vorgibt, davon „überhaupt keinen Plan“ zu haben, in einer Reihe von Vorwürfen an die regierenden Politiker, dass „die Welt total korrupt ist“ und dass „da sowieso Maastricht dran Schuld ist.“[31] Diejenigen, die aus finanziellen Schwierigkeiten nicht mehr herauskommen, obwohl sie eine Arbeit haben, gehören zu den heftigsten Europa-Gegnern, ohne dabei jedoch eine wirkliche politische, statusbedingte oder objektive Kompetenz an den Tag zu legen. Ein Wartungsarbeiter mit Beamtenstatus, der nicht mehr in die Wählerlisten eingetragen ist, behauptet zum Beispiel, dass „Frankreich zu den europäischen Ländern zählt, die die niedrigsten Löhne haben.“[32]Als Single klagt er darüber, alleine in einer beengten Einzimmerwohnung zu leben, und verknüpft sein Desinteresse an den politischen Institutionen Europas mit seiner eigenen sozialen Situation: „Also, was ich von Europa sehe, ist mein persönlicher Fall: mein Geld und mein Lebensstil. Wenn das Europaparlament mein Gehalt erhöht, dann ja, dann bin ich bereit, es ein bisschen besser kennenzulernen.“[33]

Man sieht, in welcher Weise die kritische Beziehung aus der Distanz zum Bereich des Politischen die Befragten ebenfalls zu Negativwahrnehmungen der Union führt. Denselben Grundeinstellungstyp findet man bei einem Saisonarbeiter im Hotel- und Restaurantbereich, der die Beendigung seines aktiven Wählerdaseins folgendermaßen begründet:

29 Frankreich, Mann, 26 Jahre, Sanitäter
30 Derselbe.
31 Frankreich, Mann, 53 Jahre, Arbeiter.
32 Frankreich, Mann, 38 Jahre, Arbeiter.
33 Frankreich, Mann, 38 Jahre, Arbeiter.

„Auf politischer Ebene erklärt man uns Bürgern oder was auch immer gar nichts… man sagt uns, alles wird besser für uns, aber man erklärt uns nicht, wie und warum es besser für uns sein wird, noch wann alles für uns besser wird, in Wahrheit... sagt man uns halt einfach: Es wird besser für euch, also unterschreibt! Aber da bin ich eben nicht mit einverstanden, das hast du gesehen… Also, ich hör' mir solche Leute nicht an… da bei der Europäischen Verfassung… da hat Giscard d'Estaing so 'nen Voodoozauber gemacht, und dann war alles gegessen… das war's… deshalb hab' ich nicht gewählt, hast du gesehen, die haben uns verarscht ! Das wird über die Köpfe der Leute hinweg entschieden… ok stimmt, wir haben keine Ahnung, und ich glaub', ich bin da übrigens nicht der Einzige! Es kann übrigens schon sein, dass die Politiker, dass die besser in der Lage sind, über europäische Probleme zu reden, aber die vertreten uns ja schon in Frankreich nicht, also wäre das auf europäischer Ebene... schlimmer als der Tod.“[34]

Diese Rechtfertigung der Enthaltung beim Referendum von 2005, die sich durch eine Kritik an der praktischen Umsetzung der repräsentativen Demokratie äußert und den Präsidenten des Europäischen Konvents erwähnt, macht deutlich, wie sehr manche Befragten ihr Unwissen und ihre fehlende Aufmerksamkeit für den Bereich des Politischen übertreiben. Obwohl ihre Beteiligung an den nationalen Abstimmungen sehr unregelmäßig ist und so gut wie inexistent, was die Europawahlen angeht, machen sie dennoch zeitweilige Politisierungsprozesse im Rahmen bestimmter Ereignisse durch: Ebenso wie den Präsidentschaftswahlen von 2007 gelang es dem Referendum, eine „soziale Ausbreitung der politischen Aufmerksamkeit“ (Aldrin, 2003) innerhalb bestimmter, in der Regel weniger politisierter Bevölkerungsgruppen herbeizuführen. Außerdem rechtfertigt der junge Sanitäter seine Nein-Stimme durch den Verweis auf einen Diskurs, den er in „seinem Viertel“ als mehrheitlich erlebt hat: „Die Leute, die sagten: Nein Nein! In meinem Viertel redete man davon… die Leute, die waren für das „Nein“… “[35]

Man hat es somit mit einem Bevölkerungssegment zu tun, das sich nur selten auf das Fernsehen oder auf das Radio bezieht, um sein Urteil zu untermauern, sondern das sich lieber auf seine persönliche Erfahrung stützt (Gaxie, 2003). Über die sozialisierende Rolle bestimmter Ereignisse hinaus, findet man Wachphänomene in Bezug auf die Themen, die die Befragten unmittelbar betreffen. Ihre Negativeinschätzungen der Union werden nämlich vor allem durch den täglichen Umgang mit dem Euro bestimmt. Die Wahrnehmung dieser Befragten wird in erster Linie durch die verhältnismäßige Schwäche ihrer wirtschaftlichen Ressourcen orientiert, und zwar umso mehr, da ihre politische Sozialisierung weniger ausgeprägt ist. Da sie sich nur in geringem Maße von den politischen Strategien der EU und deren Finanzierung betroffen fühlen und sie das Aufkommen der Währungsunion mit dem Sinken ihrer

34 Frankreich, Mann, 27 Jahre, arbeitslos.
35 Frankreich, Mann, 26 Jahre, Sanitäter.

Kaufkraft verbinden, lässt sich ihre weitgehende Zustimmung zur Idee der europäischen Konstruktion einzig und allein durch die wirtschaftlichen Vorteile erklären, die sie davon erwarten.

„Der Euro ist super, wir machen den Dollar platt, aber da haben wir uns ganz schön ficken lassen!“[36] Zwischen Begeisterung und Ernüchterung verdeutlicht dieser Ausruf die Ambivalenz der Europa-Beziehung des jungen Sanitäters. Dieser vereinigt eine aus der Distanz getroffene Negativeinschätzung der politischen Vertreter, die für das Sinken der Kaufkraft verantwortlich gemacht werden, mit der Positiveinschätzung der persönlichen Begegnungen während seiner Dienstreisen in Europa:

„Ja also, ich finde schon, wenn ich im Ausland bin, dass die Leute da mehr Respekt vor dem Beruf des Sanitäters haben… für die sind wir ein bisschen wie der Notarzt… und hier dagegen, vergiss es, manchmal sind wir denen sowas von scheißegal, mein Bruder, also echt! In den anderen Ländern wirst du respektiert… da lassen sie dich durch, auch wenn du nicht Vorfahrt hast… “[37]

Dass Personen, die in der Regel im Rahmen ihrer Freizeit und ihres Berufes wenig reisen, eine derart idyllische Darstellung ihrer Erfahrungen anzubieten haben, ist relativ selten. Das „Europa der Kulturen“,[38] um den Ausdruck eines Maurers rumänischer Herkunft zu übernehmen, wird zunächst nach wie vor als eine Errungenschaft wahrgenommen, die Werte der Offenheit für den anderen, des Austauschs, des Dialogs zwischen den Völkern verkörpert. Dieser Diskurs findet sich besonders stark ausgeprägt bei einer Sekretärin, die zur Weiterbildung in einem Reisebüro beschäftigt ist. Sie ist mit einem Arbeiter verheiratet, legt eine besondere Offenheit für europäische Sprachen und Kulturen an den Tag und kombiniert dabei praktische und ethische Beziehungen zu Europa. Die Identifikation mit Europa kann sich auch auf das Teilen gesellschaftlicher Erfahrungen unter Normalbürgern gründen, das mit bestimmten Formen kultureller Praktiken verbunden ist, besonders dem Fußball, egal ob als Spieler, Zuschauer und/oder Fan. In Übereinstimmung mit den sozialen Charakteristika unserer Befragten verweist uns der kulturelle Austausch zwischen Europäern, der sich aus den Interviews herauskristallisiert, auf das, was man als „Populärkulturen“ bezeichnet. Ein Interims-Angestellter bei Rent a Car, der für die Wartung der Mietfahrzeuge zuständig ist, führt seine persönliche Erfahrung mit den nationalen Besonderheiten in Bezug auf den Fußball an und betont das Gefühl kultureller Bereicherung, das er daraus gezogen hat: „Ich kann sogar sagen, ich habe junge Engländer getroffen, die nach Frankreich kamen, wir haben Fußball gespielt, und das war nicht dieselbe Art zu

36 Derselbe.
37 Frankreich, Mann, 53 Jahre, Maurer.
38 Frankreich, Mann, 27 Jahre, arbeitslos.

spielen, das war echt interessant... eine andere Kultur kennenzulernen, das ist gut, besonders im Fall der Engländer, da ist der Fußball eine echte Religion!“ Allerdings schließt die Tatsache, dass man von Fußball spricht, keineswegs die Fähigkeit zu einer allgemeineren Schlussfolgerung aus, wie der weitere Verlauf des Interviews zeigt: „Was man unbedingt verstehen muss, ist, dass Europa nicht die Zerstörung der nationalen Kulturen bedeutet, dass es da keine Aufgabe der Besonderheiten jeder einzelnen Ursprungsnation gibt.“[39] Wie bei anderen Probanden aus populären Milieus erscheinen dem Befragten die Werte von Fußballwettbewerben oft „edler“ als die der politischen Wettbewerbe. Wir konnten somit eine häufige Wiederkehr von Vorstellungen feststellen, die relativ außerhalb der traditionellen europapolitischen Probleme liegen, und sich mittels einer Erzählung persönlicher Erfahrungen äußern, die mit der Zustimmung zu einem Grundstock „humanistischer“ Werte zusammenhängt. Diese Individuen können somit, ohne täglich daran zu denken, ethisch begründete Meinungen zu Europa äußern. So zählt eine 82-jährige pensionierte Postangestellte, die den Zweiten Weltkrieg miterlebt hat, zahlreiche positive historische Verweise auf den Frieden zwischen den Mitgliedsstaaten auf. Ein Berufssoldat stellt die „Menschenrechte“ ins Zentrum der Vorstellungen von einem „europäischen Verteidigungsmodell“,[40] und bezieht sich dabei auf seine Auslandseinsätze. Allerdings konstruiert sich diese ethische Beziehung teilweise in Opposition zu einem Wertesystem, das häufig als „amerikanisch“ bezeichnet wird und angeblich die nationale Absonderung und die Ablehnung des Anderen favorisiert. Formulierungen wie „Einigkeit macht stark gegen die Vereinigten Staaten“[41] treten im Verlauf der Interviews häufig auf, bis hin zu gewissen Formen der Neuinterpretation des europäischen Gründungsmythos: „Europa, das war doch ursprünglich gegen die Vereinigten Staaten, oder nicht?“[42]

Man kann sich fragen, ob diese ethischen Urteile auch mit der Religionszugehörigkeit und -praxis der betreffenden Individuen zusammenhängen. Die Erweiterung der EU um die Türkei wird in der Regel als aus religiösen Gründen unmöglich wahrgenommen. Andere sind der Meinung, dass ihr eigener Glaube aufgrund seiner angeblichen Unvereinbarkeit mit den herrschenden Werten geächtet wird. Die Zugehörigkeit zur muslimischen Gemeinschaft erzeugt Enttäuschungen über Europa, doch begünstigt sie auch bestimmte „antirumänische“ Vorurteile, die auf der Wahrnehmung der Ungleichheiten zwischen den „alten“ europäischen Ländern und den neuen Beitrittsländern aufbauen, die in krassem Kontrast zu den schwärmerischen Vorstellungen eines „Europa des Fußballs und der Menschenrechte“ stehen. Die Kellnerin spricht

39 Frankreich, Mann, 28 Jahre, Wartungsmechaniker.
40 Frankreich, Mann, 26 Jahre, Berufssoldat.
41 Derselbe.
42 Frankreich, Mann, 27 Jahre, arbeitslos.

in der Tat vom „mittelalterlichen Europa“,[43] wenn sie die osteuropäischen Länder meint. Der Sanitäter, der in der Nähe der größten Ansiedlung von Sinti und Roma in Frankreich wohnt, ist der Meinung, dass „die Rumänen alle ihre Zeit damit verbringen, Parkuhren aufzubrechen.“[44] Dagegen sagt der Angestellte der Autovermietung: „Die Slawen, die haben keine Ahnung, wie man arbeitet… also, wenn ich Chef von einer Baufirma wäre, dann würde ich lieber Portugiesen einstellen, die wissen wenigstens, wie man richtig ranklotzt!“[45] Diese jungen Befragten mit Migrationshintergrund bekräftigen häufig ihre „europäische Identität“ gegenüber einer Figur des „Anderen“, der als weniger „integriert“ als man selbst betrachtet wird. Man kann sich in der Nachfolge von Simmel fragen, ob der Konflikt nicht eine Regulierungsquelle ist, die die Kollektivbeziehungen strukturiert und die gesellschaftliche Identität von Individuen, die im Rahmen eines politischen Raumes, dessen Europäisierung als unausweichlich wahrgenommen wird, auf der Suche nach „Aufmerksamkeit“ und „Schutz“ sind, verstärkt, wenn nicht sogar erschafft.

Wie es eine Putzfrau portugiesischer Abstammung ausdrückt, wird die Überwindung des nationalen Rahmens als eine Pflicht angesehen, eine Selbstverständlichkeit im Hinblick auf die Entwicklung der Welt, als ein Aspekt der Globalisierung, obwohl man daran vielleicht auch etwas bedauern könnte: „Normalerweise hat man eine Regierung, die uns lenkt, aber jetzt muss man den Europarat um Erlaubnis fragen, und die nehmen uns dieses weg, verbieten uns jenes... und zwar in Bezug auf alles... Jetzt sind wir von diesen Leuten da abhängig, eben von all diesen Ländern... “[46] Allerdings legen die Befragten des zweiten Pols eine größere Resignation an den Tag als die stärker politisierten Vertreter der populären Milieus, denn sie schenken den Volksvertretern weniger Glauben. Sie erscheinen weniger fordernd, im Großen und Ganzen mit ihrer gesellschaftlichen Situation zufrieden und blicken mit Zuversicht auf deren weitere Entwicklung, trotz der Tatsache, dass sie häufiger mit prekären Lebens- und Arbeitsverhältnissen konfrontiert sind. Doch äußern sie auch deshalb kaum Zukunftsängste, weil sie weniger dazu neigen, sich ein genaues Bild von der Zukunft zu machen. Trotz dieser Einschränkungen drücken sich die Mitglieder dieses zweiten Pols mühelos aus, da sie zumeist im Dienstleistungssektor, „mit Kundenkontakt“ arbeiten. Dieses Element kann zur Erklärung dafür beitragen, warum es ihnen leichter fällt, in der Interviewsituation eine Antwort zu improvisieren, auch wenn sie unbestimmt bleiben und von beschränkten Kenntnissen der Institutionen ausgehen. Um mit William Gamson zu sprechen, machen die „Konversationstechniken

43 Frankreich, Frau, 22 Jahre, Kellnerin.
44 Frankreich, Mann, 26 Jahre, Sanitäter.
45 Frankreich, Mann, 27 Jahre, arbeitslos.
46 Frankreich, Frau, 42 Jahre, Putzfrau.

und –ressourcen“ dieser „ausführenden Organe“ sie „umfassender und vollständiger kompetent“ (Gamson, 2002) als andere Teilgruppen der populären Milieus.

Die „Europa-Fremden“ oder diejenigen, die etwas anderes meinen, wenn sie von Europa sprechen

Die „Europa-Fremden“ werden so genannt, da sie nichts oder kaum etwas über europäische Fragen wissen. Sie sind in Bezug auf europäische Realitäten buchstäblich „unwissend“. Dieser Pol fasst diejenigen zusammen, die nicht in der Lage sind, auf die Frage nach Europa zu antworten, einem Gebilde, das für sie kaum mehr ist als ein Name. Ihr Diskurs äußert sich um Gleichheitsforderungen herum (Gleichheit zwischen den Ländern, den Löhnen…). Sie haben in ihrer Gesamtheit eine schwach ausgeprägte Fähigkeit, über die Zukunft ihrer gesellschaftlichen Situation nachzudenken, oder legen eine relative Resignation an den Tag. Da sie hauptsächlich mit ihrem Alltag beschäftigt sind, verfügen sie nur über eine geringe statusbedingte Kompetenz, haben keine politische Sekundärsozialisierung durchlebt und verteidigen im besten Falle ohne besondere Überzeugung die Überreste einer Primärsozialisierung. Sie lesen nicht die Presse und sehen sich auch keine politischen Sendungen im Fernsehen an. Ihre Wahlbeteiligung ist unregelmäßig und schwach motiviert oder inexistent. Ohne Schul- oder Studienabschluss üben sie ausführende, schlecht bezahlte Jobs aus, häufig auf Teilzeitbasis. Die mit diesen „Europa-Fremden“ durchgeführten Interviews sind in der Regel kurz. Wenn sie ausnahmsweise etwas länger werden, geht es darin nicht um Europa, sondern um eine häufig schmerzhafte persönliche Lebensgeschichte. Diese Probanden sprechen davon, was sie sind, weil es ihnen schwerfällt, zu sagen, was sie denken. Wenn man sie zwingt, über Europa zu sprechen, kommt es zu zahlreichen Verwechslungen. Europa wird dann mehr oder weniger für alles oder nichts verantwortlich gemacht: die Vogelgrippe, das Defizit des Sozialsystems, die Anschläge von New York, die stressbedingten Krankheiten usw.

Diese Befragten betrachten Europa als den kompliziertesten Grad der Politik, wie es eine geschiedene, teilzeitarbeitende Kassiererin ohne Schul- oder Studienabschluss ausdrückt, die schwarz putzen geht, um finanziell über die Runden zu kommen: „Ich weiß nicht mal, was das heißt, Europa... Wozu das gut ist, und... wenn mir das wenigstens mal jemand so richtig erklären würde, damit ich es verstehe, auf Französisch... “[47] Diese Bevölkerungsteile sprechen niemals spontan über Europa und erklären, dass sie davon keine Ahnung haben und sich nicht betroffen fühlen. Sie sind auch diejenigen, die am wenigs-

47 Frankreich, Frau, 50 Jahre, Kassiererin.

ten mit den politischen Fragen vertraut sind. Sie sind weder in einer Partei engagiert noch gewerkschaftlich organisiert und erklären häufig ihre Politikverdrossenheit. Diese doppelte Entfernung von politischen und europäischen Fragen drückt sich in der Reaktion einer Kellnerin aus, die mit 16 die Schule verlassen hat, keinen Wählerausweis besitzt und nicht zur Wahl geht: „Ich finde das wichtig, zu wählen, aber nicht, wenn man nicht versteht, warum es geht. Ich hab' nicht den Eindruck, meine Stimme wäre besonders nützlich gewesen. Da lässt man besser die Leute wählen, die Ahnung haben."[48] Sie spricht hier über das Referendum zum europäischen Verfassungsvertrag und scheint im Übrigen die Tatsache, dass sie sich aus der Politik heraushält, durch die besondere Komplexität der Politik zu rechtfertigen. Denn Europa erfordert in den Augen zahlreicher Befragter eine schulische Kompetenz, über die sie nicht verfügen:

„Ich denke eigentlich gar nicht dran… Ich hab' wirklich noch nicht mal darüber nachgedacht. Ich hab' echt nicht an dieses Ding gedacht."

„Ich hab' mich da nie für interessiert… ich hab'… also selbst in der Schule und so, da hab' ich nie… weißt du, da hab' ich irgendwie nie zugehört… Mich hat das nie interessiert, auch wenn ich sowas in den Nachrichten höre oder so, dann stell' ich einfach auf Durchzug… Weil ich hab' nie damit angefangen… von vorne… "[49]

Diese Reinigungskraft mit befristetem Vertrag, die über keinen Abschluss verfügt, da sie bei ihrem BEP (Äquivalent der deutschen Mittleren Reife) mit den Spezialgebieten Gesundheit und Soziales durchgefallen ist, unterstreicht hier, wie sehr Europa ihrer eigenen Welt fremd ist, und wie sehr sie damit Schulwissen verbindet, das über ihren Horizont hinausgeht. Diese Äußerungen betonen das Gefühl, dass es nötig sei, etwas darüber zu lernen, was Europa ist, um darüber sprechen zu können. Die Befragte hat in ihrer Vergangenheit zu große Lücken angesammelt, um sich noch dafür interessieren zu können. Die Tatsache, dass sie sagt, „ich denke eigentlich gar nicht dran",[50] verdeutlicht im Übrigen ihre alltägliche Distanz zu Europa. Über die schulischen Fähigkeiten hinaus erfordert das Reden über Europa eine linguistische Kompetenz, die manchen Befragten unüberwindlich erscheint, wie bei dem eingangs zitierten Lagerarbeiter:

„Die haben schon eine Sprache, das ist so'n Ding, das nicht jeder versteht… Das ist ihre eigene Sprache… und ihre eigenen Witze, über die nur sie lachen können… die

48 Frankreich, Frau, 23 Jahre, Kellnerin.
49 Frankreich, Frau, 26 Jahre, Reinigungskraft.
50 Frankreich, Frau, 26 Jahre.

sagen da „sozialistisch“, ja, und dann lachen sie drüber!…. Als wär’ das allen klar, was heißt denn das, „sozialistisch“? Weißt du, das weiß nicht jeder… “[51]

Der soeben zitierte Befragte geht nicht wählen und hat nie den Unterschied zwischen der Rechten und der Linken begriffen: „Das ist doch schwer zu verstehen, man muss die Sachen kapieren, damit du da wirklich deine Meinung dazu sagen kannst... Das Vokabular, das die verwenden... das versteht nicht jeder […] Alles ist kompliziert, weil ich nichts davon verstehe.“[52] Die Probanden dieses Pols äußern Europa gegenüber eine vollkommene Gleichgültigkeit, oder eine zwangsläufige Unwissenheit, da sie das Thema Europa mit dem Thema Politik verbinden, das ihnen fernliegt. In der Tat legen sie eine Abkehr von der Politik an den Tag, da sie im besten Falle politische Vorlieben angeben, die sie nur schwerlich begründen können.

Andere Befragte, wie die bereits zitierte Reinigungskraft oder ein Mechaniker mit unbefristetem Vertrag, der über ein CAP (Äquivalent des Hauptschulabschlusses) verfügt, sind auch nicht in die Wählerlisten eingetragen und äußern den Gedanken, dass ihre Stimmabgabe ohnehin nichts ändern würde. Sie stehen dem Thema vollkommen gleichgültig gegenüber, sind aber dennoch mit ihrem Leben zufrieden. Sie kennen Europa nicht, verurteilen es aber auch nicht. Sie zählen zu denjenigen, die, wie dieser pensionierte Fernfahrer, nicht in der Lage sind, das Ausmaß ihres Unwissens zu erkennen:

„Gibt es etwas, das Sie an Europa mögen ?
- Ah… was ich gern mag, das ist meine Arbeit, das ist alles.
- Wenn Sie das Wort „Europa“ hören, woran denken Sie dann zuerst?
- An gar nichts.
- Da fällt Ihnen nichts dazu ein?
- Ich denke an nichts… Ich, mein Chef und mein Lohn (lacht), das ist alles.“[53]

Dieser Befragte ist der typische Fall von jemand, der nicht auf die Frage nach Europa antwortet. Das Interview findet im Büro der Firma seines ehemaligen Chefs statt, der ihn weiterhin „schwarz“ beschäftigt. Er ist anwesend, während wir ein Interview mit einem anderen Fernfahrer durchführen. Nachdem ihm einer seiner Kollegen zum Spaß vorgeschlagen hat, sich auch interviewen zu lassen, findet er sich auf einem Stuhl uns gegenübersitzend wieder. Er weiß nicht, worüber wir sprechen werden, scheint aber einverstanden zu sein, „da es ja alle anderen auch tun“. Er ist das typische Beispiel für einen Probanden, den wir niemals hätten treffen dürfen, der statistisch gesehen keinerlei Chance hat, bereitwillig an einer Meinungsumfrage teilzunehmen. Er gibt

51 Frankreich, Mann, 26 Jahre, Lagerverwalter.
52 Derselbe.
53 Frankreich, Mann, 67 Jahre, Fernfahrer.

niemals seine Meinung ab, da er nicht in die Wählerlisten eingetragen ist und weder in der Gewerkschaft noch in einem Verein aktiv ist. Als französischer Bürger algerischer Herkunft lebt er seit rund 40 Jahren in Frankreich. Er hat niemals eine Schule besucht und sein ganzes Leben lang in der Transportbranche gearbeitet. Sein Beruf ist der Mittelpunkt seiner Existenz, sowohl sozial als auch finanziell. Er legt Verständnisschwierigkeiten in Bezug auf die französische Sprache an den Tag, die es notwendig machen, Fragen neu zu formulieren und zu vereinfachen. Er gibt meist Antworten wie „das ist gut/das ist nicht gut" und denkt nicht darüber nach, welche Konsequenzen die EU für sein Leben haben könnte. Er gibt an, keine Ahnung von Europa zu haben, und scheint auch nichts davon zu erwarten. Trotz dieser Blöße scheint er nicht unter der Interviewsituation zu leiden. Er findet sich in einer im Vergleich zu seinem Alltag ungewöhnlichen Situation wieder, in der er sich jedoch nicht unwohl fühlt. Ganz anders ein junger Arbeiter aus dem öffentlichen Baubereich: „Ich weiß nicht... der ist schwer, dein Fragebogen, ich kenn' mich doch mit Europa nicht aus..."[54] Zwar legt der junge Mann eine Europa-Abgewandtheit an den Tag, die quasi identisch mit der des ersten Befragten ist, doch wird hier das Interview, das einen wesentlich bittereren Unterton hat, zum Anlass, um sich über seine eigenen Existenzbedingungen zu beklagen.

Die Befragten des dritten Pols befinden sich alle in objektiv benachteiligten Situationen, doch lassen sie sich in Bezug auf ihre Ansichten in zufriedene oder sogar sehr zufriedene Individuen und Individuen in sozialen, wirtschaftlichen und affektiven Notsituationen einteilen. Die Teilung innerhalb dieser „Europa-Fremden" verläuft also zwischen denjenigen, die sich an einem, häufig familiären, Lebensgleichgewicht festhalten können, das eine gewisse berufliche Notlage kompensiert, und denjenigen, die sehr schwierige oder sogar traumatische Phasen von Einsamkeit, Isolation oder Verlassenheit durchmachen. Als Medium des Ausdrucks einer Nicht-Beziehung zu Europa, wird das Interview somit zu einer zusätzlichen, wenn auch ungewohnten Gelegenheit, ihr Unbehagen auszusprechen.

Vermutlich sind die Personen, deren Reaktionen hier soeben analysiert wurden, zum Großteil „zufällige" Vertreter der schweigsamsten „silent citizens". Die Begegnungen mit ihnen haben sich aus einer Vertrautheit mit den Interviewern, einem Zufall, einem Missverständnis, oder dem allmählichen Aufbau eines Vertrauensverhältnisses ergeben. Sie waren nur möglich, weil einige Forscher eine relative Nähe zu den benachteiligten Milieus am Rande der Gesellschaft unterhalten. Diese Beziehungen sind zeitintensiv und verlangen großen Einsatz und eine umfangreiche Interpretationsarbeit. Das Verständnis der Fragen und die schwierige Auswertung der Antworten machen ihre Analyse äußerst komplex. Diese Komplexität macht die Distanz sichtbar,

54 Frankreich, Mann, 27 Jahre, Arbeiter in der Baubranche.

die Europa, und damit auch die Politik von diesen Individuen trennt. Dies ist nicht weiter verwunderlich, da die Zugehörigkeit zu den „populären Milieus“ unweigerlich einen Haufen sozialer Handicaps mit sich bringt und dazu führt, dass man sich von den politischen Institutionen fernhält (Braconnier, Dormagen, 2007). Und nur indem man den Ablauf der Interviews analysiert, indem man die sozialen Eigenschaften enthüllt, die der verbale Austausch verschleiert, kann man sich in die Lage versetzen, sich für diejenigen zu interessieren, die keine Meinung haben, und für die Gründe, die ihr Desinteresse erklären können (Lehingue, 2007).

Schlussbemerkung

Diesem Text war ebenso daran gelegen, herauszufinden, was die Normalbürger nicht über Europa wissen, wie daran, herauszufinden, was sie darüber wissen. Die angedeuteten Richtungen eröffnen einen Weg, um die Negativreaktionen gegenüber der europäischen Integration zu begreifen, die diejenigen an den Tag legen, die noch an den Wahlverfahren teilnehmen. Sie sind noch bereit, ihre Unzufriedenheit zu zeigen, bevor sie, wie S. Beaud et M. Pialoux schreiben, möglicherweise aufgrund zahlreicher Entmutigungen gleichgültig werden:

> „In Frankreich sind die populären Klassen in den Reichenvierteln ebenso wie in anderen Bereichen des abgetrennten sozialen Raumes heute weitgehend „unsichtbar“ geworden. Da man sie im öffentlichen Raum überhaupt nicht sieht, spricht man öffentlich von ihnen, ohne sie zu kennen, indem man sie durch gesellschaftliche Vorurteile identifiziert, kurz, man läuft Gefahr, einen neuen „Klassenrassismus“ zu begründen“ (Beaud, Pialoux, 2006).

Die hier durchgeführte Analyse versucht, ein solches Abgleiten zu verhindern. Die populären Milieus haben nicht notwendigerweise „nichts“ über Europa zu sagen, sondern drücken sich meist in einer Sprache aus, die nicht legitim ist. Sie konzentrieren sich zum Beispiel auf einen Aspekt und vernachlässigen dabei die anderen. Dabei ist es interessant, zu sehen, wie es ihnen gelingt, sich auszudrücken, und welche Ressourcen, die häufig von außerhalb der Politik stammen, sie bei dieser Gelegenheit einsetzen:

> „Wenn du das Wort „Europa“ hörst, was fällt dir da als erstes dazu ein?
> - Pff, das ist ne verzwickte Frage, keine Ahnung... doch, die Europameisterschaft! Ne, weiß’ nicht... ganz ehrlich, zu Europa fällt mir nicht besonders viel ein... außer Fußball (lacht).“[55]

55 Frankreich, Mann, 26 Jahre, Sanitäter.

Um diese gesamte Komplexität begreifen zu können, haben wir die von Jean-Claude Passeron formulierte Position beherzigt, nach der es angebracht ist, „die Nicht-Antworten, das Nicht-Praktische, die schwach ausgeprägte Kompetenz, das schwach ausgeprägte Interesse, die die populären Klassen für Fragen aufbringen können, die gemäß der Denkweisen und Praktiken der regierenden Klassen ausgearbeitet wurden, nicht als Mangel zu betrachten" (Grignon, Passeron, 1989). Wir haben also versucht, dieses „Verständnis sozialer Zusammenhänge, das bei den narrativen Produktionen von Individuen am Werk ist" (Dubar, 2003) nachzuvollziehen, um zu analysieren, was es ihnen ermöglicht, zu sagen, was sie sagen, und was vor allem all das erklärt, was sie nicht sagen. Aufbauend auf den französischen Interviews doch entsprechend der Problematik einer Untersuchung von europäischem Ausmaß, hebt dieser Versuch, die Produktionsweisen der Europa-Beziehungen innerhalb der populären Milieus nachzuvollziehen, die Bedeutung der Sozialisierungsprozesse der Individuen, aber auch die Auswirkungen des Kontextes hervor. Somit scheinen bestimmte erschwerende Variablen die allgemeinen Ansichten zu Europa zu bedingen, ganz egal aus welchem Land die Befragten stammen. In einer vergleichenden Perspektive sollte es jedoch darum gehen, die Rolle von Ereignissen aus der Nationalgeschichte der Mitgliedsstaaten, die von den Normalbürgern als herausragend betrachtet werden, zu begreifen, aber auch deren Wahrnehmungen der Transformationen des öffentlichen Handelns, die mit Europa zusammenhängen.

Wenn Europa mobilisiert…

NICOLAS HUBE, JEAN-MATTHIEU MEON, SEBASTIEN MICHON

Seit ihrer Entstehung hat die Europäische Gemeinschaft nur sehr selten soziale oder politische Mobilisierungen ausgelöst. Selbst die Europawahlen werden als „Wahlen zweiter Klasse" (Reif, Schmitt, 1980) betrachtet. Europa scheint kein politisches Thema zu sein, das die Bevölkerung mobilisiert oder stark polarisiert (Cautrès, 2001 et 2003; Belot, Greffet, 2005; Schmitt, 2005; Schmitt, Binder, 2006). Wie die vorhergehenden Kapitel zeigen, ist Europa de facto ein Objekt, das vielen sozialen Akteuren eher fern liegt. Und wenn die Grundeinstellungen zur europäischen Konstruktion geäußert werden, geschieht dies meist nach Aufforderung durch einen Fragesteller in Interviews, oder auch in Umfragen wie den Eurobarometer-Untersuchungen. Sie sind somit das Produkt einer teilweise künstlichen Situation und werden durch die Anwesenheit des Interviewers beeinflusst (Labov, 1980). Eine andere Möglichkeit, sie in spontaner Form zu beobachten, ist das Studium von Leserbriefen an die regionale Tagespresse und an die Zeitschriftenpresse und das Studium der Antworten auf Online-Umfragen zum Thema Europa.

Dieser Beitrag hat sich zum Ziel gesetzt, die Argumente der mobilisierten Bürger und einige ihrer sozialen Charakteristika zu erfassen. Zwar betrifft dieser Einstieg nur den französischen Fall, doch ermöglicht er eine spezifische Beobachtung der Grundeinstellungen zu Europa im besonderen Kontext des französischen Referendums zum Europäischen Verfassungsvertrag (VVE) am 29 Mai 2005. Besonders von dem Augenblick an, wo die Umfragen auf einen Sieg des „Nein" hinzudeuten begannen (Gerstlé, Piar, 2005 ; Gombin, Hubé, 2009), war dieses politische Ereignis Gegenstand einer besonderen Mobilisierung. Leserbriefe an die Presse und die Antworten auf eine Online-Umfrage bieten die Möglichkeit, eine aktive Rede über Europa zu betrachten und zu charakterisieren. Eine derartige Umfrage wäre vermutlich auch in Polen und in der Tschechischen Republik zum Zeitpunkt der Volksabstimmun-

gen über den EU-Beitritt im Jahr 2003 möglich gewesen, doch hatten wir zu diesem Material keinen Zugang.

Somit wurden Leserbriefe gesammelt, die zum Zeitpunkt der Abstimmung über den VVE an zwei regionale Tageszeitungen (*Les Dernières Nouvelles d'Alsace* und *L'Alsace*) geschickt wurden, ohne sie nach Gegenständen zu unterscheiden. Dieses Material ermöglicht es, zu sehen, ob und wann Europa für Leser, die an ihre Zeitung schreiben, zum Gegenstand der Aufmerksamkeit wird. Die beiden anderen Materialien haben stärker spezifisch mit Europa selbst zu tun. Beim ersten handelt es sich um Briefe an die kulturelle Wochenzeitschrift *Télérama*, die im Laufe der öffentlichen Diskussion begonnen hatte, ihre Spalten in ein „offenes Forum (umzuwandeln). Hier diskutieren Sie".[1] Beim zweiten handelt es sich um die Antworten auf eine Online-Umfrage „*L'Europe et vous* („Europa und Sie") ", die nach dem Referendum mit der Absicht eingerichtet worden war, die Beziehung zwischen den Bürgern und Europa ausgehend von einer Informations-Website über die EU neu aufzubauen: *Toute l'Europe.fr* („ganz Europa.fr") (siehe Kasten für die genauen Angaben).[2]

Das untersuchte Material besteht aus 1660 Leserbriefen an die Regionalpresse, 1399 an *Télérama*, und schließlich 1298 Antworten von Internet-Nutzern auf die Online-Umfrage. Gemäß eines vor allem qualitativen Ansatzes behandelt und analysiert, ermöglichen es diese Daten, eher Meinungen als wirkliche Grundeinstellungen zu beobachten. Der Leserbrief ist in der Tat eine besondere Ausdrucksform. Im Falle der elsässischen Zeitungen zeigt die Verwendung der Formulierung „mit Bitte um Veröffentlichung" in einem Viertel der Fälle deutlich, dass diese Meinungsbriefe auf Veröffentlichung abzielen. Obwohl es sich um Wortmeldungen in unmittelbarer Nähe zu den Debatten handelt, legen die Antwortenden ihre eigene Lesart des Themas „Europa" dar. Dieses Material verdeutlicht die Ambivalenz der in den Interviews festgestellten Grundeinstellungen: Das Europa, das sie reagieren lässt, ist nicht notwendigerweise und nicht ausschließlich das Europa des europäischen Integrationsprozesses. Obendrein verdeutlicht die Anzahl der Nicht-Antworten auf die Online-Umfrage, wie ungeheuer komplex der Gegenstand Europa sogar für Bürger ist, die sich besonders damit beschäftigen. Diese

1 Marc Jézegabel , „Europe. Oui ou non ?", *Télérama*, 13. April 2005, S. 7

2 Wir danken Guy Marchal von den Dernières Nouvelles d'Alsace, Francis Claudel und Francis Laffon von L'Alsace, Marie-Francoise Cholot, Régis Confavreux und Jean-Claude Loiseau von *Télérama*, Mathieu Lerondeau und Benoît Thieulin vom Centre d'Information sur l'Europe dafür, uns dieses Material zugänglich gemacht zu haben. Weiterer Dank gebührt Anaïs Hamelin für ihre Hilfe bei der informatischen Umwandlung der Antwortdatenbank der Umfrage *Toute l'Europe* und den StudentInnen von Paris 1, die unsere Überlegungen zur Verschlüsselungsmatrix der Leserbriefe bereichert haben.

Ausdrucksformen sind nicht vollkommen „gewöhnlich“: Um sich Gehör zu verschaffen, müssen sie diskursive Normen respektieren (Boltanski, Darré, Schiltz, 1984). Es ist ein Diskurs über ein politisches Thema, der an ein besonderes soziales Publikum gerichtet ist. Erinnern wir daran, dass sich die Medien nicht an Leser richten, denen jegliche soziale Verankerung fehlt. Es handelt sich um Unternehmungen politischer Repräsentation, die durch die Auswahl ihrer Themen und die verwendete Sprache „mit einem ganzen Lebensstil“, „einer Weltsicht“ „solidarisch sind“ (Bourdieu, 1987). Die starke Verbindung zwischen Politisierung und Aufmerksamkeit für die Medien (Gaxie, 2003; Charpentier, 2004; Pierru, 2004) findet sich auch im Akt des Schreibens an ein Presseorgan wieder.

Die Leserbriefe oder die Antworten auf eine Umfrage, die allen Internet-Nutzern offen steht, stellen den Gedanken einer „Teilnahme der Bürger“ an der politischen Debatte über Europa in Frage. Dieses Kapitel erlaubt es somit, die zuvor erwähnten Fragen nach der Teilnahme und der politischen Kompetenz neu zu beleuchten. Auch beim Studium der Briefe erfährt man etwas über die Grundeinstellungstypen zu Europa – und sieht sie überdies in Aktion. Man muss sich besonders berechtigt fühlen, um zu einem so „komplizierten“ Thema wie Europa das Wort zu ergreifen und sich in einem Brief darüber zu äußern. Somit schließt dies einen Großteil der Bevölkerung aus. Man stellt fest, dass die Positionen, die in den „Zwischenbereichsmedien“ (den regionalen Tageszeitungen) ausgedrückt werden, das Register der allgemeinen beschränkten Implikation einnehmen (vgl. Kapitel 3), um dann in den nationalen Medien synoptischer zu werden. Denn es empfiehlt sich, hinzuzufügen, dass die Mobilisierung dieser Meinungen manchmal mehr auf die Mediendebatte als auf den europäischen Konstruktionsprozess verweist.

Da es nicht auf eine Aufforderung reagiert, trägt das in diesem Kapitel ausgewertete Material einen originellen Aspekt bei, bestätigt die Ergebnisse anderer Kapitel dieses Buches (die Einseitigkeit der Eurobarometer, die Tatsache, dass ein Großteil der Bevölkerung keinerlei Interesse an Europa hat, die Auswirkungen der politischen und sozialen Kompetenz auf die Standpunkte zu Europa) und verdeutlicht die Idealtypen der Grundeinstellungen, wie sie in Kapitel 3 dargestellt worden sind. Aufgrund der sozialen Eigenschaften der Schreiber erlaubt es dieses Material, die Bevölkerungsfraktionen zu identifizieren und zu beobachten, die zum Zeitpunkt und zu den Bedingungen der Umfrage tatsächlich von europäischen Fragen mobilisiert wurden.

Kasten 1:
Allgemeine Eigenschaften des Medienpublikums und Charakteristika des ge-des gesammelten Materials

In diesem Kasten soll versucht werden, das allgemeine Publikum der verwendeten Medien vorzustellen, sowie die Charakteristika des gesammelten Materials, und dabei vor allem seine heuristischen Grenzen.

Die regionale Tagespresse: *L'Alsace* und die *Dernières nouvelles d'Alsace*

Eine erste Datenquelle wird durch ein Ensemble von Briefen gebildet, die bei zwei elsässischen Tageszeitungen eingegangen sind: den *Dernières Nouvelles d'Alsace* (Verbreitung im gesamten Elsass, doch vor allem in der Bas-Rhin-Gegend) und *L'Alsace* (Verbreitung im gesamten Elsass und teilweise in der Gegend um Belfort – doch vor allem in der Haut-Rhin-Gegend). Die erstgenannte Tageszeitung hatte 2005 eine Verbreitung von 191 743 Exemplaren, die zweite dagegen von 111 204.[3] Die elsässer Leserschaft besteht zu 49% aus Frauen und zu 51% aus Männern und ist in der Hauptsache zwischen 25 und 59 Jahre alt (53% gegenüber 37% um die 60 und älter).[4] Im Jahr 2007 sind 49% der Leserschaft ohne Beschäftigung (davon 32% im Ruhestand); 43,5% stammen aus dem Arbeiter- und Angestelltenmilieu (mit oder ohne Beschäftigung), 19% aus dem Bereich Techniker und gleichrangige nichttechnische Berufe, und 18,5% sind Handwerker, Firmenchefs, Manager und Freiberufler.[5] Die Tageszeitungen richten sich *a priori* an ein Publikum, das der sozialen Zusammensetzung der Bevölkerung entspricht (mit einer leichten Überrepräsentierung der populären Bevölkerungsgruppen).
Insgesamt wurden 1660 Schreiben (Papier, E-Mail, Fax) durchgesehen. Diese Zuschriften sind bei *L'Alsace* (n=1272) zwischen Januar und Dezember 2005 eingegangen, und zwischen Dezember 2005 und Mai 2006 bei den *Dernières Nouvelles d'Alsace* (n=388).[6]
Wir hatten Zugang zu den unbearbeiteten Dokumenten.

3 Quelle: OJD, 2005 (www.ojd.fr).
4 Quelle: Untersuchung EPIQ, Lesegewohnheiten, Sammlung Juli 2005 – Juni 2006, für die Region Elsass.
5 Quelle: Untersuchung TNS SOFRES EPIQ, Lesegewohnheiten, Sammlung Juli 2007 – Juni 2008. Untersuchung PQR 66 – UDA6 – Est, unter den Lesern der Regionalpresse im Elsass, in Lothringen und in der Franche-Comté.
6 Auch wenn man die beiden Körper nicht voneinander unterscheidet, hat dieser zeitliche Unterschied bei den bei *L'Alsace* und den *DNA* eingegangenen Briefen bestimmte Konsequenzen. Die Zuschriften, die Europa zum Hauptthema haben oder die Verfassungsabstimmung erwähnen, sind im Korpus *L'Alsace* zahlreicher (Europa: 30%; Verfassungsvertrag: 44%) als im Korpus DNA (Europe: 13%; Verfassungsvertrag: 18,5%). Die Zuschriften der DNA erinnern zum Beispiel an das „Nein" zum VVE, indem sie sich auf Kommentare über andere Ereignisse stützen, wie auf die Demonstrationen gegen den Contrat Première Embauche (CPE) („Vertrag zur Ersteinstellung", Anm. d. Ü.) im Frühling 2006.

Manche Ungewissheiten in Bezug auf dieses Material lassen sich nur schwer ausräumen. Die Logiken der Zusammenstellung der Schreiben, die uns zur Verfügung gestellt wurden, sind unklar, und das ausgewertete Material besteht aus einer Mischung von zur Veröffentlichung bestimmten Schreiben, abgelehn ten Schreiben und Schreiben von ungewissem Status. Das uns zur Verfügung gestellte Material wurde nach der Logik einer groben Auswahl ausgewertet.

Wir haben alle Schreiben verwendet, die Europa, die europäischen Länder, die EU und/oder ihre Institutionen, oder europäische oder gemeinschaftliche Ereignisse (Referendum, Demonstrationen, usw.) erwähnten. Die unten vorgestellten Ergebnisse verweisen auf diesen Korpus (n = 182 Schreiben, d.h. 11% des Materials), mit einer punktuellen Unterscheidung zwischen Schreiben, in denen es unmittelbar um Europa geht, und solchen, wo dies nicht der Fall ist. Dieser Korpus wurde wie derjenige von *Télérama* gemäß einer Tabelle analysiert, die sich den soziographischen Elementen widmet, die den Lesern zugänglich sind, dem Motiv des Briefes (Reaktion auf...), dem Äußerungsmodus, dem Vorhandensein standardisierter Ausdrücke, und besonders den angesprochenen (nationalen oder europäischen) Thematiken.

Die Zeitschriftenpresse: *Télérama*

Wir haben die von *Télérama* im Verlauf der dreimonatigen Referendumskampagne vor der Abstimmung am 29. Mai 2005 und im Verlauf der wenigen nachfolgenden Ausgaben vom 20. März bis zum 8. Juni 2005 erhaltenen und aufbewahrten Schreiben analysiert. Ein Korpus von 1399 Briefen ist analysiert worden. Der Korpus wurde ausgehend von den Archiven zusammengestellt, die in der Leserbriefredaktion von *Télérama* aufbewahrt worden waren. Wie bei den Schreiben der elsässischen Presse gibt es keinerlei Gewissheit darüber, ob die gesamte Post aufbewahrt worden ist. Es ist möglich, dass die Redaktion vor dem Datum des 20. März oder auch nach dem 8. Juni weitere Schreiben erhalten hat. In den Archiven fehlen die Briefe, die zwischen dem 19. und dem 25 Mai abgesandt wurden. Alle diese Briefe sind ausgehend von derselben Matrix analysiert worden wie die Leserbriefe der Regionalzeitungen.
Télérama hat ein Publikum, das im oberen Bereich des sozialen Raums angesiedelt ist. Zum Zeitraum 2004-2005, hatten 69 % der Leser ein Hochschulstudium absolviert (von denen 48% über einen Abschluss nach mindestens drei Studienjahren verfügen). Was die Berufe angeht, gehört die Leserschaft in der Hauptsache drei großen sozio-professionellen Kategorien an: Man zählt 25% „Führungskräfte und intellektuelle Führungspositionen“; die Kategorie „Techniker und gleichrangige nichttechnische Berufe“ ist in Höhe von 20% vertreten; schließlich, 38% ohne Beschäftigung (davon 16% im Ruhestand). Außerdem zählt man 54% Frauen unter den Lesern der Wochenzeitschrift.[7]

Die Untersuchung der Schreiben an *Télérama* ist ebenfalls eine besondere Angelegenheit, denn nach Angaben der zuständigen Redakteurin war das Referendum über den Europäi-

7 Quelle : Untersuchung AEPM, Lesegewohnheiten, Sammlung Juli 2003- Juni 2004.

schen Verfassungsvertrag „*ein Datum*“.[8] In diesem Augenblick sieht sich die Redaktion einem besonderen Engagement der Leser und einer außerordentlichen Zunahme von Leserbriefen und Forums-Beiträgen gegenüber.[9] Diese Reaktion folgt auf eine entschiedene und unwiderrufliche Stellungnahme des Herausgebers zu Gunsten eines „Ja“ beim Referendum. Am 13. April 2005 erklärt Marc Jézégabel in *Télérama*, dass *„für mich nach reiflicher Überlegung das „Ja“ den Sieg davonträgt. Ganz entschieden“.*[10] Dieser Leitartikel erscheint nach der Veröffentlichung der Umfragen des Monats März, die eine „Wende“ bei den Wahlabsichten ankündigen, und ab dem 18. März einen Sieg des „Nein“ (Gerstlé, Piar, 2005). Aufgrund der Fülle der eingegangenen Leserbriefe verdoppelt *Télérama* die Anzahl der den Leserbriefen gewidmeten Seiten. In ihrer Ausgabe vom 4. Mai bringt die Zeitschrift das Thema auf ihr Titelblatt: *„JA/NEIN zur Europäischen Verfassung. Unsere Leser engagieren sich*“.

Die Online-Umfrage „L'Europe et vous“
auf der Website *Sources d'Europe/Toute l'Europe.fr*:

Ein dritter Typ von Daten, die gesammelt wurden, um die Wortmeldungen zu Europa zu analysieren, wird von den Antworten auf eine Umfrage über Europa gebildet, die zwischen dem 9. Mai und dem 1. September 2006 auf der Website *Sources d'Europe* („Quellen Europas“) zugänglich war. Die Website *Sources d'Europe,* die mittlerweile den Namen *Toute l'Europe.fr* trägt, ist der Internetauftritt des Centre d'information sur l'Europe, eines „Fachverbands mit wirtschaftlicher Ausrichtung, der 1992 von der französischen Regierung und der Europäischen Kommission gegründet wurde“ und der es sich zur Aufgabe gemacht hat, „die französischen Bürger über die EU, ihre politischen Maßnahmen und ihre Errungenschaften zu informieren“. Die im Rahmen der Umfrage gestellten Fragen nach der europäischen Identität, dem Euro und den Erweiterungen, sind von unterschiedlichem Typ: offene und geschlossene Fragen; Einfachauswahl; multiple-choice (Möglichkeit, drei Behauptungen auszuwählen). Das Tool garantierte zwar die Anonymität der Befragten, schloss jedoch gleichzeitig die Mehrfach-Aufnahme ausgehend von ein und derselben IP-Adresse aus und schränkte so die Möglichkeit ein, dass ein und dieselbe Person mehrmals antwortete. Diese Datenbank enthält insgesamt 1298 Personen, doch nur 600 bis 800 von ihnen haben auf mehr als zehn Fragen geantwortet. Die Abweichungen erklären sich durch die Formulierung der Fragen – und durch das Tool – der Online-Fragebogen bietet Platz für mehr Antworten als dies bei Befragungen unter vier Augen der Fall ist.
Drei Hauptbeschränkungen in Bezug auf das Tool und die Daten müssen herausgehoben werden. Erstens wurde diese Umfrage über die Website von *Sources d'Europe* von ihrem Auftraggeber verbreitet, was nicht ohne Konsequenzen ist, denn nicht jeder hat Internet,

8 Interview mit dem für die Leserbriefe verantwortlichen Chefredakteur in *Télérama* (Mai 2006).
9 Für eine Untersuchung über das Forum : Mange, Marchand, 2007; für eine Untersuchung über die in den drei Zeitschriften veröffentlichten Briefe: Hubé, 2008.
10 Marc Jézégabel, „Europe. Oui ou non ?“

oder begibt sich „ganz selbstverständlich“ auf eine Seite; im Übrigen bestätigt der Auftraggeber diese Unausgewogenheit.

Auf unser Objekt bezogen, handelt es sich jedoch um eine Trumpf. *De facto* gibt sie Gelegenheit, eine Gruppe von Individuen zu beobachten, die ganz besonders dafür gerüstet ist, auf diese Fragen zu antworten, zu denen sie eine Meinung hat. Zweitens werfen diese Daten, ähnlich wie bei den Eurobarometern, zahlreiche Probleme auf, was die Auferlegung einer Problematik angeht. Eine Einschränkung, die man jedoch mit Blick auf das Profil der Gruppe nuancieren muss, die ganz besonders mit diesen Fragen befasst ist, und mit Blick auf die Antwortmodi, bei denen die Teilnehmer die Fragen aus wählen können, auf die sie gerne antworten möchten. Drittens wirft die Konstruktion mehrerer Fragen ein Problem auf, besonders auf Grund des Ungleichgewichts zwischen „negativen“ und „positiven“ Modalitäten: So werden den Befragten zum Beispiel zur Einführung des Euro drei negative Modalitäten, fünf positive und eine Modalität „Sonstiges“ vorgeschlagen.Das Hauptinteresse dieser Untersuchung ist jedoch, abgesehen von der Sammlung von Meinungen über Europa und von Personen, die von Europa mobilisiert werden, das Vorhandensein von Fragen, die sich auf die sozio-demographischen Charakteristika der Befragten beziehen (Geschlecht, Alter, Schul- oder Studienabschluss, sozio-professionelle Kategorie, Wohnort) und die Möglichkeit bieten, das Profil derjenigen besser kennenzulernen, die zu europäischen Fragen das Wort ergreifen – was innerhalb der Untersuchungen, die bislang auf Internetforen durchgeführt wurden, ein ziemliches Novum ist.

In Bezug auf Europa aktiv werden? Die seltene Mobilisierung eines politisierten Publikums

Obwohl sie in der Regel selten sind, werden die Äußerungen von Standpunkten zu Europa zahlreicher, wenn sich Europa im Zentrum der Medienberichterstattung befindet, wie zur Zeit des Referendums über den Europäischen Verfassungsvertrag.

Eine Rede, die sich an der Medienagenda orientiert

Die Briefe an *L'Alsace* und die *Dernières nouvelles d'Alsace* (*DNA*) zeigen, dass Europa im Alltag kaum erwähnt wird: Zuschriften, die die EU zum Hauptthema haben, stellen maximal 3% des Materials dar (n=45), 11% erwähnen „Europa“ oder ein europäisches Land. Erst als die Bürger im Rahmen des Referendums über den VVE am 29. Mai 2005 zu den Urnen gerufen werden, greifen einige von ihnen zur Feder, um ihre Ansicht vorzubringen. Mehr als ein Drittel der bei den Regionalzeitungen eingegangenen Zuschriften, die sich in der ein oder anderen Art und Weise mit Europa beschäftigen, beziehen sich auf das Referendum (36% des Korpus, d.h. 66 Zuschriften).

In den untersuchten Zuschriften ist Europa ein Sekundäraspekt. Es kommt darin als ein Element wie andere auch vor, um Situationen oder nationale

Themen zu kommentieren. Man kann über ein europäisches Thema schreiben, ohne damit Europa zu meinen, wie während des Referendums über den VVE. Die Hälfte der Briefe, die das Referendum erwähnen, hat nicht die europäische Integration als Hauptthema, und zwei Drittel der Briefe beziehen sich auf nationale Themen. Die Demonstration der Hafenarbeiter gegen ein vom Europaparlament geplantes Projekts zur Liberalisierung der Hafendienste, die im Januar 2006 in Straßburg stattfand, liefert den Anlass für Zuschriften, von denen drei keinerlei Verweise auf die betreffende Richtlinie oder auf das soziale Europa enthalten (Kasten 2). Ebenso werden auch die Europa-Abgeordneten nur zweimal erwähnt, in Briefen, in denen es eigentlich um die übertriebene und kostspielige Vervielfachung der Verwaltungsstufen in Frankreich geht. Für diese Leserschaft tritt „Europa" erst in ihre Interessensphäre ein, wenn es ein Ereignis darstellt und verweist nur selten, oder nie, auf den europäischen Integrationsprozess.

Kasten 2:
Kommentare über eine Demonstration von Hafenarbeitern gegen die europäischen Institutionen

BRIEF VOM JANUAR 2006, DNA: EINE PERSONALISIERTE ANPRANGERUNG DER GEWALTTÄTIGKEIT DES EREIGNISSES.

Gegenstand: die Ausschreitungen betreffend, zu denen es in Folge der Demonstration der Hafenarbeiter in Straßburg kam
„Ich habe immer Respekt vor der freien Meinungsäußerung gehabt; Forderungen erheben, sein Arbeitswerkzeug verteidigen, schön und gut, aber: Was zu viel ist, ist zu viel. Ich bin Vater einer 16-jährigen Tochter, die auf dem Heimweg nach ihrem Arbeitstag (als Auszubildende) mitten in die Demonstration hineingeriet. [...] Umgeben von Demonstranten und von CRS (auf Demonstrationen spezialisierte Polizeieinheit, vergleichbar mit dem SEK in Deutschland) und inmitten der Tränengase (sic), hat sie die Gewalt in Reinform erlebt. Verängstigt und orientierungslos, gelang es ihr mehr schlecht als recht, nach Hause zu kommen, doch hatte sie dabei die Illusion verloren, die ich seit ihrer frühesten Jugend intakt zu halten versuchte. [...] Was für eine Welt hinterlassen wir unseren Kindern? "

BRIEF VOM 17. JANUAR 2006, DANN: EINE ETHISCHE INFRAGESTELLUNG DER POLITISCHEN VERANTWORTUNGSLOSIGKEIT.

„Die Heftigkeit, mit der die Hafenarbeiter aufgetreten sind, hat mich keineswegs überrascht. [...] Ich dachte mir, dass wir diese Art von Ausbruch in der Tat hätten vermeiden können, vor allem wenn dieser Text im Jahr 2003 zurückgenommen worden wäre. Ich frage mich, ob nicht jeden Morgen irgendjemand auf die komische Idee kommt, bestimmte etablierte Dinge zu zerstören, mit dem Wissen, dass das Projekt nicht bis zum

Ende funktionieren würde. Dies führt uns dann zu den Provokationen und Übergriffen jeglicher Art des 16.1. 2006. Warum Sachgüter zerstören und warten, bis es auf beiden Seiten Verletzte gibt, um schließlich zu dem Ergebnis zu kommen, dass dieser Text nicht zustande kommt. Alle werden für den entstandenen Schaden zahlen müssen. Meine Herren Abgeordneten, denken Sie über die dramatischen Konsequenzen nach, die das haben kann, und natürlich sollten Sie überprüfen, wie manche Länder geführt werden."

BRIEF VOM 18. JANUAR 2006, DNA: DAS WIEDERAUFLEBEN DER ALTEN POLITISCHEN SPALTUNGSLINIEN.
„Betreff: die Hafenarbeiter ährend des Indochina-Krieges wurden die aus dem Kampf zurückgekehrten Verwundeten auf ihren Tragen von den Hafenarbeitern in Marseille mit einem Regen von Bolzen, Schraubenmuttern usw. „empfangen"! Alle Zeitungen schrieben damals darüber, mit Photos als Beweisen. „Der Apfel fällt nicht weit vom Stamm". Denken Sie darüber nach!" (ungekürzt)

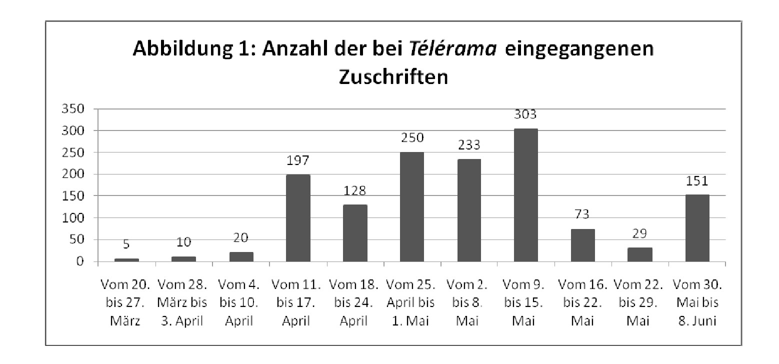
BRIEF VOM 23. JANUAR 2006, DNA: EINE KRITIK AN DER „VERANTWORTUNGSLOSEN UND INKOMPETENTEN" „WELTFREMDHEIT" DER EUROPÄISCHEN REGIERUNG:
„Kommissar Barrot bedauert [...] nach den schlimmen Vorfällen und den enormen Kosten, die durch die europäischen Bergleute (sic) verursacht wurden. Wie kann man nur so weltfremd sein? Glaubte er, die harten Jungs aus den Häfen würden kommen, um ihm einen Kuss auf die Stirn zu geben? [...] Diese unnötige Provokation scheint seitdem nur noch als „rotes Tuch" zu dienen. Sagen Sie mir, meine Herren: Ist das vielleicht Europa? Ah, wie gut wir regiert werden! Auch: Steuerzahler, an eure Portemonnaies, damit die Verantwortungslosen und die Inkompetenten ihren Spaß haben! Wenn man eines Tages welche von denen ins All schießen würde, könnten die sich dort gar nicht genug drehen..."

BRIEF VOM 10. APRIL, DNA : EINE LOKALISTISCHE LESART DES EREIGNISSES UND DER EUROPÄISCHEN VERSCHWENDUNG.
„Straßburg und die europäischen Institutionen. Es ist sehr befriedigend, in Brüssel zu versammeln, was unter großen Kosten (unseren Steuergeldern!) zwischen Brüssel und Straßburg verteilt war. Das wird unsere Stadt nichts von ihrem europäischen Charakter nehmen, der sich für immer in ihre Geschichte eingeprägt hat, in ihre Denkmäler, in ihre Bewohner.

[...] Diese Zusammenfassung der europäischen „Macht" in Brüssel wird uns in Zukunft davor bewahren, sachbeschädigende Demonstranten über Straßburg hereinbrechen zu sehen, wenn sie gegen Maßnahmen protestieren müssen, die von der soeben genannten Macht durchgeführt wurden, oder solchen, die sie von ihr befürchten."

Was die Leser von *Télérama* dazu motiviert, aktiv zu werden, sind weniger die Zielsetzungen des Vertrages, als die Tatsache, dass sich die Wochenzeitschrift zum Meinungsführer aufschwingt (siehe Abbildung 1). Die Reaktion

der Schreiber wird vor allem durch den Leitartikel des Herausgebers Marc Jézégabel ausgelöst. Während die Zeitschrift im Verlauf der drei vorhergehenden Wochen nur 35 Briefe erhalten hat, bekommt sie in der Woche des Leitartikels (vom 11. bis 17. April 2005) 197 Briefe allein zum Thema des VVE. Die Leser werden noch stärker auf die Sondernummer vom 4. Mai „JA/NEIN zur Europäischen Verfassung. Unsere Leser engagieren sich“ reagieren. Im Verlauf dieser Woche und der darauf folgenden werden 536 Briefe abgeschickt (d.h. mehr als ein Drittel der eingegangenen Schreiben). Diese Mobilisierung scheint einige Tage vor der Abstimmung zu Ende zu gehen.[11] Die ereignisorientierte Logik, die sich im Fall der Regionalpresse feststellen lässt, findet sich nach Abschluss der Abstimmung wieder. Am Tag nach der Abstimmung erhält die Wochenzeitschrift noch 151 Briefe (126 drei Tage nach der Abstimmung und 25 in den acht darauf folgenden Tagen). In diesem Punkt folgt die Themensetzung der Interessen der Bürger denen der Berufspolitiker und der Leitartikler der nationalen Tagespresse (Gombin, Hubé, 2009).



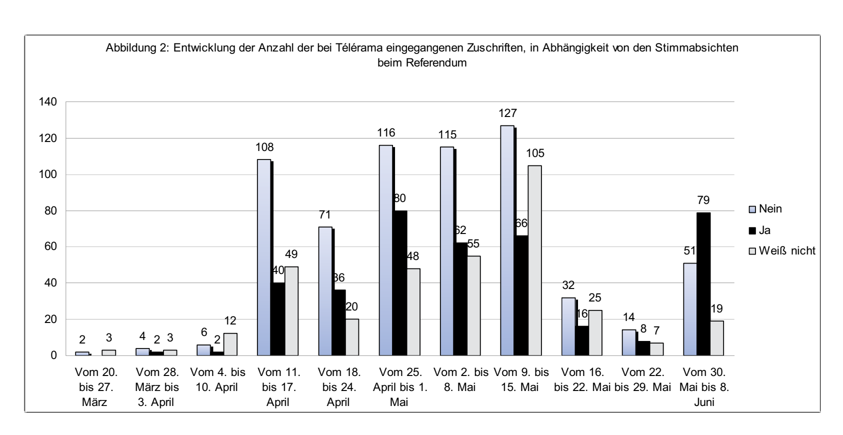
Sowohl bei der regionalen Tagespresse als auch bei der kulturellen Wochenpresse hängt die Mobilisierung der Bürger also mit Elementen zusammen, die durch den Zeitpunkt bedingt sind. Europa ist für die Bürger kein routinemäßiges Interessensgebiet.

---

11 Wir verzeichnen zwischen dem 16. und dem 29. Mai nur 102 Briefe, d.h. weitaus weniger als in den letzten eineinhalb Monaten jeweils wöchentlich eingegangen waren, und dies trotz der Tatsache, dass wir nicht über die Briefe verfügen, die zwischen dem 19. und dem 25. Mai eingegangen sind. Bezüglich der Abnahme der Zuschriften zwischen dem 18. und dem 24. April lassen sich mehrere Hypothesen vorbringen. Erstens könnte der Tod von Johannes Paul II. und die Ernennung von Benedikt XVI. zum Papst die Aufmerksamkeit der Leser abgelenkt haben. Die zweite Hypothese scheint in die Richtung einer Mobilisierung zu gehen, die mit der Presse zusammenhängt: Nachdem *Télérama* nach seinem Leitartikel nicht mehr zugunsten des VVE Stellung bezogen hat, mussten die Leser nicht mehr reagieren.

Das Zuschautragen einer politischen Meinung

Die Rubrik „Leserbriefe" organisiert einen Diskussionsraum innerhalb einer politischen Gemeinschaft (Ebel, Fiala, 1981; Pounds, 2006).[12] Zum Zeitpunkt des Referendums, wo die politischen Positionen massiv geäußert werden, wird überall so getan, als ob die schreibenden Leser unbedingt eine Wahl treffen müssten. Die Inszenierung eines solchen Diskussionsraumes ist umso zwingender, als die Leitartikler öffentlich für das „Ja" Position bezogen haben. Nur wenige der veröffentlichten Zuschriften sprechen sich offen für eine Enthaltung aus (insgesamt 16 Leserbrief-Schreiber) oder äußern sich überhaupt nicht über ihre Wahlabsichten oder über die Debatte (34 Zuschriften). Die Rede der in dieser Debatte mobilisierten Bürger ist eine Rede von politisierten Lesern, die auf die Verordnung einer „Ja"-Stimme durch die Wochenzeitung reagieren. Die Leserbrief-Schreiber, die das „Nein" befürworten, stellen mehr als die Hälfte der erhaltenen Briefe dar (46%, 646 Briefe), gegenüber etwas mehr als einem Viertel für die Anhänger des „Ja" (28%, 391 Briefe);[13] ein Viertel der Zuschriften bezieht keine Stellung zur Abstimmung, sondern zu der Wendung, die die Debatte genommen hat.



Wenn man eine diachronische Perspektive einnimmt (Abbildung 2), stellt man fest, dass die Anhänger des „Nein" sehr heftig auf den Leitartikel und auf die vor der Abstimmung veröffentlichten Ausgaben reagieren, während die Wähler, die für das „Ja" waren, erst nach der Abstimmung aktiv werden, um

12 Bei *Télérama* hat das europäische Referendum angeblich zu einem Verlust von 0,5% der Abonnenten geführt. Interview mit dem für die Leserbriefe in Télérama zuständigen Chefredakteur (23. Mai 2006).

13 Hier muss angemerkt werden, dass die Redaktion in ihrem Bemühen um die Einhaltung der journalistischen Ausgewogenheit zu 48% Briefe veröffentlichen wird, die das „Nein" befürworten, gegenüber 39% für das „Ja" (Hubé, 2008).

sich über das Ergebnis des Referendums zu erregen.[14] Die Neigung, eine politische Entscheidung zur Schau zu tragen, unterstreicht die Tatsache, dass die öffentliche Meinung durch ein Ereignis mobilisiert wird, das mit Europa zu tun hat, doch dass sie nicht unbedingt von den Themen der europäischen Integration motiviert wird.

Europa bleibt entfernt: der Fall der Antworten auf die Online-Umfrage

Selbst wenn man eine Population berührt, die *a priori* für die europäischen Thematiken empfänglich ist – wie Internet-Nutzer, die sich auf Websites begeben, die der europäischen Konstruktion gewidmet sind – sind die gestellten Fragen nicht immer selbstverständlich. Obwohl man hier ein Publikum anspricht, das sich aktiv mit diesen Fragen auseinandersetzt, sind die Nicht-Antworten im Rahmen der Online-Umfrage relativ zahlreich: zwischen 44% und 79% (Tabelle 1). Diese Nicht-Antworten verteilen sich nicht einheitlich. Sie sind weniger zahlreich bei den Fragen zur Einführung des Euro (46% Nicht-Antworten) – einem Gegenstand, der die gesamte Bevölkerung betrifft – oder zur Erweiterung (50% und 52% für die beiden gestellten Fragen) – ein Gegenstand, der vielleicht leichter verständlich ist. Bei den „technischen" Fragen, zum Beispiel in Bezug auf den Binnenmarkt, sind sie dagegen zahlreicher (70% Nicht-Antworten).

Tabelle 1: Antwortrate auf die 14 Fragen der Online-Umfrage auf der Website Sources d'Europe mit den höchsten Teilnehmerzahlen

	Teilnehmer	% Antworten	% Nicht-Antworten	Gesamt
Was ist heute Ihr stärkstes Zugehörigkeitsgefühl (eine Antwort) ?	719	55,4	44,6	100
Welche Schlussfolgerungen ziehen Sie aus der Einführung des Euro (maximal 3 Antworten) ?	700	53,9	46,1	100
Was definiert für Sie am besten die europäische Identität (maximal 3 Antworten) ?	665	51,2	48,8	100

14 Man bemerkt dieses plötzliche Aufflammen der Stellungnahmen für das „Ja" bei den Leitartiklern und den Berufspolitikern in den nationalen Tageszeitungen (Gombin, Hubé, 2009).

Was sollten die Hauptaufgaben Europas sein (maximal 3 Antworten) ?	654	50,4	49,6	100
Wer hat Ihrer Meinung nach in Frankreich von Europa profitiert ? (eine Antwort) ?	653	50,3	49,7	100
In welche geographische Richtung muss man Ihrer Meinung nach vordringlich erweitern (eine Antwort) ?	653	50,3	49,7	100
Welche Hauptvorteile bringt Europa für Frankreich mit sich (maximal 3 Antworten) ?	633	48,8	51,2	100
Was sollte Ihrer Meinung nach auf längere Sicht aus Europa werden (eine Antwort) ?	632	48,7	51,3	100
Welche Schlussfolgerungen ziehen Sie aus der Erweiterung (maximal 3 Antworten) ?	621	47,8	52,2	100
Was war Ihrer Meinung nach die Hauptauswirkung des „Nein" beim Referendum (eine Antwort) ?	613	47,2	52,8	100
Welches sind die negativsten Auswirkungen Europas auf Frankreich (maximal 3 Antworten) ?	604	46,5	53,5	100
Was empfehlen Sie für das Projekt der europäischen Konstruktion (eine Antwort) ?	596	45,9	54,1	100
Erleichtert der Binnenmarkt die Mobilität der Arbeitnehmer (eine Antwort) ?	391	30,1	69,9	100

Die Antwortraten verteilen sich je nach den sozialen Charakteristika der Antwortenden in unterschiedlicher Weise (Gaxie, 1978). Die ältesten Befragten, die mit dem niedrigsten Abschluss, die häufig Hausfrauen, Arbeitssuchende oder Rentner sind, haben die niedrigsten Antwortraten.

- Auf die Frage „Wer hat in Frankreich von Europa profitiert ?": mehr als 60% Nicht-Antworten bei den Befragten über 60 gegenüber weniger als 50% bei den Befragten unter 40; 75% bei den Arbeitssuchenden, 62% bei den Personen ohne Beschäftigung und 53% bei den leitenden Angestellten und Studenten.

- Auf die Frage nach der Hauptauswirkung des „Nein" beim Referendum: 63% keine Antwort bei denjenigen, die kein Abitur haben, gegenüber 55% bei denjenigen, die ein vierjähriges Studium absolviert haben; 72% der Arbeitsuchenden, 62% der Unbeschäftigten, 57% der leitenden Angestellten, 56% der Studenten.
- Auf die Frage: „Was empfehlen Sie für das Projekt der europäischen Konstruktion?": 63% der Nicht-Antworten bei den Befragten mit einem Abschluss unter Abiturniveau, 59% mit einem mindestens vierjährigen Studium; 69% der Studenten.

Folglich verteilen sich die Antworten auf die Online-Umfrage deutlich ähnlich wie bei anderen Meinungsumfragen über Europa: Die besonders zahlreichen Nicht-Antworten sind je nach den sozialen Charakteristika der Antwortenden unterschiedlich verteilt. Wir müssen außerdem präzisieren, dass die festgestellten Abweichungen im Vergleich zu anderen Umfragen über politische Gegenstände ziemlich relativ bleiben. Dies liegt daran, dass sich die Personen, die den Schritt unternehmen, auf eine derartige Umfrage zu antworten, bereits im Vorfeld durch eine überdurchschnittlich hohe soziale Position und Europa-Vertrautheit (vgl. unten) auszeichnen.

Kasten 3:
Kritisches Feedback zu den Eurobarometern

Die Distanz zu Europa, die hohen Raten von Nicht-Antworten auf Fragen danach und ihre unterschiedliche Verteilung zwischen den Antwortenden unterstreichen die eindeutigen Grenzen des Verfahrens und der Ergebnisse der Eurobarometer. Die Eurobarometer weisen fast keine Nicht-Antworten auf. Obwohl es möglich ist, auf jede der von ihnen gestellten Fragen mit „weiß nicht" zu antworten – eine Ausfluchtsmodalität, die einer Nicht-Antwort sehr nahekommt – bleibt diese Entscheidung dennoch eher selten: Sie betrifft beispielsweise maximal 12% der Antwortenden der EB65 von 2006 und EB69 von 2008. Dies würde bedeuten, dass ein angeblich für die Bevölkerung repräsentatives Publikum leichter und bereitwilliger auf die Fragen zu Europa antworten würde, als ein mobilisiertes Publikum, das den Schritt unternommen hat, an einer Online-Umfrage teilzunehmen, und das höhere Studien- und Schulabschlüsse als der Durchschnitt besitzt. Derartige Unterschiede stellen die Untersuchungsbedingungen der Eurobarometer in Frage.

Sozial situierte Wortmeldungen

Die Mobilisierung dieser drei Materialien verleiht Aufschluss über den außergewöhnlichen Charakter der Stellungnahmen zu Europa, besonders in Abhängigkeit von ihrem Vorhandensein in der Medienberichterstattung und ihrer Politisierung. Europa ist nur selten Gegenstand einer besonderen Aufmerksamkeit, und wenn dies der Fall ist, bleibt es häufig entfernt. Die Analyse der gesammelten Daten verleiht auch Aufschluss über den untypischen Charakter des mobilisierten Publikums. Die Neigung, sich zu diesem politischen Thema zu Wort zu melden, ist proportional zu dem „Gefühl, zum Reden berechtigt zu sein" (Bourdieu, 1987). Sie scheint auch durch eine Form von intellektuellem „guten Willen" konditioniert zu sein. Obwohl es schwierig ist, komplette Informationen zu erhalten, bemerkt man dennoch, dass die Wortmeldungen im Fall von *Télérama* überwiegend männlich sind, mit dem Niveau des Studienabschlusses zusammenhängen und eher von Personen aus der Nähe des intellektuellen Pols des sozialen Raumes kommen.

Eine männliche Rede

Unter den Antwortenden auf die Online-Umfrage zählt man 58% Männer, 83% unter den Leserbriefschreibern der regionalen Tagespresse, und 72% unter denen von *Télérama*.

Tabelle 2 : Geschlecht der Leserbriefschreiber, der Zeitungsleser und der Antwortenden auf die Online-Umfrage

	Télérama			Regionale Tagespresse			*Sources d'Europe*	
	Anz. der Brief-schrei-ber	% der Brief-schrei-ber	% der Leser schaft	Anz. der Brief-schrei ber	% der Brief-schrei-ber	% der Leser-schaft	Anz. der Antwor-tenden	% der Ant-wortenden
Frauen	308	22	53,9	17	9,3	49	297	22,9
Paare	5	0,35						
Männer	1000	71,5	46,1	151	83	51	421	32,4
KA	86	6,15		14	7,7		580	45
Gesamt	1399	100	100	182	100	100	1298	100

Quellen: für die Wochenpresse, Untersuchung AEPM, Lesegewohnheiten, Sammlung Juli 2003-Juni 2004 ; für die elsässische Presse, Untersuchung EPIQ, Lesegewohnheiten, Sammlung Juli 2005 – Juni 2006

Die Wortmeldungen zum Thema unterscheiden sich kaum von denjenigen zu anderen politischen Gegenständen (Achin *et al.*, 2007: 111-115). Obwohl die Frauen 49% der Leserschaft der regionalen Wochenpresse darstellen, machen sie unter den Leserbriefschreibern nur 9% aus. Für *Télérama* zählt man 54% Frauen unter den Lesern, gegenüber 22% unter den Leserbriefschreibern. Lediglich die Umfrage ist ein wenig ausgeglichener, mit 41% unter den Antwortenden, deren Geschlecht ermittelt werden kann, was *a priori* auch mit dem Niveau des Studienabschlusses und dem Beruf dieser Population zusammenhängt.

Die Stellungnahmen einer gebildeten Öffentlichkeit

Die mobilisierten sozialen Akteure stammen in der Tat aus den Bereichen des sozialen Raumes, die über Universitätsabschlüsse verfügen. Im Falle der Online-Umfrage ist die Variable, die das Profil der untersuchten Teilnehmer am meisten spaltet, der Schul- oder Studienabschluss: Unter den 773 Antwortenden, die ihren Abschluss angegeben haben, haben 86% zumindest Abitur (gegenüber 33% der französischen Gesamtbevölkerung im Jahr 2007),[15] 53% mindestens einen Abschluss nach einem vierjährigen Studium, d.h. fünf Mal mehr als die Bevölkerung Frankreichs in ihrer Gesamtheit. Eine andere Variable, die auf eine gewisse Besonderheit der Leserschaft hindeutet, ist der Beruf. Es handelt sich überwiegend um Führungskräfte (ein Drittel der 784 Antwortenden auf diese Frage) und Studenten (ein Viertel, hierbei ist zu bemerken, dass sich 11% der französischen Bevölkerung über 15 Jahre gerade im Studium befindet), im Gegensatz zu den Arbeitern und den Angestellten (jeweils 1,5% und 15%).[16] Man muss ebenfalls das hohe Abschlussniveau der anderen Kategorien unterstreichen: 53% der Antwortenden, die arbeitsuchend sind, haben mindestens ein vierjähriges Studium absolviert, 43% der Handwerker, 42% der „anderen sozio-professionellen Kategorien", 36% der Rentner, 26% der Angestellten.

Abgesehen von der Neigung, das Wort zu einem politischen Gegenstand zu ergreifen, verfügen diese mobilisierten Publikumsanteile über eine konkrete Erfahrung mit dem internationalen Bereich und mit Europa: 23% der 391 Personen, die im Rahmen der Online-Umfrage auf die Frage nach der Erleichterung der Mobilität der Arbeitnehmer durch den Binnenmarkt geantwortet haben, erklären, dass sie bereits in einem anderen EU-Land gearbeitet haben. Die Europa-Erfahrung ist ein strukturierender Faktor für die Grundeinstellun-

15 Quelle: Insee, Studien zum Arbeitsmarkt 2007.

16 Wenn man nur die beschäftigten Teilnehmer betrachtet, stellen die Arbeiter 2% der Antwortenden dar und die Angestellten 21%, im Gegensatz zu jeweils 23% und 30%, die sich anteilig an der französischen Gesamtbevölkerung ausmachen lassen (Quelle: Insee, Untersuchungen zum Arbeitsmarkt 2007).

gen zu Europa. Diese soziale Auswahl eines Publikums, das sich von europäischen Fragen angesprochen fühlt, wird durch die Lesebriefe an *Télérama* bestätigt, bei denen der Beruf der Verfasser bekannt ist (91 Briefe). Es ist nur logisch, dass rund zwei Drittel am intellektuellen Pol des sozialen Raumes angesiedelt sind: 25 lassen sich der vom INSEE (nationales Institut für Statistik und Wirtschaftsforschung, Anm. d. Ü.) verwendeten Kategorie „intellektuelle Führungsposition“ (Universitätsdozenten und -professoren) zuordnen, 16 sind Lehrer, 13 Studenten (vor allem Doktoren und Doktoranden in den Bereichen Jura und Politikwissenschaft). Die anderen Leserbriefschreiber haben ebenfalls ein besonderes Profil: Sie haben beruflich mit den europäischen Institutionen zu tun („Generaldirektor ehrenhalber der Europäischen Kommission“; „Präsidentin der Wirtschafts- und Währungskommission des Europaparlaments“), sind Mitglieder bedeutender staatlicher Körperschaften („Staatsingenieur für Brücken- und Straßenbau“) oder Berufsjuristen („Anwalt im Pariser Oberlandesgericht“). Der Hauptanteil der Arbeiter, die auf die Umfragen geantwortet haben, sind Gewerkschaftsvertreter (Gaxie, 1990), wie zum Beispiel ein „pensioniertes Mitglied der Buchdrucker-Gewerkschaft“.

Ein Publikum aus der Île de France

Dieses intellektuelle Profil geht mit einer Überrepräsentierung der Einwohner des Ballungsraums Paris, der Île de France, einher: 33% der Antwortenden auf die Online-Umfrage und 35% der Verfasser der Leserbriefe an *Télérama* (gegenüber 18% der französischen Gesamtbevölkerung),[17] davon in beiden Fällen 14% Bewohner des Pariser Stadtgebiets (gegenüber 3,5% der französischen Gesamtbevölkerung).

Die Leser aus der Île de France und aus den Großstädten (Tabelle 3) sind eher dem „Ja“ zugeneigt, während die Einwohner kleinerer Gemeinden dem VVE eher ablehnend gegenüberstehen. Die Leserbriefschreiber aus dem Pariser Umland stehen dem VVE weitaus weniger positiv gegenüber als die Bewohner des Stadtgebiets – ein Ergebnis, das wohl auch mit der sozialen Zusammensetzung von Hauptstadt und Umland zusammenhängt.

17 *Quelle: Insee.*

Tabelle 3: Wohnorte und Abstimmungsabsichten der Leserbriefschreiber von Télérama

Wohnort	Anz. der Brief-schreiber	%	Abstimmungsabsichten (in %)				
			Nein	Ja	Enthaltung	Weiß nicht	KA
Paris	124	13,98	34,68	41,94	2,42	1,61	19,35
Ile de France (außerhalb Paris)	187	21,08	48,66	26,20	0,53	2,14	22,46
Stadtgemeinde von mehr als 100.000 Einwohnern	198	22,32	42,93	37,88	2,53	1,01	15,66
Stadtgemeinde von 20.000 bis 100.000 Einw.	110	12,40	51,82	20,91	0,91	1,82	24,55
Stadtgemeinde von unter 20.000 Einwohnern	155	17,47	55,48	20,65	-	1,94	21,94
Ländliche Gemeinden	110	12,40	57,27	23,64	-	2,73	16,36
EU-Ausland	3	0,34	-	66,67	-	-	33,33
Keine Angaben	512	-	43,16	25,78	1,17	4,1	25,78
Gesamt	1399	100	46,18	27,95	1,14	2,64	22,09

Eine Leserschaft von politischen Aktivisten?

Es lässt sich zwar mutmaßen, dass ein überwiegend intellektuelles Publikum politisch eher links orientiert ist, doch ist es schwierig, präziser zu sein. Nur 37 der Verfasser der Leserbriefe an *Télérama* tun ihre politischen Vorlieben kund, davon zwei, um auf der Tatsache zu bestehen, dass sie schreiben, ohne Mitglieder einer politischen Gruppe zu sein. Von den wenigen, die ihr Engagement herausstellen, geben 7 ihren Berufsstatus an, davon ein Rentner, der Mitglied des „Ortverbands der Deportierten, KZ-Häftlinge und Familien der Vermissten" ist und durch die Erwähnung seines Status an eines der Prinzipien erinnern will, die der europäischen Konstruktion zu Grunde lagen: den Frieden. Der Großteil derer, die eine kollektive Aktivität erwähnen, sind Mit-

glieder eines Vereins: 9 sind Mitglieder der „Bewegung für eine bürgerliche Initiative“, 4 von Kollektiven für das „Nein“, die anderen Mitglieder von NGOs (Fondation Abbé Pierre oder Liga für die Frauenrechte). Man zählt einige Anhänger linker Parteien (PS, PCF oder Grüne) oder Gewerkschaftsvereinigungen (CGT, Sud). Eine mögliche Interpretation ist, dass die Leserbriefschreiber sich bewusst waren, dass eine Erwähnung dieser Profile die Veröffentlichung ihrer Texte kaum wahrscheinlicher machen würde.

Definitiv lässt sich sagen, dass die Tatsache, männlich zu sein, über einen Studienabschluss zu verfügen, dem intellektuellen Pol des sozialen Raum nahezustehen und über eine gewisse Politisierung und Erfahrung im internationalen Bereich zu verfügen, eine Wortmeldung zu den Thematiken begünstigt, die mit der europäischen Konstruktion zusammenhängen, und dass diese Tatsache auch die Art und Weise beeinflusst, wie diese Thematiken erwähnt werden.

Von welchem Europa spricht man? Feedback zu den Grundeinstellungen

Von welchem Europa sprechen diese Akteure mit den besonderen Profilen? Was sagen sie darüber? Die meisten Briefe an die Zeitungen erwähnen ein Europa mit undeutlichen Umrissen, dem man sich aus der Perspektive der nationalen politischen Aktivität und Wirtschaft annähert. Das politische Wesen des Themas verleitet zu allgemeinen Schlüssen. Dabei sind privative Reden relativ ausgeschlossen (Boltanski, Darré, Schiltz, 1984). Die Modalitäten der Wortmeldungen variieren je nach dem Presseorgan, an welches das Schreiben gerichtet ist: ein Grundeinstellungstyp mit Zwischenstatus im Falle der Medien mit Zwischenstatus (der regionalen Tagespresse), ein synoptischer Typ im Falle der kulturellen Wochenzeitschrift oder der Website, die sich mit europäischen Fragen beschäftigt.

Die allgemein begrenzte Implikation der Leserbriefschreiber der Regionalpresse

Durch die Art und Weise, wie sie den Begriff „Europa“ verwenden und Thematiken erwähnen, die auf die europäische Integration verweisen können, zeigen die Schreiben an die Regionalpresse die Verschiedenheit der Verständniselemente und ihre Verstreuung.[18] Die „europäischen“ Thematiken sind darin vor allem Gegenstand wirtschaftlicher oder nationaler Lesarten – die sich auf ein Gefühl des nationalen Niedergangs stützen – und sind somit

18 Man findet hier die in Kapitel 3 formulierten Feststellungen wieder.

nicht spezifisch mit den Maßnahmen der europäischen Konstruktion verknüpft. Sie beziehen sich auf das Urteil über die Steuern, wenn sie von Wirtschaft sprechen, auf die Politik im Allgemeinen, wenn sie die europäische Konstruktion kritisieren, oder auf die Immigration, wenn sie von der Erweiterung sprechen.

Die Post an die Regionalpresse zeigt nämlich deutlich, wie extrem instabil der Ausdruck „Europa“ eigentlich ist. Rund zwei Drittel der Schreiben beziehen sich auf ein (geographisches, politisches, wirtschaftliches…) europäisches Gebilde (n=109) oder verwenden den Ausdruck „Europa“, ohne ihn weiter zu präzisieren (n=67). Ungefähr ein Viertel dieser Briefe übernehmen den genaueren Ausdruck „Europäische Union“. Die anderen (11%) lassen sich zwischen Metonymie („Brüssel“), Spezialisierung („Euro-Zone“), und veralteten („Europäische Gemeinschaft“) oder ungefähren Bezeichnungen („Brüsseler Europarat“) teilen.

Rund ein Drittel des Korpus (31%) enthält eine wirtschaftliche Dimension, durch die breitgefassten Thematiken von Konkurrenz, Markt, Liberalismus oder in Bezug auf Realitäten, die die Schreiber unmittelbarer betreffen, wie Löhne, Preise oder Produktion. Allein 6% des Korpus beziehen sich auf den Arbeitsplatz. Die Steuern kommen in ungefähr 4% der Zuschriften vor und werden aus der kritischen Perspektive der „Verschwendung“ mit Europa assoziiert. Dagegen behandeln nur wenige Schreiben den Fall des Euro (3 Schreiben, d.h. 1,5% des Korpus), davon einer spezifisch auf die Euro-Zone bezogen, und ein anderer mit dem Wunsch, „die Leser vor jeglichem Versuch der illegalen Verbreitung „chilenischer Pesos“ zu warnen“, die den Euros sehr ähnlich sehen. Ein einziger Brief hat die Landwirtschaft zum Gegenstand, um die Nicht-Einhaltung der europäischen Normen durch die Landwirte zu kritisieren. Die Schreiben drücken somit gewöhnliche Interessen aus, die in einem Zwischenregister geäußert werden, in dem das Allgemeine (das Projekt der Konstruktion eines Wirtschaftsraums), das Besondere (die Löhne und die Preise) und sogar das Anekdotische (der Betrug durch die Ähnlichkeit von Geldstücken) einander sehr nahe liegen.

Abgesehen von der Wirtschaft, kommen auch noch andere Thematiken vor. Die häufigste ist die EU-Erweiterung (9% des Korpus), hauptsächlich um die Ablehnung des Beitritts der Türkei herum artikuliert (rund 2/3 dieser Zuschriften, n=11), die als eine kulturelle und wirtschaftliche Bedrohung für Europa wahrgenommen wird. Die Immigration (besonders im Zusammenhang mit der Türkei) beschäftigt 5% der Leserbriefschreiber. Somit verweist die Frage nach der Erweiterung auf eine gewisse Beunruhigung in Bezug auf das Ausland, im Gegensatz zu äußerst allgemeinen Werten („Zivilisation“, „Kultur“). In diesem Register wird auch der „Frieden“ (rund 5% der Zuschriften) mit Verweis auf die elsässische Vergangenheit erwähnt – ein immer wiederkehrendes Thema innerhalb des gesamten Materials – die von den Kriegen

zwischen Deutschland und Frankreich von 1870 bis 1945 geprägt ist, denen die europäische Konstruktion ein Ende gesetzt hat. Ein einziger Brief spricht sich für den „8.Mai" als „Europa-Feiertag" aus. Auch hier verweist die Diskussion über europapolitische Zielsetzungen (die europäische Erweiterung oder Integration) auf Interessen mit Zwischenstatus (die Auswirkungen der Immigration oder der europäischen Konstruktion auf die Grenzen der Region, in der die Briefschreiber wohnen).

Diese Verminderung der europäischen Zielsetzungen lässt sich an der Tatsache beobachten, dass mehr als die Hälfte des Korpus (56%) eine nationale Dimension beinhaltet und auf nationale Themen verweist: Überlegungen zur nationalen Wirtschaft, das nationale politische Spiel, den Lebensstandard, den Zustand Frankreichs, usw. Ebenso lässt sich dieser Einfluss des nationalen Blickwinkels in Bezug auf den Raum beobachten, den er bei den Vergleichen einnimmt, die die Lesebriefschreiber der Regionalpresse vornehmen (der Vergleich ist eine Beweisform, die in rund 40% der Schreiben vorkommt), da diese im Wesentlichen mit bestimmten Ländern durchgeführt werden (23 europäische Länder werden somit innerhalb des Korpus zitiert – doch konzentrieren sich die Vergleiche auf vier Länder, zunächst auf das an das Elsass angrenzende Deutschland (42% der Vergleiche, n=30), dann seltener auf Großbritannien (19%, n=13), Italien (11%) und Spanien (8%)). Die europäischen Zielsetzungen kommen nur vor, wenn sie mit dem nationalen Rahmen verbunden werden können.

Vermutlich lässt sich in diesen Schreiben mit „nationalem" Verständnis am stärksten eine „kulturalistische" Dimension beim Erfassen der europäischen Konstruktion beobachten. In der Tat zieht sich eine Thematik quer durch all diese Zuschriften: die des Niedergangs Frankreichs und der Unfähigkeit seiner Eliten. 10% der Schreiben sprechen von einem Frankreich, das den „letzten Platz in Europa" einnimmt, über das sich „ganz Europa totlacht", das Land, wo „alles schlecht läuft". Rund 15% enthalten eine unmittelbare Kritik an der politischen Führungsriege, den Abgeordneten, der Regierung oder ganz einfach an Präsident Chirac selbst (der als einer der wenigen Namen regelmäßig erscheint). Unter anderem werden diesen Eliten Unfähigkeit, Ineffizienz, Gewinnsucht und Machtgier vorgeworfen. Diese beiden Themen werden in der Regel im Modus des „Sie" gegen „Uns", der „Kleinen" gegen die „Großen" und des Niedergangs geäußert. In diesen Briefen ist Europa gleichzeitig Indikator (durch den Vergleich), Symptom (der Aufgabe der nationalen Verantwortung) und Grund (die Verschwendung, usw.) für den Niedergang. Außerdem erwähnt mehr als die Hälfte der Zuschriften mit einer nationalen Dimension das Referendum (52% dieser Zuschriften, d.h. rund ein Drittel des Gesamtkorpus: 29%). Die Verbindung zwischen Europa und dem nationalen Rahmen funktioniert somit in doppelter Weise: Europäische Themen werden mit Blick auf die nationalen (oder sogar regionalen) Maßnahmen

bewertet, und Europa wird als ein Bewertungskriterium (unter anderen) für die nationale Politik eingesetzt. So kann es also in einem Brief an *L'Alsace* um einem Vergleich zwischen dem Verdienst der „*Regierungszeiten*" der Präsidenten de Gaulle und Mitterrand gehen, bei dem besonders deren jeweilige Rollen bei der europäischen Integration betrachtet werden, und so kann ein anderer das „Nein" zum VVE zum Ausdruck einer lokalistischen Kritik an J. Chirac machen („Ach wirklich! Präsident Jacques Chirac wird nicht kommen, um das Elsass-Mosel-Denkmal einzuweihen?! Na gut; wenn man uns also erneut im Stich lässt, dann sehe ich nicht ein, warum ich als ehemaliger Zwangseingezogener unserem Präsidenten die Freude machen sollte, für eine Verfassung zu stimmen, die ihm so wichtig ist!").

In diesen Zuschriften an die Regionalmedien findet man die Charakteristika einer allgemeinen begrenzen Implikation, wie sie in Kapitel drei beschrieben wird. Das Urteil beruht ebenso auf praktischen und instrumentalen Überlegungen wie auf Argumenten von allgemeiner Tragweite, doch von ziemlich unbestimmtem Charakter, die meistens außerhalb der Argumentationen liegen, die in den politischen Debatten vorkommen. Dies lässt sich im Rahmen der Zuschriften, die den Niedergang Frankreichs oder seiner Eliten beklagen, beobachten, wo die Einschätzungen nach dem „gesunden Menschenverstand" nah an den Urteilen von ethischem Charakter liegen.

Für eine Minderheit der Zuschriften kann sich diese Zwischenhaltung jedoch einer stärker synoptischen Grundeinstellung annähern (wie bei den Leserbriefen an *Télérama*, vgl. unten), indem sie politische Verallgemeinerung und eine besser informierte Diskussion über die Themen miteinander verbinden. Dies ist im Wesentlichen bei den Schreiben der Fall, die Europa und vor allem den VVE (ca. zehn Schreiben) zum Hauptthema haben. Ihre Verfasser beschäftigen sich spezifisch mit europäischen Themen und setzen dabei präzise Elemente ein (das soziale Europa aus der Perspektive von Artikeln des Vertrages, Kommentare zum Entscheidungsprozess über die Mehrwertsteuer, Zitat eines Europakommissars) – ohne sich jedoch von bestimmten „dazwischenliegenden" Charakteristika wie einer zögerlichen oder wirren Argumentation (die manchmal den Vorgang der Entzifferung erschwert) oder einem personalisierenden und partikularisierenden Stil (die Verwendung der ersten Person Singular, und die Erwähnung der eigenen Situation) zu trennen. In Anbetracht der Tatsache, dass das Material kaum etwas über die Charakteristika seiner Verfasser aussagt, ist es schwierig, über die bloße Feststellung ihrer Existenz und ihres Minderheitscharakters hinauszugehen. Man kann allerhöchstens bemerken, dass mehrere dieser Briefe in mehrfacher Hinsicht untypisch sind: Sie stammen von Vereinen (2 Zuschriften), von Verfassern außerhalb der Region (eine Mail aus Lyon) oder von anonymen Verfassern (2 Zuschriften). Diese Minderheit von Zuschriften macht unsere Feststellungen noch deutlicher. Für die Leserschaft der regionalen Tagespresse ist Europa

„für sich genommen“ eine seltene Thematik, zu der sich Leser äußern, deren Modalitäten der Stellungnahme – und somit vermutlich auch ihre sozialen Charakteristika – ebenfalls untypisch sind, und/oder in den Kontexten, wo die Themensetzung eine Verallgemeinerung begünstigt und erlaubt.

Die Haltung der Verfasser der synoptischen Leserbriefe an *Télérama*

Die Analyse der an *Télérama* gesandten Briefe zeigt deutlich stärker ausgeprägte synoptische Grundeinstellungen als die vorhergehenden. Die Erklärung für diese Grundeinstellungen liegt vermutlich in der Zusammensetzung der Leserschaft der Wochenzeitschrift und der aktiv gewordenen Fraktion, deren Motivationen in Reaktion auf die Wahlempfehlungen der Herausgeber weitaus politischer erscheinen.

Dennoch reagieren sie mit ihren eigenen Interessen, die einigermaßen von den Argumenten, die in der damaligen politischen Debatte vorgebracht werden und den im Nachhinein geäußerten Kommentaren entfernt liegen (Lehingue, 2007; Gombin, Hubé, 2009). Die Meinungen der mobilisierten Individuen entsprechen kaum den euroskeptischen, fremdenfeindlichen und autoritären oder utilitaristischen Meinungen, die von zahlreichen Kommentatoren diagnostiziert wurden (Eurobarometer, 2005). Die eingegangenen Schreiben (n=1399) erwähnen nur sehr selten die Türkei (10 Briefe), die Frage nach der Erweiterung, den Verlust der nationalen Souveränität oder die Bolkestein-Richtlinie (ca. 1%) und die europäische Integration (4,5%) (Tabelle 4), was sie von ihren Kollegen von der Regionalpresse unterscheidet.[19] Die wirtschaftliche Dimension ist stärker vorhanden, ohne jedoch die Mehrheit zu bilden, denn die Wirtschaft (14%) und der Bereich des Sozialen (13,3%) machen kaum mehr als ein Viertel der Zuschriften aus.[20] Die französische Politik beschäftigt ein Viertel der Zuschriften, und die über die Wirtschaft oder den Bereich des Sozialen besorgten Briefeschreiber sind eher keine Vertreter des „Nein“ (jeweils 125 von 196 Briefen und 124 von 186). Die Motivation der

19 Ebenso deutet eine dazwischenliegende Umfrage, die von der Zeitschrift *Marianne* veröffentlicht wurde (26. März – 1. April 2005, S. 20-21) darauf hin, dass die Anhänger des „Nein“ zu 31% gegen den Beitritt der Türkei sind; 29% glauben, dass eine „Nein“-Stimme die politischen Strategien Europas auf einen sozialeren Kurs bringen könnte, und 20% äußern ihre Unzufriedenheit mit der Regierung Raffarin. Die Anhänger des „Ja“ dagegen, bezeichnen sich zu 46% als Europa-Anhänger. 33% von ihnen glauben, dass es wichtig ist, eine Verfassung für Europa zu haben.

20 Als mit der „Wirtschaft“ verbunden wurden hier Briefe gekennzeichnet, die sich mit den Fragen des Liberalismus, der Konkurrenz oder der Wirtschaftspolitik beschäftigten. Dagegen wurden die Briefe, die das Arbeitsrecht oder die Rente ansprechen, unter „Soziales“ eingeordnet.

VVE-Gegner hängt zwar mit der Wirtschaft zusammen, ist jedoch bei weitem keine utilitaristische Position und betrifft nicht ihre persönliche Situation. Sie verweist im Gegenteil auf eine allgemeine Diskussion über den Vertrag, über den Liberalismus und über den europäischen Konstruktionsprozess. Dies drückt eine Frau in einem Schreiben vom 26. März aus: „Wenn ich „Ja“ sage, sage ich da „Ja“ zu einer Doktrin oder zu einer Verfassung? Wenn ich „Nein“ sage, verhindere ich damit die europäische Konstruktion? Wollen wir ein freies Europa oder ein liberales Europa?“

Tabelle 4: In den Briefen an Télérama angesprochene Themen

Thema des Briefes	**N =**	**In %**	**Thema des Briefes**	**N =**	**in %**
VVE im Allgemeinen	531	38	Umwelt	21	1,5
Französische Politik	360	25,7	Bolkestein-Richtlinie	16	1,1
Wirtschaft	196	14	Europäische Staatsbürgerschaft	16	1,1
Soziales	186	13,3	Souveränitätsverlust	14	1
Europäische Politik	167	11,9	Polizei und Sicherheit	13	0,9
Europäische Integration	63	4,5	Erweiterung	11	0,8
Frieden	56	4	Türkei	10	0,7
Referendum	55	3,9	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik	8	0,6
Institution	44	3,2	Polen	4	0,3
Internationale Politik	35	2,5	Landwirtschaft	3	0,2
Laizität/Religion	24	1,7	Andere	406	29

Die Briefschreiber folgen dem Rahmen ihres Mediums und kritisieren ihn auch, doch drücken sie vor allem einen persönlichen Standpunkt aus. Das soziale Profil der informierten und gebildeten Verfasser erklärt vermutlich die Anmaßung, sich in der ersten Person auszudrücken. Die Briefschreiber diskutieren zunächst über den Vertrag in seiner Gesamtheit (38% der Zuschriften), bringen dabei verschiedene Argumente vor, stützen sich manchmal auch auf den Text selbst. Sie legen einen synoptischen Standpunkt an den Tag, in der ersten Person, der mit den politischen Zielsetzungen der Debatte vertraut ist. Dies ist der Fall einer Rentnerin, die *Télérama* am 4. Mai vorwirft: „nichts als schöne, große und großartige Ideen, und kein einziger Artikel zitiert“. Sie ist von da an der Meinung, dass die Wochenzeitschrift die Debatte verstümmelt, indem sie die Zuschriften der Befürworter des „Nein“ als „*Wutschreie*“ ausgibt, obwohl sie sich auf präzise Beispiele aus dem Text beziehen. Sie

selbst führt die Artikel III-122, I-41.2 und I-41.7 als Belege für ihre Aussage an. Im Gegensatz dazu kritisiert ein Honorarbeamter der Europäischen Kommission den Herausgeber scharf: „Nein, Herr Jézégabel, der Vertrag ist nicht unlesbar“. Er betont, dass eine „kürzlich erfolgte Umfrage offenbart hat, dass die Verbundenheit der Franzosen mit dem öffentlichen Dienst sie nicht davon abhalten würde, für den Vertrag zu stimmen“. Ein anderer meint am 29. April, dass man „nicht auf die falsche Sache wütend sein darf“, denn wer den VVE ablehnt, „zieht damit Maastricht und Nizza den Fortschritten (des VVE) vor: bislang nicht vorhandene Grund- und Sozialrechte“ und zieht zur Bekräftigung seiner Aussage die Artikel II-87, II-91, II-75, II-94, III-233, III-278, III-235, II-96, III-122, III-167, III-180, III-184, I-11 und III-259 heran.

Die am stärksten sektoriellen Elemente der europapolitischen Strategie (die GASP, die Laizität oder die Bolkestein-Richtlinie) unterstützen diese Argumentation ebenfalls. Der Standpunkt resultiert aus einer Verallgemeinerung ausgehend vom Vertrag oder der nationalen Politik. Weit davon entfernt, ein öffentlicher Raum für Diskussionen zwischen Individuen zu sein (Pounds, 2006), reagieren die Leser selten auf ihre briefschreibenden *Alter-Egos* (nur 59 Briefe reagieren auf eine abgedruckte Zuschrift) und ziehen stattdessen die Position eines Leitartiklers und die Äußerung eines politischen Standpunktes vor. Die ausgewählten Briefschreiber antworten auf den Inhalt, aber nicht unmittelbar aufeinander: 80% der Zuschriften erwähnen weder die Standpunkte der Zeitschrift noch diejenigen eines abgedruckten Leserbriefs.

Man findet diese verallgemeinernde Haltung in den Angaben der Gründe, die die Schreiber dazu bewegt haben, sich schriftlich zu äußern (Boltanski, Darré, Schiltz, 1984). Für manche geht es darum, eine allgemeine Ansicht über den Vertrag zu äußern, und um den Willen, eine „Wahrheit“ über den Text selbst wieder herzustellen (38%). Andere sehen sich gerne als Beobachter des politischen Spiels und reagieren auf die „von den Medien“ (7%) oder von den Akteuren des politischen Spiels (19%) schlecht aufgebaute Debatte. Eine Gymnasiastin, die bedauert, über kein Stimmrecht zu verfügen, schreibt, um Laurent Fabius daran zu erinnern, dass der Artikel 210 des VVE mit dem Artikel 137 des Vertrages von Nizza identisch ist.

Die mobilisierte Rede ist somit Ausdruck einer synoptischen, politischen, engagierten und informierten Sichtweise. Die vorgebrachte Meinung ist ein Beitrag zu einer Diskussion über allgemeine Politik. Der Tonfall ist häufig professoral (17%), wie bei einem älteren Mann, der seit 25 Jahren Abonnent ist, und der am 2. Mai an „(sein) liebes *Télérama*“ schreibt, dem er erklären will, warum „jeder rechtschaffene und nicht allzu ungebildete Geist“ sich weigern muss, „ganz naiv „Ja“ zu einer betrügerischen Unternehmung zu sagen“. Ein Architekt präzisiert, dass „das „Nein“ hier ein anderer Name für ein Projekt ist, das noch formuliert werden muss, Europa, und das seine eigene Überwindung in sich tragen muss, ein Jenseits der Verfassung, dessen Grund-

lagen, um ein Konzept von Emmanuel Lévinas zu plagiieren, Frieden und Nähe sein sollten“.

Nur wenige nehmen im Gegensatz dazu eine privative Haltung ein, um ihre persönliche Situation zu erwähnen (3%). Ebenso wenige stellen sich, wie diese Frau als „Opfer des Systems“ dar, die die „Mittelklasse (vertreten), die immer größere Schwierigkeiten dabei hat, am Monatsende über die Runden zu kommen“ und die, da sie sich nicht von diesen „europäischen“ Beschäftigungen betroffen fühlt, zur Enthaltung aufruft (Schreiben vom 26. April). Wenig zahlreich (6%) sind diejenigen, die die Politik ablehnen oder die erklären, dass „Millionen von Franzosen, die eher für das „Ja“ waren, bestimmt mit „Nein“ oder überhaupt nicht stimmen werden“, da sie gegen Chirac stimmen werden, gegen die „Machenschaften“ der letzten rechten Regierungen, die als „Schufte“ bezeichnet werden (undatierter Brief, zwischen dem 9. und dem 15. Mai eingegangen). Die Verfasser dieser Schriftstücke weisen offensichtlich besondere Charakteristika auf: Ihre Rechtschreibung und ihre Syntax sind ungenauer als die der anderen Leserbriefschreiber. Ihr Profil kann auch sehr spezifisch sein, wie dasjenige eines lange Zeit „unentschlossenen“ Lesers, der dachte, dass man Europa nicht mehr schlimmer machen kann, da er sich ohnehin schon in der schlimmstmöglichen Situation befindet: „Jung, mit Studienabschluss, vielsprachig, aber arm, verschuldet, arbeitssuchend und gegenwärtig ohne festen Wohnsitz“ (Brief vom 8.Mai).

Kulturell gespaltene Vorstellungen

Die Online-Umfrage trägt ergänzende Elemente bei, indem sie es ermöglicht, die Stellungnahmen mit den sozialen Charakteristika derer, die sie formulieren, in Beziehung zu setzen.

Eine Korrespondenzanalyse (Abbildung 3), die ausgehend von den Antworten auf die Online-Umfrage durchgeführt wurde, erlaubt es, den Raum der Antworten auf die Fragen nach Europa zu konstruieren und die Verteilung der sozialen Charakteristika innerhalb dieses Raumes zu beobachten. Sie stellt einen deutlichen Gegensatz zwischen zwei Typen der Stellungnahme zu Europa heraus, die mehr oder weniger charakteristisch für zwei im Vorfeld dargestellte Idealtypen sind, besonders auf der ersten Achse, der mehr erklärenden.

Kasten 4:
Korrespondenzanalyse

Das Prinzip dieser statistischen Technik ist es, ein Ensemble von Variablen miteinander in Beziehung zu setzen. Durch eine Untersuchung der Annäherungen und Unterschiede zwischen den Variablen und den Gruppen, erlaubt sie es, die Strukturprinzipien des Raumes der Antworten auf die Online-Umfrage in Abhängigkeit von den sozialen Charakteristika

(sozio-professionelle Kategorie und Abschlussniveau), darzustellen, indem man die Hauptbeziehungen auf den Achsen verteilt. Die hier vorgeschlagene Analyse beruht auf der Gesamtheit der Antwortenden (n=1298) und auf zwölf aktiven Variablen (25 assoziierte Modalitäten), die ausgehend von den Antworten auf die Fragen nach den Grundeinstellungen zu Europa mit der höchsten Teilnehmerzahl konstruiert wurden:

- die angebotenen Antworten zur europäischen Identität ausgewählt zu haben (oder nicht), die definiert wird als: eine gemeinsame Geschichte; Demokratie und Menschenrechte; eine gemeinsame Kultur und ein gemeinsames kulturelles Erbe,

- der Meinung zu sein (oder nicht), dass: es eine der Hauptaufgaben Europas ist, zu Frieden und Demokratie beizutragen; dass Europa keinerlei Vorteil für Frankreich mit sich gebracht hat, dass das Ansteigen der Arbeitslosigkeit eine der negativen Auswirkungen Europas für Frankreich ist, dass Europa keinerlei negative Auswirkungen für Frankreich mit sich gebracht hat; (in Bezug auf den Euro) dass der Euro einen Preisanstieg verursacht hat, dass der Euro uns gegenüber dem Dollar stärker macht; (in Bezug auf die Erweiterung) dass man manche Länder besser nicht

in die EU aufgenommen hätte, dass die Erweiterung den Unternehmen neue Absatzmärkte eröffnet,

- zuletzt, die Antwort auf die Frage danach, wer in Frankreich von Europa profitiert hat. Das Niveau des Studienabschlusses und die sozio-professionelle Kategorie wurden als illustrative Variablen gesetzt. Diese beiden Variablen werden somit nicht in die Konstruktion der Achsen einbezogen. Dennoch können ihre Modalitäten neben die Modalitäten der aktiven Variablen projiziert werden. Die Analyse erlaubt es somit, ihre Verteilung in Bezug auf die Fragen und Antworten zum Thema Europa zu beobachten.

Östlich von der ersten Achse (20,09% der Gesamtträgheit; Abbildung 3) liegen die Kritiker, diejenigen, die der Meinung sind, dass Europa keinerlei Vorteil für Frankreich mit sich gebracht hat, dass es keine europäische Identität gibt, dass niemand von Europa profitiert hat – oder wenn, dann nur einige wenige Kategorien der französischen Bevölkerung – , dass man manche Länder besser nicht in die Union aufgenommen hätte, und dass das Ansteigen der Arbeitslosigkeit eine der negativen Auswirkungen Europas für Frankreich ist. Sie stellen nur eine Minderheit der Antwortenden auf die Umfrage dar – daher die fehlende Symmetrie dieser Achse. Sie widersprechen denjenigen, die der Meinung sind, dass die europäische Identität durch eine gemeinsame Geschichte, eine gemeinsame Kultur und durch ein gemeinsames kulturelles Erbe definiert wird, und durch Demokratie und Menschenrechte, und dass es die Aufgabe Europas ist, zu Frieden und Demokratie beizutragen, dass die Gesamtheit der französischen Bevölkerung einen Vorteil von Europa hatte, dass die Erweiterung neue Absatzmärkte für die Unternehmen eröffnet, und dass

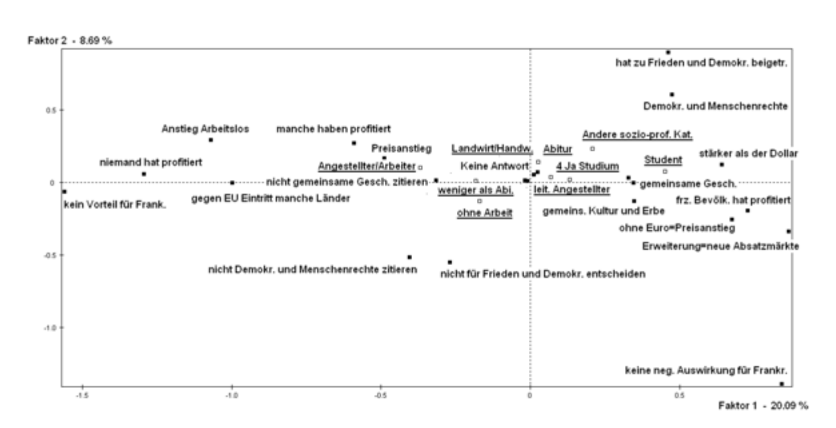
es der Euro erlaubt, dem Dollar stärker gegenüberzutreten (westlicher Pol der Abbildung 3). Kurz gesagt, charakterisieren sie den Idealtyp der synoptischen Implikation mit positiver Orientierung.

Diese beiden Pole verweisen nicht nur auf unterschiedliche Standpunkte zu Europa, sondern auch auf unterschiedliche Positionen im sozialen Raum. Die Projektion des Abschlussniveaus und der sozio-professionellen Kategorie erlaubt es, die Antwortenden des kritischen Pols genauer zu charakterisieren, die zumeist Angestellte, Arbeiter, Landwirte oder Handwerker oder Personen ohne Beschäftigung sind und über keine hohen Abschlüsse verfügen; und diejenigen vom Pol der positiv ausgerichteten synoptischen Implikation, die als die Vertreter der Gruppen mit den höchsten Abschlüssen mindestens ein vierjähriges Studium) erscheinen, Studenten oder Führungskräfte. In diesem Sinne nähern sich die Antwortenden des kritischen Pols den Probanden aus den „Zwischenräumen“ (siehe Kapitel 5) an: politisiert und soziologisch gesehen den Personen nahe stehend, die sich zu europäischen Fragen auf Abstand halten.

Folglich ist die Negativbewertung stärker charakteristisch für die Inhaber niedrigerer Abschlüsse. Sie haben Vorstellungen von Europa, die mehr mit ihren alltäglichen Interessen zusammenhängen, wie dem Arbeitsplatz. Somit sind sie auch mehrheitlich der Meinung, dass es eine der Aufgaben Europas ist, gegen die Arbeitslosigkeit zu kämpfen (59% der Probanden ohne Abitur gegenüber weniger als 40% unter denjenigen, die zumindest ein zweijähriges Studium absolviert haben). Und wenn sie kritischere Standpunkte äußern, zum Beispiel wenn sie der Meinung sind, dass es keine europäische Identität gibt (29% der Probanden ohne Abitur, 15% mit Abitur/zweijährigem Studium, 10% mit einem mindestens vierjährigen Studium), dass Europa Frankreich keinerlei Vorteil bringt (ein Viertel der Angestellten und Arbeiter gegenüber 1% der Studenten), oder auch, dass nur bestimmte Bevölkerungsgruppen von Europa profitiert haben (64% der Angestellten und Arbeiter, 42% der leitenden Angestellten, 26% der Studenten), dann liegt dies auch daran, dass es einfacher ist, optimistisch zu sein, wenn man in günstigen sozialen Verhältnissen lebt. Die positive synoptische Implikation ist somit für die Personen mit höheren Studienabschlüssen charakteristisch, und für diejenigen, die kulturell und sozial begünstigt sind. Sie unterscheiden sich von den anderen durch strukturierte Stellungnahmen zu Europa, die sich durch eine geringe Rate an Nicht-Antworten auszeichnen. Sie äußern häufiger einen allgemeinen Standpunkt zu europäischen Fragen und sind der Meinung, dass die französische Bevölkerung in ihrer Gesamtheit (allgemeiner Standpunkt) von der EU profitiert hat. 44% der Inhaber eines Diploms nach vier Studienjahren sind der Meinung, dass das, was die europäische Identität am besten definiert, eine gemeinsame Kultur und ein gemeinsames kulturelles Erbe sind (39% mit einem zweijährigen Studium, 32% mit Abitur, 14% ohne Abitur).

Die zweite Achse (8,69% der Trägheit) unterscheidet die positiven Antworten zum Thema Europa nach zwei Registern: ein erstes (nordöstliches Viertel der Abbildung 3) moralischer, selbstloser, universeller und intellektueller Art (Europa hat zu Frieden und Demokratie beigetragen; Europa repräsentiert die Demokratie und die Menschenrechte) ; ein zweites (südöstliches Viertel) von eher wirtschaftlicher, ja sogar utilitaristischer Art (die Erweiterungen stellen neue Absatzmärkte für die Unternehmen dar; ist nicht der Meinung, dass der Euro einen Preisanstieg verursacht hat, die französische Bevölkerung hat von Europa profitiert; es hat keinerlei Negativauswirkung für Frankreich gegeben). Diese beiden Register stellen somit eine Teilung Europas in einen immateriellen und einen materiellen Aspekt dar (Hooghe, Marks, 2009), die selbst wiederum repräsentativ für eine politische Teilung in links und rechts ist, und für Unterschiede der „Struktur des besessenen Kapitals" im Sinne von Bourdieu (1987). Dabei entstammt das erste mehr dem kulturellen-intellektuellen Pol der höher stehenden Kategorien des sozialen Raums, und das zweite dem wirtschaftlichen Pol. Allerdings reicht unser Datenmaterial nicht aus, um diese Hypothese eingehender zu überprüfen.

Abbildung 3: Korrespondenzanalyse der Verteilung der Antworten auf die Hauptfragen der Online-Umfrage Sources d'Europe mit Projektion des Berufs und des Abschlussniveaus (n=1298) (Projektion der Achsen 1 und 2)



Die Verwendung „spontaner" Originaldaten verleiht Aufschluss über bestimmte Typen von Grundeinstellungen zu Europa. Trotz ihrer Beschränkungen bestätigen sie die auf der Basis der Interviews gemachten Beobachtungen. Da diese Briefe eine Schreibabsicht enthalten, einen besonderen politischen Gegenstand (den Verfassungsvertrag) und aktive Grundeinstellungen, deren Produkt er ist, betreffen sie nur bestimmte Bürger: Laien, die eine Expertenhaltung einnehmen. Zwar kann man versuchen, durch Umfragen oder Inter-

views die Gesamtheit der Öffentlichkeit zu erreichen, doch stellt man hier fest, dass die Öffentlichkeit, die durch diese Fragen tatsächlich mobilisiert wird, weitaus beschränkter ist, und dass sie von der Medienberichterstattung abhängig ist. Dieses Material zeigt nämlich, dass Stellungnahmen zu Europa im Großen und Ganzen selten sind, dass sie jedoch häufiger werden, wenn Europa sich im Zentrum der Medienberichterstattung befindet. Ohne den besonderen Kontext der Negativabstimmung beim VVE und ihren Konsequenzen für die politischen Institutionen (zu denen *Sources d'Europe* als Kommunikationsorgan gehört) oder die Zeitungen (der Schwall der bei *Télérama* eingegangenen Schreiben) hätte es nicht gesammelt werden können. Diese Untersuchung erlaubt es zum Zweiten, diejenigen zu charakterisieren, die das Wort zu Europa ergreifen: Sie sind häufiger männlich und verfügen über besonders hohe Studienabschlüsse. In dieser Hinsicht gibt es kaum Unterschiede zwischen den Vertretern des „Ja" und den Vertretern des „Nein". Die Erklärungen für die Teilnahme an der Debatte finden sich auf Seiten der sozialen Eigenschaften. Diese Untersuchung präzisiert schließlich, wie Europa von diesen Bürgern erwähnt wird. Es handelt sich häufig um eine politische Ansicht über Europa, doch auch über die nationale Politik, die Wirtschaft und die Organisation der politischen Debatte. Die geäußerten Standpunkte sind nur selten privativ. Die Auswahl des Empfängers verweist auf zwei Grundeinstellungstypen: dazwischenliegend in Falle der regionalen Tagespresse, synoptisch im Falle der kulturellen Wochenzeitschrift oder der europäischen Fragen gewidmeten Website. Folglich zeugen diese Ergebnisse vom heuristischen Charakter der Verwendung alternativer Herangehensweisen an die gewöhnlichen Analysen von Antworten auf geschlossene Fragen und unterstreichen die Vielgestaltigkeit und Ambivalenz der Beziehungen zu Europa.

Schlussbemerkung

DANIEL GAXIE

Wie man feststellen konnte, analysiert dieses Buch die Grundeinstellungen der Normalbürger in Bezug auf Europa. Innerhalb einer ständig anwachsenden Literatur ist seine relative Besonderheit das Ergebnis mehrerer Elemente:

- der Entscheidung für qualitativ offene Methodiken;
- des Bemühens, die Reaktionen aller Bevölkerungsgruppen zu beobachten, insbesondere der am weitesten von den Problematiken und den Debatten Europas entfernten Fraktionen;
- der Verwendung von Forschungshypothesen als Grundlage, die sich auf die Vielfalt der Grundeinstellungen der Bürger beziehen und der Entwicklung eines Verfahrens zur Beobachtung dieser Vielfalt.
- Dieser Ansatz hat es ermöglicht, mehrere Ergebnisse aufzuzeigen:
- eine eingehende Beschreibung der subjektiven „Europa"-Wahrnehmungen der unterschiedlichen sozialen Gruppen, auch derjenigen, deren Reaktionen in der Regel unbekannt sind;
- das Aufzeigen ungleicher Informationsniveaus und der allgemein geringen Vertrautheit der Bürger mit europäischen Fragen;
- die Vielfältigkeit der Art und Weise, Standpunkte zu Europa auszudrücken;
- die Vielfalt der Grundeinstellungen zur europäischen Integration;
- den in ungleichem Maße strukturierten Charakter und die Vielfalt der Strukturierungsprinzipien dieser Grundeinstellungen;
- die Vielfalt und die Komplexität der Faktoren, die die Wahrnehmungen von Europa orientieren;
- die Realität und die Grenzen der Spezifizität der nationalen Erfahrungen mit der europäischen Integration.

Diese Resultate sprechen für das Weiterverfolgen dieses qualitativen soziologischen Ansatzes. Dieses Verfahren ist selbstverständlich nicht das ein-

zig mögliche. Die Autoren dieses Buches haben auf die Grenzen bestimmter gängiger Ansätze hingewiesen, dabei jedoch nicht die statistische Auswertung von Daten aus den Antworten auf geschlossene Fragebögen pauschal verurteilt. Diese Arbeit lädt vielmehr zu einer wechselseitigen Befruchtung der Forschungsmethoden ein. Die quantitativen Analysen erzeugen Standardisierungs- und Vereinfachungseffekte, erlauben es jedoch auch, nützliche statistische Kontrollen durchzuführen. Doch auch die gängigen Untersuchungen könnten dabei gewinnen, wenn sie sich von den in diesem Buch vorgetragenen Ergebnissen inspirieren ließen. Sie müssten beispielsweise den tatsächlichen Vertrautheitsgrad der befragten Personen mit den ihnen gestellten Fragen berücksichtigen. Es ist ebenfalls wichtig, zu beobachten, ob und wie die Fragen verstanden werden, und mit welchem Grad an Überzeugung und in welcher Modalität die Antworten geäußert werden. Die Verwendung offenerer Fragen würde es erlauben, in dieser Richtung voranzukommen. Dieses Buch hat ebenfalls gezeigt, dass es notwendig ist, sich mit äußerst feinen Indikatoren auszustatten, wenn man das Ausmaß der Auswirkungen der soziodemographischen Charakteristika auf die Grundeinstellungen zu Europa messen will.

Eines der Erkenntnisse aus den in diesem Buch vorgestellten Untersuchungen besteht in der Komplexität der Dispositionen der Bürger in Bezug auf Europa. Europa wird nicht von allen auf die gleiche Weise wahrgenommen, und die EU wird nicht von allen eindeutig identifiziert. Sofern überhaupt „europäische“ Grundeinstellungen existieren, sind sie nicht immer klar orientiert. Nicht jeder ist „für“ oder „gegen“ Europa. Manche wissen nicht, ob sie dafür oder dagegen sind. Viele Reaktionen lassen sich nicht einordnen, sind widersprüchlich oder heterogen. Es gibt auch stabilisierte Grundeinstellungen, doch werden sie, im Gegensatz zu den gängigen Annahmen, nicht alle von Interessen strukturiert, die mit den politischen Zielsetzungen der europäischen Integration zusammenhängen. Die im Rahmen dieser Untersuchung durchgeführten Interviews zeigen, dass die Problematiken der europäischen Debatten nur von begrenzten sozialen Segmenten wahrgenommen und beherrscht werden. Soweit strukturierte Grundeinstellungen existieren, stützen sie sich auf eine mehr oder weniger umfangreiche Anzahl von Betrachtungen mit variablem Status. Die Grundeinstellungen zu Europa werden insbesondere von dem ungleich verbreiteten Gefühl bestimmt, befugt (oder nicht befugt) und ausreichend informiert zu sein, um sich zu als komplex und abschreckend wahrgenommenen Fragen zu äußern. Das Durchführen von Interviews über derartige Themen erzeugt mehr oder weniger überzeugte Reaktionen, die somit in ungleichem Maße bedeutsam sind. Man beobachtet außerdem, dass die Standpunkte, die in diesem Rahmen geäußert werden, nicht unbedingt zu politischem Engagement oder Beteiligung führen.

Einige der in diesem Buch vorgetragenen Ergebnisse spiegeln gängige Hypothesen der „europäischen Studien“ wider, betonen aber auch deren vereinfachenden Charakter. Diese Forschungsarbeit zeigt beispielsweise, dass einige europäische Grundeinstellungen mit politischen Präferenzen zusammenhängen. Doch erlaubt sie es ebenso, zu beobachten, dass die Beschaffenheit dieser Verbindung je nach dem kulturellen Kapital und dem Politisierungsniveau der Personen variiert. Einige schenken einer Partei oder Politikern ihr Vertrauen, was sie dazu veranlasst, deren Gesamtansicht zu europäischen Fragen zu übernehmen, ohne lediglich Urteilsbegründungen und Argumente daraus übernehmen zu können. In anderen Fällen führen in der ersten Person geäußerte ideologische Präferenzen dazu, gleichzeitig, aber auf relativ unverbundene Art und Weise, eine Ansicht über die europäische Integration und eine Organisation oder einen Politiker, der diese teilt, zu unterstützen. In dazwischenliegenden Fällen geht die Unterstützung einer Partei oder eines Politikers mit der mehr oder weniger beherrschten Übernahme von deren Positionen zu europäischen Fragen einher. Man muss hinzufügen, dass in manchen Fällen Grundeinstellungen mit „anti-europäischem“ Anschein nicht aus „europäischen“ Betrachtungen resultieren, sondern aus einem allgemeinen Misstrauen gegenüber dem politischen Universum.

Es wird häufig angenommen, dass die in der akademischen Literatur vorgetragenen Erklärungen für die Gesamtheit der Bevölkerung gelten. Dieses Buch zeigt im Gegenteil, dass man je nach Bevölkerungsgruppe (Euroskeptiker oder -befürworter, Arbeiter, Bauern, usw.) auf unterschiedliche Erklärungen zurückgreifen muss. Somit haben einige der bereits in der Literatur vorgeschlagenen Erklärungen keine allgemeine, sondern nur eine bedingte Gültigkeit. So wird diese besondere Version der utilitaristischen Hypothese, die behauptet, dass die Europäer Europa nach dem Nutzen beurteilen, den sie für sich selbst daraus zu ziehen vermeinen, durch unsere eigenen Beobachtungen bestätigt, jedoch ausschließlich für die Bevölkerungsteile, die unmittelbar von den politischen Maßnahmen der EU betroffen sind. Es reicht nicht aus, eine Determinante der europäischen Grundeinstellungen zu isolieren, sondern man muss auch präzisieren, für welchen Teil der Bevölkerung und unter welchen Umständen sie aktiviert werden kann. In diesem Sinne bestätigt dieses Buch, dass sich verschiedene Grundeinstellungen zu Europa auf „ökonomische“ Argumentationen stützen, die manche als „utilitaristisch“ charakterisieren. Doch auch derartige Argumentationen sind äußerst verschiedenartig. In den gebildeten, informierten und politisierten Fraktionen der Gesellschaft handelt es sich eher um „makro-ökonomische“ Argumentationen. Unter Personen, die den politischen Maßnahmen der EU ausgesetzt sind, resultieren die Grundeinstellungen aus der Erfahrung mit den von diesen Institutionen erlassenen Richtlinien und Regelungen. In manchen populären Milieus beruhen die Urteile auf der Zuschreibung der Schwierigkeiten, denen man im Alltag begeg-

net, an ein ziemlich undeutliches „Europa“. Nur bestimmte Gruppen setzen ihr persönliches wirtschaftliches Interesse explizit als Argument ein, um ihren Standpunkt zu rechtfertigen. Derartige Meinungen werden nicht über die EU im Allgemeinen geäußert, sondern lediglich über einige ihrer Interventionen, die als besonders wichtig angesehen werden. Die gehobenen Kategorien scheinen einen Widerwillen dagegen zu empfinden, ihre persönlichen Interessen anzuführen, wenn man sie bittet, sich zu Europa zu äußern. Sie rechtfertigen ihre Unterstützung oder Ablehnung der europäischen Konstruktion durch allgemeine Bewertungen von wirtschaftlichem, politischem, ideologischem oder internationalem Charakter. Zwar bezieht sich ein Unternehmer nicht auf seine persönliche wirtschaftliche Situation, wenn er sich darüber freut, dass Europa den wirtschaftlichen Austausch und die wirtschaftliche Entwicklung begünstigt, doch es ist offensichtlich, dass er seinen Standpunkt auch ausgehend von seiner besonderen persönlichen Position vorträgt.

Die Fachliteratur debattiert nach wie vor darüber, ob „objektive“ oder „subjektive“, „individuelle“ oder „kollektive“ ökonomische Gründe die Beurteilungen der europäischen Integration beherrschen. Die qualitativen Untersuchungen lehren, dass es meist unmöglich ist, derartige Fragen eindeutig zu beantworten. Man stellt häufig auch die „ökonomischen“ und „politischen“ Erklärungen einander gegenüber, obwohl ökonomische und politische Argumente auch von den gleichen Personen eingesetzt werden können – oder obwohl bei einigen politischen oder ideologischen Standpunkten schwer unterscheidbare wirtschaftliche Kollektiv- und Einzelinteressen untergründig mitschwingen. Ebenso verweist das, was in der Literatur als Auswirkung der unterschiedlichen nationalen Erfahrungen der europäischen Integration analysiert wird, in bestimmten Fällen explizit auf wirtschaftliche Einzel- und Kollektivbetrachtungen.

Wie man sieht, muss man die Möglichkeiten schaffen, um die Verflechtung der Motive und Gründe zu entwirren, und somit bei der Erklärung der Reaktionen der Normalbürger auf Europa voranzukommen. In diesem Bereich wie in anderen setzt eine adäquate Erklärung ein eingehendes Verständnis der subjektiven Wahrnehmungen und Bewertungen der Individuen voraus. Da sie sich nicht bemüht, Untersuchungen hinsichtlich des Verständnisses der Fragen und der Antwortmotive durchzuführen, liefert die Sekundäranalyse von Meinungsumfragen nur begrenzte Informationen über subjektive Vorstellungen. Die Auswertung der Antworten auf geschlossene Fragen kann sogar zu verzerrten Bildern führen, da die europäischen Fragen in ungleichem Maße vertraut sind. Die bloße Berücksichtigung formal identischer Antworten auf geschlossene Fragen führt zu einer künstlichen Homogenisierung der Reaktionen der Befragten. Sie trägt dazu bei, den intellektualisierenden Ethnozentrismus zu verstärken, der viele Interpretationen der Grundeinstellungen der breiten Masse dominiert. Man schreibt gerne allen Kategorien der Bevöl-

kerung eine Disposition zu, sich für politische Debatten zu interessieren und daran teilzunehmen, dabei zeigen die qualitativen Analysen überdeutlich, dass ihnen diese Debatten in Wirklichkeit völlig fremd sind. Manche Leute bedauern, dass es „Europa" „Ausländern" erlaube, zu kommen und an ihrer Stelle von unterschiedlichen sozialen Vorteilen zu profitieren, ohne dabei jedoch Anhänger einer nationalistischen und fremdenfeindlichen Ideologie zu sein. Das Heranziehen der nationalen Zugehörigkeit ist also ein Mittel, um die Forderung nach einem prioritären – wenn auch nicht exklusiven – Zugang zu den Sozialleistungen zu rechtfertigen. Ebenso glauben viele Mitglieder der populären Milieus, dass die Einführung des Euro den Preisanstieg begünstigt hat, und einige erklären, dass sie die ehemalige nationale Währung vermissen, doch drückt niemand aus dieser Gruppe eine wie auch immer geartete Verbundenheit mit dem politischen System des Nationalstaates aus.

Fragen, die in begrenzten politischen, medialen und intellektuellen Milieus diskutiert werden, werden oftmals der Gesamtheit der Bürger zugeschrieben. Gleichzeitig überschätzt man die Fähigkeit der politischen Parteien, ihre Analysen innerhalb der Bevölkerung zu verbreiten. Die Studie zeigt, dass nur die gebildeten und/oder politisch mobilisierten Fraktionen in der Lage sind, Argumentationen, die denen der Parteien mehr oder weniger ähnlich sind, spontan zu übernehmen oder zu äußern. Viele Bürger halten sich zu sehr aus den Debatten über europäische Fragen heraus, als dass es möglich wäre, sie zu beeinflussen. Die dazwischenliegenden Bevölkerungsgruppen eignen sich von den Parteiendiskursen nur Bruchstücke oder Parolen an. Viele Bürger stützen sich auf ihre persönliche Erfahrung und äußern einen parteiunabhängigen Standpunkt. So lassen sich auch in einem Land wie Deutschland, wo die politischen Eliten die europäische Integration massiv unterstützt haben, kritische Positionen zu Europa feststellen. Unsere Untersuchung bestätigt, dass sich in den Antworten unterschiedliche nationale Erfahrungen mit der europäischen Integration ausdrücken, präzisiert aber, dass sie differenziert betrachtet werden müssen und nicht unbedingt alle von der Gesamtheit der Bevölkerung geteilt werden.

Aus den gleichen Gründen erscheint die Frage der Identität in unseren eigenen Beobachtungen relativ sekundär im Verhältnis zu dem Gewicht, das ihr in der Fachliteratur beigemessen wird. Wir haben nur einige wenige Fälle der spontanen Behauptung einer europäischen Identität beobachtet. Die Behauptungen einer nationalen Identität sind zahlreicher und gehen im Allgemeinen mit kritischen Ansichten einher. Doch ist der Status dieser Verweise von unterschiedlicher Art. In den rechtsorientierten Kreisen, die den „souveränistischen" Bewegungen nahestehen, sind sie ein Element einer mehr oder weniger systematischen ideologischen Weltsicht. Der Bezug zur Nationalität wird ebenfalls bei Probanden eingesetzt, die von den politischen Kontroversen zu diesen Themen nicht betroffen sind. Sie drücken also die Verbundenheit mit

verschiedenen Aspekten einer vertrauten Umgebung – zum Beispiel der sozialen Absicherung – und das Misstrauen gegenüber den verschiedenen Entwicklungen aus, die verdächtigt werden, diese in Frage zu stellen.

Ziel dieser Forschungsarbeit war es, eine realistischere Analyse der Grundeinstellungen der verschiedenen Bevölkerungsgruppen zur europäischen Integration zu liefern. Paradoxerweise bringt genau dies unsere Untersuchung in eine Gegenposition zu den gängigen Lehrmeinungen.

Literatur

Achin, Catherine (Hg.) (2007): Sexes, genre et politique, Paris, Economica.

Agrikoliansky, Eric (2001): „Carrières militantes et vocation à la morale: les militants de la Ligue des droits de l'homme dans les années 1980", in: Revue française de science politique 51-1, S. 27-46.

Aldrin, Philippe/Utard, Jean-Michel: „La résistible politique de communication", à paraître.

Aldrin, Philippe (2003): „S'accommoder du politique. Economie et pratiques de l'information politique", in: Politix 16-64, S. 177-203.

Anderson, Christopher J. (1998): „When in Doubt, Use Proxies. Attitudes toward Domestic Politics and Support for European Integration" in: Comparative Political Studies 31-5, S. 569-601.

Anderson Christopher J./Kaltenthaler Karl C.(1996): „The Dynamics of Public Opinion toward European Integration 1973-93", in: European Journal of International Relations 2 -2, S. 175-199.

Arban Gil (2003): „Des lecteurs aux publics. Les communautés de lecteurs et l'espace public de Télérama", in: Claudia Barril/MarionCarrel/Juan-Carlos Guerrero/Alicia Marquez (Hg.) Le public en action. Usages et limites de la notion d'espace public en sciences sociales, Paris: L'Harmattan, S. 339-362.

Aspinwall, Mark (2002): „Preferring Europe. Ideology and National Preferences on European Integration", in: European Union Politics 3-1, S. 81-111.

Baisnée, Olivier (2006): „Les médias et l'Union européenne: un espace public encore introuvable", in: Céline Bélot/Bruno Cautrès (Hg.), La vie démocratique de l'Union européenne, Paris: La Documentation française, S. 65-78.

Baisnée, Olivier (2007): „En être ou pas, les logiques de l'entre soi à Bruxelles", in: Actes de la recherche en sciences sociales 166-167, S. 111-122.

Bartolini, Stefano (2005): Restructuring Europe. Centre Formation, System Building and Political Structuring Between the Nation State and the EU, Oxford: Oxford University Press.

Beaud, Stéphane/Pialoux, Michel (2004): Die verlorene Zukunft der Arbeiter. Die Peugeot-Werke von Sochaux-Montbeliard, Konstanz: UVK Universitätsverlag Konstanz.

Beaud, Stéphane/Pialoux, Michel (2006): „Racisme ouvrier ou mépris de classe ? Retour sur une enquête de terrain" in: Didier Fassin/Eric Fassin (Hg.), De la question sociale à la question raciale?, Paris: La Découverte, S. 72-90.

Beauvallet, Willy/Michon, Sébastien: „Les parlementaires européens : entre espace politique national et communautaire. L'hypothèse d'une professionnalisation des eurodéputés", à paraître.

Beck, Ulrich/Grande, Edgar (2007): Das kosmopolitische Europa: Gesellschaft und Politik in der Zweiten Moderne, Frankfurt: Suhrkamp taschenbuch.

Becker, Howard, (1982): Art Worlds, Berkeley: University of California Press.

Bélot, Céline (2000): L'Europe en citoyenneté. Jeunes Français et Britanniques dans le processus de légitimation de l'Union Européenne, Unveröffentlichte Dissertation, Grenoble, Université Pierre Mendes France.

Bélot, Céline (2002): „Les logiques sociologiques de soutien au processus d'intégration européenne: éléments d'interprétation", in: Revue Internationale de Politique Comparée 9-1, S. 11-29.

Bélot, Céline/Cautrès, Bruno (2008): „Opinion publique", in: Céline Belot et al. (Hg.), Science politique de l'Union européenne, Paris: Economica, S. 153-174.

Bélot, Céline/Greffet, Fabienne (2005): „Une Europe en quête d'électeurs. Retour sur différentes lectures de l'abstention aux élections européennes à l'occasion du scrutin de juin 2004", in: Pascal Delwitt/ Philippe Poirier (Hg), Parlement puissant, électeurs absents? Les élections européennes de juin 2004, Bruxelles: Editions de l'Université de Bruxelles, S. 179-203.

Bélot, Céline/Magnette, Paul/Saurruger Sabine (2008): Science politique de l'Union européenne, Paris: Economica.

Bergstrom, Carl Fredrik (2005): Comitology: Delegation of Powers in the EU and the Committee System, Oxford: Oxford University Press.

Bernstein, Basil (1971): Class, Codes and Control: Theoretical Studies Towards a Sociology of Language, London: Routledge & Kegan Paul.

Bielasiak, Jack (2002): „Determinants of Public Opinion Differences on EU Accession in Poland", in: Europe-Asia Studies 54 -8, S. 1241-1266.

Binnema, Harmen/Crum, Ben (2007): „Resistance to Europe as a carrier of mass-elite incongruence. The case of the Netherlands“, in: Justine Lacroix/ Ramona Coman (Hg.), Les résistances à l'Europe. Cultures nationales, idéologies et stratégies d'acteurs, Bruxelles: Editions de l'Université de Bruxelles, S. 113-128.

Blondel, Jacqueline/Lacroix, Bernard (1996): „Pourquoi votent-ils FN ?“ in: Nonna Mayer/ Pascal Perrineau (Hg), Le Front national à découvert, Paris: Presses de Science Po, S. 150-170.

Boltanski, Luc/Darré, Yann/Schiltz, Marie-Ange (1984): „La dénonciation“, in: Actes de la recherche en sciences sociales 51, S. 3-40.

Bourdieu, Pierre (1973): „L'opinion publique n'existe pas“, in: Les Temps modernes 318, S. 1292-1309.

Bourdieu, Pierre (1987): Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft, Frankfurt/M.: Suhrkamp.

Bourdieu, Pierre (1992): „Der Begriff „Volk“ und sein Gebrauch“, in: Rede und Antwort, Frankfurt/M.: Suhrkamp, S. 167-173.

Bourdieu, Pierre (1993): Soziologische Fragen, Frankfurt/M.: Suhrkamp.

Bourdieu, Pierre (1985): „Sozialer Raum und Klassen“, in: Sozialer Raum und „Klassen“. Leçon sur la leçon. Zwei Vorlesungen, Frankfurt/M.: Suhrkamp, S. 7-46

Bourdieu, Pierre (1997): „Verstehen“, in: Pierre Bourdieu (Hg.), Das Elend der Welt. Zeugnisse und Diagnosen alltäglichen Leidens an der Gesellschaft, Konstanz: Univ.-Verl. Konstanz, S. 779-822.

Bourdieu, Pierre (2001): „Le mystère du ministère. Des volontés particulières à la „volonté générale“, in: Actes de la recherche en sciences sociales 140, S. 7-11.

Braconnier, Céline/Dormagen, Jean-Yves (2007): La démocratie de l'abstention, Paris: Seuil.

Bréchon, Pierre/Cautrès Bruno (Hg.) (1998): Les enquêtes Eurobaromètres : analyse comparée des données sociopolitiques, Paris: L'Harmattan.

Briquet, Jean-Louis (1997): La tradition en mouvement. Clientélisme et politique en Corse, Paris: Belin.

Briquet, Jean-Louis (2003): „La politique au village. Vote et mobilisation électorale dans la Corse rurale“, in: Jacques Lagroye (Hg.), La politisation, Paris: Belin, S. 31-46.

Bruter, Michael (2005): Citizens of Europe: the Emergence of a Mass European Identity, Houndmills/New York: Palgrave Macmillan.

Campbell, Angus/Converse, Philip E. /Miller, Warren E./Stokes Donald E. (1980): The American Voter, Chicago: The University of Chicago Press.

Carruba, Clifford J. (2001): „The Electoral Connection in European Union Politics“, in: The Journal of politics 63-1, S. 141-158.

Cautrès, Bruno (2001): „L'électeur européen: une émergence difficile ou impossible?“, in: Politique européenne 4, S. 47-72.

Cautrès, Bruno (2003): „La participation aux élections européennes comme problème de représentation politique“, in: Sabine Saurugger (Hg.), Les modes de représentation dans l'Union Européenne, Paris: L'Harmattan, S. 37-64.

Cautrès, Bruno/Denni, Bernard (2000): „Les attitudes des Français à l'égard de l'Union Européenne: les logiques du refus“, in: Pierre Bréchon/ Annie Laurent/ Pascal Perrineau (Hg.), Les cultures politiques des français, Paris: Presses de Sciences Po, S. 323-354.

Cautrès, Bruno/Grunberg, Gérard (2007): „Position sociale, identité nationale et attitudes à l'égard de l'Europe. La construction européenne souffre-t-elle d'un biais élitiste?“, in: Olivier Costa/Paul Magnette (Hg.), Une Europe de élites ? Réflexions sur la fracture démocratique de l'Union Européenne, Bruxelles: Editions de l'Université de Bruxelles, S. 11-35.

Cefaï, Daniel/Pasquier, Dominique (Hg.) (2003): Le sens du public, Paris: PUF.

Cepernich, Cristopher (2005): „La notiziabilità dell'Europa. Attori, eventi e temi nella copertura della stampa“, in: Carlo Marletti/Jean Mouchon (Hg.), La costruzione mediatica dell'Europa, Milano: FrancoAngeli, S. 67-129.

Charpentier, Isabelle (2004): „Une pratique rare et sélective: la lecture de la presse d'information générale et politique“, in: Jean-Baptiste Legavre (Hg.), La presse écrite: objets délaissés, Paris: L'Harmattan, S. 315-335.

Checkel, Jeffrey T./Katzenstein Peter J.(Hg.) (2009): European Identity, Cambridge: Cambridge University Press.

Christin, Thomas (2005): „Economic and Political Basis of Attitudes towards the EU in Central and East European Countries in the 1990s“, in: European Union Politics 6-1, S. 29-57.

Citrin, Jack/Sides, John (2004): „More than Nationals: How Identity Choice Matters in the New Europe“, in: Richard K. Herrmann, Thomas Risse, Marilynn B. Brewer (Hg.), Transnational Identities Becoming European in the UE, Lanham: Rowman & Littlefield, S. 161-185.

Cohen, Antonin/Dezalay, Yves/Marchetti, Dominique (2007): „Esprits d'Etats, entrepreneurs d'Europe“, in: Actes de la recherche en sciences sociales, 166-167, S. 7-13.

Cohen, Antonin/Weisbein, Julien (2005): „Laboratoires du constitutionnalisme européen, Expertises académiques et mobilisations politiques dans la promotion d'une constitution européenne“, in: Droit et Sociétés 60, S. 353-369.

Collovald, Annie/Sawicki, Frédéric (1991): „Le populaire et le politique : Quelques pistes de recherches en guise d'introduction ?“, in: Politix 4-13, S. 7-19.

Coman, Ramona/Lacroix, Justine (2007): „Présentation“, in: Justine Lacroix/ Ramona Coman (Hg.), Les résistances à l'Europe. Cultures nationales, idéologies et stratégies d'acteurs, Bruxelles: Editions de l'Université de Bruxelles.

Commission européenne (2006): Livre blanc sur une politique de communication européenne, Bruxelles, COM(2006) 35 final.

Conti, Nicolò (2007): „Domestic parties and European integration: the problem of party attitudes to the EU, and the europeanisation of parties“, in: European Political Science 6, S. 192-207.

Converse, Philip (1964): „The Nature of Belief Systems in Mass Publics“, in: David E. Apter (Hg.), Ideology and Discontent, New York: The Free Press, S. 206-261.

Costa, Olivier (2009): „Le parlement européen dans le système décisionnel de l'Union européenne: la puissance au prix de l'illisibilité“, in: Politique européenne 28, S. 129-155.

Costa, Olivier/de Maillard, Jacques/Smith, Andy (2007): Vin et politique: Bordeaux, la France, la mondialisation, Paris: Presses de Sciences Po.

Crespy, Amandine/Verschueren, Nicolas (2009): „From euroscepticism to resistance to European integration: an interdisciplinary perspective“, in: Perspectives on European politics and society 10-3, S. 377-393.

CVVM (2005) Enquête Naše společnost 2004 (Notre société), 04-09.

Dakhlia, Jocelyne (1995): „La question des lieux communs. Des modèles de souveraineté dans l'Islam méditerranéen“, in: Bernard Lepetit (Hg.), Les formes de l'expérience, Paris: Albin Michel, S. 39-61.

de Lassalle, Marine, „Multilevel governance in practice: actors and institutional competitions of the regional policy of the EU in France“, à paraître.

de Maillard, Jacques/Robert Cécile (2008): „Gouvernement par comités“ in: Science politique de l'Europe, Paris: Economica.

De Master, Sara/Le Roy Michael K. (2000): „Xenophobia and the European Union“, in: Comparative Politics 32-4, S. 419-436.

Deflem, Mathieu/Pampel, Fred C. (1996): „The Myth of Postnational Identity : Popular support for European Unification“, in: Social Forces 75 -1, S. 119-143.

Dehousse, Renaud (2003): „Comitology: Who Watches the Watchmen?“, in: Journal of European Public Policy 10-5, S. 798-813.

Dell'olio, Fiorella (2005): The Europeanization of Citizenship. Between the Ideology of Nationality, Immigration and European Identity, Hants: Ashgate.

Della Porta, Donatella/Caiani, Manuela (2007): „Adressing Europe: How domestic actors perceive European Institutions and how they try to influence them. The Italian Case in comparative perspective“, in: Justine Lacroix/ Ramona Coman (Hg.), Les résistances à l'Europe. Cultures nationales, idéologies et stratégies d'acteurs, Bruxelles: Editions de l'Université de Bruxelles, S. 187-210.

Delli Carpini, Michael X. /Keeter, Scott S. (1996): What Americans Know about Politics and why it matters, New Haven: Yale University Press.

Delli Carpini, Michael X. /Williams Bruce A.(1994): „The Method is the Message : Focus Groups as a Method of Social, Psychological, and Political Inquiry“, in: Research in Micropolitics 4, S. 57-85.

Delmotte, Florence (2007): „Les résistances à l'Europe au prisme de la sociologie historique de Norbert Elias“, in: Justine Lacroix/Ramona Coman (Hg.), Les résistances à l'Europe. Cultures nationales, idéologies et stratégies d'acteurs, Bruxelles: Editions de l'Université de Bruxelles, S. 17-29.

Deloye, Yves (2007): „Le vote européen entre implication et réaction“, in: Revue française de science politique 57-2, S. 266-267.

Denord, François/Schwartz, Antoine (2009): L'Europe sociale n'aura pas lieu, Bellecombe-en-Bauge: Raison d'agir.

Diez Medrano, Juan (2003): Framing Europe. Attitudes to European Integration in Germany, Spain, and the United Kingdom, Princeton/Oxford: Princeton University Press.

Diez Medrano, Juan (2008): „Europeanization and the Emergence of a European Society“, in: IBEI Working Papers 12.

Diez Medrano, Juan (2008): „Unpacking European Identity“, communication au pôle de sociologie politique, CEVIPOF, Paris.

Döring, Holger (2007): „The Composition of the College of Commissioners. Patterns of Delegation“, in: European Union Politics 8-2, S. 207-228.

Dubar, Claude (2003): „Entretien de recherche en sociologie et relation analytique: des fécondations possibles“, Intervention devant la Conférence Annuelle de la Fédération Européenne de Psychanalyse, Sorrente.

Dubois, Jean (1969): „Enoncé et énonciation“, in: Langages 13, S. 100-110.

Dubois, Vincent (1999): La vie au guichet. Relation administrative et traitement de la misère, Paris: Economica.

Duchesne, Sophie/Frognier, Paul-André (2002): „Sur les dynamiques sociologiques et politiques de l'identification à l'Europe“, in: Revue française de science politique 52-4, S. 365-374.

Duchesne, Sophie/Van Ingelbom, Virginie (2008): „L'indifférence des Français et des Belges (francophones) pour leurs voisins Européens: une pièce de plus au dossier de l'absence de communauté politique européenne ?“, in: Politique Européenne 26, S. 143-164.

Ebel, Marianne/Fiala, Pierre (1981): „La situation d'énonciation dans les pratiques argumentatives", in: Langue française 50-1, S. 53-74.

Eichenberg, Richard C. /Dalton, Russell J. (1993): „Europeans and the European community: The dynamics of public support for European integration", in: International Organization 47-4, S. 507-534.

Elias, Norbert (1969): Die höfische Gesellschaft. Untersuchungen zur Soziologie des Königtums und der höfischen Aristokratie, Frankfurt: Suhrkamp.

Eliasoph, Nina (1990): „Political Culture and The Presentation of Self. A Study of The Public Sphere in The Spirit of Erving Goffman", in: Theory and Society 19-4, S. 465-494.

Eurobaromètre, Flash (2005): „La Constitution européenne: sondage post-référendum en France", 171.

Favre, Pierre/Offerlé, Michel (2007): „Connaissances politiques, compétence politique?", in: Revue française de science politique 2-3, S. 201-232.

Fertikh, Karim/Hû, Grégory/Juhem, Philippe (2007): „L'expression des résistances à l'Europe dans les partis socialistes et sociaux-démocrates en France et en Allemagne", Communication au Congrès de l'AFSP.

Frane, Adam (2008): „Mapping Social Capital Across Europe: Findings, Trends and Methodological Shortcomings of Cross-National Surveys", in: Social Science Information 47, S.159-186.

Franklin, Mark/Marsh, Michael/McLaren, Lauren (1994): „Uncorking the Bottle: Popular Opposition to European Unification in the Wake of Maastricht", in: Journal of Common Market Studies 32-4, S. 455-472.

Gabel, Matthew (1998): „Economic Integration and Mass Politics: Market Liberalization and Public Attitudes in the European Union", in: American Journal of Political Science 42-3, S. 936-953.

Gabel, Matthew (1998) „Public Support for European Integration : An Empirical Test of Five Theories", in: The Journal of Politics 60-2, S. 333-354.

Gabel, Matthew/Palmer, Harvey (1995): „Understanding Variation in Public Support for European Integration", in: European Journal of Political Research 27, S. 3-19.

Gabel, Matthew/Whitten, Guy D. (1997): „Economic Conditions, Economic perceptions, and Public Support for European Integration", in: Political Behavior 19-1, S. 81-96.

Gamson, William A. (1992): Talking Politics, Cambridge: Cambridge University Press.

Garcia, Guillaume/Le Torrec, Virginie (Hg.) (2003): L'Union européenne et les médias: regards croisés sur l'information européenne, Paris: L'Harmattan.

Garcia, Sandrine (2007): „L'Europe du savoir contre l'Europe des banques? La construction de l'espace européen de l'enseignement supérieur", in: Actes de la recherche en sciences sociales166-167, S. 80-93.

Garrigou, Alain (2002): Histoire sociale du suffrage universel, Paris: Le Seuil.

Garrigou, Alain (2006): L'ivresse des sondages, Paris: La Découverte.

Gautier, Olivier (2007): „ L'Autre Europe du Mouvement pour la France (MPF) et l'européanisation du souverainisme", in: Olivier Baisnée/ Romain Pasquier (Hg.), L'Europe telle qu'elle se fait. Européanisation et sociétés politiques nationales, Paris: CNRS Editions, S. 123-143.

Gaxie, Daniel (1978): Le cens caché, Paris: Le Seuil.

Gaxie, Daniel (1990): „Au-delà des apparences… Sur quelques problèmes de mesure des opinions", in: Actes de la recherche en sciences sociales 81-82, S. 97-112.

Gaxie, Daniel (2001): „Les critiques profanes de la politique. Enchantements, désenchantements, réenchantements", in: Jean-Louis Briquet/Philippe Garraud (Hg.), Juger la politique. Entreprise et entrepreneur critiques de la politique, Rennes: Presses Universitaires de Rennes, S. 217-240.

Gaxie, Daniel (2002): „Appréhension du politique et mobilisation des expériences sociales", in: Revue française de science politique 52 2-3, S. 145-178.

Gaxie, Daniel (2003): „Une construction médiatique du spectacle politique ? Réalité et limites de la contribution des médias au développement des perceptions négatives du politique", in: Jacques Lagroye (Hg.), La politisation, Paris: Belin, S. 325-356.

Gaxie, Daniel (2007): „Cognitions, auto-habilitation et pouvoirs des „citoyens" ", in: Revue française de science politique 57-6, S. 737-757.

Georgakakis, Didier (1999): „Les réalités d'un mythe : figure de l'eurocrate et institutionnalisation de l'Europe politique", in: Delphine Dulong/Vincent Dubois (Hg.), La question technocratique, Strasbourg: Presses Universitaires de Strasbourg, S. 109-128.

Georgakakis, Didier (2008): „La sociologie historique et politique de l'UE : un point d'ensemble et quelques contrepoints", in: Politique européenne 25, S. 53-85.

Georgakakis, Didier (2009): „Bringing Elites Sociology Back in European Integration Theories: A Case Study Based on Commissioners and Directors General", communication à paraître.

Georgakakis, Didier/de Lassalle Marine (2007): „Les très hauts fonctionnaires de la Commission européenne: genèse et structure d'un capital institutionnel européen", in: Actes de la recherche en sciences sociales 166-167, S. 39-53.

Georgakakis, Didier/de Lassalle, Marine (2007): La nouvelle gouvernance européenne, Genèses et usages politiques d'un Livre Blanc, Strasbourg: Presses Universitaires de Strasbourg.

Georgakakis, Didier/de Lassalle, Marine (2009): „Where Have all the Lawyers Gone? Structure and Transformations of the Top European Commission Officials' Legal Training", WP du Centre Robert Schuman de l'IUE de Florence.

Gerstlé, Jacques (1996): „L'information et la sensibilité des électeurs à la conjoncture", in: Revue française de science politique 45-5, S. 731-752.

Gerstlé, Jacques (Hg.) (2001): Les effets d'information en politique, Paris: L'Harmattan.

Gerstlé, Jacques/Piar, Christophe (2005): „Le cadrage du référendum sur la Constitution européenne: la dynamique d'une campagne à rebondissements", in: Le référendum de ratification du Traité constitutionnel européen du 29 mai 2005: comprendre le non français, Paris: Cahiers du CEVIPOF.

Gillingham, John (2003): European Integration, 1950-2003. Superstate or New Market Economy, Cambridge: Cambridge University Press.

Goffman, Erving (1959), Wir alle spielen Theater. Die Selbstdarstellung im Alltag, München: Piper Verlag.

Goffman, Erving (1977), Rahmenanalyse. Ein Versuch über die Organisation von Alltagserfahrungen, Frankfurt/M: Suhrkamp.

Gombin, Joël/Hubé, Nicolas (2009): „Le politologue, le journaliste et l'électeur. Les commentaires sur le référendum sur le Traité constitutionnel européen dans la presse quotidienne française", in: Savoir/Agir 7, S. 65-76.

Góra, Magdalena (2002) „Wiedza o integracji europejskiej – rolnicy, przedsiębiorcy, kadra kierownicza i lokalni decydenci" (Le savoir sur l'intégration européenne – agriculteurs, entrepreneurs, cadres et décideurs locaux), in: Zdzisław Mach/Dariusz Niedźwiedzki (Hg.): Polska lokalna wobec integracji europejskiej, Cracovie: Universitas.

Greenwood, Justin (1997): Representing Interests in the European Union, New York: St. Martin Press.

Grignon, Jean-Claude/Passeron, Jean-Claude (1989): Le Savant et le populaire. Misérabilisme et populisme en sociologie et en littérature, Paris: Gallimard-Seuil.

Grunberg, Gérard (2005): „Le référendum français de ratification du Traité constitutionnel européen du 29 mai 2005", in: French Politics, Culture & Society 23-3, S. 128-144.

Grunberg, Gérard/Schweisguth, Étienne (2003): „La tripartition de l'espace politique", in: Pascal Perrineau/Colette Ysmal (Hg.), Le vote de tous les

refus Les élections présidentielle et législatives de 2002, Paris: Presses de Sciences Po, S. 341-362.

Guiraudon, Virginie (2000): „L'espace sociopolitique européen, un champ en friche?“, in: Cultures et Conflits, Sociologie de l'Europe 38-39, S. 7-37.

Harmsen, Robert (2007): „Is British Euroskepticism still unique? National exceptionalism in comparative perspective“, in: Justine Lacroix/Ramona Coman (Hg.), Les résistances à l'Europe Cultures nationales, idéologies et stratégies d'acteurs, Bruxelles: Editions de Université de Bruxelles, S. 69-92.

Harmsen, Robert/Spiering, Menno (Hg.) (2004): Euroscepticism: party politics, national identity and European integration, Amsterdam: Rodopi.

Hassenteufel, Patrick (2000): „Deux ou trois choses que je sais d'elle. Remarques à propos d'expériences de comparaisons européennes“, in: CURAPP, Les méthodes au concret. Démarches, formes de l'expérience et terrains d'investigation en science politique, Paris: PUF, S. 105-124.

Hauray, Boris (2006): L'Europe du médicament. Politique, expertise, intérêts privés, Paris: Presse de Science Po.

Hix, Simon (1999): „Dimensions and alignments in European Union politics : Cognitive constraints and partisan responses“, in: European Journal of Political Research 35, S. 69-106.

Hoggart, Richard (1957): The Uses of Literacy, London: Chatto & Windus.

Hooghe, Liesbet (2003): „Europe Divided? Elite vs. Public Opinion on European Integration“, in: European Union Politics 4 -3, S. 281-307.

Hooghe, Liesbet/Marks, Gary (2004): „Does Identity or Economic rationality Drive Public Opinion on European Integration“, in: Political Science & Politics 37, S. 415-420.

Hooghe, Liesbet/ Marks, Gary (2005): „Integration, Calculation, Community and Cues: Public Opinion on European Union“, in European Union Politics 6, S. 419-443.

Hooghe, Liesbet/Marks, Gary (2009): „A Postfunctionalist Theory of European Integration: From Permissive Consensus to Constrainung Dissensus“, in: British Journal of Political Science 39-1, S. 1-23.

Horolets, Anna (2006): Obrazy Europy w Polskim dyskursie publicznym (Les images de l'Europe dans le discours public polonais), Cracovie: Universitas.

Hubé, Nicolas (2008): „Le courrier des lecteurs: une parole journalistique profane? Le cas du traité constitutionnel européen“, in: Mots. Les langages du politique 87, S. 99-112.

Ina'stat, lettre trimestrielle n°9, juin 2008, www.ina.fr.

Inglehart, Ronald (1970): „Cognitive Mobilization and European Identity“, in: Comparative Politics, 3-1, S. 45-70.

Inglehardt, Ronald (1971): „Changing values priority and European integration“, in: Journal on Common Market Studies 10-1, S. 1-36.

Inglehart, Ronald (1993): La transition culturelle dans les sociétés industrielles avancées, Paris: Economica.

Inglehart, Ronald/ Rabier, Jacques-René (1979): „Europe Elects a Parliament: Cognitive Mobilization, Political Mobilization and Pro-European Attitudes as Influences on Voter Turnout“, in: Government and Opposition 14-4, S. 479-507.

Jarosz, Maria (Hg.) (2005): Wygrani i przegrani polskiej transformacji (Les gagnants et les perdants de la transformation polonaise), Varsovie: Oficyna Naukowa.

Jasiecki, Krzysztof (2005): „Społeczności lokalne wobec członkowstwa w Unii europejskiej. Oczekiwania i przygotowania“ (Les communautés locales face à l’adhésion à l’Union européenne. Attentes et préparatifs), in: Maria Jarosz (Hg.), Wygrani i przegrani polskiej transformacji, Varsovie: Oficyna Naukowa, S. 25-31.

Joana, Jean/Smith, Andy (2002): Les commissaires européens. Technocrates, diplomates ou politiques, Paris: Presses de Sciences Po.

Joanna, Jean/Smith, Andy (2000): „Le mariage de la carpe et du lapin? Une sociologie politique de la Commission en chantier“, in: Cultures et Conflits, Sociologie de l’Europe 38-39, S. 73-100.

Jobert, Bruno (Hg.) (1994): Le tournant néo-libéral en Europe. Idées et recettes dans les pratiques gouvernementales, Paris: L’Harmattan.

Joignant, Alfredo (2007): „Compétence politique et bricolage. Les formes profanes du rapport au politique“, in: Revue française de science politique 57-6, S. 799-817.

Juhem, Philippe (2001): „Luttes partisanes et fluctuation des cadres cognitifs des journalistes“, in: Jacques Gerstlé (Hg.), Les effets d’information en politique, Paris: L’Harmattan, S. 109-139.

Juncos, Ana/Pomorka, Karolina (2006) „Playing the Brussels Game: Strategic socialisation in the CFSP Council working Groups“, in: EIOLP 10.

Kitschelt, Herbert (1995): The Radical Right in Western Europe: A Comparative Analysis, Ann Arbor: The University of Michigan Press.

Klapper, Joseph T. (1960): Effects of Mass Communication, New York: Free Press.

Kolarska-Bobinska, Lena (1999): Polska eurodebata, Varsovie: ISP.

Kopecky, Petr (2004): „An awkward newcomer? EU Enlargement and Euroscepticism in the Czech Republic“, in: Robert Harmsen/Menno Spiering (Hg.), Euroscepticism: party politics, national identity and European integration, Amsterdam: Rodopi, S. 225-245.

Kuhn, Thomas S. (1976): Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen, Frankfurt/M: Suhrkamp.

Labov, William (1980): Sprache im sozialen Kontext, Königstein: Athenäum-Taschenbücher.

Lacroix, Justine/Coman, Ramona (Hg.) (2007): Les résistances à l'Europe. Cultures nationales, idéologies et stratégies d'acteurs, Bruxelles: Editions de l'Université de Bruxelles.

Lane, Robert E. (1967): Political Ideology. Why The American Common Man Believes What He Does, New York: The Free Press – London: Collier-Maclillan Ltd.

Lazarsfeld, Paul/ Berelson, Bernard/Gaudet, Hazel (1968): The People's Choice How the Voter Makes up his Mind in a Presidential Campaign, New York: Columbia University Press.

Lefebvre, Rémi/Marrel, Guillaume (2009): „Logiques partisanes, territorialisation et capital politique européen. La constitution des listes socialistes françaises aux élections européennes", Communication au colloque Le lien électoral au Parlement européen.

Lehingue, Patrick (2007): „Le Non français au traité constitutionnel européen (mai 2005). Sur deux lectures „polaires" du scrutin", in: Actes de la recherche en sciences sociales 166-167, S. 123-139.

Lehingue, Patrick (2007): „Les interprétations polyphoniques d'un scrutin", in: Antonin Cohen/Antoine Vauchez (Hg.), La Constitution européenne. Elites, mobilisations, votes, Bruxelles: Editions de l'Université de Bruxelles, S. 237-269.

Lehingue, Patrick (2007): Subunda. Coups de sonde dans l'océan des sondages, Bellecombe-en-Bauges: Editions du Croquant.

Leonardi, Salvo (2008): „Classe laborieuse et orientation politique. Quelques thèses à partir du cas italien", in: Les mondes du travail 6.

Lequesne, Christian/Rivaud, Philippe (2001): „Les comités d'experts indépendants: l'expertise au service d'une démocratie supranationale?", in: Revue française de science politique 51-6, S. 867-880.

Lodge, Milton/McGraw, Kathleen M. (Hgg.) (1995): Political Judgment Structure and Process, Ann Arbor: The University of Michigan Press.

Lupia, Arthur/ McCubbins, Mathew D. (2000): „The Institutional Foundations of Political Competence: How Citizens Learn What They Need to Know", in: Arthur, Lupia/ Mathew D., McCubbins/ Samuel L. Popkin (Hg.), Elements of Reason. Cognition, Choice, and the Bounds of Rationality, Cambridge: Cambridge University Press, S. 49-64.

Lupia, Arthur/McCubbins, Mathew D. /Popkin,Samuel L. (2000): Elements of Reason Cognition, Choice, and the Bounds of Rationality, Cambridge: Cambridge University Press.

Mach, Zdzisław/ Niedźwiedzki, Dariusz (Hg.) (2002): Polska lokalna wobec integracji europejskiej (La Pologne locale face à l'intégration européenne), Cracovie: Universitas.

Magnette, Paul (2000): L'Europe, l'Etat et la Démocratie. Le souverain apprivoisé, Bruxelles: Complexe.

Mange, Jessica/Marchand, Pascal (2007): „Oui et non à la constitution européenne. L'éloquence du forum“, in: Mots. Les langages du politique 83, S. 121-137.

Marcussen, Martin/Risse, Thomas/Engelmann-Martin, Daniela/Knopf, Hans Joachim/ Roscher, Klaus (1999): „Constructing Europe? The evolution of French, British and German nation state identities“, in: Journal of European Public Policy 6-4, S. 614-633.

Marks, Gary/Hooghe, Liesbet/Wilson, Carole J. (2002): „Does Left/Right Structure Party Positions on European Integration?“, in: Comparative Political Studies 35-8, S. 965-989.

Marrel, Guillaume/Payre, Renaud (2006): „Des carrières au parlement : longévité des eurodéputés et institutionnalisation de l'arène parlementaire“, in: Politique européenne 18, S. 69-104.

Mauger, Gérard (2001): „Précarisation et nouvelles formes d'encadrement des classes populaires“, in: Actes de la recherche en sciences sociales 136-1, S. 3-4.

Mayer, Nonna (2002): „Les hauts et les bas du vote le Pen 2002“, in: Revue francaise de science politique 52 5-6, S. 505-520.

Mayer, Nonna (2003): „Les conséquences politiques du „capital social“: le cas français“, in: Revue internationale de politique comparée 10-3, S. 381-395.

McLaren, Lauren (2002): „Public Support for the European Union: Cost/ Benefit Analysis or Perceived Cultural Threat?“, in: The Journal of Politics 64 -2, S. 551-566.

Meinhoff, Ulrike Hanna (2004): „Europe Viewed from Below : Agents, Victims, and the Threat of the Other“, in: Richard K Herrmann/ Thomas Risse/Marilynn B. Brewer (Hg.), Transnational Identities Becoming European in the UE, Lanham: Rowman & Littlefield Publishers inc, S. 214-246.

Michel, Hélène (2007): „La „société civile“ dans la „gouvernance européenne“, Eléments pour une sociologie d'une catégorie politique“, in: Actes de la recherche en sciences sociales 166-167.

Michel, Hélène (2007): „Les groupes d'intérêts et la consultation sur le Livre Blanc : objectivation et institutionnalisation de la société civile“, in: Didier Georgakakis/Marine de Lassalle (Hg.), La nouvelle gouvernance européenne, Genèses et usages politiques d'un Livre Blanc, Strasbourg: Presses Universitaires de Strasbourg, S. 235-253.

Moucharik, Samia (2008): „ „Classes populaires“: peut-on enquêter sur les subjectivités politiques à partir d'un concept a priori ?“, in: Les Mondes du travail, 6.

Muller, Pierre (1995): Politiques publiques en Europe, Paris: l'Harmattan.
Nalewajko, Ewa (2003): „Le débat polonais sur l'intégration. Les partis politiques anti-européens et leurs dirigeants", in: Jean-Michel De Waele (Hg.), La Pologne et l'intégration européenne, Bruxelles: Editions de l'Université libre de Bruxelles, S. 57-77.
Neuman, W. Russel/Just, Marion R. /Crigler, Ann N. (1992): Common Knowledge: News and the Construction of Political Meaning, Chicago: University of Chicago Press.
Neumayer, Laure (2006): „L'enjeu européen dans les compétitions partisanes en Europe centrale", in: Revue française de science politique 56-5, S. 789-812.
Neumayer, Laure (2006): L'enjeu européen dans les transformations post-communistes, Paris: Belin.
Noelle-Neumann, Elizabeth (1974): „The spiral of silence: A theory of public opinion", in: Journal of communication 24-2, S. 43-51.
Novotny, Vladimir (Hg.) (1997): Hospody a pivo v ceske spolecnosti, Praha: Academia.
Osservatorio di Pavia, données (sept.-nov. 2008) présentées au séminaire L'unione Europea nei media italiani, Milano, 09/02/2009, www.osservatorio.it.
Passeron, Jean-Claude (2006): Le raisonnement sociologique. Un espace non-poppérien de l'argumentation, Paris: Albin Michel.
Percheron, Annick (1991): „Les Français et l'Europe: acquiescement de façade ou adhésion véritable?", in: Revue française de science politique 41-3, S. 382-406.
Peuziat, Jean-Philippe (2005): La politique régionale de l'Union européenne, entre expertise et réforme, Paris: L'Harmattan.
Pierru, Emmanuel (2004): „ Effets politiques des médias et sociologie prophétique. Pour une sociologie des rapports ordinaires à l'information politique", in; Jean-Baptiste Legavre (Hg.), La presse écrite: objets délaissés, Paris: L'Harmattan, S. 289-314.
Poehls, Kerstin (2009): Europa backstage. Expertenwissen, Habitus und kulturelle Codes im Machtfeld der EU, Bielefeld: transcript Verlag.
Popkin, Samuel L. (1991): The Reasoning Voter Communication and Persuasion in Presidential Campaigns, Chicago and London: The Chicago University Press.
Pounds, Gabrina (2006), „Democratic participation and letters to the editor in Britain and Italy", in: Discourse and Society 17-1, S. 29-63.
Pudal, Bernard (1988): „Les dirigeants communistes. Du „fils du peuple" à „l'instituteur des masses" " in: Actes de la recherche en sciences sociales 71-72, S. 46-70.

Reif, Karlheinz/Schmitt, Hermann (1980): „Nine Second-order National Elections. A Conceptual Framework for the Analysis of European Elections Results“, in: European Journal of Political Research 8-1, S. 3-44.

Ricoeur, Paul (1996): Das Selbst als ein Anderer, München: Fink Verlag.

Risse, Thomas (2004): „European Institutions and Identity Change- What have we Learned?“, in: Richard Herman/Thomas Risse/Marilynne Brewer (Hg.), Transnational identities. Becoming European in the EU, New York: Rowman and Littlefields, S. 247-272.

Robert, Cécile (2004): „Doing politics and pretending not to. The Commission’s role in distributing Aid to Eastern Europe“, in: Andy Smith (Hg.), Politics and the European Commission. Actors, Interdependence, Legitimacy, London: Routledge.

Robert, Cécile (2007): „L’impossible modèle social européen“, in: Actes de la Recherche en sciences sociales 166-167, S. 94-109.

Rohrschneider, Robert/Whitefield, Stephen (2006): „Political Parties, Public Opinion and European Integration in Post-Communist Countries. The State of the Art“, in: European Union Politics 7-1, S. 141-160.

Rozenberg, Olivier (2009): „L’influence du Parlement européen et l’indifférence de ses électeurs: une corrélation fallacieuse? “, in: Politique européenne 28, S. 7-36.

Sánchez-Cuenca, Ignacio (2000): „The Political Basis of Support for European Integration“, in: European Union Politics 1-2, S. 147-171.

Sawicki, Frédéric (1997): Les réseaux du parti socialiste. Sociologie d’un milieu partisan, Paris: Belin.

Scharpf, Fritz (1999): Regieren in Europa. Effektiv und demokratisch?, Frankfurt: Campus Verlag.

Scheuer, Angelika/Van der Brug, Wouter (2007): „Locating support for European integration“, in: Wouter Van der Brug/ Cees Van der Eijk (Hg.), European Elections and Domestic Politics. Lessons from the Past and Scenarios for the Future, Notre Dame: University of Notre Dame Press, S. 94-115.

Schild, Joachim (2001): „National versus European Identities? French and German in the European Multi-Level System“, in: Journal of Common Market Studies 39-2, S. 331-351.

Schmidt, Vivien (2006): Democracy in Europe. The EU and National Polities, Oxford: Oxford University Press.

Schmidt, Vivien (2007): „Trapped by their ideas: French élites’ discourses of European integration and globalization“, in: Journal of European Public Policy 14-7, S. 992-1009.

Schmitt, Hermann (2005): „The European Parliament Elections of June 2004: Still Second-order?“, in: West European Politics 28-3, S. 650-679.

Schmitt, Hermann/Binder, Tanja (2006); „The agendas of Voters and parties in the European Parliament Election of 1999“, in: Hermann Schmitt (Hg.), Voters, Parties and European Unification, London: Frank Cass.

Schoen, Harald (2008): „Identity, Instrumental Self-Interest and Institutional Evaluations: Explaining Public Opinion on Common European Policies in Foreign Affairs and Defence“, in: European Union Politics 9-5, S. 5-29.

Schwartz, Olivier (2002): Le monde privé des ouvriers, Paris: PUF.

Seidendorf, Stefan (2007): Europäisierung nationaler Identitätsdiskurse? Ein Vergleich französischer und deutscher Printmedien, Baden-Baden: Nomos.

Siblot, Yasmine (2005): „Les rapports quotidiens des classes populaires aux administrations“, in: Sociétés contemporaines 58, S. 85-103.

Sievert, Holger (1998): Europäischer Journalismus. Theorie und Empirie aktueller Medienkommunikation in der Europäischen Union, Opladen: Westdeutscher Verlag.

Slater, Martin (1982-1983): „Political Elites, Popular Indifference and Community Building“, in: Journal of Common Market Studies 21, S. 69-93.

Smith, Andy (2002): „La fabrique des compromis européens, les Commissaires européens comme interface entre les Etats et l’UE“, in: Olivier Nay/Andy Smith, Le gouvernement du compromis – Courtiers et généralistes dans l’action politique, Paris: Economica.

Smith, Andy (2004): Le gouvernement de l’Union européenne. Une sociologie politique, Paris: LGDJ.

Smith, Andy (2008): „L’intégration européenne des politiques françaises“, in: Olivier Borraz/ Virginie Guiraudon (Hg.), Politiques publiques 1, La France dans la gouvernance européenne, Paris: Presses de Sciences Po, S. 197-214.

Sniderman, Paul M. /Brody, Richard A./Tetlock, Philip E. (1991): Reasoning and Choice Explorations in Political Psychology, Cambridge: Cambridge University Press.

Sniderman, Paul (1998): „Les nouvelles perspectives de la recherche sur l’opinion publique“, in Politix 11-41, S. 123-175.

Sniderman, Paul (2000): „Taking Sides: A Fixed Choice Theory of Political Reasoning“, in: Arthur Lupia/Mathew D. McCubbins/Samuel L. Popkin (Hg.), Elements of Reason. Cognition, Choice, and the Bounds of Rationality, Cambridge: Cambridge University Press.

Strudel, Sylvie (2008): „Citoyenneté“, in: Céline Bélot/Paul Magnette/Sabine Saurruger (Hg.), Science politique de l’Union européenne, Paris: Economica, S. 175-195.

Szczerbiak, Aleks (2001): „Polish Public Opinion: Explaining Declining Support for EU Membership“, in: Journal of Common Market Studies 39 -1, S. 105-122.

Szczerbiak, Aleks/Taggart Paul (Hg.) (2008): Opposing Europe? The Comparative Party Politics of Euroscepticism. Comparative and Theoretical Perspective, Oxford and New York: Oxford University Press.

Taggart, Paul (1998) „A Touchstone of Dissent : Euroscepticism in Contemporary Western European Party Systems“, in: European Journal of Political Research 33-3, S. 363-388.

Tanasoiu, Cosmina/Colonescu, Constantin (2008): „Determinants of Support for European Integration. The Case of Bulgaria“, in: European Union Politics 9-3, S. 363-377.

Trondal, Jarle (2006): An Institutional Perspective on Representation. Ambiguous representation in the European Commission, Working paper, Eiop, vol 10.

Tucker, Joshua A./Pacek, Alexander C./ Berinsky Adam J. (2002): „Transitional Winners and Losers: Attitudes toward EU Membership in Post-Communist Countries“, in: American Journal of Political Science 46 (3), S. 557-571.

Vauchez, Antoine (2007): „Une élite d’intermédiaires. Naissance d’un capital institutionnel européen (1950-1970)“, in: Actes de la recherche en sciences sociales 166-167, S. 54-65.

Verger, Solange (2008): „INTERREG versus configuration territoriale: quel modèle d’action pour la construction de territoires transfrontaliers?“ Communication au colloque „Des territoires compétitifs. Genèse, usages, pratiques de catégories d’action publique et articulation des niveaux de gouvernement, Strasbourg.

Vinopal, Jiri (2005): „Instituce hospody v české společnosti“, in: Naše společnost. Aktuální informace o české společnosti, 1.

Wagner, Anne-Catherine (1998): Les nouvelles élites de la mondialisation – Une immigration dorée en France, Paris: PUF

Wagner, Anne-Catherine (2005): Vers une Europe syndicale : une enquête sur la Confédération Européenne des Syndicats, Bellecombes-en-Bauges: Editions du Croquant.

Weber, Max (1922): Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre. Tübingen: Mohr.

Weber, Max (1922): Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der Verstehenden Soziologie. Tübingen: Mohr.

Weiland, Severin (2005): „95 Prozent Zustimmung, Null Begeisterung“, in: Spiegel, 12 Mai 2005.

Weisbein, Julien (2006): „Des mobilisations sous (inter)dépendance. Une approche configurationnelle du militantisme fédéraliste en Europe“, in: Antonin Cohen/Bernard Lacroix/Philippe Riutort (Hg.), Les formes de l’activité politique. Eléments d’analyse sociologique (18è-20è siècles), Paris: PUF, S. 317-334.

Weisbein, Julien (2007): „Instituer la société civile européenne: la contribution des mouvements fédéralistes. L'expérience du forum permanent de la société civile“, in: Didier Georgakakis/Marine de Lassalle (Hg.), La nouvelle gouvernance européenne, Genèses et usages politiques d'un Livre Blanc, Strasbourg: Presses Universitaires de Strasbourg.

Weisbein, Julien/Mischi, Julian (2004): „L'Europe comme cause politique proche. Contestation et promotion de l'intégration communautaire dans l'espace local“, in: Politique européenne 12, S. 84-104.

Wessels, Wolfgang (1998): „Comitology: Fusion in Action. Politico administrative Trends in the E.U. System“, in: Journal of European Public Policy 5-2, S. 209-234.

Zaller, John (1992): The Nature and Origins of Mass Opinion, Cambridge: Cambridge University.

Autorinnen und Autoren

Aldrin, Philippe, Professor für Politikwissenschaft, Universität Nizza-Sophia Antipolis, GSPE-PRISME, ERMES (UNS).

Bobba, Giuliano, Doktor der Politikwissenschaft, Postdoc-Forscher an der Fakultät für Politik der Universität Turin.

Bruère, Marie-Hélène, Verbeamtete Forscherin, Universität Paris 1 Panthéon-Sorbonne, CESSP-CRPS.

Dakowska, Dorota, Dozentin für Politikwissenschaft, Institut d'Etudes Politiques, Straßburg, GSPE/PRISME.

Gaxie, Daniel, Professor für Politikwissenschaft, Univasität Paris 1 Panthéon-Sorbonne, CESSP-CRPS,

Hubé, Nicolas, Dozent für Politikwissenschaft, Université Paris 1 Panthéon-Sorbonne, CESSP-CRPS.

Jaszczyk, Katarzyna, Doktorandin in Sozialwissenschaft, Institut für angewandte Sozialwissenschaften, Universität Warschau , CESSP-CRPS.

Lassalle (de), Marine, Dozentin für Politikwissenschaft, Universität Straßburg, GSPE-PRISME.

Lehingue, Patrick, Professor für Politikwissenschaft, Universität der Picardie, CURAPP.

Marchand, Christèle, Doktor der Politikwissenschaft, Universität Avignon, CURAPP.

Méon, Jean-Matthieu, Dozent für Informations- und Kommunikationswissenschaft, Université Paul Verlaine -Metz, CREM.

Michon, Sébastien, Forscher CNRS, GSPE-PRISME, Universität Straßburg.

Rambour, Muriel, Doktor der Politikwissenschaft, Assoziierte Forscherin GSPE-PRISME/CESSP-CRPS.

Rowell, Jay, Forscher CNRS, GSPE-PRISME, Universität Straßburg.

Weill, Pierre-Edouard, Doktorand, Universität Straßburg, GSPE-PRISME.

Kultur und soziale Praxis



Claudia Schirrmeister
Bratwurst oder Lachsmousse?
Die Symbolik des Essens –
Betrachtungen zur Esskultur

2010, 230 Seiten, kart., 23,80 €,
ISBN 978-3-8376-1563-0



Doris Weidemann, Jinfu Tan
Fit für Studium und Praktikum in China
Ein interkulturelles Trainingsprogramm

2010, 188 Seiten, kart., 17,80 €,
ISBN 978-3-8376-1465-7



Erol Yildiz
Die weltoffene Stadt
Wie Migration Globalisierung
zum urbanen Alltag macht

August 2011, ca. 200 Seiten, kart., ca. 19,80 €,
ISBN 978-3-8376-1674-3

Leseproben, weitere Informationen und Bestellmöglichkeiten finden Sie unter www.transcript-verlag.de

Kultur und soziale Praxis

Aida Bosch
Konsum und Exklusion
Eine Kultursoziologie der Dinge
2010, 504 Seiten, kart., zahlr. farb. Abb., 33,80 €,
ISBN 978-3-8376-1326-1

Anne Broden, Paul Mecheril (Hg.)
Rassismus bildet
Bildungswissenschaftliche Beiträge zu Normalisierung und Subjektivierung in der Migrationsgesellschaft
2010, 294 Seiten, kart., 28,80 €,
ISBN 978-3-8376-1456-5

Nesrin Z. Calagan
Türkische Presse in Deutschland
Der deutsch-türkische Medienmarkt und seine Produzenten
2010, 302 Seiten, kart., 29,80 €,
ISBN 978-3-8376-1328-5

Lucyna Darowska, Thomas Lüttenberg, Claudia Machold (Hg.)
Hochschule als transkultureller Raum?
Kultur, Bildung und Differenz in der Universität
2010, 136 Seiten, kart., 18,80 €,
ISBN 978-3-8376-1375-9

Kathrin Düsener
Integration durch Engagement?
Migrantinnen und Migranten auf der Suche nach Inklusion
2010, 290 Seiten, kart., zahlr. Abb., 29,80 €,
ISBN 978-3-8376-1188-5

Özkan Ezli (Hg.)
Kultur als Ereignis
Fatih Akins Film »Auf der anderen Seite« als transkulturelle Narration
2010, 164 Seiten, kart., 22,80 €,
ISBN 978-3-8376-1386-5

Jörg Gertel
Globalisierte Nahrungskrisen
Bruchzone Kairo
2010, 470 Seiten, kart., zahlr. Abb., 35,80 €,
ISBN 978-3-8376-1114-4

Martina Grimmig
Goldene Tropen
Zur Koproduktion natürlicher Ressourcen und kultureller Differenz in Guayana
August 2011, ca. 320 Seiten, kart., ca. 34,80 €,
ISBN 978-3-89942-751-6

Sabine Hess, Nikola Langreiter, Elisabeth Timm (Hg.)
Intersektionalität revisited
Empirische, theoretische und methodische Erkundungen
April 2011, ca. 280 Seiten, kart., ca. 29,80 €,
ISBN 978-3-8376-1437-4

IPSE – Identités Politiques Sociétés Espaces (Hg.)
Doing Identity in Luxemburg
Subjektive Aneignungen – institutionelle Zuschreibungen – sozio-kulturelle Milieus
2010, 304 Seiten, kart., zahlr. z.T. farb. Abb., 29,80 €,
ISBN 978-3-8376-1448-0

Arne Weidemann, Jürgen Straub, Steffi Nothnagel (Hg.)
Wie lehrt man interkulturelle Kompetenz?
Theorien, Methoden und Praxis in der Hochschulausbildung. Ein Handbuch
2010, 572 Seiten, kart., zahlr. Abb., 29,80 €,
ISBN 978-3-8376-1150-2